LIBRARY
Brigham Young University

FROM .....

Call No. 354.4 G 89 V.4 G

Acc. No. 196704

E. Foerster.
1922.

DVPG

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 2

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

351.4
G89
v.4
G

4. Band:

Die Dreibundmächte und England

LIBRARY
PROVO, UTAH

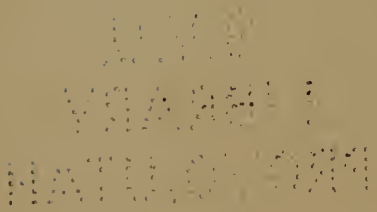
196704

1 9 2 2

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage
1.—13. Tausend

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1922 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8 / Unter den Linden 17/18 / Gedruckt in der Buchdruckerei Oscar Brandstetter in Leipzig



Inhaltsübersicht des vierten Bandes

KAPITEL XXI
Englisch-Deutsche Beziehungen 1879—1885 1

KAPITEL XXII
Englisch-Russische Kriegsgefahr 1885 109

KAPITEL XXIII
Deutsch-Englische Beziehungen 1885—1888 (Annäherung von 1885. Koloniale Schwierigkeiten und ihr Ausgleich)..... 129

KAPITEL XXIV
Der zweite Dreibundvertrag 1887 179

KAPITEL XXV
Verhandlungen über eine Entente zwischen England und Österreich 1887..... 261

KAPITEL XXVI
Verhandlungen über eine Entente zwischen Italien und England 1887 295

KAPITEL XXVII
Beitritt Österreich-Ungarns zur Entente zwischen Italien und England 1887..... 317

KAPITEL XXVIII
Entente à trois zwischen Italien, England und Österreich 1887/88 Der Bismarck-Salisbury'sche Briefwechsel..... 333

KAPITEL XXIX
Bismarcks Allianzangebot an England. Verhandlungen über Helgoland 1889..... 397

Ein Namenverzeichnis für die ersten Bände erscheint im 6. Band; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schluß des gesamten Werkes.

Kapitel XXI

Englisch-Deutsche Beziehungen 1879—1885

Nr. 709*

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Gesandten im Auswärtigen Amt von Radowitz

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 Bad Gastein, den 14. September 1879

Ich werde den Fürsten von Hohenlohe, der heute von Aussee

* Die nächstfolgenden Schriftstücke Nr. 709—715 gehören eigentlich in den Zusammenhang der Verhandlungen über den Abschluß des Deutsch-Österreich-ungarischen Bündnisses (Bd. III, Kap. XIII), werden aber zweckmäßig hier eingeschaltet, weil sie in jenem Zusammenhang nur eine Episode ohne Bedeutung und wesentliche Folge vorstellen, für die englisch-deutschen Beziehungen in der Bismarck-Zeit aber sehr charakteristisch sind.

Bekanntlich hatten die nach dem Berliner Kongreß sich fortgesetzt steigernden russischen Zumutungen an die deutsche Regierung, sich ganz in den Dienst der russischen Orientpolitik zu stellen, Bismarck Veranlassung gegeben, mit Graf Andrássy Verhandlungen über den Abschluß eines Deutsch-Österreich-Ungarischen Bündnisses einzuleiten. Von vornherein war es dabei Bismarcks Absicht, unbeschadet der Option für Österreich ein möglichst freundschaftliches Verhältnis mit Rußland aufrechtzuerhalten. Immerhin mußte er mit der Möglichkeit rechnen, daß die Schwenkung der deutschen Politik ein ernstliches Zerwürfnis mit dem östlichen Nachbar zur Folge haben würde. Unter diesen Umständen war es für ihn wichtig, zu wissen, wie sich England in solchem Falle verhalten würde. Daher die Fühlungnahme mit Lord Beaconsfield durch den Botschafter Grafen Münster (Nr. 709—715), die aber nicht, wie es von englischer Seite geschehen ist (vgl. George Earl Buckle, The Life of Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield Vol. VI, 1920, p. 486 ff.) als ein deutsches Bündnisangebot aufzufassen ist. In dem Maße, als dem Bismarckschen Streben, die Freundschaft mit Rußland trotz des engeren Verhältnisses zu Österreich-Ungarn festzuhalten, Erfüllung winkte, verlor die Anknüpfung mit England für ihn an Bedeutung, so daß sich die Sache bald im Sande verlief.

Einen ähnlichen Ausgang hatte übrigens ein früherer „Bündnisfühler" Bismarcks aus dem Anfang des Jahres 1876 genommen, nur daß es damals England gewesen war, welches die Sache fallen ließ. Auch bei dieser Gelegenheit hatten die englischen Staatsmänner die Annäherung, die Bismarck in der orientalischen Frage durch seine Unterredung vom 3. Januar mit Lord Odo Russell (vgl. Band II, Nr. 228) suchte, wieder nicht ganz richtig, als ein Bündnisangebot aufgefaßt. Nach einem Bericht Graf Münsters vom 12. Januar 1876 ließ sich Lord Derby über Bismarcks Eröffnungen wörtlich dahin aus, „daß, seitdem er Minister der auswärtigen Angelegenheiten sei, er keine Mitteilung erhalten habe, die ihm angenehmer gewesen sei, und über die er größere Befriedigung empfunden habe; er habe für Eure Durchlaucht eine aufrichtige Bewunderung, und er halte das Zusammengehen Englands mit Deutschland für die allein richtige Politik; es seien die beiden einzigen Staaten, bei denen er wirklich divergierende Interessen nicht

herkommt, von der Situation unterrichten*, und halte für erforderlich, daß dasselbe mit Graf zu Münster geschieht. Wenn letzterer gegenwärtig auf Urlaub ist**, so wird er in kurzem nach England zurückkehren müssen, um nach Möglichkeit von Lord Beaconsfield zu ermitteln, welches die Politik Englands sein würde, wenn wir fortfahren, uns den russischen Zumutungen zu versagen, und darüber mit Rußland in Zerwürfnis geraten sollten. Ein eigenes deutsches Interesse würde nicht verletzt, wenn wir den russischen Wünschen nachgeben. Nur Rücksicht auf unsere Freundschaft zu Österreich und England hält uns davon ab; deshalb müssen wir wissen, was England tun würde, wenn wir darüber in Händel gerieten.

Der Brief des Kaisers Alexander und die Berichte des Generals von Schweinitz werden Graf zu Münster mitzuteilen sein. pp.

v. Bismarck

Nr. 710

Der Gesandte im Auswärtigen Amt von Radowitz an den Botschafter in London Grafen Münster

Eigenhändiges Konzept

Nr. 588 Berlin, den 16. September 1879

Ganz geheim

Durch diesseitigen Erlaß vom 13. d. Mts. Nr. 519 war dem Freiherr von der Brincken*** zur vertraulichen und persönlichen Information

entdecken könne." Bei solchen schönen Worten, die Lord Derby noch mehrfach im Laufe des ersten Halbjahrs 1876 wiederholte, behielt es aber auch sein Bewenden. Daß die von Bismarck erstrebte nähere Verständigung damals an England, und nur an England gescheitert ist, hat Lord Beaconsfield 1879 ausdrücklich zugegeben: „That proposal (of an alliance with Great Britain) was not only rejected by the English Secretary of State, but was only notified by him to his colleagues accompanied by his opinion, that it could not for a moment be entertained." Vgl. The Life of Benjamin Disraeli Vol. VI, p. 487; ebendort p. 22 eigene Äußerungen Lord Derbys vom 15. Februar 1876, die dasselbe beweisen.

Was es mit der von Freiherrn von Eckardstein (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 296, II, 102), unter Berufung auf Graf Münster behaupteten geheimen Sendung Lothar Buchers nach England (Dezember 1875) zum Zweck des Abschlusses eines deutsch-englischen Defensivbündnisses auf sich hat, ist nicht festzustellen. In den Akten ist von einer solchen Mission mit keinem Wort die Rede. Ebensowenig findet die weitere Behauptung Eckardsteins (II, 103), daß Bismarck in den Jahren 1876 und 1877 eingehende Besprechungen mit Lord Salisbury und Lord Derby über deutsch-englische Bündnismöglichkeiten gehabt habe, in den Akten eine Stütze. Mit Lord Salisbury hat Fürst Bismarck lediglich am 23. November 1876 Unterredungen gehabt (vgl. Bd. II, Nr. 263, 264), bei denen jedoch die Bündnisfrage keinerlei Rolle spielte. Mit Lord Derby hat Bismarck in den Jahren 1876 und 1877 überhaupt keine Unterredungen gehabt.

* Vgl. dazu Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst Bd. II (1907), S. 274 ff.

** Er weilte tatsächlich auf Urlaub auf seinem Schloß Derneburg in Hannover, kehrte aber am 17. nach England zurück.

*** Geschäftsträger in London.

Kenntnis eines Berichtes vom 8. ej. gegeben worden, in welchem der Kaiserliche Botschafter von Schweinitz gewisse Äußerungen des Kaisers Alexander über das Verhalten der deutschen Politik in den Orientangelegenheiten meldet*.

Der Zar hatte dem Botschafter in Aussicht gestellt, daß er über dieselbe Angelegenheit direkt Seiner Majestät dem Kaiser, unserem allergnädigsten Herrn, schreiben werde.

In der Tat ist dieses Schreiben Seiner Majestät** am 18. August cr. zugegangen: Ew. pp. finden anliegend die Abschrift desselben. Diese Pièce ist bisher nur Seiner Majestät dem Kaiser und den Leitern des Auswärtigen Amts bekannt; Ew. pp. bin ich beauftragt, um die strikteste Geheimhaltung und demnächstige Zurücksendung derselben ganz ergebenst zu ersuchen.

In zwei weiteren, am 25. August hier eingegangenen, vom 19. und 20. ej. datierten Berichten, deren Abschrift gleichfalls beiliegt, äußerte sich General v. Schweinitz, ohne den Inhalt des kaiserlichen Briefes zu kennen, über die Stimmung, welche er bei dem Zaren gefunden hat, und kam zu dem Schlußresultat: Kaiser Alexander sei nicht mehr das, was er für uns seit 1862 gewesen, und würde bei sich bietender Gelegenheit bereit sein, trotz seiner Freundschaft für die Person unseres kaiserlichen Herrn in Gegensatz zu allerhöchstdessen Politik zu treten.

Um die Klagen, welche Kaiser Alexander seinen mündlichen und schriftlichen Äußerungen zugrunde gelegt hat, auf ihren tatsächlichen Wert zurückzuführen, ist sodann hier eine Denkschrift ausgearbeitet worden, die ich gleichfalls nicht unterlassen will, zu Ew. pp. persönlichen Information hinzuzufügen. Dieselbe ist nur für die Orientierung Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm und des Auswärtigen Amts bestimmt gewesen und, schon wegen der Bezugnahme auf den Brief des Kaisers Alexander, ebenso wie letzterer, zu sekretieren. Aus dem hierin zusammengestellten, aktenmäßigen Material ergibt sich aber in schlagender Weise, wie wenig die russischerseits in Bezug genommenen Vorgänge geeignet waren, eine so maßlose Sprache, so direkte Drohungen und so weitgehende Zumutungen zu rechtfertigen, wie sie der Brief des Zaren enthalten hat.

Diese Erwägungen und anderweitige Beobachtungen, welche gleichzeitig mit dem Eingange des erwähnten kaiserlichen Briefes hier zu verzeichnen gewesen sind, haben die ernsteste Aufmerksamkeit des Herrn Reichskanzlers erregen und die Frage demselben näherbringen müssen, welche Folgen für die Zukunft Deutschlands daraus entstehen würden, wenn wir nach solchen Erfahrungen fortführen, uns den russischen Zumutungen zu versagen und dadurch mit dieser Macht in Konflikt gerieten.

* Siehe Bd. III, Nr. 443.
** Siehe Bd. III, Nr. 446.

Ein wesentlicher Faktor für die hier zu fassenden Entschließungen wird die Stellung sein, welche England in solchem Falle einnimmt. Es bedarf keiner Ausführung, daß nicht direkte deutsche Interessen uns notwendigerweise davon abhalten, den Wünschen Rußlands wegen Unterstützung seiner Orientpolitik nachzugeben. Nur höhere Rücksicht auf unsere Freundschaft zu Österreich-Ungarn und zu Großbritannien kann uns bestimmen, wenn wir russischem Andrängen auf diesem Gebiete widerstehen. Aber bevor wir in eine solche Politik einlenken, müssen wir wissen, was von England zu erwarten ist, falls [wir] uns dadurch mit unserem östlichen Nachbarn in Händel verwickeln sollten.

Dies ist in großen Grundzügen die Lage, mit der Fürst Bismarck gewünscht hat, Ew. pp. im engsten Vertrauen bekannt zu machen, um daran seinerseits das Ersuchen zu knüpfen, daß Sie nach Möglichkeit durch intime Besprechung mit Lord Beaconsfield ermitteln möchten, welche Richtung der englische Premierminister der Politik seines Landes in der oben angedeuteten Eventualität zu geben gesonnen sein würde.

Ew. pp. darf ich ganz ergebenst anheimstellen, Ihre Rückäußerung zur Übermittlung an Seine Durchlaucht mir geneigtest zustellen zu wollen.

Im Auftrage
Radowitz

Nr. 711

Der Botschafter in London Graf Münster an den Gesandten im Auswärtigen Amt von Radowitz

Eigenhändiger Privatbrief

den 18. September

Euer Hochwohlgeboren

danke ich ganz ergebenst für die sehr gütige und mir sehr nützliche, vertrauliche Zuschrift vom 16. Ich erhielt sie gestern auf der Herreise, da der Feldjäger auf demselben Zuge mit mir war. Ich kann, da ich heute durch die Post schreibe, mich über den Inhalt des mir sehr interessanten Erlasses nicht näher auslassen und werde, sowie ich mit B[eaconsfield] eine Unterredung gehabt und mich überhaupt hier wieder orientiert haben werde, den Feldjäger mit einem Briefe an den Fürsten (in Form eines Privatschreibens) sub volanti unter Ihrer Adresse abschicken.

London ist ganz leer, alle Minister aus der Stadt; B[eaconsfield] ist in Hughenden, wo ich ihn aufsuchen werde, wenn er nicht morgen oder übermorgen in die Stadt kommt, was mir lieber wäre, weil es weniger auffallend ist.

Daß von ihm die in dem Erlaß angedeutete Wendung der Dinge mit dem größten Eifer begrüßt werden wird, ist nach meiner Kenntnis

seiner Ansichten und der hiesigen Lage nicht zweifelhaft; vorsichtig muß man hier aber noch mehr als in jedem anderen Lande sein, weil man, will man sich auf Versprechungen verlassen, immer erst die Überzeugung noch haben muß, daß die Opposition, welche ja in ein bis zwei Stunden ans Ruder kommen kann, in derselben Richtung weitergehen würde. Ich erkenne die große Wichtigkeit der Sache und die Verantwortlichkeit, die in diesem Auftrage liegt. Ich habe bedauert, Sie neulich in Berlin verfehlt zu haben, konnte aber nicht länger warten, weil ich im Neuen Palais mit dem Zuge erwartet wurde.

Münster

Nr. 712

Der Botschafter in London Graf zu Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Gastein

Privatschreiben. Ausfertigung

Ganz geheim London, den 27. September 1879

Eurer Durchlaucht

beehre ich mich zu melden, daß ich soeben von Hughenden Manor, dem Landsitze Lord Beaconsfields, zurückgekehrt bin. Ich war ganz allein mit ihm, und hatte daher am gestrigen Nachmittage und Abende und diesen Morgen Gelegenheit, ungestört mit ihm sprechen zu können*. Er machte mir Entschuldigungen darüber, daß er mich nicht früher empfangen konnte, er habe aber ganz allein mit mir sein wollen.

---

* Lord Beaconsfield hat seinerseits über den Verlauf der Unterredung vom 27. September ein „Memorandum for Queen Victoria" aufgesetzt, dessen Wortlaut bei Buckle, The Life of Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield Vol. VI (1920), p. 486 ff. mitgeteilt wird. Die Erzählungen Münsters und Beaconsfields weichen insofern stark von einander ab, als letzterer die Sache so darstellt, als habe der Deutsche Botschafter geradezu im Auftrag Bismarcks eine Defensivallianz zwischen Deutschland, Österreich und England als Ziel genannt, und als habe er, Lord Beaconsfield, aus den intimen englisch-französischen Beziehungen ein Bedenken gegen ein solches Bündnis abgeleitet. Nach Graf Münster hingegen wäre es der englische Premierminister gewesen, der die Frage der Allianz aufwarf und in einem Atem damit bejahte. Graf Münsters Version ist an sich die wahrscheinlichere, da er tatsächlich gar nicht den Auftrag hatte, die Bündnisfrage zu stellen; sie wird außerdem gestützt durch ein Privatschreiben des Botschafters an Radowitz vom 27. September, in dem es heißt: „Beim ersten Worte, was ich nur über die Möglichkeit eines Erkaltens unserer guten Beziehungen zu Rußland sprach, sagte er — Lord Beaconsfield — mir, daß eine innige Verständigung mit Deutschland und eine intime Allianz stets das Ziel gewesen sei, welches er zu erreichen gehofft habe." Auch Lord Beaconsfields Schreiben an Lord Salisbury vom 1. und 9. Oktober (The Life of Benjamin Disraeli Vol. VI, p. 489, 490) beweisen, daß er den Kern der Bismarckschen Frage, den er in seinem „Memorandum for Queen Victoria" sorgfältig umgeht, nämlich, ob England im Fall europäischer Komplikation entschlossen sei, „not to be neutral and non-interfering, but to act and to act with allies" ganz sicher erkannt hatte. Charakteristisch ist Lord Beaconsfields Be-

Lord Beaconsfield begann, nachdem ich in ein paar Worten den Zweck meines Kommens mitgeteilt und mir die vollste Diskretion und Verschwiegenheit hatte zusichern lassen, unser Gespräch damit, daß er mir sagte, er habe über die jetzige Situation Europas viel nachgedacht; er sehe, er könne es nicht leugnen, mit einer gewissen Befriedigung, daß Rußland, verblendet und von ganz unsinnigem Slawophilismus befangen, den alten Alliierten von sich stoße, und die Drei-Kaiser-Allianz, die doch wesentlich für Rußland nützlich gewesen sei, aufzugeben scheine. England müsse und wolle Alliierte haben, um mit eingreifen zu können in die Geschicke Europas; die Politik der Nicht-Intervention sei unpraktisch, und für ein Land, das sich seiner Macht bewußt sei, auf die Länge unmöglich, sie rühre von Cobden und seinen Anhängern her, und diese hätten auf politischem Felde mit non-intervention at any price ebensoviel Schaden angerichtet als wie mit free trade without reciprocity. Die natürlichsten Alliierten für England seien Deutschland und Österreich. Er würde mit Freuden auf eine Allianz mit Deutschland eingehen. Die Kernfrage dabei sei Frankreich und die Möglichkeit einer russisch-französischen Allianz. Aber gerade in diesem Punkte könne er mir die allerfestesten Versicherungen geben. Frankreich werde Deutschland niemals angreifen, sowie es sehe, daß England diesen Angriff als casus belli betrachten würde, und daß Deutschland, welches Frankreich gegenüber alles habe, was es zur Sicherung seiner Grenzen bedürfe, niemals aggressiv gegen Frankreich vorgehen werde, sei eigentlich selbstverständlich.

Ich erwiderte dem Minister darauf, daß ich mich sehr freue, diese Auffassungen zu hören, es sei die Sache aber zu wichtig für uns, als daß wir nicht alle Eventualitäten im voraus scharf ins Auge fassen müßten, und dazu rechne ich vor allem die zukünftige Stellung der Krone und die der Opposition, und bitte um seine Ansicht darüber.

„Was die Krone betrifft," erwiderte er, „so können Sie ganz sicher sein. Ihre Majestät die Königin kennt für England nur einen Feind, das ist Rußland, und wünscht nichts sehnlicher als völlige Verständigung mit Deutschland; von der Seite also sind Sie vollständig sicher."

Wie steht es aber mit dem Prinzen von Wales, der bekanntlich große Sympathien für die Franzosen hat, bemerkte ich.

Darauf erwiderte Lord Beaconsfield: „Sie haben recht, der Prinz

---

merkung zu Salisbury, daß er in dem Gespräch mit Münster das Wort „treaty" sorgfältig vermieden habe. Doch erklärt er es ausdrücklich für erwägenswert, „whether some treaty between the three Allies, not formally and avowedly for the great object, but with reference to some practical point connected with it might not be expedient". Über den Gebrauch des Wortes „alliance", das in diesem Zusammenhang ebenfalls von Bedeutung ist, vgl. Hans Plehn, Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung (1920), S. 164 f.

hat gewisse Sympathien für Frankreich, mehr aber noch," setzte er scherzhaft hinzu, „für Französinnen; diese Sympathien sind aber nicht so tief gewurzelt als seine Abneigung, man könnte es fast Haß nennen, gegen Rußland. Wäre daher nur die Rede von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland allein, so würde er vielleicht zu Frankreich neigen, handelt es sich aber um einen Krieg gegen Rußland und Frankreich, so würde der Prinz sicher auf Deutschlands Seite stehen[1]."

Was die Parteifrage und die Opposition betrifft, so waren Lord Beaconsfields Äußerungen darüber ganz interessant.

Für seine Partei, sagte er, stehe er ein, sowie die englische Politik fest in diese Bahn geleitet sei, die Tories seien auf politischem Gebiete die Partei der Aktion, wollen Englands Einfluß auch in Europa aufrechterhalten und dem russischen Einflusse, den sie allein für schädlich halten, entgegenwirken.

Was nun die Liberalen anbetreffe, so glaube er nicht daran, daß das eigentliche Manchestertum (die Freetraders und Non-Interventionists), wie sie unter Gladstone regiert hätten, jemals in England wieder festen Fuß fassen würden. Er wolle damit durchaus nicht sagen, daß seine Partei ewig am Ruder bleiben würde, rechne aber sicher auf die nächsten fünf bis sechs Jahre; er werde schon den rechten Moment für die neuen Wahlen finden, und wenn auch einige Stimmen verlorengehen könnten, so werde er doch eine good working majority behalten. Sollten aber auch die Wahlen nicht so ausfallen, so würde kein radikales, sondern eine Art Koalitionsministerium mit den alten Whigs ans Ruder kommen, und die würden, was die äußere Politik betreffe, keine Änderungen eintreten lassen. In der Masse des Volkes sei eine Allianz mit Deutschland die populärste, und die freihändlerischen Friedensideen der Bright-Cobden-Schule würden immer mehr als unpraktisch verworfen.

Lord Beaconsfield bat mich, Eure Durchlaucht auf das allerfreundlichste zu grüßen, er sei dankbar, daß Eure Durchlaucht mich ermächtigt und beauftragt habe, so offen mit ihm zu sprechen. „Schreiben Sie dem Fürsten," so sagte er mir beim Abschiede diesen Morgen, „daß, wenn wir uns verständigen, ich den Frieden in Europa als gesichert ansehe auf lange Zeit. Will uns der Fürst im Oriente helfen*, und dort gehen Englands Interessen Hand in Hand mit denen Österreichs, so stehen wir, falls diese Politik Deutschland mit Rußland in Händel verwickeln würde, dafür, daß Frankreich sich nicht rühren darf. We will in that case keep France quiet[2], you may depend upon us."

Lord Beaconsfield versprach mir auch, seinen Kollegen gegenüber für jetzt unser Gespräch ganz geheim zu halten, meinte aber, daß es gut sein würde, wenn Eure Durchlaucht mich ermächtigten,

* Über die frühere Stellungnahme Bismarcks zur englischen Orientpolitik vgl. Bd. III, Nr. 511 und 513.

auch in diesem Sinne mit Lord Salisbury zu sprechen, und er hoffe, daß wir bald und leicht zu einer wirklich praktischen Verständigung gelangen könnten.

Ich hatte von vornherein angenommen, daß Lord Beaconsfield unsere Eröffnungen mit Entgegenkommen aufnehmen würde, so ganz bestimmte und weitgehende Versicherungen, wie er sie mir gab, erwartete ich kaum; ich habe dabei die Überzeugung, daß er in diesem Falle wirklich aufrichtig ist. Münster

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Wiener Recept
[2] sonst nichts?

Nr. 713

Der Gesandte im Auswärtigen Amt von Radowitz an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept

Nr. 626 Berlin, den 8. Oktober 1879
Geheim

Ew. pp. gefälligen geheimen Bericht vom 27. v. Mts. hat der Herr Reichskanzler mit Dank erhalten und mich beauftragt, Ihnen folgendes zu Ihrer streng persönlichen und vertraulichen Information ganz ergebenst zu erwidern.

Durch die Antwort, welche Lord Beaconsfield auf Ew. pp. Eröffnungen erteilt hat, sind die Erwartungen des Fürsten Bismarck nicht in vollem Maße erfüllt worden.

Die diesseits gestellte Frage war: was wird England tun, wenn wir mit Rußland darüber in Händel geraten, daß wir doch nur aus Rücksicht für die uns befreundeten Mächte England und Österreich und ohne zwingende eigene Interessen der russischen Politik im Orient unsern Beistand versagen?

Es liegt auf der Hand, daß, wenn wir in solchem Falle bestimmt auf Englands aktiven und bewaffneten Beistand gegen Rußland rechnen können, unsere Stellung eine andere, die Möglichkeit des fortgesetzten Widerstandes gegen die russischen Zumutungen in höherem Maße gegeben sein würde. Sind wir dieser Voraussetzung aber nicht ganz sicher, so haben wir vermehrten Anlaß dazu, den Konflikt mit Rußland zu vermeiden und einer zum Bruche treibenden Differenz wegen orientalischer Angelegenheiten aus dem Wege zu gehen.

Will sich England, wie es Lord Beaconsfield Ew. pp. gesagt hat, darauf beschränken, bei einem eventuellen Kriege zwischen Rußland und uns Frankreich zu überwachen, so ist dies an sich allerdings eine sehr dankenswerte Hilfe, aber doch nicht groß genug, um uns die Aussicht auf einen russischen Krieg erträglich zu machen. Der Krieg zwischen Deutschland und Rußland ist in jedem Falle, abgesehen

von allen militärischen Chancen, für uns eine Kalamität, auch wenn Frankreich sich nicht daran beteiligen sollte; nur im äußersten Falle, nur wenn die größten Interessen auf dem Spiele stehen und unsere Deckung eine durchaus gesicherte ist, könnten wir es auf diesen Kampf ankommen lassen.

Der Herr Reichskanzler bittet Ew. pp., vorläufig auf diese Frage bei Lord Beaconsfield nicht zurückzukommen, um jeden Anschein zu vermeiden, als bedürften wir einer günstigeren Haltung des englischen Kabinetts oder suchten die englische Politik zu größerem Entgegenkommen zu drängen. Auf der anderen Seite legt Fürst Bismarck Wert darauf, daß Lord Beaconsfield nicht unter dem Eindrucke geblieben sein möge, als habe er durch die Ew. pp. neulich erteilte Antwort uns wirkliche Anerbietungen gemacht, auf Grund deren wir daran denken könnten, die Konsequenzen eines Bruches mit Rußland auf uns zu nehmen. Inwiefern ein solcher Eindruck vorhanden sein könnte, darf ich ganz dem Ermessen Ew. pp. anheimstellen.

Radowitz

Nr. 714

Der Botschafter in London Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatschreiben. Ausfertigung

London, den 14. Oktober 1879

Aus dem hohen geheimen Erlasse Nr. 626 vom 8. Oktober* habe ich zu ersehen die Ehre gehabt, daß die Antwort Lord Beaconsfields nicht ganz Eurer Durchlaucht Erwartungen entsprochen hat.

Lord Beaconsfield hat nach meiner Überzeugung aber die Absicht gehabt, die allerbefriedigendste Antwort und Erklärung zu geben, und hat es, glaube ich, als fast selbstverständlich angesehen, daß, falls Österreich und Deutschland in Beziehung auf Fragen, die Österreichs und Englands Interessen gleich berühren müßten, mit Rußland in Händel gerieten, England sich auch aktiv dabei beteiligen werde.

Daß bei einem europäischen Kriege in der europäischen Türkei England sich mit beteiligen müsse, sieht Lord Beaconsfield — und das hat er mir gegenüber mehrere Male betont — als notwendig und unvermeidlich an, sowie England seinen berechtigten Einfluß im Oriente wahren will.

Lord Beaconsfield glaubte, daß es vor allem Eurer Durchlaucht darauf ankommen werde, vor einem französisch-russischen Bündnisse gesichert zu sein und in dem Falle auf Englands Unterstützung rechnen zu können.

Ein Krieg gegen Rußland würde hier stets populär und ungefährlich für England sein, wogegen die Möglichkeit eines Krieges

* Siehe Nr. 713

mit Frankreich als eine viel ernstere Sache angesehen und viel mehr Widerstreben in der Nation finden würde.

Ich verkenne deshalb auch durchaus nicht, daß es sehr bindender und bestimmterer Erklärungen bedürfen würde, ehe wir uns mit England, welches der Parteiregierung wegen immer mit großer Vorsicht zu behandeln ist, fest verbinden und uns einer Kalamität, wie ein Krieg mit Rußland jedenfalls sein würde, aussetzen könnten.

Den Fall des einseitigen orientalischen Krieges mit Rußland habe ich deshalb auch nicht so im Auge gehabt und nicht so darauf den Akzent legen wollen, weil ich die Frage Lord Beaconsfields vermeiden wollte: „was wir tun werden, falls England mit Rußland in Asien, Afghanistan und Persien in Händel geriete[1].“

Ich glaube, meine Überzeugung dahin aussprechen zu dürfen, daß Lord Beaconsfield auf eine deutsche Allianz den allergrößten Wert[2] legt, und glaube auch, daß wir auf ihn und seine Partei fest rechnen können.

Ob Lord Beaconsfield Lord Salisbury gegenüber unseres Gespräches erwähnt hat, weiß ich nicht, nach der Art, wie Lord Salisbury sich mir gegenüber äußerte, glaube ich es annehmen zu dürfen*. pp.

Münster

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Daß ist eine ganz andre Lage als die, in welcher wir sein würden, wenn wir uns den russischen Nachbarkrieg aus Ursachen auf den Hals ziehn, denen wir ohne jeden Schaden an deutschen Interessen aus dem Wege gehn können.

[2] wirklich!

Nr. 715

Der Botschafter in London Graf Münster, z. Z. in Hannover, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Eigenhändiges Privatschreiben

Hannover, den 17. Oktober 1879

Ew. Durchlaucht

konnte ich von London aus nicht mehr über eine Unterredung mit Lord Salisbury** berichten, weil dieselbe auf seinen Wunsch erst Mittwoch abend in Hatfield stattfand, und ich gestern ganz früh London verlassen mußte, um hier meinen ständischen Pflichten zu genügen. Ich glaube daher, Ew. Durchlaucht mit diesem Schreiben in Varzin aufsuchen zu dürfen. Lord Salisbury bat mich, da er nicht an jenem Tage kommen könne, zum Essen nach Hatfield zu kommen, da er vor meiner Reise nach Deutschland mich notwendigerweise sehen müsse.

Er sagte mir, Lord Beaconsfield habe ihm mein Gespräch mit ihm mitgeteilt, und habe ihn gebeten, mir nochmals zu versichern,

---

* Vgl. Nr. 715.

** Vgl. dazu auch Lord Salisburys Bericht über die Unterredung vom 15. Oktober. The Life of Benjamin Disraeli Vol. VI, p. 491. Er stimmt mit der nur ausführlicheren Münsterschen Erzählung durchaus überein.

daß Lord Beaconsfield und sein Kabinett stets zu Deutschland stehen werde, sowie Deutschland mit Rußland in Händel verwickelt werde. Lord Salisbury sagte mir, er habe sich außerordentlich darüber, wie über den Gang, den jetzt die politischen Verhältnisse in Deutschland zu nehmen schienen, gefreut, und bat er mich, Ew. Durchlaucht zu sagen, wie sehr er ein festes Zusammengehen Deutschlands mit Österreich und eine Allianz Englands mit beiden Mächten wünsche. Nach seiner Meinung sei der Keil, der durch Österreichs Stellung in der europäischen Türkei gegen Rußland eingeschoben sei, ein sehr großes Resultat des Kongressses, sichere Europa vor russischen Aggressionen im Oriente, und sichere dadurch, nach seiner Meinung, den Frieden, sowie Rußland wisse, daß Deutschland und England stets entschlossen seien, Österreich im Falle eines Angriffes beizustehen. Ich fragte darauf, ob England in einem solchen Falle sich am Kriege beteiligen würde, und er antwortete mit einem entschiedenen Ja, Darauf sprach er auch über die Möglichkeit einer russisch-französischen Allianz und wiederholte, daß, wie ich schon neulich zu berichten die Ehre hatte, er die Überzeugung habe, daß von russischer Seite in Frankreich noch ganz neuerdings Versuche gemacht seien, eine solche Verständigung anzubahnen. Auf die jetzige Regierung könne man sich verlassen, aber allerdings sei ja jede politische Berechnung in Frankreich jetzt unsicher, und deshalb müsse es doch für Deutschland von Wert sein, zu wissen, daß es in einem solchen Falle auf England rechnen könne. Was das jetzige Kabinett betreffe, so gebe er mir ganz bestimmt diese Versicherung, und er glaube, daß auch eine liberale Regierung, die er aber in den nächsten Jahren nicht für wahrscheinlich hält, ebenso handeln werde. Rußland habe, das wisse er bestimmt, sagte Lord Salisbury, auch in Italien Allianzversuche gemacht, man habe dort auch einen Augenblick geschwankt; er habe es erfahren, und habe sehr bestimmt erklärt, daß Italien in einem solchen Falle England zum Gegner haben werde, und darauf sei, da man die Haltung Frankreichs, auf das man rechnete, erkannte, die italienische Regierung wieder davon zurückgegangen. Lord Salisbury sprach dabei nicht gerade mit großer Achtung von Italien.

In Beziehung auf Händel, in welche England in Zentralasien mit Rußland geraten könnte, meinte Lord Salisbury, könne England schon allein fertig werden. Die russischen Steppen seien die beste Schutzmauer; durch die See liege die englische Operationsbasis immer viel näher. Außerdem sei nach allen Berichten, die er sowohl aus Persien als durch Afghanistan und Indien erhalte, die Niederlage der Russen doch eine solche, daß sie gezwungen wären, eine eben beabsichtigte Expedition auf Merw auf mindestens ein Jahr zu verschieben.

Lord Salisbury bat mich, diese Mitteilung Ew. Durchlaucht persönlich zu überbringen, oder sie auf ganz vertraulichem Wege zu Ew. Durchlaucht Kenntnis gelangen zu lassen.

Aus diesem Vorgehen Lord Salisburys, welches ganz ohne mein Zutun erfolgte (ich hielt mich absichtlich ganz zurück und ließ nach der Unterredung mit Lord Beaconsfield die englischen Minister wieder an mich kommen), werden Ew. Durchlaucht erkennen, welchen Wert Lord Beaconsfield und mit ihm sein Kabinett auf ein Zusammengehn mit Deutschland legt.

Ich hätte so gern Ew. Durchlaucht einen Besuch gemacht, hätte gern das alles mündlich besprochen und mich von Ihrem Wohlergehen überzeugt. Bei meinem kurzen Urlaub wird das aber leider wohl kaum möglich sein, und es ist wohl keine Hoffnung vorhanden, daß Ew. Durchlaucht Ende dieses Monats nach Berlin kommen*. pp.

Münster

Nr. 716

Der Botschafter in London Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 London, den 30. April 1880

Lord Granville** empfing das diplomatische Korps. Er wiederholte mir die Versicherung, daß er vor allem wünsche, die freund-

* Eine Zusammenkunft Graf Münsters mit Bismarck hat nicht stattgefunden; auch eine Rückäußerung Bismarcks auf Münsters Schreiben vom 14. und 17. Oktober scheint nicht erfolgt zu sein. Bismarcks retrospektive Bemerkung in seinem Diktat vom 10. November 1879 (vgl. Bd. III, Nr. 511): er habe auf die englische Antwort entgegnet, daß „auch ohne den Zutritt Frankreichs ein russischer Krieg für uns, wenn auch mit Gottes Hilfe keine lebensgefährliche, so doch immer eine sehr unerwünschte Eventualität sein würde, welche Deutschland für andere als eigene Interessen nicht auf sich nehmen könne", bezieht sich offenbar auf den Erlaß Radowitz' an Münster vom 8. Oktober (Nr. 713). Für Bismarck hatte, seit er die Zuversicht erlangt hatte, daß das Verhältnis zu Rußland durch die Option für Österreich eine gefährliche Einbuße nicht erleiden werde, die Frage der englischen Stellungnahme an Aktualität erheblich eingebüßt. Auch irritierte ihn die Art, in der Lord Salisbury in seiner Manchester Rede vom 17. Oktober den Abschluß des Deutsch-Österreich-ungarischen Abkommens als „good tidings of great joy" feierte, und noch mehr die indiskrete Frage Lord Salisburys an den österreichischen Botschafter Grafen Károlyi, „whether the agreement was a written one" (siehe Bd. III, Nr. 510 und Nr. 511). Vgl. Salisburys Bericht an Königin Victoria vom 27. Oktober 1879 in The Life of Benjamin Disraeli Vol. VI, p. 492, wie aus einem Schreiben des Grafen Otto zu Stolberg an Radowitz vom 8. November hervorgeht, hat die deutsche Regierung „nur in Folge der Rede Lord Salisburys" davon Abstand genommen, auch ihrerseits der englischen Regierung nähere Mitteilungen über den Abschluß des Deutsch-Österreichischen Bündnisses zu machen, und sich nur auf die von Österreich zu machenden Mitteilungen bezogen. Der englische Botschafter in Berlin Lord Odo Russell knüpft bezeichnenderweise in seinem Briefe an Lord Granville vom 29. Mai 1880 unmittelbar an den Bündnisfühler von 1879 die Betrachtung „Bismarck then gave up all hope of securing the alliance of England and turned to France". Lord E. Fitzmaurice, The Life of Lord Granville Vol. II (1905), p. 211.

** Die am 30. März 1880 begonnenen englischen Neuwahlen hatten nicht den allgemein erwarteten und im Hinblick auf eine ruhige Abwicklung der orientalischen

schaftlichsten Beziehungen mit Deutschland zu erhalten. Er halte ein einiges, kräftiges Deutschland für ein Glück für Europa. Auch das Einverständnis Deutschlands mit Österreich erscheine ihm als Bürgschaft des Friedens. Das englische Kabinett stehe fest auf der Basis des Berliner Vertrages, bedauere nur, daß alle Stipulationen desselben noch nicht ausgeführt seien, und werde, wie Lord Granville hoffe, mit Zustimmung und Unterstützung Deutschlands alles geschehen, um die vollständige Durchführung dieses Vertrages zu erlangen.

Lord Granville behielt sich vor, in den nächsten Tagen mir seine Ansicht über die griechische Frage mitzuteilen.

Münster

Nr. 717

Der Botschafter in London Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 London, den 12. Mai 1880

Lord Granville teilt mir mit, er werde Zirkulardepesche an Berliner-Vertrags-Mächte richten und vorschlagen, daß eine Botschafterkonferenz, mit Zuziehung von Technikern, in Berlin oder Paris zusammentrete, um die griechisch-türkische Differenz endlich auszugleichen und Grenzlinie zu bestimmen*. Die Kommission Lord Salisburys scheitere an dem bösen Willen der Türken, und hoffe Lord Granville, auf diesem Wege schneller zum Ziele zu gelangen.

Münster

Angelegenheiten auch von der deutschen Regierung gewünschten Sieg des toryistischen Kabinetts Beaconsfield ergeben, sondern ein liberales Kabinett Gladstone mit Lord Granville als Staatssekretär des Auswärtigen an das Ruder gebracht. Nach Gladstones leidenschaftlichen Wahlreden gegen die Türken, die „unmenschliche Abart des menschlichen Geschlechts", war es von vornherein klar, daß das neue Kabinett mit aller Entschiedenheit gegen die Türkei vorgehen und zu diesem Zweck selbst eine engere Verbindung mit Rußland nicht scheuen werde.

* Die von Lord Granville vorgeschlagene Botschafterkonferenz trat, nachdem die französische Regierung für Berlin als Konferenzort den Ausschlag gegeben hatte, hier am 16. Juni unter dem Vorsitz des Botschafters Fürsten von Hohenlohe zusammen. Über den Verlauf der bis zum 1. Juli tagenden Konferenz ist man aus dem englischen Blaubuch: „Greece Nr. 3 (1880) Correspondence respecting the Conference at Berlin on the Rectification of the Greek Frontier [C.—2633]" und dem französischen Gelbbuch: „Affaires de Grèce en 1880"; orientiert, auch de Martens, Nouveau Recueil Général de Traités II. Série, T. VI, p. 95 ss., gibt die Protokolle der Konferenz wieder. In der Schlußsitzung wurde eine Kollektivnote an die Türkei und Griechenland beschlossen, die in Konstantinopel und in Athen je von dem Doyen des diplomatischen Korps überreicht werden sollte, und in der diese beiden Mächte eingeladen wurden, den Spruch der Konferenzmächte, der Griechenland ganz Thessalien und einen großen Teil von Epirus zusprach, entgegenzunehmen.

Nr. 718

Der Botschafter in London Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 94 London, den 27. Juni 1880

Ganz vertraulich

Lord Granville schrieb mir, daß er mich heute, als am Sonntage, zu sehen wünsche, und da dieses ganz gegen alle Gewohnheiten englischer Minister ist, glaubte ich gleich, daß er mir etwas Wichtiges zu sagen habe. Er begann damit, daß er mir sagte, daß das englische Kabinett allen Grund habe, durch das Resultat der Berliner Konferenzen befriedigt zu sein. Das Einverständnis über die griechisch-türkische Grenze sei so gut als gesichert, und sei dieses vor allem dem Einflusse Euerer Durchlaucht und den erfolgreichen Bemühungen des Fürsten Hohenlohe zu danken, und er habe mich vor allem bitten wollen, den aufrichtigsten Dank der englischen Regierung dafür auszusprechen.

Lord Granville sagte, er wünsche, da er wohl einsehe, daß die Ausführung der Konferenzbeschlüsse bei der Pforte auf große Schwierigkeiten stoßen und ohne Zwang schwerlich zu erreichen sein würde, daß Eure Durchlaucht die Auffassungen und Absichten des englischen Kabinetts kennenlernen, und er werde daher, da er auf die vollste Diskretion von unserer Seite mit Sicherheit rechnen könne, mit mir ohne jeden Rückhalt ganz offen darüber sprechen.

Das englische Kabinett wünsche Zwangsmaßregeln gegen die Türkei womöglich zu vermeiden, sei aber ganz fest dazu entschlossen, falls wider Vermuten die Pforte dem einmütig von den Großmächten ausgesprochenen Willen sich nicht füge und daraus ein Krieg zwischen Griechenland und der Türkei entstehe.

Als mich diese sehr bestimmte Sprache überraschte und ich etwas ungläubig erschien, sagte Lord Granville: „Ich weiß, man hält uns hier und auch im Auslande ganz mit Unrecht für Friedensmänner um jeden Preis. Wir haben Lord Beaconsfield und seine Regierung besonders deshalb stark angegriffen, weil seine auswärtige Politik nur Bellen ohne Beißen war."

Der Minister ging darauf zu folgenden Betrachtungen über:

Solle die orientalische Frage nicht bald wieder für Europa gefährlich werden, könne die Pforte und das orientalische Reich überhaupt noch am Leben erhalten werden, so sei das nur dann möglich, wenn die Großmächte die Beschlüsse des Berliner Kongresses durchführten. Die hiesige Regierung halte sich für verpflichtet und werde das ihrige dazu tun und sei der Ansicht, daß alle Großmächte es nicht

leiden könnten, daß die Türkei, wie sie es bisher getan, Versprechungen gebe, sie nicht halte und den Rat Europas mißachte. Suche man die vielen offenen Wunden nicht zu heilen, so werde der Auflösungsprozeß der Türkei zu schnell kommen und der Zustand eintreten, den namentlich Österreich so sehr zu befürchten scheine*. pp.

Münster

Nr. 719**

Entwurf einer allgemeinen Instruktion für die Haltung der deutschen Politik in den orientalischen Angelegenheiten, speziell in Beziehung auf Griechenland

Unsignierte Reinschrift nach einem Konzept des Gesandten von Radowitz, von diesem am 8. November aus Friedrichsruh nach Berlin gebracht, am gleichen Tage noch mit Immediatbericht des interimistischen Leiters des Auswärtigen Amtes Grafen zu Limburg-Stirum Kaiser Wilhelm I. vorgelegt

Friedrichsruh, den 7. November 1880

In erster Linie ist das Ziel unserer Politik im Orient die Erhaltung des Friedens überhaupt; wir haben auch die Kriege anderer Mächte zu scheuen wegen der unvermeidlichen Rückwirkungen auf unsere wirtschaftlichen Interessen und ebensosehr, weil wir nie vorherzusehen vermögen, wie weit wir in fremde Händel hineingezogen werden können. Besonders aber verlangt unser Interesse die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Österreich und Rußland; denn der

---

* Die deutsche Regierung hat sich in der Frage der Zwangsmaßregeln gegen die Türkei möglichst zurückgehalten, nicht zuletzt aus Rücksicht auf Österreich, das von solchen nichts wissen wollte. Zwar erklärte sie sich bereit, sich an einer allgemeinen Flottendemonstration der Mächte gegen die Türkei, die durch die Halsstarrigkeit derselben in der montenegrinischen Grenzfrage (Dulcigno) unvermeidlich wurde, zu beteiligen; aber sie lehnte es ab, sich an einem wirklichen Vorgehen der vereinigten Flotten gegen Dulcigno zu beteiligen. Auch dem späteren englischen Vorschlag (4. Oktober 1880), die europäische Flotte nach Smyrna zu schicken und sich der Stadt und des Hafens als einer materiellen Garantie zu bemächtigen, begegnete die deutsche Regierung mit Zurückhaltung. Von einer Erteilung eines europäischen Mandats an England wollte Bismarck nichts wissen; an den Rand eines Münsterschen Telegramms vom 10. Oktober, das dem englischen Wunsch nach einer Mandatserteilung Ausdruck gab, schrieb er: „Nein; wir enthalten uns mit Wohlwollen, werden uns freuen, wenn Erfolg, bezweifeln diesen aber, geben also kein Mandat.“ Die allgemeine Linie der deutschen Politik, die angesichts der divergierenden Interessen Englands, Rußlands und Österreichs auf äußerste Zurückhaltung gerichtet war und blieb, tritt besonders deutlich in dem folgenden Schriftstück hervor.

** Nr. 719—722 gehören zwar, streng genommen, nicht in den Zusammenhang der englisch-deutschen Beziehungen hinein, mögen aber gleichwohl hier gebracht werden, im Hinblick auf die große Bedeutung, die die türkisch-griechische Frage für die englische Regierung und ihr Verhältnis zu den übrigen Mächten gewann.

Bruch zwischen diesen unseren Nachbarstaaten wird uns immer in die Verlegenheit bringen, früher oder später zwischen beiden optieren zu müssen, auch wenn für uns kein casus foederis vorliegt. Hiermit im Zusammenhange hat die deutsche Politik im Orient noch eine andere, allgemeine Aufgabe, die freilich nicht ostensibel hervortreten darf: Die Lösung oder Verhinderung der Kooperation von Rußland und England*. Das Zusammengehen von Rußland und England muß notwendigerweise dahin führen, daß die orientalischen Verhältnisse ohne Berücksichtigung der österreichischen Interessen geregelt werden, und hat somit die Gefahr eines Bruches zwischen Österreich und Rußland im Gefolge, während die Fortdauer der früheren guten Beziehungen zwischen Österreich und England dazu beitragen würde, den Zusammenstoß Österreichs mit Rußland zu verhindern. Die augenblickliche, für den Frieden gefährliche Gladstonesche Allianz mit Rußland wird voraussichtlich durch jede schärfere Aktion, respektive kriegerische Operation, gelöst werden, welche die eine der Mächte oder beide gemeinsam gegen die Türkei unternehmen. In beiden Fällen wird die Unvereinbarkeit ihrer weiteren Ziele zutage treten. Nur solange sich die Interessengemeinschaft von England und Rußland im Orient auf diplomatischem Gebiet bewegt, ohne auf die Probe der aktiven Betätigung gestellt worden zu sein, kann sie dauernd Unheil stiften. Es läge deshalb vielleicht für Deutschland kein Anlaß vor, eine gemeinsame englisch-russische Aktion, welche am sichersten die Lösung der gefährlichen Verbindung herbeiführen könnte, zu hindern, wenn dabei nicht zu besorgen bliebe, daß Österreich in seiner ängstlichen, über nächste, nur scheinbar entscheidende Ergebnisse leicht erregten Politik, die Entwickelung der Dinge in solchen Fällen nicht abwarten, sondern seinerseits zu früh eingreifen würde. Vorzugsweise aus diesem Grunde ist es auch für uns nicht ratsam, in der Hoffnung auf die Lösung der englisch-russischen Kooperation die gemeinsame Aktion der beiden Mächte zu begünstigen, und müssen wir es vermeiden, eine Entwickelung in dieser Richtung zu fördern. Überdies spricht neuerdings der Anschein dafür, daß die für den Frieden bedrohliche Gemeinsamkeit von England und Rußland sich von selbst wieder lösen wird, indem schließlich auch die englischen Politiker, obgleich sie weniger scharfsichtig als die russischen sind, zu der Einsicht gelangen, daß sie mit der Beschleunigung des Zer-

* Bismarck stand an sich natürlich nicht einer Annäherung Englands an Rußland feindlich gegenüber, die er vielmehr wiederholt selbst zu befördern gesucht hatte (vgl. Bd. II, Nr. 294); nur eine geschlossene Kooperation Englands und Rußlands bei dem Vorgehen gegen die Türkei — Ende Juni hatte Rußland dem englischen Kabinett vorgeschlagen, 20 000 Mann russischer Truppen auf englischen Schiffen zur Ausführung der Grenzregulierungen nach Montenegro und Griechenland zu schicken — erschien dem Reichskanzler im Hinblick auf Österreich bedenklich.

falls der Türkei nur Rußland die Wege ebnen, ohne eigenen Vorteil für England.

Es erscheint danach in bezug auf die Gesamtpolitik des Orients generell als unsere Aufgabe: Erhaltung des Friedens womöglich unter allen, — im besonderen die Verhinderung des Konflikts zwischen Österreich und Rußland und ebenso nach Möglichkeit die Verhinderung der Chance eines kriegerischen Vorgehens von England und Rußland allein gegen die Türkei.

Was die Haltung Deutschlands gegenüber Griechenland anlangt, so stehen die allerhöchsten Intentionen dahin fest, daß die Aussichten dieses christlichen Königreichs auf Vergrößerung zu fördern seien, soweit wir dies ohne kriegerische Handlungen tun können. Abgesehen von dem christlichen und zivilisatorischen Elemente, welches im Vergleich zu den Türken in den Griechen liegt, bilden dieselben mit den Albanesen und den Rumänen den Hauptbestandteil der nichtslawischen Bevölkerung auf der Balkanhalbinsel und eines der Gegengewichte für den Panslawismus. In letzterem liegt eine Gefahr für Osteuropa, und zwar nicht die der russischen Übermacht, sondern die einer revolutionären Entwickelung der an sich unlenksamen slawischen Stämme bis nach Böhmen und Illyrien hinein. Die Vergrößerung des russischen Kaiserreichs um türkische Provinzen irgendwelcher Art, ja auch um die von Konstantinopel, wäre für Deutschland überhaupt nicht bedrohlich, und für Österreich vielleicht nicht in dem Maße, wie man es dort annimmt; jedenfalls müßten sich für Österreich genügende Äquivalente[1] finden lassen. Der Panslawismus dagegen mit seinen revolutionierenden Zielen ist beiden deutschen Mächten gefährlich, Österreich noch mehr als wie uns, und am allermeisten dem russischen Kaiserreich selbst mit seiner Dynastie. Das revolutionierte Slawentum, mit oder ohne russischen Kaiser an der Spitze, wird immer der Bundesgenosse der republikanischen Elemente nicht nur in Frankreich, sondern ebenso in Italien, Spanien, vielleicht auch in England sein. In England weisen schon jetzt die Anfänge, welche in der Gladstoneschen Doktrin liegen, darauf hin.

Wenn die militärische Situation Griechenlands stark genug wäre, um den Kampf gegen die Türkei zu bestehen, so könnte man versucht sein, den König Georg zur Durchführung seiner Ansprüche mit den Waffen zu ermutigen. Bei seiner unzweifelhaften Unfähigkeit, gegen die Türkei standzuhalten, bedarf Griechenland aber wenigstens der Unterstützung durch gleichzeitige Bewegungen nicht nur auf Kreta, sondern auch in Bulgarien, — und selbst mit dieser Unterstützung ist seine Niederlage immer noch wahrscheinlich, wenn nicht europäische Mächte den Untergang des Landes nach verlorenen Schlachten verhindern wollen. Den Griechen, nachdem sie geschlagen worden, dennoch die streitigen Grenzprovinzen zu verschaffen, wird schwieriger sein, als es jetzt ist[2], und wenn die Mächte sich auch über den Schutz des

Königreichs gegen türkische Invasion zu Wasser oder zu Lande noch verständigen können, so ist dies doch wenig wahrscheinlich, falls es sich darum handeln sollte, durch gemeinsame, aktive Maßregeln die siegreiche Türkei zu Abtretungen zu zwingen. Es wird sich daher im Interesse Griechenlands ebensowohl wie im Sinne der allerhöchsten Intentionen empfehlen, die griechische Politik von der Aktion jetzt abzuhalten[3]. Wahrscheinlich können wir hierin auf Unterstützung von Frankreich und Österreich rechnen, während England und Rußland aus verschiedenen Motiven vielleicht anders handeln werden: England, um Gladstone am Ruder zu erhalten, Rußland, um die Beruhigung des Orients zu hindern. Österreich wird möglicherweise in entgegengesetzter Richtung aus Ruhebedürfnis so weit gehen wollen, den Griechen alle Hoffnung abzuschneiden und für die türkische Auffassung einzutreten, während Frankreich, ohne zum Kriege zu treiben, voraussichtlich das Bestreben verfolgt, den Griechen die Aussicht auf Erfüllung ihrer Wünsche in der Zukunft nicht zu verkümmern. In diesem Falle würde die deutsche Politik mit der französischen zusammenfallen und gleichzeitig auf die österreichische mäßigend und vermittelnd einzuwirken suchen.

Wir werden also jetzt in erster Linie einfach einen beruhigenden Einfluß auf die griechischen Entschließungen auszuüben haben und abwarten, daß auch die übrigen Mächte in Athen Farbe bekennen[4]. An Ort und Stelle wird sich bald erkennen lassen, ob England die Griechen zur Aktion ermutigt, ob es bereit ist, ihnen beizustehen, und ob Rußland bloß durch seine Zurückhaltung oder in wirksamer Weise auch seinerseits das griechische Vorgehen gegen die Türkei zu fördern sucht.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms I.:
[1] aber wo?
[2] gewiß
[3] richtig
[4] richtig W.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ganz einverstanden W. 8./11. 80.

Nr. 720

Aufzeichnung des interimistischen Leiters des Auswärtigen Amtes Grafen zu Limburg-Stirum

Eigenhändig

Berlin, den 14. November 1880

Der englische Geschäftsträger fragte mich gestern, welche Ratschläge die deutsche Regierung in Athen zu geben gedenke, ob wir vor übereiltem kriegerischen Vorgehen warnen würden. Ich erwiderte,

wir vermieden es überhaupt, Ratschläge zu erteilen, wir würden das also auch den Griechen gegenüber nicht tun. Wir würden aber auch keinen Zweifel über unsere Haltung lassen. Wir würden die berechtigten Erwartungen Griechenlands, den Kongreß- und Konferenzbeschlüssen entsprechend, der Pforte gegenüber mit Entschiedenheit unterstützen, wir wollen aber keine Verantwortlichkeit für den Fall übernehmen, wenn Griechenland übereilt militärisch vorgehe und — wie wahrscheinlich — eine Niederlage erleide.

Stirum

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

Wir werden uns freuen über jeden Erfolg Griechenlands im Sinn der Congreßbeschlüsse u[nd] keiner Macht, die ihm dazu verhelfen wolle, Hindernisse in den Weg legen, ihr im Gegentheil Erfolg wünschen. Wir werden aber uns jeder eignen Action enthalten, u[nd] Griechenland von solcher abreden, solange es nicht ausreichenden Beistandes sicher ist.

Nr. 721

Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Graf Limburg-Stirum an den Botschafter in London Grafen Münster

Nr. 33 Berlin, den 20. Januar 1881

Der englische Botschafter hat hier ein Telegramm mitgeteilt, wonach die französische Regierung ihren Schiedsgerichtsvorschlag* definitiv zurückgezogen habe. Mit Rücksicht auf die sich hieraus ergebende Lage richte das Londoner Kabinett an den Herrn Reichskanzler die Bitte, bei dem Ansehen, welches er in Europa genieße, mit einem Vorschlage zur Beilegung der griechischen Schwierigkeit hervorzutreten. Ich habe im Auftrage des Herrn Reichskanzlers geantwortet, Seine Durchlaucht wisse keinen Vorschlag zu machen, der nicht schließlich bei seiner Ausführung auf Gewaltmaßregeln hinaus-

---

* Auch die französische Regierung hatte — gleich Bismarck — Bedenken gegen ein einseitiges englisch-russisches Vorgehen wider die Türkei gehabt und war daher mit dem Vorschlage hervorgetreten, die Regelung der griechischen Grenzfrage durch ein Schiedsgericht der sechs Mächte herbeizuführen. Deutschland war im Prinzip mit der Einsetzung eines Schiedsgerichts einverstanden, wünschte aber vorher eine Einigung der Mächte über die eventuelle Exekution des Schiedsspruchs festgestellt zu sehen. Auf Andringen Frankreichs ließ Bismarck diesen Punkt fallen, erklärte aber im voraus, daß Deutschland sich im Falle einer etwaigen Nichtannahme des Schiedsspruchs durch die Türkei keinenfalls an einer bewaffneten Intervention beteiligen werde, und „daß wir uns nachher verbitten müßten, ‚von der Ehre Deutschlands zu sprechen', denn unseren Teil daran betrachten wir nicht als engagiert". Zirkularerlaß an die Botschafter bei den europäischen Mächten vom 19. Dezember 1880.

laufen würde. Die öffentliche Meinung und die politische Lage in Deutschland verbiete der Regierung aber unbedingt, die Mittel des Landes für kriegerische Unternehmungen in Anspruch zu nehmen, wo unsere Interessen nicht engagiert seien. Wenn der Herr Reichskanzler irgendeinen praktischen Vorschlag wüßte, der zu einer definitiven und friedlichen Regelung der griechischen Frage sicher führen könnte, so würde er denselben schon gemacht haben. Er habe sich allen Propositionen angeschlossen, die im Sinne des Friedens angeregt worden seien, und auch den französischen Schiedsgerichtsvorschlag unterstützt, obschon er denselben von vornherein für aussichtslos gehalten. Da die Pforte in ihrem letzten Zirkular den Wunsch ausgesprochen habe, mit den Vertretern der Mächte über die griechische Frage in Besprechungen zu treten, so sehe Seine Durchlaucht darin die Möglichkeit, die Verhandlungen fortzuspinnen, und wir seien, falls die anderen Mächte zustimmen, geneigt, auf den türkischen Vorschlag einzugehen. Ein Mandat zu Einzelverhandlungen mit der Pforte würden wir in keinem Falle zu übernehmen imstande sein. Ein solcher Modus scheine für den vorliegenden Fall wenig praktisch. Am besten sei es, die Pforte kommen zu lassen und ihren möglichen Tergiversationen nicht einzeln, sondern gemeinsam zu begegnen.

Limburg-Stirum

Nr. 722

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept

Nr. 61 Berlin, den 8. Februar 1881

Ew. pp. beehre ich mich, nachstehend die wesentlichen Gesichtspunkte einer Instruktion mitzuteilen, welche ich dem in diesen Tagen nach Konstantinopel zurückkehrenden Kaiserlichen Botschafter Grafen Hatzfeldt mit Rücksicht auf die dort schwebenden Fragen mitgegeben habe.

Wie Ew. pp. bekannt, hat der letzte Vorschlag der Pforte, im Wege vertraulicher Besprechungen mit den Vertretern in Konstantinopel eine Verständigung in der griechischen Frage zu suchen, die Zustimmung sämtlicher Kabinette gefunden. Es wird nunmehr darauf ankommen, die Modalitäten festzustellen, unter denen jene Verhandlungen mit der Pforte aufzunehmen und zu führen sind, sei es, daß letztere selbst mit einem voraussichtlich ungenügenden Anerbieten hervortritt, sei es, daß sie die Initiative der Mächte abwarten will.

Graf Hatzfeldt ist angewiesen, bei der Besprechung dieser Frage

mit seinen Kollegen vor allem daran festzuhalten, daß unser Bestreben bei Abwesenheit eines direkten Interesses lediglich auf Erhaltung des Friedens gerichtet ist. So sehr wie wir hoffen, daß es gelingen werde, den Frieden zwischen Griechen und Türken ungestört zu erhalten, so fest sind wir überzeugt, daß er unter den europäischen Mächten um der griechischen Frage willen nicht gefährdet werden darf und nicht gefährdet zu werden braucht. Denn es waltet unter den Kabinetten bezüglich des zu erstrebenden oder zuzulassenden Schlußresultats keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit ob, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß alle die Erhaltung des Friedens aufrichtig wollen.

Was den modus procedendi betrifft, um den es sich jetzt zunächst handelt, so würde es unserer Ansicht nach das Zweckmäßigste sein, wenn sich die sechs Mächte vor allem über das schickliche Maß von Zugeständnissen einigen, welches genügen würde, um von Griechenland den Verzicht auf jede Friedensstörung zu verlangen. Eine solche Verständigung der Mächte unter sich bildet die unentbehrliche Grundlage für jedes weitere Vorgehen nach beiden Seiten. Getrennte Verhandlungen mit den türkischen Ministern, vereinzelte Einwirkungen auf dieselben, Forderungen verschiedenen Inhalts und Umfangs werden ebenso viele und verschiedene einander kreuzende und hemmende Strömungen in die Verhandlungen bringen. Ebensowenig läßt sich in Athen ohne Gefährdung der Monarchie auf Nachgiebigkeit rechnen, solange nicht dort positive und annehmbare Anerbietungen gemacht werden können. Es erscheint deshalb vor allem die Festsetzung dessen nötig, was die Mächte in letzter Instanz als eine angemessene und ausreichende Gebietserweiterung für Griechenland ansehen. Ist diese Festsetzung, welche am geeignetsten wohl durch die Vertreter in Konstantinopel bewirkt werden kann, erfolgt, so würde demnächst die Annahme jener durch einstimmigen Beschluß der Mächte festgelegten Delimitation seitens Griechenlands zu erstreben sein. Es scheint nützlich, die Annahme Griechenlands als zweiten Punkt der Etappe ins Auge zu fassen, weil nach unserer Empfindung es der Pforte die Zustimmung erleichtert, wenn ihr vorher die Gewißheit gegeben werden kann, daß sich Griechenland bei dem Gebotenen beruhige, und alle weiteren Bedrohungen des Friedens im Osten unterbleiben, das zu bringende Opfer diesen Zweck also sicher erreichen werde. Erst nachdem in dieser Weise das Maß der Gebietsabtretung festgesetzt, und die Annahme Griechenlands gesichert ist, würden die Verhandlungen mit der Pforte aufzunehmen und ihre Zustimmung zu gewinnen sein. Von den vertraulichen Besprechungen der Vertreter in Konstantinopel zum Zweck der definitiven Verständigung über das Maß der Gebietserweiterung würde weder der Türkei noch Griechenland Kenntnis zu geben und ersterer, falls sie eine Antwort auf etwaige unzulängliche Anerbietungen verlangen sollte, zu erwidern sein, daß

die Mächte noch im Begriffe seien, sich über die Modalitäten der von ihr gewünschten Verhandlungen zu verständigen.

Auf die Einzelheiten der Verhandlungen, die sich ergeben würden, falls der eben angedeutete modus procedendi von den Mächten angenommen werden sollte, braucht jetzt noch nicht näher eingegangen zu werden. Doch würden wir es im Interesse des Friedens sowohl als im Interesse der gedeihlichen Entwickelung des griechischen Staatswesens selbst für nützlich halten, wenn demselben so wenig albanesische Elemente wie möglich zugewiesen würden. Griechenland ist nicht imstande, diese Elemente zu beherrschen oder zu assimilieren, und würde nicht zur Ruhe kommen, wenn es erhebliche Bestände der kriegerischen und widerwilligen albanesischen Bevölkerung in sich aufnähme. Wenn daher die Konferenzgrenze mit Rücksicht auf die Weigerung der Pforte, sie anzunehmen, modifiziert werden soll, so wird es sich empfehlen, vorzugsweise die albanesischen Gebiete auf der Westseite aus dem an Griechenland zugewiesenen Gebiete auszusondern. Es würde sich in zweiter Linie darum handeln, eine die Griechen befriedigende Kompensation für jene Minderung des Konferenz-Territoriums ausfindig zu machen, und diese würde unseres Erachtens am besten in einem Gebiete bestehen, dessen Wert sich mit dem, was Griechenland verlieren soll, nicht ziffernmäßig deckt. Die Insel Candien, die von verschiedenen Seiten als Kompensationsobjekt genannt worden ist, würde diese Bedingung allerdings in hohem Grade erfüllen; sie kommt nicht nur räumlich dem albanesischen Teile von Epirus beinahe gleich, sondern bietet in ihrer überwiegend griechischen Bevölkerung und ihrer geographischen Lage spezifische Vorteile, die einen Vergleich mit Albanien nicht aufkommen lassen.

Ew. pp. ersuche ich ganz ergebenst, vorstehende Gesichtspunkte, welche den wesentlichen Inhalt der dem Grafen Hatzfeldt erteilten Instruktion bilden, dort gefälligst vertraulich zur Sprache zu bringen, mit dem Bemerken, daß wir damit weniger einen definitiven Vorschlag zu machen, als eine Anregung zur Erörterung der Frage zu geben beabsichtigen und unsererseits für jede andere Proposition empfänglich sind*.

v. Bismarck

---

* Auf Grund der vorliegenden Instruktion nahm Botschafter Graf von Hatzfeldt als Doyen des diplomatischen Korps in Konstantinopel am 17. Februar die Vorbesprechungen mit den übrigen Botschaftern auf. Es folgten vom 7. März ab offfizielle Konferenzsitzungen, aus denen ein neuer Grenzvorschlag der Mächte hervorging. Nunmehr fügte sich die Pforte der „Entscheidung" Europas; s. die abschließende Konvention der Türkei mit den europäischen Mächten vom 24. Mai 1881 bei de Martens, Nouveau Recueil Général de Traités, II. Série, T. VI, p. 744 ss. Der englische Botschafter Goschen erkannte gegenüber dem Grafen Münster, wie dieser am 20. Juni berichtete, an, daß „dem Grafen Hatzfeldt und diesem allein die Lösung der griechischen Frage zu verdanken sei". Anerkennende Äußerungen von französischer Seite s. Nr. 667.

Nr. 723

Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Botschafter Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept

Nr. 432 Berlin, den 26. Dezember 1881
Ganz vertraulich [abgegangen am 27. Dezember]

In der englischen Presse, insbesondere in den Konstantinopeler Korrespondenzen der „Times", ist in neuerer Zeit mehrfach die Besorgnis zutage getreten, daß die Hinneigung des Sultans zu Deutschland, welche in der Sendung von Ali Nizamy Pascha und Reschid Bey* Ausdruck gefunden habe, gleichbedeutend sein möchte mit einer Abnahme des englischen Einflusses in Konstantinopel.

Den Ausgangspunkt aller an jene Sendung sich knüpfenden Kombinationen bildet die Voraussetzung, daß der Sultan, lebhaft besorgt im Hinblick auf die Eventualität einer noch weiteren Ausdehnung der französischen Herrschaft an der nordafrikanischen Küste, ein türkisch-deutsches Bündnis gegen Frankreich herzustellen bestrebt und für diesen Zweck alle andern Verbindungen der Türkei zu opfern bereit sei.

Die deutsche Politik in der tunesischen Frage ist**, wie Ew. wissen, von Anfang an eine offene und leicht kenntliche gewesen. Die Kaiserliche Regierung hat rückhaltlos auf alle Anregungen erwidert, daß die Beschäftigung Frankreichs fern von der deutschen Grenze ein Vorteil für Deutschland sei. Der Gedanke, als könne man gerade unsere Mitwirkung in Anspruch nehmen wollen, um die Expansionskraft Frankreichs in Tunis einzudämmen und auf diese Weise einen Durchbruch an einer für uns gefährlicheren Stelle zu erleichtern, kennzeichnet sich sonach für jeden, der den Ereignissen mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, als Hirngespinst.

Eine Tatsache ergibt sich jedoch unzweifelhaft aus jenen englischen Klagen und am deutlichsten aus einer Konstantinopeler Korrespondenz der „Times" vom 16. d. Mts., daß nämlich der englische Einfluß beim Sultan und dem türkischen Element überhaupt im Sinken ist.

Der Herr Reichskanzler hat hieraus in den letzten Tagen Anlaß genommen, seine Anschauungen über diese Fragen mit Lord Ampthill***

---

* Vgl. Nr. 671.

** Vgl. dazu das Kapitel „Ansätze zu einer Deutsch-Französischen Verständigung", insbesondere Nr. 662 und 663.

*** Der englische Botschafter in Berlin Lord Odo Russell führte seit seiner nennung zum Peer 1881 den Titel Lord Ampthill.

zu erörtern. Er hat dem englischen Botschafter im wesentlichen gesagt, daß zwei Punkte in der englisch-türkischen Politik ihm unverständlich seien. Zunächst suche er vergeblich nach den Vorteilen, die England zu finden glaube, indem es sich dem Gedanken der eventuellen Wiederherstellung der Ruhe in Ägypten durch die Türkei widersetze. Durch eine solche Aktion würde die Türkei nicht nur einen großen Teil der Gewähr für die allezeit freie Verbindung zwischen England und Indien, sondern auch den größeren Teil des Mißfallens auf sich nehmen, welches die zur Sicherung jenes englischen Interesse erforderlichen Maßnahmen etwa bei andern Mächten erregen könnten.

Gleich unerklärlich sei dem Fürsten Bismarck das fortgesetzte englische Drängen auf innere türkische Reformen, deren unvermeidliche und unmittelbare Folge offenbar eine immer größere Schwächung der Pforte ihren Untertanen gegenüber sein müsse. Zu Ew. ausschließlich persönlichen Information füge ich ganz ergebenst hinzu, daß Lord Ampthill für die englische Haltung nur die an maßgebender Stelle in London so beliebten humanitären Bestrebungen geltend machen konnte und von dem Herrn Reichskanzler darauf hingewiesen wurde, daß England in dieser Frage zwischen ganz allgemeinen Tendenzen und dem eignen Interesse des Landes zu wählen habe.

Der Herr Reichskanzler läßt Ew. pp. ersuchen, Ihre Sprache Lord Granville gegenüber vorkommendenfalls mit der vorstehend entwickelten Auffassung in Übereinstimmung zu bringen.

P. Hatzfeldt

Nr. 724

Der Legationsrat bei der Botschaft in London Graf Herbert von Bismarck* an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

London, den 7. Januar 1882

Mein lieber Papa,

Es hat sich gerade so getroffen, daß Lord Granville bei meiner Rückkehr in London war, und so suchte ich ihn heute nach vorheriger Anfrage auf, um ihm Deine Empfehlungen zu bestellen: er war sehr erfreut über letztere, läßt sehr dafür danken und war höchst angenehm berührt, als ich ihm mitteilte, wie lebhaft Du Dich noch der Einzelheiten der einstigen Koburger Entrevue erinnerst.

---

* Graf Herbert von Bismarck war Anfang Dezember 1881 der Botschaft in London zur kommissarischen Beschäftigung zugeteilt worden; den Weihnachtsurlaub brachte er in Berlin bei seinem Vater zu, von dem er Direktiven für seine Gespräche mit den englischen Staatsmännern erhielt.

In politischer Hinsicht sprach ich mit Granville genau nach Maßgabe der Instruktion, welche Du mir am vorletzten Abend erteilt hattest, und ich fand ihn über den allgemeinen Ideengang derselben durch Russells Berichte und durch eine vorhergegangene Unterredung mit Münster — welcher sich Granville gegenüber im Sinne des Erlasses vom 27. v. Mts.* gestern geäußert hatte — ziemlich gut unterrichtet.

Ich sagte zuerst, daß Du auf Granvilles an mich gerichtete vertrauliche Fragen mit der größten Bereitwilligkeit geantwortet, dabei aber bemerkt hättest, daß er selbst gewiß am besten wissen werde, welche Politik im Orient für England die richtigste sein würde, und wie es sich in Ägypten zu verhalten hätte: dies und Deine Bemerkung, daß der status quo in Ägypten, solange er erhalten werden könne, jedenfalls das Ersprießlichste für ganz Europa sei, war ihm sehr erwünscht zu hören. Er fing darauf gleich an, von dem heutigen „Times"-Artikel über anglo-französische Politik, welcher den Gegenstand eines heute abgehenden Berichtes Münsters bildet, zu sprechen und sagte: „Nach den Berichten unseres Generalkonsuls in Kairo sieht der Khedive sehr schwarz und ist vollständig mutlos: um ihm den Rücken zu stärken und unseren Wunsch, den jetzigen Zustand der Dinge womöglich erhalten zu sehen, zum Ausdruck zu bringen, haben wir und Frankreich unsere Vertreter in Ägypten mit Instruktionen versehen, welche beide zu einer gleichen Sprache ermächtigen**. Soviel ist wahr an dem Artikel des Mr. Blowitz. Daß Gambetta uns aber früher oder jetzt Eröffnungen und Vorschläge über eine gemeinschaftliche Aktion gemacht hätte, ist positiv unwahr. Frankreich ist bis jetzt in der ägyptischen Sache gegen uns durchaus loyal verfahren, und da ich keinen Grund habe anzunehmen, daß hierin eine Änderung erfolgen könnte, so lege ich um so mehr Gewicht darauf, den status quo zu erhalten."

Ich teilte Granville hierauf Deine Ansicht über die verschiedenen Eventualitäten mit, welche sich bei etwaigen neuen Unruhen in Ägypten ergeben würden, und er erwiderte, er sei persönlich ganz mit Dir einverstanden, daß in solchem Falle die Wiederherstellung der Ordnung durch die Türken noch das kleinste Übel sein würde: er könne dies aber nicht amtlich sagen und sogar nur als „Privatansicht" aussprechen, da er nicht wüßte, wie seine Kollegen hierüber dächten, und ob sie den von Dir angeführten Gründen, welche er nicht umhin könne

---

* Siehe Nr. 723.

** Die englisch-französische Einmischung in Ägypten, die seit den siebziger Jahren de facto zu einem englisch-französischen Kondominium geführt hatte, hatte eine national-ägyptische Bewegung zur Folge gehabt, die sich wiederholt, und so noch im September 1881, in Unruhen Luft machte. Seit dem Spätherbst 1881 berieten England und Frankreich über eine gemeinschaftliche Intervention in Ägypten; sie vermochten sich aber nur negativ in dem Widerstreben gegen eine Intervention des türkischen Sultans zu einigen; erst am 10. Januar 1882 erfolgte eine englisch-französische Kollektivnote an die ägyptische Regierung.

anzuerkennen, zugänglich sein würden. Ein isoliertes englisches Vorgehen sei absolut ausgeschlossen, ein anglo-französisches sehr gefährlich. Das Bedenkliche bei einer türkischen Intervention sei nur, daß dann das Land, welches sich jetzt in einem aufblühenden Zustande befände, von neuem in wirtschaftlichen und finanziellen Verfall geraten, und vor allem, daß es schwierig sein würde, nach bewältigtem Aufstande die türkischen Truppen wieder aus Ägypten hinaus zu bringen.

Der Hauptvorzug dieser Lösung sei aber, daß bei ihrer Anwendung das europäische Konzert nicht gestört würde, während bei jeder anderen Mißhelligkeiten zwischen den europäischen Mächten selbst kaum ausbleiben könnten. Die Aussicht, diese Überzeugung dem englischen Ministerrat beizubringen, scheint mir nach den zaghaften Äußerungen Granvilles aber nicht groß zu sein: so tröstet er sich einstweilen mit der Hoffnung, daß es nicht zu Unruhen kommen werde.

Sehr dankbar war Granville für die Mitteilungen, welche Du ihm schon durch Russell über Deine Unterredung mit Ali Nizamy* hattest machen lassen, und was die von England befürworteten „Reformen" betrifft, so bemerkte er: „Es sind noch mehrere Bestimmungen des Berliner Vertrages unerfüllt, und wir haben uns für die Reform der Verwaltung in Armenien engagiert: diese Provinz befindet sich in einem elenden Zustande wegen der türkischen Mißregierung, und wir glauben, daß der Zusammenbruch des türkischen Reiches, der auf die Dauer doch nicht aufzuhalten sein wird, sehr plötzlich und in nächster Zeit eintreten kann, wenn nicht eine bessere Organisation und Verwaltung in den Provinzen geschaffen wird. Wir möchten dieses Ereignis, welches unabsehbare Umwälzungen zur Folge haben wird, möglichst lange hinausschieben und glauben im Interesse des Sultans zu handeln und die Lebensfähigkeit der Türkei zu stärken, wenn wir dort auf Ordnung dringen und die Einsetzung von gerechten und geregelten Administrationen zuwege bringen. Was wir für Armenien fordern, ist ja nur sehr wenig; wir wollen durchaus keine Art von Autonomie, sondern haben nur die Entsendung eines high-commissioners gefordert, der die dortigen Verhältnisse untersuchen und die schreiendsten Mißstände abstellen soll: wir haben nicht einmal verlangt, daß dieser Mann Christ sein solle, und überhaupt keine Persönlichkeit bezeichnet. Der Sultan hat uns nun bereits vor 3 Monaten eine solche Entsendung versprochen, dieselbe aber stets hinausgeschoben, und jetzt, nachdem die Berliner Spezialmission nach Konstantinopel zurückgekehrt ist, scheint er sein Versprechen nicht mehr halten zu wollen. Er hat Lord Dufferin** sagen lassen, es wäre jetzt zu schlechtes Reisewetter, und der high-commissioner müßte den Eintritt milderer Witterung abwarten, bis er sich nach Armenien aufmachen könne. Auf diese Art wird nichts ge-

---

* Vgl. Nr. 671.
** Seit März 1881 englischer Botschafter in Konstantinopel.

196704

schehen, und wir fürchten, daß die Russen die unter den armenischen Christen herrschende Unzufriedenheit für ihre Zwecke ausnutzen werden."

Ich bemerkte hierauf, daß der Sultan ja schon sehr häufig Versprechungen nicht gehalten hätte, und daß also hierin eine besondere Kränkung für England nicht wohl erblickt werden könnte. Ob die „Reformen" an sich nur wenig bedeuteten, darauf käme es nicht an, sondern auf die Bedeutung, welche der Sultan in seiner subjektiven Auffassung diesen Worten beilegte: da wäre aber doch kein Zweifel, daß der Sultan eine unüberwindliche Angst vor dem bloßen Wort „Reformen" hätte. Wahrscheinlich würde seine Umgebung ihn in dieser Angst bestärken, ihn daran erinnern, daß dem letzten Kriege auch nur die Forderung lokaler Reformen voraufgegangen sei, die dann doch nicht so ganz harmlos geblieben wären, und der Sultan würde fürchten, daß nach Armenien das übrige Kleinasien, schließlich Mazedonien und Albanien an die Reihe kommen würden, und so seine Machtvollkommenheit und sein Ansehen seinen eigenen Untertanen gegenüber immer mehr leiden würden.

Ob Granville dies für richtig hielt, vermochte ich nicht zu erkennen. Er fing zuerst wieder an: „Die montenegrinische und griechische Frage wären schwerlich geregelt worden, wenn der Reichskanzler sie nicht in die Hand genommen hätte*. Mag Ihr Vater auch sagen, daß Deutschland nicht direkt an orientalischen Dingen interessiert sei, so ist doch zweifellos, daß Deutschland jetzt den meisten Einfluß und das größte Ansehen am Bosporus hat. Wenn es also nur eine kleine pressure (Druck) auf den Sultan in Gemeinschaft mit England ausüben wollte, so würde dieser sich gewiß zur Entsendung des high-commissioners bequemen."

Ich erwiderte: „Mein Vater glaubt eben, daß es Englands Interesse wäre, jetzt keinen Druck auf den Sultan in inneren türkischen Angelegenheiten auszuüben, weil ihn das der englischen Regierung entfremden und die Macht der Türkei schwächen würde. Wird der Sultan aber „wegen zu großer Nachgiebigkeit gegen die christlichen Mächte" von seiner fanatischen Umgebung entthront oder ermordet, so kann der Zusammenbruch der Türkei, den England hinzuhalten wünscht, noch eher erfolgen, als Pessimisten jetzt glauben: England muß doch aber den Wunsch haben, den türkischen Staat als ungefährlichen Besitzer der Meerengen erhalten zu sehen. Was die armenische Frage betrifft", — so schloß ich — „so hat mein Vater mit mir darüber nicht gesprochen."

Granville war von diesen observations etwas beeindruckt und sagte: „Aber wir können jetzt doch nicht volte face machen und uns plötzlich gegen Reformen aussprechen, nachdem wir uns dafür enga-

---

* Vgl. Nr. 718—722.

giert haben, das hieße ja, sich der gegenteiligen Politik assoziieren, als wir sie bisher betrieben haben."

Ich bemerkte: „Es hieße wohl nur die Sachen langsamer betreiben, allmählich etwas einschlafen lassen und den Sultan zur Ruhe kommen lassen."

Hiermit war die Unterredung in der Hauptsache zu Ende. Granville bat mich noch einmal, Dir sehr für Deine Mitteilungen zu danken, die er nicht verfehlen würde, vertraulich mit seinen Kollegen zu besprechen; ich sprach nur die Bitte um „ganz vertrauliche Behandlung" aus.

Vorher habe ich vergessen zu sagen, daß Granville sehr beängstigt aussah, als ich ihm bemerkte, „wenn England über Ägypten einen europäischen Areopag wünschen sollte, so glaubtest Du, daß dies unschwer zu erreichen sein würde", und mit erfreutem Lächeln aufatmete, wie ich hinzusetzte, „Du würdest es für die englische Politik aber besser halten, dies nicht zu tun". Er äußerte: „Wenn alle Mächte mit Ägypten befaßt werden, müssen die verschiedenartigen Interessen derselben zutage treten und zu Spaltungen innerhalb des europäischen Konzertes führen. Dabei könnten wir leicht auf eine andere Seite als Frankreich zu stehen kommen. Außerdem würde dann auch Griechenland verlangen, beteiligt zu werden, da sehr viele Griechen in Ägypten leben, und die gemeinsame europäische Behandlung der ägyptischen Frage würde sie nur komplizieren". pp.

Dein gehorsamer Sohn
(gez.) Herbert

Nr. 725

Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Botschafter Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 29

Berlin, den 15. Januar 1882
[abgegangen am 17. Januar]

Ew. beehre ich mich, beifolgend einen Brief des Legationsrats Grafen Bismarck an den Herrn Reichskanzler* auszugsweise zu übersenden, der für Ew. pp. vielleicht von Interesse ist.

Beim Herrn Reichskanzler hat sich seit dem letzten dualistischen Auftreten der Westmächte die Ansicht noch befestigt, daß England gegenwärtig mit einem Mangel an Vorsicht, wie er in der langen Geschichte dieses Landes kaum seinesgleichen hat, regiert wird; daß es ganz dem französischen Leitseil verfallen ist und nur noch auf französische Freundschaft rechnet.

* Siehe Nr. 724.

Die deutsche Politik wird nicht in erster Linie durch diese Vorgänge berührt. Aber für die allgemeine europäische Lage ist es bedauerlich, das englische Kabinett von einem Abenteuer zum andern gleiten zu sehen.

Wenn England, mit Frankreich isoliert, in Ägypten einschreitet, so wird es dadurch in eine gewisse Spannung mit den übrigen im Orient interessierten Mächten, binnen kurzem jedoch in eine noch größere Spannung mit Frankreich selbst geraten, denn die Einigkeit der beiden Mächte wird nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers bei den starken Sonderinteressen, die England hat, nicht vorhalten, wenn die endgültige Auseinandersetzung in Ägypten selbst an die Reihe kommt. Dieser Konflikt aber würde England als Folge seiner unberechenbaren Politik isoliert finden.

Die Schwäche von Lord Granville, welcher, anstatt seine eigene ministerielle Verantwortung durch Abwehr der Eingriffe Gladstones in die auswärtige Politik zu wahren, nur bestrebt ist, diesem die Verantwortung für die vorkommenden Fehler zuzuschieben; die gänzliche Abwesenheit politischen Verständnisses, welche durch Gladstones Vorgehen in Ägypten wieder von neuem sich dokumentiert hat — dies alles beweist übereinstimmend, daß England keine zuverlässige politische Anlehnung mehr bietet.

Fürst Bismarck beklagt, daß ein so bedeutender und so sicherer Faktor, wie England es früher in Europa war, in Wegfall kommt, und sieht darin eine um so stärkere Aufforderung für die drei Kaisermächte, an der gemeinsamen Behandlung auftauchender Fragen festzuhalten.

P. Hatzfeldt

Nr. 726

Kronprinz Friedrich Wilhelm an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiges Handschreiben

Ganz vertraulich Potsdam, den 4. September 1882

Nach der Auffassung meines Schwagers, des Prinzen von Wales, welche auch von anderen Seiten durchaus bestätigt wird, hegt man zurzeit in den politischen Kreisen Englands ohne Unterschied der Parteistellung den lebhaften Wunsch, ein engeres und vertrauteres Verhältnis zu Deutschland zu finden.

Mehr und mehr hat die Überzeugung um sich gegriffen, daß ein fester Anschluß an Deutschland nicht nur dem englischen Interesse entspricht, sondern auch mehr als jede andere Kombination geeignet ist, den europäischen Frieden zu sichern.

Aus den mir zugegangenen Mitteilungen habe ich den Eindruck empfangen, daß man in England den Wert eines Bündnisses mit Deutschland und Österreich hoch genug schätzt, um demselben im Sinn gemeinsamen Zusammenstehens gegen jede Gefahr, welche dem Frieden droht, eine weitgehende Ausdehnung zu geben.

Ich halte mich verpflichtet, Ihnen diese Andeutungen zu machen, wie sie mir zugegangen sind. Ihr eigenes Urteil und die genauen wie zuverlässigen Informationen, auf welche es sich stützt, werden natürlich für Sie maßgebend sein müssen. Immerhin aber habe ich geglaubt, Ihnen die obigen Bemerkungen, wenn auch nur als einen Beitrag zur Kennzeichnung der Lage nicht vorenthalten zu sollen. pp.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz

Nr. 727

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an Kronprinz Friedrich Wilhelm

Unsigniertes Konzept

Varzin, den 7. September 1882

Aus Euerer pp. gnädigem Handschreiben vom 4. d. Mts.** habe ich zu meiner Freude ersehn, daß die Politik, welche wir vom Beginn des englischen Eingreifens in die ägyptische Frage an verfolgt haben, auch in den politischen Kreisen Englands Anklang zu finden beginnt. Ich nehme an, daß Ew. pp. bei Höchstdero Heimkehr von der Alpenreise die Instruktionen vorgelegt sein werden, welche bezüglich unsrer Politik an einige der deutschen Botschafter, namentlich nach Wien***, ergangen sind, nachdem das generelle Programm dazu im Wortlaut die allerhöchste Genehmigung erhalten hatte.

Bei dem Mangel direkter deutscher Interessen an der Gestaltung der Zukunft Ägyptens, bei der Gewißheit, mit der wir Frankreich, bei der Wahrscheinlichkeit, mit der wir Rußland unter Umständen zu Gegnern haben werden, habe ich bei Seiner Majestät die Notwendigkeit vertreten, unabhängig von der jeweiligen englischen Regierung und ihrer mitunter wunderlichen Politik, mit der englischen Nation und der öffentlichen Meinung derselben jeden Konflikt zu vermeiden, der das englische Nationalgefühl gegen uns verstimmen könnte, ohne daß wir durch überwiegende deutsche Interessen dazu gezwungen sind. Selbst wenn der Ehrgeiz einer englischen Regierung bezüglich Ägyptens die Grenzen überschritte, welche eine besonnene englische Politik meines

---

* Der Brief Bismarcks an den Kronprinzen ist bereits in englischer Übersetzung, jedoch ohne Nennung des Kronprinzen veröffentlicht worden Lord Fitzmaurice, The Life of Lord Granville Vol. II (1905), p. 274 ff.

** Siehe Nr. 726.

*** Vgl. Nr. 725.

Erachtens einhalten sollte, würden wir keinen Beruf haben, uns darüber andern Mächten zuliebe mit England zu erzürnen.

Die deutsche Stimme hat sich deshalb in der Konferenz* an den antienglischen Schachzügen andrer Mächte nicht beteiligt, sondern die Opposition den direkt interessierten Mächten überlassen. Positive Unterstützung können wir englischen Wünschen nur mit Innehaltung ziemlich enger Grenzen gewähren, wenn wir uns nicht gegen Rußland feindlicher als nötig ist, stellen und nicht bloß bei den Franzosen, sondern auch bei einem großen Teile der Engländer dem übelwollenden Verdacht Vorschub leisten wollen, als sei unsre Politik darauf gerichtet, die beiden großen Westmächte zu entzweien und in einen gegenseitigen Krieg hineinzumanövrieren, den beide fürchten, schon weil er sehr kostspielig sein würde. Auf Schwierigkeiten bin ich in dem Bestreben, unsre Politik freundlich für England zu gestalten, bei Seiner Majestät dem Kaiser in keiner Weise gestoßen; bei jedem einzigen Schritte aber habe ich in Wien anfänglich Widerspruch zu überwinden gehabt, teils als Nachwirkung der unmotivierten frühern Drohungen Gladstones gegen Österreich**, teils aus Türkenfreundlichkeit auf dem Gebiete nicht allein der Politik, sondern auch der Eisenbahngründungen, teils auch aus Mangel an Gewohnheit, weitre politische Gesichtspunkte, als die der laufenden Woche ins Auge zu fassen.

Nicht ganz aufgeklärt bin ich über die Ursachen der heftigen Parteinahme eines großen Teils der deutschen Presse gegen England; soweit dabei nicht die deutsche Neigung zum Tadeln und Besserwissen einwirkt, möchte ich auf finanzielle Schmerzen einiger den großen Blättern nahestehenden großen Bankiers schließen und teilweise auch die Einwirkung der großen französischen und namentlich der unbegrenzten russischen Preßfonds für möglich halten.

Die größte Schwierigkeit, unsrer Beziehung und Neigung für England praktischen Ausdruck zu geben, liegt in der Unmöglichkeit jeder vertraulichen Besprechung wegen der Indiskretionen der Minister dem Parlament gegenüber und in dem Mangel an Sicherheit eines Bündnisses, für welches in England nicht die Krone, sondern nur eines der wechselnden Kabinette haftbar bleiben würde. Es ist schwer, zuverlässige Verständigungen mit England anders als in voller Öffent-

* Die seit dem 23. Juni 1882 in Konstantinopel über die ägyptische Frage beratende Botschafterkonferenz der Mächte hatte sich ursprünglich auf den gerade auch von Bismarck konsequent vertretenen Standpunkt gestellt, daß der gegebene Weg zur Pazifizierung Ägyptens die Intervention der Türkei sei; da diese sich aber gegen eine solche an bestimmte Bedingungen geknüpfte Intervention sperrte, ging England trotz Frankreichs Widerstrebens auf eigene Faust vor, schritt am 11./12. Juli zum Bombardement der Forts von Alexandria und warf, während sich Frankreich ganz zurückzog, ein größeres englisches Truppenkorps unter General Wolseley nach Ägypten.

** Anspielung auf die leidenschaftlichen Anklagen, die Gladstone während der Wahlkampagne im März 1880 gegen die österreichische Politik erhoben hatte.

lichkeit vor ganz Europa einzuleiten und sicherzustellen. Solche öffentlichen Verhandlungen aber wirken dann schon in ihren ersten Einleitungen und auch ohne, daß etwas zustande kommt, nachteilig auf die meisten unsrer übrigen europäischen Beziehungen. Diese Schwierigkeiten dürfen nicht hindern, daß wir die Befestigung unsrer und der österreichischen Freundschaft mit England unwandelbar pflegen und jedes Entgegenkommen bereitwillig akzeptieren. pp.

Nr. 728

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Busch an Kronprinz Friedrich Wilhelm

Konzept

Berlin, den 7. September 1882

Ew. pp. verfehle ich nicht im Auftrage des Reichskanzlers über die allgemeine Haltung der deutschen Politik in der ägyptischen Frage, insbesondere auch England gegenüber, folgendes ehrfurchtsvoll vorzutragen:

Seit Beginn der ägyptischen Wirren hat die Kaiserliche Regierung an dem Gesichtspunkt festgehalten, daß bei dem geringen direkten Interesse Deutschlands an den Verhältnissen in Ägypten die durch die historische Entwickelung begründete privilegierte Stellung Englands und Frankreichs in jenem Lande diesseits anzuerkennen und zu berücksichtigen sei. Als daher nach dem Rücktritt Gambettas beide Westmächte die Regelung der ägyptischen Verhältnisse im Einvernehmen mit den übrigen europäischen Mächten anzustreben schienen, sind von deutscher Seite grundsätzlich alle diejenigen Anträge unterstützt worden, welche die beiden Kabinette von London und Paris gemeinsam hierher gelangen ließen. Dies ist zunächst hinsichtlich einer Anzahl von Vorschlägen der Fall gewesen, welche dem Konferenzprojekt vorausgingen. Der Einladung beider Westmächte zur Konferenz nach Konstantinopel folgte Deutschland bereitwillig, wenn auch ohne Vertrauen in das Gelingen dieser letzteren. Die Konferenz konnte nur dann ein Resultat haben, wenn die Westmächte von vornherein mit einem bestimmten und insbesondere für den Sultan annehmbaren Plan den anderen Mächten gegenüber getreten wären. Das von Frankreich zumeist betriebene Konferenzprojekt war aber schon deswegen zur Unfruchtbarkeit verurteilt, weil einerseits Frankreich aus Besorgnis vor dem Erstarken des Islam in Afrika, einer jeden militärischen Intervention der Türkei widerstrebte, und weil andererseits die Erteilung eines europäischen Mandats an die Westmächte unter Ignorierung der Hoheitsrechte des Sultans von der Mehrzahl der anderen Mächte perhorresziert wurde. Nachdem die Entsendung der englischen und französischen Flotten in die ägyp-

tischen Gewässer, unter Ausschluß der Mitwirkung der Türkei und ohne eigene Landtruppen, das Massaker von Alexandrien herbeigeführt hatte, und die Kriegsrüstungen der „nationalen Partei" in Ägypten die Notwendigkeit einer energischen Aktion zu Lande ergaben, an der Frankreich sich indes nicht zu beteiligen für gut befand, ist die diesseitige Haltung dieser neuen Lage gegenüber von dem Gedanken bestimmt worden, alles zu vermeiden, was die englische Aktion erschweren könnte. Insbesondere wichen wir einem russischen Versuche aus, die vier Ostmächte zu einem gegen das isolierte Vorgehen Englands gerichteten Proteste und Druck zu vereinen. Fürst Bismarck ging davon aus, daß alle möglichen Eventualitäten, welche sich für die Gestaltung der Dinge in Ägypten aus der isolierten Aktion Englands ergeben könnten, nicht annähernd so nachteilig für uns sein würden, wie die Folgen einer tiefgehenden und dauerhaften Kränkung des britischen Nationalgefühls. Eine solche hätte aber entstehen müssen, wenn wir die Versuche unterstützt hätten, die schwierige Lage dieser Nation zu benutzen, um ihr durch eine überlegene Koalition eine Demütigung zuzufügen und ihre Anstrengungen zur Sicherung ihrer vitalen Interessen zu erschweren. Nachdem Seine Majestät der Kaiser diese Verhaltungslinie allerhöchst genehmigt hatte und eine Verständigung hierüber mit dem Wiener Kabinett erzielt war, ließ sich die deutsche Politik daher auch bei der weiteren Entwickelung der Dinge von dem doppelten Gesichtspunkte leiten, einerseits, wie früher beiden Westmächten, so jetzt England keine Hindernisse zu bereiten und andererseits alles zu vermeiden, was eine die deutschen Interessen gefährdende Gruppierung der Mächte hätte zur Folge haben können.

Als England zur Besetzung des Suezkanals überging*, und hierdurch die öffentliche Meinung in allen Ländern im hohen Maße aufgeregt wurde, hat die Zurückhaltung Deutschlands dazu beigetragen, daß dem Londoner Kabinett aus dieser Maßnahme keine Verlegenheiten erwuchsen. Da Deutschland an dem Suezkanal kein politisches, sondern nur ein merkantiles Interesse hat, so war für die Kaiserliche Regierung um so weniger Veranlassung geboten, sich über die Zukunft des Kanals zu beunruhigen, als dessen Existenz und freie Benutzung politisch und merkantil für England eine Lebensfrage ist. Wir wichen daher auch in diesem Falle den von einigen Seiten hervortretenden Bestrebungen aus, die englische Regierung durch diplomatische Interpellationen über ihre Absichten gleichsam an die Wand zu drängen.

Auch dem nach der Besetzung des Kanals durch England italienischerseits gestellten Antrage wegen Beratung gemeinsamer Sicherheitsmaßregeln auf dem Kanal ist diesseits, da der Antrag uns an sich nicht mehr opportun erschien, erst dann zugestimmt worden, nachdem die Gewißheit vorlag, daß die großbritannische Regierung selbst

* Zweite Hälfte August 1882.

keine Bedenken dagegen habe. Der älteste Offizier der kaiserlichen Kriegsschiffe in den ägyptischen Gewässern wurde ausdrücklich angewiesen, bei seiner Teilnahme an den Besprechungen über die Kanalpolizei davon auszugehen, daß die Sicherheit im Kanal als vorhanden anzusehen sei, wo ausreichende englische Streitkräfte sich befinden, und daß alle auf Mißtrauen gegen England deutende Maßregeln zu vermeiden seien. Lord Granville hat denn auch noch kürzlich in sehr lebhaften Worten seinen Dank für die Haltung der Kaiserlichen Regierung in dieser und anderen Ägypten berührenden Fragen ausgesprochen und erklärt, wie die wiederholten Beweise des Vertrauens seitens der Kaiserlichen Regierung für das Londoner Kabinett von besonderem Wert gewesen seien.

Neuerdings sind in Konstantinopel, namentlich von russischer Seite, Versuche gemacht worden, auf die Verhandlungen über die englisch-türkische Militärkonvention durch Ermutigung des Widerstands der Pforte störend einzuwirken. Wir haben dem gegenüber, ohne uns in die Einzelheiten der Abmachung einzumischen, unseren Einfluß lediglich zugunsten eines freundlichen Einvernehmens zwischen der Türkei und England geltend gemacht, wie wir von Anfang an dem Sultan in seinem eigenen und im Interesse des allgemeinen Friedens stets geraten hatten, sich mit den beiden Westmächten zu verständigen. Ebenso sind diesseits die wiederholt auftretenden und aus Mißtrauen gegen die Absichten Englands hervorgehenden Anträge, wonach durch die Konferenz in Konstantinopel das Recht Europas zur Mitwirkung bei der endgültigen Regelung der ägyptischen Verhältnisse feierlich und in einer für England nicht ganz rücksichtsvollen Form ausgesprochen werden sollte, abgelehnt und der Kaiserliche Geschäftsträger in Konstantinopel angewiesen worden, der Vertagung der Konferenz zuzustimmen, sobald dieselbe beantragt werde.

Busch

Nr. 729

Aufzeichnung des Legationsrats im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig, ohne Unterschrift*

September 1882

The future of Egypt is from the point of view of the German interests entirely indifferent to my father: he used to say that, if he

* Es scheint sich bei dieser Niederschrift des Grafen Herbert von Bismarck, der Mitte Juni 1882 von seinem Londoner Posten in die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes einberufen war, aber schon im September von seinem Vater

should happen to be an English minister, he would not aim at the direct possession of Egypt under full English sovereignty, but no doubt would do his best to obtain the prominent influence in Egyptian affairs through the Sultan. This latter is the actual sovereign of Egypt, recognized by everybody, and if England is on good terms with him she can do in Egypt exactly what she likes in his name.

The tradition of the English policy has always been to maintain the most intimate relations with the Sultan, and my father thinks, that England still ought to follow the same line, since according to his opinion the detroits can, in the English interest, never be in better hands than in that of a weak Turkish Empire, whose connection with Egypt would always be under the full control of England as the strongest maritime power and the master of the Mediterranean: in fact, the best arrangement between England and Turkey with regard to Egypt would be such a system, as exists here in private life between holders of a very long lease and freeholders.

If England however should prefer to annex Egypt, she would not meet with opposition from the side of Germany. The solid and lasting friendship of the British Empire is much more important for us than the fate of Egypt.

My father is not willing to give advice, but he foresees that England will create herself by an annexation strong rivalries and difficulties in her relations with France, Russia and the whole of the Mussulmen, — and he thinks that all difficulties would be avoided or at least much diminished, if England would simply establish her dominion and strengthen her influence in Egypt under the Turkish firm.

Considering the great interest, which the richest and most influential French bankers have to see order and security restored in Egypt and to save all the money invested there, it seems very likely, that the present French government will not oppose any arrangements, which England should now make there for the future, as long as the form of the English preponderance in Egypt will not excite the French chauvinism and stir up the French press. The financial interests which are prevailing in France and actually stand there almost in the first line

---

erneut zu Rücksprachen mit den leitenden englischen Staatsmännern nach England gesandt wurde, um eine für seine bevorstehenden Unterredungen namentlich mit Lord Granville aufgesetzte Skizze zu handeln. Wenigstens besagt eine spätere Notiz Herbert Bismarcks vom 24. November 1884: „Am 11. September 1882 habe ich mich zu Lord Granville und am 13. September ej. zu Sir Charles Dilke in genauem Anschluß an die Anlage ausgesprochen, welche nach Bestimmung Seiner Durchlaucht zu den Akten genommen werden soll".

Den wesentlichen Inhalt der Aufzeichnung vom September 1882 hat Reichskanzler Fürst von Bismarck in seiner berühmten Reichstagsrede vom 2. März 1885 bekanntgegeben, in der er sich mit Lord Granville über dessen Behauptung auseinandersetzte, daß er, Bismarck, der englischen Regierung bezüglich Ägyptens den Rat gegeben habe, „to take it".

would perhaps for the moment bring the public opinion of France to accept even the English annexation of Egypt, but there would however remain some ill feeling and uneasiness, which might embitter the relations of the two countries and include dangers for the future.

The settlement of this question rests of course with the English government and we mean to leave it to them: but my father wants you to know, that Germany never will stand in the way of England whatever arrangements she will make in Egypt. This policy is not only founded on our own interests and friendly feelings for England, but quite as much on the rules of equity considering the importance of the British trade and shipping on the Suez canal.

Your military action in Egypt seems to proceed rather slowly. I remember having heard my father say, that in his political career he always had made the experience, that favourable moments don't last very long in political constellations and that, if one does not bear this in mind and act according to this truth, the situation might suddenly change and mar a good chance that never will come back.

Nr. 730

Der Legationsrat im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 13. September 1882

Mein lieber Papa

Gestern nachmittag bin ich von Walmer Castle* zurückgekommen, nachdem ich dort 1½ recht angenehme Tage zugebracht habe. Ich hatte gleich am ersten Abend Gelegenheit, mit Lord Granville über Ägypten zu sprechen, und es war ihm im höchsten Grade erfreulich zu hören, daß England von unserer Seite keinen Widerstand und keine Schwierigkeiten bei der Neuordnung der ägyptischen Verhältnisse finden würde: er sagte mir, daß er an eine Annexion Ägyptens nicht dächte; es sei ihm noch nicht klar, wie sich die Zukunft Ägyptens endgültig gestalten würde, aber bei der Erwägung der verschiedenen Möglichkeiten im Kabinett sei die einer Annexion ausgeschlossen worden: trotzdem schien es ihn sehr zu befriedigen, als ich ihm sagte, mit unseren Interessen würde auch eine Annexion verträglich sein, denn er wiederholte sich selbst „also selbst die Einverleibung Ägyptens würde Deutschland zugeben". Ich gab ihm dann die Gründe an, aus welchen Du die Annexion den englischen Interessen nicht entsprechend halten würdest, und er pflichtete diesen vollkommen bei. Als Ziel der englischen Politik bezeichnet er die Aufrichtung der englischen Präponde-

* Landsitz Lord Granvilles.

ranz in Ägypten unter Beibehaltung des Khediven. „Wir werden dazu den Sultan brauchen, und ich halte den Rat des Kanzlers, daß wir uns unter türkischer Firma dort etablieren sollen, für einen sehr guten. In diesem Sinne habe ich auch stets auf den Abschluß der Militärkonvention gedrungen: ich habe vor einiger Zeit damit einen schweren Stand im Kabinett gehabt, denn fast alle meine Kollegen wollten von der Konvention nichts mehr wissen und die Türken nicht nach Ägypten hineinlassen. Ich besorgte aber, daß der Nichtabschluß unsere Beziehungen zur Türkei verschlechtern würde und der Anfang zu einem Bruch werden könnte, den ich jedenfalls vermeiden will. So habe ich es durchgesetzt, daß weiterverhandelt wurde, und ich denke sicher, daß wir in diesen Tagen abschließen werden"*. — Auf Deine Bemerkung, daß uns die guten Beziehungen zu England und die Freundschaft der britischen Nation wichtiger seien, als das Schicksal Ägyptens, erwiderte Granville, daß die Sympathien für Deutschland hier in letzter Zeit wesentlich zugenommen hätten, nicht nur in der Presse und im Volke, sondern auch bei der Königin: man finge an, im Lande zu verstehn, daß die deutsche Politik England viel genutzt habe. — Granville äußerte dann, daß er großes Mißtrauen gegen Rußland habe, ob ich nicht wisse, wie man dort eine weitere Verstärkung des englischen Einflusses in Ägypten aufnehmen werde[1]? Hierauf vermochte ich natürlich nicht zu antworten und begnügte mich, meine Ansicht dahin auszusprechen, daß Rußland allein die englische Festsetzung in Ägypten nicht würde verhindern können. pp.

Zum Schluß bat mich Granville, Dir seinen lebhaften Dank für meine Mitteilung — very friendly message — zu sagen, die für ihn vom höchsten Werte sei. Gestern früh zeigte er mir noch mit großer Befriedigung einen Bericht des englischen Geschäftsträgers in Berlin, nach welchem Busch in Deinem Auftrage geäußert hatte, daß wir eine Erklärung Englands über seine Absicht, die Verträge zu respektieren, unnötig hielten, da Dufferins diesbezügliche frühere Deklaration vollständig genüge.

Heute morgen war ich nun bei Dilke** und habe mit ihm ganz in demselben Sinne gesprochen. Er war wie immer sehr liebenswürdig, und entschieden sehr geschmeichelt, als ich ihm sagte, Du hättest gewünscht, daß er Deine Auffassung der Sachlage kenne. Es ist viel leichter, mit Dilke zu verkehren, als mit Granville, weil er einmal weniger ängstlich und dann auch klarer und offenherziger ist. pp.

Über die freundschaftlichen Gefühle für Deutschland, die sich in der öffentlichen Meinung Englands Bahn brächen, sprach Dilke sich ebenso aus, wie Granville. Er sagte: „Eine Antipathie gegen Deutsch-

---

* Durch die weiteren Ereignisse in Ägypten wurde der seit Anfang August betriebene Abschluß einer englisch-türkischen Militärkonvention obsolet.

** Sir Charles Dilke, seit 1880 englischer Unterstaatssekretär des Auswärtigen.

land hat in England eigentlich nie bestanden. Die einzige Nation, gegen welche eine solche, und sogar bitter feelings, hier besteht, ist die russische, und diese hat früher indirekt auch auf Deutschland zurückgewirkt, solange man annahm, daß letzteres der engste Verbündete Rußlands sei und immer auf dessen Seite stehen würde. Seit die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern aber kühlere geworden sind, hat man sich gewöhnt, sie politisch zu trennen, und je mehr das Mißtrauen gegen Rußland wächst, desto mehr fühlt man das Bedürfnis, mit Deutschland gut zu stehen. Rußland betrachtet man hier mit einer gewissen Furcht, weil man glaubt, ihm wegen seiner ungeheuren Ausdehnung nichts anhaben zu können. Nicht, daß man sich im Vergleich schwächer fühlt als Rußland, aber gegen die doppelzüngige russische Politik[2] haben wir keine Waffen. It is irritating to see all the treaties violated by Russia. Man ist nie sicher, daß Rußland eine Abmachung hält. Jetzt z. B. wissen wir, daß die Russen trotz ihrer gegenteiligen Zusagen langsam immer weiter gegen Afghanistan vorrücken. Was sollen wir dagegen machen? Beschweren wir uns, so streiten sie es ab[3]. In Armenien haben die Russen auch kürzlich Truppen angesammelt, angeblich, um einen Scheik festzunehmen und zu bestrafen; letzteren haben sie jetzt sistiert, ob sie ihre Truppen aber wieder auseinanderziehen, ist mir fraglich."

Auf Frankreich übergehend sagte Dilke von seinen Ministern „They behave like children, sie haben keine Ahnung von Politik und tappen im Dunkeln. Zwar sind es auch alle Dunkelmänner, aber trotzdem ist es ein Ministerium von Gambettisten*. Nach meiner letzten Erklärung im Parlament, in welcher ich auf Grund einer mir sehr erwünscht kommenden Interpellation feststellen konnte, daß wir mit Deutschland in den besten Beziehungen ständen, hat sich eine gewisse Unruhe (uneasiness) in Frankreich geltend gemacht. Man bildete sich dort ein, wir hätten ein geheimes Abkommen mit Deutschland und bemühte sich, etwas zu finden, wodurch man uns bestechen könnte, zu Frankreich überzutreten. Duclerc hat damals eine Unterredung mit Gambetta gehabt — dies bitte ich Sie aber geheim zu halten — und unmittelbar darauf kam Tissot** ganz unerwartet nach London. Er ist noch hier, hat sich aber komischerweise nirgends sehn lassen, sondern sich krank gemeldet. Auf unoffiziellem Wege bin ich darauf gefragt worden, ob wir eine geheime Abmachung mit Deutschland hätten, und ob uns daran läge, einen Handelsvertrag unter günstigen Bedingungen mit Frankreich abzuschließen." Hier lachte Dilke und sagte: „Sie haben sich lange besonnen, was sie uns anbieten könnten. Es gibt aber eben nichts, womit Frankreich uns bestechen könnte. Da jene Anfrage nicht

* In Frankreich regierte, nachdem das Kabinett Freycinet Ende Juli 1882 über der ägyptischen Frage gestürzt war, das mühsam zustandegekommene Kabinett Duclerc.

** Seit Februar 1882 französischer Botschafter in London.

offiziell war, brauchte ich nicht zu antworten. Sollte sie jetzt noch offiziell gestellt werden, so würde ich erwidern, ‚eine geheime Abmachung haben wir mit niemandem, und an einem Handelsvertrag liegt uns nichts'."

„I am very much anti-French," fuhr Dilke fort, „denn wir haben zu viele divergierende Interessen. In Madagaskar sind uns die Franzosen jetzt sehr unbequem, wir können ihnen deshalb aber noch nicht den Krieg erklären. Ebenso suchen sie uns an anderen Punkten zu verdrängen, z. B. am Niger und Kongofluß[4] haben sie mit einheimischen Fürsten Verträge abgeschlossen, nach denen nur Franzosen dort Handel treiben dürfen, und auch im Stillen Ozean machen sie uns eine Menge Ärger und Schwierigkeiten. Ich hoffe, daß Gambetta nicht wieder Minister wird, denn ich fürchte, daß dieser die nörgelnde Politik von Nadelstichen gegen uns verstärkt fortsetzen wird. Gambetta ist zwar nicht selbst Chauvinist, er macht aber in Chauvinismus, weil dieser ihm sein Piedestal gibt. Kommt er zur Regierung, so muß er irgend etwas für den Chauvinismus tun, um sich zu halten, und da Deutschland zu stark für ihn ist, wird er sich an uns reiben."

Schließlich bemerkte Dilke noch, sie würden nach Beendigung des Feldzuges ihre Truppen nicht gleich sämtlich aus Ägypten zurückziehen können, vor allem müsse erst der Khedive eine ausreichende und sichere Leibgarde haben, ferner müßten sie ein Beobachtungskorps gegen den Sudan stehn lassen, und endlich eines im Nildelta, um die Beduinen im Zaume zu halten und den Suezkanal zu decken. pp.

Dein gehorsamer Sohn
Herbert

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Schlecht!
[2] ? doppelte, unsichre. Der Kaiser ist durch seine Thronfolgerpolitik an Abentheurer gebunden
[3] der Kaiser nicht aus Falschheit, sond[ern] Mangel an Verständniß u[nd] an Freiheit von seinen Antecedentien.
[4] laßt ihne[n] doch auch ein[en] Winkel

Nr. 731

Aufzeichnung des Legationsrats im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in London

Eigenhändig

London, den 22. Oktober 1882*

Eben war Lord Granville bei mir, um mir mitzuteilen, daß das englische Kabinett endlich einige Beschlüsse bezüglich Ägyptens ge-

* Es handelt sich hier um das Mittelstück einer sehr ausführlichen tagebuchartigen Aufzeichnung des Grafen von Bismarck, die sich auf die drei Tage vom 21. bis 23. Oktober erstreckt

faßt habe. „Unser Botschafter Lord Lyons*," sagte er, „welcher sich auf Urlaub in London befindet, wird morgen nach Paris gehn, um Herrn Duclerc anzuzeigen, daß die gemeinschaftliche Finanzkontrolle abgeschafft werden müsse (that we have resolved to abolish the control). Wir nehmen an, daß Frankreich dies akzeptieren wird, und Lord Lyons ist weiter angewiesen, in Paris vorzuschlagen, daß es dem Khedive überlassen bleiben soll, einen Finanzkontrolleur zu ernennen. Wenn Herr Duclerc sich hiermit einverstanden erklärt, so wird Lord Lyons keine weiteren Eröffnungen machen, und dies wäre mir das liebste, da die Wahl des Khediven bei der jetzigen Sachlage natürlich auf einen Engländer fallen wird. Sollten die Franzosen aber Schwierigkeiten machen und eine Berücksichtigung ihrer Nationalität verlangen, so ist Lord Lyons autorisiert, gewisse kleine Konzessionen zu machen, welche sachlich ohne Wert, aber geeignet sind, der französischen Eitelkeit zu schmeicheln. pp.

Für uns kommt es nur auf die Ernennung des einen Finanzkontrolleurs an, der sich lediglich um die Finanzen und gar nicht um Politik kümmern soll. (— Die Formel lautete etwa „that the Khedive shall nominate an official, whose advice he is bound to take in all financial matters —). Wir fühlen uns nur verpflichtet, dafür zu sorgen, daß in Ägypten Ordnung und Frieden wiederhergestellt werde, und glauben, daß dies durch eine geordnete Finanzverwaltung, für welche wir verantwortlich sind, am schnellsten und sichersten zuwege gebracht werden wird." Ich warf hier ein, ich hätte geglaubt, daß die englische Regierung ihrem diplomatischen Vertreter in Ägypten eine ähnliche Stellung zu geben beabsichtige, wie der französische Ministerresident sie in Tunis einnehme, damit sie vor politischen Intrigen gesichert sei. „Nein," antwortete Lord Granville, „soweit wollen wir nicht gehn; wir haben die ganze Frage erst in einer eiligen Kabinettssitzung erwogen, und es ist über unsere einstweiligen Beschlüsse noch nichts niedergeschrieben, so daß ich mit Ihrem Botschafter noch nicht offiziell darüber sprechen kann. Es liegt mir aber sehr viel daran, daß der Reichskanzler über unsere Absichten orientiert sei, und so teile ich Ihnen ganz vertraulich mit, daß wir den Suezkanal und Ägypten nicht in gleicher Weise behandeln möchten. Wir wollen beantragen, daß die freie Schiffahrt auf dem Suezkanal für Kriegs- und Friedenszeit für sämtliche seefahrende Nationen eine internationale Garantie durch die Mächte erhalte, und wollen zugleich vorschlagen, daß Ägypten als neutraler Staat von den europäischen Mächten à la guise de la Belgique anerkannt werde. Wir glauben, daß wir dadurch den Neid und die Eifersucht anderer Nationen entwaffnen und außerdem der Last überhoben werden, in Ägypten Truppen zu halten: dies würde uns zuviel kosten, zumal wir dann auch Befestigungen ersten Ranges anlegen

* Der englische Botschafter in Paris.

müßten. Ägypten als neutraler Staat wird nur einer sehr geringen Armee bedürfen, die ihm wenig Geld kostet. Natürlich muß ein sicheres Truppenkorps, auf das der Khedive sich verlassen kann, erst organisiert werden, und die Sicherheit geschaffen sein, daß nicht wieder Anarchie in Ägypten entsteht. Bis dieser Zeitpunkt eingetreten sein wird, können wir unsere Truppen nicht zurückziehn, so gern wir das täten; die europäischen Mächte selbst werden von uns erwarten und verlangen, daß wir in Ägypten stehen bleiben. Glauben Sie nicht, daß der Reichskanzler das auch wünscht?"

Auf diese direkte Frage erwiderte ich nur: „Ich weiß, daß der Kanzler Ihnen in Ägypten freie Hand lassen wird, und daß er zu sagen pflegte, die englischen Minister verständen alle den Orient berührenden Fragen unendlich besser als er."

Lord Granville lächelte verlegen und fuhr fort: „Wir wünschen nicht, daß aktive englische Offiziere in die zu formierende ägyptische Gendarmerie eintreten, und werden das nicht zulassen. Wohl aber sind wir damit einverstanden, daß Offiziere der Reserve und solche, die auf Halbsold stehn, dort Dienste nehmen."

„Unsere obigen Vorschläge," bemerkte Lord Granville weiter, „beabsichtige ich durch Zirkularschreiben den Mächten zu unterbreiten." Auf meine Bemerkung, daß die verschiedene Behandlung des Suezkanals und Ägyptens vielleicht nicht auf allseitige Zustimmung rechnen könnte, fiel Granville rasch ein: „Ja, aber wir können nie einer Neutralisation des Suezkanals zustimmen, welche uns diesen Seeweg für Kriegsfälle versperrt, und kein englischer Minister kann das. Wird Ägypten aber nicht neutral erklärt, so fällt uns schließlich die Deckung dieses Landes mit allen ihren enormen Kosten zu.

Die Hauptschwierigkeit bei der Lösung, wie sie mir vorschwebt, liegt allerdings in der Stellung des Sultans. In England und unter meinen Kollegen ist eine sehr starke Strömung dafür, das Band zwischen dem Sultan und Ägypten ganz zu lösen. Soweit will ich aber nicht gehn. Ich will die Souveränität des Sultans auch über ein neutrales Ägypten anerkennen, und der ägyptische Tribut soll weiter gezahlt werden. Wir wollen aber den europäischen Mächten vorschlagen, daß alle vom Sultan bezüglich Ägyptens erteilten Firmans zu Akten des internationalen Rechts erhoben werden, so daß der Sultan ohne Zustimmung aller Mächte sie weder aufheben noch ändern kann. Ferner wollen wir vorschlagen, daß dem Sultan nicht das Recht zustehen soll, neue Firmans ohne das placet sämtlicher Mächte zu erlassen. Es ist vorauszusehn, daß diese Lösung dem Sultan nicht sehr erwünscht sein wird. Wir werden ihm aber sagen, daß die öffentliche Meinung in England die volle Abschaffung seiner Schattensouveränität fordert, und daß wir ihm also schon eine für uns nicht leichte Konzession machen, wenn wir ihm dieselbe lassen (that there is a strong pressure to abolish the shadow-sovereignty)". pp.

„Natürlich würde es mir vom größten Wert sein, die Ansicht des Reichskanzlers über unsere Pläne zu kennen. Glauben Sie nicht, daß er dieselben billigen wird, und daß sie seinen Auffassungen entsprechen?“

Ich leitete meine Antwort mit derselben Phrase ein, mit der ich Lord Granvilles erste Frage befriedigt hatte, und sagte weiter, er würde sich entsinnen, wie ich ihm im vergangenen Monat* gesagt hätte, daß es nach Ansicht des Reichskanzlers den englischen Interessen am meisten entsprechen würde, das ägyptische Geschäft unter türkischer Firma zu liquidieren. So, wie England jetzt vorgehn wolle, würde es seinen Einfluß in Ägypten ja leicht zu dem vorherrschenden machen können, sich aber den Sultan entfremden und ihn schwächen. Wenn England nach den alten Traditionen seiner Politik die Allianz mit dem Sultan von neuem etabliert hätte, so würde es seinen Einfluß nicht nur in Ägypten, sondern auch in Konstantinopel zu dem maßgebenden gemacht, mithin eine reichere Ernte eingeheimst haben. Solange England Gewicht darauf lege, daß der Sultan im Besitz der Meerengen bliebe und nicht der Vasall einer anderen europäischen Macht würde, dürfte Englands Position im Mittelmeer eine leichtere sein, wenn es den Sultan gewissermaßen zu seinem gutwilligen Vasallen machte und via Konstantinopel in Ägypten regierte. Je enger das Band zwischen Türkei und Ägypten geknüpft, je mehr letzteres auf das Niveau eines Paschaliks herabgedrückt würde, desto gesicherter würden die Engländer vor diplomatischen Intrigen anderer Mächte in Ägypten sein. Würde letzteres aber eine Art afrikanisches Belgien, so wäre vorauszusehn, daß es grade ein Spielball solcher Intrigen werden würde.

Lord Granville wiegte hierauf nachdenklich sein Haupt und sagte nach kurzem Schweigen: „Diese Lösung scheint mir allerdings den Vorzug zu verdienen (I must confess, that this smiles to me much more, than any other solution), aber es würde mir unmöglich sein, meine Kollegen zu dieser Anschauung zu bringen. Der Sultan ist hier höchst unpopulär und hat sich das selber zuzuschreiben: er hätte lieber etwas feindlicher gegen uns auftreten können, das hätte man ihm lange nicht so übel genommen, als sein durch und durch unaufrichtiges Benehmen und seine dilatorische Politik. Es ist dies um so törichter vom Sultan, als er von Deutschland im Sommer wiederholt guten Rat erhalten hat, den er aber nicht befolgte (I suppose, you gave him very judicious advice). Ich würde jetzt keine Politik durchfechten können, die dem Sultan auch nur einen scheinbaren Vorteil zuwendet.“ Lord Granville gab dann noch seiner Befriedigung über das Glück Ausdruck, welches England in der ganzen Sache gehabt hätte, und über die Geschicklichkeit, mit der Lord Dufferin operiert hat: „Unser Spiel stand im Juli

---

* Vgl. Nr. 730

recht ungünstig, jetzt stehen wir aber so gut, als hätten wir 4 honneurs en main“[1]. Dies waren Seiner Lordschaft letzte Worte.

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Deutschl[an]d
die 4. h[onneurs] sind unsre! gern geliehen.

Nr. 732

Der Geschäftsträger in London Stumm an den Legationsrat im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Varzin

Telegramm. Entzifferung

London, den 31. Oktober 1882

Lord Granville bittet mich, Ihnen mitzuteilen, daß Neutralisation Ägyptens aufgegeben, dafür aber in die den Mächten demnächst zu machende Zirkularmitteilung Vorschlag einer internationalen Abmachung aufgenommen werde, die den Schiffen aller Nationen zu jeder Zeit freie Passage durch den Kanal sichern solle. Brief über Unterredung mit Lord Granville gestern abend über Berlin an Sie abgegangen*. Stumm

Nr. 733

Der Legationsrat im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Geschäftsträger in London Stumm

Privatbrief. Abschrift

Varzin, den 2. November 1882

Ihren Brief vom 30. v. Mts.** habe ich mit bestem Dank erhalten und meinem Vater vorgetragen. Derselbe wiederholte die Bemerkung, welche ich Ihnen schon telegraphisch übermittelt habe, daß wir gegen das

* Vgl. die Fußnote zum folgenden Schriftstück. Auf das Telegramm Stumms antwortete Graf Herbert von Bismarck am gleichen Tage:
Telegramm erhalten. Der Reichskanzler ist der Ansicht, daß Deutschland kein Interesse hat, die freie Durchfahrt der Schiffe irgendeiner Nation durch den Suezkanal zu hindern. Darin, daß grade England in der heutigen Situation dieses Prinzip vertritt, sieht er einen seine Erwartung übersteigenden Beweis der Uneigennützigkeit der englischen Politik. H. Bismarck
** In seinem Briefe vom 30. Oktober 1882 an den Grafen Herbert von Bismarck hatte Legationsrat Stumm die englischen Bemühungen geschildert, Frankreich für die formelle Aufhebung der bisherigen gemeinsamen Finanzkontrolle in Ägypten zu gewinnen und so die englische Vorherrschaft in Ägypten gegenüber Frankreich sicherzustellen.

Prinzip der freien Schiffahrt auf dem Suezkanal durchaus nichts einzuwenden hätten. Auf eine Garantie dieses Prinzips könnten wir uns aber nicht einlassen. Nach der Auslegung, welche die Engländer dem Garantievertrage über die Neutralität Luxemburgs gegeben hätten (daß nämlich nur eine Kollektivverpflichtung, nicht aber eine solche für die einzelnen Kontrahenten durch einen europäischen Garantievertrag geschaffen würde), könne man dort einer internationalen Garantie eine wirkliche Bedeutung kaum noch beilegen, und für England selbst würde dadurch also nichts erreicht werden. Für uns sei aber noch maßgebend, daß wir eine vertragsmäßig übernommene Verpflichtung gewissenhafter auffaßten und gewohnt wären, ihr nachzukommen. Dies würde uns im vorliegenden Falle aber einfach aus dem Grunde nicht möglich sein, weil wir nicht die Machtmittel dazu besäßen, die Aufrechterhaltung der freien Schiffahrt auf dem Kanal zu erzwingen, falls eine der stärkeren Seemächte — die hier doch allein in Frage kommen könnten — ihr Hindernisse in den Weg legen sollte. Ganz abgesehen von der Interessenfrage sei für uns der Grund schon maßgebend, daß wir nichts versprechen könnten, was unsere Leistungsfähigkeit überstiege. — In Ihrem Briefe steht nichts von „Garantie", — dort heißt es nur „internationales Übereinkommen". Sollte Granville aber, was mir nicht unwahrscheinlich ist, damit „Garantie" gemeint haben, so könnten Sie bei Ihrer nächsten „Privatunterredung" mit ihm im vorstehenden Sinne sprechen.

Daß wir England bei seiner Neuordnung der ägyptischen Dinge keinerlei Opposition machen werden, ist Lord Granville bekannt: in diesem Sinne sind wir auch gern bereit, das Prinzip der freien Schiffahrt zu akzeptieren — garantieren können wir es aber nicht.

Wenn die Aufhebung der joint control vom Khediven selbst dekretiert würde, so dürfte das für England die bequemste Lösung sein, und mein Vater wunderte sich, daß Lord Granville den dahin gehenden Vorschlag desselben zurückgewiesen hat. Es ist weise von dem letzteren, daß er sich vorbehalten hat, darauf zurückzukommen.

(gez.) H. Bismarck

Nr. 734

Der Legationsrat im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Geschäftsträger in London Stumm

Privatbrief. Abschrift

Varzin, den 4. November 1882

Ihren Brief vom 1. cr. nebst Anlagen habe ich mit bestem Danke erhalten, und die wichtigeren Passus aus Granvilles Memorandum*

* Am 1. November hatte Legationsrat Stumm in London dem Grafen Herbert von Bismarck ein von Lord Granville stammendes Memorandum übersandt, in

meinem Vater vorgelesen: zu diesen zähle ich vor allem diejenigen, aus welchen hervorgeht, daß den ganzen von England für Ägypten vorgeschlagenen Neueinrichtungen nur ein temporärer Charakter innewohnen soll. Mein Vater bemerkte dazu, er hielte eine solche provisorische Abmachung bei der Unberechenbarkeit des Verfalltages für unpraktisch und im europäischen Interesse sogar für eine Gefahr: er würde einer dahingehenden Proposition im Interesse des Friedens nicht gerne zustimmen, da bei einem Provisorium die Sache möglicherweise zu sehr unbequemer Zeit wieder aufgewärmt werden könnte, und alle Ungewißheit außerdem nicht nur den Kurs der Werte, sondern auch das Vertrauen zur Dauer drücken würde. Wenn England aber auf diesem Vorschlage bestände und sich mit den anderen Mächten darüber einigte, so würden wir natürlich nicht opponieren. pp.

(gez.) Graf Bismarck

Nr. 735

Der erste Sekretär bei der Botschaft in London Graf Herbert von Bismarck,* z. Z. in Bicester, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

Bicester, den 14. Januar 1883

Lord Granville war sehr erfreut über die Grüße, die ich ihm von Dir brachte, und bat mich, Dir mit seiner Erwiderung derselben seinen Dank für die freundschaftliche Haltung zu übermitteln, welche Deutschland während der ganzen ägyptischen Krisis England gegenüber eingenommen hätte. Auf meine Bemerkung, daß das Motiv dieser Haltung lediglich das Wohlwollen sei, welches wir für England hegten, und daß unser Wunsch nach wie vor dahin ginge, ein gutes Einvernehmen zwischen England und Frankreich erhalten zu sehen, erwiderte Lord Granville unter dem wiederholten Ausdruck seiner Erkenntlichkeit: „Ich kann Ihnen sagen, daß unser Kabinett jetzt ohne Ausnahme hiervon durchdrungen ist. Mir persönlich war schon seit Jahr und Tag kein Zweifel darüber geblieben, daß Deutschland nicht darin Anstoß nimmt, wenn wir mit Frankreich auf freundlichem Fuße stehen." „Von französischer Seite hat man mir im Verlaufe des vergangenen Jahres wiederholt suppeditiert, daß die deutsche Politik nur daran arbeite,

---

dem England die Forderung seiner alleinigen Finanzkontrolle in Ägypten der französischen Regierung durch einen Hinweis auf den temporären Charakter der geplanten Einrichtung mundgerecht zu machen suchte. Über die Bemühungen des englischen Botschafters in Paris, Lord Lyons, in dieser Richtung s. Lord Newton, Lord Lyons. A record of British Diplomacy Vol. II, p. 296 ff.

* Am 5. November 1882 war Graf Herbert von Bismarck zum ersten Sekretär bei der Londoner Botschaft ernannt worden.

uns mit Frankreich zu entzweien. Ich habe darauf jedesmal der Wahrheit gemäß geantwortet, daß dies vollständig unbegründet sei, und daß der Reichskanzler mir gerade im Gegenteil in allen Mitteilungen, die von ihm an mich gelangten, hat sagen lassen, daß Deutschland lebhaft wünsche, nahe Beziehungen zwischen den Westmächten erhalten zu sehen."

„Ich muß sagen, daß ich das meinerseits aus vielen Gründen auch wünsche. Eines Bündnisses mit einer europäischen Macht bedarf England nicht, und wir treiben überhaupt keine Allianzpolitik: auch unter ganz anderen Umständen als den jetzigen würde es deshalb nie mein Ziel gewesen sein, eine westmächtliche Allianz herzustellen. Mit Frankreich gutzustehen ist aber allerdings das Bestreben meiner Politik. Leicht gemacht wird mir das von Paris aus jetzt nicht. Während der ganzen letzten Verhandlungen ist uns nicht ein einziger positiver Vorschlag des französischen Kabinetts offiziell zugegangen. pp.

Morgen soll ich bei Sir W. Harcourt, dem Minister des Innern, essen, den ich kürzlich besuchte: er ist eines der einflußreichsten Kabinettsmitglieder der etwas gemäßigteren Sorte, so in der Mitte zwischen Radikalen und Whigs stehend. Er ist sehr gern Minister und hocherfreut über die neue Popularität, welche die egyptian business dem im Frühjahr schon etwas fadenscheinig gewordenen Kabinett Gladstone gebracht hat. Er sagte mir: „Wir sind dem Fürsten Bismarck ungemein dankbar, denn er hat uns durch die freundliche Haltung der deutschen Politik im Sommer einen großen Dienst geleistet. Daß wir mit Ägypten allein gelassen wurden, haben wir lediglich dem Wohlwollen[1] Deutschlands zu verdanken. Wir wissen alle sehr wohl, daß Fürst Bismarck in einem gewissen Augenblick den Wagen hätte umwerfen können, wenn er es gewollt hätte, und daß er das nicht getan, erkennen wir mit großem Danke." pp. (gez.) H. Bismarck

Randbemerkung Kaiser Wilhelms I.:

[1] Aus Wohlwollen haben wir unsre Schiffe wohl nicht zurückgezogen, sondern um uns in keine kriegerische action zu verwickeln u[nd] England allein die Folgen seiner falschen Politik tragen zu lassen.

Nr. 736

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept

Berlin, den 4. April 1884
[abgegangen am 5. April]

Unter Bezugnahme auf den gefälligen Bericht vom 11. Januar d. Js., die Fidji-Landfrage betreffend, beehre ich mich, im Auftrage des Herrn Reichskanzlers, Euere pp. ergebenst zu ersuchen, gefälligst die

im Entwurfe hier beigefügte Note* an Lord Granville zu richten. Euere pp. wollen mit letzterem die Sache außerdem mündlich und vertraulich besprechen und dabei noch die im Nachstehenden angedeuteten Gesichtspunkte zur Geltung bringen:

Die britische Regierung wird anerkennen, daß wir ihr in allen großen politischen Fragen sehr entgegengekommen sind und alles vermieden haben, was einer Kritik über Englands exzeptionelle Stellung im Orient hätte ähnlich sehen und der Regierung, angesichts der bestehenden Verträge, vielleicht Verlegenheit bereiten können; dies gilt namentlich von dem Angriff auf Alexandrien und von allem, was seitdem in Ägypten geschehen ist. Wenn wir selbst nun in einem Falle, wo das Recht zweifellos auf unserer Seite steht, nicht einmal eine ehrliche Prüfung unserer Forderungen, sondern nur ausweichende Antworten erreichen können, so wird die englische Regierung sich vielleicht fragen, ob sie demungeachtet auf unsere dauernde Unterstützung ihrer Politik rechnen kann. Unsere bisherige Haltung ist für England nur freundschaftlich und ganz uninteressiert gewesen, denn wir haben in keiner, auch nur annähernd gleich wichtigen Sache die englische Unterstützung nötig gehabt oder erstrebt. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß wir aus bloßem Wohlwollen für England gerechte Reklamationen deutscher Reichsangehöriger im Stich lassen würden; eine unfreundliche und unserer Ansicht nach ungerechte Behandlung diesseitiger Untertanen muß notwendig auf unser politisches Verhältnis zu England zurückwirken. —

Indem ich Euere pp. ergebenst ersuche, über die Erledigung der vorstehenden Aufträge und über den Erfolg Ihrer Schritte baldgefälligst Bericht zu erstatten, füge ich hinzu, daß ich mich in obigem Sinne zu Lord Ampthill geäußert habe, als derselbe mich vor kurzem besuchte und dabei aussprach, wie dankbar uns seine Regierung für unsere freundliche Haltung in der ägyptischen Frage sei. Nachdem ich in freundschaftlicher Form darauf hingewiesen, daß England bisher der empfangende Teil gewesen sei, daß wir dagegen in der Fidji-Frage von Lord Granville nur kurz ablehnende Antworten erhalten hätten, deutete ich leicht an, daß wir, wenn die englische Regierung daran festhielte, die wohlerworbenen Interessen der diesseitigen Untertanen auf den Fidji-Inseln unberücksichtigt zu lassen und sogar eine unparteiische Prüfung derselben abzulehnen, unsererseits veranlaßt werden könnten, eine Prüfung des englischen Verfahrens auf anderen Gebieten der Politik vorzunehmen.

Lord Ampthill versprach mir, Lord Granville nochmals darauf aufmerksam zu machen, welchen Wert wir darauf legen müßten, die Frage zu einem befriedigenden Abschluß gebracht zu sehen.

P. Hatzfeldt

---

* Die Note (vom 8. April) ist gedruckt im Deutschen Weißbuch „Deutsche Land-Reklamationen auf Fidji" (Drucksachen des Reichstages, Session 1884/85 Nr. 115).

Nr. 737

Der Botschafter in London Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 57 London, den 29. April 1884

Lord Granville, den ich gleich nach meiner Rückkehr aufsuchte, sagte mir, daß Eure Durchlaucht zuerst und bis dahin allein eine Antwort auf seinen Konferenzvorschlag erteilt haben*. Er sei dafür sehr dankbar, wie er überhaupt es nicht genug anerkennen könne, wie Eure Durchlaucht in der ganzen ägyptischen Frage England große Dienste geleistet haben.

Ich benutzte diese Gelegenheit, um zu bemerken, daß Eure Durchlaucht glaubten, nicht bei allen Gelegenheiten dasselbe Entgegenkommen von englischer Seite gefunden zu haben.

Lord Granville sagte mir, er wisse, daß leider Eure Durchlaucht diese Ansicht hegten, bedauere es aufrichtig und hoffe, Eurer Durchlaucht beweisen zu können, daß es sein aufrichtigster Wunsch sei, in Europa und namentlich auch in den Kolonien das beste Einverständnis unter den beiderseitigen Regierungen und Untertanen zu pflegen und zu fördern. pp.

Münster

Nr. 738

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 193 Berlin, den 5. Mai 1884
Vertraulich [abgegangen am 6. Mai]

Ew. gefälligen Bericht vom 29. v. Mts. Nr. 57** habe ich erhalten und bin erfreut über die Anerkennung, welche unsere freundschaftliche Haltung bei Lord Granville findet. Wir sind auch den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers entsprechend bereit, dieselbe ferner zu verdienen, wenn auf englischer Seite sich ein ähnliches Entgegenkommen zeigt.

Für ein solches wäre Gelegenheit zunächst in der Berücksichtigung unserer Beschwerden über Vergewaltigung deutscher Reichsangehöriger in der Südsee und in größerer Schonung unserer Handelsinteressen in Afrika. Wir sind der Meinung, daß der fremdländische Handel

* Am 22. April hatte die englische Regierung sämtliche Großmächte zu einer Konferenz nach London behufs Regelung der finanziellen Verhältnisse Ägyptens eingeladen.

** Siehe Nr. 737.

in allen Gegenden, die nicht zweifellos und unter allgemeiner Anerkennung bereits von einer europäischen Macht direkt annektiert sind, allen Nationen gleichmäßig freistehen müsse, und daß weitere Ausdehnungen einzelner Hoheiten, wie z. B. die für Portugal durch den englisch-portugiesischen Vertrag beabsichtigte, nur unter der allseitig anerkannten Maßgabe stattfinden könnten, daß die Fortsetzung und Ausdehnung bestehender Handelsverbindungen unbehelligt bliebe. Nur unter vertragsmäßiger Zusicherung dieser Konzession würden wir neue, nicht schon von uns anerkannte Besitzergreifungen anderer Mächte anerkennen. Der englisch-portugiesische Vertrag weicht von dieser Voraussetzung ab, indem er der portugiesischen, sehr exklusiven Kolonialverwaltung weite, bisher von ihr freie Küstenstriche unterstellt.

Ein ferneres Kriterium für die Absichten Englands, mit uns dauernd freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, knüpft sich an Helgoland. In englischem Besitze ist diese urdeutsche Insel nichts weiter als ein Stützpunkt für Angriffe auf die deutsche Elbmündung und die holsteinische Westküste. Wäre sie in deutschem Besitz, so würden wir den Aufwand nicht scheuen, sie mit einem Not- und Sicherheitshafen zu versehen, den die Gefährlichkeit der benachbarten Fahrwasser zu einem Bedürfnis für die Schiffahrt macht, und in dessen Ermangelung die Reederei, auch die englische, jahrein jahraus erhebliche Verluste an Eigentum und Menschenleben zu beklagen hat. Wir würden es begreifen, wenn man in England bedauerte, die Ionischen Inseln aufgegeben zu haben, die in der Richtung der ägyptisch-indischen Interessen Englands liegen, und deren Entäußerung ohne jeden Gewinn für England, ohne jede Gegenleistung erfolgte. Helgoland aber hat für England im Frieden gar keinen, und hätte im Kriege nur einen sehr problematischen Nutzen. Ein vertragsmäßiges Abkommen, durch welches die Insel an Deutschland überlassen würde, etwa mit der Bedingung, daselbst einen Sicherheitshafen anzulegen, würde aber auf die öffentliche Meinung Deutschlands, welche gegenwärtig, und zwar seit dem französischen Kriege, für England nicht mehr so günstig ist wie früher, einen sehr förderlichen Eindruck machen und uns die freundschaftliche Begünstigung der englischen Politik, für welche Lord Granville mit Recht seine Anerkennung ausspricht, für die Zukunft sehr erleichtern. Unsere Freundschaft kann der englischen Politik von hohem Nutzen sein. Es ist für dieselbe nicht gleichgültig, ob die Macht des Deutschen Reiches ihr wohlwollend und förderlich zur Seite steht oder sich kühl zurückhält. Die Wirkung, welche unser Beispiel bei der jüngsten Einladung zur Konferenz auf die kontinentalen Mächte geübt hat, die Wahrscheinlichkeit eines umgekehrten Effekts, wenn Deutschland in der ägyptischen Frage zunächst mit anderen Mächten Verständigung gesucht hätte, sind einleuchtend. England hat nach seiner geographischen Lage in Europa nur von Frankreich, in

Asien nur von Rußland Gefahren von Erheblichkeit zu befürchten; Frankreich aber würde, wenn es bedrohlich gegen England auftreten wollte, der Gewißheit wenigstens der deutschen Neutralität bedürfen, und auch Rußland, wenn es gegen England, sei es in Indien, sei es in Konstantinopel, in Tätigkeit treten wollte, immer die Haltung Deutschlands einigermaßen berücksichtigen. Wir glauben also, daß unser Verhalten — ich will nicht sagen zu England selbst, da wir einen Streit mit demselben niemals beabsichtigen — aber unser Verhalten zu Gegnern oder Rivalen Englands für die englische Politik von höherer Wichtigkeit ist als der Besitz von Helgoland und als alle Handelsrivalitäten deutscher und englischer Firmen in entlegnen Meeren. England kann durch geringe, ihm selbst fast wertlose Opfer sich die Fortdauer unserer wirksamen Unterstützung in seinen politischen Interessen sichern. Wir werden, wie seit 22 Jahren, so auch ferner gewiß die Politik beobachten, die Freunde unserer Freunde zu sein. Wir würden, wenn wir das nicht wären, immer noch nicht die Feinde Englands sein, aber es würde nicht schwer für uns sein, den gebornen und wegen Unverträglichkeit praktischer Interessen, permanenten Gegnern Englands Dienste zu erweisen, durch welche wir dann unsere guten Beziehungen zu ihnen zweifellos fördern würden.

Ich bitte Ew. zunächst um Nachricht, ob Sie glauben, diese Erwägungen im vertraulichen Gespräch mit Lord Granville berühren zu können, ohne Verstimmung hervorzurufen. Ich sehe in denselben mehr ein Anerbieten unsererseits als eine Forderung; denn die Unterstützung, die wir England leisten können und eventuell leisten werden, ist in der Tat mehr wert, als Helgoland samt Fidji und Little Popo. Glauben Ew., daß es für Ihre Vertrauensstellung dort unerwünscht ist, ein Gespräch der Art einzuleiten, so könnten wir die Sache noch aufschieben und es meinem Sohne, der in einigen Wochen auf kurze Zeit nach London gehen wird, um Abschied zu nehmen, überlassen, das Vertrauen und die Offenheit, womit Lord Granville ihn mehrmals beehrt hat, für diesen Zweck zu benutzen. Da er in London nicht bleibt, so ist es, wenn die Sache eine Verstimmung nach sich zieht, besser, daß diese an meinem Sohne als an Ew., dem dauernden Vertreter des Kaisers, haften bleibt. Es fragt sich nur, ob in der Zwischenzeit von etwa einem Monat die Situation, welche, wie mir scheint, jetzt für ein solches Geschäft günstig liegt, sich nicht wesentlich ändern kann. Wenn daher Ew. nicht überwiegende Bedenken haben, die Sache persönlich anzuschneiden, so wäre es besser, meinen Sohn nicht abzuwarten. Jedenfalls bitte ich, bevor Sie gegen Granville eine Äußerung im Sinne des Vorstehenden tun, um gefällige Mitteilung Ihrer eigenen Ansicht durch Beantwortung dieses Schreibens.

v. Bismarck

Nr. 739

Der Botschafter in London Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 59 London, den 8. Mai 1884

Ganz vertraulich

Eurer Durchlaucht hohen Erlaß Nr. 193 vom 5. d. Mts.* habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und habe denselben mit dem allergrößten Interesse gelesen und mich wahrhaft darüber gefreut, daß Eure Durchlaucht einer Frage näher treten wollen, die stets zu meiner Lieblingsidee gehört hat.

Ich stimme darin mit Eurer Durchlaucht ganz überein, daß die Erwerbung Helgolands in ganz Deutschland außerordentlich populär sein würde, namentlich in den Hansestädten und an unserer Nordseeküste, deren Stimmung in der Beziehung ich zu kennen glaube.

Durch den wirksamen Schutz, den Eure Durchlaucht in allen Weltteilen unserem Handel und unseren Landsleuten gewähren, und durch diese wichtige Erwerbung, die Eure Durchlaucht in Aussicht nehmen, wird es leichter werden, die öffentliche Meinung in Beziehung auf die überseeischen Verhältnisse zu richtigeren Ansichten zu bringen, als sie gegenwärtig in Deutschland bestehen. Ich rechne dazu die sehr wohlgemeinten, aber, meiner unvorgreiflichen Meinung nach, ganz unpraktischen und unreifen Kolonisationsbestrebungen, welche zur Bildung von Vereinen geführt haben.

Eure Durchlaucht haben es vollkommen erkannt, daß es vor allem wichtig ist, Herr vor unserer eigenen Tür zu sein.

Dazu sind vor allem zwei Dinge erforderlich: der Besitz des natürlichen Vorpostens der deutschen Küsten und Flüsse, Helgoland, und der Bau eines großen Flottenkanals zwischen Nord- und Ostsee.

Beides übersteigt unsere Kräfte nicht, und ich hoffe, daß Eure Durchlaucht, der Sie soviel für die Größe und Kraft des deutschen Vaterlandes getan haben, beides ins Leben rufen und vollendet sehen werden.

Die große Wichtigkeit des Ostseekanals, der uns vollständig vor allen dänischen und skandinavischen Intrigen für die Folge sichern, die Kräfte unserer Flotte mehr als verdoppeln und uns außerdem bei einem Kriege mit Rußland, den Gott noch recht lange verhüten wolle, England gegenüber politisch sehr wichtig sein würde, haben Eure Durchlaucht längst erkannt. Der Besitz von Helgoland gehört aber unbedingt mit dazu, als Vorposten im Kriege, als Sicherheitshafen im Frieden.

---

* Siehe Nr. 738.

Ich habe, obgleich, seitdem ich hier bin, der Besitz von Helgoland für Deutschland mir immer am Herzen lag, es stets sorgfältig vermieden, mit den hiesigen Staatsmännern darüber zu sprechen oder die Frage sonst hier anzuregen. Das einzige Gespräch, welches ich über Helgoland mit einem englischen Staatsmanne führte, war zufällig diesen Winter mit dem jetzigen Kolonialminister Lord Derby, wozu er selbst die Anregung gab. Ich war bei ihm in Knowsley auf der Jagd, als ihm seine Post nachgeschickt wurde, worunter sich ein Brief des Gouverneurs von Helgoland befand. Lord Derby sagte mir: „Die kleinste unserer Kolonien, ein ganz unnützer Felsen in der Nordsee, macht mir am meisten Mühe. Ich habe erst keinen Gouverneur finden können, und jetzt schreibt er, auch wie der vorige, regelmäßig und bittet, wo anders verwandt zu werden." Ich erwiderte darauf: „Wenn Ihnen der Felsen so nutzlos scheint, sollten Sie ihn entweder durch Anlegung eines Hafens nützlich machen oder ihn uns Deutschen übergeben." Darauf sagte er: „Ein Sicherheitshafen würde, wenn er überhaupt anzulegen ist, von großer Wichtigkeit sein, wir haben aber in Dover und sonst soviel an unseren Küsten zu tun, daß das nicht geht. Deutschland wird es eher tun können und hätte mehr Interesse daran." Ich sagte: „Ja, dann müßte aber Deutschland auch Helgoland besitzen, und dazu ist wohl keine Aussicht, auch weiß ich nicht, ob man in Deutschland Wert genug darauf legen würde." Lord Derby erwiderte: „Wenn Deutschland sich verpflichten wollte, in drei Jahren einen Sicherheitshafen, der aber mindestens 250000 Pfund Sterling wohl kosten würde, zu bauen, so ließe sich wohl einmal darüber reden."

Ich tat, als ob ich der Sache geringen Wert beilegte; dieses Gespräch gibt mir aber leicht den Anlaß, bei passender Gelegenheit die Sache ernsthaft zu besprechen, und Lord Derby ist bei dieser Angelegenheit als Kolonialminister sehr wichtig, namentlich auch Mr. Gladstone gegenüber.

Lord Granville kann ich sehr leicht sondieren, ich müßte aber dann auch erst eine Gelegenheit suchen, um gesprächsweise Mr. Gladstone auf diese Idee zu bringen. Ohne Mr. Gladstones Ansicht zu kennen, würde Lord Granville kaum auf die Sache eingehen; er ist merkwürdig abhängig von ihm.

Ich halte mit Eurer Durchlaucht den jetzigen Augenblick für einen im ganzen sehr günstigen und würde, sowie ich Eurer Durchlaucht Befehl erhalte, in der Sache vorzugehen[1], eine passende Gelegenheit zu finden suchen. Ich werde, wie es Eure Durchlaucht schon andeuten, diese Angelegenheit so behandeln, als ob es sich um einen großen Dienst handelt, den wir England leisten, indem durch eine solche Anlage dem englischen Handel und Schiffahrt ein ebenso großer Nutzen erwachsen würde, als dem unsrigen[2].

Ich halte, da ich eine Verstimmung durchaus nicht fürchte, es

nicht für rätlich, die Anwesenheit des Grafen Herbert Bismarck abzuwarten, da dadurch vielleicht ein günstiger Moment verloren gehen könnte. Graf Herbert wird aber doch bei Lord Granville und Sir Charles Dilke sehr nützlich in der Sache wirken können, und werde ich mich sehr freuen, ihn bald wieder hier zu sehen. Eure Durchlaucht können sich darauf verlassen, daß ich die Sache mit der größten Vorsicht und Diskretion behandeln werde.

Münster

Bemerkung des Staatssekretärs Grafen von Hatzfeldt am Kopf des Schriftstücks: Immediatvortrag gehalten und Seine Majestät ganz einverstanden. 16. 5. P. H.
Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Ja.
[2] u[nd] England in der Eg[yptischen] Frage helfen.

Nr. 740

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 206 Berlin, den 11. Mai 1884
Vertraulich [abgegangen am 13. Mai]

Auf Ihren mit Dank erhaltenen Bericht vom 8. d. Mts. Nr. 59* bitte ich Ew. mit der Sache vorzugehen, und möglichst bald, ohne das Eintreffen meines Sohnes abzuwarten. Ew. wollen gefälligst Ihrer Eröffnung die Form nicht einer Forderung, sondern eines Anerbietens unsererseits geben. Indem ich der Sache diesen Charakter beilege, habe ich jedoch nicht den im Verhältnis nur mäßigen Nutzen im Auge, welcher dem Handel und der Schiffahrt der Engländer aus dem Vorhandensein eines Sicherheitshafens bei Helgoland erwachsen würde, sondern das weit wichtigere Anerbieten unseres Beistandes in den politischen Geschäften Englands, den wir unter der Bedingung leisten würden, daß wir in der Südsee und in Afrika einschließlich des englisch-portugiesischen Vertrages klaglos gestellt werden, und daß England uns durch die Abtretung von Helgoland in dem Bestreben unterstützt, die öffentliche Meinung in Deutschland für eine entsprechende Haltung der deutschen Politik zu gewinnen. Dieses Anerbieten ist in meinen Augen um so höher anzuschlagen, als es für uns erhebliche Nachteile in unseren Beziehungen zu Frankreich involviert. Wenn, was nicht zu vermeiden sein würde, bei den Franzosen die Meinung entstände, daß nur Deutschland der Geltendmachung ihrer Interessen England gegenüber im Wege stehe, so würde ihre Verstimmung gegen

---

* Siehe Nr. 739.

uns und damit die Gefährdung des Friedens wesentlich verschärft werden. Ich bitte Ew. in Ihren Gesprächen zu betonen, daß wir solche Nachteile nicht gratis übernehmen können, sondern daran halten müssen, daß eine Hand die andere wäscht.

Seiner Majestät dem Kaiser habe ich über diese Politik wiederholt und ausführlich Vortrag erstattet und die allerhöchste Genehmigung dazu erhalten. v. Bismarck

Nr. 741

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in London Grafen Münster

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 1 Friedrichsruh, den 25. Mai 1884

Angesichts der über meine Erwartung anspruchsvollen Haltung der Engländer bezüglich Angra pequena* bitte ich Ew. pp., Helgoland in Ihren Besprechungen einstweilen nicht mehr zu erwähnen; Helgoland würde den Vorwand liefern, die Gerechtigkeit unsrer afrikanischen Ansprüche auf die Linie unsres Rechtes auf Helgoland herabzudrücken. v. Bismarck

---

* Die Vorgänge über Angra Pequena, die zu einer ernsten Verwicklung zwischen Deutschland und England führten, sind im wesentlichen aus dem Deutschen Weißbuch (Drucksachen des Reichstages Session 1884 85 Nr. 61) und den Englischen Blaubüchern (C-4190, -4262 und -4265) bekannt; ein nochmaliger Abdruck der veröffentlichten Aktenstücke erübrigt sich. Zum Verständnis der hier folgenden unbekannten Schriftstücke sei nur bemerkt, daß schon am 12. November 1883 die deutsche Botschaft in London den Auftrag erhalten hatte, im Hinblick auf die Lüderitzschen Niederlassungen bei Angra Pequena amtlich bei der englischen Regierung anzufragen, ob englischerseits Ansprüche auf das Gebiet von Angra Pequena erhoben würden oder nicht, und im bejahenden Falle, auf welche Titel sich diese Ansprüche gründeten. Als die englische Regierung am 21. November evasiv antwortete, wurde die deutsche Anfrage in einer Note vom 31 Dezember 1883 (Weißbuch Nr. 9) ausdrücklich wiederholt. Die Note schloß aus früheren amtlichen Äußerungen der englischen Regierung, daß diese in dem Gebiete von Angra Pequena Hoheitsrechte weder besitze noch beanspruche. Für den Fall, daß dennoch solche Ansprüche geltend gemacht würden, wünschte die deutsche Regierung zu erfahren, „auf welche Titel dieser Anspruch gegründet sei, und welche Einrichtungen England dort besitze, um deutschen Untertanen in ihren Handelsunternehmungen und rechtmäßigen Erwerbungen daselbst solchen Rechtsschutz zu gewähren, welcher das Reich der Pflicht überhöbe, seinen Angehörigen in jenem Gebiete selbst und direkt den Schutz zu gewähren, dessen sie bedürfen können".

Auf diese amtliche deutsche Anfrage hat die englische Regierung während 6 Monate keinerlei Antwort erteilt. Wohl aber wirkte sie auf die Kap-Regierung in dem Sinne ein, daß diese den ganzen südwestafrikanischen Küstenstrich bis zur Walfisch-Bai in Besitz nehme. Darauf stellte die deutsche Regierung am

Nr. 742

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh.

Ausfertigung

Nr. 30 Berlin, den 24. Mai 1884

Eurer Durchlaucht verfehle ich nicht, von einer Unterredung, die ich soeben mit Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen hatte, Meldung zu machen.

Höchstderselbe, welcher sich vorher angesagt hatte, frug, wie unsere Stellung zu England in der ägyptischen Frage sei. Die Franzosen hätten, wie es schiene, verlangt, daß England einen Termin für die endgültige Räumung Ägyptens fixiere, und in England habe man, wie er unter der Hand erfahre, den Eindruck, daß wir die Franzosen dazu encouragiert hätten. Ob das richtig sei[1]?

Ich erwiderte, davon sei keine Rede. Meines Wissens spielten zwischen England und Frankreich ganz geheime Unterhandlungen, von deren Inhalt wir bisher nichts Näheres wüßten. Weit entfernt, den Engländern Ungelegenheiten zu bereiten, hätten wir sogar den beiden Mächten, welche Schwierigkeiten erhoben (Frankreich und Türkei), klarzumachen gesucht, daß es ihr Interesse sei, die Konferenz anzunehmen; wir hätten somit England einen Dienst erwiesen. Wenn man also in England etwas betroffen (Seine Kaiserliche Hoheit hatte diesen Ausdruck gebraucht) über unsere Haltung sei, so könne ich mir das nur dadurch erklären, daß wir allerdings in letzter Zeit in einigen Kolonial- und Handelsfragen auch einmal die Gegenseitigkeit für unsere bisher an England erwiesenen Gefälligkeiten beansprucht hätten. Während die Engländer bei jeder Gelegenheit nur Worte der Dankbarkeit fänden für die Anlehnung und Förderung, welche sie seit zwei Jahren in der ägyptischen Frage von uns empfangen hätten, würden von ihnen deutsche Interessen — gleichviel, wo sie denselben begegneten — in Fidji, Angra-Pequena, Kongo und überhaupt in

---

24. April die Lüderitzschen Niederlassungen ausdrücklich unter deutschen Schutz. Die englische Regierung schien jedoch die amtliche Mitteilung darüber zunächst ignorieren zu wollen; jedenfalls äußerte sich der englische Kolonialminister Lord Derby am 16. Mai gegenüber einer Deputation von südafrikanischen Kaufleuten und am 19. im Oberhause auf eine Interpellation Lord Sidmouth's in dem Sinne, als ob England, wenn es auch nicht formell den Besitz Angra Pequenas beanspruche, doch das Recht zu haben glaube, andere Mächte von dem Besitze auszuschließen. Auf eine erneute Pression der englischen Regierung erklärte sich die Kap-Regierung Anfang Juni bereit, die ganze Küstenstrecke bis zur Walfisch-Bai, einschließlich Angra Pequenas zu übernehmen, worauf Bismarck am 4. Juni Lord Granville mitteilen ließ, „wir seien nicht in der Lage, eine solche Besitzergreifung anzuerkennen und bestritten das Recht dazu".

allen Kolonialfragen mißachtet, die deutschen Reichsangehörigen mißhandelt.

Angesichts derartiger Erfahrungen hätten wir in neuester Zeit dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß wir bestimmt erwarteten, England werde jetzt seine Dankbarkeit betätigen. Unsere darauf bezügliche Eröffnung möge vielleicht in England die[2] Besorgnis erweckt haben, daß unsere Gesinnung sich ändern könne, falls unsere Erwartungen unerfüllt blieben.

Ich deutete dem Prinzen dabei an, daß Eure Durchlaucht, soweit Sie die Richtung der Politik des Deutschen Reichs zu bestimmen hätten, in diesem Falle allerdings eine Änderung unserer Haltung vielleicht für angezeigt halten würden[3].

Schließlich bemerkte ich, daß es nach meiner persönlichen Ansicht nur erwünscht sein könne, wenn die Engländer vorläufig unter diesem Eindruck blieben.

Der Kronprinz widersprach nicht, er warf nur die Frage hin: „Also Kolonialfragen? Nur Kolonialfragen?" Ich erwiderte Seiner Kaiserlichen Hoheit: „Jawohl, die, welche ich mir erlaubte eben zu bezeichnen, und ähnliche."

Da Eure Durchlaucht mich nicht ermächtigt hatten, von der speziellen Unterhandlung zu sprechen, mit welcher Graf Münster beauftragt ist, so habe ich jede Erwähnung derselben unterlassen. Die Frage des Kronprinzen (nur Kolonialfragen?) berechtigt vielleicht zu der Vermutung, daß Seiner Kaiserlichen Hoheit Andeutungen aus England zugegangen sind. Ob es sich unter diesen Umständen empfiehlt, Seiner Kaiserlichen Hoheit schon jetzt und solange noch kein Bericht des Grafen Münster über die Aufnahme unseres Vorschlages vorliegt, über denselben Vortrag zu halten[1], darf ich Eurer Durchlaucht Entscheidung anheimstellen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Nein

[2] eventuell berechtigte

[3] ja

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Wegen Helgoland, nein; ich habe Gr[af] Münster heut sehr pressirt, von Helgoland nicht mehr zu reden, weil wir derartige Wünsche nur einer sicher befreundeten Regirung gegenüber anbringen können. Dazu gehört die heutige englische nicht, wie die maßlosen Ansprüche gegen uns in Colonialsachen leider beweisen; afrikanische Monroe-Doctrin! Die Helgoländer Wünsche sind ohne Rechtsboden, u[nd] würden unsre berechtigten Forderungen in überseeischen Verhältnissen auf das gleiche Niveau herabdrücken, wenn das Ganze zur öffentlichen Contestation käme. Wenn wir über See kein Recht bei England finden, so müssen wir allerdings nähere Fühlung mit den andern seefahrenden

Mächten, Frankreich eingeschlossen, zu nehmen suchen. Die öffentliche Meinung in Deutschland würde auf die Dauer die englische Exclusivität und Anmaßung nicht ertragen.

Das alles bitte ich S[eine]r K[aiserlichen] H[oheit] bei Gelegenheit vorzutragen; Helgoland aber ex nexu u[nd] fallen zu lassen.

Nr. 743

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept

Nr. 234

Friedrichsruh, den 1. Juni 1884
[abgegangen am 2. Juni]

Ew. pp. gefällige Berichte vom 26. Mai Nr. 69 und 71 haben in mir die Vermutung bestärkt, auf welche mich schon Ihr Bericht vom 8. Mai Nr. 59* geführt hatte, daß Ew. pp. und meine Auffassung von unserer Situation der englischen Regierung gegenüber nicht dieselbe seien. Um darüber Klarheit zu erlangen, erlaube ich mir, unsere Korrespondenz aus den letzten Wochen zu rekapitulieren.

In dem Erlaß vom 4. April d. J.**, betreffend unsere Reklamationen in den Fidji-Inseln, ersuchte ich Ew. pp., bei Überreichung einer Note, den Lord Granville mündlich und vertraulich davon zu unterhalten, wie freundlich für England unsere Haltung in den großen politischen Fragen, namentlich in Ägypten sei, wie wenig Erwiderung aber in den zwischen uns und England schwebenden Fragen wir gefunden hätten, und daß eine, nach unserer Ansicht ungerechte Behandlung deutscher Reichsangehöriger auf unser politisches Verhältnis zu England rückwirken müsse. An diesen Auftrag, über dessen Ausführung mir ein Bericht Ew. pp. nicht zugegangen ist, knüpfte sich die Instruktion vom 5. Mai d. J.***, in welcher das Entgegenkommen, welches wir von Seiten Englands für eine Fortdauer unserer wohlwollenden Haltung erwarteten, näher bezeichnet ist, als Erledigung unserer Beschwerden in der Südsee und Beachtung unserer Handelsinteressen am Kongo und überhaupt in Afrika. Erst in zweiter Linie, und als ein Mittel, die öffentliche Meinung in Deutschland für eine England freundliche Politik zu gewinnen, wird Helgoland erwähnt.

Ew. pp. Antwort vom 8. Mai Nr. 59* bezeichnet den Moment als günstig zur Ausführung der Instruktion, fürchtet keine Verstimmung und rät, mit der Sache nicht zu warten. Da sich indessen dieser Bericht, abgesehen von einer beiläufigen Äußerung über die nach

* Siehe Nr. 739.
** Siehe Nr. 736.
*** Siehe Nr. 738.
† Siehe Nr. 739.

Ew. pp. Ansicht „unpraktischen und unreifen" Kolonisationsbestrebungen der Deutschen, nur mit Helgoland beschäftigt, so konnte ich vermuten, daß Ew. pp. vielleicht nur in betreff des letzteren Gegenstandes den Zeitpunkt für günstig hielten, und hob deshalb in dem Erlaß vom 11. Mai* hervor, daß der Erwerb Helgolands von sekundärer Bedeutung sei, und es mir vorzugsweise darauf ankomme, zu ermitteln, ob England in seiner gegenwärtigen Situation geneigt sei, für unser schwerwiegendes Anerbieten, die englische Politik ferner wie bisher zu unterstützen, jenseits der Meere uns klaglos zu stellen und den berechtigten Unternehmungen deutscher Reichsangehöriger nicht in den Weg zu treten.

Nach Ew. späteren Berichten hat sich Ihre Sondierung auf Helgoland beschränkt, und ich bin im Zweifel darüber, ob Ew. die Instruktionen vom 5. und 11. Mai in ihrem ganzen Umfange zur Ausführung gebracht oder sich durch Befürchtung eines unerfreulichen Eindrucks haben davon abhalten lassen, den Lord Granville vor die Alternative zu stellen, sich durch eine mindestens gerechte, wenn auch vielleicht nicht wohlwollende Haltung gegenüber unseren überseeischen Interessen unsere politische Unterstützung zu sichern oder zu sehen, daß wir die Förderung unserer Interessen in dem Zusammengehen mit anderen Mächten suchten. Ew. pp. ersuche ich ergebenst, mich über diesen Zweifel aufklären zu wollen.

Ich selbst habe bis vor kurzem die Situation für hinreichend günstig erachtet, um der englischen Regierung diesen Vorschlag einer wechselseitigen Stellungnahme machen zu können, deren Tragweite einleuchtend ist. Ich weiß nicht, ob ein so günstiger Moment vielleicht nicht vorhanden war oder ob er inzwischen schon verstrichen ist, weil die englische Regierung sich mit der französischen in betreff der Konferenzfrage geeinigt hat; jedenfalls geben die Äußerungen, welche englische Staatsmänner gegen Ew., im Parlamente und gegen Deputationen getan haben, Anlaß zu einer Erwiderung, um nicht zu sagen zu einer Verwahrung unserer Rechte als Macht von gleicher Unabhängigkeit und Freiheit des Handelns wie England, die ich dem Grafen Granville jedenfalls zunächst mündlich mitzuteilen bitte, gleichviel ob Ew. pp. die oben zitierten Instruktionen bereits zur Ausführung gebracht haben oder nicht.

Wenn Lord Granville mit der Meinung, daß Deutschland Kolonialpolitik treiben wolle, eine wohlwollende Stimmung des englischen Parlaments für uns unvereinbar findet, so wären wir begierig zu erfahren, weshalb das Recht zu kolonisieren, welches England in weitestem Maße ausübt, uns versagt sein sollte. Was insbesondere Angra Pequena anbetrifft, so hat Lord Derby bei der Regierung der Kapstadt angefragt, ob eine Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß die

* Siehe Nr. 740.

Kolonie sich zur Annexion von Angra Pequena entschließen würde. Er betrachtet also dieses Gebiet als res nullius; um so mehr wären Ew. berechtigt gewesen, Ihr Befremden darüber zu erkennen zu geben, daß auf die Interpellation von Lord Sidmouth das Recht deutscher Kaufleute, dort Handel zu treiben, nicht unbedingt von der englischen Regierung anerkannt worden sei, vielmehr statt dessen die völkerrechtliche Abnormität der Monroe-Doktrin zugunsten Englands auf der afrikanischen Küste angewandt werde. Wenn wir wirklich Absichten hätten, Kolonien einzurichten, wie kann Lord Granville unser Recht dazu bestreiten, in dem Augenblick, wo die englische die Ausübung desselben Rechtes der Kolonial-Regierung am Kap nach Belieben anheimstellt. Es liegt in dieser Naivität des Egoismus eine Verletzung unseres Nationalgefühls, auf die Ew. pp. Lord Granville aufmerksam machen wollen. Das „quod licet Jovi etc." kann Deutschland nicht auf sich anwenden lassen.

Das Versteckspielen mit dem Kolonialamt und die Berufung auf die Selbständigkeit der englischen Kolonien sind nichts als Winkelzüge, solange die letzteren unter dem Zepter der Königin stehen, und das Mutterland mit seiner Macht dieselben in Schutz nimmt, wenn deren Politik sie in Händel mit fremden Mächten verwickelt. Es macht das den Eindruck, als wenn wir Frankreich gegenüber, falls es Beschwerden über den Statthalter der Reichslande führen sollte, uns auf die Unabhängigkeit der dortigen Verwaltung und des Landesausschusses berufen wollten. Wenn die Verwaltungen der englischen Kolonien den deutschen Handel in ungerechter Weise belästigen, so können wir uns deshalb nur an die englische Regierung halten und müssen unsere Politik dieser gegenüber danach einrichten. An wen die Parlamentsmitglieder ihre Interpellationen über Kolonialangelegenheiten richten wollen, und welcher Minister die Beantwortung übernehmen will, geht uns nichts an; und ich ersuche Ew. pp. ergebenst, keine Unterredungen mit Lord Derby über diese Dinge zu suchen und ihm, wenn er Sie darauf anreden sollte, freundlich zu sagen, daß Sie solche Angelegenheiten nur mit dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten verhandeln könnten.

Ich sehe voraus, daß wir nach Wiederzusammentritt des Reichstags in demselben über unsere überseeische Politik und namentlich über das Verhalten Englands zu derselben werden interpelliert werden. Ich werde alsdann Veranlassung nehmen müssen, an der Hand der Berichte Ew. pp. Englands Verhalten gegen uns bekanntzugeben, ohne Rücksicht auf den Eindruck, welchen die Vorgänge auf die öffentliche Meinung Deutschlands machen werden. Es wird dabei auch zur Klarheit kommen, welche Bewandtnis es mit den „Verhandlungen" hat, auf welche die englischen Staatsmänner sich wiederholt als schwebende berufen. Dieselben haben wesentlich darin bestanden, daß unsere Beschwerden wegen der Fidji-Frage monatelang, und unsere Anfragen bezüglich der englischen Ansprüche in Südafrika gänzlich

unbeantwortet blieben. Selbst über die Aufnahme, welche mein Telegramm an den Konsul am Kap und Ew. Mitteilung desselben* gefunden haben, sind wir bisher nicht aufgeklärt.

In betreff Helgolands wiederhole ich mein telegraphisches Ersuchen vom 25. v. Mts.**, den Gegenstand vorerst nicht weiter zu berühren. Derselbe ist im Vergleich mit der Stellung Englands zu dem gesamten überseeischen Handel Deutschlands, wie schon gesagt, nur ein nebensächlicher. Es handelt sich bei ihm um eine Gefälligkeit von der Art, wie wir sie nur von einer uns aufrichtig befreundeten Regierung erbitten können. Ich war der Meinung, daß die Haltung, die wir gegenüber England seit lange beobachten, und die Wichtigkeit, welche die Fortdauer unserer politischen Unterstützung für dasselbe haben kann, die dortige Regierung geneigt machen würde, uns eine Gefälligkeit der Art zu erweisen. Obwohl ich noch im Ungewissen darüber bin, ob Ew. pp. unsere Unterstützung angeboten haben, so hat mich die Ablehnung einfacher Gerechtigkeit gegen Deutschlands überseeischen Handel bestimmen müssen, meine Instruktionen in betreff Helgolands sofort zurückzuziehen. Gefälligkeiten der Art kann man nur bei vollem gegenseitigen Vertrauen erwarten und anregen. Ich hatte geglaubt, daß ein solches bestehe. Die Interpellationen von Sidmouth und die Art der Beantwortung derselben beweisen aber, daß dieses Vertrauen dort nie bestand, und bei uns wird es erschüttert durch die Überhebung, welche in der Aufstellung von Theorien und Ansprüchen liegt, die mit dem Prinzip der Gleichheit unabhängiger Mächte sich nicht in Einklang bringen lassen.

Ich habe aus Ew. gefälligen Berichten den Eindruck, daß die englischen Minister die Möglichkeit eines Umschlags unserer Politik wegen Mangels an Gegenseitigkeit, bisher nicht als eine ernsthafte Eventualität betrachten. Wenn Ew. Vorstellungen nicht die Wirkung haben sollten, diesen Irrtum zu berichtigen, so zweifle ich nicht daran, daß die bevorstehenden öffentlichen Verhandlungen den Ernst der Sache klarstellen werden. Keine Regierung ist heute stark genug, um öffentlich den Vorwurf tragen zu können, daß sie die eigenen nationalen Interessen aus Gefälligkeit für befreundete auswärtige Mächte fallen ließe. Insbesondere würde das noch junge Deutsche Reich sich einem solchen Verdachte nicht aussetzen dürfen.

v. Bismarck

---

* Es handelt sich um das Telegramm Bismarcks an den deutschen Konsul Lippert in Kapstadt vom 24. April 1884, durch das dieser angewiesen wurde, amtlich der Kap-Regierung zu erklären, daß Lüderitz und seine Erwerbungen unter dem Schutze des Deutschen Reiches ständen, und um den gleichzeitigen Auftrag an den Deutschen Botschafter in London, hiervon dem Foreign Office amtlich Mitteilung zu machen. Vgl. das Weißbuch „Angra Pequena“ Nr. 12 und 13.

** Siehe Nr. 741.

Nr. 744

Der Botschafter in London Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 85 London, den 7. Juni 1884

In Ergänzung meines heutigen telegraphischen Berichtes Nr. 67, Angra Pequena betreffend*, beehre ich mich Eurer Durchlaucht ganz gehorsamst zu melden, daß ich soeben eine längere Unterredung mit Lord Granville gehabt habe. Der Minister war durch die Eröffnung, welche ich ihm in Eurer Durchlaucht Auftrag gemacht hatte, daß wir eine Besitzergreifung der Art, wie sie aus Kapstadt gemeldet werde, nicht anerkennen könnten und das Recht dazu bestritten, in große Bestürzung und Besorgnis versetzt worden. Er äußerte sich darüber etwa in folgenden Worten:

„Ich bin betroffen über die plötzliche Aktion Ihrer Regierung. Wir waren ersucht worden, über den Schutz uns zu erklären[1], welchen wir deutschen Ansiedelungen an der Westküste Afrikas zu geben in der Lage seien, sowie über die Ausdehnung unserer Ansprüche in jenen Gebieten und die Begründung derselben. Unsere Antwort darauf hat zu meinem aufrichtigsten Bedauern noch nicht erfolgen können, weil wir nicht ohne Einverständnis mit der Regierung[2] der Kolonie, welche ein selbständiges Ministerium, ein selbständiges Parlament hat, handeln dürfen. Unsere Verständigung mit dieser Kolonialregierung hat durch eine Ministerkrisis daselbst eine Verzögerung erfahren[3]. Bevor diese Verständigung und die darauf folgende Darlegung der Verhältnisse der befreundeten deutschen Regierung gegenüber erfolgt ist, fühlt sich diese zu einer Aktion bewogen. Es liegt weder in meiner, noch meiner Kollegen Absicht, deutschen Kolonisationsbestrebungen auch das Geringste in den Weg zu legen, und ich bitte, dies dem Fürsten Bismarck ausdrücklich zu sagen. Ich muß aber gestehen, daß ich aus allen Äußerungen, welche Sie und Graf Bismarck mir, der Reichskanzler Lord Ampthill gegenüber getan haben, nicht den Eindruck gewonnen habe, als wolle die Deutsche Regierung Kolonialpolitik treiben[4]. Daß wir den deutschen Ansiedelungen nicht feindlich gegenüberstehen, beweist der Umstand, daß wir seinerzeit, als ein Angriff auf die afrikanischen Besitzungen des Bremer Hauses befürchtet wurde, sofort ein Kriegsschiff zum Schutz derselben abgesandt haben[5]. Sagen Sie dem Fürsten Bismarck, ich ließe ihn bitten,

---

* Identisch mit Nr. 23 des Deutschen Weißbuchs über Angra Pequena. Graf Münster hatte danach in Gemäßheit des ihm am 4. Juni erteilten Auftrages die englische Regierung in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung eine Besitzergreifung der südwestafrikanischen Küstenstrecke einschließlich Angra Pequenas durch die Kap-Kolonie nicht anerkennen könne.

nicht anzunehmen, daß wir uns in Angra Pequena feindlich gegenüberstehen, dringend bitten, keine weitere Aktion dort zu unternehmen, bevor eine Verständigung zwischen beiden Kabinetten erfolgt ist“ [6].

Als ich noch bemerkte, von der Haltung der britischen Regierung in diesen überseeischen Fragen hänge es ab, wie sich Deutschlands Politik zu England in der Folge gestalten werde, erwiderte Lord Granville: „Das weiß und habe ich längst gewußt. Wir haben ja nur den Wunsch, Ihnen entgegenzukommen und haben Ihnen das auch zu erkennen gegeben. Der einzige Vorwurf, den Sie uns machen können, ist der langsame Fortgang der Verhandlungen; der wird aber verursacht durch die unabhängige Stellung unserer Kolonien, über welche wir uns auch mit dem besten Willen nicht hinwegsetzen können.“

Münster

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Darüber wissen wir noch heut nichts
[2] das ist unwahr, u[nd] geht uns nichts an. Wäre es wahr, so müßten wir eine Gesandtschaft bei engl[ischen] Colonial-Regirungen der Art haben.
[3] darauf können wir nicht warten
[4] was ist Colonial-Politik? wir müssen unsre Landsleute schützen.
[5] ??? wann?
[6] seit Dez[ember] v. J.?

Nr. 745

Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

London, den 16. Juni 1884

Als ich Lord Granville vorgestern sagte, Lord Ampthill würde ihm vermutlich schon über seine lange Unterredung mit Eurer Durchlaucht berichtet haben *, verneinte er dies: er sprach zuerst nur in allgemeinen Redewendungen über die mit Frankreich wegen Ägypten schwebenden Verhandlungen, welche in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen würden; eine Notiz, welche ich hierüber gemacht habe, ist gehorsamst beigefügt. Als ich ihm bemerkte, die deutschen Interessen an den ägyptischen Finanzen seien zu unserer eigenen Überraschung weit größer als wir geglaubt hätten, sie bezifferten sich nach den neuesten Erhebungen auf mehr als 100 Millionen Mark, machte ihm

---

* Vgl. darüber den Erlaß Fürst von Bismarcks an den Botschafter Grafen Münster vom 10. Juni 1884, Deutsches Weißbuch „Angra Pequena“, Nr. 24.

dies einen ersichtlich unbehaglichen Eindruck, und er äußerte in einem davon beeinflußten Tone: „I always thought that You had no interest whatever in Egypt." Ich erwiderte, die Höhe unserer materiellen Interessen in Ägypten wäre uns bisher selbst nicht bekannt gewesen. Eure Durchlaucht hätten sich in diesem Sinne zu Lord Ampthill ausgesprochen, und es nehme mich wunder, daß dieser noch nicht darüber geschrieben hätte.

Da der Minister auch über die anderen Dinge, welche Eure Durchlaucht mit dem englischen Botschafter berührt hatten, keine Meldung zu haben behauptete, machte ich ihn darauf aufmerksam, daß Englands dilatorische Behandlung der Angra Pequena- und der Fidji-Frage bei uns verstimmend wirke, und daß unsere allgemeine Politik England gegenüber hierdurch beeinflußt werden würde, wenn die englische Regierung ihre Haltung in den vorerwähnten Angelegenheiten nicht änderte.

Ich erklärte Lord Granville an der Hand von Eurer Durchlaucht Instruktionen, daß die schlechten Erfahrungen in Fidji* unsere Landsleute dahin gebracht hätten, daß sie sich englischem Schutz nicht mehr anvertrauen wollten: wir könnten ihnen unter diesen Umständen den unsrigen in bisher unokkupierten Landstrichen nicht versagen.

Lord Granville brachte die alten Einwendungen wegen Fidji vor, gab dabei aber zu, daß England sich vielleicht überall zu sehr nach dem humanen Grundsatz[1] richte, die Interessen der Eingeborenen[2] in neu erworbenen oder zu erwerbenden Landstrichen wahrzunehmen. Er versprach, die Frage, welche ihm ziemlich fremd sei, noch selbst eingehend zu studieren, und äußerte die gewisse Zuversicht, unseren begründeten Reklamationen gerecht werden zu können.

Betreffs Angra Pequena behauptete Lord Granville, die Lage sei dadurch kompliziert worden, daß die ihm in dieser Sache gemachten Mitteilungen stets darauf hinausgelaufen wären[3], ob England nicht den Schutz übernehmen wolle: in diesem Sinne habe er bei der Kapkolonie angefragt**. Ich erwiderte, die Note vom 31. Dezember v. Js.*** sei

---

* Vgl. darüber das Deutsche Weißbuch „Deutsche Land-Reklamationen auf Fidji".

** Vgl. dazu den im Weißbuch „Angra Pequena" (Nr. 24) abgedruckten Erlaß des Reichskanzlers an den Grafen Münster vom 10. Juni 1884: „Es ist zunächst mein Bestreben gewesen, zu verhüten, daß wir bei pflichtmäßiger Leistung dieses Schutzes, mit bestehenden oder auch nur behaupteten Rechten anderer Nationen in Kollision gerieten. Es lag mir daran, dies sicherzustellen, ohne unnötigerweise Befürchtungen über unsere Intentionen oder die Neigung, letzteren zuvorzukommen, hervorzurufen. Ich habe deshalb die erste Anfrage, welche durch die Kaiserliche Botschaft an die englische Regierung gerichtet wurde, in die Form gekleidet, ob England in der Lage sei, deutschen Ansiedelungen in Südafrika Schutz zu gewähren. Ich war mir dabei bewußt, daß England, ohne neue, bisher nicht vorhandene Einrichtungen zu treffen, in dieser Lage nicht sei. Es war mir aber erwünscht, die eigene Erklärung Englands darüber bei den Akten zu haben."

*** Vgl. die Fußnote** zu Nr. 741.

doch klar genug, und wir fühlten uns rücksichtslos behandelt, daß man uns länger als 5 Monate eine Antwort vorenthalte, welche in 3 Tagen hätte erteilt werden können: die Grenzen des britischen Reiches ständen fest, sie wären in den hiesigen Ressortministerien unzweifelhaft genau bekannt und müßten jederzeit mitgeteilt werden können.

Lord Granville erwiderte: „Ich kann Ihnen über diese Sache schwer Genaues sagen, weil sie meine Kollegen[4] mehr angeht. Ich möchte Sie bitten, in meiner Gegenwart mit Lord Derby darüber zu sprechen, und da dieser noch neu im Colonial Office ist, werde ich dann seinen Vorgänger Lord Kimberley zuziehen."

Ich erklärte dem edlen Lord, daß ich mich auf eine Ministerialkonferenz nicht einlassen könnte: mit seinen Kollegen hätte ich nie ein Wort Politik gesprochen und auch gar keine Berechtigung dazu. Ich bespräche die ganze Sache, die eigentlich nur den Chef de mission anginge, lediglich deshalb vertraulich mit ihm, weil ich glaubte, ihm einen Dienst zu leisten, indem ich ihn darauf aufmerksam machte, wohin die Ungefälligkeit und Undurchsichtigkeit der englischen Politik führen müßte.

Lord Granville sagte darauf: „Wenn Sie das nicht wollen, bestehe ich natürlich nicht darauf. Es ist für mich aber sehr hart, denn ich habe so viel zu tun, daß ich mich in diese Kolonialfragen[5] nur schwer hineinarbeiten kann. Das Foreign Office erfordert nach Lord Derbys eigenem Ausspruch täglich 2 Stunden Arbeit mehr als das Colonial Office, außerdem liegt mir als Leader des Oberhauses in der jetzigen nicht leichten Zeit der eine Teil des parlamentarischen Geschäfts allein ob, und schließlich habe ich noch die schwierigen ägyptischen Verhandlungen zu führen."

Ich erwiderte auf diese Klagen nichts.

Der Gedanke, daß er die Bürde seines Amtes, wenn sie ihm zu schwer würde, jüngeren Kräften übertragen könnte, schien Lord Granville nicht zu kommen.

Als der Minister bemerkte, es sei ihm sehr peinlich, daß die englische Regierung die Schuld der verzögerten Antwort, wie er ja auch im House of Lords erklärt hätte, auf sich nehmen müsse, er habe aber trotzdem gehofft, daß wir während der Verhandlungen nicht ein fait accompli schaffen würden, sagte ich ihm, ich wüßte nichts von „Verhandlungen" und verstände nicht, was er damit meine: wir hätten eine einfache Frage gestellt, auf die wir eine Antwort „yes" or „no" verlangt hätten. Die Aufmunterung der Kapkolonie, den qu. Landstrich nachträglich zu annektieren und das Hinhalten der Antwort hätte den Glauben erwecken müssen, daß die englische Regierung plötzlich ein fait accompli schaffen wollte. Ich brachte dann Eurer Durchlaucht Auffassung ziemlich deutlich zur Anschauung, sprach von Englands Un-

dank und dessen möglichen Folgen angesichts der Konferenz*. Lord Granville war sichtlich beeindruckt und überbot sich in anerkennenden Worten der Dankbarkeit wegen unserer freundschaftlichen Haltung bezüglich Ägyptens und behauptete, er halte es für ausgeschlossen, daß die vortrefflichen englisch-deutschen Beziehungen wegen so kleiner Fragen leiden könnten. Die Unterredung mit mir sei ihm aber sehr lieb, es seien ihm neue[6] Gesichtspunkte gegeben, und er sehe die Sache jetzt unter einem ganz anderen Lichte als bisher, er wolle eiligst mit seinen Kollegen sprechen und mir in spätestens 3 Tagen Bescheid sagen.

Als ich im Laufe der Besprechung eine seiner Fragen wegen der afrikanischen Niederlassung dahin beantwortet hatte, daß wir nach wie vor keine Kolonien im englischen Sinne, sondern nur unmittelbare Protektion unserer mit Charter zu versehenden Landsleute wollten, äußerte Lord Granville, „dann kommen Sie doch zu Kolonien[7], unsere haben fast alle ähnlich angefangen, Sie können sich dem schließlich nicht entziehn. Uns kann es ja aber nur recht sein, wenn Deutschland Kolonialpolitik treibt und barbarische Länder der Zivilisation und dem Handel erschließt: wir würden uns darüber gewiß freuen[8]. Etwas ganz anderes ist es mit Frankreich, denn die Franzosen führen überall, wo sie kolonisieren, hohe Zölle ein, bis zu 50 %, und schädigen uns dadurch sehr. Allerdings wird es bei uns vielleicht nicht gerade angenehm gefunden werden, daß sich eine Kolonialniederlassung einer anderen Macht zwischen 2 englische Besitzungen einschiebt.“ Lord Granville meinte hier wohl das Kapland und die Walfischbai[9]. Ich hielt es nicht für erforderlich, diese Bemerkung aufzunehmen.

Es ist nicht leicht, Lord Granville bei der Sache zu halten; er leidet gerade an einem schmerzhaften Gichtanfall und ist überhaupt sehr gealtert: sein Gedächtnis scheint auch nachzulassen, er hatte frühere Eröffnungen des Herrn Botschafters augenscheinlich ganz vergessen.

Unter allen meinen Bekannten beider Parteien, wie auch in der Presse — so z. B. in der vorgestrigen „Pall Mall Gazette“ — macht sich der Wunsch geltend, daß Lord Granville resignieren möchte.

Graf Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] !!

[2] !

[3] durchaus nicht

[4] !

[5] ! ausw[ärtige]

[6] !

[7] kann sein, aber wir wollen sie nicht künstlich anlegen; wenn sie entstehn, so werden wir sie zu schützen suchen

[8] !

[9] !

---

* Gemeint ist die Londoner Konferenz bezüglich der Finanzlage Ägyptens, die am 28. Juni zusammentrat.

Nr. 746

Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

London, den 17. Juni 1884

Lord Granville ersuchte mich heute um meinen Besuch und sagte mir, als ich bei ihm eingetreten war, er wünsche mit mir über Angra-Pequena zu sprechen und zunächst unsere Unterredung vom 14. c.* zu rekapitulieren.

Ich ließ ihn zunächst, wie er es wünschte, seine Version von derselben geben und stellte sie, als er zu Ende war, folgendermaßen richtig:

„Daß Verhandlungen schweben (— negotiations are still pending —), kann ich nicht zugeben. Wir halten uns an die verschiedenen, in den Akten befindlichen Erklärungen der englischen Regierung, daß nördlich vom Orangefluß außer an der Walfischbai keine englische Souveränität oder Jurisdiktion existiert. Unsere Note vom 31. Dezember v. Js., welche nur zu wissen verlangte, über welche Mittel England bei der Angra Pequena-Bai disponiere, um eventuell Schutz auszuüben, ist ohne Antwort geblieben.

Unsere Landsleute mußten wissen, woran sie waren, und wandten sich im April mit der Beschwerde an uns, daß seitens der Kapkolonie ihr Anspruch auf deutschen Schutz bestritten wurde. Der Kaiserliche Geschäftsträger hat Eurer Exzellenz darauf Ende April mitgeteilt, daß die deutschen Ansiedler unter dem Schutz des Reiches ständen. Diese Eröffnung haben Sie mit der einfachen Bemerkung entgegengenommen, daß Sie dieselbe dem Colonial Office kommunizieren würden. Sie legten mithin keinen Widerspruch ein, et qui ne dit rien consent. Erst mehrere Wochen später haben wir eine entsprechende Veröffentlichung in der Presse veranlaßt, nachdem Lord Derby einer Deputation erklärt hatte, die Kapkolonie hätte sich früher geweigert, das qu. Gebiet zu annektieren, jetzt sei sie aber von neuem dazu aufgefordert worden**.

Dies mußte bei uns, was Sie jetzt auch sagen mögen, den Eindruck erwecken, als wollten Sie, ohne unsere akademische Frage zu beantworten, par voie de fait vorgehen und ein fait accompli schaffen. Die betreffende Äußerung Lord Derbys implizierte aber zugleich, daß noch res integra vorlag. Wenn für die Kapkolonie die Möglichkeit bestand, die Souveränität zu proklamieren, so existierte sie ebensogut für jeden anderen.“

---

* Vgl. Nr. 745.

** Vgl. die Fußnote zu Nr. 741.

Lord Granville sagte darauf: „Ich glaubte, Sie wollten dort nur verfahren, wie wir in Borneo[1] und keine Souveränität proklamieren.“ Als ich mit der Frage erwiderte, „welche Flagge weht denn in Nord-Borneo“, stutzte Lord Granville, bat mich einen Augenblick zu warten, und verschwand. In einigen Minuten kehrte er zurück und bemerkte: „Die Borneo-Kompagnie hat eine eigene Flagge; wir haben ihr dieselbe gegeben und zugleich das Ersuchen an die seefahrenden Mächte gerichtet, dieselbe als eine befreundete zu behandeln[2] (to treat it in a friendly way). Mir fällt aber ein, daß bei dem Straits-settlement in Sarawak sogar die englische Flagge aufgezogen ist, ohne daß wir dort die Souveränität ausüben: beides geht also nicht notwendig zusammen.“

Ich erwiderte: „Dies sind Fragen, welche Professoren des Völkerrechts als Kuriosa interessieren mögen, sie scheinen mir aber ohne Wert zu sein: ich weiß nicht, weshalb wir uns mit haarspaltenden Definitionen über die Unterschiede einer Souveränitätserklärung, einer Flaggenaufziehung, einer Protektionsübernahme oder Charter-Erteilung abgeben sollen. Sie haben uns erklärt, das Namaqualand etc. gehöre Ihnen nicht, therefore I think it a question of mere curiosity if you ask about the sovereignty: it can be all the same to you, what another power does in a country not belonging to you. None of the other powers for instance would care if you proclaimed the Queen's sovereignty over North-Borneo or New Guinea, and I am sure that my Government would decline to give an answer in a matter that is of no concern for you“[3].

Lord Granville begnügte sich nach einigen Redensarten mit dieser Antwort, und sagte, was Borneo und Neu-Guinea beträfe, so würde sich in England selbst eine sehr starke Opposition gegen die volle Annexion der auf jenen Inseln okkupierten Gebiete erheben[4], weil hier die Ansicht vorherrsche, daß die Ausdehnung der englischen Kolonien schon zu groß sei[5]: ich hätte neulich des bekannten Artikels der „Fortnightly Review“ erwähnt, und er wünsche mir besonders zu sagen, daß die darin enthaltene törichte Phrase von einer englischen Monroe-Doktrin für überseeische Gegenden kindisch sei und jeder Vernunft entbehre.

Ich fiel hier gleich ein und sagte: „Warum sprechen wir denn soviel über Angra Pequena? Mir scheint, daß wir nach dieser Ihrer Bemerkung dem Gang der Ereignisse freien Lauf lassen könnten, und das läge auch nur im englischen Interesse, weil wir Klarheit haben müssen für die zukünftige Einrichtung unserer Politik Ihnen gegenüber.“

Lord Granville widersprach dem nicht weiter, meinte aber, die Sache sei ihm bisher immer anders erschienen, weil er geglaubt hätte, wir wünschten, England möge den qu. Landstrich unter seinen Schutz nehmen[6]: nur in diesem Sinne hätte auch Lord Derby die von mir erwähnte Erklärung bei dem Empfange der bewußten Deputation abgegeben[7]; jeder Hintergedanke hätte seinem Kollegen fern gelegen. „Sie werden auf diese Art schließlich doch zu Kolonialbesitz kommen“[8]

— fuhr er fort — „ich sehe aber für uns, wie ich Ihnen neulich schon sagte, keinen Grund, dem entgegen zu sein[9]. Wir werden uns nur für die von einer englischen Firma dort erworbenen Rechte zu interessieren haben, und ich weiß momentan nicht, ob zwischen dieser und Lüderitz Streitobjekte an Landbesitz bestehen“[10].

Ich erwähnte hier, der Repräsentant jener englischen Firma hätte unserem Konsul in Kapstadt selbst geschrieben, er würde froh sein, wenn das deutsche Protektorat in jenen Gegenden proklamiert würde. Der betreffende Brief wäre in unseren Akten. Das schien Lord Granville neu zu sein[11]: er verabschiedete sich von mir wieder auf kurze Zeit, um, wie ich annehme, seinen in der Nähe befindlichen Dezernenten zu konsultieren, bemerkte aber bei seinem Wiedereintritt nur, daß er leider in dieser Frage nicht versiert sei[12], und bedauere, daß ich mich gegen die Zuziehung der Grafen Derby und Kimberley erklärt hätte „who might have given you all the particulars.“ „Thank you very much,“ antwortete ich, „but I don't want any particulars since the question seems to me to be quite clear.“

Als ich fragte: „Hat denn Lord Ampthill über seine lange Unterredung vom 9. c. mit dem Fürsten Bismarck nicht berichtet?“ wurde der private secretary hereingerufen und ein längeres Nachsuchen in vielen despatch-boxes angestellt. Das Ergebnis war jedoch, daß der Sekretär erklärte, es sei nur ein Privatbrief Lord Ampthills vom 10. c. eingegangen, und dieser läge Lord Derby vor.

Ich blieb nun wieder mit dem Minister allein, und er sagte mir, er sehe ein, daß die Sache hier nicht richtig behandelt sei. „I am afraid that I am guilty of some omission.“ Wie es aber nun einmal läge, würde das Kapgouvernement telegraphisch angewiesen werden, keine Schritte zu tun, und vor allem die Einbringung einer Geldforderung an das Kap-Parlament zu unterlassen, welche schon beabsichtigt gewesen wäre, um Schutzeinrichtungen pp. im Namaqualand auf Kosten der Kapkolonie zu treffen[13]. Die neue Kapregierung sei im Gegensatz zu der kürzlich abgetretenen sehr chauvinistisch und müßte deshalb schleunigst zurückgehalten werden.

Zum Schluß bemerkte Lord Granville, er würde sehr dankbar für ein schriftliches Resümee meiner Darlegungen sein, um auf Grund derselben mit Lord Derby weiter zu sprechen: er wünsche angesichts der politischen Gesamtlage diese Sache, soweit jetzt tunlich, rasch zu erledigen[14] und würde unmittelbar nach der beabsichtigten weiteren Verabredung mit Lord Derby mich wieder rufen lassen. Wenn es jetzt dazu käme, daß wir die Oberhoheit in Angra Pequena übernähmen, würde englischerseits zur Wahrung und Sichtung der Rechte englischer Untertanen die Einsetzung einer schiedsrichterlichen Kommission[15] für streitige Fälle beantragt werden müssen. Außerdem hoffe er, daß wir keine Verbrecherkolonie[16] dort anlegen würden. Auf die letztere Äuße-

rung erwiderte ich nur, daß einer solchen Idee bereits in unserer Presse in autorisierter Form widersprochen sei.

Graf Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Ja, Lord G[ranville] weiß aber selbst nicht was das heißt!
2 wird aber Nord-Borneo angegriffen, so hat es den Schutz Englands!
3 richtig
4 ??
5 die der andern aber nicht größer werden darf!
6 ?!
7 absurd
8 vielleicht
9 warum also der Lärm Sidmouth?
10 nein
11 wie alles!
12 doch seine Pflicht; es ist eine ausw[ärtige] Frage von großer Tragweite für England!
13 !!
14 wir auch.
15 ce sera selon
16 nein

Nr. 747

Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

London, den 22. Juni 1884

Lord Granville ließ mich heute zu sich bitten, um mir die vertrauliche Mitteilung zu machen, daß er gestern die Angra Pequena-Angelegenheit im Kabinett vorgetragen, und daß dieses sein Einverständnis mit unserem Vorgehen erklärt hätte (they have resolved not to question the protection proclaimed by Germany in that part of Afrika). Er bemerkte: „Ich habe meinen Kollegen die Note des Grafen Münster vom 31. Dezember v. Js. und unsere früheren auf die Landeshoheit in Afrika bezüglichen amtlichen Erklärungen, deren Daten Sie mir gegeben hatten, vorgelesen. Es blieb danach kein Zweifel, daß jene Erklärungen für uns bindend sind, und daß die deutsche Regierung das Recht hat, in den nicht englischen Gebietsteilen jenes Landstriches selbständig vorzugehn. Meine Kollegen schlossen sich auf Grund der von mir vorgelegten Akten meiner Ihnen bekannten Ansicht an, daß in der Behandlung der Sache Mißverständnisse de part et d'autre vorgekommen seien: da wir unsererseits gern bereit sind, die hier entstandenen zu beseitigen, so hat das Kabinett sich in dem Ihnen mitgeteilten Sinne schlüssig gemacht. Wir rechnen dabei darauf, daß die von un-

seren Landsleuten bei Angra Pequena etablierten Niederlassungen und erworbenen Rechte Schonung und Anerkennung finden werden.

Es mögen dort einige streitige Fragen wegen Landbesitzes auftauchen, da ich nicht weiß, wie weit die deutsche Regierung ihre Schutzherrschaft auszudehnen beabsichtigt."

Ich antwortete hierauf, daß meine Regierung sich diese Frage wahrscheinlich selbst noch nicht vorgelegt hätte und eine Verpflichtung irgendwelcher Art nach dieser Richtung nicht eingehen könne. Daß die zu Recht bestehenden englischen Grenzen und Ansprüche respektiert würden, sei selbstverständlich; und weiter brauche die englische Regierung ja nichts zu wissen.

Lord Granville stimmte dem zu und fuhr fort: „Das einfachste, um die Sache endgültig zur Erledigung zu bringen, wird sein, daß ich eine Note an den Kaiserlichen Botschafter richte, in welcher ich unter Bezugnahme auf meine Unterredungen mit Ihnen unseren oben entwickelten zustimmenden Standpunkt darlege und um eine Zusicherung bitte, daß die bestehenden und erworbenen Rechte und Ansprüche (the recognized claims of english concessionists and traders) englischer Privater unter deutschem Schutz Anerkennung[1] finden werden"*.

Ich erwiderte nach Maßgabe der hierher gelangten Instruktionen, daß unsererseits jedenfalls gerecht und nicht nach dem englischen Vorgange in Fidji verfahren werden würde und ersuchte Lord Granville nur, die Kaiserliche Botschaft baldmöglichst mit seiner Note zu beehren, damit dieselbe nach Berlin eingeschickt werden könnte. Der Minister erklärte darauf, daß er die Sache möglichst beschleunigen würde: faktisch und prinzipiell sei sie ja durch den Kabinettsbeschluß schon nach unseren Forderungen geregelt, und er hoffe, daß Eure Durchlaucht daraus entnehmen würden, wie die hiesige Regierung stets bereit sei, uns zu Willen zu sein und Entgegenkommen zu beweisen: niemand bedauere mehr wie er, daß diese Angelegenheit so verschleppt worden sei, das habe aber wirklich nur daran gelegen, daß man hier anfänglich unsere Fragestellung wegen der Landeshoheit falsch aufgefaßt hätte. Die offizielle Anerkennung der von uns zu bestimmenden Einrich-

---

* Diese Note ist von dem englischen Botschafter Lord Ampthill am 19. Juli dem Staatssekretär Grafen Hatzfeldt behändigt worden (s. dieselbe in deutscher Übersetzung im Weißbuch „Angra Pequena" Nr. 30). Sie gab der deutschen Regierung insofern zu ernstlicher Beschwerde Anlaß, als die englische Anerkennung des deutschen Vorgehens an die doppelte Voraussetzung geknüpft wurde, daß Deutschland im Gebiet von Angra Pequena keine Strafkolonie gründe, und daß Deutschland die erworbenen Rechte und Interessen der dort ansässigen britischen Untertanen anerkenne und schütze. Ein Erlaß Bismarcks an Graf Münster vom 24. Juli (Weißbuch Nr. 33), den dieser zu Lord Granvilles Kenntnis zu bringen beauftragt wurde, lehnte die Annahme solcher Bedingungen a limine ab. Lord Granville schränkte darauf laut einem Bericht Münsters vom 8. August (Weißbuch Nr. 37) die Bedeutung der in der Note vom 19. Juli gebrauchten Ausdrücke erheblich ein und erklärte sich bereit, sie zwecks einer Umredigierung zurückzuziehen.

tungen würde unverzüglich erfolgen, sobald die bevorstehende letzterwähnte englische Anfrage beantwortet worden sei, und dann könnten die betreffenden Akten geschlossen werden.

„Bis dahin" — fuhr Lord Granville fort — „bitte ich meine heutige Eröffnung, wenn dieselbe die Sache auch tatsächlich erledigt, noch als eine vertrauliche behandeln zu wollen."

Lord Granville fügte noch in demselben Tone hinzu: „We have decided to take this line, but we are in a sort of a mess: it is all the fault of the Colonial Office and of Lord Derby, who have talked about the matter without consulting me and giving it due consideration. Sie hatten ganz recht, mir zu sagen, daß Ihre Regierung unsere Bezugnahme auf das Kolonialamt und die Kapkolonie-Regierung nicht zu akzeptieren brauchte, und daß Sie nur mit mir zu verhandeln und von mir Antwort zu erwarten hätten. Aber unsere administrativen und selbständigen Kolonialeinrichtungen sind leider kompliziert und schwierig und in diesem Falle habe ich darunter zu leiden. Wir werden durch die Schuld des Colonial Office nun eine Unannehmlichkeit im Parlament haben, aber die müssen wir auf uns nehmen, nachdem wir die Berechtigung Ihres Standpunktes anerkannt haben. Ich bin jedenfalls sehr froh, daß diese ganze Frage, in deren mir früher persönlich unbekannte Details ich erst jetzt eingedrungen bin, zwischen uns so à l'amiable erledigt worden ist, und ich bitte Sie, dies dem Fürsten Bismarck mit dem Hinzufügen zu schreiben, ich hätte nie gezweifelt, daß wir uns leicht darüber verständigen würden."

Vor einigen Tagen aß ich bei Sir William Harcourt*, der mich nach dem Diner fragte, ob es richtig sei, daß Eure Durchlaucht wegen der Ausschließlichkeit, mit der England mit Frankreich über Ägypten verhandelt hätte, gegen ersteres verstimmt wären: die englische Politik müßte sehr fehlerhaft geführt worden sein, wenn es dazu hätte kommen können; Eure Durchlaucht hätten der englischen Regierung durch die seit 2 Jahren ihr gegenüber befolgte Politik so wesentliche Dienste geleistet, daß sie niemals dankbar genug dafür sein könne; er hoffe, daß eine solche Verstimmung nicht wirklich existiere, denn England würde sich seinerseits ja sehr gern mit uns bezüglich des ägyptischen Arrangements in Beziehung gesetzt haben. Mit der Bitte um Geheimhaltung sagte der Minister, diese Nachricht sei durch Bleichröder hierher gelangt. Ich bemerkte, ich wisse nichts von einer Verstimmung Eurer Durchlaucht über diese Frage, und glaubte nicht daran, weil uns die wechselnden Phasen von Verhandlungen, wie sie jetzt zwischen London und Paris geführt würden, ja ziemlich gleichgültig sein könnten.

Wohl aber hätten Eure Durchlaucht andere Gründe, um gegen England verstimmt zu sein und sich verletzt zu fühlen.

---

* Staatssekretär des Innern.

Ich schilderte dem Minister kurz die Behandlung unserer gerechten Forderungen in Fidji und Angra, worauf er ausrief: „Good God, I had no idea of this, you may have the whole of Fidji if you like, I think it ridiculous if we offer the slightest difficulties to you in these questions.“ Er knüpfte hieran noch die Versicherung, daß England garnicht daran denken könnte, neue Kolonien zu erwerben, denn es hätte jetzt schon zu viel, und ich schloß mit der Bemerkung, daß ich nach meinen letzten Besprechungen mit Lord Granville auf eine baldige befriedigende Erledigung unserer Gravamina rechnen zu können glaubte.

Heute morgen traf ich Sir William Harcourt wieder; er fragte mich gleich, ob ich Lord Granville seit Sonnabend gesehen hätte. Ich bestätigte ihm dies und sprach zugleich meine Genugtuung über die mir von dem auswärtigen Minister gegebene Erklärung aus. „Ich kann Ihnen sagen“ — äußerte der Home Secretary —, „daß das Kabinett am Sonnabend einstimmig und ohne irgendwelche Diskussion den Beschluß faßte, welchen Ihnen Lord Granville mitgeteilt hat. Den meisten Ministern war die ganze Frage bisher unbekannt, ich weiß auch jetzt noch nicht, wo Angra Pequena liegt. Der Standpunkt Ihrer Regierung war uns aber gleich verständlich, und wir haben nur den Wunsch, bei Ihnen den durch das Ungeschick des Colonial Office hervorgerufenen Eindruck zu verwischen, als hätten wir Ihnen gegenüber undankbar oder unaufrichtig verfahren können. Es wird sich jetzt nur noch um die Frage der Souveränität bei Angra Pequena handeln: meiner Ansicht nach würde es am besten und rationellsten sein, wenn Deutschland dort die Oberhoheit proklamierte. Bleibt dort ein Zwitterzustand, so weiß man nicht, wer den europäischen Geschäftsleuten — vor allem also unseren Untertanen — im Falle der Not Schutz gewährt, und wer die Wilden in Ordnung hält. Weht aber bei Angra Pequena die deutsche Flagge, so herrscht vollständige Klarheit.“

Zuletzt bemerkte Harcourt noch: „Ich habe Ihnen schon eingeräumt, daß unsererseits in der ganzen Angelegenheit unbedacht und ohne genügendes Nachdenken operiert worden ist. Nachdem wir nun aber alles gut gemacht und konzediert haben, hoffen wir, daß Sie uns den Freundschaftsdienst erweisen, uns goldene Brücken zu bauen: there have been some declarations lately, that might create us difficulties in Parliament, and I trust you will help us to get out of them without humiliation.“

Der Minister wollte damit den Wunsch aussprechen, daß wir bei unserem weiteren Vorgehen möglichst schonend für die englische Regierung verfahren möchten.

Graf Bismarck

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Ja

Nr. 748

Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändig

London, den 9. Juli 1884

pp. Als den wichtigsten Punkt in der jetzt zur Beratung stehenden Abmachung* bezeichnete Mr. Chamberlain** die französischerseits übernommene Verpflichtung, Ägypten niemals zu besetzen. Als ich ihn auf die Möglichkeit hinwies, daß nach der erfolgten Evakuation ein neuer Arabi erstehen und erneute Anarchie ausbrechen könnte, bemerkte er: „Das kann uns einerlei sein. Wir sind 1882 nur nach Ägypten hineingegangen, um die Franzosen davon abzuhalten, und hätten es nie getan, wenn wir davor sicher gewesen wären. Diese Sicherheit wollen wir jetzt erlangen: wenn es jeder anderen europäischen Macht verwehrt ist, Ägypten militärisch zu besetzen, so ficht es uns nicht an, ob dort ungeordnete Zustände unter einer beliebigen Paschawirtschaft bestehen.

Erlangen wir diese Garantie aber nicht, und kommen wir zu keiner Abmachung, so können wir Ägypten einstweilen noch nicht räumen. Was die Franzosen betrifft, so kann ich mir nicht denken, daß sie uns aus diesem Grunde den Krieg erklären würden; es würde doch gradezu grotesk sein, wenn sie uns angreifen wollten, weil wir es ablehnen, Renten für sie einzusammeln (because we refuse to collect rents for them)".

Ich glaubte Mr. Chamberlain in dieser Idee bestärken zu sollen und erklärte, daß eine republikanische Regierung meiner Ansicht nach keinenfalls aus so frivolen Gründen einen großen Krieg heraufbeschwören würde, zumal die jetzige französische Staatsform kriegerischen Abenteuern keinen Vorschub leiste.

Herrn Chamberlain war dies entschieden sehr lieb zu hören: ihm schwoll, sozusagen, der Kamm, er lehnte sich behaglich zurück, und äußerte: „Wissen Sie, wir sind ja sehr wenig kriegerisch (we are not a warlike nation), aber wenn die Franzosen schließlich zu dreist und anmaßend werden, so haben wir keinen Grund, einem Kriege aus dem Wege zu gehn. Wir kommen Frankreich weit entgegen, wenn es uns

---

* Es handelt sich um die Beratungen der Londoner Konferenz über die ägyptische Finanzfrage.

** Der englische Handelsminister.

aber unsere Situation in Ägypten unmöglich machen will, so werden wir uns nicht scheuen zu fechten.“ —

Ich habe mir erlaubt, die Äußerungen Herrn Chamberlains etwas breit wiederzugeben, weil sie meines Dafürhaltens charakteristisch für diesen einflußreichsten der englischen Minister sind. Soviel ich sie zu beurteilen vermag, zeugen sie von einer befremdlichen Abwesenheit politischen Urteils und einer überraschenden Unkenntnis der europäischen Machtverhältnisse und denkbaren Konstellationen. Besonders interessant scheint mir aber, daß dieser eingefleischte Repräsentant des Kaufmannsstandes und Freihandels nach rein kosmopolitischen Gesichtspunkten einem Fremden gegenüber doch der Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich Erwähnung tut.

Es zeigt das von neuem, daß die jüngeren englischen Radikalen weniger gallophil und als Objekte der Politik mehr bearbeitungsfähig sind, als die alte, jetzt durch Mr. Gladstone und Lord Granville im Kabinett vertretene Schule.

Mr. Chamberlain fragte mich zuletzt noch über Euerer Durchlaucht augenblickliche Dispositionen gegen England und äußerte sich bei Besprechung der neuerdings hier behandelten überseeischen Fragen sehr abfällig über das Foreign Office und seine Leitung. Er bemerkte „Fürst Bismarck hat uns so große Dienste geleistet, daß ich nur wünsche, er möchte davon überzeugt sein, daß wir keiner Macht so gern Gefälligkeiten erweisen, wie Deutschland. Ohne Deutschlands günstige Haltung wären wir in große Schwierigkeiten geraten, und ich bedauere es auf das tiefste, wenn durch unser Ungeschick eine momentane Verstimmung bei Ihnen hervorgerufen ist. Hoffentlich dürfen wir diese jetzt als beseitigt ansehen.“

Ich möchte bezüglich Ägyptens nur noch hinzufügen, daß der russische Botschafter mir vorgestern, nachdem er sich höchst anerkennend über die deutsche Politik und noch befriedigter über das deutsch-russische Einvernehmen geäußert hatte, sagte: „Fürst Bismarck kann jetzt wieder eine sehr große politische Rolle spielen.“ Auf meinen Einwurf: „Wieso?“ fuhr er fort: „Er hat es jetzt ganz in der Hand, Ägyptens Schicksal und was damit zusammenhängt, zu bestimmen, je nachdem er sich für England oder Frankreich entscheidet.“

Ich erwiderte, daß Euere Durchlaucht schwerlich eines von beiden tun würden, da unsere Politik mehr auf Zurückhaltung angewiesen wäre, und daß, soviel ich davon verstände, die deutsche Politik der französischen und der englischen Staatskunst wohl freies Spiel zur Lösung der schwebenden Schwierigkeiten überlassen würde. —

Graf Bismarck

Nr. 749

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats im Staatsministerium Grafen Wilhelm von Bismarck

Nr. 343 Varzin, den 12. August 1884

pp. Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 129* hat in mir die Auffassung bestärkt, daß die Rechte unsres überseeischen Handels in London bisher nicht die Beachtung finden, auf welche wir ein Recht haben. Wenn wir dieses Recht nicht energisch vertreten, laufen wir Gefahr, durch Verdunklung desselben in eine inferiore Stellung zu England zu geraten und die anmaßliche Überhebung zu bestärken, mit welcher England und seine Kolonialregierungen gegen uns auftreten. Wir können dadurch schließlich vor die Eventualität eines vollen Bruchs getrieben werden, wenn es Euerer Exzellenz nicht gelingt, der englischen Regierung selbst diese Gefahr mehr als bisher anschaulich zu machen. Schüchternheit ist bei der Rücksichtslosigkeit der englischen Kolonialpolitik nicht angebracht und kein Mittel, in guten Verhältnissen mit England zu bleiben.

Auch in den Konferenzverhandlungen hätte ich gewünscht, daß unsere Auffassungen bezüglich der Mitgliedschaft Deutschlands bei der Caisse de la dette publique mit mehr Deutlichkeit ausgesprochen und nicht, wie in der Sitzung vom 29. Juli geschehn, an die Bedingung der russischen Beteiligung geknüpft worden wären. Ebenso habe ich vermißt, daß Euere Exzellenz den französischen Antrag in der Sitzung vom 2. August auf Vertagung der Konferenz bis zum 20. Oktober

---

* Im Telegramm Nr. 129 vom 7. August hatte Graf Münster die Überreichung der Note vom 24. Juli (vgl. Fußnote zu Nr. 747, S. 72) gemeldet. Aus der Fassung des Telegramms glaubte Bismarck schließen zu sollen — irrigerweise —, daß die englische Regierung die in der Note vom 19. Juli gestellte Bedingung wegen Nichtanlegung einer Strafkolonie in Angra Pequena aufrecht erhalte. Noch anstößiger war dem deutschen Reichskanzler der auf Betreiben der englischen Kolonialverwaltung durch das Kap-Parlament am 16. Juli gefaßte Beschluß auf Annexion der Küstenstriche nördlich und südlich von Angra Pequena. Einer Ausführung dieses Beschlusses, der der deutschen Regierung zu ernster Verwahrung in London Veranlassung gab — s. die darüber gewechselten Schriftstücke im deutschen Weißbuch „Angra Pequena“ Nr. 36, 40—49 — kam Deutschland durch umfassende Flaggenhissungen an der südwestafrikanischen Küste zuvor, denen bald solche in Kamerun, Little Popo usw. folgten. Eine Folge der englisch-deutschen Kolonialmißhelligkeiten war auch eine kühlere Haltung Deutschlands auf der in London tagenden ägyptischen Konferenz, die am 2. August resultatlos auf Englands Betreiben auseinanderging. Nach Bismarcks Auffassung hätte Graf Münster als Vertreter Deutschlands auf der Londoner Konferenz die kühle Haltung gegen England noch wesentlich deutlicher markieren sollen. Vgl. das Kapitel „Ansätze zu einer Deutsch-Französischen Verständigung“, Bd. III, Nr. 681, S. 415, Fußnote.

nicht pure unterstützt, vielmehr Ihre Zustimmung von der an sich selbstverständlichen, aber deshalb unnötigen Bedingung „si omnes“ abhängig gemacht haben.

Die von Euerer Exzellenz beobachtete Schonung der englischen Empfindlichkeiten führt nur dazu, die englischen Ansprüche zu steigern und England in der irrigen Meinung zu bestärken, daß wir ohne Forderung von Gegenseitigkeit auch ferner wie seit Jahren unsre Politik in den Dienst der englischen stellen werden, während England uns mit geringschätziger Rücksichtslosigkeit in allen Kolonialsachen behandelt.

Ich befürchte, Euere Exzellenz haben den englischen Staatsmännern nicht ausreichende Klarheit darüber gegeben, daß unsere Zurückhaltung auf der Konferenz schon eine Folge der englischen Behandlung unsrer überseeischen Interessen war, und daß eine Fortsetzung der letzteren uns auch ferner nötigen wird, unsre Fühlung mit Frankreich zu befestigen. Diese Eventualität hat ohne Zweifel ihre bedenklichen Seiten, aber nur durch Entschiedenheit und nötigenfalls auch Schärfe in unserer Haltung gegen England kann ihr vorgebeugt werden. Eine englische Politik uns gegenüber, wie die bisherige, macht uns notwendig zum Konkurrenten Englands in der Bewerbung um die Freundschaft Frankreichs.

Ich würde es beklagen, wenn Euere Exzellenz diesen Zusammenhang unsrer Haltung auf der Konferenz mit der Englands bezüglich unsrer Kolonialbestrebungen den englischen Ministern nicht vollständig klar gemacht hätten. Unser Verhalten auf der Konferenz würde dann den Engländern den Eindruck willkürlichen Übelwollens machen. Wenn die Konferenz nicht benutzt worden ist, um den englischen Ministern jenen Kausalzusammenhang und den Wert unsres Wohlwollens klarzumachen, so bin ich dadurch gegen meinen Wunsch genötigt, in antienglischen Anknüpfungen mit andern Mächten weiterzugehn, als früher meine Absicht war.

v. Bismarck

Nr. 750

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Staatsministerium Grafen Wilhelm von Bismarck, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 23. August 1884

Seine Durchlaucht bittet den Generalkonsul Nachtigal auf dem von Herrn von Caprivi vorgeschlagenen Wege — Woermannscher Dampfer nach Gaboon — den Auftrag zu erteilen, daß er in den Gebieten, welche die Gesellschaft Hansemann-Bleichröder-Dyes bei der Walfischbai erworben hat, die deutsche Flagge hißt, falls er die englische nicht schon dort vorfindet. Eine zu große Eile in dieser An-

gelegenheit wünscht Seine Durchlaucht zu vermeiden und weitere Instruktionen als die obige an Nachtigal nicht zu erteilen, ehe er nicht weiß, wie die jüngsten Erklärungen des Herrn von Plessen* in London aufgenommen sind. Wenn England unsern Protest gegen das Vorgehn der Kapregierung nicht berücksichtige, so kämen wir zum vollen Bruch mit ihm. Deswegen einen Krieg mit ihm anzufangen, sei das Objekt zu geringfügig. Es würde vielmehr dann zunächst unsere Aufgabe sein, England auf allen Punkten diplomatische Schwierigkeiten zu machen. Den Bruch mit England zu beschleunigen, sei nicht ratsam. Träte er ein, so sei er hinzunehmen, und seine natürliche Folge ein näherer Anschluß an Frankreich. Letztrer habe immerhin seine Bedenken, insofern als es Frankreich einfallen könnte, für eine Vereinigung seiner Politik mit der unsrigen England gegenüber eine Kompensation in Lothringen zu verlangen. Deshalb sei zunächst abzuwarten, ob England es wirklich zum vollen Bruche mit uns kommen lassen wolle.

Von dem Mieten eines Dampfers ad hoc sieht Seine Durchlaucht ab.

Gf. W. v. Bismarck

Nr. 751

Der englische Staatssekretär des Auswärtigen Lord Granville an den Gesandten im Haag Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Varzin

Abschrift

Confidential Walmer Castle, August 20, 1884

Dear Bismarck,

During the last four years I have done my best in accordance with my own feelings and in the interest of England to maintain our excellent relations with Germany.

When you left this country on your way to Russia, we mutually congratulated ourselves I believe with truth, on our having contributed to their good work.

There appears to be some irritation in Germany, the character and extent of which I have difficulty in appreciating; — our past relations, of which Walmer particularly reminds me, are a reason for me to ask you to assist me.

I really see no causes of difference between the two countries.

I admit that about Angra Pequena there were, although quite unintended, some causes of friction.

* Am 22. August hatte der deutsche Geschäftsträger in London, Freiherr von Plessen, den Auftrag erhalten, eine Note und ein Aide memoire wegen der durch die englische Kolonialverwaltung inspirierten Beschlüsse des Kap-Parlaments zu überreichen. S. das deutsche Weißbuch „Angra Pequena" Nr. 42 nebst Anlagen.

But you and I came to a satisfactory understanding, and although a question of form, respecting the convict question, has arisen, my last communication to Count Münster must have solved it.

With regard to the Fiji claims, it was we who made great concessions, which appear to have been satisfactory to the Chancellor.

With regard to the South Sea Islands, I know of no impediment to our coming to a perfect understanding. I can say the same about the Congo.

It was with great regret that at the Conference I was obliged to object to any motion of the German plenipotentiary; after the public declarations made in Parliament, of which the Prince was probably unaware, it was impossible to take any other course.

I however immediately afterwards made a communication to Count Münster and his colleagues, which showed that it was from no disinclination to discuss such questions that I had acted as I had done.

You will observe that in writing this letter on the strength of our personal and friendly relations, I raise no question as to any reasons of policy founded on the general state of Europe, which might induce Germany to change the very friendly policy, which the Chancellor has hitherto on many occasions pursued, my only object is to ascertain, whether there is any matter of discussion between the two Governments on which a misunderstanding may exist and which might easily be cleared up.

Yours sincerely
(signed) Granville

Nr. 752

Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Königstein im Taunus, an den englischen Staatssekretär des Auswärtigen Lord Granville

Abschrift

Private Königstein, August 30th 1884

Dear Lord Granville,

I had the honour of receiving your kind letter and beg to express my best thanks for it; it reached me somewhat late, for Baron Plessen, not knowing that I was staying in this watering place, sent it first to Varzin whence it was forwarded to me.

I am fully sensible to the confidence with which you honour me and I beg leave to give you my answer equally with entire frankness for I think that mutual frankness is the best way, where there is the wish to come to a good understanding.

You will be aware that public feeling in Germany ran very high about transoceanic and colonial enterprise since several years and urged for a vent in that direction; as to the German Government this

question has lately gained in importance with respect to their struggle against the opposition after the attitude which the latter took in the parliamentary discussion of the steamer subvention bill.

I know that my father, considering the friendly relations existing between England and Germany, did not in the least expect that our transoceanic aims, which he thinks to be useful and which are so very insignificant in comparison to English colonial enterprises, would meet with unfriendly reception on your side.

He accordingly thought it the best plan to proceed quite plainly and loyally and to lay the matter openly before you as he did last year.

The long silence of your government which kept us waiting for about 6 months before we could get an answer to our plain question did then, as you know, provoke the apprehension that in the mean time the Colonial Office might take advantage of this delay and might take steps to frustrate the German enterprise.

You will remember that on my last visit to England I felt very happy that by your friendly interference I was able to disperse the rising distrust; unfortunately however it rose again and got a certain foundation by the well known resolutions of the Cape Government published after my departure from London and entirely in contradiction with all former official declarations of the English Government*. This seemed to prove the intention to nip in the bud the German aspirations and to lay them dead at their first start.

We still hope that you will not back up the Cape Government and will not recognise its unjustifiable and rash proceeding which has created a great amount of ill feeling in Germany. I am sorry to say that this proceeding caused a most painful impression to my father and led him to believe that the British Colonial Office attaches less importance to the good understanding with Germany than your Lordship's Departement does.

The same sensation has been produced by the news which reached us about the steps that the Australian Colonies intended to ake in the South Sea**.

I however understand that with regard to this last point my father hopes from your Excellency's last communication to come to a perfect understanding.

I am certain that up to the present moment my father has not parted with this hope and that he has in no respect changed his mind about the necessity of a good understanding between our two countries; if he had, I am sure that his attitude with regard to the irritated language of the German press would have been very much different

---

* Vgl. die Fußnote zu Nr. 741.

** Vgl. das deutsche Weißbuch „Deutsche Interessen in der Südsee II", Nr. 20 nebst Anlage.

from what it was and that on the whole he would have followed a very different course; he would then have done his utmost to quench this irritation and would have waited his time in silence till events offered him the opportunity of proving the use and the weight of German friendship to England.

I really do think that the strong language of the newspapers and the complaints of the German Government about all these transoceanic questions have no other meaning but to prove the strong desire of the German people and the German Government to maintain the actual good relations with England. I have not the slightest doubt that all the irritation will disappear, that all the disconveniences between us will be settled and that our relations will be brought back to the satisfactory state they were in, from the moment you treat us in the same friendly way in colonial questions, as we always treated you in all political questions till now. As soon as Germany will see, that in her colonial achievements she is treated by England with fair play, on an equal footing and in a friendly way, there will be no more misunderstanding. I remember having heard my father say that on the whole the best plan to maintain and strengthen existing good relations between two countries was to treat each other in a gentlemanlike way, and I am sure that you thoroughly agree with him. —

The different incidents at the Conference and the Egyptian question have as far as I know nothing to do with the uneasiness presently prevailing in Germany: I have no doubt that this uneasiness simply and solely originates from the British attitude with respect to German establishments in distant parts of the world. It may be that the relations between the Colonial Office and the Colonial Governments, the sort of selfgovernment the latter enjoy and their little connection with or rather independence from the foreign policy of England may now and then create the impression abroad that this policy is sometimes lacking in frankness. At all event I know that if there exists some irritation in Germany it has merely been caused by the Colonial Office and not by the Foreign Office: such feeling therefore hardly will be strong enough to change friendly policy. However, the national agitation, which is going on in Germany on account of the colonial question and which might furnish an excellent cry to the opposition in this autumn's general elections will, I am afraid, make it very difficult for my Government to pursue as friendly a policy towards England as they hitherto have done, as long as the German nation remains under the impression to be treated by England in an unfriendly and jealous manner in colonial questions.

The death of Lord Ampthill* is a very great loss. He was most popular in political as well as in social circles in this country and if

* † 25. August 1884 in Potsdam. Sein Nachfolger in der Berliner Botschaft wurde Sir Edward Malet.

he had not been ailing and low spirited for some time past he might have kept our relations free from every sort of uneasiness.

The choice of his successor is at the present moment of a very great importance: if you could manage to send us an ambassador like Dufferin* or Lumley, that would be considered as a proof of the value, which England attaches to a good understanding with Germany.

It is possible that I shall come to England this autumn on a visit and perhaps I may have the honour of meeting you. Please give my respect to Lady Granville and believe me to be

Yours sincerely
(signed) H. Bismarck**

Nr. 753

Aufzeichnung des Gesandten im Haag Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Mar Lodge

Eigenhändig

Mar Lodge, den 24. September 1884

pp. Ich benutzte diese letzte Äußerung des Ministers***, um ihm an der Hand des ganzen mir bekannten Aktenmaterials klarzulegen, in welchen Bahnen sich unsere kolonialen Bestrebungen bewegten, und wie ungeschickt meiner Ansicht nach die unfreundliche Haltung wäre, mit der England ihnen begegnete. Die meisten meiner tatsächlichen Angaben waren Herrn Chamberlain neu, und er begleitete sie mit Ausrufen, die für einige seiner Kollegen wenig schmeichelhaft waren. Als ich ihm sagte, die wiederholt dokumentierte unaufrichtige Haltung des englischen Kabinetts würde uns nötigen, unsere Stützpunkte anderwärts zu suchen, und es würde nicht leicht sein, wieder zusammenzukommen, wenn unsere politischen Linien sich erst einmal getrennt hätten, wurde er ernst und sagte: „Es ist ja geradezu verrückt von der englischen auswärtigen Politik, Deutschland, mit dem wir so leicht gut Freund sein können, überflüssig herauszufordern. Für uns ist das

* Englischer Botschafter in Konstantinopel.

** Eine Antwort auf dieses Schreiben hat Graf Herbert von Bismarck zu seinem Befremden nicht erhalten; er unterließ es deshalb auch, bei seinem Anfang Oktober ausgeführten neuen Besuch in England, Lord Granville aufzusuchen (vgl. Nr. 754, S. 86). Das Schreiben Bismarcks an Lord Granville dürfte aber doch dazu beigetragen haben, daß die englische Regierung sich dazu bequemte, in der Note vom 22. Sept. 1884 (Weißbuch Nr. 49) „Deutschland an den Teilen der Küste zu begrüßen, die noch nicht innerhalb der Grenzen der Kap-Kolonie und überhaupt tatsächlich noch nicht im britischen Besitz sich befinden".

*** Es handelt sich um den Handelsminister Joe Chamberlain, der mit Bezug auf die neuerlichen deutschen Kolonialbestrebungen zu Herbert Bismarck gesagt hatte: „Sie werden Ihrerseits auch bald sehen, was koloniale Unternehmungen für Kosten im Gefolge haben, nachdem Deutschland sich jetzt auf den Weg derselben begeben hat."

ganze Südafrika ja eine Last; hätte ich mit Ihnen verhandeln können, so würde ich Ihnen gesagt haben, daß es uns nur lieb ist, wenn Deutschland sich in Afrika festsetzt. Was will denn diese unbequeme Kapkolonie, die uns nur Schwierigkeiten macht und gar nichts nützt. Wir können mit den dortigen Holländern und Eingebornen, gegen die die afrikanischen Engländer eine verschwindende Minorität bilden, nicht fertig werden. Ginge es nach mir, so würde ich dieser dornigen Kolonie einfach sagen, besorgt euere Geschäfte allein (take care of yourself) und erklärt euch unabhängig, wenn ihr Lust dazu habt. Mag dann daraus werden, was will. Wir brauchen für uns nichts als die Kapstadt und ihren Hafen für eine Kohlenstation: könnten wir den Rest loswerden, so wäre das nur ein Gewinn. Die deutsche Kolonisation ist uns im ganzen überhaupt nicht unsympathisch. Ihre Landsleute verstehen die Eingeborenen überall gut und geschickt zu behandeln, und wenn durch Ihre Arbeit neue Gebiete dem Welthandel erschlossen werden, so können wir davon auch Vorteil ziehen. Anders ist es mit den Franzosen, welche ihrer Anlage nach gewalttätig sind und andere Nationen ausschließen wollen, wo sie sich festsetzen. Am schlimmsten sind aber die Portugiesen, wegen ihrer unglaublichen Aussaugung und Mißhandlung der Wilden. Ich sage dies nicht von dem Humanitätsstandpunkte aus, den man bei uns mitunter heuchlerisch voranstellt, sondern von dem des praktischen Geschäftes: die Eingeborenen werden ja überall erbittert und wollen mit Europa nicht handeln, wenn sie mißhandelt werden.“ pp.

„Ich und meine nächsten Anhänger wollen mit Deutschland gut stehen, und das ist ganz leicht; ich begreife aber nach allem, was Sie mir sagen, vollständig, daß Ihre Regierung jetzt auf uns verstimmt ist, und werde suchen, Remedur zu schaffen. Wie unerhört es bei uns zugeht, können Sie aus folgendem sehen: Vor 18 Monaten beschloß das Kabinett, Kamerun auf Verlangen unserer umwohnenden Nationalen als geeigneten Kurort für diese, die unter dem heißen Klima leiden, zu annektieren — nur aus diesem Grunde entschlossen wir uns dazu, da wir sonst alle Annektionen perhorreszieren. Anstatt daß die Sache gleich telegraphisch erledigt wurde, hat unser bummeliges (dawdling) Colonial Office sie schleppen lassen, bis Sie jetzt die Hand darauf gelegt haben. Natürlich ist für uns jetzt weiter nichts zu tun, als Deutschlands Vorgehen anzuerkennen; ich betrachte das auch garnicht als ein Unglück, tadele vielmehr unser ungeschicktes Verhalten Ihnen gegenüber.“ pp.

Dem Prinzen von Wales, welchen ich hier traf, habe ich noch ausführlicher und offener den status controversiae erklärt. pp. Betreffs der Kolonialfragen teilte der Prinz, der mit Englands auswärtiger Politik überhaupt seit lange unzufrieden ist, ganz unseren Standpunkt. Seine Königliche Hoheit ging so weit, zu sagen, daß er eine wirkliche und dauernde Allianz mit Deutschland erstrebe, die allein Englands Heil

fördern könne, und daß er die jetzigen englischen Torheiten mit Kummer sehe, jedoch hoffe, daß sie bald abgestellt und ohne bleibenden Eindruck sein würden. Ich sagte dem Prinzen, que nous ne demandions pas mieux, aber Vorbedingung für eine freundliche Haltung Deutschlands sei anständige und loyale Behandlung seitens Englands in Kolonialfragen.

Der Prinz erwiderte: „Es ist unglaublich ungeschickt, daß Ihnen eine solche Behandlung nicht von vornherein und mit empressement zuteil geworden ist: Nach Mr. Gladstones Rede in Edinburgh, die den deutschen Bestrebungen sehr freundlich war und Glück wünschte, wird diese unerfreuliche Verstimmungsperiode aber doch wohl beseitigt sein."

Ich bemerkte: „Das wird davon abhängen, ob Lord Derbys Handlungen mit Mr. Gladstones Worten quadrieren werden". Die Erwähnung des Namens Derby nahm der Prinz mit einem Seufzer der Verzweiflung auf und äußerte sich über diesen Staatsmann so absprechend wie möglich, als ich an die seit 1875 in Ägypten „versäumten Gelegenheiten" erinnerte. pp.

H. Bismarck

Nr. 754

Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Dupplin Castle, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Eigenhändig

Dupplin Castle, den 1. Oktober 1884

Mein lieber Papa,

Gestern abend bin ich aus den Hochlanden hier angekommen und denke morgen vielleicht noch auf einen Tag zu Lord Rosebery zu fahren, bevor ich England wieder verlasse.

Meine wiederholten und eingehenden Unterredungen mit dem Prinzen von Wales hatten zum Erfolge, daß er unseren Standpunkt in den Kolonialfragen als vollkommen berechtigt anerkannte und mich bat, ich möchte doch in demselben Sinne zu dem Hofmarschall der Königin sprechen, damit Ihre Majestät erführe, wie ungenau und leichtsinnig einige ihrer Minister ihres Amtes walteten. Auf unserem Wege von Mar nach Abergeldie, den ich mit dem Prinzen zurücklegte, hielt derselbe in Balmoral an und blieb über eine Stunde bei der Königin: ich erhielt unmittelbar darauf eine Einladung der Königin zum Diner für den folgenden Tag, und am nächsten Morgen besuchte mich der Hofmarschall Sir Henry Ponsonby: er sagte mir gleich, der Prinz habe gewünscht, daß ich ihm alles wiederhole, was Seine Königliche Hoheit von mir über die Haltung Lord Derbys und Lord Granvilles gehört hätte, und ich setzte ihm darauf des Längeren auseinander, wie verletzend diese

Haltung für uns gewesen, wie undankbar und unaufrichtig uns die Politik des englischen Kabinetts erscheinen müßte. Ponsonby war davon sichtlich unangenehm berührt und sagte, danach wäre Lord Derby ja gradezu illoyal verfahren: ich erzählte ihm auch, daß ich ursprünglich die Absicht gehabt hätte, Lord Granville zu besuchen, da ich aber auf meinen an diesen vor 4 Wochen gerichteten Brief* ohne Antwort geblieben wäre, hätte ich annehmen müssen, daß mein Besuch ihm nicht gepaßt hätte, und nunmehr andere Einrichtungen getroffen. Der Hofmarschall mißbilligte dies Schweigen höchlichst, und fragte mich, ob er alles, was er von mir gehört, der Königin vortragen dürfe. „Ich möchte Sie sogar darum bitten," erwiderte ich, „und bedauere nur, daß Lord Granville meinen vorerwähnten Brief, der eine freimütige Klarlegung der Sachlage enthielt, nicht Ihrer Majestät vorgelegt hat." Hier wurde mir Lord Hartingtons Besuch gemeldet, und ich machte demnächst mit beiden Herren noch einen langen Spaziergang, während welches ich auch Hartington au fait zu setzen versuchte. Dieser war hauptsächlich durch die ägyptischen Dinge in Anspruch genommen und sprach anfänglich nur von denen. pp.

Ich sagte Lord Hartington, daß ich über die neuesten Vorgänge in Ägypten nicht orientiert sei: in unseren Beziehungen zu England stände dies aber erst in zweiter Linie; wir wären jetzt vor allem an Englands Verhalten zu den deutschen kolonialen Bestrebungen interessiert, welches bisher entschieden unfreundlich gewesen wäre, und unsere Stellungnahme auf dem ganzen politischen Gebiete zu England würde wesentlich von dem Benehmen des letzteren in dieser Frage abhängen. Lord Hartington erwiderte, diese Sache sei ihm leider fast ganz fremd: ich machte ihn darauf mit ihren Hauptzügen bekannt, und hob besonders hervor, wie ungeschickt es doch von der englischen Regierung sei, unsere jahrelange wirksame Unterstützung der englischen Politik mit Ungefälligkeit und Mißgunst zu erwidern, während es selbstverständlich und ein Leichtes für sie gewesen wäre, uns durch Entgegenkommen zu verpflichten. Deutschlands koloniale Unternehmungen seien ja verschwindend im Vergleich zu denen Englands, und letzteres könne doch nicht die gesamte noch unbesetzte Welt für sich in Anspruch nehmen. Hier rief Lord Hartington lachend aus: „Gott bewahre uns vor solcher verrückten Idee. Grade in Südafrika machen uns die Kolonien schon mehr als genug zu schaffen, und ich begreife wirklich nicht, weshalb meine Kollegen sich grade wegen dieser unbequemen (troublesome) Kapkolonie Schwierigkeiten schaffen. Wie denken Sie sich denn aber die Entwickelung Ihrer neuen Kolonien? Es werden sich dort doch Gemeinwesen bilden, und Ihre Regierung wird genötigt sein, denselben eine Verwaltung zu geben und Truppen dort zu halten." Ich erwiderte: „Hierüber hat sich mein Vater ja

* Vgl. Nr. 752.

öffentlich ausgesprochen*: jene Niederlassungen bedingen keineswegs Garnisonen, wenn sie von Eingebornen angefallen werden sollten, so werden unsere Kriegsschiffe ihnen ausreichenden Schutz gewähren. Daß sich abhängige staatliche Gebilde dort entwickeln, scheint mir fraglich: das Klima ist dazu kaum geeignet, und bisher verfolgen unsere Ansiedler nur Handelszwecke: soviel Verwaltung, wie sie bedürfen, werden sie sich wohl selbst leisten können." Ich sprach dann noch von Lord Derbys verletzendem Auftreten und sagte, daß mit einem Staatsmann, der nur aus Mißtrauen zusammengesetzt sei, überall Schlingen vermute und seinerseits Kniffe anwende, nicht zu verhandeln sei. Ich erwähnte als Beispiel die Episode von vor etwa 8—10 Jahren, wo mit dem damaligen Khediven englischerseits bereits ein Abkommen wegen einer Art Protektorat abgeschlossen gewesen sei, und wo Lord Derby, nachdem er in Berlin unseren Rat erbeten und im zustimmenden Sinne erhalten hätte, die Sache fallen ließ, „weil sie für England nachteilig sein müsse, wenn Deutschland ihm dazu riete". Dies sei doch eine lächerliche Art, die Geschäfte zu betreiben. Lord Hartington widersprach dem nicht, und bemerkte, Derby sei allerdings zu mißtrauisch (he is very suspicious); er fügte hinzu, er wolle sich von Lord Granville meinen vorerwähnten Brief zeigen lassen, und mit ihm noch über die Sache sprechen. „Ich erinnere mich nur," — sagte er weiter — „daß wir in der Kabinettssitzung, in der beschlossen wurde, Ihre Besitzergreifung von Angra anzuerkennen, eine Instruktion für die Kapregierung feststellten, daß diese nun sagen möge, was sie etwa an Gebiet notwendig zu brauchen glaube, damit die Sache endgültig erledigt würde."

Ich erwiderte: „Grade in der Weise, in der Lord Derby diese Instruktion abgehn ließ, lag für uns das Verletzende. Am 13. Juli zeigte mir Lord Granville schriftlich an, daß unser Standpunkt akzeptiert sei, und — wie wir erst 14 Tage später durch unseren Konsul in Kapstadt erfuhren — am 14. Juli telegraphierte Derby hinterrücks an die Kapregierung, die sich früher geweigert hatte, an der Westküste Annexionen vorzunehmen, dies jetzt zu tun. Diese Handlungsweise war nach unserem offenen Verfahren und langem Hinhalten mindestens illoyal, wenn die Schritte der Kapregierung für uns auch weiter keine Bedeutung haben."

Dies alles war Lord Hartington neu. Als wir uns trennten, sagte mir Ponsonby noch, er freue sich sehr, daß ich Hartington alles klargelegt hätte, es würde das der Königin in ihrem Wunsch, uns zu Willen und gefällig zu sein, wesentlich nützen. pp.

H. Bismarck

---

* In der Reichstagsrede vom 26. Mai 1884. Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesamtausgabe, besorgt von Horst Kohl, Bd. X, S. 193 ff.

Nr. 755

Aufzeichnung des Gesandten im Haag Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Paris

Eigenhändig

Paris, den 5. Oktober 1884

Gestern nachmittag besuchte mich in London Sir Charles Dilke, nachdem er mich des Morgens verfehlt, und ich ihm seinen Besuch erwidert hatte, ohne ihn zu treffen. Er sagte mir gleich, daß Chamberlain ihm noch an demselben Tage, an welchem dieser mich auf der Reise getroffen, unsere ganze Unterredung wiederholt hätte*, — also noch unter dem unmittelbaren frischen Eindruck derselben. Er habe darauf an Granville geschrieben und um Mitteilung meines Briefes vom 30. August** gebeten: Granville habe ihm denselben geschickt, und er habe ihn mit der größten Aufmerksamkeit durchgelesen: Neues habe der Brief für ihn aber nicht enthalten, denn ich hätte mich zu ihm ja schon ganz in der nämlichen Weise Anfang Juli*** ausgesprochen. Er tadelte Lord Granvilles Verhalten in den schärfsten Worten und äußerte: „Ich kann Ihnen garnicht sagen, wie tief ich die Verkehrtheit und Ungeschicklichkeit unserer Politik Ihnen gegenüber in den Kolonialsachen bedauere: Sie waren vollständig berechtigt, über unsere Haltung verstimmt zu sein (you had every right to complain about our silly attitude) und alles Unrecht war auf unsere[r] Seite: ich will auch gar kein Wort der Entschuldigung anführen, denn es gibt keine. Sie hatten uns ja mit der größten Offenheit die Anforderungen und den Gang Ihrer Politik dargelegt, und es ist unerhört, daß Lord Granville sich nicht danach gerichtet hat."

Ich sagte Dilke darauf, das Bedauerliche wäre der Eindruck, den die unsichere Haltung der englischen Regierung bei uns hervorgerufen hätte: wir ständen unter dem Gefühl, mit grober Undankbarkeit behandelt zu sein und fühlten uns in der unbehaglichen Rolle „verlorener Liebesmüh'."

Dies könne in der Politik aber nicht akzeptiert werden: würde man von einer Macht, die man für befreundet gehalten hätte, plötzlich ungerecht und schlecht behandelt, so müßte man sich andere Stützpunkte suchen, eine Politik pour les beaux yeux gebe es überhaupt nicht, und ein Staatsmann, der die Verantwortlichkeit für die Politik eines großen Reiches trüge, würde gradezu verbrecherisch handeln, wenn er sich von anderen Motiven als den Interessen seines Landes leiten ließe. England könne noch am ersten Fehler begehn; bei seiner insularen Lage sei es den Folgen derselben nicht so unmittelbar aus-

* Vgl. Nr. 753.
** Siehe Nr. 752.
*** Vgl. Nr. 748.

gesetzt, wie eine der Kontinentalmächte, vor allem wir. Die deutsche Regierung habe ein feines Ohr und sei gewohnt, auf halbe Worte zu verstehen und ihre Entschließungen rasch zu fassen. Bei der unfreundlichen Haltung Englands, die so gänzlich unmotiviert gewesen, sei nun noch die Wahrnehmung dazu gekommen, daß die gesamte englische Presse, die konservative sowohl wie die liberale, vor allem aber die von Blowitz inspirierte „Times", alles täte, um Frankreich gegen Deutschland zu hetzen: in einer Volksregierung, wie die englische, die sich ganz durch öffentliche Meinung und Presse beeinflussen ließe, sei dies bemerkenswert. Die deutsche öffentliche Meinung sei durch dies plump inszenierte Manöver der Presse des Landes, dem wir unsere starke Stütze geliehen, allmählich so erregt worden, daß sie jetzt ihr ganzes Interesse darauf richte, mit Frankreich zu einer guten Entente zu kommen, damit anderen Nationen die Möglichkeit genommen werde, den angeblich perennierenden Zwist zwischen Frankreich und Deutschland als eine Kette an unserem Fuß zu betrachten, an der sie beliebig ziehen und zerren könnten. Wir wären jetzt zu freundschaftlichen Beziehungen mit Frankreich gelangt, und würden dieselben pflegen: Für England wäre dies an und für sich keineswegs bedenklich, sondern sogar nützlich. Wenn wir mit Frankreich intim ständen, so würde uns von diesem auch Vertrauen entgegengebracht werden, und unser Rat in Paris von Gewicht sein. Wir könnten dann also einem befreundeten England gegeben[en]falls viel helfen.

Lord Granville schiene bisher die Freundschaft Deutschlands nicht höher angeschlagen zu haben, als etwa die Dänemarks oder Griechenlands: er würde jetzt durch die Erfahrung belehrt werden, von welchem Gewicht Deutschlands Machtstellung sei, und daß man einer Überlegung bedürfe, um eine so mächtige Freundschaft zu kultivieren.

Dilke litt sichtlich unter meiner Auseinandersetzung und sagte mit großem Ernste: „Ich kann Ihnen nur wiederholen, daß Sie hundertmal recht haben: Sie wissen aus wiederholten vertraulichen Unterredungen mit mir, daß meine ganze Politik immer auf enge Anlehnung an Deutschland hinausgegangen ist, und es ist unverantwortlich, daß unsere auswärtige Leitung eine Verstimmung mit Ihnen hat aufkommen lassen können — grade jetzt, wo wir uns in schweren Verlegenheiten befinden. Sie werden ja nicht so weit gehn, uns wegen Ägypten den Krieg zu erklären, von Seiten Frankreichs kann es aber schon dazu kommen, wenn ich auch glaube, daß das in jenem Lande herrschende republikanische System die Sachen nicht soweit kommen lassen wird, daß ein offener Bruch unvermeidlich bleibt. Die Frage wird allerdings sein, wie Frankreich sich zu den uns von der Notwendigkeit auferlegten Schritten in Ägypten verhält. Wir sind nach wie vor bereit, englisches Geld zur Ordnung der ägyptischen Finanzen herzugeben, können das aber nur dann, wenn uns eine Zinsreduktion zugestanden wird: ohne eine solche wird kein eng-

lisches Parlament auch nur das Geringste bewilligen; das Vorgehen der Tribunale ist uns natürlich nicht angenehm: wenn sie aber die ägyptische Regierung exequieren wollen, so müssen wir uns dem widersetzen und den Gerichtshof beseitigen, selbst wenn wir darüber den Krieg an Frankreich erklären sollten*."

Ich bemerkte nun: „Sie werden sich doch um einer einfachen Geldfrage willen nicht in einen großen Krieg stürzen wollen? Das liegt in keiner Finanzfrage Ägyptens an Wert darin, daß man ein solches Risiko laufen sollte, und andere als finanzielle Ziele verfolgen Sie ja doch nicht in Ägypten." Dilke blieb dabei: „Ich kann nur sagen, daß wir zum Kriege kommen (that we shall go to war with France), wenn man uns durch die Tribunale zwingen will, Ägypten kankerott werden zu lassen oder ihm eine Blankoanweisung auf den englischen Staatsschatz zu geben: wir befinden uns in einem Falle unabänderlicher Notwendigkeit, und das entschuldigt uns, wenn wir die Verträge nicht halten." Ich sagte Dilke, dies sei doch ein sehr gefährliches Räsonnement; einen englisch-französischen Krieg könne niemand wünschen, Deutschland am allerwenigsten, aber Verträge zu verletzen, sobald sie einem lästig erschienen, wäre doch verhängnisvoll und würde England um alles Vertrauen bringen. „Theoretisch haben Sie vollkommen recht," erwiderte Dilke, „aber wir können schon unseres Parlaments wegen nicht anders handeln, so sehr wir auch diese peinliche Notlage bedauern. Ägypten hat kein Geld mehr, irgendwo muß es dasselbe hernehmen, und uns scheint der jetzt betretene Modus noch der einfachste. Außerdem kommen solche Vertragsbrüche doch öfters vor. Rußland hat z. B. unter Ihren Auspizien im Jahre 1871 einen wichtigen Teil des Pariser Vertrages außer Kraft gesetzt**."

„Dies war doch ein ganz anderes Verfahren," bemerkte ich, „Rußland hat damals das gesamte Europa um eine Revision gebeten, und die Mächte haben auf einer Konferenz dem neuen Pontusvertrage feierlich ihre Sanktion erteilt." Dilke meinte, England hätte ja auch versucht, die Sanktion der Mächte zu erhalten, wenn auch vergebens: er sehe aber allerdings das einzige Mittel, kriegerischen Verwickelungen vorzubeugen, in einer Konferenz Nr. 2. „Wir wünschen," — fuhr Dilke fort — „daß Fürst Bismarck eine solche zweite Konferenz zusammenrufen, und daß sie dann zu einem Ergebnis führen möge. Ohne eine solche wird der Frieden, fürchte ich, nicht bewahrt bleiben, und ein Drittes gibt es nicht."

Ich machte Dilke darauf aufmerksam, daß die Mächte nach den unangenehmen Erfahrungen auf der Londoner Konferenz vielleicht nicht sehr bereitwillig auf eine zweite eingehn würden; Lord Granville habe es damals verstanden, nach allen Seiten zu verletzen. Allein schon

---

* Vgl. dazu Bd. III, Kapitel XX, Ansätze zu einer Deutsch-Französischen Verständigung.

** Vgl. dazu Bd. II, Kap. IX: Pontuskonferenz 1871.

das Unklare und scheinbar Unaufrichtige in der englischen Politik mache die Mächte unwillig und mißtrauisch. Selbst für eine befreundete Macht, wie wir es bisher immer für England gewesen, sei es unmöglich, eine so schwankende und schwächliche Politik, wie die englische zu unterstützen, man wisse ja nie, was sie bezwecke, und ob sie nicht in 2 Tagen volte face machen könnte. „Nun," sagte Dilke, „unser Endziel haben wir doch immer zu erkennen gegeben und betont, daß wir Ägypten schließlich räumen wollten." Ich entgegnete, ich glaube nur, daß England dann nicht den richtigen Weg einschlüge, und daß es ihm jetzt z. B. nicht sehr leicht werden würde, Ägypten zu evakuieren. „Das wird in der Tat sehr schwierig sein," sagte Dilke hierauf mit einem Seufzer. — Ich erzählte ihm dann noch, daß ich mit Lord Hartington und dem Prinzen von Wales lange Unterhaltungen über unser gegenseitiges Verhältnis und über die Unfähigkeit Lord Granvilles, dasselbe zu pflegen, gehabt hätte; daß ich letzteren wegen seines falsch verstandenen Schweigens nun nicht gesehen hätte, könnte ich politisch nicht bedauern. Es sei schwer und undankbar mit ihm zu verhandeln, „enfin, on s'embourbe en lui parlant politique." Trotz der finsteren Miene, die Dilke bei Erwähnung des Namens Granville aufgesetzt hatte, brach er bei dieser französischen Frage in ein schadenfrohes Lachen aus.

Zum Schluß sprach ich Dilke noch meine Vermutung aus, daß Mr. Gladstone trotz aller Agitation die Majorität der Wähler für sich habe und fügte hinzu, wir wünschten auch nur, daß das jetzige Kabinett im Amte bliebe, denn jedes andere würde im Innern zu schwach sein: „Gern würde ich Sie aber an der Spitze eines anderen Departements sehn, als Sie jetzt haben," waren meine von ihm beifällig aufgenommenen Abschiedsworte, nach denen wir uns mit herzlichem Händedruck trennten. H. Bismarck

Nr. 756

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept

Nr. 470 Berlin, den 5. Dezember 1884
[abgegangen am 6. Dezember]

In Beantwortung des gefälligen Berichts vom 1. d. Mts. Nr. 202* ersuche ich Ew. gefälligst, dem Grafen Granville bei Gelegenheit für

* In einem Erlasse an den Botschafter Grafen Münster vom 27. November 1884 hatte sich Fürst Bismarck darüber beschwert, daß vertrauliche Äußerungen, die er dem englischen Botschafter Sir Edward Malet gegenüber getan habe, von Lord Granville dem Londoner französischen Botschafter Waddington in einer Weise wiedererzählt seien, die darauf abgezweckt habe, das französische Mißtrauen gegen Deutschland, besonders in der ägyptischen Frage, wachzurufen. Wie Graf

seine Auskunft danken zu wollen, die mir den Eindruck macht, daß die Trübung der Farbe der Sache zum Teil wenigstens in den französischen Mitteilungen liege. Ew. wollen vertraulich hinzufügen, mein Mißtrauen, daß daran gearbeitet werde, unsere Beziehungen zu England und zu Frankreich zu trüben, sei zuerst durch die englische Presse geweckt worden, in welcher die „Times" und andere einflußreiche Blätter nicht müde werden in den Versuchen, Mißhelligkeit zwischen Frankreich und Deutschland hervorzurufen. Den Böhmen Blowitz, dessen ausführlicher Hetzartikel vom 17. v. Mts. Ew. nicht entgangen sein wird, rechnete ich allerdings nicht zu den englischen Schriftstellern, sondern betrachtete ihn als einen französischen und seine Artikel als einen Ausdruck des korrespondierenden Bestrebens, in England Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu erregen. Wir wären uns bewußt, gute Beziehungen zu England, die in dem wohlverstandenen Interesse beider Länder lägen, nach Kräften zu pflegen, könnten aber nicht verhehlen, was ich auch vor kurzem dem englischen Botschafter gesagt habe, daß uns dieses Bemühen durch das Verhalten des englischen Kolonialamtes in hohem Grade erschwert wird. Ew. wollen davon zu der nachstehenden Auseinandersetzung übergehen.

Wir haben in England gleichsam mit zwei Souveränitäten zu tun. Die eine ist vertreten durch Lord Granville, der unsere Freundschaft in Ägypten und anderswo, namentlich in der gegenwärtigen Konferenz* utilisiert und durch seine Freundschaftsversicherungen vergolten glaubt. Die zweite Souveränität ist vertreten durch den Grafen Derby, der uns an den meisten Berührungspunkten feindlich entgegentritt, indem er entweder geradezu durch seine Agenten unsere Interessen schädigt oder doch die Beamten seines Ressorts nicht im Zaume hält. Englische Agenten sind beschäftigt, unsere Erwerbung in Kamerun von dem Gebirge und von dem östlichen Hinterlande abzuschneiden. Von Samoa erhalten wir die Meldung, daß unsere freundlichen Beziehungen zu den Eingeborenen durch englische Agenten gestört werden. Die Ernennung des Obersten Sir Charles Warren zum Kommissarius nicht bloß für das weder politisch noch geographisch abgegrenzte Betschuanaland, sondern auch für „die angrenzenden Gebiete und Länder" und die deutlichen Kommentare, welche diese Ernennung in den Parlamentsverhandlungen gefunden hat, lassen auf die Absicht schließen, auch unsere Erwerbung von Angra Pequena einzuschnüren. Englands Kolonialbesitz ist so groß, daß seine Interessen

---

Münster, der den Vorgang auf Weisung Bismarcks bei Lord Granville zur Sprache brachte, am 1. Dezember berichtete, gab sich der englische Staatssekretär alle Mühe, den Verdacht von sich auf die französischen Staatsmänner abzuwälzen, als ob diese es darauf anlegten, das Mißtrauen zwischen Deutschland und England zu vertiefen.

* Gemeint ist die seit dem 15. November 1884 in Berlin tagende Kongokonferenz. Vgl. das Kapitel „Ansätze zu einer Deutsch-Französischen Verständigung".

durch deutsche Niederlassungen nicht geschädigt werden können; und eine gewisse Rücksichtsnahme auf die letzteren würde nur eine natürliche und die von der öffentlichen Meinung in Deutschland erwartete Entgegnung der Freundschaftsbeweise sein, welche wir England seit Jahren gegeben haben und gegenwärtig durch unsere Haltung in betreff des Niger geben.

Ew. wollen dem Grafen Granville offen sagen, daß wir uns nicht dazu verstehen könnten, gleichsam zwei Konti über unsere Beziehungen zu England zu führen: das eine mit dem Auswärtigen Amt, auf dem wir nur freundliche Worte als unser Kredit einzutragen hätten, das andere mit dem Kolonialamt, auf dem wir mit Schädigungen belastet werden. Wenn in dem Verhalten des Kolonialressorts nicht eine Wandlung einträte, so würden wir unsere Gesamtpolitik mit Bezug auf England und namentlich in der ägyptischen Frage einer erneuten Prüfung unterwerfen müssen, und in Erwartung einer solchen Wandlung würden wir uns zunächst jeder Äußerung über die ägyptischen Angelegenheiten enthalten.

v. Bismarck

Nr. 757

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept

Nr. 31 Berlin, den 24. Januar 1885
[abgegangen am 26. Januar]

Es ist mir überraschend gewesen, aus Ew. pp. Bericht vom 21.* zu ersehen, daß Lord Granville unsere Haltung in Beziehung auf Ägypten als eine der Ursachen ansieht, welche die Stellung des englischen Kabinetts uns gegenüber erschwert habe. Ich verstehe dies dahin, daß Lord Granville unsere ägyptische Politik als eine Ursache der uns unfreundlichen Kolonialpolitik Englands auffaßt. Wenn das in der Tat der Fall ist, so kann ich nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß es Ew. pp. in der Zeit, welche seit meinem Erlaß

* Auf Vorhaltungen, die Graf Münster im Auftrage Bismarcks dem englischen Staatssekretär Lord Granville wegen der ägyptischen Frage zu machen hatte, erwiderte dieser, laut Münsters Bericht vom 21. Januar 1885; er lege nach wie vor das größte Gewicht auf ein gutes Einverständnis mit der deutschen Regierung und werde alles daran setzen, um Fürst Bismarcks Wünschen in den Kolonialangelegenheiten nachzukommen, könne aber nicht verhehlen, daß durch die Haltung desselben in der ägyptischen Frage und nicht minder durch die Veröffentlichung der Deutschen Weißbücher über Angra Pequena usw. seine, Granvilles, Stellung und die des englischen Kabinetts gegenüber der englischen öffentlichen Meinung sehr erschwert sei.

vom 5. Mai pr.* verflossen ist, nicht hat gelingen wollen, Lord Granville die Tatsache zur Anschauung zu bringen, daß umgekehrt unsere antienglische Politik in Ägypten erst die Folge der antideutschen Kolonialpolitik Englands in Guinea, in Neu-Guinea und in Südafrika ist. Im Anfang Mai v. Js. waren wir noch bereit, England zu unterstützen, aber unter der Bedingung, daß England uns in überseeischen Fragen entgegenkommen werde. Dieses Entgegenkommen ist nicht nur unterblieben, sondern im Gegenteil, unsere kolonialen Bestrebungen sind überall einer abwehrenden und einschränkenden Haltung Englands begegnet. Am 25. Mai v. Js. war ich in der Lage, Ew. pp. telegraphisch angesichts der über meine Erwartung anspruchsvollen Haltung Englands in Angra Pequena Stillschweigen über einige europäische Anliegen zu empfehlen**, um unsere afrikanischen Ansprüche um so schärfer zu akzentuieren. Graf Bismarck hat darauf dem Lord Granville, wie Ew. bekannt ist, unumwunden zu sagen gehabt, daß wir über Ägypten einerseits und Kolonien andererseits einen „Handel", a bargain, mit England machen wollten, ihn aber mit Frankreich machen würden, wenn England uns nicht befriedige. Seitdem habe ich, wie Ew. pp. sich erinnern wollen, mehrere Gelegenheiten wahrgenommen, Sie mündlich zu bitten, und meine wiederholten Instruktionen sind dahin gegangen, dem englischen Kabinett keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir Englands ägyptische Politik in demselben Maße bekämpfen oder fördern werden, wie England unserer Kolonialpolitik hinderlich oder förderlich sein würde. Ich habe geglaubt, daß Ew. dem Lord Granville über den Ernst unserer Entschließungen in dieser Beziehung keinen Zweifel gelassen haben würden. Wenn ich nun aber in Ew. pp. Bericht vom 21. lese, daß Lord Granville noch heute und Ew. pp. selbst gegenüber den Irrtum zum Ausdruck bringen kann, als ob unsere Haltung in ägyptischen Fragen die Ursache und nicht die Folge von Englands Kolonialpolitik sei, muß ich daraus schließen, daß Ew. pp. den Inhalt meiner wiederholten Instruktion nicht oder doch nicht wirksam zum Ausdruck gebracht haben. Es wäre sonst nicht möglich, daß Lord Granville gerade Ihnen gegenüber, und ohne Ihren Widerspruch, sich einer solchen Wendung bedienen könnte. Wenn Ew. pp. sich meine verschiedenen Mitteilungen vergegenwärtigen und dieselben von neuem durchsehen wollen, so kann ich kaum glauben, daß Sie nicht selbst die Überzeugung gewinnen werden, daß die Politik Seiner Majestät des Kaisers und Königs seit Jahr und Tag dahin gerichtet war, Lord Granville zu überzeugen, daß unsere schlechte Behandlung in Kolonialfragen notwendig unsere antienglische Haltung in Ägypten und unsere Annäherung an Frankreich zur Folge haben werde. Diese Gewißheit,

---

* Siehe Nr. 738.
** Siehe Nr. 741.

die aus den diesseitigen Instruktionen, wie ich glaube, zweifellos hervorgeht, muß aber dem Lord Granville, nach seiner Äußerung in Ihrem Bericht vom 17., doch nicht zum Bewußtsein gekommen sein, sonst hätte er nicht unsere Haltung in der ägyptischen Sache als Ursache und Vorwand für Englands Mangel an Rücksicht auf uns in Kolonialsachen anführen können. Für eine antienglische Haltung in der ägyptischen Frage würde uns jedes Motiv gefehlt haben, wenn England uns in den Kolonialfragen wohlwollend und aufrichtig behandelt hätte. Mit Widerstreben sind wir durch die mehr oder weniger feindliche Behandlung unserer kolonialen Anfänge durch England von Punkt zu Punkt dahin gedrängt worden, unseren Widerstand gegen Englands Politik auf ägyptischem Gebiete schärfer zu akzentuieren und infolgedessen in intimere Beziehungen zur Politik Frankreichs zu treten. Wenn Lord Granville sich dessen bewußt gewesen ist, so ist seine Politik mir unverständlich. Wenn er aber sich noch immer nicht über die Folgen der antideutschen Kolonialpolitik klar ist, so muß ich annehmen, daß Ew. pp. ihm die Situation und unsere Entschließungen nicht mit derselben Rückhaltlosigkeit dargelegt haben, mit welcher ich mich Ew. pp. gegenüber mündlich und schriftlich wiederholt ausgesprochen habe. Die Entfremdung zwischen uns und England, zu welcher wir auf diesem Wege gelangt sind, ist eine unerwünschte und von mir nicht erstrebte, und ich glaube nicht, daß sie eingetreten sein würde, wenn Ew. pp. Sprache Lord Granville gegenüber jederzeit diejenige gewesen wäre, auf welche ich hier meinerseits nach meinen Instruktionen rechnete.

Die Veröffentlichung einiger Aktenstücke * bildet im Vergleich mit der Stellung, zu der beide Länder in den Kolonien und in Ägypten zueinander gelangt sind, eine unbedeutende Frage. Ich habe noch heut kein Bedenken, alles zu veröffentlichen, was der englischen Regierung angenehm ist, und die Noten über Neu-Guinea vom 19. September und 9. Oktober darf ich also schon nach Äußerung des Lord Granville dazu rechnen **. Ich halte es aber auch für unabweislich zur Rechtfertigung unserer eigenen Politik und der Tatsache, daß bezüglich der östlichen Strecke der Nordküste von Neu-Guinea eine Unklarheit eingetreten ist, die Note Sir Edward Malets vom 17. Januar *** zu veröffentlichen und bitte Ew. pp., Lord Granville hiervon Mitteilung zu machen.

v. Bismarck

---

* Im Dezember 1884 waren die ersten deutschen Weißbücher über die Kolonialfragen (Togogebiet und Biafra-Bai; Angra Pequena; Südsee), im Januar 1885 dann ein weiteres über die Fidji-Inseln veröffentlicht worden. Namentlich das letztere löste in England viele Angriffe gegen die Politik der englischen Regierung aus.
** Diese beiden englischen Noten, deren Bekanntwerden in Deutschland Lord Granville gewünscht hatte, sind in der Tat im zweiten Deutschen Weißbuch „Deutsche Interessen in der Südsee“ (Nr. 28 und 31) veröffentlicht worden.
*** Deutsches Weißbuch „Deutsche Interessen in der Südsee II“, Nr. 42.

Nr. 758

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept von der Hand des Gesandten im Haag Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Berlin

Nr. 33

Berlin, den 25. Januar 1885
[abgegangen am 26. Januar]

Ew. gefällige Berichte Nr. 12, 13 und 14 habe ich erhalten und bemerke zunächst zur Hauptfrage, daß wir die von der englischen Regierung auf die französischen Propositionen bezüglich Ägyptens gemachten Vorschläge* als Verhandlungsbasis annehmen und bereit sind, dieselben bei den anderen Mächten zu unterstützen. Für uns hat die zukünftige Gestaltung der ägyptischen Verhältnisse an und für sich nicht viel Wert. Wir halten aber an den Rechten fest, welche die Verträge bezüglich des Orient uns gewähren und machen den darauf beruhenden Einfluß auf die europäische Politik nach Maßgabe der Interessen, die wir auf anderen Gebieten haben, geltend. Englands Kolonialpolitik hat uns gezwungen, unsere Kolonialinteressen durch Widerstand gegen Englands ägyptische Politik wahrzunehmen. Es wird das auch ferner nach Bedürfnis geschehn. Ich bitte Ew. pp., sich dies gegenwärtig zu halten und sich in diesem Sinne zu Lord Granville auszusprechen.

Die ausführlichen ägyptischen Berichte, welche Euere Exzellenz mit den letzten Expeditionen geschickt haben, so interessant sie vom objektiven Standpunkt auch sind, lassen mich befürchten, daß Ew. Ihre Aufmersamkeit mehr auf das Nilland als auf die Kolonialfragen richten.

Ich wiederhole deshalb, daß alle ägyptischen Dinge für uns nur ein mittelbares Interesse haben, daß die Kolonialfrage aber schon aus Gründen der inneren Politik eine Lebensfrage für uns ist. Ich hoffe, daß meine letzten Angaben, sowie die jüngsten Verhandlungen im Reichstage dazu beigetragen haben, Ew. die Bedeutung der Kolonialfrage für unsere innere Politik zu vergegenwärtigen. Die öffentliche Meinung legt gegenwärtig in Deutschland ein so starkes Gewicht auf die Kolonialpolitik, daß die Stellung der Regierung im Innern von dem Gelingen derselben wesentlich abhängt. Ich bitte Ew. deshalb nicht zu vergessen, daß Ägypten als solches für uns ganz gleichgültig und für uns nur ein Mittel ist, den Widerstand Englands gegen unsere

* In den genannten Berichten hatte Graf Münster sich eingehend über die Gegenvorschläge ausgelassen, die England am 21. Januar den am 8. Januar den Kabinetten in Berlin, Petersburg usw. bezüglich der Ordnung der ägyptischen Finanzen unterbreiteten französischen Vorschlägen entgegengesetzt hatte. Vgl. dazu Bd. III, Kapitel XX, „Ansätze zu einer Deutsch-Französischen Verständigung", namentlich Nr. 698.

kolonialen Bestrebungen zu überwinden. Der kleinste Zipfel von Neu-Guinea oder Westafrika, wenn derselbe objektiv auch ganz wertlos sein mag, ist gegenwärtig für unsere Politik wichtiger als das gesamte Ägypten und seine Zukunft. Wenn Euere Exzellenz sich an der Hand meiner früheren Instruktionen von dieser sich daraus ergebenden Auffassung druchdringen ließen, so würde es nicht möglich sein, daß Sie, wie aus ihrem Bericht Nr. 11 vom 21. cr.* hervorgeht, die Wiederholung der phrasenhaften Versicherungen Lord Granvilles als befriedigende Antwort entgegennehmen und berichten.

Diese Redewendungen, daß Lord Granville „alles daran setzen werde, um unseren Wünschen in Kolonialangelegenheiten nachzukommen"**, sind in ihrer periodischen Wiederkehr nachgerade verletzend und klingen wie Hohn, wenn man sie gegen die Tatsachen in den Kolonien hält. Es kann Ew. nicht schwer fallen, Lord Granville diesen Widerspruch so vor Augen zu halten, daß er damit ad absurdum geführt ist. Die Annahme dieser wertlosen Münze von Redensarten ohne Protest bestärkt die englischen Minister in der Geringschätzung unserer berechtigten Beschwerden. Wenn wir uns damit abfinden lassen, so ist es nicht zu verwundern, daß das Kabinett dem Verlangen einiger australischen Jingos mehr Gewicht beilegt als der Freundschaft Deutschlands. Unsere Beziehungen zu England sind seit dem Mai gradatim schlechter geworden; ich bin der Meinung, daß das nicht in diesem Maß der Fall gewesen wäre, wenn Ew. pp. unsere Wünsche entschiedener vertreten hätten. Die Formen hätten deshalb doch gewahrt werden können.

Eine bessere Illustration zu dem unaufrichtigen Verhalten der Engländer hätten Ew. im gegenwärtigen Moment garnicht finden können als den Artikel der „Pall Mall Gazette", welcher Ihrem Bericht vom 22. d. Mts. beilag.

Die dortige Darstellung ist tatsächlich ganz richtig und an sich viel eloquenter als alle heuchlerischen Versicherungen englischer Minister. Auf unsere Vorstellungen, daß die Engländer unseren Besitz Kamerun unterbunden und rund herum vom Hinterlande abgeschnitten hätten, wurde uns amtlich das Gegenteil versichert: in jenem Artikel sind unsere Klagen aber vollständig substanziiert, und es wird ein großes Triumphgeschrei darüber erhoben.

Ich wünsche, daß Ew. dieses Sachverhältnis zugleich mit unserem Protest wegen des englischen Vorgehens in Neu-Guinea, welches in einem anderen Erlasse behandelt ist, bei Lord Granville zur Sprache bringen.

Bezüglich Neu-Guineas hatte uns Lord Granville durch amtliche Note erklärt, daß die Besetzung der dortigen Südküste „without preju-

---

* Vgl. die Fußnote zu Nr. 757, S. 93
** Daselbst.

dice to the rest" erfolgt sei*. Es ist klar, daß dieser Ausdruck sprachlich nur heißen kann, „ohne durch diese Besitzergreifung einem anderen Besitzstande im übrigen Teil der Insel zu präjudizieren", denn wenn umgekehrt England die deutsche Okkupation an der Nordküste without prejudice to the rest anerkennt, so bedeutet das eben die Begrenzung auf jene Küste.

Wenn die englische Regierung sich jetzt durch Hetzartikel in der Presse dazu hinreißen läßt, uns einen Teil des bereits konzedierten Nordens von Neu-Guinea vorwegzunehmen und an der Lucia Bai, wo England nie etwas zu suchen gehabt hat, nach portugiesischer Weise alte verfallene Rechte wieder auszugraben, so müssen Ew. pp. selbst den Hohn fühlen, der in Lord Granvilles Worten liegt, er suche unseren Wünschen nachzukommen.

Wie wenig entgegenkommend Englands Haltung auch in der ägyptischen Sache selbst für uns ist, und wie wenig Anlaß wir deshalb haben, freundlichen Worten englischer Minister Gewicht beizulegen, zeigt die Behandlung unserer Forderung, in die ägyptische Schuldenkommission einzutreten.

Es ist außer Zweifel, daß Rußland und wir längst an jener Kommission beteiligt gewesen wären, wenn wir bei ihrer Konstituierung eine dahin gehende Forderung gestellt hätten. Damals haben wir geglaubt, daß die Geschäfte dort auch ohne unsere Mitgliedschaft vertragsmäßig gehandhabt werden würden. Der unter Zulassung Englands erfolgte Bruch der Finanzverträge hat uns eines anderen belehrt und uns überzeugt, daß unsere Annahme irrig war.

Unser gleiches Recht, in der Kommission vertreten zu sein, ist durch bisherige Nichtausübung nicht erloschen. Das Recht ergibt sich daraus, daß die gesamten Verträge über Ägypten und den Orient solidarisch ein Ganzes bilden, an dessen Aufrechterhaltung und Durchführung alle Unterschriftsmächte die gleichen Rechte haben, und England ist am wenigsten berechtigt, diese Gleichheit zu bestreiten, da es diesen Zustand bereits zweimal verletzt hat, durch das Bombardement von Alexandrien, diese Quelle alles Übels, und dann durch den Bruch der Finanzgesetze.

Wenn die Verträge bezüglich des Orients von einer einzelnen Macht unbeachtet gelassen werden, so schwindet für alle die Verpflichtung, sich an dieselben zu binden, und wenn auch jetzt die Vervollständigung der Schuldenkommission noch dadurch verschleppt werden sollte, daß England zunächst dilatorische „Verhandlungen über die beste Art zu verhandeln, wie die Kommission vermehrt werden könnte", ins Auge faßt, so würde es klärender und loyaler sein, wenn

---

* Note vom 9. Oktober 1884. Deutsches Weißbuch „Deutsche Interessen in der Südsee II", Nr. 31.

die englische Regierung einfach bei ihrer Ablehnung verharrte. Aber selbst die jetzige scheinbare und halbe Konzession der englischen Regierung würde auf uns einen freundlicheren Eindruck gemacht haben, wenn sie früher erfolgt wäre; stattdessen hat die englische Regierung durch den von ihr abhängigen Khediven in einer unhöflichen Weise uns überlassen, unser vertragsmäßiges Recht bei den anderen Mächten darzulegen, und angebrachtermaßen uns und Rußland abzuweisen.

v. Bismarck

Nr. 759

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen Münster

Konzept von der Hand des Gesandten im Haag Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Berlin

Nr. 40 Berlin, den 3. Februar 1885
[abgegangen am 5. Februar]

Die „Kölnische Zeitung" hat in ihrer Nr. 2 vom 2. v. Mts. einen Leitartikel über die englisch-deutschen Beziehungen gebracht, welchen ich Ew. anbei mit dem Bemerken übersende, daß er meiner Auffassung über unser Verhältnis zu England vollständig entspricht.

Ew. werden daraus ersehen, daß die gebildete öffentliche Meinung in Deutschland, als deren gegenwärtige Vertreterin man die „Kölnische Zeitung" bezeichnen darf, an der Hand unserer nur bruchstückweise erfolgten amtlichen Veröffentlichungen ein klareres Urteil über die Sachlage gewonnen hat, als es das englische Kabinett bisher zu besitzen scheint, obwohl diesem gegenüber unsere Politik und ihre Ziele durch viel ausgiebigere mündliche und schriftliche Darlegungen präzisiert worden sind, welche das Publikum bisher nicht kennt.

Da ich nicht annehmen kann, daß das englische Ministerium sich in seinem Verhalten zur deutschen Politik lediglich von mala fides leiten läßt, so bleibt nur die Vermutung übrig, daß ihm das Verständnis für unsere Politik und ihre Bestimmungsgründe noch immer fehlt, und häufigere und nachdrückliche Darlegungen als die bisherigen nötig sind, um Berücksichtigung zu finden.

Namentlich wollen Ew. es in Zukunft nicht ohne Widerspruch hinnehmen, daß Lord Granville uns mit Redensarten der Freundschaft Englands versichert, wenn unsere unbedeutenden Kolonien gleichzeitig von englischen Untertanen und Beamten feindlich behandelt werden. In diesem Sinne wünsche ich, daß Ew. die in dem angeschlossenen Artikel entwickelte Auffassung, welche sich mit dem leitenden Gedanken aller meiner über denselben Gegenstand an Sie gerichteten Erlasse deckt, bei Lord Granville nicht nur einmal vorübergehend zum Ausdruck bringen, sondern bei jeder sich bietenden Gelegenheit, so oft als nur tunlich, eindringlich vertreten.

Es handelt sich bei dieser Weisung für Euere Exzellenz nicht um einen Auftrag, der durch einmalige Besprechung erledigt werden könnte, sondern um eine dauernde Direktive, welche Ew. bei allen politischen Unterredungen mit einflußreichen englischen Staatsmännern zum Leitfaden nehmen wollen. Ich kann dabei den wiederholten Ausdruck meiner Überzeugung nicht zurückhalten, daß die unerfreuliche Gestaltung unseres Verhältnisses zu England nicht eingetreten sein würde, wenn Ew. die Alternative, unseren Kolonialbestrebungen freundlich entgegenzukommen oder unserer Gegnerschaft auf jedem für uns erreichbaren Felde der Politik sicher zu sein, mit der Schärfe und Beharrlichkeit vertreten hätten, welche durch meine Instruktion angezeigt war.

v. Bismarck

Nr. 760

Der Gesandte im Haag Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London*, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

London, den 7. März 1885

pp. Meine Begrüßung mit dem Auswärtigen Minister Englands war freundlich wie immer, in den ersten Minuten unserer Konversation wandte er aber gleich sein mir bekanntes Verfahren an, mit scharfem Anblick im Tone strengen väterlichen Vorwurfes de rebus omnibus et quibusdam aliis zu mir zu sprechen. Sobald ich zu Worte kam, spannte ich den Ton so stramm als möglich, rekapitulierte nach Maßgabe seiner endlosen Einwürfe und Zwischenworte den ganzen gewundenen Weg, auf dem unsere Beziehungen sich seit letzten Sommer bewegt hatten, und setzte alle unsere gravamina in das grellste Licht.

Es ist nicht leicht mit Lord Granville zu verhandeln: er hat trotz seines sonstigen Antagonismus mit Lord Salisbury die gleiche Manier, seinen interlocutor anzusprechen, wie der Staatsanwalt den Angeklagten, und man muß hart einsetzen, um ihn auf das Diskussionsfeld der Gleichberechtigung beider Seiten in politischer Unterhaltung zu bringen. Wenn Lord Granville sich dem Bedürfnis hingab, sich in unserem Dialog für die unerfreuliche Rolle schadlos zu halten, in die er durch die gegenseitigen Publikationen geraten war, so blieb ich ihm in der Aufdeckung von den Schwachheiten und Winkelzügen seiner Politik nichts schuldig. Ich bemerkte ihm einfach, daß er seit Mitte Juni v. Js., wo wir lange Unterhaltungen gehabt hatten, über

* Graf Herbert von Bismarck war am 4. März nach London abgereist, um eine Ausgleichung der deutsch-englischen Differenzen zustande zu bringen.

unsere Ziele, Erwartungen und Forderungen nicht mehr in Zweifel hätte sein können und dürfen, und daß er uns — um nicht mehr zu sagen — als zu leichte Ware behandelt hätte. Er hätte dem Kolonialminister einen zu großen Teil der Verantwortlichkeit für die auswärtige Politik zugeschoben und es nicht verstanden, daß es für uns nur eine Politik gebe, die einheitlich auf Europa, Ägypten und die Kolonialfragen appliziert würde.

Läge ihm an der Zustimmung der Kolonialbevölkerung und der französischen Presse gewisser Färbung mehr wie an Deutschlands Freundschaft, so möge er es doch endlich sagen, dann würden wir versuchen, ihm faktisch zu beweisen, wie unangenehm wir uns machen könnten, und ihn praktisch in die Lage setzen, beurteilen zu können, was Deutschlands Freundschaft oder Feindschaft wert sei.

Wir ständen unter dem Eindruck, daß England uns mit Frankreich und womöglich auch mit Rußland verhetzen wollte, — daß hier noch die Meinung vorherrsche, England stände sich am besten, wenn große Kontinentalmächte sich bekriegten, und England unterdes seinem Handel nachginge.

Diese Äußerung rief lebhafte Gebärden und starke mit heftigen Protesten verbundene Entrüstungsausrufe bei Lord Granville hervor: sobald ich wieder gehört wurde, erklärte ich, daß ich für die Auffassungen der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht verantwortlich sei, daß ich ihnen aber, wenn ich mir die Geschichte vergegenwärtigte, nicht ganz unrecht geben könnte.

Lord Granville läßt einen selten mehr als fünf Worte oder einen Satz sprechen, ohne mit Einwürfen zu unterbrechen oder aufzustehen und an Nebentischen etwas niederzuschreiben.

Obgleich ich zuletzt recht schnell sprach, fand ich keinen Moment zur Beendigung der Unterredung oder zu einer Verabschiedung, da ich seine stets neu schillernden Behauptungen nicht unwidersprochen lassen konnte, bis ich schließlich beim Schlage 8 mich mit dem Bemerken erhob, nun hätten sich meine Wirte* zu Hause schon zu Tische gesetzt.

Lord Granville hielt mich darauf nicht länger, verlangte aber meine Wiederkunft am anderen Morgen unter dem Ausruf „let our conversations not be a failure".

Am anderen Morgen war der Minister wesentlich milder gesinnt.

Er begann gleich damit: „Unsere gestrige Unterhaltung hat eigentlich nicht zu viel geführt. Wir haben beide unseren Standpunkt hartnäckig festgehalten, heute wollen wir aber weiter kommen."

Ich erwiderte, daß mir das ganz recht, und daß ich, nachdem ich unsere berechtigte Auffassung genügend betont hätte, vollkommen bereit sei zu sagen „trêve des vérités désagréables".

---

* Graf Herbert Bismarck logierte bei Lord Rosebery.

Die vier oder fünf Unterhaltungen, die ich noch mit Lord Granville hatte, verliefen immer glatter und angenehmer, bis er mir heute abend sagte, er wäre bereit, bei Kamerun uns freiwillig Konzessionen zu machen, um Englands guten Willen zu zeigen. Über die Natur derselben könne er sich erst morgen aussprechen, er wolle mir aber heute — wo er eben aus einem Ministerconseil kam — gleich sagen, daß er und seine Kollegen ganz besonders angenehm von meiner Herkunft berührt wären, daß sie dieselbe als eine hervorragend freundliche Handlung der deutschen Regierung auffaßten und aus diesem Grunde bereit wären, vieles zu tun, was ihnen sonst zu schwer geworden wäre. pp.

Eigentümlich war die Umständlichkeit, mit der Lord Granville mit mir den Inhalt seiner Rede besprach, durch die er seine übereilten Äußerungen vom 27. v. Mts.* rektifizieren wollte. Er endete damit, daß er sagte: „Ich gehe in einer Stunde in das Oberhaus, und das beste wird sein, ich halte Ihnen meine Rede hier vorher; Sie können mir dann sagen, was Sie zu ändern wünschen." So hatte ich die Ehre, Lord Granville eine Viertelstunde zuhören zu dürfen und von ihm als „Your Lordships" adressiert zu werden, bevor die wirkliche Rede, wie wir sie vereinbart hatten, vor den Peers gehalten wurde.

Von Lord Granvilles Kollegen habe ich mit Gladstone, Hartington, Harcourt, Chamberlain, Dilke lange Unterhaltungen in dem mir vorgeschriebenen Sinne gehabt — am eingehendsten mit Dilke, der mir von neuem den Eindruck gemacht hat, der geschäftskundigste der englischen Minister zu sein. Nach seinen Äußerungen liegt Dilke nach wie vor viel daran, mit Deutschland möglichst intim zu sein; dieselben lauteten etwa folgendermaßen: „Lord Granville wird im Amt bleiben, solange das jetzige Kabinett in seinem Hauptbestandteil am Ruder ist. Ich habe mich mit ihm nie vertragen, also kein Interesse an seiner Kollegenschaft. Aber selbst wenn Gladstone sich nach Beendigung der redistribution bill zurückziehn und Derby beseitigt sein sollte, wird Hartington Lord Granville schwerlich abschie-

---

* Am 27. Februar hatte Lord Granville im englischen Oberhause Äußerungen fallen lassen, die darauf hinausliefen, daß die deutsche Kolonialpolitik England in der Freiheit der Bewegung auf kolonialem Gebiet beeinträchtige. Weiter hatte Lord Granville behauptet, daß Fürst Bismarck s. Zt. der englischen Regierung in bezug auf Ägypten den Rat erteilt habe, „to take it". Ausführlich nahm Fürst Bismarck zu den Behauptungen Granvilles in seiner berühmten Reichstagsrede vom 2. März Stellung („Die politischen Reden des Fürsten Bismarck" Bd. 11 [1894], S. 56 ff.), sehr nachdrücklich dabei betonend, daß er tun werde, was in seinen Kräften stehe, „um sine ira et studio die Sache wieder in das Geleise des ruhigen und freundschaftlichen Verkehrs zu bringen, der zwischen uns und England jederzeit bestanden hat und der natürlichste ist". Lord Granville replizierte darauf im Oberhause am 6. März in entgegenkommender und seine ursprünglichen Behauptungen stark modifizierender Weise.

ben können; letzterer ist deshalb für Sie nicht une quantité négligeable, und Sie müssen mit ihm hauptsächlich verhandeln. Auf mich ist er so eifersüchtig, daß ich Sie bitten möchte, unser entrevue ihm gegenüber ganz zu verschweigen.

Der Sachen, die uns beschäftigen, sind fünf, und nachdem ich mir alle Ihre Beschwerden, die ich größtenteils anerkenne, teilweise aber vom englischen Standpunkte bestreiten müßte, mit Interesse angehört habe, resümiere ich sie nach meiner Auffassung:

1. Die Fiji claims halte ich für keine gute Sache: einige Reklamationen sind gerechtfertigt, die meisten aber unangebracht, und Ihre beteiligten Untertanen sind in manchen Exemplaren zweifelhafte Existenzen. Wir haben in dieser Sache aber auf Ihren Druck und Wunsch nachgegeben, und wenn ich sie auch im großen Ganzen für schief halte, so will ich doch weiter nichts darüber sagen.

2. Bezüglich Neu-Guineas liegt ganz klar ein beiderseitiges Mißverständnis vor: Ich habe mir die Sache genau angesehn und muß zugeben, daß Ihr Standpunkt auf Grund der vagen Redaktion seine Berechtigung hat: der Fehler liegt darin, daß man bei einer so wichtigen Sache nicht ganz unzweideutige Ausdrücke gewählt hat. Wir werden aber jetzt, wie es mir zweifellos erscheint, zu einer für beide Teile annehmbaren Verständigung kommen, und damit ist die Sache für mich erledigt. Meinerseits hätte ich gewünscht, daß wir von Neu-Guinea die Hände gelassen hätten: es ging indessen nicht wegen der Unvernunft unserer australischen Kolonien (the absurd line our colonies take). Die deutsche Annexion ist meines Erachtens aber ein Fehler, und Sie werden in einer fernen Zukunft dort große Unannehmlichkeiten haben.

Australien gedeiht an Macht und Bevölkerung gewaltig. Nach ein oder zwei Generationen wird die Zeit kommen, wo es sich, nachdem es sich vielleicht von uns losgesagt hat, so stark fühlen wird, daß es, wie die alten europäischen Mächte, wird Krieg führen und alle Fremden aus seiner Nachbarschaft vertreiben wollen (clear out all foreigners from its neighbourhood). Deutschland wird in so großer Entfernung schwerlich Krieg führen können und dann in die fatale Lage kommen, Neu-Guinea zu räumen. Indessen das ist Ihre Sache.

3. Kamerun. Dort sind wir dank der Dummheit und Langsamkeit unserer Leute zu spät gekommen, haben aber Ihre Position fully and loyally akzeptiert. Ich kenne die Sache, weil ich vor zwei Jahren die Annexion selbst angeregt habe, und kann versichern, que nous en avons fait notre deuil, und daß wir keine andere Absicht haben, als Ihnen dort ganz freie Hand zu lassen and to treat you fairly. Alles Gegenteilige ist Ungeschick und böser Wille lokaler Einflüsse und wird nicht aufkommen.

4. Santa Lucia und Sansibar. Ersteres müssen wir haben wegen rein politischer Rücksichten.

Ich lege auf die ganze Kapkolonie wenig Gewicht, die öffentliche Meinung und Tradition nötigt uns aber, aus Rücksicht auf Boers und Zulus dort andere auszuschließen. Ich bedauere, daß Ihnen dies nicht von vornherein offen und redlich gesagt ist.

Sansibar interessiert uns nahe: es ist allerdings unabhängig, wir haben aber einen sehr entwickelten Handel und viele Untertanen dort, die in nahen Beziehungen mit Indien stehn, und wir müssen deshalb eine besonders hervorragende Stellung an jener Küste aufrechterhalten.

Was das Hinterland betrifft, das Deutsche jetzt besetzt haben, so haben wir früher abgelehnt, Ansuchen englischer Untertanen um Annexion nachzugeben. Sie haben also dort freie Bahn und Berechtigung, und ich glaube, daß dieses Gebiet bei weitem das beste von allen Ihren kolonialen Niederlassungen ist; ich wünsche Ihnen dort alles Gedeihen, wenn Sie nur Sansibar in Ruhe lassen. Unsere öffentliche Meinung wird Ihren Ansiedelungen in Kamerun und hinter Sansibar auch günstig sein, wenn Sie den Handel möglichst freigeben. Sie wird aber dagegen gehn, falls Sie das portugiesische oder französische Absperrungssystem inaugurieren sollten.

5. Die Inseln im Stillen Ozean. Hier ist das weiteste Feld für deutsche Kolonisation, und ich will meinen ganzen Einfluß aufbieten, damit es Ihnen möglichst freigelassen werde. Die Ansprüche unserer Kolonien darauf sind verrückt, und wir werden sie unberücksichtigt lassen."

Ich äußerte meine Befriedigung über Dilkes offene Aussprache und bemerkte nur ad 4, daß ich ermächtigt sei, ihm zu sagen, uns läge nichts ferner, als der Unabhängigkeit von Sansibar zu nahe zu treten.

Mr. Gladstone, mit dem ich etwa 20 Minuten nach einem Diner bei Rosebery sprach, sagte: „Wenn Sie nicht koloniale Bestrebungen hätten, so würde ich Sie bitten (beseech you), in dieser Linie vorzugehn: mich freuen Ihre zivilisatorischen Bestrebungen, und ich werde mich bei nächster Gelegenheit noch stärker dafür im Parlament aussprechen, als ich es vorigen Herbst in Schottland tat*. Ich verspreche Ihnen, daß wir Ihnen überall nur freundlich begegnen wollen, unter der Voraussetzung, daß Sie andere politische Fragen mit den kolonialen nicht vermischen."

Mit Mr. Gladstone sich auf das Wesen der auswärtigen Politik eines großen Landes einzulassen, ist zwecklos, weil ihm einfach das Verständnis dafür abgeht. Ich beschränkte mich deshalb darauf, ihm unter Aktnahme seiner Äußerung zu sagen, daß wir nicht nötig haben würden, ein anderes politisches Register zu ziehn, wenn er uns

---

* Am 1. September 1884 hatte sich Gladstone in Edinburg öffentlich sehr sympathisch über Deutschlands kolonisatorische Bestrebungen ausgelassen.

in Kolonialsachen mit der Freundlichkeit und Unparteilichkeit begegnete, auf die wir ein Anrecht zu haben glaubten. pp.

Meine Unterredungen mit den anderen Ministern verliefen alle sehr befriedigend und freundlich. Bei den meisten war der Eindruck vorherrschend, daß sie unsererseits in unseren Publikationen etwas hart angelassen seien, daß es aber am besten sei, darüber nicht mehr zu sprechen und in Zukunft möglichst dünne Blaubücher auszugeben. Ich konnte den Herren nachweisen, daß wir zuerst unfreundlich und hinhaltend behandelt worden seien, und daß man von uns nicht erwarten könnte, daß wir unfreundliche procédés ruhig hinnähmen. Wir würden aber gern bereit sein, auf einen liebenswürdigeren Ton zurückzugehen, sobald er hier angeschlagen würde.

Dilke beklagte sich nur über die Schärfe der Note wegen Samoa, Chamberlain fand die Antwort auf die englische Note wegen Sansibar besonders verletzend. Hierauf erwiderte ich, daß in der englischen Sansibarnote für uns eine Beleidigung darin gelegen hätte, auf Zeitungsartikel hin unser gegebenes Wort anzuzweifeln, und daß unsere Note die entsprechende Färbung haben mußte.

Granville behauptete — nebst anderem —, es wäre für England höchst unbequem gewesen, daß wir trotz seiner Bitte abgelehnt hätten, die meisten unserer Weißbuchveröffentlichungen ihm vorher zu signalisieren: die Publikation der Unterredung Eurer Durchlaucht mit Mr. Meade* sei besonders peinlich empfunden worden, und in Erwiderung darauf die des vertraulichen Berichts Malets** erfolgt, welche Lord Granville jetzt nach meiner Rekrimination selbst lebhaft beklagt. Im Interesse unserer Beziehungen will er in Zukunft nichts mehr ohne Rückfrage publizieren.

Lord Hartington, mit dem ich heute eine ebenso angenehme als interessante Unterredung hatte, gab zu, daß Lord Derbys Aufnahme in das Kabinett ein Fehler gewesen sei: er äußerte sein Bedauern über dessen hinterhaltiges Benehmen und schob ihm die meiste Schuld an unseren „Mißverständnissen“ zu. „Wir wollten unsere Kolonien nicht verletzen und haben nun durch Derbys Halbheit glücklich erreicht, daß wir sowohl diese, als auch Deutschland gegen uns aufgebracht haben!“

Hartington sprach die Bitte aus, wir möchten England nicht durch zu starken Druck in noch schwierigere Lagen zu den Kolonien bringen; das Band, welches sie an England fessele, sei so schon recht schwach und könne leicht reißen. Er glaube zwar, daß die

* Deutsches Weißbuch „Deutsche Interessen in der Südsee II“, Nr. 39.

** Englisches Blaubuch: „New-Guinea and the Western Pacific Islands“, Februar 1883 [C.-4273] Nr. 148a. Vgl. zu der Veröffentlichung des vertraulichen Maletschen Berichts vom 24. Januar die scharfe offiziöse Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. März 1885.

Lostrennung Australiens in ferner Zukunft doch eintreten würde, möchte dies aber gern möglichst lange hinausschieben.

Schließlich fragte Lord Hartington noch, ob es denn wahr sei, daß Fürst Bismarck eine so starke persönliche Antipathie gegen Mr. Gladstone habe: dies würde vielfach behauptet, zum Aufhetzen benutzt und richte Schaden an.

Ich wies ihm überzeugend nach, daß hiervon garnicht die Rede sein könne, erinnerte ihn an die gleiche Fabel, welche bezüglich Fürst Gortschakows in Umlauf gesetzt sei, und sprach die Hoffnung aus, daß das englische Ministerium verständig genug sein würde, um solchen Einflüsterungen, die jedem wirklichen Politiker vom sachlichen Standpunkte ja lächerlich erscheinen müßten, nicht Raum zu geben.

Als Leitfaden bei allen meinen Unterredungen habe ich immer festgehalten, daß wir nach unseren früheren wesentlichen Hilfleistungen in Ägypten die bereitwilligste Unterstützung Englands in Kolonialsachen erwartet und, da wir sie zu unserer Enttäuschung bisher nicht anders als in Worten gefunden hätten, genötigt gewesen wären, gegen England an dem Punkt, wo es empfindlich sei, solchen Druck einzusetzen, daß ihm die Bedeutung deutscher Freundschaft oder Feindschaft verständlich wurde.

Alle Minister, die ich gesprochen, versicherten mir, daß sie dies jetzt vollkommen einsähen, und daß viele bedauerliche — mir auch namhaft gemachte — Umstände zusammengewirkt hätten, um den Sachverhalt zu verdunkeln, der jetzt mit so dankenswerter Klarheit dargelegt sei, daß fernere Mißverständnisse ausgeschlossen schienen.

Ich habe bei meinen Begegnungen besonders mit den jüngeren und radikalen Kabinettsmitgliedern auch die Haltung der beiderseitigen Presse erwähnt und auf die schädliche Wirkung hingewiesen, welche manche englische Blätter — speziell die „Times“ — mit ihren Versuchen, Deutschland und Frankreich aneinanderzuhetzen, auf unsere öffentliche Meinung ausüben. Ich machte darauf aufmerksam, daß bei uns in Zeitungsredaktionen, Hotels, Klubs etc. von englischen Blättern nur die „Times“ gehalten, und daß in deutschen Reproduktionen aus derselben kein Unterschied zwischen Korrespondenzen und Leitartikeln gemacht werde.

Hieße es nun in unseren Zeitungen „die Times schreibt“ und folgten dann die unqualifizierbaren Auslassungen des Pariser Korrespondenten, so würde das bei uns als Ausdruck der öffentlichen Meinung Englands angesehn und riefe allgemeine Erbitterung und herbe Entgegnungen hervor. Daß die Presse bei uns nicht zu leiten sei, gehe aus der Haltung zumal der liberalen Organe im Sommer 1882 hervor, wo Deutschland England wesentliche Dienste leistete, während Englands ägyptisches Vorgehn in der Publizistik auf das heftigste angegriffen wurde. Die Regierung allein brauche ja darauf

keine Rücksicht zu nehmen, immerhin erschwere ihr ein starker Druck der öffentlichen Meinung nach einer bestimmten Richtung die Ausübung einer in ihrem eignen Willen liegenden freundlichen Politik in überflüssiger Weise.

Die Herren stimmten meiner Ausführung vollkommen bei und versprachen, ihr möglichstes zu tun, um auf die „Times“ in dem Sinne einzuwirken, daß sie ihre Spalten den Korrespondenten künftig nicht mehr kritiklos öffne. Graf Bismarck

Nr. 761

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Konzept

Nr. 89 Berlin, den 15. März 1885
[abgegangen am 19. März]

Die Äußerungen, welche Lord Granville am 27. v. Mts. im Oberhause über Ägypten und unsere angeblichen Anerbietungen gemacht hat*, haben mich genötigt, mit derselben Öffentlichkeit zu antworten, so wenig Neigung ich sonst auch habe, diplomatische Geschäfte im Parlament zu verhandeln. Es war aber unvermeidlich, denn ich konnte einmal nicht zugeben, daß der Sultan und seine Regierung unter dem Eindruck verbleiben, als hätte ich über Teile des Türkischen Reiches Verabredungen mit anderen Mächten treffen wollen; dann aber war ich auch durch diese irrtümlichen Mitteilungen des englischen Staatssekretärs allen übrigen Vertragsmächten gegenüber in eine falsche Lage gekommen. Durch die Vorgänge in Ägypten und im Roten Meere ist das Ansehen der über den Orient bestehenden Verträge schon einigermaßen erschüttert, und es liegt nicht im Sinne der deutschen Politik, durch ihr eigenes Vorgehen zur Verstärkung dieser Wirkung beizutragen; namentlich der jetzige Augenblick, wo die Mächte im Begriffe sind, neue Verträge bezüglich Ägyptens abzuschließen, ist am wenigsten dazu geeignet, den Glauben an die Haltbarkeit derselben Verträge durch Mißachtung der alten noch bestehenden abzuschwächen.

Ich habe niemals weder dem jetzigen noch dem früheren englischen Ministerium gegenüber Andeutungen in dem Sinne der Unterstellungen Lord Granvilles gemacht. Die Aufzeichnung aus dem September 1882, deren ich mich bei meiner Rede vom 2. d. Mts. bediente**, sowie eine Anzahl früherer, in unseren Archiven befindlicher Aktenstücke sind die Belege dafür, wie ich stets der Meinung gewesen bin, daß die Rechte des Sultans vor allem geachtet werden müßten. Ich habe mich niemals englischen Kabinettsministern, sondern nur Lord

* Vgl. Nr. 760, S. 102, Fußnote.
** Siehe Nr. 729.

Ampthill gegenüber auf dessen Befragen dahin ausgesprochen, daß ich vollkommen das Bedürfnis der englischen Politik würdigte, gesicherte Verbindungen mit Indien über Ägypten zu haben, und daß der Einfluß, den England aus diesem Grunde in Ägypten zu üben für nötig halten würde, sehr wohl durch freundliche und geschickte Verhandlungen mit dem Sultan erlangt und mit dessen Einwilligung geübt werden könnte, und ich habe hinzugefügt, daß wir kein hinreichend wichtiges direktes Interesse in Ägypten hätten, um der englischen Politik in dieser Richtung hinderlich sein zu wollen. Die ägyptische Frage an und für sich sei für uns nicht wichtig genug, um uns deshalb in Verstimmung mit England zu setzen.

Wenn Lord Granville demnächst einer diesseitigen amtlichen Mitteilung aus dem Januar cr. erwähnt hat, in welcher darauf Bezug genommen ist, daß ich vor zwei Jahren geäußert hätte, ohne Bedenken gegen einen vorwiegenden Einfluß Englands in Ägypten zu sein, wenn derselbe in geschickter und gerechter Weise zu dem Zwecke geübt würde, um die europäischen Interessen in Ägypten in ähnlicher Art zu vertreten, wie dies früher von England und Frankreich gemeinsam mit der Zustimmung aller übrigen Vertragsmächte der Fall gewesen sei, so habe ich eben damit auf keine anderen Eröffnungen angespielt als gerade auf die oben erwähnte, in der Tat vor zwei Jahren Lord Ampthill gegenüber auf dessen Wunsch geäußerte Meinung.

Auch dem früheren englischen Kabinett gegenüber habe ich mich niemals in einem Sinne geäußert, welcher als ein Rat ausgelegt werden könnte, Ägypten zu nehmen. Lord Derby, welcher der Auswärtige Minister jenes Kabinetts war, und Lord Salisbury, mit dem ich damals wiederholt politische Besprechungen gepflogen habe, die beide nach ihrer amtlichen Stellung in der Lage sind, mit Sicherheit zu wissen, ob dem konservativen Kabinett Mitteilungen der Art von hier aus jemals gemacht worden sind, haben dies sowohl im Parlament als auch sonst geradezu verneint.

Ew. ersuche ich, mit Bezugnahme auf Ihren Bericht Nr. 46 vom 9. d. Mts. dem Großwesir den Inhalt dieses Erlasses mitzuteilen und ihm, wenn er es wünscht, vertraulich eine Abschrift davon in Händen zu lassen; dabei bitte ich zugleich zu erwähnen, daß es nicht in unserer Absicht liege, Lord Granville gegenüber auf die Angelegenheit noch weiter zurückzukommen, nachdem derselbe sich von der Irrtümlichkeit seiner Angabe überzeugt hätte. Es liegt kein Grund für uns vor, die Mißverständnisse, welche durch seine Äußerung hervorgerufen waren, einer befreundeten Regierung wie der englischen gegenüber weiter zu betonen, als zur Aufklärung der von denselben mitberührten Regierung Seiner Majestät des Sultans erforderlich ist*.

v. Bismarck

* Im wesentlichen gleichlautende Erlasse ergingen an die Botschafter in Paris und Petersburg.

Kapitel XXII

Englisch-Russische Kriegsgefahr 1885

Nr. 762

Aufzeichnung des Gesandten im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 15. März 1885

Bei meinen Gesprächen mit englischen Ministern im Laufe der vorigen Woche bin ich auch wiederholt über meine Ansicht bezüglich des afghanischen Grenzstreites* und darüber befragt worden, ob uns irgendwelche Nachrichten über die russischen Absichten und Stimmungen zugegangen seien.

Ich habe mich mit größter Zurückhaltung der Beantwortung dieser Fragen entzogen und nur bemerkt, daß bei meiner Abreise von Berlin ein Novum in dieser Angelegenheit nicht vorgelegen hätte, und daß ich deshalb nicht orientiert sei. Jedermann, der den Kaiser von Rußland kenne, wisse aber, daß er friedfertigen Charakters sei, und es könne deshalb für die englische Regierung nicht schwer sein, zu einem Arrangement in Afghanistan zu kommen.

Lord Rosebery, der sich am eingehendsten über diesen Gegenstand ausließ, bemerkte etwa: „Es kommt für uns weniger darauf an, ob der Grenzstrich einige Meilen nördlicher oder südlicher gezogen wird, als auf die Stimmung des Emirs von Afghanistan. Fühlt dieser sich durch das russische Vorgehn beschwert, und wendet er sich an unsere Hülfe, um ihn vor Landabreißungen durch Rußland zu bewahren, so können wir ihn nicht sitzen lassen.

Täten wir das, so würde er uns für machtlos halten und sich ohne weiteres Rußland in die Arme werfen; damit hätten wir dann aber auf ewig jeden Einfluß und jeden Boden in Afghanistan verloren; der Emir würde einfach ein Trabant Rußlands werden. Dies müssen wir mit allen Mitteln, selbst mit Waffengewalt, verhüten. Kommt es zum Kampf, so wird derselbe also um die Vorherrschaft in Afghanistan geführt, natürlich aber nicht auf dieses Land beschränkt, sondern in alle uns zugänglichen Teile Rußlands getragen werden. Ich nehme an, daß der Sultan mit Freuden eine solche Gelegenheit ergreifen würde, um sich uns gegen Rußland anzuschließen: eine bessere Chance, um verlorene Gebiete wiederzuerobern[1], kann er

* Schon seit Anfang 1882 waren zwischen England und Rußland Verhandlungen über die Regelung der persischen und afghanischen Grenze im Gange. Aus dem aggressiven Vorgehen Rußlands gegen Afghanistan entstand in den ersten Monaten 1885 eine Spannung zwischen Rußland und England, die vielfach zu Kriegsbefürchtungen Veranlassung gab.

nicht finden, und eine türkische Diversion an der russischen Grenze, welche den größten Teil der russischen Armee festlegen würde, wäre ein für England sehr erwünschtes Abzugspflaster.

Allerdings hat unsere ungeschickte auswärtige Politik der letzten Jahre vieles getan, um uns den Sultan zu entfremden: seine Interessen würden in einem russisch-englischen Kriege aber doch auf unserer Seite liegen. Gerade von den Fehlern unserer Politik dem Sultan gegenüber müssen wir aber lernen, damit wir nicht mit dem Emir ähnlich verfahren und diesen schließlich Rußland in die Arme treiben, denn letzteres würde die größte Gefahr für Indien involvieren."

Der erste Sekretär der russischen Botschaft in London sagte mir, der Kaiser Alexander könne unmöglich von den einmal eingenommenen Positionen zurückgehn. Einen Krieg mit England brauche Rußland nicht zu fürchten, es stehe wegen des festländischen Zusammenhanges der Operationsbasis in Mittelasien mit allen seinen Ressourcen dort viel stärker da als England. Außerdem könne es im Notfall einige Prätendenten gegen den jetzigen Emir, über welche es verfüge, loslassen und die kriegerischen Afghanen durch einen Bürgerkrieg gegeneinander aufhetzen. H. Bismarck

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Oder den Rest zu verlieren

Nr. 763

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 58 St. Petersburg, den 8. April 1885
Geheim

Im Hinblick auf die näherrückende Möglichkeit eines Krieges mit England* hat Herr von Giers von Seiner Majestät dem Kaiser Alexander die Ermächtigung erbeten, mit mir über Artikel drei des geheimen Vertrages vom 27. März v. Js.** sprechen zu dürfen. Der Minister ersuchte mich, Euerer Durchlaucht Ansicht zu erkunden, betreffend die praktische Anwendung von Alinea drei des genannten Artikels, namentlich in bezug auf die Worte: „pour la prévenir si une pareille infraction était à prévoir." Bericht folgt. Schweinitz

---

* Die englisch-russische Kriegsgefahr schien durch eine Abmachung zwischen beiden Regierungen vom 16. März, wonach die russischen Truppen innerhalb des strittigen Grenzgebiets sich jedes Vorrückens enthalten sollten, beschworen zu sein, als Ende März durch das russische Vorgehen bei Penjdeh die Möglichkeit einer auch auf die Türkei übergreifenden kriegerischen Verwicklung von neuem nahegeführt wurde.

** Siehe den Text des Vertrages Bd. III, Kap. XVIII, Nr. 630.

Nr. 764

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 64 Berlin, den 9. April 1885

Geheim

Selbst zu dechiffrieren. Schon vor Empfang Ihres Telegramms Nr. 58* hatte ich Herrn von Radowitz telegraphisch von Ihrer Meldung in Telegramm Nr. 57 benachrichtigt, welche die englisch-russische Kriegsgefahr näherrücke, als es in dem Willen beider Kabinette gelegen haben werde. Er möge, wenn der Krieg ausbrechen sollte, seinen Einfluß anwenden, um die Pforte in der Neutralität zu erhalten, damit der Krieg lokalisiert bleibe. Öffnung der Meerengen für Kriegsschiffe der Kriegführenden wäre Bruch der Neutralität und würde die Pforte ohne weiteres in Kriegszustand mit Rußland setzen.

Ich halte diese Warnung der Pforte für unsere Pflicht und spreche mich in demselben Sinne nach Wien aus.

Teilen Sie Vorstehendes mit und fügen Sie hinzu, wenn das Verhalten der Pforte unsicher würde, so würden meines Erachtens die drei Kaisermächte einstimmig und identisch sich gegen dieselbe dahin auszusprechen haben, daß die Öffnung der Meerengen eine Verletzung der Neutralität sein würde. Näheres schriftlich.

v. Bismarck

Nr. 765

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 60 Berlin, den 9. April 1885

Geheim

Selbst zu dechiffrieren. Die Nachrichten von der afghanischen Grenze machen einen englisch-russischen Krieg wahrscheinlicher, als er bisher war. Sollte er ausbrechen, so würde für die drei Kaisermächte der Vertrag vom 18. Juni 1881 in Wirkung treten, insbesondere zunächst Artikel drei Alinea drei**. Beteiligung der Türkei am Kriege würde die Ausdehnung desselben auf das übrige Europa leichter machen, als bei Neutralität der Türkei möglich wäre. Ich habe daher Herrn von Radowitz in dem Sinne instruiert, daß er seinen Einfluß benutzen möge, um die Pforte in der Neutralität zu erhalten, und glaube damit auch im Sinne des Wiener Kabinetts zu handeln, da sowohl der

* Siehe Nr. 763.

** Siehe den Text Bd. III, Nr. 532.

bestehende Vertrag, als auch das gemeinsame Interesse, dem Kriege fern zu bleiben, uns die Politik in dieser Richtung vorzeichnet. Erkundigen sich Ew., ob Graf Kálnoky dem Freiherrn von Calice* die gleiche Instruktion geben will. Ich würde es für angezeigt halten, falls die Pforte aus Neigung oder Furcht am Kriege teilnehmen würde, dagegen diplomatisch und eventuell auch faktisch Stellung zu nehmen. Wenn das Drei-Kaiser-Bündnis die jetzige Probe nicht bestände, so würde ich davon eine Rückwirkung auf die äußere und innere Sicherheit der drei Reiche befürchten; halten wir zusammen, so sind wir unangreifbar. Näheres schriftlich.

v. Bismarck

Nr. 766

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 115 St. Petersburg, den 13. April 1885

Herr von Giers sagte mir, er habe den Geschäftsträger in Berlin beauftragt, Euerer Durchlaucht Ansicht zu erkunden, ob es nicht angängig sei, die französische Regierung einzuladen[1], daß sie auch ihrerseits die Türkei ermutige, fest zu den Verträgen zu stehen und namentlich ihrer Verpflichtung, die Meerengen geschlossen zu halten, eingedenk zu bleiben.

Bei dieser Gelegenheit deutete der Herr Minister an, daß es vielleicht möglich sein würde, eine „ligue des neutres[2]“ zustande zu bringen, wenn auch nicht in dem Umfange wie diejenige der Kaiserin Katharina II.

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Ist geschehen**
[2] wer ist als neutre anzusehen?

Nr. 767

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 84 Pera, den 13. April 1885
Ganz vertraulich

Die Eventualität eines gewaltsamen Vorgehens der englischen Flotte gegen die Dardanellen, falls die Türkei die Passage nicht frei geben

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in Konstantinopel.
** Vgl. Nr. 768.

wolle, wird hier in politischen und militärischen Kreisen viel besprochen und namentlich von hiesigen Engländern selbst als wahrscheinlich bezeichnet. Über die Verteidigungsfähigkeit der Dardanellen mit den vorhandenen Mitteln darf ich mir im Anschluß an frühere Äußerung weitere Angaben auf Grund kompetenter militärischer Informationen vorbehalten. Bis jetzt hat die Pforte noch nicht die geringste neue Vorbereitung für solchen Zweck angeordnet.

Die große Schwierigkeit würde immer, auch wenn ausreichende Mittel zur Abwehr einer Forcierung vorhanden, in dem rechtzeitigen Entschlusse zur Anwendung liegen. Der Großwesir, den ich heute gesprächsweise frug, ob die Türkei darauf gerüstet sei, eventuell ihr Schließungsrecht auch mit Gewalt aufrechtzuerhalten, meinte vertraulich, es werde allerdings sehr schwer sein, dafür die nötigen Befehle höchsten Ortes zu erlangen, er betrachte dies aber als eine absolute Notwendigkeit und werde sich mit dieser Frage eingehend jetzt beschäftigen.

Herr von Nelidow hält baldige vorbereitende Maßregeln schon deswegen für erforderlich, weil dadurch vielleicht der Versuch einer Forcierung vermieden werden würde, er glaubt aber noch wenig an die nötige Energie im entscheidenden Momente.

Nachschrift

Pera, den 14. April 1885

Ich erhalte soeben die anliegend gehorsamst in Abschrift vorgelegte Äußerung des zurzeit hier als Brigadegeneral der Artillerie fungierenden Königlichen Majors z. D. Ristow über die Verteidigungsfähigkeit der Dardanellen, auf Grund von Besprechung mit dem Kontreadmiral Starcke und anderen kompetenten Persönlichkeiten. Ich habe den genannten Offizieren empfohlen[1], ihrerseits in der geeigneten Weise bei den türkischen Militärbehörden die Initiative zu nehmen, um auf die Notwendigkeit der schleunigen Ausführung geeigneter Verteidigungsmaßregeln für die Meerengen, als durch das militärische Interesse der Türkei geboten, hinzuwirken[2]*. —

Radowitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] s'abst[enir]

[2] geht über den Strich!

---

* Das Gutachten lief darauf hinaus, daß selbst eine große englische Flotte die Dardanellen nicht ohne weiteres forcieren könne, wenn die Türkei ernstlich gewillt sei, es zu verhindern.

Nr. 768

Der französische Botschafter in Berlin Baron de Courcel an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Hatzfeldt

Ausfertigung

Particulière Berlin, le 14 Avril 1885

En réponse au compte rendu que je lui ai adressé de ma conversation de samedi avec S. A. S. le Prince Chancelier, M. de Freycinet m'annonce qu'il a envoyé par télégraphe au Chargé d'Affaires de France à Constantinople — l'ordre de se rendre chez le Grand-Vizir et de lui exposer en termes amicaux, de nature à ne pas froisser les susceptibilités de la Porte, qu'un arrangement par lequel la Turquie s'engagerait à ouvrir aux vaisseaux de guerre d'une Puissance étrangère le passage des Dardanelles et du Bosphore paraîtrait au Gouvernement français constituer une violation des traités existants. Notre Chargé d'Affaires doit ajouter qu'une semblable éventualité, qui ne saurait laisser la France indifférente, entraînerait la Turquie, selon l'opinion du Gouvernement de la République, dans une voie pleine de périls.

M. de Freycinet espère que cette démarche pourra influer utilement sur les résolutions de la Porte Ottomane.

Je m'empresse de vous faire part de l'information qu'il me communique, pensant qu'elle correspond aux vues que le Prince Chancelier a bien voulu me faire connaître.

Alph. de Courcel

Bemerkung des Grafen von Hatzfeldt am Kopf des Schriftstücks:
Inhalt auf Bestimmung Seiner Durchlaucht vertraulich dem russischen Geschäftsträger mitgeteilt. 14/4 P. H.

Nr. 769

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 105 Wien, den 15. April 1885

Bei dem heutigen Empfang des diplomatischen Korps hat der englische Botschafter* dem Grafen Kálnoky gegenüber die Frage der Sperrung der Meerengen in nichtamtlicher Weise besprochen. Seine Äußerungen stimmten ganz mit den Notizen überein, die Herr von Nelidow aus Konstantinopel seiner Regierung gemeldet hat. Er hat geltend machen wollen, daß eine solche Sperrung beim Ausbruch eines Konflikts zwischen England und Rußland sehr schadenbringend für ersteres sein und letzterem alle Vorteile bringen würde, daß man dies daher keine strikte Neutralität nennen könne.

---

* Sir Augustus Paget.

Graf Kálnoky hat dem Botschafter die Unrichtigkeit dieser Theorie klarzulegen gesucht und ihm als Beispiel die Schweiz angeführt, deren Neutralität im Jahre 1870 allein den französischen Waffen nützlich gewesen und dennoch von Deutschland respektiert worden sei; auf solche Interpretationen der Verträge sich einzulassen, wäre bedenklich. Österreich-Ungarn könne leider nicht verhindern, daß zwei ihm befreundete Reiche sich den Krieg machen wollten; aber wenn dies unvermeidlich sei, so solle man den Handel in Asien austragen. Das Wiener Kabinett habe keine Lust, den Krieg auch an der Donau und an der Save entbrennen zu sehen; dies würde aber ohne Zweifel geschehen, wenn die Neutralität der Pforte von einem der Kriegführenden nicht respektiert werden sollte. Die K. u. K. Regierung sei daher entschlossen, die Pforte in der Aufrechterhaltung ihrer Neutralität mit der größten Energie zu unterstützen.

Sir Augustus Paget, der den Krieg für unvermeidlich hält, hat darauf geklagt, daß er hier so wenig Sympathien für die englische Sache begegne, und auch die Presse unfreundlich gesinnt sei. England habe keinen Freund mehr auf dem Kontinent; wem dies zuzuschreiben sei, das wolle er unerörtert lassen.

Der italienische Botschafter hat das gleiche Thema mit dem Grafen Kálnoky besprochen, und ungefähr im selben Sinne[1] wie sein englischer Kollege. Er hat darauf die ganz gleichlautende Antwort erhalten, und hat Graf Kálnoky hinzugefügt, er hoffe bestimmt, daß alle anderen Mächte seinem Beispiel folgen und die Pforte in ihrer neutralen Haltung unterstützen würden.

Graf Robilant hat hierauf allerhand schöne Phrasen von Neutralität und dergleichen gemacht, aber seine Äußerungen haben dem Minister den Eindruck gemacht, daß ein Ideenaustausch über diesen Gegenstand zwischen den Kabinetten von London und Rom stattgefunden haben dürfte. pp.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Dann sind mit England überhaupt keine Verträge mehr möglich!

Nr. 770

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 53 Pera, den 23. April 1885
Geheim

Der Sultan ließ mir durch Reschid Bey* folgende Mitteilung machen: Er habe heute streng vertrauliche Nachrichten aus London,

* Persönlicher Sekretär des Sultans.

daß der Krieg unvermeidlich sei. Gleichzeitig erfahre er, englische Offiziere hätten schon heimlich die Dardanellen rekognosziert, und englische Absicht, den Eingang zu verlangen, sei sicher. Gemäß den erhaltenen Ratschlägen und dem eigenen Interesse der Türkei werde er strikte Neutralität erklären, eventuell auch den Eingang der Dardanellen verteidigen. Aber die Türkei werde in gefährlichste Lage kommen, wenn England die Verweigerung der Dardanellenpassage als Akt der Feindseligkeit auffasse und durch Bedrohung von Ägypten, sowie der türkischen Küstenpunkte darauf antworte. Er wende sich zunächst persönlich und vertraulich nach Berlin und Wien mit der Frage, wie weit er auf Unterstützung in Aufrechterhaltung der Neutralität der Dardanellen rechnen dürfe. Sein Gedanke sei, ob nicht die neutralen Mächte, wenn englische Schiffe vor den Dardanellen erschienen, ebenfalls Schiffe dorthin senden könnten, um die Türkei in Ausübung ihres vertragsmäßigen Rechts der Schließung zu unterstützen, respektive durch ihr Erscheinen schon den englischen Angriff zu verhindern. Er habe einstweilen die Pforte von dieser seiner vertraulichen Demarche noch nicht in Kenntnis gesetzt und richte dieselbe daher auch noch nicht an die türkischen Botschafter in Berlin, Wien und Paris, sondern an Freiherrn von Calice, mich und an Marquis de Noailles*, nach dessen morgen erwarteter Ankunft. Je nach den ihm zukommenden Ratschlägen werde er dann die Politik der Pforte vorschreiben.

Reschid fügte zu meiner Information hinzu, die Kriegsnachrichten kämen von Hassan Fehmi** in London. Der Sultan sei wegen der Haltung Englands sehr beunruhigt und wünsche dringend Neutralität durchführen zu können.

Radowitz

Nr. 771

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Pera, den 24. April 1885

Marquis de Noailles, gestern zurückgekehrt, hat von Reschid Bey ähnliche vertrauliche Mitteilung erhalten wie die im Telegramm Nr. 53*** gemeldete. Der französische Botschafter äußerte sich völlig übereinstimmend mit Freiherrn von Calice und mir über türkische Neutralität und unbedingte Notwendigkeit der Schließung der Dardanellen. Nach seiner Ansicht wird zwar jetzt noch von englischer Seite versucht, den Sultan einzuschüchtern, bei gemeinsamer Erklärung der Mächte in Lon-

* Französischer Botschafter in Konstantinopel.
** Der türkische Justizminister Hassan Fehmi Pascha, der in Spezialmission in London weilte, um die Souveränitätsrechte des Sultans in Ägypten zu sichern.
*** Siehe Nr. 770.

don in betreff der vertragsmäßigen Schließung der Meerengen würde jedoch eine Vergewaltigung der Türkei, wenn diese ihre Neutralität verteidigen wolle, nicht zu erwarten sein. Graf Corti* hat seine Sprache geändert und rechnet jetzt auf eine „Ligue der Neutralen" zur Lokalisierung des Krieges.

Radowitz

Nr. 772

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Pera, den 28. April 1885

Es ist jetzt gelungen, den Sultan von der Notwendigkeit der Zurückberufung von Hassan Fehmi Pascha aus London zu überzeugen, und geht heute der Befehl zu seiner Rückkehr telegraphisch dahin ab. Der Sultan hat mir dies vertraulich sagen lassen und gleichzeitig seine Absicht für Neutralität und Schließung der Dardanellen mit vermehrtem Nachdruck hervorheben lassen. Eine Kommission von Generälen ist nach den Dardanellen abgegangen, um die Vorbereitungen für effektive Sperrung zu treffen. Die Pforte wird die türkischen Botschafter bei den Mächten anweisen, die Erklärung der Neutralität zunächst mündlich auszusprechen. Der Sultan hält es auf Grund seiner Nachrichten aus England für wahrscheinlich, daß ein Gewaltstreich gegen die Dardanellen beabsichtigt sei, hofft aber, die Haltung der Mächte werde dieser Eventualität rechtzeitig vorbeugen.

Radowitz

Nr. 773

Der Botschafter in London Graf Münster an den Gesandten im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Abschrift

Ganz vertraulich London, den 1. Mai 1885

pp. Was Krieg und Frieden** betrifft, so ist die Stimmung einen Tag ganz kriegerisch und am andern Tage ohne bestimmten Grund ebenso

* Italienischer Botschafter in Konstantinopel.

** Am 21. April hatte die englische Regierung beim Parlament einen großen Kriegskredit im Hinblick auf die Spannung mit Rußland verlangt, der dann vom Unterhaus am 4. Mai in erster, am 11. Mai in zweiter Lesung mit großer Majorität bewilligt wurde. Die Erklärungen der Regierung im Parlament ließen indessen für entgegenkommende Verhandlungen mit Rußland Raum. Ein englischer Vorschlag, die Frage, ob durch das Vorgehen der Russen in Penjdeh das Abkommen vom 16. März (s. Nr. 763, Fußnote*) verletzt sei, dem Schiedsspruch eines fremden Souverains zu überweisen, wobei in erster Linie an Kaiser Wil-

friedlich. Presse und Börse haben viel dabei zu tun. Staal* sieht sehr schwarz, ebenso Thornton** in St. Petersburg, der bis dahin viel Hoffnung in die friedlichen Absichten des Kaisers und Herrn von Giers setzte. Die Herzogin von Edinburg***, die ich öfters gesehen habe, glaubte anfangs, daß ihr Bruder, der Kaiser, den Krieg bestimmt nicht wolle und verhindern werde. Jetzt sagt sie selbst, daß ihr Bruder der Militärpartei nicht mehr widerstehen wolle, scheint anzunehmen, daß Ignatiew wieder ans Ruder kommt†, und fürchtet jetzt, daß es zum Kriege kommen werde. pp.

Der Prinz von Wales, der vor einigen Tagen aus Irland zurückkehrte, ist sehr kriegerisch. pp.

Über die Lage der Verhandlungen zwischen Rußland und England läßt sich nicht berichten, auch nichts vorher sagen. Die russische Antwort, auf welche die Russen wie es scheint absichtlich warten lassen, wird, wie Staal glaubt, ablehnend lauten††, aber vielleicht suchen, den Faden noch nicht ganz abzuschneiden.

Gladstone hat durch seine Rede das Parlament wieder sehr gewonnen, er soll übrigens finden, daß er persönlich von Rußland undankbar behandelt werde, und jetzt im Kabinett die energische Seite vertreten.

(gez.) Münster

Nr. 774

Der Botschafter in London Graf Münster an den Gesandten im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Abschrift

London, den 4. Mai 1885

pp. Hier ist man im allgemeinen zufrieden, wenn es keinen Krieg gibt. Jeder sagt das, setzt aber hinzu, daß man den Russen nicht trauen

---

helm I. gedacht wurde, fand allerdings, obwohl grundsätzlich von Rußland angenommen, keine Folge. Hingegen einigten sich beide Regierungen über eine friedliche Fortführung der Verhandlungen betreffs der Berichtigung der afghanischen Grenze, die aber erst am 10. September zum Abschluß kamen. Die Nachgiebigkeit der englischen Regierung, die wesentlich durch das einmütige Zusammenstehen der übrigen europäischen Mächte in der Dardanellenfrage beeinflußt wurde, fand in England selbst vielfach scharfen Tadel als Schwäche; vor allem machte sich Randolph Churchill in der Unterhaussitzung vom 4. Mai zum Interpreten dieser Auffassung.

* Baron Staal, russischer Botschafter in London.

** Englischer Botschafter in Petersburg.

*** Bekanntlich einzige Tochter Kaiser Alexanders II., Schwester Kaiser Alexanders III.

† Bekanntlich war Ignatiew gleichzeitig mit der Ernennung Giers' zum Minister des Äußern im Jahre 1882 aus seiner Stellung als Minister des Innern geschieden.

†† Vgl. dieselbe in „Das Staatsarchiv" (Bd. 46, S. 20), wo die Verhandlungen über die zentralasiatische Frage nach den englischen Blaubüchern zusammengefaßt sind.

könne, und man sich doch der Friedensfreude nicht hingeben dürfe. Die Opposition ist wütend, und Randolph Churchill hielt eine Rede, die im Hause großen Eindruck machte. Die Erklärungen Gladstones und Granvilles wurden in beiden Häusern mit Todesstille und Kälte aufgenommen. In Beziehung auf Randolph Churchills Rede wurde von den Zeitungsverkäufern diesen Morgen ein ganz guter Witz gemacht. Sie riefen „War declared against Russia" und setzten mit leiser Stimme hinzu „by Lord Randolph Churchill". pp.

Staal ist sehr vergnügt, und die Russen hier halten den Frieden für gesichert oder tun so, nur Lessar*, der die Offiziere des Kaukasus genau kennt, äußerte gestern einem meiner Bekannten gegenüber, daß er sehr einen coup de tête an der Grenze fürchte. Waddington** will noch nicht ganz an Frieden glauben, hält es nur für ein Hinfristen und für einen russischen ganz geschickten Schachzug, ebenso denkt Nigra***.

Nach Berichten, die Waddington diesen Morgen aus Paris erhielt, sollen Mohrenheim und die Russen in Paris noch gestern eine sehr kriegerische Sprache geführt haben.

Die Gefahr besteht erstlich darin, daß die Militärpartei in Rußland möglicherweise ein zweites Penjdeh in Szene setzen könnte, oder darin, ob es gelingen wird, die Grenze und die Bedingungen, welche Dufferin† mit dem Emir besprochen und diesem gewissermaßen garantiert hat, von den Russen zu erlangen, und schließlich, ob Rußland für die Folge in Beziehung auf die Grenze und Herat die Garantien geben wird, welche hier verlangt werden. Man blickt hier auch von Seiten der Regierung nicht ohne Sorge nach Dufferin und Indien, wo sich nach heute eingetroffenem Telegramm großer Zorn über das Nachgeben des hiesigen Kabinetts zeigen soll.

Über die Person des Souveräns†† behaupteten Staal und Granville meinen Kollegen gegenüber, noch garnicht gesprochen zu haben. Ich vermeide es, danach zu fragen, weil natürlicherweise jeder an unsern Kaiser denkt. Sonst ist vom König von Dänemark die Rede, den man in Rußland wünschen würde, hier weniger, aber die Minister werden das des Prinzen von Wales wegen nicht sagen mögen und ihn doch annehmen. Hier wird man den Kaiser am liebsten, sonst den König der Belgier gern sehen.

(gez.) Münster

---

* Russischer diplomatischer Agent für Transkaspien, als erster Kenner der Verhältnisse in Zentralasien zu den englisch-russischen Verhandlungen zugezogen, demnächst Mitglied der afghanischen Grenzkommission.

** Seit 1883 französischer Botschafter in London.

*** Italienischer Botschafter in London.

† Lord Dufferin, Vizekönig von Indien.

†† Es handelt sich um den zum Schiedsrichter zu wählenden Souverän. Vgl. Nr. 772, Fußnote** und Nr. 776.

Nr. 775

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 127 Wien, den 6. Mai 1885
Geheim

Der Kaiser von Österreich, den ich vorgestern bei einem Hoffeste in Ofen zu sprechen die Ehre hatte, war sichtlich erfreut über die friedliche Wendung, welche der russisch-englische Konflikt genommen hat. Er konnte sich aber nicht enthalten, mir seine Verwunderung über die Nachgiebigkeit des englischen Kabinetts auszusprechen, welches hierdurch möglicherweise das Ansehen Englands in Asien in bedenklicher Weise aufs Spiel gesetzt habe. Wenn Seine Majestät auch nicht erstaunt gewesen ist, daß der englische Premierminister in diesem Handel die Interessen seines Landes ebenso leichtfertig kompromittiert hat wie in den ägyptischen und anderen Angelegenheiten, so hätte er es doch kaum für möglich gehalten, daß er die englische Politik eine so klägliche Rolle würde spielen lassen.

Fürst Lobanow hat dem Kaiser gesagt, Europa verdanke Österreich und der Haltung Deutschlands den Frieden, weil England aus derselben habe ersehen müssen, daß es keine Freunde auf dem Kontinent habe. Diese Überzeugung habe offenbar einen großen Einfluß auf das Einlenken des britischen Kabinetts gehabt.

Dieses Einlenken gab dem Grafen Andrássy, den ich in Pest täglich gesehen habe, Veranlassung, mir vertraulich den Verdacht auszusprechen, daß die friedliche Auseinandersetzung in Asien, die er übrigens für eine partie remise erklärt, vielleicht durch englische Zusicherungen an Rußland auf anderem Gebiete erkauft sein könnte[1]; auch beklagt er es, daß das nützliche Gegengewicht, welches England bis jetzt in Zentralasien gegen die russische Macht ausgeübt[2], durch den jetzigen politischen Rückzug Englands gefährdet werden könnte[3].

Eure Durchlaucht kennen das alte Mißtrauen des ehemaligen Ministers des Äußern gegen Rußland. Ich habe mich ebenso wie Graf Kálnoky davon überzeugen können, daß er jetzt ruhiger über das Drei-Kaiser-Bündnis denkt, an welches er sich anfangs garnicht gewöhnen konnte; aber er verfolgt trotzdem mit eifersüchtiger Aufmerksamkeit jeden Schritt des Petersburger Kabinetts. Er erzählte mir, daß er dem verewigten Kaiser Alexander II. offen gesagt habe, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland sei nur möglich, wenn letzteres ein für allemal dem Traum, Konstantinopel zu besitzen, entsagte. Er habe damals die bestimmte Zusicherung dieses Monarchen erhalten, daß er dies nicht anstrebe, und Seine Majestät hätten ihm recht gegeben, als er in der Ausdehnung Rußlands bis zu den Dardanellen eine Gefahr für das Zarenreich selbst erblickte. Letzteres würde, wie

das Riesenschiff „der Präsident", mitten entzwei brechen und das Fahren auf zwei Wellen nicht aushalten.

Daß eine solche Ausbreitung dieses Kolosses für Österreich-Ungarn eine große Gefahr sei, der man mit allen Mitteln entgegenarbeiten müsse, das habe er damals dem Kaiser nicht verhehlt, und dies sei auch noch heute seine Ansicht; nur setze er hinzu, daß Deutschland hierbei ganz dasselbe Interesse habe wie Österreich-Ungarn. Er sei nicht mehr Minister des Äußern, aber er könne mir versichern, daß, wenn ein solches Gewitter am politischen Horizont aufsteigen, und wenn die Leitung der österreichisch-ungarischen Politik dies nicht begreifen sollte, er auf der äußersten Linken zu finden sein würde; er würde eine solche Regierung stürzen, weil er dabei die ganze ungarische Nation hinter sich haben werde.

Graf Kálnoky ist leidenschaftsloser als sein Vorgänger. Er glaubt fest an die Vertragstreue der jetzigen russischen Regierung, aber er schließt die Möglichkeit nicht aus, daß eine andere andere Ziele verfolgen könnte. Ein siegreicher Krieg Rußlands gegen England in Asien, wenn es dazu gekommen wäre, würde in ihm das Bedenken geweckt haben, daß das daraus hervorgehende Selbstbewußtsein und der russische Übermut[4] leicht mit den österreichisch-ungarischen Interessen am Bosporus und auf der ganzen Balkanhalbinsel kollidieren könnten, die darin zusammenzufassen sind, daß der status quo dort nicht gestört werde. Daß durch dies vergrößerte russische Prestige die ganze Slawenwelt in Gärung geraten werde, scheint ihm nicht die geringste Gefahr.

Wenn solche Gedanken in den vertraulichen Gesprächen, die ich mit dem Minister habe, zum Vorschein kommen, so ist er doch andererseits mit mir immer ganz und gar darüber einverstanden, daß die Allianz der drei Kaisermächte die einzig richtige Kombination ist, um den Frieden in Mitteleuropa aufrechtzuerhalten, und um einen festen Damm gegen die von Westen und Süden her drohende Revolution zu bilden.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] !

[2] ?

[3] et après?

[4] Geld? schon nach dem siegreichen Türkenkriege war Erholung das Bedürfniß

Nr. 776

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 17. Mai 1885

Der englische Botschafter teilte mir gestern mit, Lord Granville habe eine direkte Aufforderung an die russische Regierung gerichtet,

dahingehend, daß letztere nunmehr gemeinschaftlich mit der englischen die Bitte an Seine Majestät richten möchte, die Vermittlung über den bezüglich des afghanischen Arrangements zwischen beiden Mächten schwebenden Streitpunkt zu übernehmen. Von russischer Seite sei darauf geantwortet worden, man habe Grund anzunehmen, daß eine derartige Anfrage in Berlin nicht erwünscht sein würde: Der Kaiser Alexander wolle sich deshalb nicht an Seine Majestät wenden und lehne es ab, die deutsche Vermittlung in Anspruch zu nehmen.

Sir E. Malet drückte mir sein Bedauern über diese Wendung aus: er sagte, seine Regierung hätte ganz besonders lebhaft gewünscht, daß Seine Majestät den Schiedsspruch fällen möchte[1]; wenn Rußland sich aber nicht mit einem gleichen Wunsch an uns wendete, so müsse natürlich davon Abstand genommen werden.

Ich bestätigte dieses letztere Räsonnement als vollkommen richtig und fügte hinzu, daß uns russischerseits auch nicht die leiseste Andeutung über eine Neigung des Kaisers Alexander, unsere Vermittlung anzurufen, gemacht worden wäre, und daß wir auf einseitige Inanspruchnahme selbstverständlich nicht reagieren könnten.

Der englische Botschafter meinte, es würde Lord Granville immerhin sehr lieb sein, öffentlich darlegen zu können, daß er die deutsche Vermittlung angeregt[2] habe, und er beabsichtige, dies zu tun, sobald die Veröffentlichung angemessen sein würde. H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Worüber denn? doch nur über die ausgeschlossene Militairfrage?
[2] einseitig u[nd] geheim!

Nr. 777

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I.

Konzept

Berlin, den 27. Mai 1885

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät dürften in jüngster Zeit wiederholt in unseren Blättern Artikel der „Times“ erwähnt gefunden haben, in welchen mit einem gewissen Ungestüm an Deutschland die Zumutung gerichtet wurde, in dem afghanischen Konflikte als Friedensstifter aufzutreten. Dabei ist von der „Times“ und von französischen Blättern die Behauptung ausgesprochen worden, Deutschland wünsche, daß es zu einem Kriege zwischen England und Rußland komme, und die Aussichten auf Frieden hätten bei uns verstimmt.

Diese Behauptung, zu welcher weder die Haltung der Regierung Euerer Majestät noch die deutsche Presse Anlaß gegeben hat, ist bei der „Times“ dem Bestreben des Blattes zuzuschreiben, Mißtrauen gegen Deutschland zu wecken und eine Verbindung Englands mit Rußland und Frankreich in antideutschem Sinne anzubahnen. Dieselbe Politik wird von französischen, namentlich von den orléanisti-

schen Blättern betrieben. Allerdings Deutschland hat kein Interesse, Rußland zu hindern, wenn es die Beschäftigung, deren es für seine Armee bedarf, lieber in Asien als in Europa sucht. Wenn die seit dem Frieden von 1856 unbeschäftigten und in schlechten Friedensgarnisonen sich langweilenden und dem Nihilismus verfallenden russischen Heere 1877 nicht zu dem Kriege gegen die Türkei verwendet worden wären, würden sie gegen Österreich Beschäftigung gesucht und gefunden haben. Wenn die russische Armee unbeschäftigt ist, so ist sie eine Gefahr für die innere Sicherheit des Reiches und der Dynastie. Fehlt die Beschäftigung in Asien, so wird sie notwendig an der Westgrenze gesucht. Als in den jüngsten Tagen die Aussichten in Asien friedlich wurden, fand sofort eine Verstärkung der Artillerie und ein energischerer Betrieb der Befestigungen an der Westgrenze statt. Noch bedeutsamer aber ist folgende Erscheinung: Sobald Mr. Gladstone voreilig, wie Euere Majestät aus den letzten Berichten des Botschafters von Schweinitz ersehen haben — dem Parlamente am 12. d. Mts. die Mitteilung gemacht hatte, daß Lord Granville und der indische Minister sich mit dem Botschafter von Staal über eine Grenze verständigt hätten, mit der auch Lord Dufferin zufrieden sei, und deren Genehmigung seitens der russischen Regierung angeblich von einem Tage zum andern erwartet werde, wurden in der Presse verschiedener Länder Stimmen laut, welche den Wunsch und die Erwartung aussprachen, daß die Beilegung des afghanischen Konfliktes zu einer Entente und zu einem Bündnis zwischen Rußland und England führen werde. pp.

Diese Stimmen verdienen mehr Beachtung als gewöhnliche Zeitungsartikel, weil der darin ausgesprochene Gedanke eines englisch-russischen Bündnisses von der panslawistischen Partei, welche die eigentliche Trägerin der Idee des Krieges gegen Österreich und eventuell gegen Deutschland ist, gehegt wird und dem Programm Gladstones von Hause aus angehört. Käme diese englisch-russische Allianz zustande mit ihrer angeblich christlichen und antitürkischen, in der Tat panslawistischen und radikalen Richtung, so wäre derselben die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit nach Bedürfnis durch Frankreich zu verstärken, wenn die russisch-englische Politik bei Deutschland Widerstand fände; es wäre die Basis für eine Koalition gegen uns gegeben, wie sie gefährlicher Deutschland nicht gegenübertreten kann.

Es liegt daher für die deutsche Politik die Versuchung sehr nahe, zwischen Rußland und England lieber feindselige als zu intime Verhältnisse herbeizuführen. Wir haben derselben aber gewissenhaft widerstanden und nichts getan, um Kriegsaussichten zu fördern; aber wenn wir diese Enthaltsamkeit aus allgemeinen christlichen Erwägungen üben, so sind wir doch der deutschen Nation schuldig, alles zu vermeiden, was dahin führen könnte, daß wir England die russische Feindschaft abnehmen, indem wir sie uns selbst aufladen.

Um dies herbeizuführen, dazu würde schon der leiseste direkte oder indirekte Druck auf Rußland genügen, schon eine freundschaftliche Empfehlung, Frieden zu halten. Es ist zweifellos, daß Rußland sich auf einen Krieg mit England nicht einlassen wird, wenn es befürchten muß, während desselben von Deutschland oder Österreich bedroht zu werden. Die leiseste Andeutung dieser Möglichkeit würde hinreichen, um Rußland friedfertig gegen England zu stimmen, aber auch hinreichen, um das mühsam beseitigte Mißtrauen gegen uns wieder zu wecken und zu beleben und die russische Politik dazu zu bestimmen, ihre Spitze wieder ausschließlich gegen Westen zu richten. Aus diesem Grunde haben wir uns sorgfältig enthalten, auch nur die geringste Äußerung nach Petersburg gelangen zu lassen, welche als eine Pression oder auch nur als Wink hätte gedeutet werden können, daß Euere Majestät wünschten, Rußland möge Frieden halten.

Denn es ist unmöglich, zwischen zwei großen Mächten einen solchen Wunsch direkt oder indirekt anzudeuten, ohne daß er einen Anflug einer Drohung für den Fall der Nichterfüllung an sich trüge; selbst die freundschaftlichste Form würde ihn davon nicht freihalten können. Wenn daher von Euerer Majestät Regierung eine unbedingte Enthaltsamkeit in bezug auf alle Ratschläge zur Wahrung des Friedens beobachtet worden ist, so liegt darin nur die sorgfältige Pflege des eigenen Friedens und der eigenen nachbarlichen Beziehungen zu Rußland, auf welche die deutsche Nation rechnen darf, keineswegs ein Wohlgefallen an Zwistigkeiten und Kriegen, welche zwischen zwei uns befreundeten Staaten entstehen können, oder irgendeine ehrgeizige Berechnung, welche durch dergleichen Zwistigkeiten ihre Erfüllung finden könnte, sondern einfach die pflichtmäßige Schonung der glücklich wiederhergestellten freundlichen Beziehungen des Deutschen Reiches zu seinem östlichen Nachbar.

v. Bismarck

Nr. 778

Der Militärattaché in London Hauptmann Freiherr von Hoiningen genannt Huene an das Militärkabinett

Abschrift

J. Nr. 261 London, den 16. Juli 1885

Bericht über den Operationsplan der englischen Heeresleitung für den Fall eines Krieges mit Rußland — unter Annahme einer Kooperation der Türkei*.

In Fortsetzung des diesseitigen Berichts vom 11. d. Mts. J. Nr. 258, betreffend „die militärische Situation Englands und Rußlands in Asien",

* Der Bericht, welcher klar beweist, wie ernst die englisch-russische Kriegsgefahr 1885 gewesen ist, ist laut Immediatberichts des Staatssekretärs Grafen von Hatz-

bin ich in der Lage melden zu können, wie im Frühjahr d. Js. bei eventuellem Ausbruch des Krieges mit Rußland seitens der englischen Heeresleitung eine Offensive auf Tiflis beabsichtigt war.

Der betreffende Operationsentwurf basiert auf einer aktiven Beteiligung der Türkei am Kriege sowie einiger Kaukasusstämme (der Circassier sowie etlicher Stämme südlich des Gebirgskammes).

Landungsprojekte, Marschtableaux, Nachweisungen der aus dem Lande zu beschaffenden Transport- und Nahrungsmittel sind detailliert ausgearbeitet für eine Basierung quaestionierten Vormarsches in Richtung auf Tiflis:

1. auf das Schwarze Meer,
2. auf den Persischen Meerbusen bzw. Tigris.

ad 1. Landung bei Trebizond oder Poti, unter Demonstration gegen Odessa.

Als für eine Landung bei Trebizond sprechend werden angeführt: die einer Landung günstigen Uferverhältnisse daselbst, sowie der Umstand, daß die Landung voraussichtlich ungestört vom Feinde erfolgen könne. In bezug auf die Verteilung der zu landenden Truppen und Kolonnen in der Gegend von Trebizond ist in dem betreffenden Memoire gesagt, daß bei Tarabulus (Tripoli) das Gros der Infantrie und Kavallerie sowie die Feldartillerie zu landen sei; zu demselben Zweck, jedoch für geringere Stärken, eigne sich der Hafen von Platana. Bei Trebizond (Trapezunt) seien die Kolonnen auszuschiffen, bei Surmeneh wiederum Infantrie und Kavallerie.

Die Straße von Tarabulus und Trebizond auf Baiburt, und weiterhin über Erserum auf Tiflis sei für alle Waffen und Kolonnen gangbar, der Weg von Surmeneh nach Baiburt sei nur ein Bergpfad, brauchbar für Infantrie und einzelne Reiter.

Der Umstand, daß bei einem Vormarsch von Trebizond über Erserum auf Tiflis die Festung Kars zu nehmen sein würde, sowie die zurückzulegende Entfernung bis Tiflis, woselbst man erst auf stärkere Kräfte des Feindes zu stoßen glaubt, scheint der englischen Heeresleitung unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden starken Schiffsartillerie eine Landung bei Poti und Batum vorteilhafter erscheinen zu lassen. Rekognoszierungen genannter Orte, der Befestigungen daselbst, sowie der angrenzenden Küstenstrecke liegen vor.

ad 2. Basierung auf den Persischen Meerbusen bzw. Tigris.

Der Tigris ist von seiner Mündung bis Bagdad für Fahrzeuge bis zu 6' Tiefgang jederzeit schiffbar; auf dieser Strecke sind 8 Dampfer

---

feldt vom 19. Juli zusammengestellt aus den dem Freiherrn von Hoiningen zur Verfügung gestellten Berichten und Entwürfen des englisch-indischen Generalstabes.

sowie zahlreiche Segelschiffe vorhanden. Über Bagdad hinaus ist die Schiffahrt beschränkt.

Als für alle Waffen gangbare Straßen vom Tigris in Richtung auf Erserum und Tiflis sind englischerseits rekognosziert:

1. eine Straße von Bagdad im Tigristal aufwärts bis Tif, dann über Bitlis bis Erserum;

2. von vorstehender Straße eine Abzweigung bei Elkosh (nördlich Mossul) über Dilman, Nakhitschewan, Eriwan nach Tiflis;

3. eine Straße von Bagdad — den Urumiahsee östlich umgehend — über Täbris nach Nakhitschewan;

4. eine Querverbindung zwischen den sub 2 und 3 genannten Straßen von Souk nach Dilman.

Als aus klimatischen Rücksichten zu wählender Zeitpunkt für die Eröffnung eines Feldzuges in der in Rede stehenden Gegend wird der Monat Februar genannt.

Den Marschtableaux vom Schwarzen Meer bzw. Persischen Meer auf Tiflis ist zugrunde gelegt eine Truppenstärke von:

30 000 Mann englischer Truppen, gelandet am Schwarzen Meer,

100 000 Mann regulärer türkischer Truppen, teils ebendaselbst gelandet, teils per Fußmarsch aus kleinasiatischen Garnisonen kommend,

95 000 Mann irregulärer türkischer Truppen und Kaukasusstämme,

60 000 Mann englisch-indischer Truppen aus Indien, von Bagdad aus vormarschierend.

Da die Stärke der englisch-indischen Feldarmee sich auf rund 43 000 Mann beziffert, wie im diesseitigen Bericht vom 11. d. Mts. J. Nr. 258 gemeldet, so dürfte auf eine ausgedehnte Verwendung von Volunteers zu Besatzungszwecken in Indien behufs Erreichung des vorstehenden Plus gerechnet sein.

Die Verwendung der englisch-indischen Truppen auf diesem Kriegstheater basiert auf der Annahme, daß Afghanistan imstande ist, einen russischen Vormarsch gegen Indien wirksam aufzuhalten.

Da man in leitenden militärischen Kreisen von dieser Ansicht jedoch immer mehr abkommt, so dürfte auf eine Verwendung vorstehender 60 000 Mann englisch-indischer Truppen in Richtung Bagdad-Tiflis nicht zu rechnen sein.

Ob die Beteiligung türkischer Truppen am Kriege auf tatsächlichen Abmachungen oder begründeten Annahmen beruht, war zur Zeit nicht zu ermitteln.

(gez.) Freiherr von Hoiningen genannt Huene

Kapitel XXIII

Deutsch-Englische Beziehungen 1885—1888 (Annäherung von 1885, Koloniale Schwierigkeiten und ihr Ausgleich)

Nr. 779

Der Botschafter in London Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 174 London, den 26. Juni 1885

Lord Salisbury* empfing das diplomatische Korps heute. Er war sehr freundschaftlich und betonte, daß es ein leitender Grundsatz der konservativen Partei sei, ein gutes Einverständnis mit Deutschland zu erhalten und zu pflegen.

Lord Salisbury bat mich, Euerer Durchlaucht zu sagen, daß er hoffe, daß seine Vergangenheit dafür bürgen werde, daß er tun werde, was er könne, um ein solches Verhältnis herzustellen und zu erhalten, wie es zu Lord Beaconsfields Zeit bestand.

Was die allgemeine Lage betrifft, so sprach Lord Salisbury die Hoffnung aus, daß eine Verständigung mit Rußland über die afghanische Frage** bald sich werde erreichen lassen. pp.

Münster

Nr. 780

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Bucher

Nr. 117 Berlin, den 29. Juni 1885

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 174*** ersuche ich Ew., dem Lord Salisbury sagen zu wollen, der Herr Reichskanzler ließe ihm für seine Äußerung danken und hätte mit lebhafter Befriedigung davon Kenntnis erhalten, daß das neue Ministerium an der konservativen Tradition

* Lord Salisbury hatte nach dem am 8. Juni 1885 erfolgten Sturz des Kabinetts Gladstone die Bildung des neuen toryistischen Ministeriums übernommen.

** In den ersten Monaten des Jahres 1885 war es wegen der afghanisch-russischen Grenze zu ernsten Mißhelligkeiten zwischen England und Rußland gekommen, dergestalt, daß die englische Regierung sich in der zweiten Hälfte April vom Parlament hohe Kriegskredite bewilligen ließ. Indessen ließ die Spannung seit dem Mai wieder nach, und als das Kabinett Salisbury ans Ruder kam, war wesentlich nur noch die Frage des Sulfikarpasses zwischen den beiden Regierungen strittig. Vgl. Kap. XXII.

*** Siehe Nr. 779.

eines guten Einvernehmens mit Deutschland festhalten werde. Ein solches entspreche auch nach seiner Auffassung den Interessen beider Staaten, und er erinnere sich gern der Zeit, da er mit Salisbury in direkten freundschaftlichen Beziehungen gestanden habe.

H. Bismarck

Nr. 781

Der Botschafter in London Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 176 London, den 29. Juni 1885

Telegramm Nr. 117* erhalten und habe Inhalt Lord Salisbury sogleich mitgeteilt. Lord Salisbury war sichtlich darüber erfreut und sagte mir, er danke aufrichtigst für diese ihm so willkommene Mitteilung und denke stets an einen Ausspruch des Fürsten von Bismarck, daß der Frieden Europas gesichert sei, wenn Deutschland, England und Österreich zusammenhielten.

Münster

Nr. 782

Der englische Premierminister Lord Salisbury an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

London, July 2. 1885

Sir

I have so lively a recollection of the kindness which Your Highness showed to me at Berlin in the years 1876** and 1878, that I venture to take the advantage of Baron von Plessen's journey to send these few lines to call myself to Your remembrance.

I have asked him to communicate to Your Highness my own convictions as to the future of English politics, which may aid you in forming a judgement, and perhaps may tend to restore the good understanding between the two countries which we value as of supreme importance, but which in recent times has been slightly clouded. I think you may reasonably count on a continuity of policy in this matter.

I do not know what the real intentions of the Russian Cabinet are: but our wish is distinctly for peace. To speak candidly, our railroad towards Candahar will not be finished for two years; and I believe Russia is in precisely the same condition. We have both, there-

---

* Siehe Nr. 780.

** Vgl. Bd. II, Kap. X, Nr. 262, 263.

fore, the strongest interest to keep the peace for that time, if no longer: but I hope it may be for much longer.

I am very anxious to bring out the nine millions loan*, as many persons are suffering, and much embarrassment is caused for want of it. I commend heartily to Your Highness' consideration the suggestions on this subject which I have made through the Ambassador.

With the highest respect
I have the honour to remain
Your Highness' obedient humble Servant
Salisbury

Nr. 783

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den englischen Premierminister Lord Salisbury

Unsigniertes Konzept

Berlin, July 8. 1885

Dear Lord Salisbury,

I had the honour to receive your kind note and the friendly messages you sent me through Baron Plessen. It was a great pleasure to me to see by your own words that our former personal intercourse which I am glad to renew, has left with either of us the same sympathetic recollection.

As to politics I have not the slightest doubt that the traditional friendly relations between the two dynasties as well as between the two nations will give sufficient security for settling every existing or arising question in a conciliatory way.

Our colonial questions are to my great satisfaction nearly regulated and their final settlement is close at hand.

I hope I shall be able to comply in some way or other with your wish concerning the bringing out of the Egyptian loan. You may rest assured that I shall do my best to promote any arrangement that may be satisfactory to you. The suggestions made by your Ambassador to which you refer in your letter will receive an official reply in that sense. I refrained from submitting a bill on the subject during the last weeks before the recess of Parliament, because the chances of acception then appeared doubtful and still are not secure. But as far as can be done without encroaching on Parliamentary rights I am

* Die am 17. März 1885 von den Großmächten und der Türkei unterzeichnete ägyptische Finanzkonvention sah eine von den Mächten zu garantierende Anleihe bis zu dem Betrage von 9 Millionen Pfd. Sterl. vor. Die deutsche Regierung vertrat aber zunächst den Standpunkt, daß diese Konvention erst dann zur Ausführung gebracht werden dürfe, wenn das Abkommen von sämtlichen Parlamenten genehmigt sei.

prepared to meet your wishes, either by ratifying under reservation or by not opposing any expedient that may suit your purpose without implying our direct participation.

In the Afghan question it is gratifying to me to believe in the peaceful dispositions of both Governments; for a war between Russia and England, to both of whom we are united by ties of kindred and friendship, would be a political danger and an immense calamity for the material interests of Europe.

Nr. 784

Der Geheime Regierungsrat Graf Wilhelm von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Privatbrief. Abschrift

London, den 19. August 1885

pp. Ich knüpfte hierbei an Churchills* neulichen Wunsch an, einen appui von unserer Seite gegen Rußland zu erhalten, und setzte ihm meinem Auftrage entsprechend unsere Situation auseinander, ohne zu erwähnen, daß ich einen solchen Auftrag hätte. Ich sagte ihm, daß unsere Regierung, und vornehmlich Du selbst, große Sympathie für England hättest, und daß das in unserer Politik der letzten Jahre stets zum Ausdruck gekommen wäre, abgesehen von den kolonialen Mißverständnissen des letzten Jahres. Wir würden deshalb England in allen Dingen auch jetzt gern behülflich sein. Nur könnten wir dafür unsere guten Beziehungen zu Rußland nicht opfern. Unsere Grenze gegen Osten sei zu lang, als daß wir uns der Gefahr aussetzen könnten, bei einem Kriege mit Frankreich die Hälfte unserer Armee zu deren Schutz verwenden zu müssen. Man würde dieser Eventualität mit mehr Ruhe entgegensehn können, wenn eine Garantie für die englische Freundschaft zu leisten wäre. Churchill hätte mir selbst gesagt, daß bei den Wahlen ein Sturz des jetzigen Kabinetts durchaus nicht ausgeschlossen wäre, und wir könnten uns sonach nach Verlauf von drei Monaten wieder einer gänzlich veränderten Haltung Englands gegenüber befinden. Wir würden dann Rußlands Freundschaft verloren und die englische nicht gewonnen haben.

Churchill gab zu, daß diese Gefahr existiere, aber nicht, daß sie so drohend sei, wie ich sie darstellte. Der Einwand, den ich machte, passe auf jedes Land mit einer parlamentarischen Regierung in seinen auswärtigen Beziehungen zu allen andern Ländern[1]. Eine ganz sichere Politik lasse sich niemals machen, es gäbe Gefahren, die ein Staatsmann riskieren müsse. Wenn wir wieder zum Kriege mit Frankreich

* Lord Randolph Churchill stand im ersten Kabinett Salisbury dem indischen Departement vor.

kämen — den Churchill ebenso sicher kommen sieht als den zwischen Rußland und England —, so würde England stark genug sein, um Rußland zu verbieten, daß es uns angreife, und andrerseits würde uns die englische Flotte unsere Kolonien gegen die französische schützen können, wozu unsere eigene zu wenig zahlreich sei. Ein Kabinettswechsel nach den Wahlen sei sehr leicht möglich und für die konservative Partei sogar ganz nützlich, da sie sich in der Opposition besser befinden würde als in der Regierung. Das Kabinett werde aber kein radikales sein, sondern ein gemäßigtes liberales oder ein Koalitionsministerium, und das würde schon an sich freundlich gegen uns sein. Außerdem würde die konservative Partei, welche sich von 250 auf 280 verstärken würde, gerade in der Opposition einen so starken Druck auf die Regierung üben können, daß diese nicht imstande wäre, eine Politik zu verfolgen, die der konservativen diametral entgegenstände. Ich äußerte meinerseits Zweifel an dieser Macht, denn wenn die Majorität des Kabinetts auch eine geringe wäre, so müßte sie doch, um dasselbe lebensfähig zu halten, überhaupt vorhanden sein, und das sei schließlich für den Gang der Politik entscheidend. Churchill meinte aber, daß eine antideutsche Politik niemals die ganze große liberale Partei hinter sich haben könnte, und daß wir deshalb immer sicher sein würden, wenn die konservative Partei entschlossen für Freundschaft oder gar Bündnis mit Deutschland einträte. — Nachdem ich dann noch unsere Dankbarkeit für die Unterstützung in Sansibar erwähnt, gratulierte ich ihm zu der Idee, in Ägypten mit Unterstützung des Sultans vorzugehn, und wies ihn darauf hin, wie das von jeher nach Deiner Ansicht das einzig Richtige gewesen, und sagte, daß die englischen Schritte beim Sultan gern von Deutschland unterstützt werden würden. Churchill nahm das dankend an, sagte aber, daß Ägypten ihm weniger am Herzen läge. In Konstantinopel seien zwar russische und französische Intrigen zu fürchten und deshalb der deutsche „support“ dort sehr angenehm. Die drohende Lage für England läge aber in Asien, und zwar nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Persien. In Persien seien die russischen Machinationen noch bedenklicher als in Afghanistan, weil Persien von England in materieller Weise nicht unterstützt werden könne, und der „moralische“ appui keinen großen Wert habe. Es würde ihm, Churchill, erwünscht sein, wenn die Integrität Persiens von Deutschland und England zusammen garantiert würde, und das ganze settlement in Persien, wie der Ausbau der Eisenbahnen pp. in deutsche Hände käme. — Ich erwiderte ihm darauf wieder, daß der russische Kaiser solche Abmachung als Spitze gegen Rußland ansehn würde, und daß dagegen dieselben Argumente sprächen, die ich vorhin angeführt. — Churchill trat darauf an die Karte, zeigte mir auf derselben die russischen Ansprüche und den Wert, den Sulfikar für Rußland hätte, weil es ihm ermöglichte, die beiden Angriffskolonnen, die in den Tälern der beiden großen Flüsse auf

Afghanistan marschieren würden, in Verbindung miteinander treten zu lassen. Herat sei der Schlüssel von Indien und werde auch dort allgemein als solcher angesehn. Er, Churchill, würde keinen Augenblick anstehn, wegen Herat Krieg zu führen, und sei sicher, daß die Russen total geschlagen werden würden. Die Russen könnten den Engländern garnichts tun. England aber hätte als Angriffsobjekt Wladiwostok und das Schwarze Meer (!), und die Turkmenen seien mit Leichtigkeit zu revoltieren. Ein Krieg würde England einen guten turn geben, wenn auch jetzt die Majorität des Volks nicht kriegerisch gesonnen sei.

Ich hoffte, sagte ich, daß der Krieg vermieden werden würde, so wie wir bisher schon 15 Jahre lang den drohenden französischen Krieg umschifft hätten. Für uns wäre ein russisch-englischer Krieg eine Kalamität, da wir Freunde von beiden bleiben wollten.

Churchill erkannte das an. pp.

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck in Abschrift:
[1] Es sind aber nur England, Frankreich, Italien.

Nr. 785

Der Botschafter in London Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 302 London, den 3. Oktober 1885

pp. Lord Salisbury empfing mich gestern auf das freundschaftlichste. Er sprach in warmen Worten seine Befriedigung aus über unsere jetzigen guten Beziehungen und betonte, daß er Eurer Durchlaucht wirklich dankbar dafür sei. Er hoffe, daß das gute Verhältnis zu Deutschland, wie es alle vernünftigen Menschen in England wirklich wünschten und im Interesse beider Nationen liege, und welches momentan durch die Fehler der früheren Regierung etwas getrübt zu sein schien, sich immer mehr befestigen werde. pp.

Münster

Nr. 786

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt* an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 322 London, den 9. November 1885

Lord Salisbury hat mich heute im Foreign Office empfangen und sich ausführlich über die bulgarische Frage** mit mir unterhalten. pp.

---

* Nachfolger des nach Paris versetzten Grafen Münster seit November 1885.
** Vgl. Bd. V, Kap. XXX ff.

Am Schluß unserer Unterredung versicherte Lord Salisbury wiederholt, daß er den lebhaftesten Wunsch hege, unsere gegenseitigen Beziehungen immer inniger zu gestalten, und daß er meine Bemühungen in diesem Sinn nach Kräften unterstützen werde. Man dürfe nur nicht vergessen, daß wir hier in einem parlamentarischen Lande lebten, in welchem die Regierung leider auch in der äußeren Politik durch tausend Rücksichten auf die öffentliche Meinung beengt sei. Er ließ dabei die Bemerkung fallen: „Vous comprenez que dans la question bulgare nous ne pouvons pas nous donner l'apparence d'être entièrement à la remorque de la Russie, — pas même à la remorque des trois Empires."

Im ganzen habe ich aus dieser Unterredung den Eindruck, daß Lord Salisbury den Frieden will, namentlich mit uns auf gutem Fuß zu stehen wünscht, daß ihn aber die bulgarische Frage, deren mögliche Tragweite er nicht verkennt, für den Augenblick viel weniger interessiert[1] als die Wahlen, von welchen seine Erhaltung am Ruder abhängt. Er hat die Überzeugung, daß die öffentliche Meinung kein Einschreiten in Ostrumelien will, weil sie an eine nationale Erhebung dort glaubt, und daß die Zustimmung Englands zu jeder Maßregel, die im Sinne der Vergewaltigung ausgelegt werden könnte, ihm und seiner Partei nachteilig sein würde. Durch diese Erwägung wird voraussichtlich seine Haltung in jedem einzelnen Falle fürs erste und bis zum Ausfall der Wahlen bestimmt werden. P. Hatzfeldt

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Natürlich

Nr. 787

Aufzeichnung des Vortragenden Rates im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 13. November 1885

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Grafen Hatzfeldt zu antworten, wir begriffen vollständig die Situation Lord Salisburys, wie sie am Schlusse des Berichtes appreziiert wäre, und fänden es natürlich, daß er gegenwärtig seine Politik hauptsächlich auf den Eindruck in England zuschnitte. Wir wünschten ihm dabei den besten Erfolg, müßten aber für unsere Politik in erster Linie die Sicherheit des Deutschen Reiches vor Kriegen und Koalitionen ins Auge fassen, und dies erforderte die vorsichtige Pflege unserer Beziehungen zu Österreich und Rußland und die Verhütung des Bruches zwischen diesen beiden, weil dieser uns in die schwierige Lage der Parteinahme für einen der beiden bringen würde, während unser Interesse verlangte, daß wir mit beiden in Frieden lebten. Dies wäre namentlich der Fall, weil die Stimmung in Frankreich wie von jeher, so auch jetzt von der Art wäre und bliebe,

daß wir bei jeder ernsten Verwicklung, die uns im Osten drohen könnte, die Beteiligung Frankreichs gegen uns in Aussicht nehmen müßten, und das um so sicherer, je mehr die Aussichten einer monarchischen Restauration in Frankreich sich konsolidierten.

Lord Salisbury möchte es deshalb nicht als Mangel von Entgegenkommen für England auslegen, wenn wir nach unserer geographischen Situation in Europa und nach unseren geschichtlichen Erfahrungen vor allen Dingen auf Verhütung europäischer Koalitionen gegen uns Bedacht nähmen. Dieselben Gründe, die Lord Salisbury mit Recht für die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung in England durch seine auswärtige Politik anführte, machten es auch für uns schwierig, die Politik Englands für die Zukunft mit Sicherheit zu berechnen; namentlich seit Gladstone den Versuch gemacht hätte, im Widerspruch mit allen englischen Traditionen die französisch-russische Anlehnung gegen Deutschland und Österreich zu erstreben, ohne jede Provokation von Seiten der beiden letzteren. Die Konsequenz dieses politischen Fehlers und des Verlassens der alten englischen Traditionen sei notwendig die Unsicherheit in dem Vertrauen, das wir auf die Dauer zu der englischen Politik haben könnten. Solange Lord Salisbury am Ruder wäre, würde das vorhanden sein, und wenn wir eine Sicherheit für die Dauer der konservativen Regierung hätten, auch dauernd. Aber die Möglichkeit eines plötzlichen Wechsels in der englischen Frontstellung müßte uns sehr vorsichtig machen.

Graf Hatzfeldt möchte zu Lord Salisbury im Sinne des Vorstehenden sprechen und hinzufügen, wir glaubten nicht, daß für Österreich die künftige Entwicklung der Türkei, wie sie auch sein möge, eine verhängnisvolle und unerträgliche sein könnte. Der Herr Reichskanzler glaubte im Gegenteil, daß die Verständigung zwischen Österreich und Rußland über die Zukunft der Türkei und auch Konstantinopels nicht schwer wäre; dagegen würde für uns ein Bruch zwischen den beiden Kaisermächten eine große Verlegenheit sein, die wir unter allen Umständen zu verhüten bestrebt wären. pp.

C. Rantzau

Nr. 788

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck.

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 5. Dezember 1885

Da ich keine Gelegenheit habe, Lord Salisbury, der auf dem Lande ist, vor Abgang des heutigen Feldjägers zu sehen, so bin ich nicht in der Lage, ihm Berichte mitzugeben. pp.

Besonders frappiert hat mich meine Unterhaltung mit Randolph Churchill, weil er von allen, die ich bis jetzt gesehen habe, der einzige

ist, der in die Zukunft sieht, wirkliche Ideen hat, sie mögen richtig oder falsch sein, und eine bestimmte Politik zu verfolgen scheint. — Sein Wunsch wäre, wie Sie wissen, eine Allianz mit Deutschland, und er bedauert lebhaft, daß sie nicht zustande gekommen ist. Er sprach mir von der Korrespondenz zwischen dem Herrn Reichskanzler mit Salisbury* als von ihm und zu diesem Zweck inspiriert. „A nous deux[1] nous pourrions gouverner le monde. Mais vous n'avez pas voulu[2].“ Ich suchte ihm klar zu machen, daß kein deutscher Staatsmann ohne weiteres die Gefahr laufen könne, sich die Feindschaft Rußlands und dazu einen französischen Angriff zuzuziehn. Unsere Lage sei eben eine ganz andere als die Lage Englands, und das müßte er berücksichtigen. Dazu komme aber, daß die hiesigen parlamentarischen Institutionen und die daraus hervorgehende Unsicherheit keine hinreichende Garantie gewähren könnten, daß eine hier eingegangene Verpflichtung auch von dem Nachfolger in der Regierung respektiert und festgehalten würde. In welcher Lage wären wir, wenn wirklich der Reichskanzler damals[2], als jene Korrespondenz mit Salisbury stattfand, auf eine Allianz eingegangen wäre, und jetzt bei den Wahlen Gladstone wieder an die Spitze der Regierung käme? — Randolph Churchill erwiderte mit Lebhaftigkeit, daß gerade die Allianz mit Deutschland, die ein ungeheurer Erfolg für die Konservativen gewesen wäre, letztere auf Jahre hin[2] befestigt und Gladstone unmöglich gemacht haben würde. In diesem dauernden Erfolg der Konservativen würden wir grade die Garantie gefunden haben, deren wir bedürften. — Heute stehe die Sache anders. Statt des Erfolgs, die Allianz mit uns zu begründen, habe die konservative Regierung zu verzeichnen, daß wir England die Durchfahrt durch die Dardanellen verschlossen hätten, statt sie ihm zu öffnen, und dieser Mißerfolg habe der Regierung schaden müssen.

In bezug auf die rumelische Frage** ist R. Churchill mit Salisbury insofern nicht ganz einverstanden, als letzterer sich nach seiner Meinung zu sehr en avant gesetzt hat. Churchill hat lediglich Indien im Auge und geht davon aus, daß England zwei Jahre noch braucht, um dort unangreifbar zu sein (er bat mich dringend, von diesen Daten keinen Gebrauch zu machen). Deshalb ist nach seiner Meinung jeder Konflikt im Balkan mit Rußland zu vermeiden, und dies hält er für leicht, da England dort durchaus kein wesentliches Interesse habe, die Wahrnehmung seiner Interessen gegen Rußland auch ruhig Österreich überlassen könne. Letzteres müsse diese Rolle schließlich übernehmen, es möge heute wollen oder nicht. — Aus diesen Gründen mache er, Churchill, seinen ganzen Einfluß bei Salisbury dafür geltend, daß man prinzipiell zwar den eingenommenen Standpunkt, Achtung der

---

* Siehe Nr. 782 und 783.
** Vgl. Bd. V, Kap. XXX.

nationalen Bestrebungen, wahre, was wegen der öffentlichen Meinung notwendig sei, faktisch aber Rußland gewähren lasse.

Hiermit stimmt wieder eine Äußerung Lord Salisburys überein, der mir neulich sagte, wenn die Türken wirklich in Ostrumelien einrückten, müsse England natürlich seinen Standpunkt wahren, behalte sich auch das Recht der Ratschläge vor, werde aber selbstverständlich keinen Mann aufstellen, um es zu hindern.

Das Recht der Ratschläge hat er bereits ausgeübt, indem er Rustem Pascha* eindringlich vor Blutvergießen in Ostrumelien gewarnt hat, wie mir scheint nicht ohne Erfolg. Aus den Äußerungen des türkischen Botschafters habe ich, obwohl er sich darüber nicht deutlich aussprach, auch den Eindruck, daß ihm der Gedanke wieder nahe gelegt wird, daß direkte Verhandlungen zwischen der Pforte und Fürst Alexander am besten zur Verständigung führen würden.

Solange ich keine andere Instruktion erhalte, werde ich fortfahren, vertraulich dahin zu wirken, daß Lord Salisbury sich auf Grund irgendeiner Formel noch den andern Mächten anschließt. Es scheint mir, daß dies in unserm Interesse liegt. Nicht nur ist England ein nützliches Gegengewicht, und seine Gegenwart am grünen Tisch macht einseitige Beschlüsse, die unbequem sein könnten, unmöglich, aber — und dies scheint mir das wichtigste — es muß dann sein Interesse selbst wahrnehmen und darauf verzichten, Österreich — wie Randolph Churchill es offen ausspricht, und Salisbury es denkt — in das Vordertreffen und damit in einen Antagonismus mit Rußland zu drängen.

Die Wahrnehmung, daß in russischen Kreisen sich die Stimmung zugunsten des Fürsten Alexander geändert hat, habe ich hier auch machen können. Die Herrn der russischen Botschaft sprechen sich ziemlich offen darüber aus.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Reicht nicht
[2] ?

Nr. 789

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Unsigniertes Diktat

Berlin, den 9. Dezember 1885

Die Äußerung Lord Randolph Churchills bezüglich einer Allianz** mit Deutschland verstehe ich nicht: es ist mir nie ein Angebot gemacht, das ich hätte ablehnen können. Die Korrespondenz zwischen

---

* Türkischer Botschafter in London.
** Vgl. Nr. 788.

Lord Salisbury und mir hat sich auf je einen Brief beschränkt*; meine Antwort auf seinen mir im Juni durch Baron Plessen überbrachten Brief war vom 8. Juli und ist, soviel ich weiß, Ew. pp. aus den diesseitigen Akten bekannt. Es ist darin nicht im entferntesten die Rede von einer Ablehnung. Die Äußerung Churchills „à nous deux nous pourrions gouverner le monde" kann ich nicht akzeptieren: wir sind à nous deux dazu nicht stark genug, sondern brauchen eine dritte Macht; als solche war Österreich naturgemäß gegeben: die englische Politik hat das aber nicht verstanden oder nicht verstehen wollen und sich in frivoler Weise Österreich entfremdet. Die Schlußworte Churchills „mais vous n'avez pas voulu" sind einfach eine Erfindung, da uns die Allianzfrage nie gestellt ist. Wenn Euere Exzellenz noch einmal mit Lord Randolph Churchill über diese Frage sprechen, so wird es nützlich sein, ihn über seinen Irrtum aufzuklären und ihm zu sagen, daß, um ein dauerndes Bündnis mit England herzustellen, ein Gesetz notwendig sein würde, welches schwerlich die Zustimmung des englischen Parlamentes erhalten würde: ohnedem würde sich nichts erreichen lassen als ein Ministerialbündnis, welches nur das Resultat haben würde, daß wir solange als Vorspann zu dienen hätten, wie man uns braucht. Ein Bündnis macht man überdies nicht in der Weise, daß man es etwa mit der Verkündigung proklamiert: „Man wäre bereit, mit einem anderen durch dick und dünn zu gehen." Ein solches kann sich immer nur faktisch durch gemeinsame Politik bilden, namentlich mit einem Lande, dessen auswärtige Politik von Ministerwechseln abhängt; ohnedem bleibt die Idee der Proklamierung nur ein Luftschloß; wir könnten nicht darauf eingehen, ohne sofort einen Bruch mit Rußland-Österreich zu riskieren, wobei dann die Feindschaft Frankreichs nicht fehlen könnte, und einer solchen Koalition gegenüber würde Deutschland nach der englischen Auffassung wohl etwa die Rolle zu spielen haben, die Churchill jetzt Österreich zudenkt, d. h., daß es englische Politik auf eigene Kosten zu machen hätte. Die Zumutung, die Churchill Ew. pp. gegenüber an Österreich stellt, ist doch wirklich naiv, und ich kann mir nicht denken, daß die englische Regierung tatsächlich annimmt, Österreich werde so töricht sein, sich für England zu ruinieren: gerade die Kurzsichtigkeit, die in dieser Sorte Politik liegt, daß man den durch Gleichheit der Interessen gegebenen Bundesgenossen erst verbrauchen will, ohne ihn zu unterstützen und ohne zu wissen, wie man nachher ohne ihn weiter operieren soll, muß bei einer Anlehnung an England sehr vorsichtig machen; wenn England die österreichische Politik in der Richtung der eigenen englischen, also im Schutz von Konstantinopel gegen Rußland energisch und zuverlässig unterstützt hätte, so würde auch Österreich die Deckung seiner Interessen wahrscheinlich lieber im Bunde mit England wie

* Siehe Nr. 782 und 783.

mit Rußland gesucht haben. Bei der Neigung Englands, Österreich vorläufig zu verbrauchen und sich dann etwa nach Gladstoneschem Programm mit Ministerwechsel auf Kosten Österreichs mit Rußland zu verständigen, halte ich für eine ungeschickte Finesserie und kann sie deshalb nicht mitmachen. Wenn England klare und feste Ziele hätte und vor allem den Mut, sich öffentlich dazu zu bekennen, so würde es jedes Bündnis finden, welches es brauchen könnte, aber wenn zu den parlamentarischen Schwankungen noch Mangel an Entschlossenheit und Aufrichtigkeit kommt und die Neigung, den Bundesgenossen mit einer gewissen egoistischen Bauernfängerei zu verbrauchen, so sieht sich jeder vor.

Es wird zweckmäßig sein, wenn Ew. pp. sich auch anderen englischen Staatsmännern gegenüber bei Gelegenheit in diesem Sinne aussprechen und dabei hinzufügen, daß in den heutigen parlamentarischen Zuständen aller Länder die Rücksicht auf die öffentliche Verantwortlichkeit auch in den kontinentalen Staaten die Machthaber vorsichtiger macht, als sie früher waren, und die Möglichkeit beschränkt, die Kräfte des Landes je nach der Stimmung seiner Regierung auch für andere Interessen als die der eigenen Nation einzusetzen: solange England für gemeinsame Interessen nicht gemeinsam fechten will, ohne erst den Bundesgenossen ins Feuer zu schicken, wird es Bündnisse schwerlich finden.

Lord Randolph Churchill irrt sich vollkommen, wenn er annimmt, daß die auswärtige Politik auf die neuen ländlichen Wähler irgendeinen Eindruck macht; ebenso vergißt er, daß das liberale Ministerium im Amt war, als im vorigen Frühjahr der Konflikt zwischen Rußland und England akut zu werden drohte, und die Frage der Schließung der Meerengen diskutiert wurde; wir würden, wenn wir zur Zeit Mr. Gladstones den Sultan zur Verletzung der Dardanellenverträge hätten aufmuntern wollen, uns zwar mit Rußland überworfen, die Konservativen aber, die damals in England noch gar nicht am Ruder waren, die kommunistisch-radikale neue Wählerklasse auch nicht gewonnen haben: diese Wähler wissen schwerlich, wer die Dardanellen sind. Österreich ist nicht stark genug, den Schutz Konstantinopels gegen Rußland allein zu übernehmen, und wir haben kein Interesse an der Frage, solange Rußland sich eines Angriffs auf Österreich enthält; es bleibt den Österreichern also garnichts anderes übrig als die Verständigung mit Rußland, solange sie nicht bei ihrem Widerstande auf Englands Bündnis von Hause aus rechnen können wie im Krimkriege; wenn Österreich für andere Zwecke als zu seiner Verteidigung fechten will, so würde es, wie ich ganz vertraulich bemerke, unseren Beistand dazu nicht haben; auf den Englands hat es aber gerechten Anspruch, wenn es für Interessen kämpft, die gleichzeitig auch Englands sind*.

* Vgl. auch Kapitel XXV „Verhandlungen über eine Entente zwischen England und Österreich 1886".

Nr. 790

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 298 Berlin, den 19. März 1886

pp. Wir glauben sowohl in der Sansibarangelegenheit* als in der Samoafrage**, über welche Ew. pp. unter dem heutigen Datum ein besonderer Erlaß zugeht, die Wahrnehmung zu machen, daß die englischen Vertreter im Auslande es für ihre Aufgabe halten, das Mißtrauen der einheimischen Herrscher in unzivilisierten überseeischen Gebieten gegen uns wachzurufen und uns in unsern kolonialen Bestrebungen Hindernisse in den Weg zu legen.

Nach den vielfachen freundschaftlichen Versicherungen, die wir sowohl unter dem Ministerium Salisbury*** als auch neuerdings von Lord Rosebery erhalten haben, können wir nicht annehmen, daß dies Verhalten den Intentionen des Auswärtigen Amts in London entspricht oder auf Weisungen zurückzuführen ist, welche das Colonial Office den britischen Agenten in überseeischen Gebieten erteilt.

England hat einen so gewaltigen Kolonialbesitz in allen Weltteilen, daß es schwer verständlich sein würde, wenn es den verhältnismäßig bescheidenen Kolonialanfängen des ihm stammverwandten deutschen Volkes Mißtrauen und Übelwollen entgegensetzen und seinen traditionellen Einfluß in überseeischen Ländern benutzen wollte, um unsere dortigen Unternehmungen zu kreuzen. Soweit es sich hier um kaufmännische Konkurrenzbefürchtungen handelt, werden wir es den Beteiligten überlassen können, sich gegenseitig den Rang abzulaufen und mit den im wirtschaftlichen Leben überhaupt gebräuchlichen Mitteln zu befehden. Die Sachlage gewinnt jedoch eine veränderte Gestalt, wenn wir sehen, daß die amtlichen Vertreter Englands im Auslande sich an die Spitze deutschfeindlicher Agitationen stellen und unter halb barbarischen Völkern Verdacht und Mißtrauen gegen die Absichten Deutschlands und seiner Angehörigen hervorzurufen suchen. Wir haben hierfür urkundliche Beweise in Sansibar gehabt, und Konsul Powell scheint jetzt in ähnlicher Weise auf den Samoainseln verfahren zu wollen. Die

---

* Über die Anfänge der Sansibar-Angelegenheit vgl. A. Zimmermann, Geschichte der Deutschen Kolonialpolitik (1914), S. 113 ff. Die Festsetzung der strittigen Grenzen der Besitzungen des Sultans von Sansibar war seit dem Spätherbst 1885 einer Kommission übertragen, an der von deutscher Seite Dr. Schmidt, von englischer Oberstleutnant Kitchener, von französischer der Generalkonsul Patrimonio teilnahmen.

** Über die Anfänge der Samoa-Angelegenheit vgl. A. Zimmermann, a. a. O., S. 288 f.

*** Das Ministerium Salisbury hatte nach kurzem Bestand Ende Januar 1886 wiederum einem Kabinett Gladstone Platz gemacht, in dem Lord Rosebery das Auswärtige, Lord Granville die Kolonien übernahm.

sich immer wiederholenden Reibereien zwischen den englischen und deutschen Konsularbeamten wirken verstimmend auf das ganze Verhältnis zwischen Deutschland und England in jenen Gegenden zurück, und wir laufen Gefahr, daß wie bei den Familien Montecchi und Capuletti jeder eben beigelegte Konflikt durch fortgesetzte Streitigkeiten der Untergebenen aufs neue angefacht wird. Ich bitte Ew. pp., Lord Rosebery, der für Zitate empfänglich ist, dieses klassische Beispiel direkt anführen zu wollen.

Wir haben bisher bei derartigen Zwistigkeiten, die einen persönlichen Charakter angenommen hatten, stets das größte Entgegenkommen gegen England gezeigt; beispielsweise den Generalkonsul Rohlfs aus Sansibar abberufen, weil wir von seinem Nachfolger eine bessere Verständigung mit dem dortigen Sultan und dem englischen Vertreter erwarteten*, und würden auch jetzt in Samoa zu einer ähnlichen Konzession bereit sein. Dagegen glauben wir darauf rechnen zu können, daß England unter analogen Umständen gleichfalls einen Wechsel in dem Personal seiner Vertretung herbeiführt. Einseitige Konzessionen auf deutscher Seite würden sonst eine nutzlose Nachgiebigkeit und Entmutigung unserer Vertreter sein, während das Verbleiben der englischen Beamten auf ihren Posten als ein Sieg über den deutschen Rivalen und als eine Bestärkung und Aufmunterung in der von ihnen angenommenen antideutschen Haltung erscheinen muß. Fortdauernde Friktionen auf kolonialen Gebieten können schließlich zu einer politischen Gegnerschaft überhaupt führen, und England würde seine Rechnung schwerlich dabei finden, wenn es in Ägypten und im Orient bezahlen müßte, was seine Beamten in Sansibar und Apia verschuldet haben.

H. Bismarck

Nr. 791

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 338 Berlin, den 2. April 1886

Aus dem gefälligen Bericht vom 29. v. Mts Nr. 100 habe ich ersehen, daß Lord Rosebery trotz wiederholter Anregung von Seiten Ew. nicht in der Lage war zu erklären, ob England Hoheitsrechte auf diejenigen Teile der Somaliküste beansprucht, welche in den Bereich der von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft gemachten vertragsmäßigen Erwerbungen fallen.

Wir hatten, wie in meinen früheren Erlassen ausgeführt, diese An-

* Die Abberufung des Generalkonsul Rohlfs aus Sansibar war Anfang Juni 1885 erfolgt; sein Nachfolger war Konsul Travers.

frage in der freundschaftlichen Absicht gestellt, uns vor einer Ausdehnung der deutschen Machtsphäre in Ostafrika darüber Gewißheit zu verschaffen, daß wir dort nicht mit schon bestehenden englischen Rechten in Kollision geraten würden. Wir hofften, auf diesen Beweis unserer Rücksichtnahme und unseres Vertrauens zu der Loyalität der dortigen Regierung eine baldige und klare Antwort zu erhalten, da es keiner zeitraubenden Untersuchung bedarf, um festzustellen, ob England an der Somaliküste Hoheitsrechte erworben hat oder nicht. Wenn wir jetzt sehen, daß, ähnlich wie vor 2 Jahren bei Angra Pequena*, der Versuch gemacht wird, einer bestimmten Erklärung auszuweichen, müssen wir mit Ew. zu der Annahme gelangen, daß die Absicht vorliegt, uns dilatorisch zu behandeln, um in der Zwischenzeit durch ein fait accompli an der Somaliküste der befürchteten Proklamierung einer deutschen Schutzherrschaft zuvorzukommen.

Das Vorschieben des Colonial Office, auf dessen Gutachten angeblich gewartet wird, erinnert an das Verhalten des Ministeriums Gladstone im ganzen Verlaufe des Jahres 1884, wo unsere Anfragen nach dem Vorhandensein englischer Ansprüche als eine Ermunterung aufgefaßt wurden, konkurrierende englische Besitzergreifungen nachträglich vorzunehmen. Es liegt mir fern zu glauben, daß Lord Rosebery gewillt ist, diesem Beispiel zu folgen oder sich der Führerschaft des Colonial Office zu überlassen in Fragen, welche nicht ohne Rückwirkung auf unser gesamtes Verhältnis zu England bleiben können. Ich bitte Ew. jedoch für alle Fälle, dem Herrn Minister keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir, wie Ew. im Erlaß Nr. 273 bereits gesagt ist, die Priorität der deutschen Ansprüche auf die Somaliküste, welche sich auf die Verträge der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft vom 6. September und 26. November v. Js. gründen, aufrechterhalten wollen, und daß wir etwaige nach dieser Zeit unternommene Versuche, dort Besitzergreifungen vorzunehmen oder Hoheitsansprüche zu begründen, als einen Eingriff in erworbene deutsche Rechte betrachten würden.

v. Bismarck

Nr. 792

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Nr. 382 Berlin, den 21. April 1886
[abgegangen am 22. April]

Ew. übersende ich anbei ergebenst Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Generalkonsuls in Sansibar vom 13. d. Mts., aus welchem Sie ersehen wollen, in welcher unfruchtbaren und für uns un-

* Vgl. Kap. XXI.

günstigen Weise die Arbeiten der Abgrenzungskommission* vor sich gehen. Nach den übrigen ausführlichen Berichten des Generalkonsuls und des Konsuls Schmidt, welche mit der gleichen Expedition eingegangen sind, ergibt sich, daß die englischen Agenten in Sansibar, wenn sie sich scheinbar auch nicht in direkten Widerspruch mit den nach Sir Edward Malets Angabe deutschfreundlichen Instruktionen ihrer Regierung setzen, doch unter der Hand bemüht sind, unsere Interessen zu durchkreuzen und die Eingeborenen gegen uns einzunehmen. Wie Ew. bekannt, haben wir seit Jahr und Tag Anlaß gehabt, uns über Sir John Kirk** zu beklagen und sein Wirken mit Mißtrauen zu beobachten. Die Weisungen, die dieser Beamte seinerzeit von Lord Salisbury erhalten hatte, hatten für eine gewisse Dauer einen Umschwung in seiner Haltung bewirkt. Neuerdings scheint er aber in Gemeinschaft mit dem Oberstleutnant Kitchener den Sultan zu einer Stellungnahme der Kommission gegenüber bewogen zu haben, welche die Tätigkeit derselben illusorisch macht und nach den eigenen Worten unserer Agenten zu einer Komödie herabwürdigt. Wir hatten gehofft, daß die englische Regierung im Einklange mit ihren uns wiederholt gegebenen wohlwollenden Versicherungen in Herrn Kitchener einen Mann gewählt haben würde, der es sich angelegen sein ließe, unseren Wünschen versöhnlich entgegenzukommen und etwaigen unfreundlichen Anwandlungen des französischen Kommissionsmitgliedes in Gemeinschaft mit unserem Vertreter entgegenzutreten. Wie Ew. wissen, haben sich die Verhältnisse grade umgekehrt gestellt, und auf unsere vor einiger Zeit gleichzeitig in Paris und London erhobenen Beschwerden hat sich nur die französische Regierung in dankenswerter Weise sofort bereit erklärt, Herrn Raffray durch einen uns genehmeren Beamten in der Kommission zu ersetzen. Auf das Wohlwollen Frankreichs hatten wir nicht so sicher gerechnet wie auf das der englischen Regierung, die erwähnte Tatsache zeigt aber, daß man in Paris mehr Gewicht darauf legt, uns gefällig zu sein, als in London.

Die Arbeiten der Grenzkommission sind einstweilen bis zum Eintreffen des neuen französischen Mitgliedes, Herrn Le Maire, vertagt worden. Nach den Berichten unserer Agenten habe ich aber den Eindruck gewinnen müssen, daß bei dem prinzipiellen Antagonismus des Herrn Kitchener gegen deutsche Interessen, nachdem derselbe sogar die Vernehmung eines Indiers verhindert hat, weil dieselbe möglicherweise ein objektives Resultat geliefert hätte, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwecklos sein würde***. Herr Kitchener ist bisher

---

* Vgl. die Fußnote* zu Nr. 790.
** Englischer Generalkonsul in Sansibar.
*** Der neue französische Kommissar Le Maire erhielt in der Tat von seiner Regierung wiederholte Weisung, sich möglichst auf den deutschen Standpunkt zu stellen. Als trotzdem die Verhandlungen der Grenzkommission nach ihrem Wiederzusammentreten nicht vom Fleck rückten, veranlaßte die deutsche Regierung Ende

in allen Fällen gegen uns aufgetreten und wird ohne Zweifel sein Möglichstes tun, um auch Herrn Le Maire gegen uns zu disponieren. Dieser Zustand, bei dem sich unser Vertreter von vornherein stets in einer aussichtslosen Minorität befindet, ist für uns nicht annehmbar, und wenn die englische Regierung nicht gewillt ist, einen Wechsel eintreten zu lassen, so sind wir genötigt, von der Kommission zurückzutreten und die Ordnung unserer Verhältnisse an der afrikanischen Ostküste selbständig in die Hand zu nehmen. pp.

v. Bismarck

Nr. 793

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 133 London, den 22. April 1886

Obwohl Lord Rosebery in diesem Augenblick seine ganze Aufmerksamkeit der griechischen Frage[1] zuwendet, und die Besprechung aller anderen Angelegenheiten auf gelegenere Zeit zu vertagen sucht, habe ich doch kürzlich Gelegenheit genommen, die Lage der Dinge in Sansibar wieder zur Sprache zu bringen und dabei den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 298* nochmals zu verwerten.

Der Minister hörte mir aufmerksam zu und erwiderte mir dann, daß er, wie ich wisse, im allgemeinen auf dem Standpunkt stehe, daß die Deutschen als Nachbarn der englischen Kolonien hier nur erwünscht sein könnten, während dies bei anderen Nationen nicht zutreffe. Seine Auffassung sei übrigens Eurer Durchlaucht bekannt, da er es gewesen, der zuerst eine Verständigung in den kolonialen Fragen mit Deutschland angebahnt habe.

Was speziell Sansibar betreffe, so wünsche er selbstverständlich, daß auch dort möglichst alle Differenzen vermieden würden. Er glaube aber doch, daß es sich empfehle, den Berichten unserer beiderseitigen Agenten, die sich gegenseitig den Rang abzulaufen suchten, in den einzelnen, von hier kaum zu übersehenden Punkten nicht zu großen Wert beizulegen. Auch könne er mir versichern, daß Sir John Kirk sich in seinen Berichten hierher stets einer sehr anerkennenden Sprache für Deutschland bediene. Den Major Kitchener dagegen, der sich allerdings vor einiger Zeit durch seinen französischen Kollegen habe beeinflussen lassen, habe er schon damals telegraphisch aufgefordert, keinen weiteren Anlaß zu gerechtfertigten Klagen über sein Verhalten

Mai das Auseinandergehen der Kommission, indem sie sich vorbehielt, die strittig gebliebenen Punkte auf dem Wege eines freundschaftlichen Meinungsaustausches mit den Kabinetten von London und Paris zur Erledigung zu bringen. Erlaß an den Botschafter Grafen von Hatzfeldt vom 26. Mai 1886.

* Siehe Nr. 790.

zu geben. Eine Antwort hierauf sei ihm noch nicht zugegangen, da die Zeit dafür zu kurz gewesen, er glaube aber annehmen zu können, daß seine Ermahnung nach dieser Richtung gefruchtet habe.

Ich erwiderte dem Minister, daß die einzelnen Vorgänge, die zu Differenzen zwischen unseren Agenten in Sansibar geführt hätten, sich von hier vielleicht schwer übersehen und beurteilen ließen, daß aber aus allen Berichten, die wir erhielten, sich unzweifelhaft ein unerfreuliches Gesamtbild ergebe, wonach die englischen Agenten den Sultan, wie auch einzelne Häuptlinge und überhaupt die Araber gegen uns einzunehmen und unsere Interessen überall zu durchkreuzen suchten. Diese ganze Situation bedürfe der Abhilfe, wenn das Zusammenwirken der beiden Regierungen in Sansibar, welches allein unerfreulichen Verwickelungen dort vorgebeugt habe und allein eine glückliche Lösung herbeiführen könne, nicht dauernd gestört und durch eine Mißstimmung ersetzt werden solle, die, wenn sie auch nur untergeordneten Agenten zuzuschreiben wäre, doch schließlich eine unerwünschte Rückwirkung auf die allgemeinen Beziehungen der beiden Staaten haben könnte.

Lord Rosebery sprach seine Zustimmung aus, daß dies vermieden werden müsse, und ermächtigte mich am Schluß unserer Unterredung Euerer Durchlaucht zu melden, daß er Sir John Kirk telegraphisch auffordern werde, sich jeder Parteinahme gegen Deutschland zu enthalten und das gute Einvernehmen mit seinem deutschen Kollegen nach Möglichkeit zu pflegen. P. Hatzfeldt

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Redensart!
was kann er denn dabei thun?

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:
Redensarten; die jüngsten Mittheilungen über Z[anzibar] haben wohl am 22. in London noch nicht vorgelegen?

Nr. 794

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 166 London, den 2. Juni 1886

Ganz vertraulich

pp. Besonders bemerkenswert erschien mir eine Äußerung Lord Roseberys, die, wie ich glaube, für die Auffassung der heutigen englischen Regierung bezeichnend ist. Als im Laufe unserer Unterhaltung auch die Frage aufgeworfen wurde, ob England, wenn es im Laufe der Zeit selbst in Differenzen mit einer großen Macht, Frankreich oder Rußland, verwickelt würde, nicht eine Allianz schmerzlich vermissen würde, sagte Lord Rosebery: „Il est cependant bien possible que Vous trouverez alors qu'il est de Votre propre intérêt de nous soutenir et

dans ce cas Vous nous soutiendrez." Es ist das wieder dieselbe Berechnung, der ich schon mehrfach hier begegnet bin, wonach bald Österreich, bald Deutschland dazu berufen sind, im gegebenen Falle für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Die Überzeugung glaube ich auch heute wieder aussprechen zu dürfen, daß wir von der heutigen englischen Regierung trotz des unleugbar guten Willens Lord Roseberys wenig zu erwarten haben, und daß England unter dieser Regierung sich bei einem etwaigen ernsten Konflikt, in welchen wir mit einer anderen Macht geraten, sehr kühl überlegen würde, ob es nicht seinen Vorteil dabei findet, uns unserm Schicksal zu überlassen.

Anders würde sich, wie ich glaube, die Sache gestalten, wenn der Verlauf der heutigen inneren Krisis in England dazu führen sollte, daß die konservative Partei unter Führung Lord Salisburys eine dauernde Machtstellung gewinnt*. Dieser Staatsmann, dem die Größe seines Landes am Herzen liegt, der einsieht, daß diese Größe von der Stellung Englands nach außen bedingt ist, würde, wenn mich nicht alles trügt, das Ziel ins Auge fassen und verfolgen, für die ernsten äußeren Komplikationen, welche die Zukunft England bringen wird, eine feste und zuverlässige Stütze in Deutschland zu suchen.

P. Hatzfeldt

Nr. 795

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 227 London, den 13. August 1886

Im Laufe der Unterhaltung, die ich heute mit Lord Salisbury hatte, erkundigte sich derselbe auch nach der jetzigen Lage unserer Beziehungen in Samoa und Sansibar, über die er nach seiner Angabe noch keine nähere Information erhalten hatte.

Als ich ihn hierüber im allgemeinen aufgeklärt hatte, stimmte der Premierminister mit Lebhaftigkeit dem Gedanken zu, daß es durchaus unerwünscht sein würde, durch die Rivalität untergeordneter Agenten eine Gereiztheit über solche Fragen zwischen zwei befreundeten Nationen aufkommen zu lassen. Er fügte hinzu, dies müsse vermieden werden, und er glaube, mir versichern zu können, daß ich bei Lord Iddesleigh das erwünschte Entgegenkommen darin finden würde. pp.

P. Hatzfeldt

* In der Tat kam schon Ende Juli 1886 unter der Führung Lord Salisburys ein neues konservatives Kabinett ans Ruder, in dem Lord Iddesleigh das Äußere übernahm.

Nr. 796

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 305 London, den 22. September 1886

Lord Salisbury ergriff heute die Initiative, über koloniale Angelegenheiten mit mir zu sprechen: Er sagte, Lord Randolph Churchill* habe ihm mitgeteilt, ich hätte auf Schwierigkeiten hingewiesen, die auf dem Gebiete noch beständen. Ich habe hervorgehoben, daß ich der früheren Regierung gegenüber wiederholt ernste Beschwerden unsererseits geltend gemacht, und daß die Schwierigkeiten bei der Behandlung kolonialer Fragen auch jetzt noch nicht gänzlich beseitigt seien. Die Rede kam dabei auf Sansibar, und Lord Salisbury wollte meine Ansicht darüber wissen, wie diese Angelegenheit am besten zu regeln sei. Ich habe darauf gesagt, daß eine befriedigende Erledigung dieser Frage nach meiner Meinung am besten zu erzielen wäre, wenn Deutschland und England sich zunächst vertraulich untereinander darüber[1] verständigten. Eine solche Verständigung könne ja später in der englischerseits angeregten Weise auf dem Wege der Konferenz einen offiziellen Abschluß finden.

Lord Salisbury war damit ganz einverstanden und sprach die Absicht aus, in diesem Sinne mit Lord Iddesleigh zu sprechen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Man muß nicht „darüber", sondern mit benannten Zahlen verhandeln. Wir müssen unsre Forderung (1 Hafen u[nd] dergl[eichen]) jetzt ohne Verzug formuliren, so lange die Egyptische Bewegung in Fr[an]kreich dauert.

Nr. 797

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Abschrift

Varzin, den 29. September 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, die in dem Sansibarer Bericht Nr. 57 gemeldeten Tatsachen nach London mitzuteilen und dabei zu sagen, wir hätten alle Neigung, England überall, wo unsere Interessen nicht kollidierten, gefällig zu sein, und nicht bloß in der ägyptischen Frage, sondern Frankreich gegenüber würde unsere Sympathie überhaupt auf Englands Seite bleiben, wenn die englische Politik in den für uns mehr als für England wichtigen Kolonialpunkten, Sansibar und Samoa, uns entgegenkäme, und wenn dasselbe aufhörte, die systematischen

* Jetzt Schatzkanzler im neuen Ministerium Salisbury.

Schikanen seiner Beamten gegen uns zu dulden. Die schlechte Behandlung, welche wir in Kolonialfragen von England zu erfahren gehabt hätten, hätte uns vor Jahren dahin gebracht, unsererseits eine Annäherung an Frankreich zu suchen. Daraus, daß wir unsere sonstigen Neigungen und Traditionen in dieser Weise hätten zurücktreten lassen, möchte man in England doch die Überzeugung entnehmen, wie empfindlich uns die Feindschaft Englands in unserer Kolonialpolitik berührt. Diese Empfindlichkeit beruhte auf der Stellung der Parteien im Reichstage, und diese Rücksicht auf die innere Politik würde uns wieder in unerwünschte Wege zwingen, wenn die direkten Schikanen und Unterstützungen unserer Gegner in den einzelnen Kolonialpunkten nicht aufhörten. Wir hätten unsere Beziehungen zu den holländischen Buren dem Bedürfnis, uns mit England zu verständigen, bereitwilligst zum Opfer gebracht. Wir würden aber diese und auch andere Punkte wieder aufnehmen müssen, wenn unser Entgegenkommen von England dauernd unerwidert bliebe. Wir würden, wenn der Sultan von Sansibar fortführe, auf diese Weise uns hochmütig zu behandeln, eine zweite stärkere Expedition dorthin senden, aber dann würden wir nicht zum zweiten Male abziehen, ohne ein kriegerisches Gewicht für die Stellung, die wir suchten, und für Bestrafung der Impertinenz des Sultans einzusetzen. Ebenso würden wir gegen den König Malietoa in Samoa verfahren, wenn er seine Neckereien uns gegenüber nicht aufgäbe. pp. (gez.) C. Rantzau

Nr. 798

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 2. Oktober 1886

Bei dem Besuch, den mir der englische Botschafter heute machte, brachte ich das Gespräch auf unsere kolonialen Gravamina und äußerte mich nach Maßgabe der letzten Instruktionen bezüglich Sansibars und unserer politischen Gesamthaltung zu England. Ich erzählte Sir Edward Malet von der Gewalttat des Sultans von Sansibar gegen den Denhardtschen Bediensteten und von unserm Wunsche, bei unserer Reklamation die englische Unterstützung zu haben. Der Botschafter erklärte, er hege nicht den geringsten Zweifel, daß seine Regierung unserm Wunsche bereitwilligst entsprechen würde. Mit Bezugnahme auf meine allgemeinen Bemerkungen sagte er, er freue sich, mir mitteilen zu können, daß er gerade am gestrigen Tage einen längeren Bericht an Iddesleigh geschrieben habe, in welchem er sich ganz im Sinne meiner Bemerkungen geäußert hätte. Er habe in seinem Bericht darauf Gewicht gelegt, daß England sich auf unsere Unterstützung und freundliche Haltung bezüglich Ägyptens verlassen könnte, wenn es uns in

kolonialen Sachen gefällig sein wolle. Es sei von ihm dringend befürwortet worden, die englische Politik hiernach einzurichten.

Sir Edward sagte, er habe für nützlich gehalten, einen längeren Bericht in der angedeuteten Richtung zu schreiben, da der Minister in auswärtigen Dingen neu und unerfahren sei und vielleicht lediglich aus diesem Grunde die richtigen Gesichtspunkte bei dieser Gelegenheit nicht würde auffinden können.

Ich sprach dem englischen Botschafter meine Befriedigung darüber aus, daß er so berichtet habe. Er war seinerseits durch meine offene Aussprache entschieden auch angenehm berührt und fragte mich schließlich, was wir denn wohl in Sansibar zu fordern beabsichtigten. Ich erwiderte, daß wir hierüber die Details der Wünsche der ostafrikanischen Gesellschaft noch nicht kennten, daß es sich aber voraussichtlich darum handeln würde, Englands Unterstützung dazu zu gewinnen, daß der Sultan das Gebrauchsrecht an dem Daressalamhafen auch auf Zollerhebung, vielleicht gegen eine Art Abgabe konzediere, und daß man sich eventuell noch über die territoriale Zugehörigkeit von Gazi einige. Wir hätten die Absicht, den Geheimrat Krauel demnächst nach London zu schicken, damit er dort die Sansibarsachen zu einem befriedigenden Abschluß führe.

Sir Edward war erfreut über letztere Mitteilung: er sagte, der Dr. Krauel sei in London sehr gern gesehen, und die Sansibarsache gehöre nicht in das Kolonialamt, sondern zum auswärtigen Ressort.

Was meine Andeutung betreffs der Hafenfrage angeht, so nahm Sir Edward Malet dieselbe günstig auf und erklärte, daß diese verhältnismäßig geringe Forderung seiner Ansicht nach keine Schwierigkeiten in London machen könnte, da dies gegen die großen Interessen, die für England in Ägypten auf dem Spiel ständen, nicht ins Gewicht fiele. H. Bismarck

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck zum Eingang des Schriftstücks: Die englische Regierung muß ihre Entschließungen beschleunigen, damit nicht unser gewaltsames Einschreiten gegen den Sultan den Eindruck einer Demonstration gegen England dort u[nd] in Europa mache.

Nr. 799

Der Geschäftsträger in London Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 196 London, den 7. Oktober 1886

Mit Bezug auf Erlaß Nr. 831* betreffend Sansibar.

Lord Iddesleigh äußerte sich sehr entgegenkommend. Er ist bereit,

* Durch Erlaß Nr. 831 vom 4. Oktober war der Geschäftsträger in London Freiherr von Plessen im Sinne der Aufzeichnung des Staatssekretärs Grafen von

Verhandlungen mit Geheimrat Dr. Krauel im Sinne des Erlasses hier sofort zu beginnen und zweifelt nicht an einer Verständigung hinsichtlich unserer Forderungen.

Plessen

Nr. 800

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 861 Varzin, den 14. Oktober 1886
[abgegangen am 16. Oktober]

Der Geheime Legationsrat Dr. Krauel wird Ew. über die Instruktion Vortrag halten, welche ich für ihn bei seinen Verhandlungen bezüglich Sansibar festgestellt habe. Ew. werden das Sachliche unserer Forderungen daraus entnehmen, und ich hoffe, daß es Ihrem Einflusse gelingen wird, für unsere Wünsche bei der englischen Regierung nicht nur Entgegenkommen zu finden, sondern dieselben auch zur Anerkennung zu bringen.

Gegenüber den Anläufen Frankreichs, die Stellung Englands in Ägypten zu erschweren und bei den andern Mächten Unterstützung dafür zu gewinnen, wird England auf eine freundschaftliche Haltung der deutschen Politik rechnen. Wir sind auch bereit, dieser Erwartung zu entsprechen*; die öffentliche Meinung Deutschlands wird uns aber dabei nur insoweit zur Seite stehen, als eine Erwiderung der Freundschaft von englischer Seite durch Tatsachen erkennbar wird. Wir sind bereit, diese Freundschaft nicht nur in bezug auf die Aufrechterhaltung von Englands herrschender Stellung in Ägypten, sondern auch in allen Fragen zu betätigen, in denen England mit Frankreich in Friktion kommen kann, wenn England in kolonialer Beziehung uns die Aufgaben, welche wir uns zur Erschließung transatlantischer Gebiete gestellt haben, in freundschaftlicher Weise erleichtern will.

Es handelt sich dabei nur um Sansibar und um Samoa. Wir wünschen, mit dem Sultan von Sansibar in guten Beziehungen zu stehen, und wollen weder die pekuniäre Basis seiner Existenz noch die Ausdehnung seiner Territorialhoheit, wo wir sie anerkannt haben, schmälern. Wir wünschen im Gegenteil, eine freundschaftliche Stellung zum Sultan zu haben und seine an der Ostküste Afrikas etablierte Autorität mit ihm gemeinsam zu stützen. Wir bedürfen dazu der Sicher-

---

Bismarck vom 2. Oktober (siehe Nr. 798) verständigt und angewiesen worden, den englischen Staatssekretär des Auswärtigen Lord Iddesleigh zu fragen, ob und wann er bereit wäre, in kommissarische Besprechungen mit der deutschen Regierung über Ostafrika einzutreten.

* Vgl. auch Kapitel XXV „Verhandlungen über eine Entente zwischen England und Österreich", Nr. 865, S. 269 nebst Fußnote.

heit, daß England uns bei Abmachungen, die wir mit dem Sultan zu treffen für nötig halten werden, nicht nur nicht hinderlich in den Weg treten, sondern freundschaftlich die Hand reichen wird. Den Umfang unserer Wünsche finden Ew. pp. in der Instruktion für Herrn pp. Krauel, welche in Abschrift anliegt*, näher bezeichnet. Ew. pp. ersuche ich ergebenst, zunächst über die Aufnahme zu berichten, welche Ihre erste Anregung dieser Frage bei Lord Salisbury findet, und behalte mir weitere Instruktionen nach Bedürfnis vor.

v. Bismarck

Nr. 801

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung. Abschrift

Nr. 329 London, den 19. Oktober 1886

Lord Iddesleigh zeigte sich heute bei unserer ersten Unterredung durchaus entgegenkommend und erkannte wiederholt an, daß vertrauliche Verständigung über Sansibar sehr erwünscht wäre.

Ich habe den Eindruck, daß, auch abgesehen von Ägypten, hier jetzt Verständigung mit uns in kolonialen Fragen gewünscht wird, wenn wir nicht zu große Forderungen stellen[1].

Lord Salisbury wird erst Anfang nächster Woche erwartet. Sollten sich in den Besprechungen über Sansibar noch erhebliche Differenzen zeigen, so werde ich die Sache bis zur Rückkehr Lord Salisburys hinzuziehen suchen. (gez.) Graf Hatzfeldt

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Dieser Fehler unsrer Colonial-Jingo's, deren Begehrlichkeit viel größer ist als unser Bedürfniß u[nd] unsre Verdauungsfähigkeit, muß mit Sorgfalt vermieden werden

Nr. 802

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 20. Oktober 1886

Meine gestrige Unterhaltung mit Iddesleigh, dem ich die Notwendigkeit der kolonialen Verständigung eindringlich vorgestellt habe,

* Das in der Instruktion für den Geheimen Legationsrat Krauel entwickelte deutsche Programm umfaßte vier Punkte: 1. Pachtweise Überlassung der im Hafen von

scheint gefruchtet zu haben, da er gleich nach meinem Weggang Anderson einen Wink gegeben hat, nachgiebig zu sein.

Das Ergebnis der gestrigen Verhandlung, über welches Krauel heute berichtet, ist daher, soweit ich es beurteilen kann, ein überraschend befriedigendes. Wenn wir die Häfen bekommen, in einer Form, die uns von den Verpflichtungen der Kongoakte befreit, von diesen Häfen Verbindungsstraßen zu dem uns gehörigen Hinterland, ferner die beiden von uns beanspruchten Territorien fast ganz, so entsteht, wie mir scheint, nur die Frage, ob diese Vorteile durch Bewilligung von 20 Meilen ins Innere für den Sultan statt der bis jetzt zugestandenen 10 Meilen zu teuer erkauft sind. Kann man diese Frage mit gutem Gewissen verneinen, so möchte ich recht dringend anheimstellen, mich baldmöglichst zum Abschluß unter den angegebenen Voraussetzungen zu ermächtigen. Man kann nicht wissen, welche Veränderungen eintreten, und wie der Wind sich dreht, und es wäre, wie mir scheint, ein großer Vorteil, diese Frage ins Trockene gebracht zu haben.

Bezüglich der zweiten kolonialen Frage* bin ich mit Krauel vollkommen einverstanden, daß wir darauf ausgehen müssen, die Konzessionen, die wir verlangen, in eine Form zu kleiden, welche die hiesige Regierung in den Stand setzt, uns gefällig zu sein, ohne deshalb mit Australien in Differenzen zu geraten[1]. Letzteres ist eine gefährliche Klippe, wie die Verhältnisse heute zwischen England und seinen Kolonien liegen, und ich halte deshalb die größte Vorsicht für geboten. Die Vorschläge, die Krauel Ihnen gemacht hat, nehmen, soweit ich es beurteilen kann, hierauf gebührende Rücksicht, und ich möchte daher die Annahme seiner Vorschläge empfehlen. Sollten sich dennoch hier erhebliche Schwierigkeiten herausstellen, deren Überwindung uns nicht gelingt, so wird es noch immer möglich sein, gewisse Modifikationen in Erwägung zu ziehen.

In bezug auf die Form des eventuellen Abschlusses, den ich nach Möglichkeit beeilt sehen möchte, erlaube ich mir anheimzustellen, mich zu einem Notenaustausch zu ermächtigen[2].

Mein Eindruck ist bis jetzt unverändert, daß man hier, ganz abgesehen von politischen Fragen, die koloniale Verständigung mit uns wünscht, wenn wir nicht garzuviel verlangen. Ich freue mich daher

---

Dar es Salaam vertragsmäßig zu erhebenden Zölle an die deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft gegen eine Abgabe an den Sultan von Sansibar; 2. Erwerb des Hafens von Ghasi; 3. sichere Abgrenzung des unter deutschem Schutz stehenden Sultanats von Witu gegen das Sultanat von Sansibar; 4. deutsch-englische Ausgleichung der beiderseitigen Interessensphären im Kilimandscharogebiet. In bezug auf letzteren Punkt wurde der deutsche Unterhändler ausdrücklich zum Entgegenkommen gegen die englischen Interessen angewiesen.

* Samoa.

lebhaft, daß die schon lange von mir gewünschte Entsendung von Krauel bewilligt worden ist. P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Richtig
[2] ja

Nr. 803

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 22. Oktober 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Grafen Hatzfeldt bei Mitteilung des Pariser Berichtes Nr. 268* zu schreiben, er möchte, wenn er Spuren einer Verständigung Englands und Frankreichs über Ägypten begegnete, derselben nicht entgegentreten und andrerseits kein Mißtrauen erwecken, als wenn wir uns daran erfreuten, die Franzosen den Engländern auf den Hals zu hetzen; die Erneuerung eines westmächtlichen Bundes wäre Seiner Durchlaucht garnicht unerwünscht.

Seine Durchlaucht fügte für die Akten noch vertraulich hinzu, infolge einer Verständigung mit Frankreich würde England vielleicht in unseren Kolonialfragen schwieriger werden, aber ihm wäre ein Gegengewicht gegen den russischen Übermut, der unbequem werden könnte, nicht unlieb**.

C. Rantzau

Nr. 804

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 26. Oktober 1886

Ich bitte um die Erlaubnis, über meine ganz vertrauliche Unterredung mit Randolph Churchill wieder in dieser Form berichten zu dürfen, um Ihnen ein möglichst anschauliches Gesamtbild seiner ganzen Haltung geben zu können.

Zunächst bat er mich, Ihnen mit vielen Grüßen zu sagen, daß er bei seinem kurzen Aufenthalt in Berlin*** es nur aus Diskretion unter-

* In seinem Bericht Nr. 268 vom 18. Oktober hatte Graf Münster über eine vertrauliche Unterredung Lord Salisburys mit dem französischen Generalkonsul in Kairo, Grafen d'Aunay, in Dieppe berichtet, in der er ein Symptom für eine sich anbahnende englisch-französische Verständigung über Ägypten sah.
** Graf von Hatzfeldt wurde durch Erlaß vom 23. Oktober im Sinne dieser Direktiven angewiesen.
*** Lord Randolph Churchill war Anfang Oktober inkognito über Berlin nach Wien gereist, ohne in der deutschen Hauptstadt mit offiziellen Persönlichkeiten zu konferieren.

lassen habe, Ihnen seinen freundschaftlichen Besuch zu machen. Er habe befürchtet, daß ein solcher Schritt bei der Aufmerksamkeit, die seine Erholungsreise ohnehin erregt habe, zu unabsehbaren Kommentaren Anlaß geben könnte, die Ihnen vielleicht ebenfalls unerwünscht sein würden. Er sprach schließlich die dringende Hoffnung aus, daß Sie diese Unterlassung nicht übel gedeutet haben würden.

Wir kamen nun auf Ägypten, und ich sprach mich im Sinne der Erlasse Nr. 889 und Nr. 898 vom 22. und 23. d. Mts. aus, indem ich deutlich zu verstehen gab, daß es uns nicht in den Sinn komme, einer etwaigen Verständigung zwischen England und Frankreich, wenn sie hier für wünschenswert und möglich gehalten werde, irgend hinderlich zu sein, und daß wir die hiesigen Intentionen nur deshalb zu wissen wünschten, um nicht ohne Nutzen für England durch zu schroffe Reserve das Mißvergnügen der französischen Regierung gegen uns zu erregen.

Randolph Churchill antwortete mir damit, daß er das Konzept seines Briefs aus Paris vom 19. d. Mts. an Iddesleigh, in welchem er über seine Unterredung mit d'Aunay* ausführlich berichtet, holen ließ und mir streng vertraulich zu lesen gab. Wie ich bereits gemeldet habe, hat Churchill jedes Eingehen auf die französischen Wünsche bezüglich eines Termins für die Räumung dabei entschieden abgelehnt. Graf d'Aunay, ein alter Bekannter Churchills, war in der Lage, ganz vertraulich und freundschaftlich zu sprechen, und hat dies benutzt, um in jeder Weise hervorzuheben, welchen Wert Freycinet auf irgendeinen Erfolg in dieser Frage legen müsse. Zuletzt hat er, als alles nichts half, sich aufs Bitten verlegt und wiederholt gesagt, daß jeder auch noch so entfernte Termin für die Räumung Freycinet genügen würde. Endlich hat d'Aunay die Frage angeregt, ob Churchill den Minister nicht selber sehen wolle, was aber ebenfalls abgelehnt wurde.

Nachdem ich den Brief gelesen hatte, wiederholte mir Churchill, daß er nicht daran denke, Frankreich Konzessionen zu machen. Er habe dabei bisher auf unsere freundschaftlichen Zusicherungen gerechnet und werde im Vertrauen darauf an seiner ablehnenden Haltung auch fernerhin festhalten. Lord Salisbury teile seine Auffassung und werde ihn dabei nicht im Stich lassen. Es sei ja möglich, daß Lord Iddesleigh nicht ganz so entschlossen sei und den Gedanken einer Verständigung mit Frankreich gehegt habe. Schließlich sei es aber kein Unglück, d'amuser un peu les Français und Lord Iddesleigh dieses Vergnügen zu lassen, da es an der Sache durchaus nichts ändern werde. Ohne ihn, Churchill, könne nichts gemacht werden, und er werde unbedingt fest bleiben.

Eine ganz andere Sache sei eine Verständigung mit dem Sultan

---

* Vgl. S. 756, Fußnote *.

bezüglich Ägyptens, und er hoffe, daß diese, wenn sie auch schwierig und langwierig sein werde, schließlich zustande kommen könne. Sir W. White, dessen Geschicklichkeit unbestreitbar sei, werde diese Unterhandlung führen, die — wie er ganz vertraulich hinzufügte — ihm hoffentlich auch die Möglichkeit bieten werde, die freundschaftlichen Beziehungen Englands zum Sultan herzustellen und der Intimität desselben mit Rußland ein Ende zu machen.

Ich erwiderte Lord Randolph Churchill, daß, wie ich ihm schon öfter gesagt, unsere freundschaftliche Gesinnung nur durch die fortgesetzten Schwierigkeiten auf kolonialem Gebiet getrübt werden könnte. Vielleicht wisse er, daß Sie sich noch kürzlich Malet gegenüber über unsere Auffassung in dieser Hinsicht und die Erwägungen, die für uns maßgebend sein müßten, vertraulich und ausführlich ausgesprochen hätten*. Es stellte sich nun heraus, daß Churchill den Bericht Malets über diese Unterredung kannte, und er fügte mit Lebhaftigkeit hinzu, daß er, wie ich wisse, entschieden dafür sei, unseren gerechten Wünschen in bezug auf die schwebenden kolonialen Fragen entgegenzukommen. Auf seine Frage, wie die Sache mit Sansibar stehe, konnte ich ihm sagen, daß die Unterhandlungen dank seinem und Lord Salisburys Einfluß auf Iddesleigh einen guten Verlauf zu nehmen schienen, und daß ich demnächst abzuschließen hoffte**. Ich fügte aber gleich hinzu, daß diese Verständigung nur dann alle guten Früchte tragen werde, die davon erwartet werden könnten, wenn England dann auch seinen Einfluß in Sansibar voll und loyal für die Annahme des Abkommens durch den Sultan einsetze. Dies sah Churchill bereitwillig ein und bat mich dringend, wenn sich durch den mißverstandenen Eifer untergeordneter Beamten im Foreign Office irgendwelche Schwierigkeit zeigen sollte, mich sofort mit Vertrauen an ihn und Salisbury zu wenden. Ich dankte ihm dafür, indem ich mir vorbehielt, von seinem Anerbieten Gebrauch zu machen, falls sich etwa noch bezüglich Sansibars oder wegen Samoas, welches noch der Erledigung harre, unerwartete Schwierigkeiten herausstellen sollten. pp.***

P. Hatzfeldt

---

* Vgl. Nr. 798.

** Tatsächlich erfolgte schon am 29. Oktober bzw. 1. November 1886 der Abschluß eines Übereinkommens zwischen England und Deutschland über die Abgrenzung der Gebiete des Sultans von Sansibar und der beiderseitigen Interessen in Ostafrika, durch das eine beide Teile befriedigende Lösung der hauptsächlichen Schwierigkeiten — nur die Somaliländer blieben von der Abmachung ausgeschlossen — erzielt wurde. Der Abschluß erfolgte durch Notenaustausch; vgl. den Text der beiderseitigen Noten u. a. in Schulthess' „Europäischer Geschichtskalender" Jg. 1899, S. 155 ff.

*** Der Schluß des Briefes wird in dem Kapitel „Verhandlungen über eine Entente zwischen England und Österreich 1886" Nr. 871 zum Abdruck gebracht.

Nr. 805

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 18. November 1886

Der französische Botschafter suchte mich heute auf, um mir den Inhalt der Instruktionen vertraulich mitzuteilen, welche Herr Waddington neuerdings behufs Verhandlung mit der englischen Regierung über Ägypten erhalten hat. Herr Herbette sagte mir, daß Herr von Freycinet seinen Bericht über seine Unterredung mit Euerer Durchlaucht* mit großem Interesse und mit Befriedigung gelesen habe: es sei dem französischen Ministerpräsidenten besonders erwünscht gewesen, aus dem Berichte des Botschafters zu ersehen, daß Euere Durchlaucht eine abstention bienveillante mit Bezug auf Ägypten zugesagt hätten: Herr von Freycinet lege hierbei das Hauptgewicht auf das Adjektivum, „car le mot ‚bienveillante' corrige ‚l'abstention'". Um uns zu beweisen, daß die französische Regierung wirklich geneigt sei, England soweit wie möglich entgegenzukommen, habe Herr Waddington den Auftrag erhalten, den Versuch einer Verständigung mit Lord Iddesleigh zu machen: Herr von Freycinet sei zu dieser Instruierung seines Vertreters in London hauptsächlich durch die Äußerung Euerer Durchlaucht veranlaßt worden, daß wir die Herbeiführung einer freundschaftlichen Vereinbarung zwischen den beiden Westmächten wünschten und in diesem Sinne auch bereit wären, unsere Vermittelung eintreten zu lassen. Herr Herbette sagte: „Nous voulons jouer cartes sur table avec Vous et pour Vous montrer que nous avons entière confiance en le Chancelier je Vous laisse même copies des instructions adressées à Mr. Waddington: Vous verrez que nous sommes allé dans la mesure du possible audevant des désirs anglais".

Das betreffende Schriftstück liegt hier bei**. Herr Herbette fand, daß besonders im Punkt 2 bezüglich der Offiziere und im Punkt 3 mit

---

* Vgl. die Aufzeichnung des Fürsten von Bismarck über seine Unterredung mit dem neuernannten französischen Botschafter Herbette vom 13. November 1886. Bd. VI, Kap. XL. Fürst Bismarck hatte hiernach zu Herbette gesagt, daß Deutschland gern bereit sein würde, eine freundschaftliche Verständigung Frankreichs mit England über die Zukunft Ägyptens zu vermitteln; einen Druck auf England, die Evakuation zu beschleunigen, könne Deutschland aber nicht ausüben.

** Die hauptsächlichsten Bestimmungen der französischen Instruktion lauteten:

1. Avant toute chose une date d'évacuation serait fixée par le Cabinet Anglais. Il prendrait l'initiative de cette date, ainsi que du moment (que nous désirons très prochain), où il pourrait l'effectuer.

2. Pendant le temps qui s'écoulerait jusqu'à l'évacuation effective, l'armée Egyptienne serait réorganisée. Les cadres seraient formés surtout à l'aide d'officiers ottomans. Quelques officiers Européens pourraient y être maintenus provisoirement.

3. Durant cette même période, les autres réformes relatives à la compétence des tribunaux, aux capitulations, aux Finances, à l'administration etc. seraient

Rücksicht auf die innere Verwaltung und die Kapitulationen sehr große Konzessionen an England gemacht seien: Letzteres müsse nur nicht verlangen, daß die betreffenden Zugeständnisse noch vor der Evakuation[1] in Kraft gesetzt würden: Wolle England auf diesem Standpunkt beharren, so würde das mit anderen Worten heißen, daß es jede Verständigung, auch beim denkbar weitesten[1] Entgegenkommen Frankreichs, ablehne. In Anknüpfung hieran sprach der französische Botschafter die Überzeugung aus, daß England den französischen Vorschlägen nicht abgeneigt bleiben würde, wenn wir dieselben in London empfehlen wollten. Er meinte, qu'on pourrait facilement aboutir sur cette base raisonnable, wenn wir unsere bons offices in London und Konstantinopel eintreten lassen wollten. Falls Euere Durchlaucht geneigt wären, hierauf einzugehen und die unter Nr. 4 gebotene große Konzession an das englische Selbstgefühl in London im rechten Lichte erscheinen lassen wollten, so würde die englische Regierung voraussichtlich die hier dargebotene Hand Frankreichs gern ergreifen. Vertraulich fügte Herr Herbette hinzu, er glaube allerdings nicht, daß Europa jemals eine zweite Besetzung Ägyptens durch England zugeben würde, nachdem die jetzige erst einmal definitiv beseitigt sein werde; aber auch abgesehen hiervon würde England, wenn es erst einmal mit guter Manier aus Ägypten hinausgekommen sei, sich schwerlich jemals zu einer Wiederholung der kostspieligen Okkupation bereit finden lassen, welche es jetzt den anderen Mächten gegenüber doch in eine sehr exponierte Lage brächte.

Ich sagte dem Botschafter, nach meinen Nachrichten sei Lord Iddesleigh sehr disponiert, eine freundschaftliche Vereinbarung mit Frankreich zu treffen: Es sei daher ganz gut möglich, daß Waddingtons Eröffnungen im Foreign Office auf günstigen Boden fallen würden. Was die Anwendung unserer bons offices in London und Konstantinopel beträfe, so schiene mir, daß wir durch dieselbe aus der von Euerer Durchlaucht betonten abstention bienveillante heraustreten würden, da Herr Herbette sich aber darauf bezöge, daß Euere Durchlaucht ihm von eventueller freundschaftlicher Vermittelung gesprochen hätten, so wollte ich seine heutige Eröffnung gern ad referendum nehmen und nach Friedrichsruh übermitteln.

Der Botschafter erklärte sich durch diese evasive Äußerung einstweilen vollkommen befriedigt und erklärte, daß er ein Weiteres von meiner Seite garnicht erwartet habe: Er hoffe aber, daß Euere Durchlaucht sich in der Möglichkeit sehen würden, der französischen Anregung Folge zu geben, da dies einen ausgezeichneten Eindruck[2] in

préparées; des accords positifs entre les Puissances pourraient même être conclus à cet égard; mais la mise à exécution n'aurait lieu qu'après l'évacuation . . .

4. Après l'évacuation, il y aurait, ainsi que paraît le désirer le Gouvernement Anglais, une période de transition fixée par l'Europe, pendant laquelle les troupes de la Grande Bretagne pourraient, sous des conditions déterminées, rentrer en Egypte, pour y rétablir l'ordre.

Frankreich machen würde. Der Botschafter verfiel hier wieder auf sein Lieblingsthema der détente qui se produira chez nous und erging sich von neuem in der üblichen Begründung dieses Satzes.

Ich möchte mir zu dem Vorstehenden nur die eine Bemerkung erlauben, daß es mir, falls wir eine Vermittelung in London eintreten lassen wollen, schwer ausführbar erscheint, einen bestimmten Evakuationstermin dort zu empfehlen[3]: Dies ist der Punkt, auf dem die englische Regierung am empfindlichsten ist, und nach dem Entgegenkommen, welches Salisbury und Churchill uns neuerdings in Kolonialsachen gezeigt haben, sowie in Anbetracht des vertraulichen Ideenaustausches, welchen diese beiden Staatsmänner kürzlich wiederholt mit Graf Hatzfeldt gehabt haben, würden sie voraussichtlich sehr verletzt und enttäuscht sein, wenn wir bei einer etwaigen Vermittelung[4] zwischen Frankreich und England so weit gehen wollten, daß wir unsererseits anheimstellten, die Fixierung eines Evakuationstermins in Erwägung zu nehmen. H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] !
[2] Connu!
[3] richtig
[4] „Vermittlung" kann überhaupt nur erfolgen, wenn England sie wünscht; unterstützen können wir in London keine französ[ischen] Vorschläge, wohl aber englische in Paris.

Nr. 806

Diktat des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Niederschrift des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Friedrichsruh, den 19. November 1886

Ich bitte, die Aufzeichnung vom 18. d. Mts.* nebst Anlage vertraulich dem Grafen Hatzfeldt mitzuteilen**. Derselbe soll den Inhalt nicht auf amtlichem Wege an Lord Iddesleigh, aber vertraulich an Lord R. Churchill zur Kenntnis bringen, damit letzterer daraus ersieht, daß die Franzosen die Wand nicht einrennen wollen, sondern zu einer Verständigung geneigt sind. Der Kaiserliche Botschafter möchte seiner Mitteilung an Lord R. Churchill hinzufügen, ich glaubte allerdings nicht, daß England sich dazu verstehen werde, die Räumung Ägyptens zu einem bestimmten Termin zu versprechen, und hätte überhaupt nicht die Absicht, die Annahme dieser oder anderer französischer Vorschläge zu empfehlen. Wenn England aber wünschte, daß wir behufs einer Verständigung zwischen beiden Seemächten eine Briefträgerrolle über-

* Siehe Nr. 805.
** Es geschah mittels Erlasses Nr. 976 vom 20. November.

nähmen, so wären wir dazu gern bereit. Meiner Ansicht nach wäre ein Ausgleich zwischen Frankreich und England möglich, nicht auf Kosten der englischen Stellung in Ägypten, aber durch andere überseeische Konzessionen, namentlich unter Geburtshilfe Deutschlands, weil dabei die Möglichkeit, daß Deutschland bei Streitigkeiten zwischen England und Frankreich ersterem beistehen oder russische anderweitige Händel und Verlegenheiten unter Begünstigung Englands zum Angriff auf Frankreich benutzen könnte, doch für Frankreich ins Gewicht fallen werden, ohne daß man diese Erwägungen ausdrücklich geltend macht. Der Friede mit Deutschland hat für die französische Republik trotz aller Revancheprahlerei erheblichen Wert.

Im Anschlusse hieran und in Anknüpfung an den Privatbrief des Grafen Hatzfeldt vom 16. cr. bitte ich zu seiner vertraulichen Information noch hinzuzufügen, daß ich es leichter halte, zwischen Frankreich und England zu vermitteln, als zwischen Rußland und dessen Gegnern. Einmal weil letztere ihre Gegnerschaft und ihre geheimen Pläne nicht einräumen, und dann weil Rußland für andere Einwirkung als die der Sorge vor voller Isolierung kaum zugänglich sein wird.

Allein in Tonkin, Madagaskar, Tunis, selbst in Marokko wird Frankreich vielleicht kein Äquivalent für Verzichtleistung auf seine ägyptische Rivalität finden, und daß England in Ägypten nicht nachgeben kann, sehe ich ein. Die aggressive Leistungsfähigkeit Rußlands Österreich und der Türkei gegenüber beruht aber wesentlich auf der Voraussetzung französischer Sympathie resp. Allianz; eine dem Krimkriege analoge Gruppierung würde daher die Spannung der Situation wahrscheinlich heben. Jede Annäherung zwischen England und Frankreich wird in der Richtung wirksam sein, und ich möchte von Graf Hatzfeldt erfahren, ob er die Herbeiführung einer solchen für möglich hält; ich erblicke darin das einzige Mittel, Rußland zu „entkaulbarsen"; d. h. verträglich zu stimmen.

Dem französischen Botschafter bitte ich zu sagen, jedoch nur, wenn er auf die Sache zurückkommt und eine Antwort verlangt, eine Vermittlung setzte den Wunsch beider Parteien dazu voraus. Wenn wir uns überzeugten, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England die Vermittlung, ohne Pression auf die andere Partei, wünschte, so würden wir gern darauf eingehen, weil wir ebenso dringend wünschten, den Frieden beider miteinander zu erhalten, wie den zwischen Rußland und Österreich; andernfalls müßten wir bei der abstention bienveillante de part et d'autre verbleiben, innerhalb deren schon die jetzt von Frankreich gewünschte Einwirkung nicht Platz fände. Schon das Gewerbe des Briefträgers wäre immerhin bei solchen Beziehungen für den Frieden förderlich, da der Dritte vertraulich sondieren und jedem Beteiligten die Unannehmlichkeit ersparen könne, sich vom andern abschlägliche Antworten zu holen.

Nr. 807

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 372 London, den 24. November 1886

Nachdem ich mich im Sinne des dem Erlasse Nr. 976 beiliegenden Diktats* ausgesprochen, setzte mir Lord Randolph Churchill auseinander, daß seine Politik in Ägypten darauf begründet sei, Frankreich nichts zuzugestehen, sondern nur den Mächten, und sich möglichst mit der Pforte zu verständigen, wie wir dies schon früher England wiederholt geraten hätten. Frankreich habe nichts zu verlangen, da es selbst in Ägypten abdiziert habe, und daher dort nur dieselbe Stellung wie die anderen Mächte. Eine privilegierte Stellung werde Frankreich, wenn er es hindern könne, in Ägypten nicht wieder eingeräumt werden.

Zu dieser Politik, Frankreich jede Konzession zu verweigern, habe er sich entschlossen und die Mitwirkung seiner Kollegen dafür gefunden in der Hoffnung auf unsere Unterstützung. Er habe sich seinerseits bemüht, die englische Politik in bezug auf den Orient durch möglichste Annäherung an Österreich in eine Richtung zu bringen, die nach seiner Auffassung unseren Wünschen entsprechen müsse**, und gleichzeitig seinen Einfluß verwendet, um in den Kolonialfragen (Sansibar und Samoa) die Erfüllung unserer Wünsche hier herbeizuführen. Er hoffe damit unsere Anerkennung und unsere Unterstützung in bezug auf Ägypten verdient zu haben. Ohne letztere könne er seine Politik nicht aufrechterhalten und wisse sehr gut, wie er mir dies wiederholt gesagt, daß irgendeine Beteiligung[1] Deutschlands bei dem französischen Vorgehen die Stellung Englands in Ägypten beinahe unmöglich machen und gleichzeitig eine ernste Niederlage für das englische Kabinett bedeuten würde.

Dagegen fürchte er keineswegs in bezug auf Ägypten[2] das Zusammengehen Rußlands mit Frankreich***. Beide würden in dieser Frage nichts ausrichten, solange Frankreich bei uns keinerlei Ermunterung finde.

Eine Möglichkeit, Frankreich durch andere überseeische Konzessionen zu befriedigen und von Rußland abzuziehen, sehe er nicht. Die Frage der Neuhebriden und die Fischereifrage seien zu unbedeutend, um mit Erfolg dafür verwandt zu werden.

Über die Einzelheiten der Verhandlungen zwischen Lord Iddesleigh und Herrn Waddington behauptete Lord Randolph Churchill nicht fortlaufend informiert zu sein. Er hält es bei den französischen Neigungen Lord Iddesleighs nicht für unmöglich, daß derselbe sich

* Siehe Nr. 806.
** Vgl. Kap. XXV, „Verhandlungen über eine Entente zwischen England und Österreich 1886".
*** Vgl. Bd. VI, Kap. XL.

zu unvorsichtigen Äußerungen hinreißen lasse, die in Paris als Geneigtheit zu Zugeständnissen ausgelegt werden und dort zur Ermunterung dienen könnten. Diese Unterhandlungen sind ihm daher sehr unerwünscht. Er behält sich aber vor, im Kabinett, vor welches die Sache immer kommen müsse, jeden von Lord Iddesleigh befürworteten Konzessionen stets sein Veto entgegenzusetzen, wie er es in bezug auf den Suezkanal bereits getan habe.

Anders würde die Lage sich gestalten, wenn seine Kollegen die Überzeugung gewönnen, daß Frankreich in seinen Bestrebungen, getrennt von den anderen Mächten ein Abkommen mit England zu treffen, bei uns die geringste Ermunterung finde. Dies würde die Stellung Lord Iddesleighs, der heute keinen Einfluß habe, stärken, seine, Lord Randolph Churchills, Freunde im Kabinett entmutigen und ihm selbst den weiteren Widerstand vielleicht unmöglich machen. Er müsse sogar den Fall für möglich halten, daß dann Lord Salisbury, der heute auf seiner Seite stehe, den Mut verlieren und sich zur Nachgiebigkeit gegen Frankreich entschließen würde.

Ich habe mich im Laufe der Unterhaltung unausgesetzt bemüht, Lord R. Churchill klarzumachen, daß unsere Haltung in dieser Frage Frankreich gegenüber eine durchaus freundschaftliche für England sei[3]. Euere Durchlaucht würden keinerlei französischen Vorschlag hier befürworten, hätten auch den französischen Botschafter in Berlin darüber nicht im Zweifel gelassen. Gerade unseren freundschaftlichen Gesinnungen für England entspreche es, daß wir, umgekehrt, etwaige englische Vorschläge in Paris mitzuteilen bereit wären.

Mein Eindruck war, als ich Lord R. Churchill verließ, daß er an Euerer Durchlaucht freundschaftlicher Absicht, England in der ägyptischen Frage keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten, nicht zweifelt[4]. Er schien dagegen zu fürchten, daß wir aus politischen Gründen eine Verständigung zwischen England und Frankreich für wünschenswert hielten und von diesem Gesichtspunkte aus nicht abgeneigt wären, die Tür für diese Verständigung offenzuhalten. Namentlich aber besorgt er, daß die Franzosen dies erkennen und darin eine von uns nicht beabsichtigte Ermunterung finden könnten, ihre auf ein separates Abkommen mit England gerichteten Bemühungen fortzusetzen.

Dem Wunsche Lord R. Churchills, unsere Unterhaltung und den Inhalt des Erlasses Nr. 976 vorläufig gegen Lord Salisbury nicht zu erwähnen, werde ich entsprechen[5], wenn ich von Euerer Durchlaucht keine andere Weisung erhalte. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Nicht in Aussicht

[2] in Bezug auf was, ist gleichgültig; Egypten braucht es nicht zu sein; sobald wir Krieg mit Rußland hätten, würde Fr[an]kreich uns angreifen; was ist dann von England zu erwarten??

[3] gewiß

[4] daran thut er recht.

[5] gut

Nr. 808

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 14 Berlin, den 2. März 1887

Bericht Nr. 44 vom 25. erhalten. Ich bin zwar mit der Tendenz desselben einverstanden, hätte aber gewünscht, daß Sie Ihre Unterstützung für englische Bestrebungen in Ägypten Sir D. Wolff* gegenüber noch bestimmter akzentuiert hätten**. Unsere eigenen finanziellen Interessen sind in Ägypten stark engagiert, und wir legen deshalb Wert darauf, daß das Maß von Ordnung, welches durch die englische Kontrolle bedingt ist, bestehen bleibt; außerdem freue ich mich, ein neutrales Feld zu haben, auf welchem wir die Fühlung mit England pflegen können, da, wie Ew. pp. durch Erlaß Nr. 45 vom 17. v. Mts.*** mitgeteilt, die zweifelhafte Haltung Rußlands uns die Notwendigkeit auferlegt, diese Fühlung zu halten.

v. Bismarck

Nr. 809

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 267 Berlin, den 26. März 1887

Aus dem gefälligen Berichte vom 23. d. Mts. Nr. 103 habe ich ersehen, daß Ew. pp. unsere Beschwerden über den englischen Konsul Holmwood in Sansibar sofort nach Empfang des Erlasses Nr. 146 vom 18. v. Mts. bei dem dortigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zur Sprache gebracht haben. Wenn Ew. pp. eine Antwort auf diese ausführlichen und mit dokumentarischen Beweisstücken unterstützten Beschwerden bis heute nicht zugegangen ist, so gewinnt es den Anschein, daß die englische Regierung die Folgen der Situation, welche durch das deutschfeindliche Verhalten und die fortgesetzten Intrigen des Konsuls

* Sir Drummond Wolff weilte seit dem Sommer 1886 als englischer Spezialgesandter für die ägyptische Frage in Konstantinopel.

** Nach seinem Bericht Nr. 44 vom 25. Februar 1887 hatte Radowitz dem englischen Vertreter gesagt, daß Deutschland den englisch-türkischen Verhandlungen mit Interesse folgen würde und aufrichtig wünsche, daß England in den Stand gesetzt werde, sichere und geordnete Zustände in Ägypten zu schaffen.

*** Im Erlaß Nr. 45 vom 17. Februar 1887 war Botschafter von Radowitz angewiesen worden, im Hinblick auf die „Unklarheit der russischen Haltung gegenüber den französischen Bedrohungen“ (s. darüber Bd. VI, Kap. XXXIX) eine englandfreundlichere Haltung einzunehmen und bis auf weiteres „in allen russisch-englischen Streitfragen nicht, wie dies bisher geschehen ist, die russische Auffassung aktiv zu befürworten und noch weniger der englischen entgegenzutreten, sondern volle Zurückhaltung und Unparteilichkeit zu beobachten“.

Holmwood in Sansibar geschaffen wird, nicht in ihrer vollen Bedeutung würdigt. Die von dem Herrn Reichskanzler in dem erwähnten Erlasse vom 18. v. Mts. ausgesprochene Hoffnung, daß auch von englischer Seite Schritte geschehen werden, um eine fernere Aufreizung des Sultans durch den englischen Vertreter in Sansibar zu verhindern, hat sich bisher nicht erfüllt. Wie aus den mit letzter Post hier eingegangenen, abschriftlich beigefügten Berichten des Kaiserlichen Generalkonsuls Arendt vom 13. und 14. v. Mts. hervorgeht, gefällt sich Herr Holmwood nach wie vor in der Rolle eines Bekämpfers der deutschen Politik in Sansibar und scheint die ihm nach den früheren Erklärungen der englischen Regierung erteilten Instruktionen wegen eines freundschaftlichen Zusammenwirkens mit dem Kaiserlichen Vertreter unbeachtet zu lassen. Ein solcher Mangel an Übereinstimmung der Agenten im Auslande mit der an der Zentralstelle vorgeschriebenen Politik erscheint uns nicht haltbar. Wenn trotz aller Zusicherungen der dortigen Regierung die Insubordinationen der englischen Vertreter in Sansibar weitergehen, und Konsul Holmwood, den Spuren von Sir John Kirk und Major Kitchener folgend, als Dritter im Bunde seine Hetzereien und seine Minierarbeit fortsetzt, so müssen wir schließlich glauben, daß höhere Einflüsse als diejenigen der beteiligten Agenten im Spiele sind, und werden genötigt sein, ähnlich zu verfahren und an geeigneter Stelle unseren Vertretern im Auslande eine anti-englische Politik zu gestatten. In erster Linie wird es sich dabei um Ägypten und Konstantinopel handeln. Wenn wir nicht in allernächster Zeit aus den Berichten unserer Agenten in Sansibar und Samoa die volle Überzeugung schöpfen werden, daß England unsere dortigen Bestrebungen in loyaler Weise unterstützt, so werden unsere Vertreter im Orient die Weisung erhalten, mit ihren französischen Kollegen Fühlung zu suchen.

Ich werde mich in diesem Sinne zu dem hiesigen englischen Botschafter aussprechen und bitte Sie, das Gleiche Lord Salisbury gegenüber zu tun und demselben nicht zu verhehlen, daß der Herr Reichskanzler die vorliegende Angelegenheit als eine ernste auffaßt, und es als einen Mangel an Rücksicht empfindet, wenn nicht nur substantiierte Beschwerden dieser Art über einen Monat hindurch unbeantwortet, sondern auch Beamte, über die wir soviel Grund zu Beschwerden haben wie über den früheren Subalternschreiber und jetzigen Konsul Holmwood, uns zum Hohne ruhig auf ihren Posten und bei ihrer antideutschen Haltung bleiben.

Was speziell das Auftreten des Konsuls Holmwood in dem Grenzkonflikt zwischen Portugal und Sansibar betrifft, so wirft es ein eigentümliches Licht auf die Kenntnisse und berufsmäßige Vorbildung des Konsuls Holmwood, wenn er in seinem Briefe vom 13. Februar d. Js. die Stellung der portugiesischen Untertanen in Sansibar unter den Schutz des deutschen Konsulats als Parteinahme Deutschlands für Portugal und gegen Sansibar auslegen und den Kaiserlichen General-

konsul wegen dieses Schutzes gleichsam zur Rede stellen will. Ich bitte Ew. pp., Lord Salisbury daran zu erinnern, daß beispielsweise im Juli 1870 beim Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Frankreich die Interessen der französischen Untertanen in Preußen unter den Schutz der Königlich Großbritannischen Botschaft in Berlin gestellt wurden, ohne daß wir oder andere Mächte darin eine Parteinahme Englands für Frankreich erblickten. Ich hoffe, daß Lord Salisbury den Konsul Holmwood auch in dieser Beziehung rektifizieren wird, um zu verhindern, daß derselbe in seiner bekannten Manier die deutsche Politik dem Sultan gegenüber aufs neue verleumdet.

H. Bismarck

Nr. 810

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Privatbrief. Abschrift

Vertraulich Berlin, den 26. März 1887

Ew. pp. beehre ich mich im Anschluß an den heutigen Erlaß über die Haltung des englischen Agenten in Sansibar im Auftrage des Herrn Reichskanzlers ergebenst zu bitten, Lord Salisbury auf das ernsteste darauf hinweisen zu wollen, daß Seine Durchlaucht sich von englischen Agenten im Auslande, deren Verhalten mit den Versicherungen ihrer Regierung nicht im Einklange steht, nicht länger an der Nase umherführen lassen will. Gerade in Sansibar haben die drei Engländer Kirk, Kitchener und Holmwood, die dort mit uns nach dem angeblichen Willen ihrer Regierung freundschaftliche Beziehungen zu pflegen gehabt hätten, sich in der gehässigsten Weise gegen uns benommen: Wird durch Lord Salisbury nicht ein Exempel statuiert, indem solche Agenten rücksichtslos fallen gelassen und desavouiert werden, so müssen wir annehmen, daß ihm an unserer Freundschaft weniger gelegen ist, als wir sie für wert halten. Wenn England uns an Stellen, die für die englische Macht so wenig Bedeutung haben wie Sansibar und Samoa, nicht einmal soweit gefällig sein will, wie wir es beanspruchen, so werden wir unser Verhalten danach einrichten und England dort entgegentreten, wo seine wichtigsten Interessen auf dem Spiele stehen. Wir sind während der letzten Jahre alle paar Monat in die Lage gekommen, eine scharfe Sprache mit England in bezug auf Kolonialangelegenheiten führen zu müssen, und es ist geradezu exasperierend, daß sich das Stück immer wiederholt, und daß die Neigung der englischen Regierung, uns gefällig zu sein, bei ihr selbst immer nur bis zur nächsten freundlichen Mitteilung von hier vorhält und bei ihren Agenten überhaupt nicht zum Ausdruck kommt.

Die dilatorische Art, in der unsere Beschwerden über den englischen Konsul in Sansibar behandelt worden sind, und die Möglichkeit,

die demselben gelassen wird, seine Intrigen bei dem Sultan gegen uns fortzusetzen, wirken hier nachhaltig verstimmend; und diese Verstimmung wird in kurzer Zeit, d. h. in den nächsten Wochen, dadurch zum Ausdruck kommen, daß der Herr Reichskanzler sich mit dem französischen Botschafter auf Besprechungen seiner Wünsche bezüglich Ägyptens einläßt, wenn die englischen Hetzereien und Nörgeleien gegen uns nicht zum sofortigen Stillstande gebracht werden.

Fürst Bismarck ersucht Ew. pp., in vertraulicher und Ihnen geeignet scheinender Weise Lord Salisbury auf diese Situation nachdrücklich aufmerksam zu machen und ihm dabei zu sagen, daß wir nicht nur genötigt sein würden, in Ägypten antienglische Politik zu treiben, sondern auch Herrn von Radowitz analog zu instruieren, wenn Lord Salisbury die kolonialen Nadelstiche seiner Agenten weiter duldete.

Ich sollte meinen, daß ein so klarer Hinweis auf die mögliche Veränderung unserer Beziehungen zu England genügen wird, um Lord Salisbury zum Nachdenken über die bei einigen seiner Agenten herrschende Insubordination und die Folgen derselben zu bringen. Wenn Lord Salisbury wirklich mehr an der guten Laune einiger neuseeländer Jingos und an dem Belassen des früheren Hilfsschreibers Holmwood auf dem Posten in Sansibar als an unserer Freundschaft liegt, so können wir das nicht ändern, werden uns aber danach einrichten. Mir scheint, daß es nur eine sehr geringe Gefälligkeit für uns wäre, wenn die englische Regierung den Konsul Holmwood, der unsere Beziehungen zum Sultan von Sansibar fortwährend stört, beseitigte und einen Agenten an seine Stelle schickte, der den unsrigen dort nicht unaufhörlich durchkreuzt. Mit dilatorischen Antworten können wir uns nicht länger abfinden lassen, und ich bitte Ew. pp., Lord Salisbury jeden Zweifel darüber zu benehmen, daß unsere Politik in der kürzesten Frist eine Schwenkung machen muß, wenn wir nicht auf Gegenseitigkeit bei England in Fragen rechnen können, die für dasselbe im Vergleich mit der orientalischen und ägyptischen eine verschwindende Bedeutung haben.

(gez.) Graf Bismarck

Nr. 811

Der Geschäftsträger in London Freiherr von Plessen an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 152 London, den 25. April 1887

Euerer Durchlaucht beehre ich mich zu melden, daß ich Lord Salisbury den Inhalt des Telegramms Nr. 35 vom 22. d. Mts., betreffend die Neubesetzung des Generalkonsulats in Sansibar, mitgeteilt habe.

Lord Salisbury wiederholte mir, daß die Neubesetzung in einem, spätestens zwei Monaten erfolgen werde, und fügte hinzu, daß er den

Aufschub namentlich deswegen wünsche, damit sich der Wechsel vollziehen könne, ohne die Beteiligten peinlich zu berühren.

Oberst Euan Smith, der bei verschiedenen Höfen in Indien als englischer Agent fungiert habe, sei als Nachfolger Sir John Kirks in Aussicht genommen.

Lord Salisbury bemerkte ferner: um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, wolle er darauf aufmerksam machen, daß Holmwood, der gegenwärtig als Stellvertreter des Generalkonsuls fungiere, nach der Neubesetzung des Postens in sein früheres Verhältnis zurückkehren und als kommerzieller Konsul (Commercial Consul) in Sansibar bleiben werde[1], in welcher Eigenschaft er mit politischen Angelegenheiten nichts zu tun habe.

Ich habe darauf erwidert, der Herr Botschafter habe die Zusage ausdrücklich dahin verstanden, daß Sir John Kirk und Holmwood von der Vertretung Englands in Sansibar entfernt werden würden, falls auch in unserer dortigen Vertretung ein Wechsel stattfände. In diesem Sinne habe Graf Hatzfeldt nach Berlin berichtet, und unter dieser Voraussetzung hätten Euere Durchlaucht sich mit dem Vorschlage einverstanden erklärt. Ich sei davon überzeugt, daß die Mitteilung von dem ferneren Verbleiben Holmwoods Euere Durchlaucht unangenehm berühren werde[2], da derselbe auch in seiner Eigenschaft als kommerzieller Konsul in der Lage sei, die Intrigen und Hetzereien gegen Deutschland fortzusetzen.

Lord Salisbury, mit dem ich in dem vorstehenden Sinne heute nochmals gesprochen habe, entgegnete mir, er bedauere das Mißverständnis, er habe aber bei den Besprechungen mit dem Herrn Botschafter nur einen Wechsel in der Leitung des Generalkonsulats im Auge gehabt. Die Entfernung Holmwoods aus Sansibar würde eine unverdiente Strafe sein, die er nicht über ihn verhängen könne.

Plessen

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Dann ist keine Gegenseitigkeit!
[2] natürlich

Nr. 812

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Geschäftsträger in London Freiherrn von Plessen

Telegramm. Konzept

Nr. 36 Berlin, den 27. April 1887

Wenn Lord Salisbury Holmwood dort läßt, so liegt kein Grund vor, Arendt* zu versetzen; und wenn England in Sansibar keine Gefällig-

* Der deutsche Generalkonsul in Sansibar, der nach der zwischen dem Grafen Hatzfeldt und dem Foreign Office getroffenen Abrede gleichzeitig mit den englischen Agenten versetzt werden sollte.

keiten für uns haben will, so entfällt auch der Grund, daß wir ihm solche in Ägypten oder Konstantinopel erweisen. Ich werde Herrn von Radowitz dementsprechend instruieren. v. Bismarck

Nr. 813

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Geschäftsträger in London Freiherrn von Plessen

Abschrift

Nr. 391 Berlin, den 28. April 1887

Der Herr Reichskanzler hat Ew. gefälligen Bericht Nr. 152* erhalten und ist sehr erstaunt über den plötzlichen Wechsel in den Absichten Lord Salisburys bezüglich der englischen Vertretung in Sansibar. Das jetzige Anerbieten Lord Salisburys ist in keiner Weise eine Konzession, denn Sir John Kirk, welcher bereits seit langer Zeit von Sansibar weg ist, würde nach den uns schon im Spätherbst des vorigen Jahres zugegangenen Nachrichten ohnehin nicht wieder nach Afrika gegangen sein. Graf Hatzfeldt hatte sowohl in Berichten, als in seinem letzten Privatbrief ausdrücklich gemeldet, daß Lord Salisbury die Entfernung Holmwoods zugesagt hätte. Wenn dieser, der während seiner ganzen Amtsführung eine feindliche Stellung gegen uns eingenommen und in auffälliger Weise gegen den Generalkonsul Arendt intrigiert hat, jetzt in Sansibar belassen wird, so gewährt das einen Rückschluß auf Englands unfreundliche Absichten und auf die Haltung, die es auch in Zukunft dort einzunehmen gedenkt. Wir hatten gehofft, daß die im vorigen Herbst getroffenen Verabredungen** zu einer dauernden Unterstützung unserer Interessen in Sansibar führen würden, und in dieser Überzeugung haben wir die englische Politik in Konstantinopel und Ägypten nachhaltig und erfolgreich unterstützt. Wenn diese unsere Annahme jetzt hinfällig wird, so hört damit für uns auch jede Veranlassung auf, der englischen Politik im Orient ferner Dienste zu leisten.

Wenn Ew. sich im vorstehenden Sinne zu Lord Salisbury aussprechen, so bitte ich, ihm dabei zu sagen, daß wir eine Verstimmung über seine Sinnesänderung nicht empfänden: Wir trieben einfach praktische Politik nach dem Satze: „Eine Hand wäscht die andere", und wenn das Verbleiben Holmwoods in Sansibar Lord Salisbury wichtiger erschiene als Englands Beziehungen zu Deutschland in der großen Politik, so könnten wir das nicht ändern. Wir werden darum gegen England nicht schlechter gelaunt werden, aber unsere Haltung in allen anderen Fragen, die England nicht interessieren, so einrichten, wie ich

* Siehe Nr. 811.

** Gemeint ist das deutsch-englische Abkommen vom 1. November 1886.

das schon im Erlaß Nr. 267 vom 26. v. Mts.* angedeutet habe. Bisher ist Herr von Radowitz nur instruiert worden, sich einstweilen passiv zu verhalten und die Bemühungen seines englischen Kollegen und Sir Drummond Wolffs nicht mehr zu unterstützen. Wenn die englische Regierung aber dabei bleibt, uns die geringe Gefälligkeit der Versetzung Holmwoods zu versagen, so werden wir nicht umhin können, Herrn von Radowitz anzuweisen, daß er seinen Einfluß in aktiver Weise gegen England in die Wagschale werfe. Ich werde mich im Sinne des Vorstehenden auch zu dem hiesigen englischen Geschäftsträger aussprechen und Herrn von Radowitz demnächst im antienglischen Sinne instruieren, wenn diese Demarchen erfolglos bleiben sollten.

H. Bismarck

Nr. 814

Der Geschäftsträger in London Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 London, den 28. April 1887

Ich habe mich soeben Lord Salisbury gegenüber im Sinne des Telegramm Nr. 36** ausgesprochen.

Auf meine Bemerkung, daß, wenn Holmwood in Sansibar gelassen würde, kein Grund für die Versetzung Dr. Arendts vorliege, erwiderte der Minister, daß der Wechsel in der Leitung des englischen Generalkonsulats voraussichtlich in der kürzesten Frist stattfinden werde, auch wenn Dr. Arendt auf seinem Posten bliebe, was er jedoch im Interesse der Beziehungen zwischen den beiderseitigen Vertretern bedauern würde.

Er, Lord Salisbury, könne es nicht auf sich nehmen, Holmwood durch die Entfernung aus Sansibar zu bestrafen. In seiner Eigenschaft als kommerzieller Konsul werde derselbe internationalen Angelegenheiten ganz fernstehen und mit den deutsch-englischen Beziehungen in Sansibar nichts zu tun haben.

Als ich darauf dem Minister sagte, daß, wenn England in Sansibar keine Gefälligkeiten für uns haben wolle, auch der Grund entfalle, daß wir ihm solche in Ägypten oder Konstantinopel erwiesen, erwiderte derselbe, daß er auf eine Mitteilung von so großer Tragweite, die eine Drohung involviere, nicht ohne weiteres antworten könne.

Lord Salisbury bekundete durch sein ganzes Wesen, daß er den Ernst der Sache vollkommen einsah. Plessen

---

* Siehe Nr. 809.
** Siehe Nr. 812.

Nr. 815

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Geschäftsträger in London Freiherrn von Plessen

Telegramm. Konzept

Nr. 37 Berlin, den 29. April 1887

Telegramm Nr. 67* erhalten.

Ich kann nicht zugeben, daß in unserer Eröffnung irgendeine Drohung gelegen hat: Dienste, die unabhängige Mächte sich erweisen, beruhen immer auf Gegenseitigkeit, namentlich solche, die nicht ganz kostenfrei sind. Wenn wir die englische Politik in Ägypten unterstützen, so vermindern wir dadurch die Chancen, mit Frankreich in gute Beziehungen zu gelangen, die sich mit der jetzigen Regierung wenigstens wesentlich bessern würden, wenn wir eine anti-englische Haltung annehmen wollten. Noch schwerer fällt ins Gewicht die zweifellose Tatsache, daß unsere Unterstützung der englischen Politik in Konstantinopel sowohl in der ägyptischen Frage, wie durch Zurückziehung der früher von uns der russischen Politik dort geleisteten Beihilfe wesentlich dazu beiträgt, unsere Beziehungen zu Rußland zu erkälten und vielleicht zu gefährden. Diese unsere Haltung beruht ausschließlich auf der Absicht, England gefällig zu sein, in der Voraussetzung, daß England uns in Sansibar und Samoa gefällig sein werde. Andere Gründe haben wir dafür nicht; für die deutschen Interessen ist es ganz gleichgültig, wer in Ägypten regiert, und ob der Sultan sich mehr auf englische oder auf russische Seite neigt. Wenn wir ungeachtet dieser Gleichgültigkeit den deutschen Einfluß zugunsten Englands und zum Nachteil unserer Beziehungen zu Frankreich und zu Rußland an beiden Orten einsetzen, so kann ich das tun, wenn ich meinem Souverän und meinem Lande in verantwortlichen Momenten nachweisen kann, daß Deutschland für seine Dienstleistungen und deren vielleicht unerwünschte Konsequenzen in Gestalt von Gefälligkeiten auf kolonialem Gebiet, wie in Sansibar und Samoa, Gegenleistungen erhalten hat. Wenn ich solche Gegenleistungen nicht aufweisen könnte, so würde ich bei aller Freundschaft für England und für Lord Salisbury doch nicht berechtigt sein, der deutschen Politik die Vorteile zu entziehen, die für ihr Verhältnis zu Frankreich und zu Rußland von einer anderweiten und mindestens indifferenten Politik im Orient zu erwarten wären.

Ew. pp. bitte ich, Lord Salisbury nach diesen Andeutungen darzulegen, daß es sich hier nicht um eine Drohung handelt, sondern lediglich um den Grundsatz, in der auswärtigen Politik nicht Gefühle, sondern Interessen und Gegenseitigkeit zur Richtschnur zu nehmen. Gefälligkeiten ohne Erwiderung erzeigt man nur im Privatleben.

v. Bismarck

* Siehe Nr. 814.

Nr. 816

Der Geschäftsträger in London Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 London, den 2. Mai 1887

Ich habe mich Lord Salisbury gegenüber in Gemäßheit des Telegramms Nr. 37 vom 30.* und des Erlasses Nr. 391 vom 28. v. Mts.** ausgesprochen.

Der Minister erwiderte, daß er mit dem dargelegten Grundsatze Euerer Durchlaucht in der auswärtigen Politik ganz übereinstimme und vollkommen anerkenne, daß die Dienste, die Deutschland der englischen Politik im Orient erweise, auf Gegenseitigkeit beruhen müßten. Er glaube Gegenleistungen in Samoa, welches dem deutschen Einflusse vollständig eingeräumt werde, und auch in Sansibar erwiesen zu haben. Er glaube nicht, daß Holmwood die ihm zu Last gelegte feindliche Gesinnung gegen Deutschland hege, und er könne ihn nicht opfern.

Um Euere Durchlaucht zu befriedigen, sei er jedoch bereit, Holmwood aus Sansibar zu entfernen und auf einen andern Posten zu versetzen. Letzteres werde gleichzeitig mit der Neubesetzung des Generalkonsulats in einem bis zwei Monaten stattfinden.

Plessen

Nr. 817

Aufzeichnung des Prinzen Wilhelm von Preußen für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändig. Unsigniert

Berlin, den 8. Juli 1887

Ew. Durchlaucht

Verfehle ich nicht, in Verfolg des mir gewordenen Auftrages an den Lord Salisbury, das Gespräch mit demselben wiederzugeben.

In Erinnerung an die Bemerkung Ew. Durchlaucht, daß, bei der Abneigung englischer Staatsmänner von Politik mit Fremden zu sprechen, ich es dem Premier überlassen solle den Anfang zu machen, redete ich denselben nicht direkt darauf an. Allein er begann sofort aus eigenen freien Stücken und sprach seinen wärmsten, aufrichtigsten Dank aus für die freundschaftliche Haltung und den festen Beistand, welche die Regierung S[einer] M[ajestät] des Kaisers und

* Siehe Nr. 815.
** Siehe Nr. 813.

Königs in der Sache der Aegyptischen Konvention* England bewiesen habe. Es sei dieses für ihn von ganz unschätzbarem Werth, da es ihm die Möglichkeit gewähre energischer als er es sonst gekonnt aufzutreten.

Ich erwiderte darauf, wie ich nicht ermangeln würde Ew. Durchlaucht diesen Dank zu übermitteln, und fügte hinzu, daß ich von Ew. Durchlaucht beauftragt sei dem Lord Salisbury nochmals ausdrücklich mitzutheilen, daß er in Aegypten unbedingt auf die Deutsche Stimme zählen könne.

Er dankte nochmals herzlich und betonte wie Ew. Durchlaucht für ihn stets ein guter und zuverläßiger Freund gewesen seien. Er erging sich sodann in Spekulationen über die noch zu erwartenden Verzögerungen seitens der Pforte in Bezug auf die endgültige Erledigung der Konvention, und deutete ziemlich unumwunden an, daß sowohl Frankreich als auch Rußland gründlich bei der Pforte intriguirten und wohl miteinander unter einer Decke steckten.

Hierbei fand ich die Gelegenheit, die von Ew. Durchlaucht für den Premier gemeinte Ansicht ihm zu unterbreiten, daß England der Pforte gegenüber nicht zu sehr es sich merken laßen brauche, daß ihm so viel an der Konvention gelegen sei. Sondern wenn die Pforte zu viele Schwierigkeiten mache, sich auf den Großartigen spielen könne und andeuten möge, daß Großbritannien soviel nicht an der Konvention liege, und falls sie nicht der Pforte für den Augenblick konvenire, man seitens der Großbritannischen Regierung die Sache vorläufig fallen laßen, und somit alles in statu quo verbleiben werde. Lord Salisbury erwiderte, er sei sehr erfreut dieses zu hören, daß dieses auch seine Ansicht sei und es ihm eine ganz besondere Genugthuung gewähre zu erfahren, daß Ew. Durchlaucht so darüber dächten; es sei dies ein Grund mehr auch nach diesem Grundsatz zu verfahren.

Darauf ging Lord Salisbury auf die Balkan-Halbinsel und die Verhältniße in Abghanistan und Rußland über und meinte dabei: we have some little difficulties there, which we hope soon to overcome, without their giving us any serious trouble. Da ich von Ew. Durchlaucht in Bezug auf diese Punkte nicht mit Weisungen versehn war, so glaubte ich mich nicht berechtigt irgend eine Ansicht darüber auszusprechen und hörte daher die Konversation bald auf. Als wir schieden machte mir Lord Salisbury entschieden den Eindruck als ob er erleichtert und recht befriedigt sei. pp.

* Am 22. Mai war zwischen dem englischen Spezialgesandten Sir Drummond Wolff und den türkischen Delegierten in Konstantinopel die seit langer Zeit verhandelte Konvention über Ägypten abgeschlossen worden, die zwar in Artikel V die Zurückziehung der britischen Truppen aus Ägypten nach Ablauf von 3 Jahren in Aussicht nahm, aber England ausdrücklich das Recht der Wiederbesetzung zusprach. Die Konvention gelangte indessen infolge des Widerspruchs Frankreichs nicht zur Ratifikation. Vgl. darüber Earl of Cromer, Das heutige Ägypten. Bd. II (1908), S. 352ff.

Es war entschieden eine ganz auffallende Erscheinung im ganzen Publikum zu bemerken im Gegensatz zum Jahre 1880 — als ich das letzte Mal in England gewesen — nämlich eine allgemeine Unzufriedenheit mit den jetzigen Zuständen. Noch im Jahre 1880 als Gladstone ans Ruder kam, fand ich die gewiße vornehme Kühle, wenn man auf Englische Zustände kam, welche den Stolz auf die 600jährigen Tradition[en] das Parlament etc. in sich barg. Oder es wurde dem Fremden herablaßend wenn nicht mitleidsvoll zu verstehn gegeben, daß es leider so noch nicht bei ihm zu Hause aussehe, er aber gut thäte, sich möglich bald nach Englischem Muster einzurichten. Von Allem dem war jetzt keine Rede mehr.

Offenes Schimpfen auf das Parlament, auf den Freihandel und vor Allem auf Gladstone. Man sah jetzt ein an den Szenen, die sich im House of Commons abgespielt, was für ein Geschenk G[rand] O[ld] M[an] mit seiner demokratisirenden Wahlbill* dem Lande gemacht, und was für Elemente hineingekommen waren und im Hause das große Wort führten.

Zweimal sah ich den G[rand] O[ld] M[an] auf der Straße. Niemand kümmerte sich um ihn, kein Mensch grüßte ihn mehr und der englische Herr, den ich auf ihn aufmerksam machte, stieß einen britischen Kernfluch aus. Als Gegenstück zu alle den vielen Klagen trat einem überall die rückhaltloseste Bewunderung der Preußisch-Deutschen Einrichtungen und Zustände — früher so arg verspottet — entgegen, die gewöhnlich mit dem Ausruf endigte: Oh I assure you, if we could have Prince Bismarck over here for a month, he would soon put everything to rights again.

Nr. 818

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in London**

Reinschrift

London, den 24. August 1887

Lord Salisbury kam gestern nachmittag auf die Botschaft, um mich zu besuchen, und unsere Unterhaltung erstreckte sich zunächst

* Gemeint ist die Anfang März 1884 von Gladstone eingebrachte Wahlbill.

** Graf Herbert Bismarck hatte schon im Mai 1887 eine Reise nach England unternommen, um eine Verständigung zwischen diesem, Rußland und Deutschland in der akuten bulgarischen Frage zu erzielen (vgl. Bd. V, Kap.. XXXIII). Am 24. und 25. August kam Herbert Bismarck wieder nach London, diesmal vor allem, um die engere Verständigung zwischen England, Österreich und Italien zu fördern (vgl. Kap. XXVIII, Nr. 913). Beide Male war Herbert Bismarck nach Kräften bemüht, die letzten kolonialen Schwierigkeiten zwischen Deutschland

auf Samoa. Ich habe dabei wiederholt konstatieren können, daß dem Lord an Samoa garnichts liegt, und daß er nur aus Rücksicht auf die australischen Kolonien dies nicht offen erklären zu können meint. Die liebste endgültige Lösung würde ihm sein, daß wir Samoa nehmen, England die Tongainseln und den Vereinigten Staaten Hawaï (Sandwich Islands) lassen: er meinte, der Zeitpunkt für eine solche Lösung sei leider noch nicht gekommen, und es würden vielleicht noch zwei bis drei Jahre darüber hingehn. Einstweilen bleibe nichts weiter übrig, als den Amerikanern den Gefallen zu tun, einen Versuch mit den 3 adviser[1]* zu machen: es würden sich im Laufe der Zeit dabei so viele Unzuträglichkeiten ergeben, daß Amerika sich selbst von der Unmöglichkeit native governments im Stillen Ozean aufrechtzuerhalten, überzeugen würde. Ich sagte Lord Salisbury, man müsse sich auf alle möglichen Hinterhaltigkeiten der Amerikaner gefaßt machen: letztere schienen die Monroe-Doktrin jetzt dahin auslegen zu wollen, daß der Stille Ozean wie an American Lake anzusehen sei, sie wollten nicht nur Hawaï (woran England, wie Salisbury sagte, keinerlei Interesse hat) unter ihren ausschließlichen Einfluß bringen, sondern auch Samoa und Tonga als Stationen vom zukünftigen Panamakanal nach Australien, es gebe sogar amerikanische Phantasten, die jetzt schon von einer späteren republikanischen Verbrüderung und

---

und England zu beseitigen. Das wurde auch erreicht; sowohl in der Samoa- wie in der Sansibar-Frage herrschte seit Herbert Bismarcks Aufenthalt in England im August 1887 ein weitgehendes Einverständnis zwischen beiden Regierungen. Das Zusammengehen Englands und Deutschlands bei den ostafrikanischen Unruhen im Sommer 1888 und in der Sklavereifrage wird gekennzeichnet durch das deutsch-englische Abkommen vom 3. November 1888. Siehe dasselbe neben der übrigen Korrespondenz über den ostafrikanischen Aufstand in „Das Staatsarchiv" Bd. 50. Am 14. Dezember ließ sich Graf Herbert Bismarck im Reichstag bei der Beratung des Antrags Windthorst betreffs Bekämpfung des afrikanischen Sklavenhandels in den wärmsten Worten über das englische Entgegenkommen aus. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1888. S. 196 f. Außerordentlich anerkennend äußerte sich Herbert Bismarck über Lord Salisbury in einem Privatbrief an Graf Hatzfeldt vom 19. Dezember 1888: „Salisbury hat sich wirklich sehr loyal benommen, und ich hatte Sorge, daß ihm das von denjenigen seiner Landsleute und Gegner, welche dem weitreichenden Einfluß der Missionäre zugänglich, bzw. seine Feinde quand même sind, eingetränkt werden könnte. Ich teile Euerer Exzellenz Überzeugung, daß Salisbury soweit gegangen ist, wie er irgend konnte, und daß wir mehr von ihm nicht beanspruchen dürfen: Seine Stellung und sein Verbleiben im Amt ist für uns 100 mal mehr wert als das ganze Ostafrika; mein Vater ist genau derselben Ansicht." Auch Fürst Bismarck hat in seiner Reichstagsrede vom 26. Januar 1889 betont, daß er unbedingt an der Übereinstimmung und dem Zusammengehen mit England in den Kolonialfragen, in Ostafrika wie in Samoa, festhalte. „Die politischen Reden des Fürsten Bismarck", ed. H. Kohl, Bd. XII, S. 574 f.

* Amerika hatte bei den Beratungen über Samoa die Einsetzung eines Exekutivausschusses zur Führung der Regierungsgeschäfte, bestehend aus dem Könige, einem samoanischen Beamten und je einem Vertreter (adviser) der drei beteiligten Mächte Deutschland, England und Amerika, verlangt.

Zusammenschließung der verschiedenen australischen Kolonien mit den Vereinigten Staaten träumten.

Lord Salisbury wurde hierbei etwas nachdenklich und erklärte, man müsse den Amerikanern jedenfalls scharf auf die Finger sehen. Ich sprach dann noch von Malietoa, und Salisbury sagte seine Unterstützung oder doch englisches Geschehenlassen bei allem zu, was wir mit Malietoa vornehmen würden. Er meinte, daß auch die australischen Kolonien sich darüber nicht besonders aufregen würden, da wir ja feierlich erklären wollten, an den jetzigen staatlichen und kommerziellen Verhältnissen Samoas die Vornahme von Veränderungen nicht zu beabsichtigen. Welcher nigger chief sich König von Samoa nenne, würde den Neuseeländern einerlei sein, solange politisch alles beim alten bliebe.

Ich dankte dem Lord für seine freundschaftliche Sprache, sagte ihm, unser Geschwader würde in diesen Tagen mit Malietoa abrechnen, und sprach die Hoffnung aus, daß die englische Regierung in Samoa auch ferner so fest auf unserer Seite stehen würde wie wir auf der ihrigen in Ägypten. Lord Salisbury erwiderte hierauf mit einem verbindlichen „certainly" und fügte nur hinzu, er hoffe, wir würden nicht gegen Samoa Krieg führen; er war dann vollkommen befriedigt, als ich ihm sagte, „nein, nur gegen Malietoa persönlich*; in Samoa wollen wir gerade unsere Interessen vor Bürgerkrieg und Räuberei schützen". pp.**

Randbemerkung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck:
[1] Aber nicht 5; ohne die Wilden

Nr. 819

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß***

Konzept

Nr. 340 Berlin, den 28. April 1888

Ihre Majestät die Königin von England hat mich bei ihrer hiesigen Anwesenheit† in längerer Audienz empfangen, und ich habe von meiner Unterredung mit Ihrer Majestät einen sehr befriedigenden Eindruck erhalten. Soweit eine englische Königin ohne Anwesenheit oder Kon-

* Ende September wurde Malietoa von dem deutschen Kriegsschiffe „Adler" aus seinem Lande abgeführt und in Neu-Guinea interniert.
** Die Fortsetzung der Aufzeichnung siehe in Kap. XXVIII. „Entente à trois zwischen Italien England und Österreich" Nr. 913.
*** Ging im wesentlichen gleichlautend als Erlaß Nr. 391 nach London und Nr. 216 nach Rom.
† Königin Viktoria von England weilte vom 24. bis 26. April zum Besuche des Kaisers Friedrich III. und seiner Gemahlin in Berlin.

sultierung ihrer Minister sich verfassungsmäßig über politische Fragen aussprechen kann, hat sie das mir gegenüber getan, indem sie ihre Sympathie für die Friedenspolitik der drei Zentralmächte ohne Rückhalt dokumentierte. Ich fand bei Ihrer Majestät volles Verständnis für die Ziele unserer auswärtigen Politik, und Höchstdieselbe gab unzweideutig und unter Anerkennung der analogen Auffassungen Lord Salisburys zu erkennen, daß sie, soviel an ihr läge, dahin wirken würde, daß das Gewicht Englands in die Wagschale derjenigen Seite falle, die als die erhaltende und friedliebende in Europa bekannt sei. Die Königin sprach mir ihre Übereinstimmung mit unserer äußeren Politik aus, sodaß ich die Überzeugung gewonnen habe, selbst für ernste Zumutungen auf ihr Einverständnis rechnen zu können, insoweit ihr Einfluß reicht. Besonders erfreulich ist mir gewesen, daß die Königin sich während meiner Audienz jedes Versuches einer Einmischung in unsere innere Politik enthalten hat; wenn sie vielleicht von Besorgnissen über die Richtung der zukünftigen Politik Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen nicht frei war, so bin ich, wie ich glaube, mit Erfolg bemüht gewesen, die Königin davon zu überzeugen, daß der Kronprinz Händel nicht suchen, und wenn sie ihm aufgedrungen werden, mit Besonnenheit führen wird, und daß Höchstderselbe zu klug ist, um in der europäischen Politik nach irgendeiner Richtung hin vorgefaßte Meinungen zu hegen oder anderen Impulsen zu folgen als den großen Interessen Deutschlands. pp. v. Bismarck

Kapitel XXIV

Der zweite Dreibundvertrag 1887

Nr. 820

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 334
Geheim

Wien, den 10. Oktober 1885

Graf Robilant hat dem Grafen Kálnoky gegenüber die Frage der Erneuerung des am 18. Juni 1886 ablaufenden geheimen Vertrags zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien zur Sprache gebracht und ist dafür eingetreten[1]*.

Der Anteil, den er persönlich an diesem Vertrage, wie überhaupt an der Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Italien und den beiden Kaiserhöfen genommen, sei zu bekannt, als daß es nicht in seinem Vaterlande falsch ausgelegt werden würde, wenn dieser Vertrag unter seiner Geschäftsführung erlöschen sollte. Abgesehen hiervon aber sei es ihm dringend erwünscht, daß jenes Abkommen aufs neue besiegelt würde. Sollten indessen die beiden Kaiserhöfe hierüber anders denken, so wolle er die Versicherung geben, daß er Italiens Politik ganz in denselben Bahnen weiterführen werde, aber in noch festerer Weise, wie dies unter seinem Vorgänger geschehen, das Zusammengehen mit uns akzentuieren würde.

Der neuernannte italienische Minister** hat hierbei der oft gehörten Klage Ausdruck gegeben, daß Italien eigentlich nicht viel positiven Nutzen[2] von dem Freundschaftsverhältnis gehabt habe; er hat zu verstehen gegeben, daß es im Fall einer Erneuerung des Vertrages doch erwünscht sein würde, wenn die Betätigung dieses Verhältnisses nicht allein Ausdruck, sondern namentlich Anwendung finden würde. Italien wäre immer etwas im Vorzimmer geblieben, auch hätte man die ihm zugesagte Unterstützung seiner Interessen nicht recht deutlich bemerken können[3]. Letzteres habe das italienische Volk gefühlt, und deshalb habe sich auch das Verhältnis nie recht zu einem lebensfähigen herausgebildet.

---

* Hiernach ist die erste Anregung zur Erneuerung des Dreibundvertrages trotz der gegenteiligen Behauptung der italienischen Staatsmänner von italienischer Seite ausgegangen. Vgl. dazu Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Bd. I (1920), S. 171, Anm. 87. Überhaupt bleiben für das folgende die aus den österreichischen Staatsakten geschöpften Mitteilungen Pribrams über den zweiten Dreibundvertrag zu beachten.

** Graf Robilant hatte im Juni 1885 die Leitung des Ministeriums übernommen.

Graf Kálnoky sagte mir, er habe die Eröffnungen des Grafen Robilant nicht zurückgewiesen, ihm aber auch keine direkten Zusagen gemacht. Wenn die Zeit herankommen würde, wo man sich schlüssig zu machen haben werde, würde man ja ohnehin in nähere Besprechungen darüber eintreten.

Den Vorwurf, daß das Verhältnis nie recht lebensfähig geworden, hat der österreichisch-ungarische Minister damit beantwortet, daß er darauf gewiesen hat, wie von italienischer Seite eigentlich nichts geschehen sei, um in dem konservativen Geiste zu wirken, in welchem jener Vertrag abgeschlossen wurde. Es sei nicht der Text derartiger Vereinbarungen, welcher die Annäherung von zwei Nationen zur Folge hätte. Die respektiven Regierungen müßten im Sinne dieser Verträge den Impuls zu einem besseren Verhältnis geben. Italienischerseits sei hierzu nicht viel geschehen; im Gegenteil, die öffentliche Meinung in Österreich hätte sich dem italienischen Nachbarn nicht in Freundschaft zuwenden können, wenn man dort die zweideutige Haltung bemerkt hätte, welche Mitglieder der Regierung revolutionären und irredentistischen Bewegungen gegenüber eingenommen hätten. Es hätte zuweilen des ganzen guten Willens der hiesigen Regierung bedurft, um den Unwillen im eigenen Lande im Interesse des guten Verhältnisses niederzuhalten.

Was nun aber die Unterstützung der italienischen Politik anbetreffe, so sei dieselbe in Fragen angerufen worden, wie in der marokkanischen, welche so vollkommen außerhalb der österreichischen Interessensphäre lägen, daß Italien nicht verlangen konnte, daß man sich hier dafür erwärme und dadurch etwa in Konflikte mit anderen Großmächten geriete[4]. Auch seien dem Wiener Kabinett die Ziele der erst neuerdings von Herrn Mancini eingeschlagenen Politik so vollständig unbekannt und unklar geblieben, daß auch hierfür eine Unterstützung nicht zu erwarten gewesen wäre.

Graf Robilant hat diese Argumentation nicht ablehnen können; auf die Rote-Meer-Frage aber ist er garnicht eingegangen. Er hat dann den Grafen Kálnoky gefragt, ob er nicht wisse, wie Eure Durchlaucht über die Erneuerung dieses Vertrages dächten.

Der Minister hat erwidert, er sei hierüber nicht informiert, man würde dies ja durch die zu erwartenden Pourparlers erfahren. Er zweifle indessen nicht, daß Eure Durchlaucht der neuen Leitung des italienischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und ihrer entschiedeneren konservativen Richtung Ihre Sympathie nicht versagen würden.

Graf Kálnoky bemerkte hierbei, er habe sich nicht für berufen gehalten, dem Grafen Robilant zu sagen, daß Euere Durchlaucht sehr wenig Lust[5] zur Erneuerung dieses Vertrages hätten. Übrigens glaubt der Minister, daß König Humbert Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Kronprinzen bei höchstdessen jüngster Anwesenheit in

Italien über diese Frage gesprochen haben dürfte. Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph wünsche eine Erneuerung, weil er von der Ansicht ausgehe, daß es für Österreich nützlich sei, diesen Nachbarn wenigstens einigermaßen zu binden.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Weiß Rom B[otschaft] davon?
[2] wir etwa?
[3] defensiv! Beistand für Eroberungen lag nicht in Absicht
[4] dasselbe sollte sich Oest[er]reich wegen seiner bulgarischen Ambition ad notam nehmen
[5] ?

Nr. 821

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 591
Geheim

Berlin, den 14. Oktober 1885

Ich benutze die heutige Feldjägerexpedition, um Ew. eine Bemerkung des Herrn Reichskanzlers mitzuteilen, zu welcher ihm eine Stelle in Ihrem geheimen Bericht vom 10. d. Mts. Nr. 334*, betreffend die Sondierung des Grafen Robilant wegen Erneuerung des Vertrages von 1882, Anlaß gegeben hat. Auf die Klage des italienischen Ministers, daß Italien nicht viel Nutzen von dem Freundschaftsverhältnis gehabt habe, hat der Graf Kálnoky an die italienischen Aspirationen mit bezug auf Marokko erinnert, die so vollkommen außerhalb der österreichischen Interessensphären lägen, daß Italien nicht verlangen könne, daß man sich in Wien dafür erwärmen und sich etwa einen Konflikt mit anderen Großmächten zuziehen solle. Der Herr Reichskanzler findet diese Entgegnung ganz richtig, meint aber, der darin ausgesprochene Gedanke könnte gerade jetzt auf Österreich selbst wegen seiner bulgarischen Ambition Anwendung finden. Übrigens würde es den Italienern schwer werden zu sagen, welchen positiven Nutzen Deutschland von dem Verhältnis gehabt habe; eine Unterstützung ihrer Interessen hätten wir ihnen nur zugesagt für den Fall, daß sie sich in der Defensive befänden; Beistand für Eroberungen habe nicht in unserer, durch den Vertrag klar ausgedrückten Absicht gelegen. Worauf die Meinung des Grafen Kálnoky sich gründen kann, daß Fürst Bismarck sehr wenig Lust zur Erneuerung des Vertrages habe, ist Seiner Durchlaucht nicht bekannt.

* Siehe Nr. 820.

Ich stelle Ew. ganz ergebenst anheim, die obige Nutzanwendung auf die bulgarische Angelegenheit nach Ihrem Ermessen zu verwerten, bitte übrigens, die Frage der Verlängerung des Vertrages bis auf weiteres nicht zu berühren. Wir werden um so mehr eine direkte Anregung von italienischer Seite abwarten können, als der Vertrag nicht am 18. Juni 1886, sondern erst am 30. Mai 1887 abläuft, wie sich aus Artikel VII und dem Protokoll über die Auswechselung der Ratifikationen ergibt.

H. Bismarck

Nr. 822

Der Botschafter in Rom von Keudell an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 87
Geheim

Rom, den 5. August 1886

Im Laufe eines langen vertraulichen Gespräches sagte Graf Robilant mir heute unter anderem folgendes.

Enger Anschluß an Deutschland und Österreich-Ungarn sei für Italien die einzig richtige Politik, wenn es auch der öffentlichen Meinung gegenüber mitunter schwierig wäre, dieselbe durchzuführen. Das Ausbleiben des „österreichischen Gegenbesuchs“*, welcher ohne die bekannten Erklärungen des Grafen Kálnoky in den Delegationen auch anderswo als in Rom, z. B. bei einem Manöver, hätte stattfinden können, werde von den Gegnern der Regierung noch immer bei jeder Gelegenheit mit sicherem Erfolge ausgebeutet, da diese Saite in dem Herzen jedes Bauern schmerzlich anklinge. Infolge dieses Übelstandes sei der — in regelmäßigen Verhältnissen heutzutage häufig vorkommende — Austausch von Artigkeiten zwischen Mitgliedern der regierenden Familien seit vier Jahren unmöglich geworden; auch sonst habe es an äußerlich erkennbaren Anzeichen intimer Beziehungen zwischen den Höfen und den Regierungen von Wien und Rom gefehlt. Dieser Mangel werde von den für alle Äußerlichkeiten so sehr empfänglichen Italienern fortwährend empfunden, und infolgedessen seien besondere Anstrengungen des Ministers zum Zusammenhalten der parlamentarischen Majorität für die gegenwärtige Politik notwendig. Bezügliche Interpellationen von gegnerischer Seite könne er zwar leicht abfertigen, würde aber dann

---

* Vgl. dazu Pribram a. a. O. I, 170. In einem Erlaß des Auswärtigen Amts an die Botschaft in Rom vom 20. August heißt es zu dieser Frage: „Seine Durchlaucht bemerkte, die Zumutung, der Kaiser Franz Joseph solle seinen Besuch gerade in Rom machen, sei unbillig, da man von Seiner Majestät als Katholiken nicht verlangen könnte, daß sich derselbe in die Lage begebe, zwischen Papst und Beichtvater einerseits und Italien andererseits wählen zu müssen.“

stets in den Augen auch der Freunde lesen, daß sie im Herzen auf Seite der Interpellanten stehen. Er werde jedoch, solange er am Ruder sei, keine andere Politik machen, gleichviel, ob mit oder ohne „Bündnis". Über den Wert geschriebener internationaler Verpflichtungen ohne bestimmtes Objektiv und auf lange Zeitdauer sei er zweifelhaft. In der griechischen Sache beispielsweise würden die bestehenden Verpflichtungen ihn nicht gehindert haben, sich von den Zentralmächten zu trennen[1]; er habe sich denselben aber aus freier Überzeugung von der Nützlichkeit dieser Politik zur Erhaltung des Friedens angeschlossen, und so werde er immer handeln, ob eine schriftliche Abmachung bestehe oder nicht; kämen aber die Gegner einmal ans Ruder, so würden sie Mittel finden, eine ihnen unbequeme Verpflichtung zu umgehen.

Ich erwiderte, mir sei der italienische Wunsch, daß der Kaiser Franz Joseph nach Rom kommen möge, immer im höchsten Maße unbillig erschienen, da man doch leicht ermessen konnte, daß ein unübersteigliches Hindernis entgegenstand.

Graf Robilant wollte dies nicht bestreiten und bemerkte, es läge sogar viel Noblesse darin, wie diese Unmöglichkeit von Seiten des Kaiserlichen Hofes aufgefaßt werde.

In bezug auf die bestehenden gegenseitigen Verpflichtungen, bemerkte ich weiter, befände ich mich ohne jede Instruktion, könne aber ein persönliches Bedenken gegen die Auffassung des Ministers nicht zurückhalten. Im allgemeinen möge der praktische Wert schriftlicher Abmachungen für lange Zeitperioden immerhin zweifelhaft sein. Der vorliegende Fall aber sei durch besondere Umstände spezialisiert. Man wäre nicht nur in Italien, sondern in der ganzen politischen Welt gespannt darauf, ob die in bekannter Frist ablaufenden gegenseitigen Verpflichtungen der drei Mächte erneuert werden würden. Geschähe dies von italienischer Seite nicht, so würden die zur Friedensstörung geneigten Elemente in zwei großen Reichen[2] ermutigt, die Freunde Italiens in Deutschland aber mit demselben Mißtrauen erfüllt werden, dessen Aufkommen ich schon einmal, nach den irredentistischen Demonstrationen von 1878, bis zum Jahre 1881 hin, hätte beobachten können. Damals hätte zwar nicht die Kaiserliche Regierung, aber die unabhängige politische Welt sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, Italien zu den feindlichen Mächten zu zählen, da dasselbe nur auf eine europäische Verwickelung zu warten schien, um zum Nachteile Österreichs gewisse Objekte zu erstreben. Ziehe Italien sich jetzt von dem Defensivbündnis zurück, so werde man darin wieder irredentistische Hintergedanken vermuten, und die Feinde der Einheit Italiens könnten dann in der öffentlichen Meinung Deutschlands Oberwasser erhalten.

Der Minister widersprach dieser Betrachtung nicht, meinte aber, es würde sehr schwierig sein, den bestehenden Vertrag zu erneuern.

Im Laufe des Gespräches ließ er wiederholt durchblicken, daß nicht nur die italienisch-österreichischen, sondern auch die Beziehungen Italiens

zu Deutschland im letzten Jahre durch kein in die Augen fallendes Vorkommnis als intime gekennzeichnet worden seien[3], was er wegen seiner überaus impressionabeln Landsleute bedauere.

Ich nahm den Eindruck mit, daß er glaubt, seine Stellung in den Augen seiner Landsleute würde gehoben, und seine Aufgabe erleichtert werden, wenn er durch einen von Euerer Durchlaucht ausgedrückten Wunsch Anlaß erhielte, zu einer persönlichen Besprechung nach Gastein zu reisen; doch gab er diesem Gedanken keinerlei direkten Ausdruck.

Später erst erfuhr ich vertraulich, daß Graf Robilant eine bezügliche Anfrage gestellt und eine freundliche Antwort erhalten hat, welche ihm jedoch mehr den Eindruck einer Höflichkeit gemacht zu haben scheine als den eines wirklich obwaltenden Wunsches Euerer Durchlaucht, ihn zu sehen[4].

Ob Euere Durchlaucht für nützlich erachten mögen, in dieser Beziehung eine weitere vertrauliche Anregung zu geben, entzieht sich meinem Ermessen; doch hielt ich es für Pflicht, die heute empfangenen Eindrücke möglichst vollständig gehorsamst vorzutragen.

v. Keudell

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Auch an vielen Andern nicht; nur Garantie ist beabsichtigt.

[3] ?

[3] !

[4] ich kann ihn doch nicht ad audiendum verbum citiren.

Nr. 823

Der Botschafter in Rom von Keudell an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 88

Geheim Rom, den 5. Oktober 1886

Hochgeneigter mündlicher Instruktion gemäß sagte ich heute vertraulich dem kürzlich aus Piemont zurückgekehrten Grafen Robilant, daß, falls er wünsche, den mit den Zentralmächten geschlossenen Vertrag auf denselben Basen zu verlängern[1], Eure Durchlaucht bereit sein würden, eine amtliche Initiative bezüglicher Verhandlungen, sowohl hier als in Wien, anzuregen; halte er dies aber nicht für opportun, so würden Eure Durchlaucht die Frage der Verlängerung ruhen lassen, dabei jedoch volles Vertrauen zu der von ihm geleiteten Politik behalten.

Der Minister nahm Akt von dieser Mitteilung und erwiderte folgendes:

„Es sei ihm wichtig zu erfahren, ob Eure Durchlaucht geneigt

sein würden, bei bezüglichen Verhandlungen die Erörterung der für Italien überaus wichtigen Mittelmeerinteressen zuzulassen.

Bejahenden Falles würde vor allem von der Erhaltung des status quo in Tripolis die Rede sein.

Der türkische Generalkonsul in Neapel, welcher den Sultan durch falsche Meldungen über eine angeblich von Italien gegen Tripolis beabsichtigte Unternehmung beunruhigte, habe wegen dieses Unfugs seinen Posten verlassen müssen; bei der Gelegenheit habe der Minister dem türkischen Botschafter ein für allemal kategorisch erklärt:

Italien werde Tripolis nicht angreifen, wohl aber einem etwaigen französischen Angriffe auf diese türkische Provinz mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten.

Er wolle mir freimütig sagen, was in Italien geschehen würde, wenn den Franzosen ein Handstreich auf Tripolis gelänge.

Nach der französischen Besitzergreifung von Tunis* habe die öffentliche Meinung zu einem engeren Anschlusse an die Zentralmächte gedrängt, um dadurch gegen weitere Schädigung italienischer Mittelmeerinteressen Schutz zu finden. Später habe man von französischer Seite wiederholt zu verstehen gegeben, daß man bereit sein würde, sich mit Italien wegen Tripolis zu verständigen unter der Bedingung, daß die italienische Politik eine andere Richtung nähme und sich von der der Zentralmächte trennte; das sei hier kein Geheimnis. Wenn nun, trotz des bestehenden Bündnisses — dessen Wortlaut das Publikum nicht kenne — die französische Fahne heute in Tripolis gehißt würde, so müßte man sich sagen, daß dieses Unglück nicht geschehen wäre, wenn man sich an Frankreich statt an die Zentralmächte angeschlossen hätte; leidenschaftlicher Haß gegen die Verbündeten würde im ganzen Lande aufflammen, und ein unwiderstehlicher Druck der öffentlichen Meinung würde die Regierung — soweit als irgend mit dem Buchstaben des Defensivvertrages vereinbar — in Frankreichs Arme treiben, um von der mächtigen Republik möglichst günstige Bedingungen für den italienisch-afrikanischen Handel zu erlangen und wegen anderer Mittelmeerinteressen Verständigung zu suchen.

Die durch Anwesenheit französischer Truppen in der Nähe der tripolitanischen Grenze schon vor einigen Monaten hervorgerufene Besorgnis wegen der französischen Absichten auf Tripolis sei durch neuerliche Vorkommnisse verstärkt worden.

Der zum Botschafter in Berlin ernannte Herr Herbette entwickele jedem, der es hören wolle, das neue Programm der französischen Regierung, nämlich: Verzicht auf alle Revanchegedanken, falls Deutschland sich bereit finden ließe, die französische Mittelmeerpolitik diplomatisch zu unterstützen. Dieser Herr habe naiverweise sogar dem italienischen Geschäftsträger Reßmann gesagt, seine Aufgabe sei, Eure Durchlaucht zu überzeugen, daß der „Déroulèdisme" ein überwundener

* Vgl. Bd. III, Kap. XX, Nr. 667.

Standpunkt wäre, daß aber „für eine Mittelmeerfrage“ die ganze Nation sich leicht entflammen würde*.

Sodann scheine beachtenswert die jetzige Anwesenheit sämtlicher französischer Panzerschiffe im Mittelmeer.

Was endlich die in Konstantinopel bekanntlich versuchten französischen Velleitäten betreffe, so sei zwar durch die oben erwähnten kategorischen Erklärungen Italiens der Faden der bezüglichen Verhandlungen zerrissen worden; indes bei dem schwankenden Naturell des Sultans könne man die Gefahr einer neuen derartigen Anknüpfung nicht ganz ausschließen.

Nach alledem halte er, wenn das Bündnis probehaltig werden solle, für wünschenswert, in den neuen Vertrag eine die angedeutete Eventualität betreffende Bestimmung aufzunehmen, deren — allerdings nicht leichte — Formulierung den bezüglichen Verhandlungen vorbehalten bleiben dürfte.

Auch einen andern möglichen Fall könne er nicht unerwähnt lassen. Käme eine friedliche Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland über die Abgrenzung ihrer Interessensphären auf der Balkanhalbinsel zustande, und käme es ohne Krieg zwischen beiden Mächten dahin, daß die russische Fahne in Konstantinopel, die österreichische in Saloniki erschiene, so würden bedeutende italienische Interessen davon empfindlich berührt werden, und Italien ein gleichgültiger Zuschauer nicht bleiben können. Eine solche Eventualität möge vielleicht niemals eintreten, vielleicht noch in weiter Ferne liegen, könne aber[2] durch unvorhergesehene Ereignisse auch schnell gezeitigt werden. Keinesfalls dürfe Italien sich durch einen Bundesgenossen in dieser Weise überraschen lassen, und er müsse wünschen, daß, wenn bezügliche Verhandlungen in Gang kämen, er durch rechtzeitige Benachrichtigung zur Geltendmachung der italienischen Interessen instand gesetzt werde.

Er ersuche mich, diese offenherzigen Betrachtungen ganz vertraulich zu Eurer Durchlaucht Kenntnis zu bringen. Er nehme Anstand, den — übrigens vollständig informierten — Grafen Launay schon jetzt zu derartigen Mitteilungen zu autorisieren, da amtliche Verhandlungen wegen Erneuerung des Vertrages noch nicht eingeleitet, ihm auch nicht bekannt sei, ob Eure Durchlaucht die Erörterung italienischer Mittelmeerinteressen bei diesem Anlasse als berechtigt ansehen würden.“

Als der Minister geendet hatte, bemerkte ich, seine Darstellung der voraussichtlichen Folgen eines französischen Handstreichs auf Tripolis lasse erkennen, daß in der hiesigen öffentlichen Meinung völlig irrige Vorstellungen über die Tragweite der bestehenden buchstäblichen, oder auch nur moralischen Verpflichtungen der Zentralmächte verbreitet seien.

Graf Robilant erwiderte, dies sei leider die Wahrheit. Die Zentral-

* Vgl. Bd. VI, Kap. XL.

mächte hätten gewiß keinerlei Verpflichtung, in Mittelmeerfragen zu intervenieren, und doch würde dies von der öffentlichen Meinung eventuell erwartet werden[3], trotz seiner fortgesetzten Versuche, über die Natur des bestehenden Einverständnisses — das er, abweichend von seinem Vorgänger, nie als „Bündnis" bezeichne — abschwächend aufzuklären. Dieser obwaltende Irrtum sei jedoch eine Tatsache, mit welcher zu rechnen er nicht umhin könne. Denn wenn in Tripolis sich ähnliches ereigne wie in Tunis, so sei der Sturz des gegenwärtigen Ministeriums gewiß, ein engerer Anschluß an Frankreich aber — ja, nach Ablauf der Vertragsfrist ein Bündnis mit Frankreich — sehr wahrscheinlich. Er bitte deshalb um wohlwollende Erwägung seiner ganz vertraulichen Mitteilungen und Wünsche.

Nach meinem unvorgreiflichen Ermessen wäre es geraten, dieselben nicht a limine abzuweisen. v. Keudell

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Auf diese Hauptfrage giebt der Bericht keine Antwort. Es ist zurückzufragen, ob Gr[af] Rob[ilant] gestattete, daß ich das vertraulich Gesagte in Wien mittheile, um zu sondiren, wie Oest[er]reich sich dazu stellt.
[2] u[nd] mit ihr viele andre!
[3] was nicht sonst noch! grade wie in Ungarn.

Nr. 824

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom von Keudell

Telegramm. Konzept
von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 63 Berlin, den 11. Oktober 1886

Antwort auf den geheimen Bericht Nr. 88*.

Der Herr Reichskanzler wünscht zu wissen, ob Graf Robilant damit einverstanden sein würde, daß seine an Sie gemachten vertraulichen Äußerungen nach Wien mitgeteilt werden, um zu sondieren, wie sich Österreich dazu stellt**. H. Bismarck

Nr. 825

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Geheim Berlin, den 14. Oktober 1886

Der italienische Botschafter ließ mich heute um eine Unterredung behufs einer ganz vertraulichen Mitteilung bitten. Als er bei mir ein-

* Siehe Nr. 823.
** Auf vorstehende Anfrage lief am 12. Oktober die Antwort ein: Ja, einverstanden. Keudell.

trat, sagte er mir, Herr von Freycinet habe dem italienischen Vertreter in Paris geheime Eröffnungen gemacht, und Graf Robilant wünsche Euerer Durchlaucht ein Zeichen seines Vertrauens durch persönliche Mitteilung derselben zu geben.

Graf Launay las mir darauf das Telegramm des Grafen Robilant zweimal so langsam vor, daß ich es ziemlich wortgetreu notieren konnte. Es lautete etwa:

„Monsieur de Freycinet dans un long entretien avec Ressmann* se référant à son discours de Toulouse par lequel il a surtout visé les insinuations qu'on avait mises en circulation par rapport à la Méditerranée et à l'Italie, lui a nettement dit que le Comte de Mouy** aura avant tout la tâche de chercher un rapprochement avec l'Italie, la Méditerranée devant appartenir à la France et à l'Italie. Mouy pourrait travailler dans ce sens à l'occasion des négociations sur le traité de navigation qu'il devrait bientôt entamer. Monsieur de Freycinet a déclaré qu'il comprenait très bien l'importance qu'a pour l'Italie le maintien du statu quo dans les Balkans. Il a ajouté: „La France ne Vous contrecarrera pas dans Vos intérêts; je suis prêts à m'ouvrir au Comte de Robilant, mais est-il prêt à m'écouter?" Puis Freycinet a dit en propres termes: „que c'est à une alliance entre la France et l'Italie qu'il faudrait aboutir, et que si cela ne se pourrait pas encore il ne veut pas désespérer d'y arriver. Personne en France ne songe à attaquer l'unité de l'Italie, la France couvre le mieux la frontière italienne; tout le monde reconnait qu'il faut à l'Italie sa part dans la Méditerranée; il convient donc de se méfier de tout ce qui peut jeter la discorde entre Vous et nous et y parer par des franches explications."

Voici ma réponse à Ressmann: „Veuillez remercier Monsieur de Freycinet, quand Vous le reverrez à sa première réception, pour son langage amical à notre égard qu'il Vous a tenu. Vous pouvez l'assurer que le Comte de Mouy me trouvera tout disposé à prêter la meilleure attention à tout ce qu'il pourra être chargé de me dire, tendant à écarter des relations de l'Italie avec la France dans la Méditerranée tout ce qui serait contraire à cette confiante cordialité si nécessaire aux véritables intérêts de nos deux pays.""

Im weiteren Verlaufe des Telegramms sprach Graf Robilant die Zuversicht aus, daß Euer Durchlaucht diese Mitteilung ganz sekretieren und etwaige Bemerkungen dazu ihm nur durch mich und Graf Launay zukommen lassen würden.

Ich bat den italienischen Botschafter, seinem Chef einstweilen den verbindlichsten Dank Eurer Durchlaucht für den in dieser interessanten Mitteilung liegenden Beweis von Vertrauen aussprechen zu wollen, und versprach sorgfältige Geheimhaltung.

---

* Italienischer Botschafter in Paris.
** Französischer Botschafter in Rom.

Graf Launay bemerkte dann noch, Freycinet spiele den Versucher und führe Graf Robilant auf den Berg mit den Worten: „Dies alles soll dir gehören."

Die französische Demarche sei aber cousu de fil blanc. Freycinet habe wahrscheinlich gehört, daß unser geheimes Abkommen mit Italien demnächst abliefe, und wolle nun Italien von den Zentralmächten abspenstig machen. Daß Robilant den Franzosen nicht traue, ginge aber schon aus der Tatsache dieser Mitteilung an uns hervor und aus der vagen Form seiner Antwort qui se bornait de parler de la Méditerranée.

Graf Launay meinte ferner, er verstände nicht recht, inwiefern die französische Zusage der Aufrechterhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel Italien besonders interessieren solle, und was das couvrir le mieux la frontière italienne beträfe, so bedeckte Frankreich einstweilen nur die französische Grenze mit formidablen Befestigungen.

Der Botschafter bemerkte schließlich noch, ihm scheine, daß die Franzosen doppeltes Spiel trieben, denn sie hätten ja schon durch ihre Presse zu verstehen gegeben, daß Herr Herbette, welcher Anfang nächster Woche hier eintreffen würde, Deutschland ebenfalls zum Zusammengehen mit Frankreich einladen solle; Graf Robilant sei aber zu klug, um nicht zu merken, daß die von Herrn von Freycinet plötzlich für die bisher immer vernachlässigten Interessen Italiens am Mittelmeer an den Tag gelegte Fürsorge lediglich den Zweck habe, die entente Italiens mit den Zentralmächten zu zerstören.

H. Bismarck

Nr. 826

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 671 Berlin, den 15. Oktober 1866
Geheim [abgegangen am 17. Oktober]

Ew. erhalten anbei Abschrift eines Berichts des Herrn von Keudell*, worin die Ansichten des Grafen Robilant über die Verlängerung des geheimen Vertrages skizziert sind. — Den Inhalt dieses Schriftstücks wollen Ew. zur Kenntnis des Grafen Kálnoky bringen und letzterem sagen, daß wir gern bereit sind, seine Beurteilung der Äußerungen des italienischen Ministers nach Rom gelangen zu lassen.

Andrerseits würde es, da wir zu dieser vertraulichen Mitteilung von der italienischen Regierung ermächtigt sind, von dem Ermessen des Grafen Kálnoky abhängen, ob er die Frage auch mit dem dortigen italienischen Vertreter direkt erörtern will. H. Bismarck

* Siehe Nr. 823.

Nr. 827

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Geheim Varzin, den 16. Oktober 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Grafen Robilant durch Graf Launay für seine Mitteilung danken und sagen zu lassen, er würde dieselbe, dem Wunsche des Ministers entsprechend, sekret behandeln. Er könnte in erster Linie nur wünschen, daß Italien, wenn es zwischen uns und Frankreich zu optieren hätte, zu uns und Österreich hielte. Über die von Italien gewünschte Zusage wegen Tripolis ließe sich reden; wir hätten keine entschiedene Abneigung, namentlich wenn Österreichs Zustimmung zu haben wäre. Wenn es sich aber, wie in der Frage des Mittelmeeres, für Italien darum handelte, zwischen Frankreich und England zu optieren, so schiene es Seiner Durchlaucht, daß unter beiden England immer der weniger gefährliche Bundesgenosse für Italien sein würde. Eine italienische Allianz mit Frankreich, die den Zweck erreichte, England lahmzulegen, würde schließlich Frankreich und Italien allein als benachbarte Rivalen übriglassen und von Frankreich wohl nur in der Hoffnung erstrebt werden, demnächst, wie zur Zeit des letzten Kaiserreiches, die Suprematie über Italien anzustreben. In Rechnung auf gleiche Diskretion und auf die aus der Auffassung des Grafen Robilant sich ergebende Abneigung glaube auch Seine Durchlaucht, daß es in unserm sowohl als im italienischen Interesse wäre, auf die Sache nicht einzugehen.

Seine Durchlaucht bittet, sich in vorstehendem Sinne zu dem Grafen Launay ganz vertraulich zu äußern. C. Rantzau

Nr. 828

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 17. Oktober 1886

Ich habe dem italienischen Botschafter heute die geheime Mitteilung in Erwiderung auf das neuliche sekrete Telegramm des Grafen Robilant* nach Maßgabe von Euerer Durchlaucht Instruktion** gemacht. Graf Launay war davon in hohem Grade befriedigt und wollte bei Übermittelung dieser Antwort dem Grafen Robilant anheimstellen,

* Vgl. Nr. 825.
** Vgl. Nr. 827.

demnächst in Wien entweder direkt oder durch uns vertraulich sondieren zu lassen.

Das Resultat wird also abzuwarten sein.

Weiterhin las mir Graf Launay eine vertrauliche Depesche des italienischen Geschäftsträgers in Paris vor, nach welcher Herr Herbette diesem gesagt hat, er ginge gern nach Deutschland und hoffe hier politisch gute Geschäfte zu machen: das französische Volk sei in keiner Weise kriegerisch, der Revanchegedanke habe momentan nur bei dem verrückten Déroulède und einigen seiner bedeutungslosen Anhänger Anklang. Der ganze Rachekrieg und die Frage des Elsasses gehöre aber in das Bereich der contingences lointaines de l'avenir. Die Mittelmeerfrage sei für Frankreich unendlich wichtiger, und eine Wahrnehmung der dortigen französischen Interessen würde bei der ganzen Nation im gegenwärtigen Moment die größte Popularität haben und alle anderen Erwägungen als minderwertige zurücktreten lassen.

Eine Nutzanwendung oder Schlußfolgerung war an diesen Bericht nicht geknüpft. pp. H. Bismarck

Nr. 829

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 20. Oktober 1886

Graf Launay besuchte mich heute, um mir die Antwort des Grafen Robilant auf die geheime Mitteilung zu geben, welche ich ihm auf Grund der wieder beigefügten Direktive Euerer Durchlaucht* am vorigen Sonntag gemacht hatte**. Das Telegramm des Grafen Robilant hatte etwa folgenden Inhalt:

„Faites parvenir au Prince de Bismarck mes remercîments les plus sentis pour message du dimanche. J'en ai hautement apprécié l'esprit amical ainsi que les vues qui sont développées avec autant d'élévations de jugement que de netteté, et auquel je n'hésite pas à dire que je me range sans hésitation.

En l'état de choses, vu l'incertitude des événements en Europe et surtout la fâcheuse excitation qui agite la France à l'égard de ses voisins, malgré les assurances que nous recevons des ambassadeurs de la république à Berlin et à Rome, je crois nécessaire de préciser la situation non seulement pour le présent mais aussi pour un certain avenir. Faites parvenir au chancelier l'expression de mon désir que conformément à l'offre qu'il me faisait faire par Keudell, il veuille bien, aussitôt qu'il aura suffisamment sondé les intentions de Kálnoky,

* Siehe Nr. 827.
** Siehe Nr. 828.

prendre l'initiative officielle tant à Vienne qu'à Rome pour la prolongation du traité d'alliance sur les mêmes bases que celui actuellement en vigueur, avec les adjonctions et modifications à convenir en conséquence des désirs dont j'ai eu l'honneur de faire parvenir l'expression à Son Altesse dans ma conversation avec Keudell, dont je Vous ai transmis un résumé.

Den im Telegramm des Grafen Robilant in bezug genommenen Bericht des Herrn von Keudell, welcher nach Euerer Durchlaucht Bestimmung nach Wien mitgeteilt ist*, erlaube ich mir wieder anzuschließen. Eine Antwort aus Wien liegt noch nicht vor.

Graf Launay erläuterte das Telegramm dahin, daß Graf Robilant wohl sehr zufrieden sein würde, wenn der Vertrag in der Weise erweitert würde, daß wir den Italienern versprächen, keine andere europäische Macht dürfe dem Sultan Tripolis wegnehmen. Der Botschafter erklärte die anderen Anspielungen des Grafen Robilant auf eine Teilung der Türkei zwischen Österreich und Rußland usw. selbst für Utopien oder doch für uns fernliegende bzw. unwahrscheinliche Eventualitäten, daß sich Bemerkungen darüber kaum würden machen lassen. — Graf Launay sprach dann von Herrn Herbette, der ihn besucht, ihm aber politische Mitteilungen kaum gemacht hätte. Ich hielt es für nützlich, ihm zu sagen, daß Herr Herbette mir gegenüber sich nur in allgemeinen Redewendungen ergangen und sich reserviert habe, mit Euerer Durchlaucht eingehender zu sprechen. Mir habe er in der Hauptsache nur gesagt, daß eine offene Erklärung des Reichskanzlers, die französische Mittelmeerpolitik zu unterstützen, in Frankreich enormen Eindruck machen und die Revancheidee beseitigen würde[1]; denn das Mittelmeer sei le pivot der französischen Politik. Der italienische Botschafter lächelte verständnisvoll und sagte: „So weit als uns gegenüber hat sich Herr von Freycinet zu Ihnen also doch nicht ausgesprochen: uns hat er, wie Graf Robilant Ihnen mitteilen ließ, ein direktes Allianzanerbieten gemacht. Im Laufe des Sommers hat Herr von Freycinet uns vertraulich wiederholt die französische Unterstützung für die Gewinnung von Tripolis zugesagt, welches wir durch die Allianz mit den Zentralmächten doch nie bekommen würden. Es wird interessant sein, die weiteren Eröffnungen der französischen Regierung in Rom wie in Berlin genau zu verfolgen und die Wahrnehmungen darüber, wie bisher, gegen das Versprechen der Geheimhaltung zwischen dem Herrn Reichskanzler und Graf Robilant auszutauschen. Es ist kaum denkbar, daß die Franzosen bei diesem doppelten Spiel, welches sie treiben, indem sie einerseits unsere Allianz nachsuchen, andererseits Ihre Unterstützung für ihre Mittelmeerpolitik erbitten, sich nicht in Widersprüche verwickeln und in kompromittante Lage bringen."

Ich bemerkte hierzu nichts weiter, sondern sagte nur, man würde

---

* Siehe Nr. 823.

abwarten müssen, ob der recht kluge und gewandte Herr Herbette wirkliche Eröffnungen machte. Jedenfalls wäre es bei dem Mißtrauen und der Vorsicht der Franzosen absolut notwendig, das volle Geheimnis über den Austausch von Mitteilungen zwischen Rom und Berlin zu bewahren.

Ich bitte nunmehr um die Ermächtigung, im Anschluß an die Mitteilung des Keudellschen Berichts nach Wien den Grafen Kálnoky dem Wunsche des Grafen Robilant entsprechend auf Grund Euerer Durchlaucht letzten Direktive weiter sondieren lassen zu dürfen[2].

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] !
[2] Ja

Nr. 830

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Sekret Varzin, den 22. Oktober 1886

Der Herr Reichskanzler bittet nunmehr nach Wien zu schreiben und einfach die Verlängerung des Bündnisses vorzuschlagen*. Wenn die Italiener eine Garantie gegen den französischen Besitz von Tripolis wünschten, so könnten wir ja darüber verhandeln. Unsererseits wären wir nicht abgeneigt und möchten wissen, was Österreich dazu dächte. Ob Italien über Tripolis oder aus sonstigen Gründen mit Frankreich in Händel geriete, würde für unser Bedürfnis, dasselbe zu halten, immer dasselbe bleiben.

C. Rantzau

Nr. 831

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 468
Geheim Wien, den 22. Oktober 1886

Den hohen Erlaß Nr. 671 vom 15. Oktober** nebst dem Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Rom vom 5. d. Mts.***, die Verlängerung unseres geheimen Vertrages mit Italien betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und habe ich den Inhalt des letzteren Schriftstücks zur Kenntnis des Grafen Kálnoky gebracht.

Derselbe bat mich, Euerer Durchlaucht seinen verbindlichsten Dank

* Es geschah durch Erlaß Nr. 686 vom 23. Oktober.
** Siehe Nr. 826.
*** Siehe Nr. 823.

für diese Mitteilung auszusprechen und hat mir nunmehr, nachdem er dem Kaiser, seinem allergnädigsten Herrn, Vortrag über die italienischen Eröffnungen gehalten, nachfolgende Antwort erteilt.

Seine Majestät hätten entschieden den Wunsch, den Vertrag wieder zu erneuern. In den mit Euerer Durchlaucht in Kissingen und Gastein stattgehabten Besprechungen hätte man sich darüber geeinigt, diese Verlängerung als wünschenswert zu betrachten, aber die Basen des Vertrages nicht zu erweitern*.

Nun trete Graf Robilant deutlich mit dem Wunsche hervor, die Erörterungen der italienischen Mittelmeerinteressen mit in die Verhandlungen zu ziehen und insonderheit von der Erhaltung des status quo in Tripolis zu reden.

Wiewohl Euere Durchlaucht sowohl wie Graf Kálnoky seinerzeit darüber einig gewesen wären, daß man die schon früher zutage getretenen derartigen Wünsche Italiens nicht berücksichtigen könnte, so schließe er sich doch dem von Herrn von Keudell am Schluß seines Berichtes ausgesprochenen Votum an, die Wünsche des italienischen Ministers des Äußern nicht a limine abzuweisen.

Man könne daher unter Beteuerung der Bereitwilligkeit, den Vertrag tel quel zu erneuern, zunächst die Frage stellen, was Graf Robilant unter den italienischen Mittelmeerinteressen eigentlich verstehe, und wie er glaube, daß die Erhaltung des status quo in Tripolis zu wahren sein werde. Der Minister hätte Herrn von Keudell gesagt, die Formulierung dieser betreffenden Bestimmungen würde schwierig sein. Darin habe er ganz recht, nur sei es an ihm, diese Formulierung vorzuschlagen, weil die beiden anderen Kontrahenten nicht wüßten, was er eigentlich beabsichtige[1].

In dieser Weise würden die italienischen Gedanken in freundschaftlicher Weise in Besprechung gezogen, Graf Robilant würde die Genugtuung haben, daß man ihn nicht abgewiesen habe, und man könne ja sehen, was dabei herauskommen werde[2].

Sollte der italienische Minister etwa verlangen, daß die französische Okkupation von Tripolis von uns beiden zum Kriegsfall gemacht werden müßte, so könne Österreich-Ungarn nicht darauf eingehen, weil gar keine Kompensation von Seiten Italiens geboten werden könnte. Auch glaube er nicht, daß Deutschland dies zugeben werde.

Etwas anderes sei es, wenn Italien selbst Absichten auf Tripolis habe. Österreich-Ungarn würde eine solche Besitzvergrößerung dem italienischen Nachbar sehr gern gönnen, ihm auch zusagen können, ihm seine diplomatische Unterstützung hierbei zu gewähren[3 4].

Wenn übrigens Graf Robilant behaupte, daß unser Vertrag entstanden sei, weil nach der französischen Besitzergreifung von Tunis die öffentliche Meinung in Italien zu einem engeren Anschluß an die

---

* Vgl. darüber Pribram a. a. O. Bd. I (1920), S. 173.

Zentralmächte gedrängt habe, so sei dies nicht richtig. Erst später hat Herr Mancini versucht, aus unserem Abkommen Konklusionen zu ziehen, als man italienischerseits die marokkanische Frage ins Auge faßte.

Während der damals mit Graf Robilant hier gepflogenen Verhandlungen über den geheimen Vertrag habe dieser alles mögliche versucht, um eine Bestimmung über eine Garantie der italienischen Besitzungen in denselben hineinzubringen. Hier habe der Wunsch Italiens zugrunde gelegen, den Besitz der ehemals päpstlichen Gebiete durch uns anerkannt und garantiert zu sehen. Wir seien aber nicht darauf eingegangen. Von Mittelmeerinteressen sei damals nicht die Rede gewesen.

Was den zweiten Wunsch des Grafen Robilant betrifft, der sich auf die eventuellen Ereignisse auf der Balkanhalbinsel bezieht, so erkennt Graf Kálnoky hierin außer dem Wunsch, ein Stück des Kuchens zu erhalten, das längst bekannte Bestreben Italiens, etwas mehr, wie bisher, zu den dort zwischen den drei Kaisermächten verhandelten Fragen zugezogen zu werden. Daß diese Verstärkung des Kollegiums nicht zur Vereinfachung dieser Fragen beitragen würde, hat der Minister dem Grafen Robilant gegenüber immer geltend gemacht, wenn er darauf zurückkam; er würde es auch heute noch nicht für praktisch halten, den bisherigen Zustand zu ändern. Dagegen scheint es ihm unverfänglich, den Italienern die erwünschte Zusage zu erteilen, daß dort nichts geschehen würde, was Italien überraschen könnte. Die von Graf Robilant vorausgesehene Verständigung zwischen Österreich und Rußland über das Erbe der Türkei sei vorderhand kaum wahrscheinlich; außerdem würde ja der Vertrag nicht für alle Ewigkeit abgeschlossen. Auch sei es unmöglich, den status quo auf der Balkanhalbinsel zu ändern, ohne die Verträge zu durchbrechen. Dies könne nicht ohne Wissen der übrigen Unterzeichner geschehen, zu denen Italien gehöre, würde übrigens auch noch anderen, als den italienischen Widerspruch provozieren. Österreich-Ungarn beabsichtige aber weniger wie irgend jemand, sich von dem Boden der Verträge zu entfernen.

Graf Kálnoky würde Euerer Durchlaucht dankbar sein, wenn Hochdieselben es übernehmen wollten, seine Beurteilung der Äußerungen des italienischen Ministers nach Rom gelangen zu lassen[5]. Da Graf Nigra auf seine ihm im Monat August gemachten Eröffnungen niemals zurückgekommen ist, und aus anderen Gründen glaubt der Minister annehmen zu können, daß es Graf Robilant vorzieht, das Gespräch mit Berlin zu führen. Er will daher diesem Wunsch gern Rechnung tragen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Fiat.
[2] gut
[3] leichtsinnig aber gut!
[4] u[nd] den Sultan?
[5] fiat

Nr. 832

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 477
Geheim

Wien, den 26. Oktober 1886

Der hohe Erlaß Nr. 686 vom 23. d. Mts.*, die Erneuerung des Vertrages mit Italien betreffend, hat sich mit meinem ganz gehorsamsten Bericht gekreuzt, in welchem ich über die Ansichten des Grafen Kálnoky ausführlich Meldung gemacht hatte**.

Ich habe nunmehr, erhaltenem Auftrage gemäß, dem Minister einfach die Verlängerung des Bündnisses vorgeschlagen und dabei die mir hochgeneigtest mitgeteilte Ansicht Euerer Durchlaucht über die italienischen Wünsche betreffs der Modifikationen des alten Vertrages zur Kenntnis des Grafen gebracht.

Letzterer bemerkte, er habe im wesentlichen zu demjenigen, was er mir neulich gesagt, nichts hinzuzusetzen. Der Kaiser, sein allergnädigster Herr, wünsche die Erneuerung des Vertrages, und er, Graf Kálnoky, sei der Ansicht, daß man den Grafen Robilant nicht abweisen, sondern ihn fragen sollte, wie er sich die Formulierung einer in denselben aufzunehmenden Klausel wegen Tripolis denke.

Da nun Euere Durchlaucht fänden, daß dem italienischen Wunsche, eine Garantie gegen die eventuelle französische Besitznahme von Tripolis zu erhalten, Bedenken nicht entgegenständen, so würde er bitten, ihm zu definieren, was Euere Durchlaucht unter einer solchen Garantie verständen[1]. Wie er mir schon gesagt habe, würde er seinerseits Bedenken haben, Österreichs Land- und Seemacht zu engagieren für den Fall, daß Frankreich Tripolis besetzen würde; er könne sich auch nicht denken, daß sich Deutschland für diesen Fall in einen Landkrieg mit Frankreich stürzen werde[2]. Denn weder österreichische, noch auch, wie er glaube, deutsche Interessen würden durch eine solche[3] französische Besitzergreifung direkt geschädigt[4].

Wolle man aber den status quo von Tripolis in solch ernster Weise garantieren, so müsse man doch auch größere Gegenleistungen von Italien verlangen, oder dasselbe noch fester[5] an uns binden, als dies bis jetzt der Fall gewesen sei. Das Bedürfnis, Italien zu halten, sei auch hier vorhanden. Wolle man aber sein Gewicht dafür einsetzen, so müsse man auch dieser Macht ganz sicher sein[6]. Ein unzuverlässiges Italien vor Ohnmacht zu schützen, hätte Österreich kein Interesse. Auf die Uneigennützigkeitsversicherungen der Italiener viel zu geben, ist der Minister nicht imstande; er kennt sie zu genau, um nicht zu wissen,

---

* Vgl. Nr. 830.
** Siehe Nr. 831.

daß sie nichts sehnlicher wünschen, als diesen Küstenstrich, sobald als tunlich, zu annektieren.

Daß der österreichisch-ungarische Minister der Verlängerung des Vertrages große Wichtigkeit beilegt, steht außer Zweifel; er ist deshalb Euerer Durchlaucht sehr dankbar, daß Hochdieselben bereits in einen Gedankenaustausch hierüber mit dem italienischen Kabinett getreten sind. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ! darüber werde ich mir ein Bild machen, sobald die von Gr[a]f Robilant zu erbittende Fassung vorliegt.

[2] doch; der kommt so wie so ohnehin.

[3] wohl aber durch ein Bündniß Italiens mit Frankreich

[5] wenn es hält!?

[6] wenn Italien von Frankreich Beistand für Tripolis als Preis eines ital[ienisch] franz[ösischen] Bündnisses fordern wollte, so würde Frankreich wahrscheinlich zuschlagen.

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

[4] Gewiß nicht; man muß aber doch an die Folgen denken.

Nr. 833

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 709 Berlin, den 30. Oktober 1886
Geheim [abgegangen am 31. Oktober]

Die beiden Berichte Nr. 468* und 477**, die Vertragsverlängerung mit Italien betreffend, haben dem Herrn Reichskanzler vorgelegen. Derselbe hat mich zunächst beauftragt Ew. pp. zu ersuchen, dem Grafen Kálnoky zu sagen, daß er es gern übernehmen will, dessen Äußerungen zur Sache, wie sie sich in Ihren Berichten darstellen, nach Rom zu übermitteln. Herr von Keudell wird also beauftragt werden, dem Grafen Robilant zu sagen, daß wir gern auf eine Vertragsverlängerung eingehen würden, daß aber die Formulierung der italienischen Wünsche nicht ganz leicht sei, und daß wir den Grafen Robilant daher bäten, die Redaktion derselben zu übernehmen.

Wenn Ew. pp. in Ihrem Bericht Nr. 477 sagen, Graf Kálnoky wünsche seitens des Herrn Reichskanzlers eine Definition der Garantie zu haben, die der italienische Minister zu erlangen wünscht, so erlaube

---

* Siehe Nr. 831.
** Siehe Nr. 832.

ich mir dazu zu bemerken, daß Fürst Bismarck sich darüber erst ein Bild wird machen können, sobald die vom Grafen Robilant zu erbittende Fassung vorliegt. Die betreffende Bemerkung Ew. pp. scheint sich durch die frühere ganz zutreffende Äußerung des Grafen Kálnoky zu erledigen, daß man dem Grafen Robilant die Formulierung überlassen müßte.

Ich habe über den momentanen Stand der Sache Seiner Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten und bei allerhöchstdemselben volles Verständnis für die Nützlichkeit der Verlängerung des Vertrages gefunden. Seine Majestät bemerkten, daß es für uns doch untunlich sein würde, in einem Kriege, der sich zwischen Frankreich und Italien entwickeln könnte, neutral zu bleiben, was auch immer die Veranlassung dazu sein möchte. Der Grund eines solchen Krieges würde dabei irrelevant sein, denn wir könnten nicht zugeben, daß Italien von Frankreich vernichtet oder in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht würde.

Ich bitte Ew. pp. sich in diesem Sinne dem Grafen Kálnoky gegenüber, in Anknüpfung an seine Bemerkung, „daß Deutschland sich für diesen Fall in einen Landkrieg mit Frankreich nicht stürzen würde", aussprechen zu wollen und dabei hervorzuheben, daß wir den in Ihrem Bericht Nr. 468 aufgestellten Satz, nach welchem von Italien gar keine Kompensation geboten werden könnte, doch nicht ganz anzuerkennen vermöchten. Nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers würde für Österreich schon eine beträchtliche Kompensation darin liegen, daß ein Vertrag mit Italien letzteres zur wohlwollenden Neutralität Österreich gegenüber verpflichten würde. Ohne die Existenz eines solchen Vertrages würde Italien in einem etwaigen russisch-österreichischen Kriege doch höchstwahrscheinlich gemeinschaftliche Sache mit Rußland machen, und in diesem Falle wäre Österreich in einer schwierigen Lage.

Bei der Abneigung der französischen Nation gegen überseeische Abenteuer ist ein französischer Angriff auf Tripolis nach der Überzeugung des Herrn Reichskanzlers an und für sich höchst unwahrscheinlich: Frankreich wird sich aber vor einem solchen erst recht hüten, wenn es, was doch anzunehmen sein dürfte, Wind davon bekommen wird, daß Deutschland und auch Österreich Italien in einem Kriege des letzteren mit Frankreich den Rücken decken würden.

Daß weder österreichische noch deutsche Interessen durch eine eventuelle französische Besitzergreifung von Tripolis unmittelbar geschädigt werden, ist an und für sich richtig: diese Interessen können aber durch die tripolitanische Frage insofern doch wesentlich berührt werden, als dieselbe leicht zu einem Bündnis Italiens mit Frankreich führen kann. Italien würde mit ziemlicher Sicherheit einem Kriege mit Frankreich, in welchem es allein gelassen würde, ein Bündnisverhältnis zu letzterem vorziehen, bei welchem es immer noch besser fahren würde, als wenn es durch einen verlorenen Krieg unter die Oberhoheit und gewissermaßen unter die Herrschaft Frankreichs geriete. Wenn

aber Italien entweder durch einen verlornen Krieg oder durch ein aus Furcht vor einem solchen mit Frankreich geschlossenes Bündnis in das politische Kielwasser dieser Macht gerät, so würde die unzweifelhafte Folge sein, daß es einer etwaigen französisch-russischen Allianz beitreten würde.

Der Herr Reichskanzler bittet Ew. pp., die Bündnisfrage unter den vorstehenden Gesichtspunkten eingehend mit Graf Kálnoky zu besprechen und dabei den Standpunkt zu vertreten, daß es sein Grundsatz sei, sich mit dem Erreichbaren zu begnügen, sobald man über die Nützlichkeit einer Sache nicht mehr im Zweifel sei: wenn wir darauf dringen wollten, Italien noch fester an uns zu binden, so ist die Frage, ob das zu straff angezogene Band auch halten wird. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß, wenn Italien von Frankreich Beistand für Tripolis als Preis eines italienisch-französischen Bündnisses fordern wollte, Frankreich wahrscheinlich zuschlagen würde.

Da nach dem Schluß Ihres Berichts Nr. 477 Graf Kálnoky der Verlängerung des Vertrages große Wichtigkeit beilegt, so darf ich hoffen, daß er geneigt sein wird, sich die in Vorstehendem resumierten Argumente des Herrn Reichskanzlers anzueignen.

Es scheint mir auch von nicht zu unterschätzender Bedeutung zu sein, daß die Vertragsverlängerung jetzt unter den Auspizien des auch in Wien als loyal bekannten Grafen Robilant ins Werk gesetzt werden würde: ein Nachfolger desselben würde vielleicht weniger traitable und wahrscheinlich mehr französisch gesinnt sein.

Auf die Ew. aus dem Bericht des Herrn von Keudell Nr. 88* bekannten allgemeinen Ideen des Grafen Robilant bezüglich der sich aus einem eventuellen Zusammenbruch des türkischen Reichs ergebenden Konstellation legt selbst Graf Launay wenig Gewicht. Letzterer ist der Ansicht, daß eine so unkontrollierbare Eventualität sich in dem Rahmen eines auf wenige Jahre abzuschließenden Vertrages nicht berücksichtigen lassen würde, und er sprach mir die Überzeugung aus, daß Graf Robilant sich in bezug hierauf mit einer Redaktion zufrieden geben würde, welche den von Graf Kálnoky geäußerten Gedanken ventilierte, daß Italien vor Überraschungen sicher sein würde.

Im wesentlichen wird es sich also nur um eine Formel handeln, welche etwa ausspräche, daß Italien auf unseren Beistand rechnen kann, falls es auf Grund eines Protestes gegen eventuelles, sehr wenig wahrscheinliches Vorgenen Frankreichs in Tripolis von der französischen Republik in seinen europäischen Besitzungen angegriffen werden würde.

Da Graf Kálnoky selbst den Wunsch hegt, daß die weiteren Verhandlungen in Berlin geführt werden, so sind wir dazu selbstverständ-

---

* Siehe Nr. 823.

lich gern bereit. Ich behalte mir vor, Ew. mit fernerer Instruktion zu versehen, sobald die nächste Rückäußerung aus Rom eingegangen sein wird.

H. Bismarck

Nr. 834

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom von Keudell

Konzept

N. 237 Berlin, den 31. Oktober 1886
Geheim

pp. Es wird sich nun darum handeln, den Grafen Robilant zu bitten, uns mitzuteilen, was er unter den italienischen Mittelmeerinteressen versteht. Ew. pp. wollen denselben vertraulich darüber sondieren und ihn zugleich bitten, daß er die schriftliche Formulierung seiner Wünsche bezüglich der Erhaltung des status quo in Tripolis übernehme. Graf Robilant hat in seinen bisherigen vertraulichen Eröffnungen selbst erklärt, daß die Fassung einer die Zukunft von Tripolis betreffenden Klausel schwierig sein würde: es würde das für uns um so mehr der Fall sein, und es wird sich für die geschäftliche Behandlung deshalb meines Erachtens empfehlen, daß wir uns erst auf Grund der in Rom vorzunehmenden Redaktion eine Meinung bilden und unsere Äußerung reservieren, bis die von Graf Robilant zu erbittende Fassung vorliegt.

Ich habe gestern bereits vertraulich mit dem Grafen Launay in diesem Sinne gesprochen und ihm gegenüber betont, daß ich mich gefreut hätte, in Österreich dasselbe Entgegenkommen für Italien zu finden, auf welches Graf Robilant bei uns mit Recht gerechnet hat. Der italienische Botschafter sprach mir von dem — nach Ausweis des in Abschrift anliegenden geheimen Wiener Berichts vom 29.* cr. von Graf Kálnoky geteilten — Wunsche seines Chefs, die Verhandlungen hier in Berlin weiterzuführen: wir sind dazu gern bereit, und ich ersuche Ew. pp. ergebenst, dies dem Herrn Grafen Robilant mit dem Hinzufügen zu sagen, daß wir der Mitteilung der Formulierung seiner Vorschläge durch Graf Launay entgegensehn.

H. Bismarck

---

* Nach dem Berichte des Botschafters Prinzen Reuß vom 29. Okt. (Nr. 483) hielt Graf Kálnoky das augenscheinliche Bestreben Graf Robilants, in Berlin zu verhandeln und diesen Anlaß zu benutzen, um in intimere Beziehungen zu der deutschen Regierung zu treten, für nützlich und wollte daher nicht störend dazwischentreten.

Nr. 835

Der Geschäftsträger in Wien Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr 503
Geheim

Wien, den 7. November 1886

Der zu nur eintägigem Aufenthalt aus Pest heut hier eingetroffene Graf Kálnoky hat mich gebeten, Euerer Durchlaucht betreffs Verlängerung des Vertrages mit Italien das Folgende zu melden:

Er, der Minister, habe seinem Kaiserlichen Herrn über die Sachlage eingehenden Vortrag gehalten und bei Seiner Majestät die größte Bereitwilligkeit gefunden, den Vertrag mit Italien zu erneuern unter Berücksichtigung der von Graf Robilant geäußerten Wünsche. Der Kaiser sei der Ansicht, daß in Hinblick auf die unsicheren Zustände, die durch die Balkanpolitik Rußlands in jüngster Zeit geschaffen worden, ein festes Verhältnis mit Italien im hohen Grade wünschenswert und nützlich wäre.

Was die Formulierung der von Graf Robilant geäußerten Wünsche anlangt, so habe der Kaiser Franz Joseph bezüglich Tripolis sein volles Einverständnis mit der von Euerer Durchlaucht als eventuell annehmbar bezeichneten Fassung ausgesprochen: Der casus foederis träte ein, wenn Italien auf Grund eines Protestes gegen ein Vorgehen Frankreichs in Tripolis von der Republik in seinen europäischen Besitzungen angegriffen werden sollte. Betreffs des ferneren Anliegens des Grafen Robilant, vor Überraschungen seitens seiner Bundesgenossen bei etwaiger zukünftiger Aufteilung der Türkei gesichert zu sein, so fände Seine Majestät es unbedenklich, eine dahingehende Zusage dem italienischen Kabinett zu erteilen.

Monts

Nr. 836

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 1. Dezember 1886

Anbei erlaube ich mir den französischen Text des vom Grafen Launay mir übergebenen Vertragsentwurfes* vorzulegen.

Der italienische Botschafter sagte mir vertraulich, er habe den Grafen Robilant bereits darauf aufmerksam gemacht, daß seitens Österreichs wahrscheinlich einige Modifikationen dieses Entwurfes beantragt

* Siehe Anlage I.

werden würden. Er betonte dabei, daß Artikel IV der wichtigste für seine Regierung sei.

Ich bemerkte dem Grafen Launay, daß ich allerdings auf österreichische Einwendungen gefaßt sei, ich glaubte aber nicht, daß diese dem von uns erstrebten Werke an sich präjudizieren würden.

Wir würden jedenfalls unser möglichstes tun, um die dreiseitige Entente nach Maßgabe der Wünsche des Grafen Robilant zustande zu bringen.

Graf Launay sagte, er sei selbst überrascht worden durch die Hineinziehung von Marokko.

Mir scheint indes die verklausulierte Art, in der dies geschieht, Anlaß zu gewichtigen Bedenken nicht zu geben. Nach der italienischen Redaktion handelt es sich für den casus foederis nur um einen europäischen Krieg zwischen Frankreich und Italien: im Falle eines solchen würden wir letzteren doch beistehen — abgesehen vom Entstehungsgrunde.

Graf Launay übergab mir noch vertraulich das beiliegende Original des Erläuterungserlasses des Grafen Robilant, dessen Übersetzung* ich anschließe.

Derselbe ist sehr wortreich und kaum lesenswert in seiner ganzen Ausdehnung. Der Schluß ist am ansprechendsten, und erlaube ich mir besonders auf die angestrichenen Passus der Seiten 38—42 der Übersetzung hinzuweisen, welche klar darlegen, daß Italien nur auf unsere Hülfe rechnet, wenn es in Europa mit Frankreich zum Kriege kommt. Diese Konstellation erscheint mir für uns unter allen Umständen vorteilhaft.

Daß Graf Robilant ehrliche Absichten hat, geht aus dem anliegenden Résumé seines an Graf Launay gerichteten Privatbriefes** hervor. Er bietet darin mehr an, als wir von Österreich je erfahren haben.

H. Bismarck

Anlage I

Italienischer Entwurf für die Erneuerung des Dreibundvertrages***

Leurs Majestés le Roi d'Italie, l'Empereur d'Allemagne etc., l'Empereur d'Autriche etc., animés du désir de resserrer de plus en plus les liens créés entre Leurs Etats et Leurs Gouvernements par le Traité conclu à Vienne le 20 mai 1882, ont résolu d'en prolonger la durée ainsi que de le compléter d'une manière qui réponde toujours davantage aux circonstances présentes, au moyen d'un Traité additionnel, et ont à cet effet nommé, savoir . . . . . .

* Siehe Anlage II.
** Siehe Anlage III.
*** Vgl. dazu die Erörterungen bei Pribram a. a. O. Bd. I (1920), S. 179 ff.

lesquels s'étant communiqué leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article Ier

Le Traité d'alliance conclu à Vienne le 20 mai 1882 entre les Puissances signataires du présent Traité additionnel, est confirmé et maintenu en vigueur, dans toute son étendue, jusqu'au 30 mai 1892.

Les stipulations du dit Traité d'alliance sont en outre, à partir du jour de l'échange des ratifications du présent Traité additionnel, complétées par les clauses contenues dans les articles suivants.

Article II.

Les Hautes Parties contractantes n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir sur les côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la Mer Egée, toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des Puissances signataires du présent Traité. Elles se communiqueront à cet effet tous les renseignements de nature à les éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres Puissances.

Toutefois dans le cas où, par suite des événements, le maintien du statu quo dans les régions susmentionnées deviendrait impossible et que, soit en conséquence de l'action d'une Puissance tierce, ou autrement, l'Italie ou l'Autriche-Hongrie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation permanente ou temporaire de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux susdites Puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque donnant satisfaction aux intérêts et prétentions bien fondés des deux Parties.

Article III.

Les stipulations de l'article II ne s'appliquent d'aucune manière à la question Egyptienne, à l'égard de laquelle les Hautes Parties contractantes conservent respectivement leur liberté d'action, en égard toujours aux principes sur lesquels reposent le présent Traité et celui du 20 mai 1882.

Article IV.

S'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat, ou sa souveraineté sous une forme quelconque sur le territoire nordafricain soit du Villayet de Tripoli, soit de l'Empire marocain, et qu'en conséquence de ce fait l'Italie crût devoir, pour sauvegarder sa position méditerranéenne, entreprendre elle-même une action sur la Tripolitaine, ou bien recourir, sur le territoire français en Europe, aux mesures extrêmes, l'état de guerre qui s'en suivrait entre l'Italie et la France, constituerait ipso facto, sur la demande

de l'Italie, et à la charge du groupe allié, le casus foederis, avec tous les effets prévus par les articles II et V du susdit Traité du 20 mai 1882, comme si pareille éventualité y était expressément visée.

Article V.

Le présent Traité sera ratifié . . . . . .

Les ratifications seront échangées à . . . . . dans le délai de quinze jours, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi . . . . . .

Anlage II

Der italienische Minister des Äußern Graf Robilant an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen de Launay

Übersetzung in Abschrift

Rom, den 23. November 1886

pp. Artikel IV* des Additionalvertrags ist derjenige, welcher in meinen Augen für uns die größte Wichtigkeit besitzt.

Es führt zu nichts, wenn man sich Illusionen hingibt[1]. — Die Möglichkeit eines Vorstoßes Frankreichs auf Tripolis oder auf den am Mittelmeere gelegenen Teil Marokkos besteht unausgesetzt, trotz der wiederholt und erst unlängst wieder abgegebenen Erklärungen der französischen Minister; ich will an der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen nicht zweifeln, aber sie könnten durch die Gewalt der Ereignisse an jenem Tage zunichte gemacht werden, wo die Sache in den Augen der französischen Machthaber entweder als notwendig oder im Hinblick auf andere Zwecke der inneren oder äußeren Politik auch nur als nützlich sich darstellen würde[2].

Andrerseits ist es keine Übertreibung, wenn man sagt, daß ein neuer Zuwachs an Land und Einfluß, welcher Frankreich an der nordafrikanischen Küste des Mittelmeeres zufiele, von der öffentlichen Meinung in Italien wie eine der Integrität des heimischen Landes beigebrachte Wunde empfunden werden würde. Jede Regierung würde in einem solchen Falle dahin gebracht werden, sich unweigerlich mit bewaffneter Hand der Ausführung dieses Plans entgegenzustellen, oder wenigstens im Wege geeigneter Kompensationen das gestörte Gleichgewicht im Mittelmeere wieder herzustellen.

Wir wollen nun von unsern Alliierten nicht verlangen, daß sie uns mit den Waffen beistehen, um einen französischen Einfall in Tripolis oder Marokko abzuwenden; und wir werden auch dann nicht

---

* Es sind hier nur diejenigen Partien des Erlasses wiedergegeben, die sowohl von dem Grafen Robilant selbst, wie von dem Grafen Herbert von Bismarck als die wichtigsten behandelt worden sind.

verlangen, daß sie uns helfen, wenn wir, um uns für eine Eroberung Frankreichs in Marokko zu entschädigen, einen von Frankreich nicht beanstandeten Zuwachs an Land uns in Tripolis suchen. Das, was wir von unseren Verbündeten verlangen, ist folgendes: Wenn wir angesichts eines Vorstoßes Frankreichs auf Tripolis uns anschicken, demselben mit den Waffen entgegenzutreten, oder wenn wir uns angesichts einer Aktion Frankreichs in Marokko anschicken, einen von Frankreich bekämpften Angriff auf Tripolis zu unternehmen; oder wenn in einem dieser beiden Fälle nach formeller Kriegserklärung die Feindseligkeiten zwischen uns und Frankreich entweder in Tripolis oder in einem Teile der europäischen Besitzungen Frankreichs ausbrechen: — dann, und nur in diesem Falle, und nachdem wir bereits die Initiative zu einer bewaffneten Aktion gegen Frankreich ergriffen haben werden, werden wir aus Artikel IV die Berechtigung entnehmen, die Hilfe der beiden Alliierten anzurufen und uns in den Genuß aller Folgen des casus foederis zu setzen.

Ich möchte, daß sich Eure Exzellenz bezüglich dieses Punktes ein möglichst klares Bild von den Stipulationen machen, welche wir unsern Alliierten zur Annahme unterbreiten wollen. Und zwar besonders deswegen, weil man demselben vor allem einen Einwand entgegenstellen könnte, welcher unter allen Umständen zu widerlegen ist, nämlich den, daß wir die Aktion unserer Alliierten durch ein Unternehmen festlegen wollten, welches lediglich die Befriedigung unseres Ehrgeizes verfolge. Dies steht in direktem Widerspruche mit der Wahrheit. Der bestimmende Grund des casus foederis würde nicht das Vorgehen Frankreichs in Tripolis oder Marokko sein, auch nicht eine unsererseits zur Erlangung einer Entschädigung für eine Vergrößerung Frankreichs in Marokko unternommene Aktion in Tripolis. Nach unserer Meinung würden diese Ereignisse nur die Gelegenheit, die „causa iniziale“ des casus foederis darstellen, während die „causa determinante“ in der vollendeten Tatsache des als Folge des Gegensatzes zwischen der Aktion der einen und der anderen Macht im Mittelmeere sich ergebenden Kriegszustandes zwischen uns und Frankreich liegen würde. Mit einem Worte, es genügt nicht, um die Alliierten in Mitleidenschaft zu ziehen, daß es sich um Territorialfragen in Marokko oder Tripolis handelt, sondern die Existenz selbst und das Schicksal des Reichs müssen auf dem Spiele stehen; für einen solchen Fall wird gewiß unser Verlangen unsern Alliierten nicht überflüssig erscheinen.

Artikel V hat keinen Kommentar nötig. Er bezieht sich auf den Austausch der Ratifikationen. Weiteres brauche ich nicht hinzuzufügen.

Ich empfehle in besonderer Weise diesen wichtigen und heiklen Auftrag Ihrer Aufmerksamkeit, Ihrem Scharfsinn und Ihrer Fürsorge. Nur das Eine brauche ich Euerer Exzellenz zu sagen: Die Erneuerung des Vertrags nach Maßgabe unserer jetzigen Vorschläge, welche unseren

berechtigten Interessen Genüge leisten, setzt Italien in den Stand, mit Sicherheit und Ruhe sein Werk der fortschreitenden Entwickelung fortzusetzen, in der Weise, daß es nach Ablauf des neuen Quinquenniums vermöge seiner finanziellen und militärischen Mittel die ihm unter den Großmächten zukommende Stellung erlangt haben wird.

Genehmigen pp. (gez.) C. Robilant

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[1] Sehr richtig.
[2] übertrieben.

Anlage III

Résumé eines Privatbriefes des italienischen Ministers des Äußern Grafen Robilant an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen de Launay

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Berlin, den 30. November 1886

Graf Launay las einen Privatbrief des Grafen Robilant vor, welcher gleichzeitig mit dem Vertragsentwurf angekommen war. Graf Robilant sagt unter anderem:

„Sprechen Sie deutlich aus, daß wir Leute sind, auf die man rechnen kann, und daß wir nicht, wie es die Spanier möchten, unsere Kastanien durch andre aus dem Feuer holen lassen wollen.

Wir werden achtzehn bis zwanzig Tage nach dem Mobilmachungsbefehl 150000 Mann an der Nordwestgrenze haben, zur défense offensive gegen Frankreich. 200000 Mann — d. h. 6 Armeekorps, 4 Kavalleriedivisionen und eine Division Alpenjäger — werden gleichzeitig verfügbar sein, um entweder über die Alpen nach dem Rhein zu gehen zur Unterstützung der Deutschen, oder um durch Österreich gegen die Russen zu marschieren." H. Bismarck

Nr. 837

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 801
Geheim Berlin, den 4. Dezember 1886

Ew. Durchlaucht beehre ich mich mit Bezugnahme auf meinen Erlaß Nr. 686 vom 23. Oktober d. Js.* anbei den vom Grafen Robilant redigierten Entwurf** für die Verlängerung unseres Vertrages,

---

* Vgl. Nr. 830.
** Siehe Nr. 836, Anlage I.

wie er mir vom Grafen Launay übergeben worden ist, zu übersenden. Der Herr Reichskanzler hat gegen die italienischen Vorschläge wegen Erneuerung unseres Bündnisses im allgemeinen keine Bedenken geltend zu machen. Nachdem auch Seine Majestät der Kaiser sich mit der Formulierung des Grafen Robilant einverstanden erklärt und den Wunsch ausgesprochen haben, daß wir auf dieser Basis mit Italien zum Abschluß kommen möchten, beehre ich mich Ew. im Auftrage des Herrn Reichskanzlers zu ersuchen, dem Grafen Kálnoky die wohlwollende Prüfung des italienischen Textes zu empfehlen und demselben unsere Ansicht dahin auszusprechen, daß die Verlängerung unseres Bündnisses auf dieser Grundlage österreichischen Interessen nicht präjudizieren, wohl aber der österreichisch-ungarischen Monarchie eine erhöhte Sicherheit und Freiheit in ihren Bewegungen gewähren würde. Ich darf dabei auf die Ausführungen in meinem geheimen Erlaß Nr. 709 vom 31. Oktober d. Js.* von neuem hinweisen, und deren wiederholte Verwertung bei Graf Kálnoky ergebenst anheimstellen.

Wenn Graf Kálnoky über das letzte Alinea des Artikels II Bedenken erheben sollte, so wollen Ew. hervorheben, daß die dort in Betracht gezogenen Eventualitäten nur après un accord préalable entre les deux susdites puissances — wie es ausdrücklich vor dem Schluß des Alinea heißt — praktische Gestalt gewinnen können.

Bezüglich des Artikels IV, welcher mir vom Grafen Launay selbst als der wichtigste für Italien bezeichnet wurde, erlaube ich mir, an meine frühere Darlegung zu erinnern, daß wir einem französisch-italienischen Kriege doch nicht untätig würden zusehen können, und daß somit der Anlaß zu einem solchen, wenn er erst einmal ausgebrochen sein sollte, für den Eintritt des casus foederis irrelevant sein dürfte.

Zur Bestätigung der ernsten Absichten, welche Graf Robilant seinerseits für diesen Eintritt hegt, las mir Graf Launay einen Privatbrief seines Chefs vor, dessen Hauptrésumé ich mit dem Anheimstellen der vertraulichen Verwertung beim Grafen Kálnoky hier beifüge**.

Ferner erlaube ich mir zu Ew. streng persönlichen Information Abschrift der Übersetzung des vertraulichen Erlasses, welcher den Entwurf des Grafen Robilant begleitete, anbei mitzuteilen***; ich bitte dieses Schriftstück einstweilen sekretieren zu wollen, denn Graf Launay hat mich nur ermächtigt, dasselbe Ew. zu Ihrer eigenen Orientierung zugehen zu lassen, und wollte noch einmal beim Grafen Robilant anfragen, ob dieser mit einer eventuellen und teilweisen Benutzung des Textes desselben bei Ihrer Besprechung mit Graf Kálnoky einverstanden sein würde; solange Ihnen also nicht eine besondere

---

* Siehe Nr. 833.
** Siehe Nr. 836, Anlage III.
*** Siehe Nr. 836, Anlage II.

telegraphische Ermächtigung zugeht, bitte ich diese vertrauliche Instruktion nicht zu erwähnen und sich nur selbst diejenigen Gedanken daraus anzueignen, mit welchen Sie etwa glauben sollten, auf den Grafen Kálnoky Eindruck zu machen.

Für eine baldige Mitteilung der Äußerung des Grafen Kálnoky zu dem italienischen Vertragsentwurfe würde ich Ew. sehr dankbar sein. H. Bismarck

Nr. 838

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 553

Geheim Wien, den 8. Dezember 1886

Euerer Durchlaucht hohen Erlaß Nr. 801* vom 4. d. Mts. nebst 3 Anlagen, die Erneuerung unseres geheimen Vertrages mit Italien betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt; ebenso ist mir gestern der weitere hohe Erlaß Nr. 802 vom 5. d. Mts. zugegangen, der mich ermächtigt, den ganzen Text der deutschen Übersetzung der an Graf Launay gerichteten Depesche des Grafen Robilant zur persönlichen Kenntnis des Grafen Kálnoky zu bringen, was ich nachträglich auch getan habe.

Der Minister hat mich gebeten, Euerer Durchlaucht seinen Dank für diese Mitteilungen auszusprechen. Er werde die italienischen Vorschläge einem genauen Studium unterziehen und werde mir, wenn er die Befehle Seiner Majestät des Kaisers, seines allergnädigsten Herrn, eingeholt haben würde, darüber Mitteilung machen.

Gestern nun hat der Minister seinem Kaiser einen ersten Vortrag über die Angelegenheit gehalten, ohne jedoch schon Kenntnis von der obenerwähnten Depesche des Grafen Robilant zu haben, welche eine wertvolle Erläuterung der verschiedenen Punkte des Additionalvertrages enthält.

Als vorläufige Observationen konnte mir der Minister folgendes angeben:

Die Fälle, in denen eine Leistung von Seiten der beiden deutschen Mächte eintritt, haben sich gegen den alten Vertrag durch das Hinzutreten von Tripolis und Marokko vermehrt, während die Gegenleistungen Italiens dieselben geblieben sind. Bei der Tripolisfrage habe es, als im Monat Oktober d. Js. die Erneuerung in Anregung gebracht worden sei, geheißen, falls Italien wegen Tripolis in seinen europäischen Besitzungen angegriffen würde, solle der casus foederis eintreten[1].

Hierauf ist man hier eingegangen. Jetzt stellten sich aber die italie-

* Siehe Nr. 837.

nischen Vorschläge anders. Der Artikel IV stipuliere, daß der casus foederis eintrete, wenn bei einem Konflikt wegen Tripolis und Marokko Italien, um seine Stellung am Mittelmeer zu wahren, entweder in Tripolis oder auf dem französischen Territorium in Europa zu extremen Maßregeln zu greifen genötigt sein werde[2]. Das heiße also, daß, wenn Italien Frankreich wegen Tripolis oder Marokko den Krieg erkläre und in Europa angreife, Österreich-Ungarn ihm helfen müßte. Das ändere die ganze Sachlage bedeutend, weil die beiden anderen Mächte gewissermaßen von dem bon plaisir Italiens abhängig gemacht[3] werden würden, auch einen Angriffskrieg zu führen. Die Hinzuziehung von Marokko, über dessen Grenzen fortwährend Streitigkeiten schwebten, vereinfache die Sache nicht[4]. Griffe Italien Frankreich auf seinem europäischen Territorium an[5], so würde der nächste Schritt Frankreichs ein Angriff des italienischen Littorale sein. Österreich würde daher genötigt sein, sofort mit seiner Flotte einzuspringen.

Als Gegenleistung Italiens sei aber nur eine wohlwollende Neutralität zu beanspruchen[6]. Artikel II des alten Vertrages spreche außerdem nur von einem Angriff Frankreichs, ein Fall, der für Österreich so gut wie ausgeschlossen sei[7], und Artikel III schließe den Fall aus, daß der casus foederis eintrete, wenn Österreich nur von einer Macht, also beispielsweise von Rußland angegriffen werde.

Dies stünde nicht im Verhältnis zu den bedeutenden Obligationen, welche Österreich durch den Additionalvertrag aufgelegt würden. Hier würde daher wohl ein Zusatz zu machen sein, der Remedur schaffe[8].

Was nun den Artikel II des Additionalvertrages betreffe, so würde hier eine Frage[9] berührt, der Österreich bis jetzt sorgfältig ausgewichen sei. Graf Robilant ginge über diejenigen Wünsche hinaus, die Graf Launay bei seinen ersten Eröffnungen angedeutet habe. Das Wiener Kabinett habe sich damals bereit gezeigt, eine Erklärung abzugeben, dahin lautend, daß bei etwaigen Abänderungen auf der Balkanhalbinsel Italien von Seiten seiner Bundesgenossen vor Überraschungen gesichert sein sollte. Graf Launay habe sich auch damals dahin ausgesprochen, daß Graf Robilant sich mit einer dahingehenden Redaktion zufrieden geben würde.

Graf Kálnoky hat mir schon zu jener Zeit die Vermutung ausgesprochen, daß Graf Robilant nicht allzubescheiden in der Fassung seiner diesfälligen Wünsche sein würde, und in seinem Billett vom 3. November der Vorsicht halber bemerkt, daß Österreich sich selbstverständlich auf nichts einlassen würde, „was uns im Orient gegenüber Italien die Hände binden oder Italien bezüglich irgendwelcher Territorialfragen zu einer besonderen Einflußnahme berechtigen könnte".

Nun würde zwar im zweiten Alinea des Artikels II gesagt, daß die dort in Betracht gezogenen Eventualitäten nur après un accord préalable entre les deux susdites puissances praktische Gestalt gewinnen können.

Das sei ganz gut, aber wenn man sich vertragsmäßig verpflichtet habe, überhaupt auf die Ideen des Artikels II einzugehen, so hätte man gewissermaßen schon zu diesem accord préalable seine Zustimmung gegeben[10].

Graf Kálnoky hat hier außerdem auf unseren geheimen Vertrag mit Rußland hingewiesen, der es schwierig mache, mit Italien auf derartige Abmachungen einzugehen[11].

Also auch hier würde sich Österreich die Hände binden, ohne dafür die Hilfe Italiens zugesichert zu erhalten, wenn es mit Rußland in einen Krieg geraten sollte.

Die Rückendeckung durch die wohlwollende Neutralität Italiens für diesen Fall sei sehr wertvoll und würde vom Kaiser sehr hoch angeschlagen, aber wie gesagt, Seine Majestät hätten den Eindruck, daß seine Verpflichtungen durch den neuen Vertrag wesentlich erhöht würden, ohne daß irgendeine Gegenleistung geboten werde.

Man lege übrigens hier nach wie vor den größten Wert auf die Erneuerung des Vertrages und hoffe, daß es gelingen werde, die nötigen und noch näher zu formulierenden Abänderungen des italienischen Projekts durch unsere Vermittelung in Rom zur Annahme zu bringen.

An den loyalen Gesinnungen des Grafen Robilant zweifelt Graf Kálnoky keinen Augenblick, und hat er daher von den Worten dieses Ministers, welche in dem Auszug seines Privatbriefes an Graf Launay enthalten sind, mit der größten Befriedigung Kenntnis genommen. Aber in dem Vertragsentwurfe stehe nichts Derartiges, und könne der italienische Minister ebensogut wie jeder andere eines Tages zurücktreten und nicht in der Lage sein, seine guten Absichten auszuführen. Eine baldige definitive Aussprache hat mir Graf Kálnoky in Aussicht gestellt. Jedenfalls werde sich aber das hiesige Kabinett dabei von denjenigen Gesichtspunkten leiten lassen, die schon vor einem Monat dessen Eingehen auf die italienischen Wünsche bestimmt hätten.

Der Inhalt der an Graf Launay gerichteten Depesche des Grafen Robilant hat den Grafen Kálnoky sehr interessiert, und hat er sich durchaus nicht an dem freien Ton derselben gestoßen. Er sagte, er wisse die große Offenheit anzuerkennen, die sein italienischer Kollege zeige. Es ließe sich aber manches darüber sagen[12].

Graf Robilant möge vom Standpunkt Italiens durchaus recht haben, wenn er dessen Mittelmeerinteressen in so warmer Weise schildere und befürworte; ein anderes Ding sei es aber, ob Österreich in der Weise für diese Interessen einzutreten habe, wie dies der Minister befürworte. Ferner stelle die Depesche die Eventualität als ganz unabweisbar hin, daß Frankreich etwas gegen Tripolis unternehmen werde[13]. Das wäre nicht gerade sehr ermunternd für uns, da wir beiderseitig doch gerade davon ausgegangen wären, daß dieser Fall unwahrscheinlich sei; überhaupt mache sich in dem ganzen Schriftstück das Gefühl einer großen Sicherheit geltend, welches fast an Überhebung grenzte.

Ich habe den Eindruck gehabt, als wenn die Robilantischen Erläuterungen nicht gerade dazu beigetragen hätten, den Grafen Kálnoky von seinen anfänglichen Bedenken gegen das italienische Projekt abzubringen, aber der Freimut der Sprache war ihm sympathisch.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Das Maaß der Leistungen Italiens wird wesentlich von seinem Interesse zur Sache abhängen; der Vertrag giebt nur die Richtung der ital[ienischen] Politik; die Anstrengung[en] Italiens in der gegebenen Richtung werden von seinem Interesse bei der Sache abhängen; je größer das ist, desto mehr wird es sich ins Zeug legen.

[3] doch erst nach französ[ischer] Initiative in Marokko.

[4] nein.

[5] das wäre sehr erfreulich, aber leider kaum zu hoffen!

[6] gegen Rußland! für uns aber liegt der Schwerpunkt der Situation in Frankreich.

[7] für uns nicht!

[8] ?

[9] welche?

[10] zu welchem? Doch nur zum Verhandeln über einen der Art.

[11] wieso?

[12] was denn?

[13] kaum wahrscheinlich.

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

[2] und dies zum Kriege mit Frankreich führen würde; darauf kommt es doch an.

Nr. 839

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 574
Geheim

Wien, den 20. Dezember 1886

Graf Kálnoky hat mich heut vormittag aufgesucht, um mir endlich seine Bemerkungen zu dem italienischen geheimen Vertragsentwurf mitzuteilen. Dieselben befinden sich mit roter Tinte in dem anliegenden Projekt eingezeichnet.

Der Minister bat zu entschuldigen, daß soviel Zeit vergangen sei, bevor er mit dieser Arbeit fertig geworden. Er habe aber die größte Mühe gehabt, den Vertrag in der von ihm nunmehr festgestellten Form durchzubringen, und nur das von Euerer Durchlaucht schon früher gebrauchte und von mir wiederholt dringend geltend gemachte Argument, daß der Abschluß des Vertrages überhaupt genügen werde, um Frankreich von Infraktionen abzuhalten und hierdurch den Frieden zu bewahren, habe dazu geholfen, ihm einen Erfolg zu verschaffen.

Freilich sei es, wie er mir gleich anfangs gesagt, unumgänglich

nötig gewesen, für die in dem neuen italienischen Projekt enthaltene größere Belastung Österreich-Ungarns eine Kompensation von Seiten Italiens zu fordern. Seine Majestät der Kaiser, sein allergnädigster Herr, lege den größten Wert auf das Zustandekommen des Vertrages, glaube aber nicht, es verantworten zu können, denselben ohne eine Gegenleistung abzuschließen[1]. Das Bedenken, daß Italien durch Artikel IV des Additionalvertrags auch im Fall seines Angriffs auf Frankreich den casus foederis anrufen könnte, sei nur unter der Bedingung fallen gelassen worden, anderweitig dafür kompensiert zu werden, und sei dies das äußerste, was zu erreichen gewesen.

Deshalb sollen auch die Artikel I, III und IV unverändert bleiben. Graf Kálnoky gibt sich dabei der Hoffnung hin, daß vorkommendenfalls die Forderung des mit großem Pomp stipulierten Eintretens des casus foederis „sur la demande de l'Italie" auch von Deutschland aus etwas temperiert werden möchte[2].

Im Artikel II wünscht Österreich, daß im ersten Alinea die Worte sur les côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la mer Egée an dieser Stelle gestrichen und erst im zweiten Alinea davon gesprochen werden möchte. Diese Worte an dieser Stelle präzisierten zwar sehr genau den italienischen Standpunkt durch Zitierung dieser nur Italien interessierenden Gebietsteile. Österreich-Ungarn sei aber nur dafür interessiert, daß der ganze status quo des ottomanischen Reiches aufrechterhalten werde[3].

Wenn indessen, wie es im zweiten Alinea heiße: par suite des événements le maintien du statu quo deviendrait impossible, so habe er nichts dagegen, daß hier eingefügt werde dans les régions des Balcans[4] ou des côtes etc. Es sei hier les Balcans zugesetzt worden, weil dieser Punkt für Österreich-Ungarn ein größeres Interesse habe[5] als die Küsten und Inseln.

Im ersten Alinea gebe er der Beurteilung Euerer Durchlaucht anheim, ob das Wort tous stehen bleiben könne. Bei unserem Vertragsverhältnis zu Rußland dürfte es doch vielleicht bedenklich sein, ein Versprechen abzugeben, wonach wir alles an Italien sagen müßten, auch was wir über russische Dispositionen wüßten[6].

Im zweiten Alinea wünscht nun Graf Kálnoky, daß der Schlußsatz ganz gestrichen werde. Durch letzteren würde er das Prinzip der Kompensationen ausdrücklich anerkennen. Es wäre dies ein feierliches Zugeständnis, daß Österreich-Ungarn eine Expansivpolitik befolge oder heimliche Ambitionen auf der Balkanhalbinsel habe[7]. Das sei nicht der Fall. Dieser Schlußsatz sei auch nicht recht mit unseren geheimen Verträgen mit Rußland in Einklang zu bringen. Stürzten diese Verträge zusammen, was doch nur durch Kündigung oder durch einen Krieg mit Rußland geschehen könnte, so sei dann ein Accord im italienischen Sinne möglich[8]. Vorher, d. h. solange unsere Verträge mit Rußland bestünden, sei dies schwierig.

Am Schlusse des Artikels II wünscht nun Graf Kálnoky die italienische Gegenleistung Italiens für die im Artikel IV stipulierten Leistungen Österreich-Ungarns eingestellt zu sehen. Diese besteht in dem Versprechen, daß, wenn Österreich infolge solcher Ereignisse und ohne seine Provokation in einen Krieg mit Rußland verwickelt werden sollte, Italien sich verpflichtet, gemeinschaftliche Sache mit Österreich zu machen und an diesem Kriege teilzunehmen.

Zu den Motiven, die mir Graf Kálnoky gleich anfangs angegeben hatte, um eine solche Gegenleistung zu verlangen, setzte er noch folgende hinzu.

Sollte, was zwar nicht wahrscheinlich sei, Österreich-Ungarn gezwungen werden, an einem Kriege sich zu beteiligen, welchen Italien sich genötigt sehen werde, wegen Tunis[9] und Marokko mit Frankreich zu führen, so würde diese Teilnahme dem eigenen Lande nur dann verständlich sein, wenn eine Gegenleistung[10] von Seiten Italiens bestünde. Die wohlwollende Neutralität Italiens im Fall eines russischen Krieges sei gewiß nicht hoch genug anzuschlagen. Dieselbe würde aber eo ipso einzutreten haben, weil Italien hierzu auch Deutschland gegenüber engagiert sei[11]. Sie würde daher österreichischerseits nicht als eine besondere Leistung anzusehen sein[12].

Außerdem sei ja bereits am Schluß von Artikel IV des alten Vertrages ausdrücklich auf einen solchen Fall hingewiesen worden, und sei deshalb auch hier die dortige Redaktion gewählt worden.

Daß Graf Robilant diesen Fall im Auge gehabt habe, gehe nicht nur aus dem an Graf Launay gerichteten Privatbrief sehr deutlich hervor, den ich ihm mitgeteilt hätte, sondern auch aus dessen Depesche an den Botschafter vom 23. November d. Js. In beiden Schriftstücken wäre auf die eventuelle Hilfe Italiens in einem russischen Kriege hingedeutet[13]. Eine bestimmte Definierung und Verpflichtung Italiens wäre daher nichts besonderes Neues und könne den Grafen Robilant nicht überraschen[14].

Der Minister setzte mir hierauf auseinander, welche Gründe ihn bei der Redaktion seines Zusatzes geleitet hätten. Er sage: si à la suite de pareils événements, weil er geglaubt habe, es würde uns dies lieber sein. Euere Durchlaucht hätten stets daran festgehalten, wie wenig Interesse Deutschland an den Ereignissen auf der Balkanhalbinsel habe. Deutschland werde in diesem Zusatz nicht erwähnt und ganz herausgelassen, „wenn über diese Ereignisse“ Österreich in einen Krieg mit Rußland, wenn auch unprovoziert, verwickelt würde. Es könne uns aber recht sein, wenn Österreich in einem solchen Kriege, den es nicht wolle, aber der ihm aufgezwungen werden könnte, die tatsächliche Hilfe Italiens fände[15].

Italien, welches nun durch sein neues Projekt sich mehr in die orientalischen Angelegenheiten hineindrängen wollte, müsse dafür etwas leisten und versprechen, mit Österreich gemeinschaftliche Sache zu

machen. Nur unter dieser Bedingung könne Österreich von seiner traditionellen Politik abweichen, die Hände in den orientalischen Angelegenheiten frei zu behalten und sich mit Italien auf keine Arrangements einzulassen.

Durch diese Klausel würde auch endlich Österreich dieselben Vorteile haben, welche Deutschland bereits durch den alten Vertrag eingeräumt worden wären[16].

Der Minister betonte schließlich nochmals, wie das neue italienische Projekt viel weiter ginge, als man es nach den von hier aus akzeptierten ersten Eröffnungen des Grafen Launay hätte erwarten können. Ohne die von ihm verlangte Gegenleistung würde er den Vertrag bei Seiner Majestät nicht zur Annahme bringen; er gäbe sich daher der Hoffnung hin, Euere Durchlaucht würden seine Vorschläge in Rom unterstützen[17], doch stelle er anheim, wenn Hochdieselben dies belieben sollten, die Redaktion zu verändern.

Ich habe Seiner Exzellenz zugesagt, seine Vorschläge Euerer Durchlaucht zu unterbreiten, habe ihm aber nicht verhehlt, daß eine jede Erschwerung des Vertragsabschlusses bei uns nicht erwünscht wäre. Wir hätten uns mit dem italienischen Projekt einverstanden erklärt und würden dasselbe daher auch ohne Modifikation sofort unterzeichnen.

An Graf Széchényi geht heut ein erläuternder Erlaß des Grafen Kálnoky ab, von welchem dieser ermächtigt ist, Euerer Durchlaucht Abschrift zurückzulassen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Wir können es zur Noth auch zu zwei.

[2] nein; aber Oest[er]reich kann ja herausbleiben u[nd] hat dann nur für die Fälle des alten Vertrages Hülfe gegen Frankreich zu leisten.

[3] daran haben wir wieder kein Interesse sondern nur daran, daß Oest[er]reich intact erhalten werde.

[4] also auch in Bulgarien??

[5] für uns beide nicht.

[6] sagt denn Oest[er]reich jetzt alles an Rußland? oder R[ußland] an Oe[sterreich]?

[7] Italien hat sie, u[nd] ist ehrlich genug es nicht zu streiten.

[8] das geht nur Oest[er]reich an, nicht uns.

[9] (das Wort Tunis ist gestrichen.) Tripolis.

[10] schon die Neutralität ist eine.

[11] ohne Vertrag doch nicht?

[12] unklar.

[13] sobald Rußland der Bundesgenosse Frankreichs wäre, würde sich das von selbst machen; ohne das aber ist es wohl nicht Robilants Meinung.

[14] ?

[15] gewiß; aber wird Italien dazu geneigt sein?

[16] weil für uns Fr[an]kreich für Oest[er]reich Rußland der wahrscheinlichere Gegner ist? Oest[er]reich hat auch uns wenig Neigung gezeigt, Händel mit Fr[an]kreich zu bekommen.

[17] aber nicht durchsetzen.

Anlage

Italienischer Vertragsentwurf

Österreichische Abänderungsvorschläge*	Italienischer Text.
	Leurs Majestés le Roi d'Italie, l'Empereur d'Allemagne etc., l'Empereur d'Autriche etc., animés du désir de resserrer de plus en plus les liens crées entre Leurs Etats et Leurs Gouvernements par le Traité conclu à Vienne le 20 mai 1882, ont résolu d'en prolonger la durée ainsi que de le compléter d'une manière qui réponde toujours davantage aux circonstances présentes, au moyen d'un Traité additionnel, et ont à cet effet nommé, savoir ..... lesquels s'étant communiqué leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme sont convenus des articles suivants:
	Article Ier Le Traité d'alliance conclu à Vienne le 20 mai 1882 entre les Puissances signataires du présent Traité additionnel, est confirmé et maintenu en vigueur, dans toute son étendue, jusqu'au 30 mai 1892. Les stipulations du dit Traité d'alliance sont en outre, à partir du jour de l'échange des ratifications du présent traité additionnel complétées par les clauses contenues dans les articles suivants.
Die Klammer fällt fort.**	Article II. Les Hautes Parties contractantes n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient s'engagent à user de leur influence pour[1] prévenir [sur les côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la Mer Egée,] toute modification territoriale qui porte-

* Vgl. dazu Pribram a. a. O. Bd. I (1920), S. 186 nebst Anm. 113.
** Soll heißen: Die eingeklammerte Stelle.

rait dommage à l'une ou à l'autre des Puissances signataires du présent traité. Elles se communiqueront à cet effet tous les renseignements de nature à les éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions ainsi que sur celles d'autres Puissances[2].

des Balcans et des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la Mer Egée[3]

Toutefois dans le cas où par suite des événements, le maintien du statu quo dans les régions [susmentionnées] deviendrait impossible et que, soit en conséquence de l'action d'une Puissance tierce, ou autrement, l'Italie ou l'Autriche-Hongrie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation permanente ou temporaire de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux susdites Puissances, [basé sur le principe d'une compensation réciproque donnant satisfaction aux intérêts et prétentions bien fondés des deux Parties.]

Unter Fortfall der Klammer: Si à la suite de pareils événements et sans provocation de la part de l'Autriche-Hongrie une guerre éclatait entre cette dernière et la Russie, l'Italie s'engage à faire cause commune avec son Allié et à prendre part à la guerre[4]

Article III.

Les stipulations de l'Article II ne s'appliquent d'aucune manière à la question Egyptienne, à l'égard de laquelle les Hautes Parties contractantes conservent respectivement leur liberté d'action, en égard toujours aux principes sur lesquels reposent le présent Traité et celui du 20 mai 1882.

Article IV.

S'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat, ou sa souveraineté sous une forme quelconque sur le territoire nord-africain soit du Villayet de Tripoli, soit de l'Empire marocain, et qu'en conséquence de ce fait l'Italie crût devoir, pour sauvegarder sa position méditerranée, entreprendre elle-même une action sur la Tripolitaine, ou bien recourir, sur le territoire français en Europe aux mesures extrêmes, l'état de guerre qui s'en suivrait entre l'Italie et la France constituerait

ipso facto, sur la demande de l'Italie et à la charge du groupe allié, le casus foederis, avec tous les effets prévus par les articles II et V du susdit Traité du 20 mai 1882, comme si pareille éventualité y était expressément visée.

Article V.

Le présent Traité sera ratifié . . . . .
Le ratifications seront échangées à . . .
. . . . . dans le délai de quinze jours, ou plus tôt si faire se peut.
En foi de quoi . . . . . .

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Einschaltung von y wird nöthig sein [also: pour y prévenir], sonst geht das prévenir auf mod[ification] territ[oriale] in der ganzen Welt.
[2] Redensart!
[3] der Tausch von Egée wäre für uns ohne Bedenken? für „Balcans" wird Italien vielleicht nicht fechten wollen, wir können eine Pflicht für status quo im Balkan einzutreten, nicht übernehmen; er wäre schon alterirt, wenn Rußl[an]d in Bulg[arien] einrückte.
[4] für uns ohne Bedenken; wenn Oest[e]r[reich] u[nd] Italien einen russ[ischen] Krieg ohne uns führen wollen, u[nd] uns mit Frankreich allein übrig lassen, so bleibt unsre Situation haltbar. Der Fortfall von comp[ensation] récipr[oque] verkürzt Italiens Ansprüche.

Nr. 840

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 23. Dezember 1886

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, anbei unter Anschluß der Vorakten den Wiener Bericht Nr. 574* gehorsamst vorzulegen, welcher sich auf die österreichischen Amendements zu dem geheimen Vertragsentwurf des Grafen Robilant bezieht. Ich habe gestern mit dem Grafen Launay die in Artikel II am Schluß vorgeschlagene Änderung à titre personnel besprochen, indem ich ihn dabei gebeten habe, einstweilen noch nichts an den Grafen Robilant zu berichten, da ich erst Euerer Durchlaucht Bestimmung abwarten müßte: Bei der Vertrauensstellung, die Graf Launay zu seinem Chef hätte, glaubte ich aber immerhin, daß es für Euere Durchlaucht von Interesse sein würde, die Äußerungen des Grafen Launay zu kennen.

* Siehe Nr. 839.

Der italienische Botschafter war mit dem österreichischen Gegenvorschlag nicht einverstanden, er meinte erstens, daß der Abstrich der vier letzten Zeilen des Artikels II den Grafen Robilant unangenehm berühren würde, weil dieser gerade Gewicht auf die Worte „le principe d'une compensation reciproque" legte[1]. Da Graf Robilant wenige Zeilen vorher diese compensation an den accord préalable mit Österreich gebunden hätte, so könne ja nichts geschehen, was Österreich unerwünscht wäre, und der Wunsch nach compensation sei also eigentlich nur akademisch ausgedrückt[2]. Was dann den mit roter Tinte geschriebenen österreichischen Zusatz betrifft, so meinte Graf Launay, daß dieser vom Grafen Robilant nur dann angenommen werden würde, wenn demselben ausdrücklich hinzugesetzt würde, daß Italien von einem in Gemeinschaft mit Österreich geführten Kriege territoriale Vorteile für den Fall des Sieges erlangen müsse[3]. Graf Launay fuhr fort: „Auf diese Art wird man sich gegenseitig fortwährend steigern. Unser Standpunkt zu dem Vertrage weicht von dem Österreichs darin ab, daß Graf Robilant den bisherigen Vertrag als zu wenig günstig für Italien ansieht und seine[4] Zusätze aus dem Grunde beantragt hat, um die seiner Meinung nach jetzt nicht vorhandene Gleichberechtigung der Kontrahenten herzustellen. Graf Kálnoky scheine dies aber nicht anerkennen zu wollen, sondern setze den italienischen Erweiterungen, welche doch bloß eine bisher bestandene Unrichtigkeit beseitigen sollten, seinerseits neue Forderungen entgegen."

Von den Änderungen zu Artikel II habe ich dem Grafen Launay einstweilen nichts gesagt, weil mir die beiden ersten Worte der österreichischen Einschaltung „des Balkans" bedenklich erscheinen mit Rücksicht auf die bestehenden deutsch-russisch-österreichischen Abmachungen: Diese letzteren laufen allerdings im Juli ab, aber es ist doch wahrscheinlich, daß noch innerhalb der nächsten Monate Verhandlungen zwischen den drei Kaisermächten über ihre, wenn auch modifizierte, Verlängerung stattfinden werden, und dafür ist es vielleicht besser, „les Balkans" herauszulassen[5].

Da die Österreicher so großes Aufheben davon machen, daß sie eventuell gegen Frankreich zu Felde ziehen sollten, so scheint es mir, daß es vielleicht am praktischsten ist und den Abschluß am raschesten ermöglicht, wenn man in Artikel IV statt „à la charge du groupe allié" sagt „à la charge de l'Allemagne" und gleichzeitig das österreichische Amendement zum Schluß des Artikels II wegläßt: Es würde sich das nach meiner Auffassung gegenseitig aufheben. Ich habe dies dem Grafen Launay als einen momentanen Einfall erwähnt, von dem ich allerdings nicht wüßte, ob er Euerer Durchlaucht Billigung finden würde. Graf Launay erklärte nach kurzem Besinnen, daß dieser Vorschlag die glücklichste Lösung zu enthalten scheine, auch schon um deshalb, weil wir dann aller ferneren weit aussehenden Verhandlungen mit der umständlichen österreichisch-ungarischen Regierung enthoben

würden. Er fügte hinzu, daß er auf diesen meinen Vorschlag sofort abschließen würde, wenn er selbst auswärtiger Minister wäre.

Ich habe mich bei meinem Vorschlage, der das Ergebnis einer längeren und sorgfältigen Prüfung der einschlägigen Verhältnisse ist, von dem Gedanken leiten lassen, daß es für uns an erster Stelle wichtig ist, uns die italienische Beihilfe im Falle eines Krieges mit Frankreich zu sichern[6]. Die Italiener, welche einen Angriffskrieg eigentlich nur von Frankreich zu fürchten haben, sind ganz bereit, sich zu unserer Unterstützung in einen Krieg gegen dieses Land zu verpflichten. Daß die Italiener in einen Krieg gegen Rußland kommen sollten, ist höchst unwahrscheinlich, und das Verlangen, ihre Streitkräfte der unberechenbaren ungarischen Politik zur Verfügung zu stellen, ist allerdings etwas weitgehend[7]. Bezüglich der Frage des französischen Krieges liegt die Sache meines Erachtens aber so, daß wir Österreichs militärische Hilfe in einem solchen garnicht brauchen, wenn wir gemeinsam mit Italien zu Felde ziehen. An Mannschaften wird es uns dann nicht fehlen, und es will mir eher als eine Last erscheinen, in solchem Falle den Durchmarsch und die Verpflegung österreichischer Truppen auf uns zu nehmen. Außerdem möchte ich sicher annehmen, daß für den Fall eines Krieges von Frankreich gegen Deutschland und Italien Rußland wenigstens eine drohende Haltung[8] gegenüber Österreich einnehmen und über dieses sogar herfallen würde[9], wenn es sich von Truppen entblößte[10], um uns zu Hilfe zu kommen: Die österreichische Armee dürfte mithin in einem solchen Kriege durch Rußlands Haltung oder Angriff neutralisiert werden[11], und auf Österreichs Truppen würde für uns demnach vermutlich doch nicht zu zählen sein[12]. Was die Italiener und Österreicher gegenseitig voneinander brauchen, ist die wohlwollende Neutralität, und diese ist in dem jetzt bestehenden Vertrage, zu welchem der neue Entwurf nur eine Zusatzakte bietet, gewährleistet.

Wieviel Schwierigkeiten die Österreicher erheben, werden Euere Durchlaucht aus dem mit der gleichen Post nach Friedrichsruh gehenden Erlasse des Grafen Kálnoky an Graf Széchényi ersehen*. Würde mein Vorschlag von Euerer Durchlaucht gutgeheißen, so würden wir auch nicht die unendliche Mühe einer weitaussehenden Verhandlung mit dem Wiener Kabinett ins Auge zu fassen haben. Ich habe mich bei demselben auch hauptsächlich von Euerer Durchlaucht Ausspruch leiten lassen, „daß wir Italien, wenn es mit Frankreich in Krieg käme, doch zu Hilfe kommen müßten, einerlei aus welchem Grunde der Krieg zum Ausbruch käme". Hält man hieran fest, so scheint es mir, daß wir durch unsere Zusage, Italien im Falle eines französischen Angriffes zu helfen, keine zu lästige Verpflichtung übernehmen[13].

---

* Näheres über diesen vom 20. Dezember 1886 datierten Erlaß bei Pribram a. a. O. Bd. I (1920), S. 187 f.

Aus früheren Äußerungen des österreichischen Geschäftsträgers ging hervor, daß die Österreicher besorgten, Italien würde, wenn es den Vertrag hätte, Händel suchen, und sie müßten dann gleich ihre Flotte auslaufen lassen, um mit der französischen im Mittelmeer zu fechten. Dies sei eine große Auflage für Österreich, und deshalb müßten sie sich italienische Gegenleistungen sichern.

Allerdings würde es wohl nur die österreichische Flotte sein, welche im Ernstfalle zu einem Engagement mit den französischen Streitkräften kommen würde. Denn wenn meine oben entwickelte Auffassung als richtig anerkannt wird, dürfte die österreichische Landmacht mit Rücksicht auf Rußland doch festliegen[14].

Euere Durchlaucht bitte ich ganz gehorsamst um Bestimmung, in welchem Sinne ich dem Prinzen Reuß antworten soll[15].

Ich bemerke nur noch, daß Graf Kálnoky seinem früheren Einwande gegen die italienische Redaktion des Artikels II, „daß eine Abmachung à deux über Balkanfragen dem Geiste und Buchstaben des Drei-Kaiser-Vertrages entgegen sei“[16], dadurch anscheinend hat Rechnung tragen wollen, daß er die prophylaktisch auf Erhaltung des status quo gerichtete Tätigkeit nicht speziell den ottomanischen Küsten und Inseln, sondern ganz allgemein den territorialen Interessen der beiden Beteiligten zugewendet wissen will[17]. Erst nachdem in der Balkanregion oder an den Küsten und Inseln der status quo durch eine dritte Macht verändert wäre, sollen, wie es scheint, Österreich und Italien wegen Gegenmaßregeln in Beratung treten. pp.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Ohne Zweifel ihre Aspirationen liegen darin.

[2] richtig, aber er besteht.

[3] also compensation.

[4] (für uns annehmbaren)

[5] richtig; wenn Rußl[an]d Bulgarien besetzte, so können wir dafür nicht fechten. Wollen Oest[e]r[reich] u[nd] Italien es so mögen sie.

[6] richtig. Vertrag à 2 mit Italien gegen Fr[ankreich] wäre für uns genügend. Der ital[ienische] Ehrgeiz wird aber bei Auftheilung im Orient den Löffel in der Schüssel haben wollen.

[7] richtig; aber nicht wir müssen die Ablehnung in Wien initiativ übernehmen; wir können nur die Italiens dort übermitteln. Nur wegen les Balcans (Bulg[arien]) können wir in Wien direct dissentiren.

[8] mehr wie das?

[9] ja.

[10] auch ohne das!

[11] ja.

[12] schwerlich.

[13] richtig.

[14] wie unsre, zum größern Theil wenigstens, mit Rücksicht auf Frankreich vice versa.

[15] einstweilen nur, daß „les Balcans“ uns bedenklich wären, da wir Rußland zu bekriegen nicht geneigt wären, so lange es die von uns gedachte u[nd]

proponirte Demarcationslinie nicht überschreitet. Die weiteren öst[e]r[reichischen] Wünsche müssen wir Italien ablehnen lassen u[nd] die Ablehnung als italiänische nach Wien übermitteln.

[16] richtig, u[nd] unsere Interessen auch in Bulg[arisch]-Rumelien.

[17] es würde wegen Bulgarien präjudiciren.

Nr. 841

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 27. Dezember 1886

Es wird dem Prinzen Reuß auf A 15483* zunächst nur nach Maßgabe des Marginales des Herrn Reichskanzlers zu A 15563, Seite 11** zu antworten sein, daß wir die österreichischen Amendements zum Artikel II des Robilantschen Entwurfes nach Rom übermitteln würden. Dabei wird gleich zu erwähnen sein, daß wir der Formel dans les régions des Balcans nicht würden zustimmen können, einmal weil wir eine Pflicht, dort den status quo zu erhalten, nicht zu übernehmen vermöchten (cf. marg. Seite 7, A 15563***), und dann, weil wir der Verlängerung des Abkommens zwischen den drei Kaisermächten nicht präjudizieren wollten: wir hielten an der von uns proponierten Demarkationslinie der Interessensphären zwischen Österreich und Rußland fest, wenn wir dieselbe in Wien auch leider nicht zur Annahme hätten bringen können: das Festhalten an diesem Prinzip involviere aber, daß Rußland auf dem östlichen Teil der Balkanhalbinsel unsererseits freie Hand zu lassen sei.

Ferner wünscht der Herr Reichskanzler, daß der Wiener Bericht Nr. 574 (A 15483†) nunmehr mit dem Grafen Launay besprochen, und daß diesem dabei eine Abschrift der österreichischen Amendements zu Artikel II ausgehändigt werde: in dieser Abschrift würde der rote Strich unter „tous“ und das rote Fragezeichen am Rande†† aber wegzulassen sein. Dem italienischen Botschafter könnte dabei gesagt werden, daß wir uns unsere Meinung reservierten, bis uns la manière de voir et les appréciations du Comte Robilant bekannt sein würden; nur bezüglich der österreichischen Einschaltung „les Balcans“ würde dem Grafen Launay gleich gesagt werden können, daß wir Bedenken gegen dieselbe hätten und dies in Wien vertraulich zum Ausdruck zu bringen beabsichtigten. Die etwaigen Gegenbemerkungen des Grafen Robilant würden wir demnächst nach Wien übermitteln und es uns

* Siehe Nr. 839.

** Siehe Nr. 840 (Randbemerkung Bismarcks Nr. 7).

*** Siehe Nr. 840 (Randbemerkung Bismarcks Nr. 5).

† Siehe Nr. 839.

†† Vgl. Nr. 839, Anlage.

dann angelegen sein lassen, die italienischen und die österreichischen Forderungen zu einem für beide Teile annehmbaren Ausgleich zu bringen.

Die Idee, mit Italien eine Art gegen Frankreich gerichtetes Separatabkommen durch die Redaktion der Zusatzartikel ins Werk zu setzen, wie dies in A 15563* Seite 8 ss. ausgeführt ist, hat nach Eingang des beiliegenden römischen Militärberichts Nr. 21 vom 12. c.** wieder zurücktreten müssen. Aus dieser Meldung des Majors von Engelbrecht*** ist die volle Bestätigung der in unseren militärischen Kreisen bereits seit einiger Zeit bekannten Tatsache zu entnehmen, daß Frankreich für Italien an der beiden gemeinschaftlichen Grenze so gut wie unangreifbar ist. Die italienische Armee würde daher in einem französischen Kriege nicht ins Gewicht für uns fallen können, wenn ihr nicht entweder die Brennerstraße gesichert ist, oder aber sie Österreich bei einem russischen Angriff zu Hilfe kommen und uns in dieser Weise entlasten kann, indem wir dann mit stärkerer Truppenmacht an der Westgrenze auftreten können, als wenn Österreich allein auf unsere Unterstützung angewiesen ist. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir Gewicht darauf legen, die österreichischen und italienischen Ansprüche in den Artikeln II und IV zu versöhnen und Österreich auch in den Zusatzartikeln figurieren zu lassen.

Der Herr Reichskanzler bittet, in vorstehendem Sinne vertraulich mit Graf Launay zu sprechen und dabei besonders hervorzuheben, daß wir in Italiens eigenem Interesse bestrebt wären, dessen Truppenmacht bei einem etwaigen großen Kriege stärker zur Geltung zu bringen, als dies bei einer einfachen, stillstehenden Machtentfaltung an der französischen Alpengrenze geschehen würde; wie unsere Militärberichte ergäben, würde Italien, da es die französischen Forts nicht forcieren könne, höchstens seine halbe Armee zur Beunruhigung der letzteren mobil zu machen brauchen, wenn es nicht sonstwo in Aktion träte.

Nur für unsere Akten erklärte Fürst Bismarck, daß er die von Graf Kálnoky gewünschte Streichung der letzten Zeilen des Artikels II, compensations betreffend, ungerechtfertigt fände. Wenn Graf Robilant seine Kompensationswünsche auf die österreichische Mehrforderung hin also sogar stärker präzisieren sollte als bisher, so würde Seine Durchlaucht dies natürlich finden und in Wien vertreten. Einstweilen soll hiervon aber nichts weder an Graf Launay noch nach Wien gesagt werden.

In Anknüpfung an die durch Major von Engelbrecht gelieferten Daten möchte dann Graf Launay noch ganz vertraulich darauf aufmerksam gemacht werden, daß Italiens Militärmacht viel gewichtiger und ganz anders verwertbar sein würde, wenn es im Bunde oder

* Siehe Nr. 840.
** Siehe Bd. VI, Kap. XLI.
*** Der deutsche Militärattaché in Rom.

doch in gemeinschaftlicher Aktion mit England auftreten würde. Die Beziehungen zwischen England und Frankreich seien keine guten, es herrsche Erbitterung auf beiden Seiten, und nach Meinung mancher Leute (so z. B. des Pariser Rothschild) würde der nächste europäische Krieg ein englisch-französischer sein. England würde also gerade jetzt voraussichtlich bereit sein, die traditionellen intimen Beziehungen mit Italien stärker zu akzentuieren, und letzteres sollte nachdrückliche Versuche in dieser Richtung bei Lord Salisbury machen.

Im Bunde mit England würde Italien nicht nur vor einer französischen Landung gesichert sein, sondern sogar unter dem Schutz der englischen Flotte eine erfolgreiche Landung bei Marseille machen können. Kurz, um das Tableau fertigzustellen, und Italien, so wie es das verdient, zur Hebung zu bringen, ist ein Bündnis mit England oder wenigstens eine möglichst enge Anlehnung an dasselbe dringend wünschenswert.

Den Passus des Engelbrechtschen Berichts bezüglich der Gotthardbahn* müssen wir gänzlich ignorieren: einmal kann man den Bruch der schweizerischen Neutralität nicht von vornherein mit Rücksicht auf die europäischen Verträge in Aussicht nehmen, dann aber wäre es auch ein Fehler, die schweizerischen Milizen den Franzosen in die Arme zu treiben: diese Milizen werden gegen diejenige Macht aufmarschieren, welche zuerst die schweizerische Neutralität verletzt.

H. Bismarck

Nr. 842

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 861 Berlin, den 28. Dezember 1886
Geheim [abgegangen am 29. Dezember]

Ew. pp. gefälliger Bericht Nr. 574** nebst Anlage, sowie ein den gleichen Gegenstand betreffender und ebenfalls vom 20. d. Mts. datierter Erlaß des Grafen Kálnoky an den Grafen Széchényi*** sind von dem Herrn Reichskanzler erwogen worden. Derselbe wird nunmehr der italienischen Regierung die österreichischen Amendements zu Artikel II des italienischen Entwurfs übermitteln und behält sich vor, die Rück-

* Er lautete: „Mit dem Aufgeben des Gedankens der Offensive durch die Westalpen mußte nach einem anderen Wege für die Kooperation gesucht werden, und glaubt man denselben in nördlicher Richtung, sei es unter Benutzung der Gotthardt- oder der Brennerlinie gefunden zu haben."
** Siehe Nr. 839.
*** S. Pribram a. a. O., S. 127 f.

äußerung aus Rom alsbald durch Ew. pp. zur Kenntnis des Wiener Kabinetts zu bringen.

Schon jetzt aber haben wir zu bemerken, daß wir der österreichischen Zusatzformel „dans la région des Balcans" nicht würden zustimmen können. Einerseits würden wir — da das den Vertrag für uns rechtfertigende deutsche Interesse nicht weiter reicht als die intakte Erhaltung der österreichischen Monarchie — eine Verpflichtung für Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel nicht zu übernehmen vermögen. — Andererseits wollen wir der Verlängerung des Abkommens zwischen den drei Kaisermächten nicht präjudizieren. Wir halten fest an der von uns proponierten Demarkationslinie der Interessensphären zwischen Österreich und Rußland, wenn wir dieselbe auch leider in Wien nicht haben zur Annahme bringen können: Das Festhalten an diesem Prinzip involviert aber, daß Rußland auf dem östlichen Teil der Balkanhalbinsel freie Hand gelassen werde.

Mit dieser Maßgabe würde Fürst Bismarck es sich angelegen sein lassen, die italienischen und österreichischen Forderungen zu einem für beide Teile annehmbaren Ausgleich zu bringen, welcher deswegen, weil etwa der hauptsächliche Nutzen des italienischen Bündnisses Österreich zugute käme, für uns noch keineswegs von vornherein unannehmbar sein würde.

Berchem

Nr. 843

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Teilweise eigenhändig

Berlin, den 3. Januar 1887

Der italienische Botschafter hat mir soeben die Antwort des Grafen Robilant auf die österreichischen Amendements zu dessen Vertragsentwurf übergeben. Ich füge dieselben gehorsamst bei* und bemerke, daß mir die weitere Stipulation, welche Graf Robilant nach Seite 7 der Anlage als Gegengewicht für das österreichische Amendement sich ausbedingt, für Österreich nicht unannehmbar erscheint. Allerdings verlangt Graf Robilant auch die Wiederherstellung der vom Grafen Kálnoky gestrichenen Schlußzeilen des Artikels II; diese kann aber meines Erachtens ganz unbedenklich konzediert werden, sobald die neue weitergehende Hinzufügung von Graf Kálnoky angenommen wird.

Ich bitte gehorsamst um Bestimmung, ob bei Mitteilung der neuen Forderung des Grafen Robilant der ganze[1] Text der Anlage nach Wien gegeben werden, und die Annahme der Robilantschen Wünsche unserer-

* Siehe die Anlage.

seits befürwortet werden soll. Mir will scheinen, daß Graf Robilant nicht unrecht hat, wenn er erklärt, Italien müsse irgendwelcher Kompensationen dafür gewiß sein, daß es sich zur Heeresfolge an Österreich in demjenigen Kriege verpflichten will, welcher bei der jetzigen Weltlage der wahrscheinlichste von allen ist. Graf Launay meinte, die Chancen lägen doch nicht ganz gleich; Frankreich würde Italien nicht so leicht angreifen, zumal nicht, wenn es nicht unserer und Englands Neutralität sicher wäre. Außerdem könne Frankreich Italien zu Lande nichts anhaben, denn das französische Débouché aus den Alpen könne durch 100000 Mann italienischer Truppen verhindert werden. Österreich sei aber in keiner Weise „à l'abri d'une attaque russe", und bei der Unruhe der von den Ungarn inspirierten auswärtigen Politik dieses Landes könne es sehr leicht zum Kriege zwischen Österreich und Rußland kommen. Italien übernehme also in dem durch den Vertrag in Aussicht genommenen Verhältnis entschieden eine größere Last und Verpflichtung als Österreich-Ungarn und müsse sich dafür wenigstens die Sicherheit verschaffen, daß es im Falle des Sieges nicht leer ausgehe.

Ich finde die Argumentierung des Grafen Launay nicht ungerechtfertigt[2], und da Österreich bei seinem Mangel an Truppen nach Graf Kálnokys eigener Äußerung ungemein viel daran liegt, über 100- bis 150000 Mann Italiener disponieren zu können, so würde Österreich diese wirksame Hilfe nach meiner Ansicht durch die Annahme des neuen Robilantschen Amendements sehr wohlfeil erlangen[3].

Da aus der Redaktion der Anlage Seite 6 aus den Worten „le contreprojet autrichien etc." sich ergibt, daß Graf Robilant eventuell auch die von uns repugnierte österreichische Wendung „des Balcans" annehmen würde, so machte ich den Grafen Launay wiederholt darauf aufmerksam, daß wir uns hierauf nicht einlassen könnten[4]. Die „Balcans" gingen uns gar nichts an, und wenn auch der Artikel II am Schlusse nur von „les deux susdites Puissances" handele, so würden wir als Mitkontrahenten des ganzen Vertrages doch immer auch für dessen Text eine Verantwortung übernehmen[5]. Ich sei deshalb der Ansicht, daß der Herr Reichskanzler bei Übermittelung der Anlage nach Wien die Worte „les Balcans" herauslassen würde. Graf Launay erklärte, dies könne Italien nur erwünscht sein, denn wenn „les Balcans" wieder eliminiert würde, so bedeute das „une charge de moins pour l'Italie".

Möglich ist, daß Graf Kálnoky sich an der unbestimmten Fassung der neuen italienischen Forderung Seite 7 der Anlage stoßen wird.

Ich sollte aber meinen, daß sich von Graf Robilant eine präzisere Formulierung dieses Passus wird erreichen lassen. Es ist nicht zu leugnen, daß Italien bei übelwollender Auslegung des Passus „se réservent de stipuler au moment opportun" Österreich bei Beginn einer kriegerischen Aktion eine Schlinge von unbestimmter Länge um den Hals legen kann, indem es die Heeresfolge verweigert, solange der

„accord ultérieur avant l'entrée en campagne" nicht hergestellt ist. Hier könnte man österreichischerseits mit einem dahingehenden Amendement einsetzen, daß das Prinzip der Kompensation im allgemeinen, vorbehaltlich der weiteren Auseinandersetzung nach dem eventuellen Siege[6], konzediert würde.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Ja; wir müssen das Annehmen oder Ablehnen, soweit unser Interesse es verträgt, nach Möglichkeit den beiden Andern überlassen, u[nd] ihnen dazu volle Klarheit geben, ohne eigne Verantwortung gegen einen von ihnen zu übernehmen, soweit unser Interesse gedeckt bleibt. Unser Interesse bringt mit sich: Beistand Italiens für uns gegen Fr[an]kreich, u[nd] für Oest[er]reich gegen Rußland u[nd] keine Ausdehnung unsrer Pflichten gegen Oest[er]reich, solange dort Parlament, Presse u[nd] ungarischer Chauvinismus in heutiger Kraft bleiben; eventuell als pis aller, Abschluß mit Italien zu 2, nur gegen Fr[an]kreich, u[nd] wohlwollende Neutralität Italiens bei öst[er]r[eichisch] russ[ischen] Händeln, die ohne uns möglich sind, sobald sie nur Balkan, nicht Oest[er]reich direct betreffen. Daß auch in solchen Händeln Oest[er]r[eich] durch Italiens u[nd] ev[entuell] Englands Beistand möglichst stark sei, ist unser Interesse; denn Rußland kriegen sie doch nicht klein; wenn sie ihm nur widerstehn u[nd] es beschäftigen, so ist das schon eine Förderung des Friedens auf längre Zeit.

[2] richtig.

[3] ja.

[4] richtig.

[5] keine directe, u[nd] keine Leistung, wenn daher die Ital[iener] u[nd] Oest[er]r[eicher] darüber einig werden, so wird unsre Aufgabe sich darauf beschränken können, von uns selbst höhere u[nd] weitergehende Leistungen wie die durch unsern öst[er]r[eichischen] Vertrag übernommene, fernzuhalten.

[6] im Fall des [eventuellen Siege]s.

Anlage

Der italienische Minister des Äußern Graf Robilant an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen de Launay

Telegramm. Abschrift

Rom, 1. Januar 1887

Les variantes que le Comte Kálnoky propose, — le Chancelier et le Ministre Austro-Hongrois lui même ne sauraient ne pas l'admettre, — n'ont pas seulement la portée d'un simple amendement. Elles impliquent, pour ce qui concerne l'Italie et l'Autriche-Hongrie, un changement radical dans la base même de l'alliance. Nous sommes aujourd'hui, avec le Traité de 1882, libres de prendre envers les mouvements éventuels de l'Autriche-Hongrie dans les Balkans l'attitude qui nous paraitrait la plus conforme à nos intérêts, et s'il sortait de ces mouvements une guerre entre la Russie et l'Autriche-Hongrie, celle-ci ne pourrait nous demander qu'une bienveillante neutralité. L'adoption

du contre-projet de Vienne comperterait, au contraire, pour nous un rôle tout différent. Nous aurions en quelque sorte la solidarité de ce que l'Autriche-Hongrie ferait ou projetterait dans les Balkans. Nous aurions ensuite l'obligation de participer, le cas échéant, à une grosse guerre pas du tout improbable, dont il n'est guère donné de mesurer à l'avance les difficultés et les sacrifices. Il n'y aurait pas d'illusions à se faire. Nous assumerions une de ces responsabilités historiques qui ne marquent pas seulement l'œuvre d'un Ministre, mais qui pèsent quelquefois lourdement pour bien des générations sur la vie d'un peuple. Ainsi nous préférons franchement qu'on s'en tienne à notre projet, qui maintient à l'alliance son caractère de conservation et qui, aujourd'hui que notre position politique et militaire nous met à l'abri de toute attaque, ne fait que nous donner une garantie d'équilibre dans la Méditerranée, comme compensation de la garantie de sécurité que le Traité établit pour[1] l'Allemagne[2] envers la France et pour l'Autriche-Hongrie envers une coalition Russo-Turque ou Franco-Russe. Si cependant le Comte Kálnoky trouve que la situation générale d'aujourd'hui doit faire désirer à l'Autriche-Hongrie de se prémunir aussi contre une attaque isolée de la Russie, éventualité laissée par le Traité de 1882 en dehors du casus foederis, et si une pareille extension du casus foederis est déclarée par le Cabinet de Vienne comme étant une condition absolue de l'entente »à trois« dont le Prince de Bismarck recommande le renouvellement, nous pourrions consentir de notre côté à entrer dans cet ordre d'idées; mais ceci à la condition qu'on maintienne dans le groupe allié l'équilibre des charges et des avantanges, nous mettant ainsi en mesure, par un équivalent sérieux, de nous justifier envers le Roi, envers le Pays et envers notre propre conscience, d'avoir accepté un surcroît de charges aussi considérable que celui résultant pour l'Italie de son concours obligatoire à une guerre Austro-Russe. L'équivalent ne saurait uniquement consister dans une participation aux mauvaises chances de la campagne commune[3]. C'est pourquoi je vous prie de résumer comme il suit ma pensée auprès du Prince de Bismarck. Il s'agit d'une alternative: ou bien faire accepter par le Cabinet de Vienne notre texte tel quel, avec le maintien, bien entendu, de la phrase finale de l'Article II[4], cette suppression ne nous paraissant aucunement justifiée; ou bien adopter pour l'Article II le contre-projet autrichien[5], mais en rétablissant au second alinéa la phrase ci-dessus et avec l'adjonction d'un dernier alinéa, ainsi conçu: »L'Autriche-Hongrie et l'Italie se réservent de stipuler, au moment opportun, avant l'entrée en campagne, un accord ultérieur destiné à régler sur la base d'une compensation équitable les combinaisons territoriales qui pourraient éventuellement résulter de la guerre entreprise en commun.«

Je vous autorise, non pas seulement à donner lecture de cette dépêche au Secrétaire d'Etat, mais à lui en laisser copie, s'il le désire,

afin que le Chancelier puisse en faire tel usage qui lui semblerait le plus utile pour le bon et prompt succès de la négociation.

(signé) Robilant

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Pour l'Italie envers la France.
[2] gegenseitig!
[3] richtig.
[4] gut.
[5] auch gut, u[nd] für uns annehmbar, aber die erste Alternative ist für Öst[er]reich annehmbarer.

Nr. 844

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 8
Geheim

Berlin, den 5. Januar 1887

Ew. pp. beehre ich mich mit Bezugnahme auf meinen Erlaß Nr. 861 vom 28. Dezember v. Js.* beifolgend Abschrift der Rückäußerung des Grafen Robilant zu den österreichischen Amendements zu übersenden, welche Graf Kálnoky zu der italienischen Redaktion des geheimen Vertragsentwurfs gemacht hatte. Ich bitte Ew. pp., die Anlage zur Kenntnis des Grafen Kálnoky zu bringen und mir dessen Auffassung zu berichten. Ich bemerke dabei, daß für uns die beiden Vorschläge des Grafen Robilant, wie sie sich auf Seite 6 und 7 darstellen, annehmbar sind, und daß wir uns freuen würden, wenn Graf Kálnoky innerhalb des Rahmens derselben dem italienischen Standpunkte entgegenkommen könnte.

Für Ew. pp. persönlich erlaube ich mir hinzuzufügen, daß nach der Meinung des Herrn Reichskanzlers die erste Alternative, d. h. also Aufrechterhaltung des Robilantschen Entwurfs ohne die Amendements des Grafen Kálnoky, für Österreich annehmbarer sein würde als der neue Vorschlag, obgleich derselbe den österreichischen Gegenvorschlag einschließt. Wir müssen es aber Graf Kálnoky überlassen, sich seine Meinung selbständig zu bilden. Sollte es nicht gelingen, den österreichischen und italienischen Standpunkt auszugleichen, so würden wir als pis aller mit Italien zu zweien, nur gegen Frankreich, abschließen und dabei die wohlwollende Neutralität Italiens bei österreichisch-russischen Händeln bedingen, die ohne uns möglich sind, sobald sie nur den Balkan und nicht Österreich direkt betreffen.

Die Bemerkung des Grafen Robilant auf Seite 5, daß das Äquivalent für Italien nicht ausschließlich dans une participation aux mauvaises

* Siehe Nr. 842.

chances de la campagne commune bestehen könnte, dürfte auch vom Grafen Kálnoky als richtig anerkannt werden. Ich kann nicht finden, daß Graf Robilant Unrecht hat, wenn er erklärt, Italien müsse irgendwelcher Kompensation dafür gewiß sein, daß es sich zur Heeresfolge an Österreich in demjenigen Kriege verpflichten will, welcher nach seiner Ansicht bei der gegenwärtigen Weltlage der wahrscheinlichste von allen ist. Graf Launay meinte bei Erläuterung dieses Ideenganges seines Chefs, daß die Chancen doch nicht ganz gleich liegen. Frankreich würde Italien nicht so leicht angreifen, zumal nicht, wenn es nicht unserer und Englands Neutralität sicher wäre. Eine darauf bezügliche Zusage würde Frankreich aber schwerlich jemals erlangen. Außerdem könnte Frankreich Italien zu Lande nichts anhaben, denn das französische Débouché aus den Alpen könnte durch 100000 Mann italienischer Truppen verhindert werden. Österreich sei aber in keiner Weise à l'abri d'une attaque russe, und Italien übernehme deshalb in dem durch den Vertrag in Aussicht genommenen Verhältnis entschieden eine größere Last und Verpflichtung als Österreich-Ungarn: es müsse sich daher wenigstens die Sicherheit dafür verschaffen, daß es im Falle des Sieges nicht leer ausginge.

Diese Argumentierung des Grafen Launay erscheint dem Herrn Reichskanzler nicht ungerechtfertigt, und da, nach des Grafen Kálnoky eigener, von Ew. pp. übermittelten Äußerung, Österreich ungemein viel daran liegt, über 100000 Mann italienischer Truppen eventuell disponieren zu können, so will es mir scheinen, daß Österreich diese wirksame Hilfe auf der jetzt in Aussicht genommenen Vertragsbasis wohlfeil erlangen kann.

Ich bitte Ew. pp. ergebenst, die vorstehenden Bemerkungen, welche ich an die Übersendung der Anlage geknüpft habe, als lediglich zu Ihrer persönlichen Information bestimmt anzusehen.

Wir wollen dem Grafen Kálnoky keine Gewalt antun, ich hoffe aber, daß er im eigenen wohlverstandenen Interesse in der Lage sein wird, uns eine Antwort zu geben, welche in Rom befriedigt, und die es uns ermöglicht, zum Abschluß zu schreiten. H. Bismarck

Nr. 845

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 29
Geheim

Wien, den 16. Januar 1887

Den hohen Erlaß Nr. 8 vom 5. d. Mts.*, die Vertragserneuerung mit Italien betreffend, habe ich nebst der Rückäußerung des Grafen

* Siehe Nr. 843.

Robilant zu den österreichischen Amendements zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich habe die Anlage sofort zur Kenntnis des Grafen Kálnoky gebracht und ihm, erhaltenem Auftrage gemäß, gesagt, daß für uns die beiden Vorschläge des Grafen Robilant annehmbar seien, und daß Euere Durchlaucht sich freuen würden, wenn er, Graf Kálnoky, innerhalb des Rahmens derselben dem italienischen Standpunkt entgegenkommen könnte.

Der Minister nahm diese Mitteilung mit Dank entgegen. Er behielt sich vor, die neuen italienischen Vorschläge genau zu studieren und, nachdem er dem Kaiser, seinem allergnädigsten Herrn, hierüber Vortrag gehalten und höchstdessen Befehle eingeholt haben würde, mir eine Rückäußerung zukommen zu lassen.

Bei erster Lesung des italienischen Schriftstückes hatte der Minister allerhand Ausstellungen an den Bemerkungen des italienischen Ministers zu machen, die ihm nicht überall ganz stichhaltig zu sein schienen; indessen schien er nicht abgeneigt, den italienischen neuen Vorschlag einer näheren Erwägung zu unterziehen, der ihm in der neuen Form akzeptabler erschien als der erste.

Auffallend war ihm indessen sofort, daß sich der italienische Entwurf hauptsächlich in der Idee, eine Kompensation zu erhalten, zuspitzte und hierauf mehr Wert zu legen scheine als auf den eigentlichen Zweck desselben, die Erhaltung des Friedens. In diesem Sinne hat der Minister auch vorübergehend dem italienischen Botschafter gesprochen.

Österreich spekuliere nicht auf territoriale Abänderungen des status quo, möchte daher nicht, daß dieser Fall so hervorragend betont würde. Auch könne man nicht wissen, was unter einer „compensation équitable“ und „combinaisons territoriales“ gemeint sein dürfte. Vielleicht ein Stückchen Trentino[1], welches in den Augen eines Italieners als Preis für die Mitwirkung an einem siegreichen Kriege gegen Rußland wohl für équitable gelten könnte, aber nicht für Österreich.

Daß für diesen Fall, und wenn Territorialveränderungen des status quo überhaupt stattfinden sollten, den Italienern ein Anteil an die eventuellen Vorteile des Krieges gebühren würde, schien dem Minister indessen nicht unbillig, und sei dies ja auch außerdem in dem ersten Entwurf Artikel II, zweites Alinea, durch die Stipulierung des „accord préalable“ angebahnt worden.

Seit diesem Gespräch vom 7. habe ich keine Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen, den Minister zu bitten, seine Antwort zu beschleunigen, und dabei auch hervorgehoben, daß bei längerem Warten die Italiener durch die allgemeine politische Sachlage vielleicht veranlaßt werden könnten, den Preis für ihre eventuelle Hilfe zu steigern.

Heute nun ließ mich der Minister endlich zu sich bitten und eröffnete mir, daß er bei eingehendem Studium und Abwägung aller Umstände zu dem Schluß gekommen sei, es würde, wie sich nun die Situation im Orient entwickele, vom Standpunkt der österreichisch-ungarischen Interessen entschieden besser sein, einfach den früheren Vertrag zu erneuern.

Hierzu sei er jederzeit bereit, denn er wünsche, das Freundschaftsverhältnis mit Italien aufrechtzuerhalten, und würde auch gern die seinerzeit von Italien angeregte Erklärung abgeben, daß dasselbe mit Beziehung auf etwaige Veränderungen auf der Balkanhalbinsel vor Überraschungen sicher sein sollte.

Diese einfache Erneuerung des alten Vertrages[2] würde übrigens den Verabredungen von Kissingen und Gastein entsprechen, und erlaubte er sich daran zu erinnern, daß damals über die Ansicht die Einigung erzielt worden war, daß eine Erneuerung nützlich, aber daß es nicht wünschenswert sein würde, die Bestimmungen des alten Vertrages zu erweitern[3].

Zu diesem Entschlusse, so gab mir Graf Kálnoky an, sei er durch folgende Betrachtungen gekommen. Die neuen italienischen Vorschläge seien auf den ersten Blick der Erwägung wert erschienen; bei näherem Studium habe sich ihm indessen die Überzeugung aufgedrängt, daß die Fassung des Additionalvertrages so kompliziert sei, daß man sich schwer über die für Österreich-Ungarn daraus hervorgehenden Pflichten und Rechte zurechtfinden könnte.

Wie er mir gleich zu Anfang der Verhandlungen bemerkt hätte, könnten die Bestimmungen des neuen Vertrages unsere Abmachungen mit Rußland und deren Erneuerung leicht durchkreuzen[4]. Ferner würde Österreich Verpflichtungen auf seine Schultern nehmen, welche es möglicherweise nicht würde erfüllen können.

Wie sich die Dinge entwickelt haben, würde es immer wahrscheinlicher, daß Österreich-Ungarn genötigt sein könnte, sich auf der Balkanhalbinsel allein verteidigen zu müssen[5]. Rußland und seine panslawistischen Parteigänger auf der Balkanhalbinsel seien zu mächtig, um Österreich zu erlauben, auch nur einen Mann im Osten zu missen. Fiele, während Österreichs Stellung im Orient bedroht ist wie jetzt, irgendein Zwischenfall in Tripolis oder dem in Auflösung begriffenen Marokko vor, der Italien Gelegenheit böte, mit Frankreich Händel anzufangen und dasselbe anzugreifen, so könne Österreich seine Verpflichtungen nicht erfüllen. Deshalb sei es ehrlicher, nicht erst solche Verpflichtungen einzugehen, und besser, dies zu erklären, solange es noch Zeit sei.

Dasselbe gelte auch von der ungern und verklausuliert in der letzten italienischen Mitteilung zugesagten militärischen Hilfe Italiens gegen Rußland, die noch von einem accord spécial über unverständliche Kompensationen abhängig gemacht werden soll. Diese Hilfe werde

sicher zu spät kommen, wenn Italien überhaupt, im Fall Verwickelungen im Westen drohen, die versprochene Hilfe leisten könne und wolle.

Was die Kompensationsfrage anbetreffe, so verlange Italien für zwei Fälle im voraus eine Kompensation zugesichert zu erhalten, und, wenn Österreich genötigt wäre, für Italien den Degen zu ziehen, so sei von dem Prinzip der Kompensation keine Rede. Italien könne auch gar keine Kompensationen bieten, daher sei auch hier die gegenseitige Lage ungleich.

Niemand in ganz Österreich-Ungarn würde begreifen, warum man sich in einen Kriegszustand mit Frankreich[6] versetzen solle, wenn Italien ambitiöse Absichten auf Tripolis oder Marokko haben sollte. Für einen solchen Handel die Verantwortung zu übernehmen in einem Augenblick, wo man das volle Bewußtsein in Österreich-Ungarn habe, daß die Lage im Osten seine ganzen Kräfte in Anspruch nehmen muß, und neue schwere Verbindlichkeiten zu übernehmen dort, wo gar keine österreichisch-ungarischen Interessen bestehen, sei er, wie sich die Dinge jetzt gestaltet haben, nicht imstande.

Die italienische wohlwollende Neutralität als Rückendeckung, die im alten Vertrag stipuliert sei, genüge, und wenn Italien, wie es Graf Robilant andeute, den alten Vertrag nicht erneuern wollte, nun, so bleibe der Rücken Österreichs dennoch gedeckt, weil infolge unleugbar gemeinsamer Interessen Italien in seinem Vertragsverhältnis mit Deutschland verbleiben werde. Deutschland würde in diesem Fall allein mit Italien abschließen.

Der Minister wiederholte mir, wie er lebhaft wünsche, daß an dem politischen Freundschaftsverhältnisse, wie es in den letzten Jahren bestanden habe, nichts geändert werde, und daß er bereit sei, in der vorher angegebenen Weise den alten Vertrag mit Italien mit dem gedachten Zusatz zu erneuern.

Er bitte daher Euerer Durchlaucht, dieses als seine Antwort auf dessen letzte Vorschläge dem italienischen Kabinett mitzuteilen, und hoffe, daß die gewichtigen[7] Gründe, die das K. und K. Kabinett veranlaßten, auf den ursprünglich eingenommenen Standpunkt bezüglich des italienischen Vertrages zurückzukommen, auch bei Euerer Durchlaucht Anerkennung finden würden.

Ich habe dem Minister nicht verhehlt, wie peinlich ich durch seine unerwartete Eröffnung überrascht wäre, und wie ich überzeugt sei, daß Euere Durchlaucht den gleichen Eindruck von meiner Meldung haben würden.

Nach dem Gang der Verhandlungen hätte ich annehmen müssen, daß zwar hiesigerseits noch redaktionelle Ausstellungen gemacht werden würden, nicht aber, daß man hier allem schon Zugestandenen ein Dementi geben würde. Ich hätte geglaubt, daß es für Österreich-Ungarn von der größten Wichtigkeit sein würde, sich, wenn auch um teueren Preis, bei der jetzigen Weltlage nach Alliierten umzusehen. Die italie-

nische Allianz würde die englische noch mehr gesichert haben, und nun riskiere man hier, sich um beide zu bringen. Denn es scheine mir garnicht ausgemacht, daß Graf Robilant auf eine einfache Vertragserneuerung eingehen werde. Nach Ablauf des jetzigen Vertrages werde dann Italien sehen, mit wem es sich verständigen könnte, um seine Mittelmeerinteressen zu wahren. Daß ihm französische Avancen schon gemacht worden wären, sei ja bekannt, und wenn ich auch alles Vertrauen in die Loyalität des Grafen Robilant hätte, so dürfe man nicht vergessen, daß er Italiener sei, und daß er vor allen Dingen etwas für sein Vaterland tun wolle.

Graf Kálnoky zweifelt daran, daß Graf Robilant sich von unserem Bündnis zu Dreien lossagen werde, keinesfalls vom Bündnis mit Deutschland. Mit dem Deutschen Reiche habe Italien kongruierende Interessen; jeder brauche den anderen Frankreichs bedrohlicher Stellung wegen[8]. Die Gefahr, mit Italien ohne Bündnis weiter zu leben, sei daher nicht groß. Und daß Italien ein gegen Österreich gerichtetes Bündnis mit Rußland eingehen würde, sei, wieder Deutschlands wegen, auch nicht zu befürchten[9].

Daß diese Kombination so ganz unwahrscheinlich sein sollte, habe ich entschieden bestritten und alle Argumente noch einmal ins Feld geführt, welche ich oft seit den letzten 3 Monaten mit dem Grafen besprochen habe, um ihn zum Eingehen auf unsere und Italiens Wünsche zu bewegen.

Der Minister blieb dabei, daß er, wie die Verhältnisse heut in Europa lägen, sich nicht die Hände binden könnte, und wenn ich auch immer und immer wiederholte, daß das Bündnis, welches wir im Begriff gewesen wären abzuschließen, den Zweck hatte, den Frieden zu erhalten, und nicht, Italien in kriegerische Unternehmungen zu poussieren, so bestritt er die Möglichkeit der Richtigkeit einer solchen Berechnung nicht, aber er behauptete, er könne letztere doch nicht als untrüglich ansehen.

Daß das Widerstreben, Italien bei den eventuellen Ereignissen auf der Balkanhalbinsel näher zu interessieren, mit ein Hauptgrund für das unerwartete Zurückziehen des Ministers von den Verhandlungen gewesen ist, daran zweifle ich nicht. In seinem Billett vom 3. November v. Js. hatte er mir schon entschieden erklärt, daß er sich auf nichts einlassen würde, was Österreich im Orient gegenüber Italien die Hände binden könnte.

Aber auch ein weiterer Grund liegt vor. Graf Kálnoky hält den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich für näher gerückt als je. Italien muß sich vertragsmäßig daran beteiligen. Käme der Additionalvertrag zustande, so wäre Österreich genötigt, ebenfalls den Degen gegen Frankreich zu ziehen[10]. Den orientalischen Interessen Österreich-Ungarns, wie man sie nun einmal hier als Dogma ansieht, würde daher nur ein unzureichender Schutz gewährt werden können; denn

daß Rußland den Augenblick dann benutzen dürfte, sich dort freier zu bewegen, ist für ihn eine ausgemachte Sache. Also dürfe Österreich seine Kräfte nicht zersplittern[11].

Als ich dem Minister rückhaltlos bemerkte, daß alle diese Einwendungen, die er mir jetzt gegen die von uns empfohlene Erneuerung des italienischen Vertrags machte, durchaus nicht neu seien, ich also nicht recht verstehen könnte, warum er unter diesen Umständen überhaupt auf die italienischen Vertragsverhandlungen eingegangen wäre, erwiderte er mir, die allgemeine Situation habe sich in den letzten Wochen doch sehr geändert.

Für ihn seien allerdings die Erklärungen, die Euere Durchlaucht im Reichstag über die Stellung Deutschlands zur Orientfrage abgegeben hätten*, nichts Neues gewesen[12]. Er kritisiere dieselben gewiß nicht, im Gegenteil, er sei dankbar für die Wärme, mit der Euere Durchlaucht von dem Verhältnis zu Österreich gesprochen hätten. Er fände es ganz natürlich, daß Deutschland in erster Linie sein eigenes Interesse im Auge habe. Dieses gehe aber dahin, sich des wahrscheinlichen französischen Angriffs wegen die russische Neutralität zu sichern und alles daran zu setzen, um einen Krieg zwischen Österreich und Rußland zu verhindern.

Das verstände jedermann. Dadurch aber, daß diese Stellung Deutschlands im Reichstag so feierlich präzisiert worden, sei die allgemeine Lage verschoben worden[13]. Überall werde die öffentliche Meinung von nun ab damit rechnen, daß sich Deutschland nicht mehr um den Orient zu kümmern entschlossen sei. Die russische Presse fange bereits an, dies Thema zu behandeln, daß Rußland sich Deutschlands wegen[14] nicht mehr zu genieren habe. Den Russen würde der Kamm schwellen, nicht der Regierung, denn die wisse sehr wohl, was Euerer Durchlauchts Äußerungen über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich zu bedeuten hätten. Aber die Herren Katkow und Konsorten wären auch eine Macht in Rußland. Bei den Südslawen würden die Worte Euerer Durchlaucht ebenfalls kolportiert werden; einerseits würde dort die Furcht vor russischer neuer Unternehmungslust wirken, andrerseits die Hoffnung auf diese Unternehmungen des nicht mehr im Zaume gehaltenen Rußlands. Und hier im Lande, wo bekanntlich immer noch Illusionen über das deutsche Bündnis vorhanden gewesen wären[15][16], mache sich nunmehr das niederschlagende Bewußtsein geltend, daß man auf Deutschland nur noch rechnen könne, wenn man bereits zu Boden geschlagen[17] sein werde.

---

* Gemeint ist die große Reichstagsrede des Fürsten von Bismarck zur Septennatsvorlage vom 12. Januar 1887, in der er u. a. es abgelehnt hatte, sich mit Österreichs Orientinteressen zu identifizieren. S. „Die politischen Reden des Fürsten Bismarck", ed. H. Kohl, Bd. XII, S. 216 ff.

Unter diesen Umständen sich Italien gegenüber die Hände zu binden, wäre nicht möglich. Wenn die Konsequenzen des italienischen neuen Bündnisses gezogen werden müßten, so würde niemand in ganz Österreich-Ungarn verstehen, warum man sich für Tripolis im Westen, ohne Vorteil daraus zu ziehen, engagiert hätte, wenn man seine ganze Wachsamkeit auf den Osten zu wenden genötigt wäre. Er, der Minister, könne diese Vertretung dem Lande gegenüber nicht übernehmen.

Ich will nicht unterlassen, nachträglich noch zu erwähnen, daß ich, um die Ausführungen des Grafen Kálnoky zu bekämpfen, den Fall als ganz undenkbar hingestellt habe, daß Frankreich mit Italien Händel anfangen sollte, wenn es erst eine Ahnung von dem mächtigen Bündnis zu Dreien haben werde. Der Friede mit dem Westen wäre dadurch gesichert gewesen, Österreichs Austritt sei geeignet, diese Kombination zu zerstören und Österreich selbst einer größeren Kriegsgefahr im Osten auszusetzen.

H. VII. P. Reuß

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopf des Schriftstücks:
Resp[ondendum] wir würden einfache Verlängerung bei It[alien] empfehlen, u[nd] pro marg[inalibus].

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Möglich.
[2] wenn sie zu haben ist!
[3] richtig, aber vielleicht doch nützlicher als nichts.
[4] möglich, aber zu verhüten.
[5] doch besser mit England u[nd] Italien oder Türkei.
[6] den hat der Kaiser Fr[anz] J[oseph] immer gescheut.
[7] !
[8] richtig.
[9] ?
[10] hic haeret.
[11] wir wünschen mit Rußland, Oest[er]r[eich] wünscht mit Frankreich nicht zu fechten, weil wir unsre Truppen gegen Fr[ankreich] Oest[er]reich seine gegen R[ußland] braucht; wir entsprechen Oest[er]r[eichs] Wünschen gegen Osten nicht, Öst[er]reich wünscht die Pflicht los zu sein, uns gegen Westen zu helfen.
[12] haust Du meinen Juden nicht, hau ich Dir Deinen nicht!
[13] ? sie ist richtig gestellt worden, nachdem sie verschoben war durch die öst[er]r[eichische] Deutung, als ob das Bündniß ganz andre Dinge enthielte. Ich hatte vorhergesagt, daß diese Richtigstellung nöthig u[nd] nützlich sei. In Pesth hatte antirussische Verschiebung stattgefunden, die wir durch erhöhte Russenfreundlichkeit gut zu machen hatten.
[14] (interlinear!) in Bulgarien.
[15] deren Beseitigung hatte ich schon vor den Pesther Parlam[ents] Verhandlungen empfohlen.
[17] (Die Worte: „bereits zu Boden geschlagen" sind von Bismarck gestrichen!) unprovoziert angegriffen, so lautet der Vertrag.

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

[16] Kálnoky's Schuld!

Nr. 846

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 46a
Geheim

Berlin, den 24. Januar 1887
[abgegangen am 27. Januar]

Ew. beehre ich mich auf die geheimen Berichte Nr. 29* und 36 ergebenst zu erwidern, daß die in Kissingen zum Ausdruck gelangte Auffassung, wonach die einfache Verlängerung des italienischen Vertrages einer Erweiterung desselben vorzuziehn sein würde, von uns nicht verlassen worden ist; der letztere Modus erscheint mir aber immerhin besser als der Zustand der Vertragslosigkeit, und ich habe aus dem Ideenaustausch der letzten Monate den Eindruck gewonnen, daß Graf Kálnoky der gleichen Ansicht ist, wenn ihm neuerdings auch unvorhergesehene Bedenken gegen eine Ausdehnung unserer gegenseitigen Verpflichtungen erstanden sind.

Ich werde die Ihnen vom Grafen Kálnoky gemachte Eröffnung zur Kenntnis des Grafen Robilant bringen, wenn auch in etwas anderer Form, und Euerer Durchlaucht die Rückäußerung des italienischen Ministers demnächst zugehen lassen. Die einfache Verlängerung des dreiseitigen Abkommens würden wir in Rom jetzt nicht vorschlagen können, ohne eine starke Verstimmung beim Grafen Robilant hervorzurufen, nachdem derselbe bereits im September v. Js. mit kurzen Worten erklärt hat, daß er keinenfalls ohne Modifikationen auf die Erneuerung des Vertrags eingehen werde. Die einzige Modifikation, welche Graf Kálnoky durch das Versprechen der „Sicherung vor Überraschungen“ machen will, werde ich versuchen, bei Graf Launay möglichst hoch zu verwerten.

Zu den von Ew. übermittelten Äußerungen des Grafen Kálnoky möchte ich noch einige retrospektive Bemerkungen machen.

Es ist möglich, daß die bisher beabsichtigte Erweiterung des Vertrages eine Kollision mit den russischen Abmachungen vielleicht denkbar erscheinen lassen könnte; indessen würde es Mittel und Wege geben, um dem mit Sicherheit vorzubeugen. Ebenso wäre die Befürchtung, daß unter „compensations équitables“ ein Stück Trentino gemeint sein könnte, leicht auf redaktionellem Wege zu beseitigen.

Graf Kálnoky macht als Hauptgrund für seine Ablehnung des italienischen Entwurfes geltend, daß Österreich bei seiner jetzigen Isolierung alle seine Kräfte für die Verteidigung seiner Balkaninteressen aufsparen müsse und deshalb außerstande sei, wegen fernliegender Fragen, wie Marokko und Tripolis, noch die Möglichkeit eines Konfliktes mit Frankreich auf sich zu nehmen.

---

* Siehe Nr. 845.

Hierzu erlaube ich mir zu bemerken, daß Österreich deshalb, weil Deutschlands ganze Kraft und Aufmerksamkeit im Augenblick anderweit in Anspruch genommen ist, sich noch nicht vereinsamt zu fühlen braucht. Dies würde erst dann der Fall sein, wenn Österreich es unterläßt, sich mit anderen Großmächten, welche ebenfalls orientalische Interessen haben, die sich in wesentlichen Punkten mit denen Österreichs decken, in Fühlung zu halten.

Die Aussichten auf einen österreichisch-französischen Konflikt erscheinen mir sehr gering. Gerade weil Österreich seine ganze militärische Kraft im Osten zu verwenden genötigt sein kann, würde weder Italien noch Deutschland jemals auf eine Aktion Österreichs nach dieser Richtung hin rechnen.

Unsere Lage hat viel Ähnlichkeit mit der von Österreich. Wir müssen gegen Frankreich gerüstet bleiben und wollen uns deshalb nach Möglichkeit mit Rußland vertragen, während Österreich, welches Rußland als seinen Hauptgegner ansieht, sich nicht Frankreichs Feindschaft zuziehen will. Wir finden diese österreichische Auffassung erklärlich und glauben deshalb auch, daß Italien ebenso wie wir geneigt sein würde, in Anbetracht der Lage auf jede Erweiterung der Eventualverpflichtung Österreichs gegen Frankreich zu verzichten.

Obschon sowohl in der italienischen wie in der Demarkationsfrage auf der Balkanhalbinsel unsere Bemühungen bisher an dem mangelnden Entgegenkommen des hauptsächlich interessierten Wiener Kabinetts gescheitert sind, geben wir doch die Hoffnung nicht auf, daß letzteres, und zwar vielleicht um so eher, je mehr es sich von uns unbeeinflußt fühlt, schließlich in der einen oder andern Richtung diejenigen Entschließungen fassen wird, welche geeignet sind, die Monarchie vor zukünftigen Gefahren zu bewahren.

Endlich möchte ich noch hervorheben, daß eine „Verschiebung der Lage", wie Graf Kálnoky sich nach Seite 20 Ihres Berichtes Nr. 29 ausgedrückt hat, nicht infolge der Rede des Herrn Reichskanzlers, sondern bereits früher, und zwar durch die ungarischen Parlamentsreden und die Aktion der österreichisch-ungarischen Presse stattgefunden hat. Fürst Bismarck hat die Lage nur richtig gestellt, nachdem sie verschoben war durch die österreichische Deutung, als ob das Bündnis ganz andere Dinge enthielte, als darin stehen: Seine Durchlaucht hatte bereits vor längerer Zeit in Wien darauf hingewiesen, daß eine solche Richtigstellung nötig und nützlich sei. Die in Pest stattgehabte russenfeindliche Verschiebung wies uns die Aufgabe zu, das Gleichgewicht der Beziehungen durch erhöhte Russenfreundlichkeit unsererseits zu wahren und wieder gut zu machen, was die ungarischen Parlamentarier verdorben hatten. Ew. stelle ich anheim, sich gelegentlich dem Grafen Kálnoky gegenüber mündlich im Sinne des Vorstehenden zu äußern.

H. Bismarck

Nr. 847

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß*

Konzept

Nr. 53 Berlin, den 26. Januar 1887
Geheim [abgegangen am 27. Januar]

Nachdem Ew. pp. gefällige Berichte Nr. 29** und 34 vom 16. resp. 17. d. Mts. bei Seiner Majestät in Vorlage gebracht waren, habe ich auf Grund allerhöchster Ermächtigung mit dem Grafen Launay gesprochen und denselben dahin zu disponieren versucht, daß er die Auffassung des Grafen Kálnoky bei Graf Robilant vertrete. Ich habe es im Interesse der von mir seit Monaten fortgesetzten Bemühungen zur Herbeiführung eines Vertrages zu Dreien für nützlich gehalten, dem Grafen Launay nicht gleich zu sagen, daß wir eine volle Ablehnung Österreichs bekommen hätten: ich fürchtete, daß der Eindruck einer solchen Eröffnung die Verständigung erschweren würde, und habe mich deshalb zunächst darauf beschränkt, dem italienischen Botschafter an der Hand des vom Grafen Kálnoky an Ew. mitgeteilten Privatbriefes vom 17.*** zu sagen, daß das Wiener Kabinett einen definitiven Entschluß noch nicht gefaßt hätte, daß es aber in Anbetracht der ihm von russischer Seite möglicherweise drohenden Gefahren die Unmöglichkeit voraussehe, militärische Verpflichtungen nach dem Westen hin zu übernehmen: Graf Kálnoky glaube deshalb, daß er loyaler handeln würde, wenn er sich über den gegenwärtigen Vertrag hinaus nicht binde und sich damit begnüge, mit Italien für den Fall der bevorstehenden Veränderung des status quo auf der Balkanhalbinsel in pourparlers einzutreten, um auf diese Weise Österreichs Bereitwilligkeit zu bekunden, Italiens Stimme bei dem etwaigen Zusammenbruch des türkischen Reiches zur Geltung kommen zu lassen.

Graf Launay versprach, meine Bemerkungen, die ich nach Maßgabe Ew. pp. Bericht Nr. 29 vom 16.† in versöhnlicher und freund-

---

* Vgl. dazu Pribram a. a. O. Bd. I (1920), S. 197 f.
** Siehe Nr. 845.
*** In seinem Privatbriefe an den Prinzen Reuß vom 17. Januar 1887 hatte Graf Kálnoky noch einmal ausführlich entwickelt, daß Österreich im Hinblick auf die Zuspitzung der orientalischen Frage in den letzten Wochen, die Österreich möglicherweise in die Lage bringen könnte, allein auftreten zu müssen, keine weiteren Engagements gegen Italien übernehmen könne. Am Schlusse der von Prinz Reuß eingereichten Abschrift des Kálnokyschen Schreibens hat Fürst von Bismarck bemerkt: „Ich finde die öst[er]r[eichischen] Auffassungen erklärlich u[nd] habe mich eher über ihre frühere Geneigtheit gewundert. Die Aufgabe wird sein, Italien zu sondiren, ob es den alten Vertrag zu 3 u[nd] den neuen, mut[atis] mut[andis], mit uns zu 2, oder nur das Letztre will. Letztres ist für uns wichtiger als erstres.
† Siehe Nr. 845.

schaftlicher Form vorbrachte, an den Grafen Robilant zu übermitteln: er bemerkte dabei jedoch gleich, daß Graf Robilant an seiner schon im September abgegebenen Erklärung, den jetzigen Vertrag tel quel auf keinen Fall erneuern zu wollen, bisher festhielte, und daß rein platonische Versicherungen, „Italien solle vor Überraschungen bewahrt werden", ihm voraussichtlich nicht genügen würden.

Gestern abend hat mir nunmehr Graf Launay die Antwort des Grafen Robilant überbracht, welche die äußerste Grenze seines Entgegenkommens bezeichnet.

Der italienische Herr Minister hat den Wünschen Österreichs insofern nachgegeben, als er nicht mehr vorschlägt, den Additionalvertrag ebenso wie den jetzigen von allen drei Mächten mit verbindlicher Kraft seiner sämtlichen Artikel für jeden der Kontrahenten unterzeichnen zu lassen, sondern darauf eingeht, den alten Vertrag pure und ohne Zusatz zu Dreien zu erneuern und daneben zwei Additionalakte je mit Österreich und uns getrennt abzuschließen. In dem österreichisch-italienischen Zusatz würden die Artikel III und IV, an denen das Wiener Kabinett hauptsächlich Anstoß genommen hat, fortfallen, sodaß die Sorge des Grafen Kálnoky, mit Frankreich in Streit gebracht zu werden, beseitigt würde. In der Instruktion, welche mir Graf Launay vorlas, hieß es nach den Notizen, welche ich davon nehmen konnte: „pour déférer à l'opinion du Prince et pour épuiser tous les moyens propres à maintenir l'Autriche-Hongrie dans le groupe allié je puis me décider à admettre pour ce qui regarde cette puissance le simple renouvellement du traité de 1882 avec un engagement séparé concernant sa politique en Orient, mais ceci sous la condition que l'arrangement séparé entre l'Autriche et l'Italie comprenne toute la teneur de l'article II tel qu'il figure dans le projet que par mon télégramme du 1. janvier* je déclarais, en suite de la première réponse de Vienne, être prêt à adopter en lieu et place de mon projet originaire. L'alinéa I de l'article II est purement platonique et ne reproduit qu'une déclaration que tous les cabinets ne cessent d'échanger entre eux; s'il était rétabli à lui seul et formait tout le texte de l'arrangement séparé, il serait sans valeur et laisserait la porte toute grande ouverte à toute sorte d'éventualités le jour où le maintien du status quo ne serait plus possible, d'après le jugement de l'Autriche. Il faut donc compléter l'alinéa premier par l'alinéa deuxième qui seul nous prémunit contre toute surprise et qui assure aux mouvements des deux puissances en Orient la base d'une entente préalable.

Votre Excellence est autorisée à dire au Prince de Bismarck que nous sommes disposés à accepter la combinaison suivante. On stipulerait trois actes séparés

---

* Siehe die Anlage zu Nr. 843, S. 228.

1. un traité entre les trois puissances portant renouvellement pur et simple du traité précédant.

2. un arrangement séparé entre l'Allemagne et l'Italie reproduisant l'alinéa premier de l'article II, ainsi que les articles III et IV de notre projet additionnel.

3. Un arrangement séparé entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie reproduisant les alinéas premier et second de l'article deux, d'après le texte indiqué ci-dessus, c'est-à-dire comprenant la mention explicite des Balkans."

Graf Robilant beschließt seinen Erlaß dann, indem er erklärt, daß er auf weiteres Verhandeln zu Dreien verzichten würde, wenn das Wiener Kabinett seinen vorstehenden Vorschlag nicht annehme, in welchem er glaube, demselben weit entgegenzukommen: in diesem Falle würde er, da wir keinerlei Bedenken gegen seine ersten Vorschläge erhoben hätten, bereit sein, mit uns zu Zweien abzuschließen.

Ich ersuche Ew. pp. ergebenst, dem Grafen Kálnoky das obige Résumé der italienischen Instruktion vorzulesen und demselben dabei zu sagen, daß ich glaubte, die Annahme der italienischen Anträge mit gutem Gewissen empfehlen zu können. Alle Bedenken, welche Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph bisher Ew. pp. gegenüber erhoben haben, und welche sich nur gegen die stärkere Akzentuierung des casus foederis im Falle eines italienisch-französischen Krieges richteten, fallen fort, nachdem Graf Robilant den ganzen Artikel IV aus dem österreichisch-italienischen Abkommen herauslassen will. Die Ansprüche an Österreich werden also Frankreich gegenüber gegen früher nicht gesteigert, während Graf Robilant ausdrücklich erklärt, daß er nicht nur den österreichischen Zusatz „les Balkans" akzeptiert, sondern auch das Amendement des Grafen Kálnoky am Schluß des Artikels II. Als einzige Gegenleistung wünscht er die Aufrechterhaltung der von Graf Kálnoky gestrichenen letzten Zeilen des Artikels II von „basé" bis „partis" und das Ew. pp. unter dem 5. d. Mts. mitgeteilte letzte Alinea, welches mir nur die natürliche Konsequenz der Verpflichtung zu sein scheint, daß Italien für den Fall eines österreichisch-russischen Krieges es übernimmt, „à faire cause commune avec son allié et à prendre part à la guerre".

Nach Ew. pp. Bericht Nr. 29* hat Graf Kálnoky die Richtigkeit des Prinzips anerkannt, daß Italien bei einem siegreichen Kriege, welchen es etwa mit Österreich gegen Rußland führen würde, nicht leer auszugehen hätte: es würde in der Tat nicht der Billigkeit entsprechen, einem Verbündeten nur die Beteiligung an den etwaigen schlechten Chancen eines Krieges zu reservieren: wollte man das trotzdem tun, so würde die Folge eine neue Entfremdung zwischen Italien und Österreich sein können. Ersteres würde dann voraussichtlich den Anschluß

---

* Siehe Nr. 845.

an Rußland suchen, welches auch durch einen unglücklichen Krieg gegen Österreich und Italien nicht so geschwächt sein würde, daß es nicht mit einem durch Versagung von Kompensationen seitens Österreich verletzten Italien wieder gegen Österreich aufmarschieren könnte. Graf Kálnoky wird sich diesem Raisonnement nicht verschließen. Mir will scheinen, daß die jetzt gebotene Basis für Österreich günstiger ist als für Italien, indem ersteres gegen Frankreich nicht in Anspruch genommen wird, während letzteres ihm die volle Gefolgschaft gegen Rußland verspricht und nur Berücksichtigung bei einem eventuellen Siege in Aussicht nimmt.

Sollte Graf Kálnoky trotzdem ablehnen, so würde ich das nicht ohne Sorge sehen können. Wie aus dem Erlaß des Grafen Robilant hervorgeht, will er in einem solchen Falle nur mit uns abschließen und mit Österreich in einem Vertragsverhältnis ferner nicht bleiben. Es würde dies wahrscheinlich doch transpirieren und die Stimmung nicht nur Italiens, sondern auch Rußlands beeinflussen. Nach meinen Eindrücken und Nachrichten halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß Italien dann wieder in das russische Fahrwasser gerät, aus dem wir es mit Mühe, aber auch mit erfreulichem Erfolge entfernt hatten. Russischerseits ist man emsig bemüht, Italien wiederzugewinnen, und ich fürchte, daß dies auf die Dauer nicht erfolglos sein wird, wenn unsere jetzigen Verhandlungen mit Österreich zu einem Resultat nicht führen würden; allein schon die daraus vermutlich resultierende Verstimmung des Grafen Robilant würde beklagenswert sein.

Ich muß hierzu noch bemerken, daß ich die Äußerung des Grafen Kálnoky, „ein lediglich deutsch-italienisches Bündnis würde Italien immer von Angriffen auf Österreich abhalten", nicht zu unterschreiben vermag: wenn wir in einem Bündnis mit Italien wären, von dem sich Österreich ausgeschlossen hätte, so wäre uns dadurch doch die Möglichkeit nicht gegeben, Italien, mit dem wir nicht grenzen, von einem Angriff auf Österreich abzuhalten, während unsere Macht durch den französischen Krieg absorbiert wäre, in welchem uns Italien obenein, wegen Verschluß der Alpenpässe, der See und der neutralen Schweiz wenig helfen würde. Wir erstreben das Bündnis mit Italien weniger wegen des Beistandes, den wir von dieser Macht gegen Frankreich erhoffen, als um dem verbündeten Österreich im Falle eines russischen Angriffs die Sicherheit vor Italien im Rücken zu verschaffen. Italien würde sich im Fall des deutsch-französischen Krieges vermutlich damit begnügen, auf die Unmöglichkeit eines Einbruchs über die Alpen hinzuweisen und sich auf die Bewachung der nach Frankreich führenden Pässe zu beschränken. Die übrige italienische Armee würde dann frei sein, und Italien könnte auf diese Art in eine gegen Österreich gerichtete verhängnisvolle Erwerbsgenossenschaft mit Rußland eintreten, welche wir, durch Frankreich absorbiert, zu verhindern nicht in der Lage sein würden. Wenn ein Bündnis zwischen Österreich und Italien direkt

nicht vorhanden wäre, so liegt die Möglichkeit immer wieder vor, daß die Macht Italiens im Kriegsfalle dem Gewicht der russischen tatsächlich zuwächst, ohne daß ein deutsch-italienischer Vertrag dies mit Erfolg verhindert.

Mit der Begehrlichkeit Italiens wird notwendig zu rechnen sein, wenn man diese Gefahr verhüten will.

Ew. pp. wollen den Ernst der Lage, wie er mir hiernach erscheint, dem Grafen Kálnoky mit der ganzen Ihnen zu Gebote stehenden Überredungskraft darlegen und demselben meine Bitte aussprechen, dem Grafen Robilant, der schon ungeduldig und nervös zu werden scheint, eine zustimmende Antwort durch mich geben zu lassen.

v. Bismarck

Nr. 848

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 60
Geheim

Wien, den 1. Februar 1887

Euerer Durchlaucht hohen Erlaß Nr. 53 vom 26. v. Mts.*, die Erneuerung des geheimen Vertrages mit Italien betreffend, habe ich am 28. v. Mts. abends durch königlichen Feldjäger zu erhalten die Ehre gehabt und dem mir hochgeneigtest erteilten Auftrage gemäß mich am folgenden Morgen im Sinne desselben dem Grafen Kálnoky gegenüber ausgesprochen.

Der Minister bat mich, Euerer Durchlaucht seinen Dank für diese Mitteilung auszusprechen und Hochdenselben folgendes zu sagen. Er könne die Art und Weise, wie Euere Durchlaucht die Sache dem italienischen Kabinett gegenüber behandelt hätten, nur sehr dankbar anerkennen, namentlich sei er aber erfreut, daß Euere Durchlaucht die sachlichen Bedenken, die er gegen den Artikel IV und seine Konsequenzen hätte erheben müssen, mit Wohlwollen aufgenommen und mit so großem Erfolg zur Geltung gebracht hätten. Er sei im voraus überzeugt gewesen, daß Hochdieselben seiner Denkungsweise über diesen Fall Gerechtigkeit widerfahren lassen würden.

Wenn nun nach dem italienischen sehr erfreulichen Vorschlag für Österreich die Bestimmungen des Artikels IV keine Geltung haben sollten, so sei er hierdurch sehr befriedigt, weil es der K. und K. Regierung ermögliche, die Verhandlungen mit Italien nicht abzubrechen. Seine Majestät der Kaiser, sein allergnädigster Herr, wären immer, wie ich wisse, von dem Wunsch durchdrungen gewesen, nicht aus dem Vertrags-

* Siehe Nr. 847.

verhältnis mit Italien auszutreten. Der Minister zweifle daher nicht, daß Seine Majestät die neueste Wendung der Dinge mit Freuden begrüßen würden, und wenn er auch eine entscheidende Antwort nicht eher erteilen könnte, als bis er die Befehle seines Monarchen eingeholt haben würde, so glaube er mir schon im voraus die Hoffnung aussprechen zu können, daß die Verhandlungen zu dem von Euerer Durchlaucht gewünschten Abschluß gebracht werden würden.

Heute nun hat mich Graf Kálnoky zu sich bitten lassen, um mir zu eröffnen, Seine Majestät der Kaiser von Österreich hätten sich entschlossen, die letzte italienische Proposition telle quelle anzunehmen, wie solche auf Seite 8 und 9 des hohen Erlasses Nr. 53 vom 26. v. Mts. enthalten ist.

Zur größeren Klarheit erlaube ich mir in der Anlage den Artikel II abschriftlich beizufügen in der Form, wie er nunmehr in das zwischen Österreich und Italien abzuschließende Separatabkommen aufzunehmen sein wird.

Seine Majestät, so fuhr Graf Kálnoky fort, hätten nur zwei Wünsche, die höchstderselbe Euere Durchlaucht bäte in Berücksichtigung zu ziehen.

Im zweiten Alinea des Artikels II heiße es: . . . . . l'Italie ou l'Autriche-Hongrie se verraient dans la nécessité de le modifier (le maintien du statu quo) par une occupation permanente ou temporaire de leur part etc. etc.

Um Mißverständnissen vorzubeugen und spätere Unklarheiten zu vermeiden, wünscht der Kaiser, daß der Graf Robilant durch Euere Durchlaucht darauf aufmerksam gemacht würde, daß diese Bestimmung sich nicht auf die bereits bestehende Okkupation von Bosnien und von der Herzegowina beziehen könne. Zum jetzigen status quo würde hierseits die permanente Okkupation dieser Provinzen gerechnet, welche früher oder später durch eine Annexion reguliert werden werde. Erfolge die letztere, so könne daher hieraus kein Anspruch auf Kompensation erwachsen.

Graf Kálnoky hat es nicht für nötig gehalten vorzuschlagen, hierüber eine Stipulation in den Vertrag aufzunehmen, und genügt es ihm, daß Graf Robilant von dieser Auffassung des K. und K. Kabinetts in Kenntnis gesetzt werde. Er darf daher hoffen, daß Euere Durchlaucht sich dieser Mühe unterziehen wollen.

Ein anderer Wunsch Seiner Majestät ist der, daß eine Redaktion gefunden werde, welche höchstdenselben davor sichere, daß unter dem am Schluß des dritten Alinea befindlichen Ausdruck: „d'une compensation équitable" niemals ein Teil der unter seinem Szepter befindlichen Gebiete gemeint sein könne: man könnte vielleicht hinzusetzen: „en dehors de Leurs Etats respectifs"[1]. Graf Kálnoky legt keinen Wert auf diesen Ausdruck, wenn er nicht den Beifall Euerer Durchlaucht

haben sollte, und würde es gern Hochdemselben überlassen, die richtige Redaktion zu finden[2].

Der Artikel III für das österreichisch-italienische Abkommen würde dann lauten:

Article III.

Le présent Traité sera ratifié . . . . . .

Les ratifications seront échangées à . . . . . dans le délai de quinze jours ou plus tôt si faire se peut. En foi de quoi . . . . . .

Was den Eingang und den Artikel I betrifft, so erlaubt sich Graf Kálnoky, Euere Durchlaucht ergebenst zu bitten, die nötigen Abänderungen in der Redaktion vornehmen zu lassen, welche durch den neuen vereinbarten Modus des Abschlusses notwendig werden.

Der Minister bat mich heut nochmals, Euerer Durchlaucht seinen verbindlichsten Dank für Dero auch von Seiner Majestät dem Kaiser, seinem allergnädigsten Herrn, in hohem Maße anerkannte freundschaftliche Intervention auszusprechen, der allein es zu danken sei, daß das erwünschte Ziel erreicht worden sei.

Es gereicht mir zur hohen Befriedigung, Euerer Durchlaucht vorstehende Meldung von dem glücklichen Abschluß[3] dieser Verhandlung machen zu können. Dieses Resultat ist in erster Linie dem Eindruck zu verdanken, welchen Euerer Durchlaucht schlagende Argumente auf das hiesige Kabinett gemacht haben, ferner aber dem Wunsche des Kaisers Franz Joseph, in dieser wichtigen Frage sich nicht von der Politik der Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, unseres allergnädigsten Herrn, zu trennen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[1] Unbedenklich und von Launay bereits angeregt.
Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[2] Sehr gütig!
[3] ?

Nr. 849

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 6. Februar 1887

Graf Launay erschien heute etwas niedergeschlagen mit der Ankündigung, „es sei ein malentendu vorgekommen, Robilant habe den casus foederis gegen Rußland mit Österreich nicht aufrechterhalten wollen, nachdem letzteres den Artikel IV des Additionalvertrages (gegen Frankreich und bezüglich Tripolis und Marokko) beseitigt habe: Robilant bäte uns, dies in Wien zu erklären". Graf Launay übergab zu-

gleich streng vertraulich die beiliegende Abschrift des Robilantschen Telegramms*.

Ich sagte dem Grafen Launay, daß dies für uns ziemlich peinlich sei, weil Robilant uns dadurch in Wien desavouiere.

In seinem Telegramm vom 25. Januar** habe Robilant ... mit voller Klarheit etwas anderes gesagt. pp.

Graf Launay bat, wir möchten doch noch einmal nach Wien schreiben und die Schuld der Konfusion unter Beifügung des ersten Teils von Anlage I*** auf ihn werfen.

Ich sagte ihm, ich wolle dem Herrn Reichskanzler Vortrag halten, fürchte aber, daß es in Wien Verstimmung geben würde, wenn wir dort jetzt wieder zurückstecken müßten.

H. Bismarck

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Schlusse des Schriftstücks:
Es wird doch nichts Andres übrig bleiben, als die Antwort resp. Wandelung nach Wien zu geben u[nd] uns eventuell Abmachung zu 2 mit Italien vorzubehalten. Vorher müssen wir aber wissen, was es mit Robilant's Rücktritt auf sich hat.

Nr. 850

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß.

Konzept

Nr. 81
Geheim

Berlin, den 8. Februar 1887

Ew. geheimen Bericht Nr. 60 vom 1. d. Mts.† habe ich erhalten und zur Kenntnis des Grafen Launay gebracht. Derselbe sprach bei meiner Mitteilung die Hoffnung aus, daß die Basis für eine Verständigung zwischen den drei Mächten nunmehr gefunden sein würde, und hat demgemäß unverzüglich an den Grafen Robilant berichtet.

Die Rückäußerung des letzteren ist gestern hier eingegangen, und es ergibt sich aus derselben, daß Graf Robilant seine Ew. mittels Erlasses Nr. 53 vom 26.†† mitgeteilten Eröffnungen anders aufgefaßt hat, als das hier und in Wien geschehen ist. Die bezügliche Mitteilung des italienischen Ministers††† füge ich hier bei und bemerke dazu zunächst mit Bezugnahme auf die letzten Worte, daß Graf Launay mir die „instructions applicables à cette éventualité" bisher noch nicht mitgeteilt hat.

* Telegramm Graf Robilants an Graf de Launay vom 5. Februar, in der Hauptsache abgedruckt bei Pribram a. a. O. Bd. I (1920) S. 200, Anm. 139.
** Inhaltlich wiedergegeben in Nr. 847, S. 240 ff.
*** Vgl. Fußnote*.
† Siehe Nr. 848.
†† Siehe Nr. 847.
††† Vgl. Fußnote*.

Ich ersuche Ew., dem Grafen Kálnoky bei Mitteilung der Anlage zu sagen, daß sachlich nichts darauf ankomme, ob es sich hier um ein malentendu oder um eine Sinnesänderung des Grafen Robilant handelt: läge letztere vor, so würde man dem Grafen Robilant einen Vorwurf darüber ebensowenig machen können wie dem österreichischen Kabinett wegen der von Ew. in Bericht Nr. 29* übermittelten Eröffnung. Graf Launay bestreitet aber, daß sein Chef anderer Meinung geworden wäre, und nimmt eher die Schuld auf sich, die Intentionen seines Chefs irrtümlich interpretiert zu haben. Er begründete dies an der Hand der Anlage, indem er hervorhob, daß Graf Robilant in seiner Depesche vom 1. Januar** den casus foederis gegen Rußland nur unter der Voraussetzung angenommen habe, daß Österreich dem Artikel IV des Additionalvertrages beitreten werde. Nachdem Österreich diesen Artikel verworfen, sei auch das von Graf Kálnoky beantragte dritte und das infolge desselben von Graf Robilant vorgeschlagene vierte Alinea zum Artikel II von selbst gefallen.

Da es doch unfruchtbar sein würde, dem „malentendu" weiter auf den Grund zu gehen, so ersuche ich Ew., eine Diskussion desselben mit dem Grafen Kálnoky zu vermeiden und sich damit zu begnügen, dem österreichischen Herrn Minister das österreichisch-italienische Separatabkommen vorzulegen, wie es sich nach der anliegenden Auslassung des Grafen Robilant gestaltet. Danach würde es sich also zwischen Österreich und Italien, außer um die Verlängerung des 1882er Vertrages, um die beiden ersten Artikel des Additionalvertrages handeln, wie sie in dem ursprünglichen Entwurf standen mit alleiniger Hinzufügung des österreichischerseits beantragten Passus über „les Balcans". Da hierdurch unser Hauptzweck, wie ich ihn in meinem Erlaß Nr. 53*** ausgeführt habe, erreicht wird, nämlich: Österreich auf fernere 5 Jahre die wohlwollende Neutralität Italiens zu sichern, so scheint mir, daß die österreichische Regierung sich auch mit dem gegenwärtigen Entwurf begnügen könnte, da die beiden Artikel I und II des Additionalvertrages ziemlich nichtssagend sind: selbst die Redewendung des „principe de compensations réciproques" am Ende des Artikels II ist an den accord préalable gebunden: Österreich hat es also immer an der Hand, diesen accord préalable zu bewirken oder zu hintertreiben.

Ich habe überhaupt, wie Ew. wissen, seit dem Monat Oktober den Eindruck gehabt, daß sowohl Österreich wie wir die Vorschläge des Grafen Robilant ohne Nachteil hätten annehmen können. Eine Lücke in einem Vertrage läßt sich immer finden, wenn man ihn auch noch so sorgfältig redigiert, und, wenn man auch den klarsten Be-

---

* Siehe Nr. 845.
** Siehe Nr. 843, Anlage.
*** Siehe Nr. 847.

stimmungen desselben sich entziehen will, so findet man immer Mittel und Wege, sich zu entschuldigen. Ich bedaure es heute um so mehr, daß wir nicht schon vor Weihnachten abgeschlossen haben, nachdem Graf Robilant seine Entlassung eingereicht hat, und somit unsere ganzen Verhandlungen in Frage gestellt sind. Niemand kann wissen, ob sein Nachfolger ebenso zuverlässig und geneigt sein wird, die italienische Macht uns und Österreich gegenüber in der Art zu binden, wie Graf Robilant dies beabsichtigte. Ich hoffe, daß es gelingen wird, den Grafen Robilant zum Bleiben zu bewegen, und möchte besonders von diesem Gesichtspunkte aus dringend empfehlen, daß Österreich sich dasjenige, was es braucht, d. h. die wohlwollende Neutralität Italiens, sichert. Durch die wiederholten Gegenvorschläge, welche wir aus Wien zu übermitteln hatten, ist soviel Zeit in Anspruch genommen, daß wir jetzt vor der Gefahr stehen, Italien selbständig und frei von jeder Verpflichtung gegen uns in die europäische Politik eintreten zu sehen. Ew. wissen, daß von französischer sowie von russischer Seite den Italienern wiederholte Anerbietungen gemacht sind, und sollte Graf Robilant, welcher diesen Lockungen zu widerstehen entschlossen war, jetzt wirklich fallen, so ist zu besorgen, daß unsere ganzen Vertragsverhandlungen erfolglos bleiben werden.

v. Bismarck

Nr. 851

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 83
Geheim

Wien, den 12. Februar 1887

Euerer Durchlaucht hohen geheimen Erlaß Nr. 81 vom 8. d. Mts.*, die Vertragserneuerung mit Italien betreffend, habe ich am 9. d. Mts. durch königlichen Feldjäger zu erhalten die Ehre gehabt.

In einer Unterredung, die ich tags darauf mit dem Grafen Kálnoky hatte, habe ich mich in dem mir vorgeschriebenen Sinne ausgesprochen und ihm lebhaft empfohlen, den neuen Vorschlag anzunehmen. Ich habe gesagt, es würde sich zwischen Österreich und Italien außer um die Verlängerung des 1882er Vertrags um die beiden ersten Artikel des Additionalvertrages handeln, wie sie in dem ursprünglichen italienischen Entwurf verzeichnet sind, mit alleiniger Hinzufügung des österreichischerseits seinerzeit beantragten Passus über „les Balkans".

Das vom Grafen Robilant an Graf Launay gerichtete Telegramm vom 5. d. Mts.** habe ich dem Minister mitgeteilt.

---

* Siehe Nr. 850.

** Vgl. Pribram a. a. O., S. 200, Fußnote 139.

Seine Exzellenz baten mich, Euerer Durchlaucht für diese Eröffnungen bestens zu danken, und behielten sich vor, die Befehle Seiner Majestät des Kaisers, seines allergnädigsten Herrn, einzuholen und mir demnächst Antwort zu geben.

Dies ist heute geschehen. Der Minister eröffnete mir, er sei von Seiner Majestät dem Kaiser autorisiert worden, mir zu erklären, daß höchstderselbe seine Zustimmung zur Annahme dieser neuen italienischen Proposition gegeben hätte.

Der Kaiser ließe Euere Durchlaucht indessen bitten, seine von mir bereits unter dem 1. d. Mts.* gemeldeten Wünsche der italienischen Regierung gegenüber zum Ausdruck zu bringen, nämlich

1. daß sich der im 2. Alinea des Artikels II befindliche Passus über die occupations permanentes nicht auf die permanente Okkupation von Bosnien beziehen dürfe, und

2. daß die eventuellen Kompensationen selbstredend außerhalb der Reiche der beiden hohen Kontrahenten zu suchen sein würden.

Was den Ausdruck „des Balkans" betrifft, so würde es dem Grafen Kálnoky lieber sein, wenn derselbe in dem Artikel II nicht mehr Platz finden, sondern dieser Artikel in der ursprünglich vom Grafen Robilant vorgeschlagenen Form angenommen werden würde.

Er, Graf Kálnoky, habe diesen Ausdruck nur hineingebracht, um ein Bindeglied für das von ihm beantragte 3. Alinea, welches den casus foederis enthält, herzustellen. Da dieses fortgefallen, habe der Ausdruck „des Balkans" auch keine raison d'être mehr.

Sollte der italienische Minister Schwierigkeiten machen, diese seine Ansicht zu akzeptieren, so wolle er indessen nicht darauf bestehen, um den Abschluß der Verträge nicht noch mehr hinauszuziehen.

Würde der Ausdruck „des Balkans" an der von ihm früher bezeichneten Stelle beibehalten werden müssen, so würde der im anliegenden Artikel II rot eingeklammerte Satz** wegfallen, — im entgegengesetzten Fall aber stehen bleiben, und somit dieser Artikel in der ganzen ursprünglichen italienischen Form wiederhergestellt werden.

Graf Kálnoky stellt Euerer Durchlaucht hohem Ermessen anheim, diese Detailfragen zu ordnen, und hofft mit Hochdenselben, daß es nunmehr gelingen möchte, diese Angelegenheit zum Abschluß zu bringen.

H. VII. P. Reuß

Anlage

Article II.

Les Hautes Parties contractantes n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du statu quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir, [sur les côtes et îles ottomanes

* Siehe Nr. 848.

** Er ist in der Anlage in eckige Klammern gesetzt.

dans l'Adriatique et dans la mer Egée], toute modification territoriale, qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des Puissances signataires du présent Traité. Elles se communiqueront à cet effet tous les renseignements de nature à les éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres Puissances.

Toutefois dans le cas où, par suite des événements, le maintien du statu quo dans les régions des Balkans ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans le mer Egée deviendrait impossible et que, soit en conséquence de l'action d'une puissance tierce, soit autrement, l'Italie ou l'Autriche-Hongrie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation temporaire ou permanente de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux susdites Puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque[1] donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux parties.

Zusatz des Fürsten von Bismarck:
[1] En dehors de leurs possessions.

Nr. 852

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 16. Februar 1887

Eurer Durchlaucht danke ich verbindlichst für Ihr letztes Schreiben vom 11. c.

Für den heutigen Kurier habe ich das letzte Wort in der italienischen Sache nicht mehr erlaßmäßig zu Wege bringen können: Launay war erst abends damit bei mir, und in $^3/_4$ Stunden schließt die Expedition. So schreibe ich noch rasch eigenhändig und vertraulich, wenn auch amtlich, und behalte mir eine neue Sendung auf etwa übermorgen vor.

Erst muß ich morgen noch meinem Vater und Seiner Majestät Vortrag halten.

Ich füge also heute schon für Ihre sekreten Akten den Entwurf des österreichisch-italienischen Separatabkommens bei, wie er sich jetzt gestaltet und hoffentlich in Wien zur Annahme gelangen wird.

Die Wünsche des Kaisers Franz Joseph, welche Eure Durchlaucht in Ihrem Bericht Nr. 83 vom 12. c.* Seite 3 unter Nr. 1 und 2 subsummiert hatten, und die sich auf die Stellung Bosniens und des Trentino bezogen, sind in der Anlage durch die blau eingeklammerte

---

* Siehe Nr. 851.

italienische Hinzufügung Seite 5 unten und 6 oben berücksichtigt worden*. Ich hoffe, daß diese Fassung, welche implicite den status quo der beiden Kontrahenten sichern soll, in Wien genügen wird. Ausstellungen lassen sich ja gegen jede Redaktion machen, wenn man advokatisch verfahren will.

Nachdem wir aber jetzt zwischen unseren Verbündeten schon etwa bei der Quintuplik angekommen sind, möchte ich doch bei Graf Kálnoky befürworten, es zur Sextuplik nicht mehr kommen zu lassen und die vorliegende Formel, welche Österreich wegen der Stipulierung des accord préalable ja doch auf alle Eventualitäten sichert, zu akzeptieren. Sonst verlieren wir wieder eine kostbare Zeit mit dialektischen Turnerkunststückchen. Ich wäre sehr dankbar, wenn Eure Durchlaucht mir im Falle der erhofften österreichischen Zustimmung nach Erledigung des übermorgen hier abzulassenden Kuriers eine telegraphische Antwort zugehen lassen wollten, damit wir dann gleich die Redaktion der Formalien vornehmen und in nächster Woche vollziehen können.

Für Eure Durchlaucht persönlich bemerke ich, daß ich die österreichischen Sorgen wegen des Trentino (die meines Erachtens ganz unbegründet sind) mit Graf Launay eingehend besprochen habe, mit ihm jedoch übereingekommen bin, dieselben an den empfindlichen Robilant nicht weiterzugeben, und den österreichischerseits gewünschten Zusatz, wie Robilant ihn Seite 5 der Anlage inseriert hat, nur mit der staatsrechtlich noch nicht ganz definierten Lage Bosniens zu motivieren. Launay schon erklärte, es sei ja selbstverständlich, daß bei einem Bündnisverhältnisse niemals an Trentino seitens Italiens gedacht werden könnte. Ich füge diese Erläuterung nur zum besseren Verständnis der blauen Klammer hinzu.

Mir kam der österreichische Wunsch, das Trentino auszunehmen, so vor, als ob ich mit einem anderen Gentleman gemeinschaftlich Bank halte und mir dabei ausbedingen wollte, daß derselbe mir nicht etwa das Taschentuch aus der Rocktasche stiehlt, während ich daran bin Karten zu geben. Mein Vater hat die Anlage gelesen und würde sich freuen, wenn Graf Kálnoky sie akzeptieren wollte, wie sie liegt: mir scheint, daß es wirklich gleichgültig ist, ob hinter „actuel“ jetzt etwa

---

* In der bei den Akten befindlichen Abschrift der Anlage fehlt die blaue Klammer. Die entscheidenden Sätze des Hauptartikels sollten nunmehr folgendermaßen lauten: „Toutefois dans le cas où, par suite des événements, le maintien du status quo dans les régions des Balkans, ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la mer Egée, deviendrait impossible, et que, soit en conséquence de l'action d'une Puissance tierce, soit autrement, l'Italie ou l'Autriche-Hongrie se verraient dans la nécessité de le modifier par une occupation temporaire ou permanente de leur part, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux susdites Puissances, basé sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage territorial ou autre que chacune d'elles obtiendrait en sus du statu quo actuel, et donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées des deux Parties.“

noch als superfluum inseriert würde „en dehors de leurs possessions". Es kommt für beide Teile nichts darauf an, ob dies darin steht oder nicht; Österreich kann meo voto ebenso gut darauf verzichten, wie Italien es annehmen; ich möchte nur einen neuen Zeitverlust über „Formulierung" vermeiden. pp.*

(gez.) H. Bismarck

Nr. 853

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Eigenhändiges Konzept

Nr. 97
Geheim

Berlin, den 17. Februar 1887

Ew. übersende ich mit Bezugnahme auf mein eigenhändiges Schreiben von gestern** anbei den von den Bevollmächtigten Österreich-Ungarns, Italiens und Deutschlands zu unterzeichnenden Akt über die Verlängerung unseres geheimen Vertrages vom 20. Mai 1882***.

Da dieses Schriftstück neue Bedingungen nicht enthält, so setze ich voraus, daß demselben die Zustimmung der österreichischen Regierung nicht fehlen wird, und darf Ihrem Bericht hierüber entgegensehen.

Ferner übersende ich Ew. für Ihre sekreten Akten anbei den Text des Separatabkommens, welches wir mit Italien vereinbart haben†. Sollte der Graf Kálnoky denselben zu lesen wünschen, so sind Ew. ermächtigt, ihm die Anlage vertraulich mitzuteilen. Den Entwurf zu dem österreichisch-italienischen Separatabkommen habe ich bereits gestern an Ew. abgesandt††. Der Herr Reichskanzler hat denselben heute sorgfältig durchstudiert und glaubt dem Grafen Kálnoky seine unveränderte Annahme aus voller Überzeugung empfehlen zu können. Die von Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph sowie von dem Grafen Kálnoky gegen die früheren Vorschläge des Grafen Robilant sukzessive erhobenen Einwendungen haben durch die jetzige Fassung in einer oder der andern Form sämtlich Berücksichtigung gefunden, und ich hoffe, daß das Wiener Kabinett sich hiernach in der Lage sehn wird, den nun vorliegenden Text ohne Stellung weiterer Amendements zu akzeptieren.

---

* Den Schluß des Schreibens s. in Kap. XXVI, Nr. 891.
** Siehe Nr. 852.
*** Hier nicht aufgenommen, da identisch mit der definitiven Fassung des Vertrags; siehe Nr. 858.
† Identisch mit Nr. 859.
†† Siehe die entscheidenden Sätze in der Fußnote auf S. 252.

Eine alle Teile und Eventualitäten vollständig befriedigende Redaktion läßt sich bei einer so komplizierten Abmachung schwerlich finden. Wir haben mit Rücksicht auf diese Erwägung uns von Anfang an enthalten, Abänderungsvorschläge zu machen, obgleich wir manche Sätze in unserem Separatabkommen auch gern anders gefaßt hätten: dieser Wunsch mußte aber dem großen Ziele, welches wir durch die Verlängerung und Ausdehnung des Vertrages zu Dreien erreichen wollten, zum Opfer gebracht werden.

Es wäre sehr anerkennenswert, wenn das Wiener Kabinett jetzt in demselben Gedankengange darauf verzichten wollte, noch etwaige kleine Verbesserungen vorzuschlagen, wenn auch für solche gewiß noch Raum sein mag. Nachdem indessen die wesentlichen Bedenken der österreichisch-ungarischen Regierung Berücksichtigung gefunden, würde es sehr zu wünschen sein, daß wir wegen untergeordneter Fragen nicht zu weiterer Verlängerung der Verhandlungen angesichts der in Rom immer noch schwebenden Ministerkrisis veranlaßt werden.

Ich bitte Ew., dem Grafen Kálnoky gegenüber bei Besprechung des Gegenstandes die vorstehenden Gesichtspunkte hervorzuheben, und würde mich sehr freuen, wenn Sie bald in der Lage wären, mir Österreichs Zustimmung telegraphisch zu melden.

H. Bismarck

Nr. 854

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19
Geheim — Wien, den 18. Februar 1887

Antwort auf Erlaß von gestern*.

Graf Kálnoky akzeptiert tale quale letzten italienischen Entwurf und wird mir dies nach Vortrag beim Kaiser amtlich bestätigen.

Graf Széchényi bereits in Besitz der Vollmacht. Reuß

Nr. 855

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20
Geheim — Wien, den 19. Februar 1887

Antwort auf Telegramm Nr. 13.

Graf Kálnoky telegraphiert soeben an Graf Széchényi, daß er ermächtigt ist, tale quale zu unterzeichnen. Reuß

* Siehe Nr. 853.

Nr. 856

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Eigenhändig

Berlin, den 19. Februar 1887

Der beifolgende Procès verbal de signature ist von Graf Launay nach früherer Instruktion aus Rom entworfen*.

Der Botschafter war durch ein heute eingegangenes Telegramm ferner angewiesen zu beantragen — jedoch nur als seine persönliche Idee —, daß diesem Protokoll die beiden Noten angefügt würden, durch welche das englisch-italienische Abkommen fixiert wird**.

Ich machte Graf Launay aufmerksam — und fand bei ihm volles Verständnis dafür —, daß dieser Antrag für uns unannehmbar sei im Hinblick auf unsere derzeit guten Beziehungen zu Rußland.

Graf Launay erklärte sich dann auch damit einverstanden, daß der Procès verbal de signature in der ursprünglichen kürzeren Fassung ausgefertigt werde***.

Nr. 857

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 92
Geheim

Wien, den 19. Februar 1887

Den hohen geheimen Erlaß Nr. 97 vom 17. d. Mts.†, die Verlängerung des geheimen Vertrages mit Italien betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt; den demselben beigefügten, von den Bevollmächtigten Österreich-Ungarns, Italiens und Deutschlands zu unterzeichnenden Akt über die Verlängerung unseres geheimen Vertrages vom 20. Mai 1882 habe ich dem Grafen Kálnoky vorgelegt, und hat derselbe hierzu seine Zustimmung erteilt.

Ebenso habe ich dem Minister das mir mittelst geheimen Privatbriefes des Herrn Staatssekretärs Grafen von Bismarck vom 16 d. Mts.†† übersandte Separatabkommen zwischen Österreich-Ungarn und Italien mitgeteilt und hervorgehoben, wie durch den im 2. Alinea des Artikels I (Seite 5 und 6) enthaltenen eingeschobenen Satz: „pour

* Abgedruckt bei Pribram a. a. O. Bd. I (1920), S. 47. Vgl. das., S. 207, Anm. 160.
** Sie sind abgedruckt bei Pribram a. a. O. Bd. I (1920), S. 36 ff. Vgl. Kapitel XXVI „Verhandlungen über eine Entente zwischen Italien und England 1887", Nr. 890.
*** Gedruckt bei Pribram a. a. O. Bd. I (1920), S. 47.
† Siehe Nr. 853.
†† Siehe Nr. 852.

tout avantage territorial ou autre que chacune d'elles obtiendrait en sus du statu quo actuel" ... nach Eurer Durchlaucht Ansicht den von Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph ausgesprochenen Wünschen vollkommen Rechnung getragen worden sei. Durch diese Formel sei der status quo, wenn auch mit anderen Worten, garantiert.

Überdies habe ich dem Herrn Minister mitgeteilt, daß der Herr Staatssekretär dem Grafen Launay die in meinen ganz gehorsamsten Berichten verzeichneten Wünsche Seiner Majestät ausgesprochen, und dieser erklärt habe, die Anerkennung dieser Wünsche sei selbstverständlich.

Graf Kálnoky bat mich, Eurer Durchlaucht seinen verbindlichsten Dank für die Berücksichtigung dieser Wünsche seines kaiserlichen Herrn auszusprechen, dessen Befehle er noch einholen und mich davon benachrichtigen wolle. Schon jetzt könne er mir aber erklären, daß er den Additionalvertrag in der Form, in welchem ich ihm denselben vorgelegt, tale quale akzeptiere.

Wie mir der Minister nunmehr schriftlich mitgeteilt hat, ist Graf Széchényi heute telegraphisch ermächtigt worden, tale quale zu unterzeichnen.

Es ist nur zu hoffen, daß nicht ein neuer Inzidenzfall eintritt, der die gewünschte Unterzeichnung nochmals hintanhalten könnte. Die hiesige Regierung wäre nunmehr nicht dafür verantwortlich zu machen, da sie, wenn ihr auch die neue Redaktion nicht sonderlich gefiel, und Graf Kálnoky nicht wieder auf seinen Wunsch, „les Balcans" wegzulassen, zurückgekommen ist, sich durchaus entgegenkommend gezeigt hat.

Der Minister bat mich deshalb auch, Eurer Durchlaucht in Erinnerung zu bringen, wie er bereits am 12. d. Mts., als ich ihm die italienische abgeänderte Fassung mitgeteilt, keine Bedenken mehr gegen die Annahme derselben erhoben hätte; er habe mir bestimmt gesagt, daß er die vom Kaiser Franz Joseph ausgesprochenen Wünsche nur bitten möchte zur Kenntnis des italienischen Kabinetts zu bringen und es außerdem Eurer Durchlaucht überließe, nur wenn Hochdieselben dies für nötig halten sollten, eine Redaktion zu finden, wodurch festgestellt würde, daß etwaige Kompensationen nicht in den Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie zu suchen sein würden.

Der jetzt in Italien gefundene Zusatz sei genügend, und nähme er denselben an, wenn ihm auch nicht verständlich sei, was die Worte „ou autre" eigentlich bedeuten sollten[1].

Er teile aber ganz Eurer Durchlaucht Ansicht, daß es unmöglich sei, eine alle Teile und Eventualitäten vollständig befriedigende Redaktion zu finden, und müsse man sich im Interesse der Sache zufrieden geben.

Auf seinen Wunsch habe ich dem Minister auch den Text des Separatabkommens mitgeteilt, welches wir mit Italien vereinbart haben.
H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Geld, Rechte, Verträge.

Nr. 858

Text des zweiten Dreibundvertrages vom 20. Februar 1887

Ausfertigung

Leurs Majestés
l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,
l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie
et le Roi d'Italie,

animés du désir de maintenir les liens établis entre Leurs Etats et Leurs Gouvernements par le Traité conclu à Vienne le 20 Mai 1882, ont résolu d'en prolonger la durée au moyen d'un Traité additionnel et ont, à cet effet, nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse:

le Sieur Othon, Prince de Bismarck, Son Président du Conseil des Ministres de Prusse, Chancelier de l'Empire;

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. et Roi Apostolique de Hongrie:

le Sieur Emeric, Comte Széchényi, de Sárvári Felsö-Vidék, Chambellan et Conseiller Intime Actuel, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse;

Sa Majesté le Roi d'Italie:

le Sieur Edouard, Comte de Launay, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse;

Lesquels, munis de pleins-pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Le Traité d'alliance conclu à Vienne le 20 Mai 1882 entre les Puissances signataires du présent Traité additionnel, est confirmé et conservé en vigueur dans toute son étendue jusqu'au 30 Mai 1892.

Article II.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Berlin dans le délai de quinze jours, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité additionnel et y ont apposé leur cachet.

Fait à Berlin le vingtième jour du mois de Février mil huit cent quatre-vingt-sept.

(L. S.) v. Bismarck
(L. S.) Széchényi
(L. S.) Launay

Nr. 859

Separatvertrag zwischen Deutschland und Italien vom 20. Februar 1887

Ausfertigung

Leurs Majestés
l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,
et le Roi d'Italie

voulant, dans un esprit de bonne entente mutuelle, resserrer de plus en plus les liens déjà établis entre Leurs Etats et Leurs Gouvernements par le Traité d'alliance conclu à Vienne le 20 mai 1882 et dont la prolongation vient d'être signée aujourd-hui, ont résolu de stipuler un Traité séparé qui réponde toujours davantage aux circonstances présentes, et ont, à cet effet, nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse:

le Sieur Othon, Prince de Bismarck, Son Président du Conseil des Ministres de Prusse, Chancelier de l'Empire;

Sa Majesté le Roi d'Italie:

le Sieur Edouard, Comte de Launay, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

Lesquels munis de pleins-pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les Hautes Parties contractantes, n'ayant en vue que le maintien, autant que possible, du status quo territorial en Orient, s'engagent à user de leur influence pour prévenir, sur les côtes et îles Ottomanes dans la Mer Adriatique et dans la Mer Egée, toute modification territoriale qui porterait dommage à l'une ou à l'autre des Puissances signataires du présent Traité. Elles se communiqueront à cet effet tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions, ainsi que sur celles d'autres Puissances.

Article II.

Les stipulations de l'Article I ne s'appliquent d'aucune manière à la question Egyptienne, au sujet de laquelle les Hautes Parties contractantes conservent respectivement leur liberté d'action, en égard toujours aux principes sur lesquels reposent le présent Traité et celui du 20 mai 1882.

Article III.

S'il arrivait que la France fît acte d'étendre son occupation ou bien son protectorat ou sa souveraineté, sous une forme quelconque sur les territoires Nord-Africains, et qu'en conséquence de ce fait l'Italie crût devoir, pour sauvegarder sa position dans la Méditerranée, entreprendre elle-même une action sur les dits territoires Nord-Africains, ou bien recourir, sur le territoire français en Europe, aux mesures extrêmes, l'état de guerre qui s'en suivrait entre l'Italie et la France constituerait ipso facto, sur la demande de l'Italie et à la charge commune des deux alliés, le casus foederis avec tous les effets prévus par les articles II et V du susdit Traité du 20 mai 1882, comme si pareille éventualité y était expressément visée.

Article IV.

Si les chances de toute guerre entreprise en commun contre la France amenaient l'Italie à rechercher des garanties territoriales à l'égard de la France, pour la sécurité des frontières du Royaume et de sa position maritime, ainsi qu'en vue de la stabilité de la paix, l'Allemagne n'y mettra aucun obstacle et, au besoin et dans une mesure compatible avec les circonstances, s'appliquera à faciliter les moyens d'atteindre un semblable but.

Article V.

Les Hautes Parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu du présent Traité.

Article VI.

Le présent Traité entrera en vigueur dès le jour de l'échange des ratifications et le restera jusqu'au 30 mai 1892.

Article VII.

Les ratifications en seront échangées à Berlin dans un délai de quinze jours, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé leur cachet.

Fait à Berlin le vingtième jour du mois de février mil huit cent quatre-vingt-sept.

(L. S.) v. Bismarck
(L. S.) Launay

Nr. 860

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Rom von Keudell

Eigenhändiges Konzept

Nr. 60
Geheim

Berlin, den 11. März 1887

Ew. teile ich ergebenst mit, daß die Ratifikationen der am 20. v. Mts. hier unterzeichneten geheimen Verträge mit Österreich-Ungarn und Italien gestern ausgewechselt worden sind.

H. Bismarck

Kapitel XXV

Verhandlungen über eine Entente zwischen England und Österreich 1886

Nr. 861

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß*

Unsigniertes Konzept

Nr. 803 Berlin, den 7. Dezember 1885

Geheim

Aus vertraulichen Mitteilungen des Grafen Hatzfeldt läßt sich mit Sicherheit entnehmen, daß die englischen Minister das Axiom aufstellen, sie brauchten sich um die englischen Interessen im Orient nicht zu kümmern, da Österreich dieselben allein durchfechten würde und müsse. Der Reichskanzler findet, daß die österreichische Regierung bei dem unbesonnenen und übereilten Eifer, mit welchem sie daran geht, die Frage in Fluß zu bringen und die russische Feindschaft auf sich abzuziehen**, dem englischen Kabinett allen Anlaß zu der Annahme gibt, daß Österreich für sich allein vorgehen werde; England würde in diesem Falle Österreich sich verbrauchen lassen und sich demnächst nach dem Gladstoneschen Programm auf Kosten Österreichs mit Rußland verständigen.

Diese englischen Meldungen bestätigen, wie recht der Reichskanzler hatte, Österreich vor der nervösen Politik zu warnen, die es neuerdings zu seinem Bedauern befolgt. Wenn Österreich seine Ungeduld zu zügeln vermöchte und sich in seiner Politik von staatsmännischen Gesichtspunkten leiten ließe, so würde es seine Interessen leicht wahrnehmen können, wenn Rußland vorher im Kriege mit England wäre oder vorher auch nur in Konstantinopel stände. Die Engländer brauchen nach ihrer eigenen Meinung noch zirka 2 Jahre, bis sie, wie sie überzeugt sind, in Indien unangreifbar sein werden; solange werden sie suchen, jeden Konflikt mit Rußland zu vermeiden. Lord Salisbury hat zu Graf Hatzfeldt gesagt, wenn die Türken wirklich in Ostrumelien einrückten, würde England natürlich seinen Standpunkt wahren und sich das Recht der Ratschläge vorbehalten müssen: es werde aber selbstverständlich keinen Mann auf-

* Vgl. den Privatbrief Graf Hatzfeldts an Graf Herbert Bismarck vom 5. Dezember 1885, Nr. 788.

** Näheres darüber in Bd. V, Kap. XXX, „Ostrumelische Frage und serbisch-bulgarischer Krieg".

stellen, um dies zu hindern. Rußland braucht vielleicht weniger als 2 Jahre, um sich angriffsfähig zu machen; wenn die österreichische Politik aber nicht die Nerven hat, dies abzuwarten, so erklärte der Herr Reichskanzler, daß er Österreich dann nicht helfen könne.

Fürst Bismarck bittet Ew. pp., im vorstehenden Sinne mit dem Grafen Kálnoky ganz vertraulich zu sprechen, diesen Erlaß und namentlich die Bezugnahme auf eine etwaige russische Besetzung Konstantinopels strengstens zu sekretieren.

Nr. 862

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 460 Wien, den 9. Dezember 1885
Geheim

Den hohen geheimen Erlaß Nr. 803 vom 7. d. Mts.*, die englische Politik im Orient betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich habe diesen Erlaß strengstens sekretiert, die darin enthaltenen Gedanken aber, mit Ausnahme der Erwähnung einer etwaigen russischen Besetzung Konstantinopels, mit dem Grafen Kálnoky ganz vertraulich besprochen.

Letzterer sagte mir, er wisse sehr gut, daß England das Ziel verfolge, seine Geschäfte im Orient durch Österreich besorgen zu lassen, und zu dem Ende Österreich mit Rußland zu verfeinden suche; auch daran zweifle er keinen Augenblick, daß es sich hüten werde, sich jetzt über die ostrumelische Frage mit Rußland zu entzweien, und deshalb auch nichts gegen ein eventuelles Einrücken der Türken in Ostrumelien tun wolle.

Ich habe ihm darauf gesagt, daß, wenn er dies wisse, so möge er doch nur Geduld haben und nicht durch zu rasches Vorgehen das Spiel Englands spielen. England treibe zum Krieg mit Rußland. Bis es dahin komme, könne allerdings noch einige Zeit vergehen. Österreich müsse dies ruhig abwarten, weil, wenn Rußland vorher im Kriege mit England wäre, Österreich dann seine Interessen leicht wahrnehmen könnte.

Graf Kálnoky stimmte meinen Ausführungen bei und versicherte, er werde sich wohl hüten, den Engländern den Willen zu tun[1]. Ich erwiderte ihm, daß, wenn er fortfahre, die russische Feindschaft auf sich zu ziehen, es doch dahin kommen würde. Ich wisse genau, daß die Stimmung in Petersburg immer gereizter gegen Österreich werde.

---

* Siehe Nr. 861.

Er müsse damit rechnen. Trotz der Macht des Zaren könnte dieser schließlich doch noch von der öffentlichen Meinung dominiert werden; um so leichter, als er selbst schon anfange verstimmt zu werden. Die Aufregung über die Khevenhüllersche Mission* habe sich wohl offiziell beruhigt, aber vergessen sei die Sache nicht, das könne ich ihm versichern. Euere Durchlaucht täten alles, um den Kaiser Alexander bei guter Laune zu erhalten. Diese Bemühungen würden aber fruchtlos werden, wenn hiesigerseits nicht sehr vorsichtig operiert würde. Nur keine einseitigen Schritte mehr, das sei die Hauptsache. Käme dies wieder vor, so würde Herr von Giers, der die Entente der 3 Kaisermächte zur Basis seiner Politik gemacht hätte, nicht im Amte bleiben können. Die Panslawisten würden dann die Oberhand gewinnen, und das wäre für uns ebensowenig gleichgültig wie für Österreich-Ungarn.

Graf Kálnoky bezeichnete meine Bemerkungen als zutreffend. Er will den Russen keinen neuen Anlaß zu Klagen geben, möchte aber bitten, daß auch ihm geholfen werde. Es würde nicht gerecht sein, nur auf russische Wünsche Rücksicht zu nehmen[2]. Österreich sei bei der jetzigen Krisis die nächstbeteiligte Macht, weil sie sich in seiner nächsten Nähe abspiele. Für Österreich kämen Interessen der eigenen Ruhe und Ordnung[3] ins Spiel, während es sich für Rußland mehr um ideale Interessen des Einflusses und — er zögere nicht, dies zu sagen — der verletzten Eitelkeit und des Ärgers über die diplomatischen Mißerfolge handelte. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Er thut ihn aber
[2] !
[3] für Rußland auch

Nr. 863

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 226 London, den 13. August 1886

Bei dem ersten Besuch, den ich Lord Salisbury seit dem Kabinettswechsel** heute in seinem Hause machte, ergriff derselbe die Initiative zu einem vertraulichen Gedankenaustausch über die politische Lage in Europa, indem er dabei die Offenheit an den Tag legte, die er mir schon bei unseren früheren Beziehungen gezeigt hatte.

* Vgl. Bd. V, Kap. XXX.
** Seit Ende Juli 1886 stand Lord Salisbury wieder an der Spitze eines Toryistischen Kabinetts. Vgl. Nr. 794, Fußnote.

Der Premierminister täuscht sich nicht darüber, daß der Erfolg, den seine Politik in bezug auf Bulgarien vor einigen Monaten errungen hat, in Rußland eine nachhaltige Unzufriedenheit zurücklassen mußte. Er verkennt ebensowenig die Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die russische Politik nach einer Gelegenheit sucht, um das verlorene Terrain im Orient wiederzugewinnen und für die Zukunft zu befestigen und auszudehnen.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend stellt er sich die Frage, ob die Gefahren, die hieraus für den Frieden hervorgehen können, schon in nächster Zukunft zu befürchten sind, und welche Mittel zur Abwehr die Situation in Europa bietet.

Als selbstverständlich bezeichnete Lord Salisbury dabei, daß England in militärischer Hinsicht allein wenig leisten könne, wenn es einmal zu einer ernstlichen Komplikation im Orient kommen sollte. „Nous sommes des poissons" wiederholte er mehrmals, indem er darauf hinwies, daß England nur durch seine Flotte ein ernstliches Gewicht in die Wagschale werfen könne. Hieran knüpfte er unmittelbar an, um darzutun, daß Österreich dazu berufen und in der Lage sei, den Teil der Aufgabe zu übernehmen, den England als Seemacht nicht ausführen könne, und, wenn die diplomatische Aktion zur Aufrechterhaltung des Friedens nicht genüge, eventuell militärisch die Ruhe im Balkan aufrechtzuerhalten, von welcher Seite sie auch gestört werden sollte. Er gab dabei zu verstehen, daß eine Annäherung und Verständigung zwischen Österreich und England über eine gemeinsame Haltung in diesen Fragen sehr erwünscht sein würde.

Nachdem ich von vornherein konstatiert hatte, daß ich nur persönliche Eindrücke wiedergeben könne, erwiderte ich dem Minister auf seine Bemerkung, daß nach meinem Gefühl die Stellung Österreichs, wie er sie auffasse, eine sehr schwierige sein würde. Er weise damit Österreich die eventuelle Aufgabe zu, die ganze Gefahr eines großen Krieges zu tragen, ohne eines nachhaltigen Rückhalts sicher zu sein. Selbstverständlich sei ich weder berufen noch imstande, die Interessen und die eventuellen Entschlüsse Österreichs bei dem von ihm vorausgesetzten Falle zu beurteilen. Ich könne mich aber dabei des Eindrucks nicht erwehren, daß Österreich, wie die Dinge heute lägen, zunächst seine eigene Sicherheit zu Rate ziehen und sich die Frage vorlegen werde, ob es besser tun würde, sich allein einer großen Gefahr auszusetzen oder aber andere Arrangements ins Auge zu fassen, welche den Frieden und seine Interessen vielleicht ebenfalls sichern würden.

Da Lord Salisbury auch eine Andeutung über unsere Stellung zur Sache gemacht hatte, so erinnerte ich ihn an unsere früheren vertraulichen Unterredungen über diese Frage, indem ich als meinen persönlichen Eindruck hinzufügte, daß die Gefahren, welche uns im Falle eines europäischen Konflikts bedrohen könnten, sich seitdem

durch die ihm bekannte Entwicklung der Dinge in Frankreich* noch bedeutend vermehrt hätten.

Der Minister ging hierüber mit dem Bemerken hinweg: „mais la France serait écrasée, si elle s'attaquait à Vous", und kam auf sein Thema zurück, indem er seine Auffassung dahin präzisierte, daß Österreich nur zu seiner alten traditionellen Politik in bezug auf den Orient zurückzukehren habe. Auf meine Frage, was er darunter verstehe, ob etwa die Aufrechterhaltung der Türkei, bejahte Lord Salisbury dies lebhaft. Als ich hierauf die Bemerkung hinwarf, daß dies auch die traditionelle Politik Englands gewesen, daß sie aber seit Jahren verlassen und in ihr Gegenteil umgekehrt worden sei, erwiderte mir der Minister ohne Bedenken, daß England selbstverständlich ebenfalls zu seiner früheren Politik zurückkehren müsse[1].

Dies führte von selbst zu der Frage, welche Rolle die Türkei spielen könne. Lord Salisbury klagte über den Sultan, dessen Persönlichkeit eine Verständigung mit ihm sehr erschwere, verkannte aber nicht die militärische Leistungsfähigkeit, welche die Türkei noch jüngst Griechenland gegenüber gezeigt habe**, und die nur durch die finanzielle Not der Pforte beeinträchtigt werde. Dieser Punkt schien dem Minister insofern Sorge zu machen, als er, wie die Dinge in England liegen, kein Mittel sieht, dem Sultan finanziell zu Hilfe zu kommen[2].

Als den für den Augenblick gefährlichsten Punkt im Orient bezeichnete er Mazedonien, indem er gleichzeitig darauf hinwies, daß bei jeder Komplikation auch von Griechenland neue Gefahren drohen würden. Diesen Komplikationen lasse sich aber, wenn Österreich mitwirken und seinen Einfluß geltend machen wolle, auch diplomatisch noch vorbeugen. In Belgrad, in Sofia, wie auch in Konstantinopel und in Bukarest sei das Wort Österreichs von hohem Gewichte, und ein entschiedenes Auftreten der österreichischen Regierung in jenen Ländern würde genügen, nicht nur diejenigen Regierungen, die eigene Zwecke verfolgten, zur Ruhe zu verweisen, sondern auch fremde Einflüsse, die sich in jenen Ländern geltend machten, fernzuhalten.

Er selbst, fügte der Minister hinzu, könne nur in Athen[3] auf ein wirksames Eingreifen der englischen Politik rechnen, und er würde auch nicht unterlassen, seinen ganzen Einfluß dort im Interesse des Friedens zur Geltung zu bringen. Ganz im Vertrauen ließ er dabei durchblicken, daß der Fürst von Bulgarien nicht mehr das frühere Entgegenkommen für die Ratschläge der englischen Regierung zeige, ohne daß er, Lord Salisbury, sich über die Gründe dieser Veränderung Rechenschaft geben könne. Trotzdem wolle er auch dort seinen Ein-

---

* Vgl. Bd. VI, Kap. XL, „Deutsch-französische Kriegsgefahr".

** Bei der im Frühjahr 1886 drohenden griechisch-türkischen Kriegsgefahr sollen die türkischen Truppenaufstellungen an der thessalischen Grenze bis zu 20 000 Mann betragen haben.

fluß im Sinne der Mäßigung und des Friedens geltend zu machen suchen.

Am Schlusse unseres vertraulichen Gesprächs kam Lord Salisbury auch auf die Möglichkeit eines Konflikts mit Rußland in Asien. Er betonte dabei mit Nachdruck, daß die Verhältnisse sich dort seit zwei Jahren wesentlich geändert hätten, und daß er heute jene Möglichkeit nicht mehr fürchte. England sei jetzt so gut wie fertig mit seinen Vorbereitungen in Indien. Er wisse sehr gut, daß es sich dort, wenn es einmal zum Zusammenstoß komme, lediglich um ein Duell handele, und daß England dabei auf keine andere Macht würde zählen können. Dafür hätte England aber in diesem Fall den Vorteil, bei sich zu Hause und in der Nähe aller seiner Ressourcen den Kampf führen zu können.

Lord Salisbury bat mich, als ich Abschied von ihm nahm, ihn demnächst wieder zu besuchen und mich überhaupt stets an ihn zu wenden, wenn ich es für nützlich hielte. Er gedenkt aber gegen Ende des Monats, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse sein Verbleiben notwendig machen, sich mit seiner Familie wieder auf einige Wochen zu seiner Erholung nach Dieppe zu begeben. P. Hatzfeldt

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Es sollte die türk[ische] Armee besolden
[2] ?
[3] !

Nr. 864

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Abschrift

Nr. 714 Berlin, den 20. August 1886

Zu Euerer Exzellenz Bericht Nr. 226 vom 13. August* hat der Herr Reichskanzler bemerkt:

Wenn England keine Truppen und kein Geld habe, so werfe sich die Frage notwendig auf, was es überhaupt denn noch vermöge. Wolle es eine Unterstützung seiner Politik haben, so müsse es sich selbst einsetzen und dürfe nicht darauf rechnen, daß andere ihm die Kastanien aus dem Feuer holen würden. Österreich könne England unterstützen, aber nicht vertreten. Wenn England keine Truppen habe, so müsse es sich solche in der türkischen Armee mit englischem Gelde beschaffen. Mit Geld lasse sich in der Türkei alles machen, auch ein anderer Sultan. Aber wenn die Haltung der Türkei im Interesse Englands liege, so müsse es auch seinerseits eben etwas dafür tun. In früheren Zeiten habe England stets den Kontinentalmächten, die es gebraucht habe,

---

* Siehe Nr. 863.

Subsidien bezahlt, auch Preußen. Dies Mittel müßten sie auch bei der türkischen Armee anwenden, und dann würden sie eine starke Stellung dort haben. Es sei nicht möglich für England, mit gekreuzten Armen dazustehen und andere ins Feuer zu schicken. — Uns sei Konstantinopel völlig gleichgültig, und auch Österreich sei in der Möglichkeit, sein Abkommen zu treffen, wenn Rußland Konstantinopel nehme. —

Der Herr Reichskanzler wünscht, daß Euere Exzellenz sich bei geeigneter Gelegenheit in diesem Sinne gegen Lord Salisbury äußern.

(gez.) Graf Berchem

Nr. 865

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Entzifferung

Nr. 299 London, den 20. September 1886

Bei einer gelegentlichen Unterhaltung mit Lord Randolph Churchill* ergriff derselbe mir gegenüber die Initiative zu einer vertraulichen Besprechung der politischen Situation in bezug auf den Orient.

Nachdem ich zunächst auf seine Frage nach unserer Auffassung bestimmt konstatiert hatte, daß weder in Bulgarien noch auch in Konstantinopel deutsche Interessen berührt werden, entwickelte mir Lord R. Churchill seine Ansichten bezüglich der von England zu befolgenden Politik. Er stellte dabei bestimmte Sätze auf, die er als maßgebend betrachtet, und welche seine Meinung klar erkennen lassen.

An die Spitze stellte er den Satz, daß England keine europäische, sondern eine asiatische Macht sei, deren Aufgabe lediglich darin bestehe, sich den Besitz von Indien für alle Zeiten zu sichern. England habe daher keine wesentlichen Interessen in der Balkanhalbinsel[1] und könne Rußland dort ruhig gewähren lassen.

Sehr bezeichnend für den Einfluß, den Lord Randolph Churchill jetzt auf die auswärtige Politik ausübt, erschien mir die ihm entschlüpfte Bemerkung, daß er sich dem russischen Botschafter gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen habe.

Er entwickelte hierauf als zweiten Satz die Behauptung, daß in England unter den heutigen Verhältnissen die äußere Politik von der inneren Politik untrennbar sei. Die Aufgabe der konservativen Regierung bestehe vor allem darin, sich dauernd zu befestigen, um mit Erfolg den konservativen Sinn im Lande fördern und

* Schatzkanzler im Kabinett Salisbury, daneben Führer der Regierungsmehrheit im Unterhause.

die monarchischen Konstitutionen befestigen zu können. Diese Aufgabe, die auch unseren Wünschen entsprechen müßte, würde vereitelt oder gefährdet werden, wenn die konservative Regierung, die stets der Kriegslust verdächtigt worden sei, sich in auswärtige Abenteuer stürzen und dabei auch den Vorwurf herausfordern wollte, zuviel Geld zu brauchen. Lord R. Churchill bemerkte dazu ganz offen, diese Erwägungen habe er gegen Lord Salisbury geltend gemacht und ihn damit vor die Frage gestellt, ob er die schwierige innere Aufgabe der auswärtigen Politik opfern wolle.

Als Lord R. Churchill hierauf meine persönliche Meinung über seine Politik verlangte, erwiderte ich ihm, daß ich unseren Standpunkt bereits klargestellt hätte, und daß England selbst wissen müsse, ob und welche Interessen es am Balkan besitze, und ob es sie verteidigen wolle oder nicht. Im Anschluß hieran kam er wieder auf Konstantinopel und suchte mir klarzumachen, daß doch mindestens noch längere Zeit vergehen müsse, bis Rußland in die Lage kommen werde, sich Konstantinopels[2] zu bemächtigen. Obwohl er im Eingang unserer Unterhaltung jedes englische Interesse dort in Abrede gestellt hatte, vermied er jetzt doch sichtlich, offen auszusprechen, daß England ein etwaiges Einrücken Rußlands nach Konstantinopel ohne weiteres hinnehmen könne.

Im Laufe der Unterhaltung und infolge eines Artikels im Pariser „Figaro" über Ägypten kam auch die Frage zur Sprache, wie England eine etwaige Aufforderung, das Land zu verlassen, zu beantworten haben würde. Lord R. Churchill wollte den Fall, daß diese Aufforderung von irgendeiner Seite kommen könne, nicht als denkbar anerkennen[3]. Für den Fall sprach er aber diesmal kategorisch aus, daß England die Forderung ablehnen und eventuell unbedenklich bis zum Krieg gehen müsse. Er fügte hinzu: „Nous devons garder les Indes toujours et l'Egypte encore longtemps."

Gleichzeitig verriet Lord R. Churchill eine gewisse Besorgnis, wie Deutschland sich eventuell zu der etwa von anderen Mächten geforderten Räumung Ägyptens stellen könnte. Er sagte, es liege allerdings in unserer Macht, die konservative englische Regierung zugrunde zu richten, wenn wir uns einer Aktion in bezug auf Ägypten anschlössen. Auf seine hieran geknüpfte bestimmte Frage, ob nach meiner Meinung ein solcher Fall eintreten könne, beschränkte ich mich auf die Bemerkung, daß der Fall nicht vorliege, und daß ich mir bei den heute zwischen Deutschland und England bestehenden freundschaftlichen Beziehungen über eine solche entfernte Eventualität keine Meinung bilden könne*.

---

* Im Verfolg der Churchillschen Frage nach Deutschlands Stellungnahme in der ägyptischen Angelegenheit wurde Hatzfeld am 24. von Bismarck telegraphisch angewiesen: „Euere Exzellenz wollen Churchill gegenüber auf die von ihm ge-

Schließlich kam Lord R. Churchill auf Österreich zurück, indem er wiederholt Zweifel ausdrückte, daß die österreichische Regierung dem russischen Vorgehen im Orient gegenüber, welches seine Interessen zunächst bedrohe[4], auf die Dauer untätig bleiben könne. Ich lehnte es ab, die österreichische Politik zu diskutieren, und beschränkte mich schließlich auf die Bemerkung, daß nach meinem persönlichen Eindruck Österreich nicht daran denken könne, für Interessen, bei welchen andere wesentlich beteiligt seien, allein einzutreten, und daß es eine friedliche Verständigung vorziehen werde.

Hatzfeldt

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopf des Schriftstücks in Abschrift: Nichts Neues, der alte Versuch, Oest[er]r[eich] ins Feuer zu schicken

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck in Abschrift:

[1] Connu!

[2] Rußland braucht nur die Dardanellen, nicht Constantinopel.

[3] bequem!

[4] die alte Geschichte

Nr. 866

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 24. September 1886

Es ist leider zu spät, um noch einen Bericht über meine heutige Unterredung mit Randolph Churchill vor dem Abgang des Feldjägers zu verfassen und abschreiben zu lassen, und ich erlaube mir daher, Ihnen in dieser vertraulichen Form darüber Mitteilung zu machen.

Nachdem Churchill für die vertrauliche Zusicherung, die ich im Namen des Herrn Reichskanzlers bezüglich Ägyptens gemacht*, lebhaft gedankt und hervorgehoben hatte, wie wertvoll dieselbe für ihn sei, da er grade jetzt wichtige finanzielle Reformen für Ägypten vorbereite und den zu erwartenden Widerspruch Frankreichs nicht fürchte, wenn wir uns an keinem Vorgehen bezüglich Ägyptens beteiligten, ergriff er die Initiative, um auf unsere neuliche Konversation über die allgemeine politische Situation mit bezug auf den Orient zurückzukommen. Er sagte ungefähr Folgendes: er hoffe, daß ich seine Stel-

---

stellte Frage zurückkommen und ihm sagen, daß wir uns an einem Vorgehen anderer Mächte in bezug auf Ägypten sicher nicht beteiligen würden. Nur durch kränkende Behandlung in für England unbedeutenden Kolonialfragen würde uns in einigen Jahren die Versuchung dazu nahe treten." Vgl. auch Kap. XXIII, Nr. 797.

* Vgl. Nr. 865, S. 270, Fußnote.

lung zur Sache richtig verstanden hätte. Seine Aufgabe in bezug auf die auswärtige Politik bestehe darin, nur das zu vertreten, was keinen Bruch der unionistischen Majorität in der Kammer herbeiführen könne. Diese müßte erhalten werden, weil ein Bruch mit derselben das Ende aller konservativen Bestrebungen und aller Institutionen, die auch uns am Herzen liegen müßten, in bezug auf monarchistische Einrichtungen, Haus der Lords, Kirche usw., bedeuten würde. Einem Gegner wie Gladstone gegenüber, der den geringsten Fehler rücksichtslos und mit Geschick verwerten würde, sei die größte Vorsicht geboten, und die Regierung dürfe sich keinem Vorwurf aussetzen, sich in kostspielige Abenteuer gestürzt zu haben. — Von dem Standpunkt aus, daß er nur eine auswärtige Politik in der Kammer vertreten könne, für welche er der Majorität sicher sein würde, gebe es für ihn nur eine Möglichkeit der Aktion für England. Dieses letztere dürfe nicht die leitende Stelle nach außen übernehmen, sondern könne[1] sich an eine andere Macht, wie Österreich, anschließen, wenn beide dann the moral support of Germany hätten. Für diesen Fall könne er mir versichern, daß England voll und loyal mitgehen[2] würde. Es würde dann noch weiter gehen, als es jetzt mir wohl möglich erschiene, denn in diesem Fall (moral support[3]) sei er seiner Majorität unbedingt sicher. Für jedermann hierzulande sei es leicht verständlich, daß Deutschland, das einzige Land, mit dem weder Antagonismus noch Differenz bestehe, der natürliche Bundesgenosse Englands sei[4]. Dann sei die Zustimmung der Kammer wie des Landes für alles zu erlangen. Selbst wenn Frankreich uns dann bedrohen wollte, würde England sich auch darüber mit uns verständigen[5].

Ich erwiderte Churchill, ich müßte mich begnügen, über den Teil dieses Programms, welcher uns betreffe, meine Meinung zu sagen. Sowohl Lord Salisbury, wie ihm hätte ich wiederholt gesagt, daß im Orient keine deutschen Interessen berührt seien. Kein deutscher Staatsmann könne die Verantwortlichkeit übernehmen, für solche Interessen, die uns nicht berührten, Deutschland in einen Krieg zu stürzen, bei welchem wir, wie er sehr gut wisse, mit zwei mächtigen Nachbarn zu rechnen haben würden. Unsere Politik sei daher klar vorgezeichnet, und ich hätte Lord Salisbury nie einen Zweifel darüber gelassen. Den Teil seines Programms: „with the moral support of Germany" müsse er daher streichen[6]. Über den übrigen Teil desselben könnte ich mir kein Urteil erlauben.

Hierauf erwiderte Churchill, daß er keine Möglichkeit sehe, mit Österreich allein[7], selbst wenn dasselbe dazu bereit wäre, in eine Aktion zu treten. Er würde dies in der Kammer nicht vertreten können[8] und den Zusammenbruch der unionistischen Majorität befürchten müssen, was er nicht zugeben könne. Die heutige englische Politik, die darin bestehe, Rußland in Sofia Schwierigkeiten zu machen, halte er für ganz unrichtig. Er würde lieber den Abschied nehmen,

als in der Kammer eine englische Aktion auf dieser Grundlage zu vertreten.

Nachdem ich nochmals unsern Standpunkt präzisiert hatte, beendete ich unsre Unterhaltung. Sie scheint mir aber von hohem Interesse, weil sie im Gegensatz zu seiner bisher zur Schau getragenen Indifferenz erkennen läßt, daß Churchill, dessen Stellung und Einfluß heute wohl nicht zu unterschätzen, einer nach seiner Ansicht wirklich mächtigen und nach englischer Auffassung hier populären Aktion im Grunde seines Herzens keineswegs abgeneigt ist. Ich habe, wie ich hinzufügen muß, den Eindruck, daß diese Schwenkung Churchills der Einwirkung Lord Salisburys zuzuschreiben ist[9] [10].

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Es wird aber nicht!

[2] fällt ihm nicht ein! es wird dieselben Bedenken haben wie heut, u[nd] weniger Eile, da andre vorgehn!

[3] strict neutrality!

[4] aber England nicht der Deutschlands! Für England geht die innre Parlamentspolitik vor!

[5] so wie so.

[6] richtig

[7] u[nd] der Türkei!

[8] Schneider! biegt nur Pantsch, ein paroli
mit solchem Kleinmuth ist kein Handel möglich

Schlußbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

[9] Mir scheint, Churchill will uns „über'n Löffel barbieren"?

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[10] gewiß; immer das alte Lied. Wenn England nicht die Spitze nimmt, so ist Oest[er]reich thöricht wenn es auf England rechnen will. Wenn Ch[urchill] mit Oest[er]r[eich] u[nd] der Türkei noch Manschetten hat, wie soll da Oest[er]r[eich] allein der Katz die Schelle anhängen? u[nd] sich von England im Stiche gelassen sehn? wie wir 1870!

Nr. 867

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 27. September 1886

Zum Briefe des Grafen Hatzfeldt* bemerkte der Herr Reichskanzler noch in Vervollständigung seiner Marginalien, im Jahre 1878 wäre England doch bereit gewesen, mit Österreich allein gegen Rußland einzuschreiten, wenn der Kongreß mißlang, und diese Even-

---

* Siehe Nr. 866.

tualität hätte auf Rußland hinreichenden Eindruck gemacht, um nachzugeben. Wenn England jetzt, obgleich die Türkei damals auf dem Rücken gelegen hätte, mit der Türkei, die gegenwärtig eine gute Armee habe, und Österreich zu schwach sei, so wäre das entweder eine unaufrichtige Fiktion oder ein Maß von Kleinmut, mit dem man überhaupt nicht rechnen könnte.

C. Rantzau

Nr. 868

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 28. September 1886

Der englische Botschafter, welcher gestern abend hierher zurückgekehrt ist, teilte mir vertraulich ein Schreiben des Lord Iddesleigh mit, von welchem ich Abschrift genommen habe. Bei Besprechung dieses Schreibens sagte Sir Edward Malet zu dem Passus auf Seite 3, er hätte dem Lord Iddesleigh bereits seinerseits gesagt, daß England sich nicht über die Unbekanntschaft mit unseren politischen Plänen beschweren könnte. Euere Durchlaucht hätten ihm wiederholt unsere Stellung klar entwickelt und dargelegt, daß England niemals auf unsere Bundesgenossenschaft gegen Rußland rechnen könne, solange letzteres uns nicht direkt angriffe.

Der englische Botschafter hat seinerseits den Lords Salisbury und Iddesleigh seine Meinung kategorisch dahin ausgesprochen, daß England eine klar erkennbare und kühne Politik befolgen müsse, dann würde es Freunde finden, so viele es nur brauchte; wenn die englische Regierung aber immer abwartete, bis andere sich eine Meinung gebildet hätten, so würde sie gänzlich ins Hintertreffen kommen und alles Gewicht im europäischen Konzert verlieren.

Ich teilte dem englischen Botschafter hierauf vertraulich den Inhalt des letzten Privatbriefes des Grafen Hatzfeldt über eine Unterredung mit Lord Randolph Churchill* mit und knüpfte daran die Bemerkung, für England sei es zu bedauern, daß Churchills Ansichten sich so wenig mit denen des Botschafters zu decken schienen. Als ich an den Punkt gekommen war, daß Churchill an Graf Hatzfeldt gesagt hätte, England würde im Bunde mit Österreich zu schwach sein, um eventuell gegen Rußland aufzutreten, wurde Sir Edward sehr rot und rief aus: „I call that a policy of cowardice[1].“ „Glücklicherweise“, fügte er hinzu, „hat Lord Randolph bei uns nicht das letzte Wort in

* Siehe Nr. 866.

der auswärtigen Politik, und ich weiß, daß Lord Salisbury sehr viel anders denkt. Der erstere ist intim mit den russenfreundlichsten Radikalen, wie z. B. Labouchère und Chamberlain; er ist viel eher ein Umsturzmann als ein Konservativer, und ist zu den Tories nur gegangen, weil er sah, daß es dort absolut an Fähigkeiten gebrach, und die Chancen für ihn in dieser Partei deshalb am besten lagen. Ich halte sehr wenig von Lord Randolph und vermeide ihn, soviel ich kann. Derselbe besitzt für die auswärtige Politik nicht das geringste Verständnis[2], und wenn ein Staatsmann eine Politik, die er für richtig hält, aus parlamentarischen Rücksichten nicht ausführt, so handelt er gewissenlos; glaubt er das Parlament nicht zu seinen Ansichten bekehren zu können, und hat er nicht den Mut, gegen den Willen desselben zu handeln, so ist es seine Pflicht zurückzutreten. Es ist der größte Fehler, den wir machen können, wenn wir Konstantinopel den Russen überlassen, wie die neue radikale Schule bei uns das befürwortet: sind die Russen im Besitz Konstantinopels, so können wir Ägypten keinenfalls halten und, wie ich glaube, Indien ebensowenig. Es ist eine grobe Täuschung anzunehmen, die Russen würden, wenn sie erst vor Konstantinopel stehen, auf jede weitere Expansion in Ewigkeit verzichten und an Kriege nicht mehr denken: eine erobernde Politik, wie die russische, wird sich niemals selbst eine Grenze stecken. Ich habe mich zu Lord Salisbury wie Lord Iddesleigh im vorstehenden Sinne ausgesprochen und deren Beistimmung gefunden. Die große Mehrheit des Kabinetts steht absolut zu diesen alten Führern der Tories: Lord Randolph Churchill hat höchstens zwei der Kabinettsmitglieder auf seiner Seite, und sein Einfluß auf die auswärtige Politik ist deshalb zum Glück ein verschwindender."

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Der richtige Ausdruck
[2] Bauerfänger!

Nr. 869

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 366 St. Petersburg, den 1. Oktober 1886

Der österreichisch-ungarische Botschafter erzählt mir ganz vertraulich, der sonst eher anglophile Graf Károlyi* habe während seiner neulichen Anwesenheit in Wien dem damals bei den galizischen Manövern

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in London.

weilenden Grafen Kálnoky durch Herrn von Szögyényi* sagen lassen: er, Graf Károlyi, bäte den Minister dringend, sich nicht mit England einzulassen; England wolle wohl Österreich gegen Rußland vorschieben, würde aber nicht daran denken, für Österreich einzutreten, sofern es zum Kriege zwischen diesem und Rußland kommen sollte.

Bülow

Nr. 870

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 429 Wien, den 4. Oktober 1886
Vertraulich

Den hohen Erlaß Nr. 613 vom 27. v. Mts. nebst den anliegenden Berichten der Kaiserlichen Botschaften in Konstantinopel und London, betreffend die französisch-türkischen Verhandlungen über Ägypten**, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Graf Kálnoky, der mir gestern ein Schreiben des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers in London vorlas, auf welches ich demnächst zurückzukommen mir erlauben werde, gab mir Gelegenheit, den Inhalt der Anlagen zu verwerten. Es waren ihm aus Konstantinopel ganz ähnliche Nachrichten, wie diejenigen, die Herr von Radowitz über den Stand der betreffenden Verhandlungen gibt, zugegangen. Der Minister verfolgt aufmerksam die dort spielenden französischen Intrigen, glaubt aber, daß der Sultan wie gewöhnlich so auch diesmal die Bemühungen des französischen Botschafters durch seine bekannte Unentschlossenheit oder Schlauheit zum Scheitern bringen werde.

Interessant sei die hierbei zutage getretene entschiedene Ansicht des englischen Premiers, daß er Ägypten nicht aufgeben wolle.

Daß Lord Salisbury mit Bezug auf Bulgarien eine Verständigung mit Österreich hoffe, sei nicht verwunderlich. In welcher Weise England diese Verständigung wünsche, sei bekannt; der englische Premier könnte aber doch nachgerade wissen, daß er nicht darauf rechnen kann, Österreich ins Feuer zu schicken[1].

Baron Hengelmüller*** schriebe ganz vertraulich, daß ihm die englischen Minister häufig im Sinne einer Verständigung sprächen; ja er sei überzeugt, daß dieselben sehr bereit seien, mit Österreich in ein

---

* Sektionschef im Ministerium des Äußern.
** Seit dem August 1885 weilte Sir Drummond Wolff als englischer Specialgesandter für die ägyptischen Angelegenheiten in Konstantinopel und Kairo; seine Bemühungen, die am 24. Oktober 1885 zu einer englisch-türkischen Konvention geführt hatten, wurden aber fortwährend durch Frankreich kontrekariert.
*** Österreich-ungarischer Botschaftsrat in London

Allianzverhältnis zu treten[2]. Dabei fehlten aber immer die nötigen Grundlagen, die eine solche Allianz für Österreich wertvoll machen könnten. Es sei nicht zu erwarten, daß die Nation der Regierung folgen werde, wenn diese wegen Bulgarien eine gegen Rußland gerichtete Initiative ergreifen wollte. Lord Salisbury sei nicht der Mann, eine solche Politik selbständig zu führen; er hinge ganz von Lord Randolph Churchill ab, und der würde dem Premier nicht gestatten, auf Kosten[3] der inneren Fragen sich in eine unternehmende äußere Politik zu stürzen. Lord Iddesleigh sei ein wohldenkender Mann, aber ihm würde in England wohl niemand auf solchem Pfade folgen etc.

Herr von Hengelmüller meldet, daß er sich stets nach Maßgabe derjenigen Aufzeichnungen ausspreche, welche Graf Kálnoky über ein Gespräch mit Sir Augustus Paget gemacht, und die auch Eurer Durchlaucht bekannt sind.

Die Rede, die Lord R. Churchill in Dartford gehalten, gibt den Ansichten des Geschäftsträgers recht*.

Graf Kálnoky sprach mir davon und bemerkte, daß dieser englische Minister nicht vorsichtig[4] handele, wenn er die öffentliche Meinung in dieser Weise auf eine etwas prononciertere Aktion vorbereite, die Lord Iddesleigh in Aussicht zu stellen scheine.

Sir A. Paget habe ihm nämlich gestern ein ganz vertrauliches Memorandum[5] gebracht, welches in ernster leidenschaftsloser Weise die durch die bulgarischen Angelegenheiten hervorgerufene politische Lage bespricht und auf die Gefahren für die Aufrechterhaltung der Verträge und für den Frieden aufmerksam macht. In diesem Schriftstücke gibt das englische Kabinett endlich einmal zu, daß es wichtige Interessen auf der Balkanhalbinsel zu verfechten habe. Das Memorandum gesteht offen, daß England genötigt sein würde, eintretenden Falles[6] Konstantinopel zu verteidigen. Schritte zu tun vorher, und um einer solchen Infraktion in die Verträge vorzubeugen, dazu würde sich England nur verstehen können, wenn es dabei von einer oder der anderen Macht unterstützt würde[7]. England wolle nicht leichtsinnig einen Krieg heraufbeschwören, würde es vorziehen, die Dinge auf der Balkanhalbinsel im friedlichen Wege zu ordnen.

Das Memorandum macht keine bestimmten Vorschläge, kommt auch nicht mit Anträgen heraus, es stellt nur die Frage, was zu tun sein werde.

In Selbstbeantwortung dieser Frage wird hervorgehoben, daß England vor allem suchen müsse, die verlorene politische und diplomatische

* In seiner Dartforder Rede vom 2. Oktober hatte Lord R. Churchill die Stellung der englischen Regierung zur bulgarischen Frage dargelegt. Charakteristisch für die Rede war der Satz, England könne es mit großer Genugtuung ansehen, daß Österreich den Anfang mit der großen internationalen Aufgabe mache, die Freiheit und Unabhängigkeit der Donaufürstentümer gegen die russische Autokratie zu schützen.

Stellung am Bosporus wiederzugewinnen. Sir W. White solle diese Aufgabe zufallen.

Graf Kálnoky hat dem Botschafter geantwortet, er freue sich, von ihm zu hören, daß das englische Kabinett endlich zu der Überzeugung gekommen sei, daß auch England Interessen auf der Balkanhalbinsel zu wahren habe. Wäre diese Erkenntnis schon früher zum Durchbruch gekommen, so wäre es nicht unmöglich, daß die politische Lage heut eine andere, ja daß vielleicht auch die Politik Österreichs in den Orientfragen eine andere sein würde.

Er wünsche der englischen Politik auf dem nun zu betretenden Wege alles Gute; er sei auch gern bereit, Sir W. White in seiner Aufgabe zu unterstützen, den Boden der Verträge zu wahren. Die Beziehungen Österreichs zu Rußland seien indessen vortrefflich, und er hoffe mit Zuversicht, daß es dank diesen Beziehungen gelingen werde, auch über die jetzigen Schwierigkeiten herüberzukommen. Diese Beziehungen daran zu geben, um sich einer Politik anzuschließen, die gewiß sehr anerkennenswert sei, aber die doch nicht mit Bestimmtheit die zur Ausführung derselben nötige Initiative markiere, scheine ihm doch nicht unbedenklich. Österreich wolle den Frieden und hoffe, denselben auch im intimen Zusammengehen mit Rußland zu erhalten.

Der Minister hält es immerhin für bedeutsam, daß das englische Kabinett eine solche Sprache führe, glaubt aber nicht recht[8] an die Durchführung einer energischen Politik. Er ist deshalb weit entfernt, den Engländern Hoffnungen zu erwecken, die ihren Eifer rasch abkühlen würden. Lord Churchills Rede beweise hinreichend, wie rasch die Engländer bei der Hand wären, einem anderen die Verfechtung ihrer Interessen zu überlassen.

Graf Kálnoky zweifelt nicht, daß englischerseits in Berlin eine gleiche Eröffnung[9] gemacht worden ist, und würde es ihn interessieren, Eurer Durchlaucht Ansicht darüber zu hören[10].

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ? Wer weiß!

[2] fällt ihnen nicht ein!

[3] ? ?

[4] [„vorsichtig“ eingeklammert, dafür:] „aufrichtig“

[7] Redensart! auch dann nicht! man hofft nur Oest[er]r[eich] u[nd] uns anzuputschen.

[8] ich auch nicht

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

[5] hat in Varzin vorgelegen im Excerpt, ganz anodyne Phrasen, 4 Seiten lang für Wien erweitert

[6] ? für uns nein

[9] nicht genau dieselbe

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[10] ist die diesseitige in Wien mitgetheilt? fiat eventuell.

Nr. 871

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck*

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 26. Oktober 1886

Ich bitte um die Erlaubnis, über meine ganz vertrauliche Unterredung mit Randolph Churchill wieder in dieser Form berichten zu dürfen, um Ihnen ein möglichst anschauliches Gesamtbild seiner ganzen Haltung geben zu können.

Zunächst bat er mich, Ihnen mit vielen Grüßen zu sagen, daß er bei seinem kurzen Aufenthalt in Berlin** es nur aus Diskretion unterlassen habe, Ihnen seinen freundschaftlichen Besuch zu machen. Er habe befürchtet, daß ein solcher Schritt bei der Aufmerksamkeit, die seine Erholungsreise ohnehin erregt habe, zu unabsehbaren Kommentaren Anlaß geben könnte, die Ihnen vielleicht ebenfalls unerwünscht sein würden. Er sprach schließlich die dringende Hoffnung aus, daß Sie diese Unterlassung nicht übel gedeutet haben würden. pp.

Churchill ging nun zur großen Politik über, indem er zunächst versicherte, daß er auf seiner Reise niemand gesehen und weder in Berlin noch in Wien noch in Paris mit maßgebenden Persönlichkeiten zusammengekommen sei. Die einzige Ausnahme sei ein zufälliges Zusammentreffen beim englischen Militärattaché in Wien mit dem dortigen Sektionschef Szögyényi gewesen, mit welchem sich dann von selbst eine politische Unterhaltung über die Entwicklung der Dinge im Orient ergeben habe. Er habe dem Sektionschef dabei deutlich gesagt, daß England nicht allein handeln könne, daß es aber, falls Österreich gegen das Einrücken der Russen in Bulgarien in Petersburg eine kategorische Erklärung (er brauchte das Wort „Ultimatum") abgeben wolle, sich rückhaltlos[1] dabei beteiligen würde.

Als ich hier die Bemerkung hinwarf, nach meinen persönlichen Beobachtungen bestehe in Österreich die Auffassung, daß auf ein volles Mitgehen Englands bis ans Ende nicht mit Bestimmtheit zu rechnen sei, und daß Österreich daher besser tue, sich mit Rußland zu verständigen, erwiderte mir Churchill, dieselbe irrtümliche[1] Auffassung habe er auch bei dem Sektionschef Szögyényi gefunden. Er suchte mir nun mit dem größten Eifer nachzuweisen, wie unbegründet ein solches Mißtrauen sei. Zunächst sei das heutige englische Kabinett, wenn es

---

* Vgl. Nr. 804, wo ein weiteres die ägyptische und die Kolonialfrage behandelndes Stück des Briefes abgedruckt ist.

** Lord Randolph Churchill hatte kurz vorher auf einer Reise nach Wien auch Berlin berührt, ohne hier mit offiziellen Persönlichkeiten Berührung zu suchen.

keine Fehler mache und die unionistische Majorität erhalte, so stark, wie Lord Beaconsfield es zu keiner Zeit gewesen sei[2]. Aus seiner inneren Schwäche lasse sich daher kein Argument gegen eine Verständigung mit England herleiten. So wenig sich vor dem Parlamente ein einseitiges Vorgehen Englands im Orient vertreten lasse, so unbedingt sicher[1] sei aber die[3] Zustimmung desselben wie des Landes zu einer Verständigung mit den anderen interessierten[4] Großmächten, namentlich wenn, wie dies hier der Fall sein würde, der Zweck der gemeinsamen Aktion auf die Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet wäre. Weder Deutschland, noch Österreich, noch England hätten dabei Vorteile oder Vergrößerungen zu erstreben, während Rußland allein solche Zwecke verfolge und dadurch die Erhaltung des Friedens bedrohe. Von Italien allein könne man vielleicht sagen, daß es bisher stets im Trüben zu fischen gesucht habe.

Auch die militärische Schwäche Englands werde wesentlich übertrieben[1]. Sollte es einmal zu einem Konflikt zwischen Rußland und Österreich kommen, so würde letzteres allein allerdings militärisch im Nachteil sein, und namentlich Galizien, welches offen liege und nur von 50 000 Mann besetzt sei, dem Angriff von 150 000 Russen ausgesetzt sein. Die Versicherung könne er aber geben, daß England sehr wohl in der Lage sein würde, dem befreundeten Österreich 50- bis 60 000 Mann Kerntruppen zur Verfügung zu stellen. Eine englische Flotte vor Varna[5] würde dann Rußland ebenfalls ernstlich zu denken geben.

In bezug auf die Türkei, deren eventuellen Wert er keinenfalls verkenne, liege die Sache so, daß die hiesige öffentliche Meinung bei der jetzigen Sachlage eine aktive Unterstützung derselben noch nicht verstehen[6] und gutheißen würde[7]. Ganz anders aber würden sich die Dinge gestalten, wenn England in Gemeinschaft mit anderen Staaten zur Aktion übergehen könnte und müßte. Er würde seinerseits dann keinen Anstand nehmen, eine Million Pfund Sterling oder mehr von der Kammer zur Unterstützung der Pforte und zur Erhaltung der türkischen Armee zu fordern, und zweifle nicht am Erfolg.

Wenn hiernach anerkannt werden müsse[1], daß man es hier mit einer starken Regierung zu tun habe, die auch in einer militärischen Aktion nachdrücklich auftreten könne, so lasse sich das Mißtrauen, welchem sie bei uns wie in Österreich begegne, nicht verstehen. Man könne doch unmöglich annehmen[8], daß Lord Salisbury, wenn er offen und loyal die Mitwirkung Englands in Aussicht stelle und zusage, dabei den Hintergedanken habe, sich nachher aus der Affäre zu ziehen und seine Verbündeten im Stich zu lassen. Gegen ein solches durch nichts gerechtfertigtes Mißtrauen, wenn es wirklich bestände, lasse sich nicht ankämpfen, weil es kein Mittel gebe, die Grundlosigkeit desselben nachzuweisen. Wolle man dabei bleiben, so werde Rußland seinen Willen[9] haben, da England allein nichts tun könne und alles akzeptieren müsse, was Österreich zugeben könne. Es sei aber auf

das tiefste zu beklagen, daß eine Verständigung aller an der Erhaltung des status quo und des Friedens interessierten Mächte an einem solchen kleinlichen und durch nichts motivierten Mißtrauen scheitern solle.

Seine Auffassung, wie er sich die Gruppierung der Mächte denkt, präzisierte Churchill dahin, daß England mit Österreich gehen könne und wolle, wenn Deutschland wenigstens stillschweigend[10] einverstanden sei. Er nahm dabei an, daß auch Italien[11] sich anschließen würde. Es versteht sich von selbst, daß ich auch diesmal unseren Standpunkt zur Sache wieder geltend machte und Churchill darüber nicht im Zweifel ließ, daß wir nicht daran denken, für Konstantinopel, wo kein deutsches Interesse in Frage stehe, an irgendeiner Aktion teilzunehmen[12].

Mein Eindruck aus dieser langen Unterhaltung ist, daß Churchill eine Verständigung mit Österreich dringender als je wünscht, und daß er, soviel an ihm liegt, auf alles eingehen würde, was man etwa in Wien als Garantie verlangen würde. —

Salisbury habe ich noch nicht gesehen, höre aber, daß die Königin dringend eine energischere Politik wünscht und ihn in diesem Sinn in Balmoral bearbeitet hat. Ich denke, ihn in den nächsten Tagen zu sehen und werde dann über seine Äußerungen berichten.

Der türkische Botschafter* spricht sich in ganz vertraulichen Unterhaltungen mit mir dahin aus, daß allerdings die Umgebung des Sultans für Rußland gewonnen ist, daß aber nach seiner festen Überzeugung kein Abkommen besteht, von welchem der Sultan nicht zurücktreten könnte, wenn England endlich Ernst macht und der Pforte die Überzeugung gewährt, daß sie hier auf Beistand rechnen kann.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ?
[2] keine Geschütze pp.!
[3] akademische?
[4] rechnet er zu denen auch uns?
[5] wie kommt sie dahin? den Schlüssel hat der Sultan u[nd] den hat England sich entgehn lassen
[6] !!
[7] diese Aeusserung reicht hin, um den Rest zu entkräften.
[8] doch! er tritt dann eben zurück
[9] uns thäte das nichts
[10] no objection
[11] Trentino?
[12] richtig

---

* Rustem-Pascha.

Nr. 872

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 373 London, den 24. November 1886

Ich fand Lord Randolph Churchill in ziemlich aufgeregter Stimmung über Österreich, welches, wie er behauptete, England jetzt wieder im Stich zu lassen scheine[1]. Aus vertraulichen Äußerungen des Grafen Károlyi gehe hervor, daß die österreichische Regierung eine russische Okkupation Bulgariens geschehen lassen würde, falls sie von Rußland die Zusicherung erhielte, daß dieselbe nur temporär sein solle*. England gerate aber damit in eine sehr gefährdete Lage, da die Russen ihm in Afghanistan große Schwierigkeiten bereiten könnten, und es würde England, wenn es auf Österreichs Mitwirkung nicht zählen könne, besser sein, der Spannung mit Rußland ein Ende zu machen und sich gleich mit ihm über Bulgarien zu verständigen.

Auf meine Bemerkung, daß mir jene Äußerungen des österreichischen Botschafters unbekannt seien, und daß ich auch von einer Verständigung mit Österreich, von welcher dasselbe zurücktreten könne, nichts wisse, erwiderte Lord R. Churchill lebhaft, Österreich wisse genau, daß England ihm zugesagt habe, sich seinen Schritten gegen Rußland im Fall der Okkupation Bulgariens anzuschließen.

Graf Károlyi sagt mir im engsten Vertrauen, daß er keine derartige Äußerung gemacht und die Frage überhaupt nur akademisch mit Lord R. Churchill besprochen habe. Seine Aufgabe hier sei nur, zu sondieren und sich zu vergewissern, wie weit auf England zu rechnen sei. Die Stellung Österreichs sei nach den Reden des Grafen Kálnoky klar, und auch hier wisse man, daß Österreich gegen eine wirkliche Okkupation protestieren müßte. Die Frage, um die es sich dann handeln würde, und die er mit Lord R. Churchill akademisch besprochen habe, sei, ob man dann gleich definitiv Stellung gegen Rußland nehmen, oder sich mit einem Protest gegen die erfolgte Okkupation begnügen und die weitere Entwickelung abwarten könne. Lord R. Churchill verlange das erstere, weil er annehme, daß dadurch ein Krieg, in den England mitverwickelt werden könnte, überhaupt vermieden[2] werden würde, während er glaube, daß ein bloßer Protest unter Zulassung der Tatsache doch schließlich noch zum Kriege führen müsse[3].

Graf Károlyi fügte hinzu, daß eine formelle Zusicherung des Anschlusses gegen Rußland hier bis jetzt nicht erteilt worden sei.

* Näheres in Bd. V, Kap. XXXI und XXXII.

Ohne Allianzen könne Österreich sich aber hier nicht in den Krieg treiben lassen[4].

Nach den Nachrichten des Botschafters aus Wien wünscht Graf Kálnoky jetzt die Einsetzung einer internationalen Kommission in Philippopel an Stelle der bisherigen türkisch-bulgarischen Kommission zur Regelung der Union, um damit den europäischen Charakter der ganzen bulgarischen Frage zu konstatieren.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Oder umgekehrt?

[2] ??

[3] nicht nothwendig

[4] richtig

Nr. 873

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Reinschrift. Unsigniert

Friedrichsruh, den 27. November 1886

Wenn es feststände, daß Österreich, falls es auf dem Gebiete der orientalischen Frage — sei es wegen Bulgarien, sei es wegen der Dardanellen — von Rußland angegriffen werden sollte, auf Englands Beistand rechnen kann, und wenn wir hierfür zweifellose Sicherheit hätten, so würde es nicht unsere Aufgabe sein, Österreich in seinem Widerstande gegen Rußland zu entmutigen. Solange wir aber glauben müssen, daß nicht etwa, wie Lord Randolph behauptet, England von Österreich, sondern Österreich von England im Stich gelassen werden wird, — wofür sich parlamentarische Motivierungen immer leicht finden lassen — solange werden wir auch genötigt sein, Österreich nicht nur von direktem Widerstande gegen Rußland abzuraten, sondern auch durch jedes anwendbare Mittel zu entmutigen. Die Konstellation Deutschland-Österreich gleichzeitig im Kriege gegen Rußland-Frankreich würde nichts Beunruhigendes für uns haben, wenn das österreichische Heer nach Verhältnis ebenso stark und ebenso durchgebildet und mit denselben Vorräten versehen wäre wie das unsrige. Dies ist leider nicht der Fall, und die Last eines eventuellen Doppelkrieges würde daher vorzugsweise auf unseren Schultern ruhen. Es würde sich also in diesem Falle um einen Krieg handeln, den wir nur dann bereitwillig übernehmen könnten, wenn wir direkt angegriffen und in unserer Unabhängigkeit bedroht würden: kurz unter Verhältnissen, wo man auch den ungleichsten Kampf aufnimmt.

Wenn Lord Randolph zu verstehen gibt, daß Österreich, falls es den Handschuh aufnimmt, der englischen Unterstützung sicher sei, so kann ich diese Behauptung nach allem, was wir von Wien und Euerer Exzellenz durch Graf Károlyi wissen, nur für unaufrichtig halten, — darauf berechnet, Österreich zu induzieren und dann sitzen zu lassen, respektive auf unseren Beistand anzuweisen, während England neutral bleiben würde. Lord Randolph selbst ist nicht in der Möglichkeit, hierüber Sicherheit zu geben oder zu gewähren. Denn sobald er freiwillig oder unfreiwillig aus dem Ministerium austritt, ist eben die Situation eine ganz andere, und fällt jede von ihm gegebene Bürgschaft ins Leere.

Ich weiß nicht, ob die Okkupation Bulgariens in Rußlands Absicht liegt. Überzeugt aber bin ich, daß eine definitive Stellungnahme Österreichs gegen Rußland den Krieg in solchem Falle nicht verhüten, sondern sofort zum Ausbruch bringen würde, weil Rußland im Glauben an seine Überlegenheit den österreichischen Krieg geradezu sucht, sobald es glauben kann, daß Österreich in demselben ohne Bundesgenossen sein werde. Hätte Rußland die Gewißheit, daß Österreich, von ihm angegriffen, den Beistand Englands finden werde, so würde es den Angriff unterlassen, und England brauchte nur in Petersburg anzudeuten, daß es in solchem Falle Österreich beistehen würde, um den Frieden mit Ehren zu erhalten. Solange aber die englische Politik Rußland gegenüber hinterhaltig bleibt, liegt es im Interesse Österreichs, dem russischen Krieg auszuweichen, selbst mit Opfern. Durch die Wahrscheinlichkeit, Deutschland hinter Österreich zu finden, würde Rußland nicht mit Sicherheit von dem Angriffe auf Österreich abgehalten werden, denn Rußland hat mit Recht keinen Zweifel daran, daß in diesem Falle die deutsche Macht durch den gleichzeitigen Angriff Frankreichs paralysiert werden würde. Die Abwehr dieses Angriffes würde unsere volle Kraft in Anspruch nehmen, und wir würden den Österreichern im Kampfe gegen Rußland keinen nennenswerten Beistand leisten können. Umgekehrt würde, wenn England den Österreichern beistände, Frankreich durch Deutschland neutralisiert und im Zaume gehalten sein. Wir würden einen gefährlichen Angriff Frankreichs auf England nicht zulassen können, und Lord R. Churchill hat vollkommen recht, wenn er nicht daran zweifelt, daß unser Verhalten in englisch-französischen Streitigkeiten unter keinen Umständen ein für England feindliches oder auch nur gleichgültiges werden könnte. Jede ernste Gefahr, die England durch Frankreich drohen würde, würde heute so gut wie bei Waterloo uns in den Kampf ziehen.

Bisher fehlen alle Symptome, aus welchen wir die Überzeugung schöpfen könnten, daß England sich auf eigenes Eintreten für die ihm und Österreich gemeinsamen Interessen auch nur vorbereite. Die Vorbedingung eines solchen Eingreifens würde eine andere Tätigkeit als die bisherige in der Vervollständigung der englischen Seerüstung

und Bereitschaft und ein ernsteres Werben als bisher um das Bündnis mit der Pforte sein müssen. Bei aller sonstigen Ohnmacht der Pforte wirft dieselbe doch durch den Besitz der Meerengen bei einem englisch-russischen Kriege das entscheidende Gewicht in die Wagschale.

Ich sehe daher einstweilen für unsere Politik den richtigen Weg allein in der Erhaltung des Friedens und in der Ausübung jedes uns in Wien möglichen Einflusses zu diesem Zwecke.

Was Euere Exzellenz Lord R. Churchill geheimzuhalten versprochen haben, muß natürlich auch Lord Salisbury gegenüber geheim bleiben; aber Lord Randolph ohne Lord Salisbury kann uns natürlich noch weniger Bürgschaft für das Verhalten Englands bieten, als beide in offener Gemeinschaft geben könnten.

Nr. 874

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 387 London, den 5. Dezember 1886

Erlaß Nr. 1009 vom 28. v. Mts. nebst Anlagen erhalten, und gestern abend Gelegenheit gehabt, in einer vertraulichen Unterhaltung mit Lord Randolph Churchill Euerer Durchlaucht Diktat vom 27. v. Mts.* in geeigneter Weise als meine persönliche Meinung zu verwerten.

Lord R. Churchill erkannte bereitwillig an, daß Österreich nicht in der Lage sei, einen Konflikt mit Rußland ohne Allianzen zu provozieren. Er erkannte ferner an, daß unser eigenes Interesse uns gebiete, dieser Eventualität nach Möglichkeit vorzubeugen. Er stellte auch nicht in Abrede, daß bisher keine förmliche Verständigung zwischen Österreich und England zustande gekommen, und daß man in Wien berechtigt sei, seine, Lord R. Churchills, Äußerungen als nicht amtliche zu betonen.

Nach seiner Auffassung liegt aber die Schwierigkeit, zu einer amtlichen Verständigung zu gelangen, nicht in den Verhältnissen, noch an dem guten Willen beider Teile, sondern lediglich an den Persönlichkeiten, welche durch ihre amtliche Stellung dazu berufen wären. Weder Lord Iddesleigh noch Graf Károlyi seien die geeigneten Persönlichkeiten, um die Sache zum Abschluß zu bringen, und er fürchte, solange darin kein Wechsel eintrete, daß es auch so bleiben werde.

In der Sache selbst hielt Lord R. Churchill alle seine früheren Äußerungen aufrecht. Wenn Österreich unter stillschweigender Billigung Deutschlands (connivence) eine entschiedene Stellung inbezug auf den Orient einnehmen wolle, werde England mitgehen und seine ganze Macht in die Wagschale werfen. Er wiederholte dabei ausdrück-

* Identisch mit Nr. 873.

lich, daß dann eine mächtige englische Flotte, welche die Dardanellen eventuell forcieren müsse, im Schwarzen Meere erscheinen würde. In sechs Wochen könne England außerdem 60 000 Mann[1] der besten Truppen ausrüsten und auf den Kriegsschauplatz schicken.

Gegen die Gerüchte, daß die englische Flotte[2] vernachlässigt worden und nicht hinreichend armiert oder leistungsfähig sei, verwahrte sich der Minister auf das entschiedenste. Die Marine sei im vorzüglichen[3] Zustande und werde ihre Leistungsfähigkeit unzweifelhaft beweisen.

Wenn sich heute in England noch keine erheblichen militärischen Rüstungen wie in andern Ländern bemerkbar machten, so erkläre sich dies aus den hiesigen besonderen Verhältnissen. Es könne damit nicht angefangen werden, solange die Gefahr eines Krieges nicht offenbar und naheliegend sei. Damit sei aber nichts verloren, denn ein solcher Krieg könne nicht über Nacht[4] ausbrechen, und bei den bedeutenden Mitteln, über welche die Regierung dann verfügen könne, würden sechs Wochen[3] zur Rüstung genügen.

Trete die Kriegsgefahr erst ein, so werde die englische Regierung dann auch in der Lage sein, vom Parlamente Subsidien für die Türkei zu verlangen, um sich dadurch die Mitwirkung der türkischen Armee zu sichern[5].

Lord R. Churchill fügte hier hinzu: Das einzige, was wir dann von dem befreundeten Deutschland erwarten müßten, wäre die Ausübung seines Einflusses[6] in Konstantinopel, damit unserer Flotte im Schwarzen Meere nicht der Rückzug durch die Dardanellen verschlossen wird. Ich beschränkte mich auf die Bemerkung, daß die Pforte, wenn sie so mächtige Alliierte fände, wohl von selbst eine freundschaftliche Haltung gegen sie annehmen würde.

Die Unterhaltung wandte sich nun auf Frankreich und seine voraussichtliche Haltung im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich. Als ich die Überzeugung aussprach, daß wir dann unter allen Umständen[1] einen französischen Angriff zu erwarten[7] und mit allen Kräften abzuwehren haben würden, erwiderte mir Lord R. Churchill, daß er eine Verständigung über die Unterstützung, die England uns dabei gewähren könnte, ebenfalls für möglich halte. Jedenfalls würde England den Schutz unserer Kolonien gegen etwaige Angriffe übernehmen.

Im allgemeinen sprach sich der Minister dahin aus, daß vor dem Frühjahr keine Kriegsgefahr zu erwarten sei. Man habe daher Zeit zur Verständigung. Zwischen England und Österreich werde die Verständigung jeden Tag und ohne Schwierigkeit zustande kommen, sobald Euere Durchlaucht sie für wünschenswert hielten[8] und fördern wollten. In diesem Falle werde aber voraussichtlich der Friede gesichert sein. England könne dann in St. Petersburg erklären, daß es einen Angriff auf Österreich nicht dulden würde[9]. Eine solche Erklärung, gestützt auf eine Verständigung zwischen England, Österreich und Italien, welcher voraussichtlich die Türkei hin-

zutreten würde, würde in St. Petersburg um so weniger ihre Wirkung[10] verfehlen, als Seine Majestät der Kaiser Alexander selbst keinen Krieg wünsche.

Am Schluß der Unterhaltung sagte mir Lord R. Churchill, seine Bitte, unsere neuliche Unterredung vor Lord Salisbury geheimzuhalten, habe sich nur auf Ägypten bezogen, weil er befürchtete, daß der Premierminister dadurch Frankreich gegenüber etwas entmutigt werden könnte. Im übrigen stelle er mir vollständig anheim, über alles, was zwischen uns besprochen werde, offen mit Lord Salisbury zu sprechen, und bitte mich im Gegenteil, demselben stets volles Vertrauen zu zeigen. Hatzfeldt

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ??

[2] u[nd] die öst[er]r[eichische] Armee

[3] ?

[4] ? doch

[5] die könnte dann schon russisch sein, u[nd] die Dardanellen schon in russ[ischen] Händen!

[6] so weit würde der nicht reichen, wenn die Pforte sich erst in russ[ische] Hände geliefert hätte; die erste Maßregel englischer „Rüstung" für russ[ische] Kriege, müßte immer die Gewinnung der Pforte u[nd] des türk[ischen] Heeres vor dem Kriege sein; das alte traditionelle durch Gladstone's Dummheit zerstörte engl[isch-] türk[ische] Bündniß; es würde zu haben sein, wenn der Sultan sich vor England mehr als vor Rußland fürchtete

[7] m[eines] E[rachtens] hätte dann eher Frankreich zu fürchten; jedenfalls würden wir England vor französ[ischem] Angriff bewahren können. Wahrscheinlich würde unser Schwert das französ[ische] in der Scheide erhalten.

[8] das ist der Fall, u[nd] sie liegt doch nicht vor!

[9] das konnte England längst, wenn es wollte

[10] richtig
aber dazu gehörte eine active äußre Politik Englands, die zugleich den Nutzen haben würde, die innre Spannung (Irland) zu mindern!

Nr. 875

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 389 London, den 6. Dezember 1886

Geheim

Lord Salisbury, mit welchem ich heute weitere Behandlung der Samoa-Frage zu besprechen hatte, zeigte ernstliche Besorgnis bezüglich Erhaltung des europäischen Friedens im Frühjahr. Sein Eindruck ist, daß die bulgarische Frage jetzt dabei in den Hintergrund tritt, und daß die größte Gefahr für den Frieden in der Stimmung Rußlands gegen Österreich zu suchen ist[1].

Der Premierminister beklagte lebhaft, daß keine Verständigung mit dem Grafen Kálnoky möglich sei, der auf alle Eröffnungen von englischer Seite mit Ausflüchten antworte. Bestimmte und für das Land unbedingt verbindliche Versprechungen habe er, Lord Salisbury, allerdings beim besten Willen nicht machen können, weil verfassungsmäßig[2] kein englischer Minister dazu imstande sei.

Wie nun die Dinge lägen, müßten zuerst bestimmte Tatsachen eintreten. Als eine solche bezeichnete er einen etwaigen Angriff Rußlands auf Galizien, welcher hier unzweifelhaft einen Sturm in der öffentlichen Meinung hervorrufen und ihm die Möglichkeit geben werde, offen für Österreich aufzutreten und zu handeln.

Inzwischen sei er mit der Frage beschäftigt, ob er, ohne aus dem Rahmen seiner Befugnisse herauszutreten[3] und sich einer parlamentarischen Verantwortlichkeit auszusetzen, in St. Petersburg zugunsten der Erhaltung des Friedens einwirken könne[4]. Am Schluß des russisch-türkischen Krieges, als Rußland die Evakuation der Türkei verzögerte, sei es ihm gelungen, durch eine anscheinende Indiskretion nach St. Petersburg die Äußerung gelangen zu lassen, die auch gewirkt habe, daß England sich mit seiner ganzen Macht auf Seite der Türken stellen würde. Er erwägt jetzt ernstlich die Frage, ob er nicht auf ähnlichem Wege die russische Regierung darauf aufmerksam machen solle, daß England ein feindliches Auftreten Rußlands gegen Österreich in Gemeinschaft mit der Pforte nicht ruhig ansehen[5], vielmehr dagegen Maßregeln ergreifen und, falls es etwa den Eingang der Dardanellen nicht erzwingen könne, alle türkenfeindlichen Nationalitäten der Balkanhalbinsel (Griechenland, Bulgarien, Mazedonien) auf die Pforte werfen würde.

Lord Salisbury will mich benachrichtigen, sobald er hierüber, sowie über die Art der Ausführung, zum Entschluß gelangt ist, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die Sache zwischen Euerer Durchlaucht und ihm absolut geheim bleibt.

Die heutigen Äußerungen Lord Salisburys haben mir den Eindruck, den mir schon die letzten Mitteilungen Lord Randolph Churchills machten, bestätigt, daß gegen den Sultan, da er anscheinend an der Verständigung mit Rußland festhält, jetzt mit Drohungen vorgegangen werden soll[6].

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Allerdings

[2] also!

[3] !

[4] dann müßte England den Krieg eingestanden wollen, wenn seine Regirung für den Frieden nicht wirken darf.

[5] wenn England auch nur durchblicken läßt, daß es einen Angriff auf Oest[er]reich als Kriegsfall ansehn würde, so ist der Friede gesichert, mit oder ohne

Pforte. Letztre wird englischer Drohung gegenüber, nicht wagen mit Rußland zu gehn. Frankreich halten wir in Ruhe, u[nd] Italien geht wenigstens nicht gegen England.

[6] Das wäre der practische Weg.

Nr. 876

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 561 Wien, den 14. Dezember 1886

Dem mir in Euerer Durchlaucht hohen Erlasse vom 11. d. Mts. Nr. 825 erteilten Befehle gemäß habe ich die Aufzeichnungen des Grafen Hatzfeldt über Äußerungen des Lord Randolph Churchill* dem Grafen Kálnoky gegenüber ganz vertraulich und mündlich verwertet.

Der Minister dankte für die Mitteilungen, auch ihm seien aus London ähnliche Meldungen über Äußerungen des Lord R. Churchill zugegangen. Die Sprache des letzteren sei indes eine weit bestimmtere als die von Lord Salisbury, welcher schließlich doch allein[1] maßgebend wäre. Übrigens sage aber auch Lord Churchill nur, daß England, wenn Österreich eine entschiedene Stellung inbezug auf den Orient einnehmen wolle, mitgehen würde. Österreich solle also den ersten Schritt tun und vorangehen, hier aber denke man nicht daran, wegen Bulgariens Rußland den Krieg zu erklären.

Wenn es gelingen sollte, zwischen England, Österreich und Italien eine Einigung über eine gemeinsame Haltung in der bulgarischen Frage zu erzielen, und wenn die Türkei dazu ihren Beitritt erklären würde, so glaubt Graf Kálnoky übereinstimmend mit Lord R. Churchill, daß der Eindruck hiervon in St. Petersburg allerdings ein großer sein, und die Regelung der schwebenden Angelegenheiten vielleicht auch ohne Krieg in befriedigender Weise daraus folgen müßte. Er ist aber nach wie vor der Ansicht, daß zwischen dem gewiß ehrlich gemeinten guten Willen dieses englischen Ministers und der Ausführung desselben noch eine große Kluft liege.

Zwischen England und Österreich würde in der Tat ein Abkommen nicht schwer sein. Als ich hier die Bemerkung dazwischen warf, daß nach Lord R. Churchills Ansicht die Schwierigkeit einer amtlichen Verständigung an der Persönlichkeit von Lord Iddesleigh und Graf Károlyi liege, lächelte der Minister und sagte, ihm sei schon früher der gleiche Gedanke gekommen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[1] ? nein, Randolph als Führer des Unterhauses

* Siehe Nr. 874.

Nr. 877

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 420 London, den 21. Dezember 1886
Geheim

Die hohen Erlasse Nr. 1030 vom 6., Nr. 1044 vom 11. und Nr. 1051 vom 14. d. Mts.* habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und in meinen ganz vertraulichen Unterhaltungen mit Lord Salisbury und Lord Randolph Churchill Gelegenheit gehabt, den Inhalt in geeigneter Weise zu verwerten.

Der Premierminister ist in der letzten Zeit seltener in die Stadt gekommen, und ich bin daher zunächst mit Lord Randolph Churchill zusammengetroffen. Dies hat, wie ich gehorsamst bemerken darf, insofern seine gute Seite, als derselbe, wie ich mehrfach genau konstatieren konnte, dem Premierminister jetzt über unsere Unterhaltungen stets die genaueste Rechenschaft ablegt, und letzterer daher auf die Besprechung der Punkte, um die es sich handelt, vorbereitet ist.

Die Auffassung Lord Randolph Churchills habe ich bei unserer letzten Unterhaltung im allgemeinen unverändert gefunden. Er zeigt denselben Wunsch und dieselbe Bereitwilligkeit, unter gewissen Voraussetzungen eine entschiedene Haltung in der orientalischen Frage anzunehmen. Als solche Voraussetzungen bezeichnete er auch jetzt wieder eine Verständigung mit Österreich und eine wohlwollende Haltung unsererseits, durch welche sowohl das Abkommen mit Österreich gefördert, als auch der Schließung der Dardanellen gegen England vorgebeugt werden würde. Er ist der Ansicht, daß in den Fragen, die jetzt in Konstantinopel im Vordergrunde stehen, eine vollkommen neutrale Haltung unseres Vertreters schon hinreichen würde, um die Pforte von übereilten Entschlüssen im Sinne Rußlands, namentlich was die Schließung der Dardanellen anbetrifft, abzuhalten. Hierin erblickt er aber den Angelpunkt für die englische Politik im Orient, da England bei eintretenden Feindseligkeiten nur im Schwarzen Meer mit wirklich großem Erfolg operieren könne, und in dieser einzigen wirksamen Aktion durch die Schließung der Meeresenge wenn nicht gelähmt, so doch ernstlich gehemmt und von vornherein der Möglichkeit großer maritimer Verluste ausgesetzt sein würde.

Gleichzeitig verkannte er nicht, daß England seinerseits alles tun müsse, was in seiner Macht stehe, um seinen Einfluß am Goldenen

---

* Von Belang ist nur Erlaß Nr. 1044, der eine Paraphrase der Bismarckschen Randbemerkungen zu Nr. 875 gibt. Erlaß Nr. 1030 betrifft einen Bericht des Botschafters von Radowitz in Konstantinopel, der die Abnahme des englischen Einflusses beim Sultan gegenüber dem russischen feststellt.

Horn wiederherzustellen und der Neigung des Sultans, sich zu immer größeren Konzessionen an Rußland drängen zu lassen, baldmöglichst ein Ende zu machen. Mit hohem Interesse hörte er daher die Mitteilungen an, die ich ihm aus der Anlage zu dem hohen Erlaß Nr. 1030 vom 6. d. Mts. machen konnte. Diese Mitteilungen machten ihm offenbar großen Eindruck, und er freute sich, seine eigene Auffassung, daß England jetzt zu Drohungen gegen den Sultan übergehen müsse, bestätigt zu sehen. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich den gestrigen Artikel der „Morning Post" auf unsere letzte Unterhaltung zurückführe, und es wird nun abzuwarten sein, welchen Eindruck diese drohende Sprache in Jildis Kiosk hervorbringt.

Als wir im Anschluß hieran auf die Frage kamen, daß es in der Hand Englands liege, durch eine entschiedene Sprache in Petersburg zugunsten Österreichs den Frieden unbedingt sicherzustellen, stellte der Minister diesen voraussichtlichen Erfolg einer solchen Haltung keineswegs in Abrede. Er machte aber gegen die Opportunität derselben im englischen Interesse geltend, daß grade die Sicherung des Friedens im Orient, wenn sie auf diesem Wege herbeigeführt werde, die ernste Gefahr mit sich führe, daß Rußland durch diese Einmischung Englands verletzt und aufs äußerste getrieben nach kurzer Zeit in Asien eine Revanche suchen würde, die für England sehr bedenklich werden könne. Der Minister fügte hinzu: „Wer wird uns dort gegen Rußland beistehen, wenn wir den Frieden im Orient gesichert und dadurch die Feindschaft Rußlands auf uns allein abgelenkt haben?"

Von diesem Gesichtspunkt aus läßt sich, wie ich glaube, allerdings nicht verkennen, daß Lord Randolph Churchill, wenn er auch den Ausbruch eines Krieges nicht erstrebt, doch nur dann eine ernste Einmischung Englands im Orient für gerechtfertigt hält, wenn die Verhältnisse so liegen, daß dann der Kampf um Indien auch wirklich unter günstigen Chancen im Schwarzen Meer zum Austrag kommt.

Inbezug auf die Leistungsfähigkeit Englands als Alliierter in einem solchen Kampf blieb der Minister unerschütterlich bei seinen früheren Behauptungen. Er berichtigte sie nur dahin, daß 40- bis 60000 Mann englischer Truppen in etwa vier Wochen (nicht sechs) nicht allein ausgerüstet, sondern bereits am Platz im Orient sein könnten. Ihre Ersetzung[1] hier durch die wohlorganisierten Milizen, die für den hiesigen Dienst vollkommen ausreichten, sei vorgesehen und leicht. Inbezug auf die Marine, die so mächtig und leistungsfähig sei als jemals, fügte er hinzu, daß die Mittelmeerflotte innerhalb zehn Tagen im Schwarzen Meer sein könnte. Sie würde in der gleichen Zeit durch die hiesige Flotte abgelöst und letztere durch die Reserveflotte ersetzt sein.

Eine bemerkenswerte Äußerung des Ministers glaube ich noch

anführen zu müssen. Als wir auf Frankreich kamen und auf die von dort ausgehende permanente Bedrohung des europäischen Friedens, sagte er: „Au fond, c'est la France qui est notre ennemie commun, et nous n'aurons du repos que quand elle sera complètement écrasée." Ich erwiderte: „Wenn das Ihre Auffassung ist, sollten wir auf Ihren Beistand rechnen können, wenn wir in einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden, und zwar auf mehr als den Schutz unserer Kolonien, deren Schicksal doch auf dem europäischen Schlachtfeld entschieden werden würde." Lord Randolph Churchill dachte einen Augenblick nach und sagte dann: „Wir könnten vielleicht in Paris erklären, daß wir keine Beunruhigung des Handels im Kanal[2] zugeben können." Ohne weiter darauf einzugehen, warf ich noch die Bemerkung hin: „Ich sollte denken, daß Sie auch noch weiter gehen würden, da es in Ihrem eigenen Interesse liegt."

Eintretendenfalls würde sich, wie ich glaube, diese Frage nicht ohne Aussicht auf Erfolg mit Lord Randolph Churchill weiter verfolgen lassen.

In einer Unterhaltung, die ich etwas später mit Lord Salisbury hatte, habe ich sofort konstatieren können, daß er über den Inhalt meines Gesprächs mit Lord Randolph Churchill genau orientiert war. Wir kamen gleich auf die Frage der bisher nicht zur Ausführung gelangten Demarche in Petersburg zugunsten des Friedens, und Lord Salisbury warf die Bemerkung hin: „Eh bien, vous savez quelles épines Churchill a dans le pied à ce sujet." Ich bejahte dies, indem ich gleichzeitig ausführte, daß wir, wie ich ihm stets gesagt, wegen der bulgarischen Frage keine antirussische Politik machen könnten. Lord Salisbury bestritt dies nicht und beklagte nur, daß ihm durch Beseitigung des Fürsten Alexander* seine wesentlichste Waffe aus der Hand genommen sei. „C'était mon épée[3] qui a été brisée dans nos mains."

Was ihm heute fehle, sei der Wind in seinen Segeln. Er müsse warten, bis sich ein solcher erhebe und ihm gestatte, vorwärts zu segeln. Dieser Fall werde, wie er mir stets gesagt, eintreten, wenn Österreich bedroht werde[4]. „Cela agira comme une tempête sur l'opinion publique en Angleterre."

Ganz besonders interessierten den Premierminister ebenfalls meine Mitteilungen über Konstantinopel und die Haltung des Sultans. Er ging auf den Gedanken lebhaft ein, daß der Sultan nur durch Drohungen jetzt zu beeinflussen sei, und sprach mir die Absicht aus, Sir William White direkt und vertraulich mit entsprechenden Instruktionen versehen zu wollen. Es dürfte hiernach anzunehmen sein, daß Sir William White demnächst in der Lage sein wird, den Sultan im

---

* Fürst Alexander von Bulgarien, den England möglichst zu stützen gesucht hatte, hatte Anfang September 1886 endgültig abdiziert. Näheres darüber in Bd. V.

direkten Auftrage Lord Salisburys ernstlich auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welchen er von Seiten Englands ausgesetzt sein würde, wenn er in seinen Konzessionen an Rußland weiterginge und seine den englischen Interessen entgegengesetzte Politik nicht änderte.

Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß hier mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt des Parlaments in der auswärtigen Politik ein Stillstand eintritt. Das Ministerium will sich jetzt zunächst versichern, welche Aufnahme es in der Kammer findet, und ob es auf die Unterstützung der Majorität unbedingt rechnen kann.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ?

[2] !

[3] Ein stumpfer Degen.

[4] wenn die Russen das wissen, so werden sie ruhig bleiben

Nr. 878

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 22 Wien, den 11. Januar 1887

Ganz vertraulich

Sir Augustus Paget ist gestern von seinem Urlaub wieder hier eingetroffen und hat mir ungefähr Nachfolgendes über die englische Politik gesagt.

Der Austritt Lord Randolph Churchills* habe den Premier in große Verlegenheit gesetzt, und sei dieser Entschluß überhaupt in England heftig getadelt worden. Nachdem es nun gelungen wäre, Herrn Goschen zum Eintritt in das Ministerium zu bewegen, welcher seine und Lord Hartingtons Freunde mitbringe, könne man Lord Salisburys Kabinett als gestärkt ansehen. Für die Führung der auswärtigen Angelegenheiten sei es jedenfalls ein Gewinn, daß der Premier selbst die Führung derselben in die Hand genommen hätte.

Die vermeintliche Annäherung Herrn Chamberlains an Herrn Gladstone errege keine Besorgnis. Ersterer werde, wie man annimmt, seine Ansichten in der irischen Frage Herrn Gladstone nicht unterordnen. Dessen jetzige Haltung sei vielmehr ein Manöver, um Gladstone von der Führung der radikalen Partei abzudrängen.

---

* Lord Randolph Churchill war Anfang Januar aus dem Kabinett Salisbury ausgeschieden; an seiner Stelle trat der liberale Unionist Goschen als Präsident des Handelsamts in das Kabinett ein.

Was die auswärtige Politik betrifft, so meinte der Botschafter, daß in der Position, die Lord Salisbury durch seine bekannte Rede beim Lord Mayor* eingenommen hätte, nichts verändert worden wäre. England wolle die Erhaltung des Friedens. In den orientalischen Angelegenheiten würde Lord Salisbury sehr entgegenkommend sein, wenn von Seiten Rußlands Vorschläge zur Verständigung mit den Mächten ausgehen sollten. Dabei müsse aber die Einhaltung des Berliner Friedens als Grundlage festgehalten werden.

Sollte es gegen den Wunsch des englischen Kabinetts nicht gelingen, sich zu verständigen, und Österreich-Ungarn genötigt werden, gegen russische Übergriffe auf der Balkanhalbinsel Stellung zu nehmen, so würde England ihm mit seiner ganzen Kraft zur Seite stehen.

Man nehme in England an, daß, wenn Rußland zur Okkupation von Bulgarien schreiten würde, Österreich-Ungarn dies nicht leiden könne, auch sei dies den von hier aus gegebenen öffentlichen Erklärungen entsprechend. Sollte wider Erwarten Österreich ein solches russisches Vorgehen aber ruhig mit ansehen, so würde England vielleicht sogar in die Lage kommen, selbständig zu handeln, weil es eigene Interessen im Orient zu verteidigen habe. England könne nicht dulden, daß Rußland eine Politik verfolge, welche schließlich zur russischen Besetzung der Meerengen führen werde.

Graf Kálnoky, der den Botschafter ebenfalls, wenn auch nur kurz, gesprochen, hat mir mitgeteilt, daß derselbe ihm ganz dieselben Ausführungen gemacht, aber allerdings nicht gesagt habe, daß England eventuell auch allein vorgehen würde, wenn Konstantinopel von den Russen besetzt würde.

Der Minister sprach sich über das Verhältnis zu England gerade so aus wie neulich, worüber ich zu berichten die Ehre hatte. Es scheint mir, als wenn er auch jetzt wieder von dort aus gedrängt worden wäre, irgendetwas abzumachen, denn er sagte, es sei recht schwierig, sich einer befreundeten Regierung gegenüber immer ablehnend zu verhalten, aber er halte an seiner Ansicht fest, daß es nicht geraten sei, sich schon jetzt in ein festes Vertragsverhältnis mit England zu begeben, welches sich gegebenenfalls ganz von selbst machen werde[1].

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] ?

---

* Am 9. November 1886 hatte Lord Salisbury auf dem Lord-Mayors-Bankett in Guildhall eine Rede über die auswärtige Lage Englands gehalten, die deutlich erkennen ließ, daß England sich mit Österreich solidarisch erklären werde, falls dieses in der bulgarischen Frage gegen Rußland aufzutreten genötigt sein sollte: „Bei dieser Angelegenheit ist Österreich vor allem interessiert, und die Entschließungen Österreichs müssen besonderes Gewicht im Rate der britischen Regierung haben. Die Politik Österreichs wird in hohem Grade die englische beeinflussen."

Kapitel XXVI

Verhandlungen über eine Entente zwischen Italien und England 1887

Nr. 879

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 London, den 31. Januar 1887

pp. Graf Corti hat nunmehr Instruktion[1] erhalten, hier sehr bestimmte Eröffnungen zu machen und sich mit mir in Verbindung zu setzen. Er wird Lord Salisbury morgen sehen, ihm Depesche von Graf Robilant vorlesen und Promemoria übergeben, welches die Voraussetzungen einer Verständigung bezeichnet.

Der italienische Botschafter hat mich gebeten, ihn bei seinen Bemühungen zu unterstützen[2]*.

Hatzfeldt

Randbemerkung des Grafen Herbert von Bismarck:

[1] Mit Launay gesprochen, 1. II., er hat Mitteilung der Instruktion Robilants an Corti in Aussicht gestellt.

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

Dazu muß man doch erst wissen, um was es sich handelt. Bloße Annäherung u[nd] Befreundung Englands u[nd] Italiens können wir allerdings generell befördern, u[nd] ist uns immer erwünscht wodurch aber können wir dazu helfen? Specialitäten müßten wir erst kennen um sie befürworten zu können.

Nr. 880

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 London, den 2. Februar 1887

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 10** von gestern.

Lord Salisbury hat dem italienischen Botschafter gesagt, er könne selbstverständlich erst nach Beratung mit seinen Kollegen eine bestimmte Antwort geben. Von vornherein bemerke er, daß ein förmlicher Vertrag ausgeschlossen sei, welcher der Kenntnis des Parlaments

* Deutschland hatte schon vorher in der Richtung einer englisch-italienischen Allianz gewirkt. Vgl. Kap. XXIV, Nr. 841.

** Siehe Nr. 879.

nicht entzogen werden könnte. Auch dürfte die Verabredung in keiner Hinsicht gegen Österreich gerichtet sein, mit welchem England durch gemeinsame Politik verbunden sei. Im übrigen erkenne er die Gleichartigkeit der englischen und italienischen Interessen im Orient und im Mittelländischen Meer an und würde daher persönlich sehr geneigt sein, auf Verhandlungen einzugehen.

In bezug auf Österreich hat Graf Corti die bestimmte Erklärung abgegeben, daß Italien nur in Übereinstimmung mit den Interessen desselben handeln wolle. In bezug auf Frankreich, dessen namentliche Erwähnung Lord Salisbury auffiel, hat er gesagt, daß augenblicklich zwar keine Differenz mit Italien vorliege, daß letzteres aber Tunis nicht vergessen habe*. Der italienische Botschafter ist mit der Aufnahme seiner Mitteilungen, deren Geheimhaltung ihm zugesagt worden ist, im allgemeinen zufrieden und hat in diesem Sinne nach Rom berichtet.

Ich werde Lord Salisbury wahrscheinlich morgen sehen.

Hatzfeldt

Randverfügung des Fürsten von Bismarck:
Resp[ondeatur] tél[égramme] ch[iffré].
Bitte Lord Salisbury vertraulich zu sagen, daß wir uns über jede Annäherung u[nd] Intimität der beiden uns befreundeten Regirungen von England u[nd] Italien freuen u[nd] Bürgschaft des Friedens darin erblicken würden. Mit S[ir] E[dward] Malet habe ich gestern in diesem Sinne gesprochen. v. B.

Nr. 881

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12. London, den 3. Februar 1887
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 1 von heute**.

Lord Salisbury sprach sich mir gegenüber ähnlich aus wie gegen Graf Corti[1]. Er hat den Vorschlag heute im Conseil zur Sprache gebracht, und es machte sich allgemein die Ansicht geltend, daß die englischen Interessen im Mittelländischen Meere und im Orient mit den italienischen Interessen übereinstimmten. Es wurde aber auch anerkannt, daß es mit Rücksicht auf Parlament und öffentliche Meinung für die englische Regierung sehr schwierig wäre, Italien die englische Unterstützung auch für den Fall im voraus zuzusichern,

---

* Vgl. Nr. 823.
** Vgl. die Randverfügung des Fürsten von Bismarck zu Nr. 880.

daß Italien Frankreich angreife[2], etwa um Nizza und Savoyen wieder zu erwerben.

Hierin liegt für Lord Salisbury, dem das Zusammengehen mit Italien persönlich durchaus sympathisch ist, die größte Schwierigkeit. Er bedauerte daher, daß die italienische Redaktion[3] in diesem Punkt so bestimmt präzisiert sei. Ich habe ihm persönlich und vertraulich dringend geraten, vor Absendung einer definitiven Antwort mit Graf Corti zusammen noch eine andere Formel zu suchen, die für beide Teile akzeptabel wäre. Es wäre im Interesse der Sache sehr erwünscht, wenn Graf Robilant darin Entgegenkommen zeigte und Graf Corti telegraphisch anwiese, die Frage mit dem Minister vertraulich zu besprechen.

Etwas besorgt war Lord Salisbury wegen der Empfehlung des Grafen Corti, die Sache auch vor dem österreichischen Botschafter geheim zu halten. Ich habe ihn darüber beruhigt, glaube aber dennoch, daß eine Äußerung von österreichischer Seite, wonach er annehmen könnte, daß die Verständigung Englands mit Italien auch in Wien erwünscht ist, auf Lord Salisbury und seine Kollegen eine bedeutende Wirkung haben würde.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Wie war das?
[2] ? nicht in Absicht
[3] hier unbekannt

Nr. 882

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Eigenhändiges Konzept

Nr. 95
Geheim

Berlin, den 3. Februar 1887.

Aus Ew. Telegramm Nr. 12* hat der Herr Reichskanzler mit Befriedigung ersehn, daß Lord Salisbury die italienischen Eröffnungen entgegenkommend aufgenommen hat. Seine Durchlaucht befindet sich jedoch einstweilen nicht in der Möglichkeit, Ew. nähere Instruktionen in dieser Sache zugehn zu lassen, da wir bisher den Text der von Graf Corti gemachten Vorschläge nicht kennen. Graf Launay hat die Mitteilung desselben für die nächsten Tage in Aussicht gestellt, und ich darf mir daher vorbehalten, demnächst darauf zurückzukommen: ich hoffe, daß es Ew. gelingen wird, Lord Salisbury zu bestimmen,

---

* Siehe Nr. 881.

die Besprechungen mit Graf Corti bis dahin in der Schwebe zu erhalten.

Vorläufig erlaube ich mir nur zu bemerken, daß es nach unseren Eindrücken nicht in Italiens Absicht liegt, Frankreich unprovoziert anzugreifen, am allerwenigsten, um etwa Nizza und Savoyen wieder zu erwerben. Bezüglich des letzteren Landes hat mir Graf Launay sogar ausdrücklich erklärt, daß es ein Fehler sein würde, dasselbe zu revindizieren, und daß kein ernsthafter italienischer Staatsmann daran dächte. Er motivierte dies damit, daß die gesamte Bevölkerung Savoyens dem französischen Sprachgebiet angehöre, und daß es deshalb auch ganz abgesehn von ihrer durchgehends ultramontanen Gesinnung eine Schwächung Italiens bedeuten würde, wenn es dies Element in sich aufnehmen müßte.

Daß die Verständigung Italiens mit England als eine Verstärkung der Friedensbürgschaften in Österreich gern gesehn werden würde, halte ich für zweifellos: Ew. können jedenfalls Lord Salisbury sagen, daß wir selbstverständlich nichts befürworten würden, wofür wir nicht auf Österreichs Zustimmung rechnen könnten.

H. Bismarck

Nr. 883

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept nach Diktat des Fürsten von Bismarck

Nr. 98 Berlin, den 3. Februar 1887

In Anknüpfung an Ew. pp. Meldung über die vom Grafen Corti getanen Schritte habe ich eine längere Unterredung mit dem englischen Botschafter gehabt, über deren Inhalt ich Ew. pp. Nachstehendes mitteile, indem ich bevorworte, daß ich noch heut keine Kenntnis von dem Inhalt der durch Graf Corti an Lord Salisbury gemachten Eröffnungen habe, und Ew. pp. Telegramm vom heutigen Tage die einzigen Andeutungen in dieser Beziehung für mich enthält.

Ich habe Sir Edward Malet gebeten, bei seinem Chef die Versicherung zu geben, daß wir jede Annäherung zwischen Italien und England als erwünscht betrachteten, weil wir überzeugt sind, daß die Sicherstellung des europäischen Friedens durch eine solche gefördert wird. Ich bedauerte, aus neueren Nachrichten verschiedener Quellen zu entnehmen, daß Lord Salisbury durch die inneren Verhältnisse Englands dessen Zurückhaltung in allen auswärtigen Fragen für geboten halte. Eine solche Zurückhaltung sei meiner Ansicht nach für eine Macht

wie England nicht möglich, ohne zu vollständiger Isolierung derselben zu führen, indem dadurch Kombinationen aller anderen Mächte untereinander ermöglicht und gefördert werden, in welchen jede Rücksicht auf England fortfiele, weil letzteres durch seine prinzipielle Zurückhaltung an jeder Gegenleistung und an jeder Förderung der Interessen der anderen Mächte verhindert wird. Ich erläuterte dies an unserm Beispiel, indem ich anführte, daß wir, wenn England sich von jeder Beteiligung an der europäischen Politik zurückzöge, keinen Grund mehr haben würden, den französischen Wünschen in Ägypten oder den russischen im Orient, wie weit immer dieselben sich erstrecken möchten, unsere Förderung vorzuenthalten. Wir hätten das Interesse, mit diesen beiden Nachbarmächten in Frieden zu leben; wenn wir auf Englands Beistand in der Haltung der Verträge und des status quo und auf dieselbe englische Machtentwickelung rechnen könnten, wie sie noch zur Zeit des Krimkrieges stattgefunden habe, so würden wir zu egoistischen Wünschen Frankreichs oder Rußlands eine andere Stellung nehmen können, als bei völliger Enthaltsamkeit Englands für die Interessen unserer Nation angezeigt sei. Die letzteren würden weder durch Frankreich in Ägypten noch durch Rußland in Konstantinopel Schaden leiden können. In Kriegen mit unsern beiden Nachbarn, Rußland sowohl wie Frankreich, hätten wir nichts zu gewinnen, und wenn wir den Frieden mit ihnen dadurch erkaufen könnten, daß wir ihnen auf Gebieten, die für uns gleichgültig wären, freie Bewegung ließen, sie vielleicht sogar mit mehr oder weniger Wohlwollen förderten, so würde darin nur eine Fürsorge für den Frieden Deutschlands liegen, die zu den Pflichten der Regierung gehöre. Wenn wir durch ägyptische Konzessionen den Frieden mit Frankreich erhalten oder durch Begünstigung russischer Pläne auf Konstantinopel Rußlands Freundschaft für den Fall eines französischen Krieges sicherstellen könnten, so würde es mir allerdings leid tun, solche Zwecke auf Kosten eines befreundeten Souveräns, wie es der Sultan ist, zu erreichen. Für die Erhaltung des türkischen Reiches einzutreten, ist aber nicht gerade Deutschland in erster Linie berufen, und bildet dieselbe keinen so wichtigen Teil unserer Politik, daß wir berechtigt wären, ihr so große Opfer zu bringen, wie sie mit gleichzeitigem Kriege gegen Frankreich und Rußland notwendig verbunden wären. Österreich ist nach seiner gegenwärtigen Lage kaum stark genug, um allein seine Balkaninteressen gegen Rußland wahrzunehmen. Die Freundschaft Italiens wäre geeignet, die Ungleichheit zu vermindern und Österreichs Selbstvertrauen zu stärken. In sehr viel höherem Maße aber würde letzteres der Fall sein, wenn hinter Italien England stände und die Wahrscheinlichkeit, daß die englische Flotte der italienischen zur Seite stehen würde. Solange letzteres nicht der Fall ist, wird die Überlegenheit der französischen Marine Italien davon abhalten, daß es sich auf Beteiligung an den Gefahren einläßt, denen Österreich ausgesetzt sein kann. Das Verlangen der

Italiener nach irgendeinem Erwerb am Mittelländischen Meere, Tripolis, Tunis, Albanien, ist offenbar ein lebhaftes und geeignet, bei Italien diejenige Neigung zum Handeln hervorzurufen, die bei anderen Nationen lediglich auf dem Wunsche beruht, den Frieden und das Bestehende zu erhalten. Aber dieser Trieb der Italiener nach Erwerb wird sich immerhin gegenüber den Eroberungswünschen anderer Mächte ausnutzen lassen.

Ich habe Sir Edward Malet darauf aufmerksam gemacht, daß wir in der gegenwärtigen Situation nicht viel mehr leisten können, als Frankreich in Schach zu halten. Wenn dies aber im vollen Sinne der Fall ist, so wird dadurch für England sowohl wie für Italien die Möglichkeit einer freieren Bewegung geschaffen, und wenn diese beiden Mächte in Verbindung mit Österreich stark genug sind, um russische Friedensstörungen mit Wahrscheinlichkeit zu hindern, und wenn auf der anderen Seite Deutschland und Frankreich einander so aufwiegen, daß ein Schwert das andere in der Scheide hält, so wäre damit das Gleichgewicht und der Friede in Europa gesichert. Beides hängt nur von England ab; wenn aber England aus jener Kombination ausscheidet, so würden wir genötigt sein, nach anderen oben angedeuteten Auskunftsmitteln zu suchen, um unsererseits für die Erhaltung des Friedens zu tun, was wir können.

Daß wir Frankreich trotz aller Boulangerschen Provokationen nicht angreifen werden, habe ich dem englischen Botschafter wiederholt versichert und dabei im Hinblick auf englische Zeitungen die Frage aufgeworfen, ob England im Grunde ein Interesse daran zu haben glaube, daß der Krieg zwischen uns und Frankreich ausbreche. Manche englischen Blätter ließen das vermuten, ich kann aber nicht daran glauben. Auch Sir Edward Malet widersprach dem mit Eifer und Überzeugung und versicherte, daß England den Krieg an sich nicht wünschen könne, noch weniger aber eine Niederlage Deutschlands in demselben, weil England sich dann mit Frankreich und Rußland gewissermaßen allein auf der europäischen Bildfläche befinden würde. Dieser Satz ist ganz richtig, aber wenn England glaubt, sich tot stellen und uns allein die Regelung der kontinentalen Fragen überlassen zu können, dann liegt doch die Gefahr nahe, daß es sich eines Tages auch ohne vorherigen Untergang Deutschlands lediglich wegen Mangels an Beteiligung an der europäischen Politik isoliert einer der kontinentalen Mächte gegenüber befinden könnte. Ich halte es im Interesse der Sicherheit Deutschlands für geboten, entweder mit England oder mit Rußland eine nähere Fühlung zu suchen, wenn nicht durch die oben skizzierte Konstellation der Frieden und das Gleichgewicht gesichert wird.

Ew. pp. wollen das Vorstehende nicht in dem Sinne auffassen, als läge darin ein Auftrag zu einer Eröffnung an Lord Salisbury, sondern lediglich als zu Ihrer Orientierung und zur Richtschnur für Ihre

Äußerungen bei gebotener Gelegenheit ansehen. Sir Edward Malet wird, wie ich annehmen darf, schon gestern an Lord Salisbury im Sinne dessen, was ich ihm sagte, berichtet haben.

v. Bismarck

Nr. 884

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 London, den 5. Februar 1887

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 15 von heute.

Lord Salisbury hat soeben Graf Corti gesagt, daß er auf die Verständigung eingehen könne, wenn die Bestimmung, wonach er sich zur Unterstützung Italiens bei einem etwaigen Angriff auf Frankreich verpflichten würde (Artikel 4 des hier übergebenen italienischen Promemoria*), in Wegfall komme[1].

Graf Corti hierüber sehr befriedigt und berichtet in diesem Sinne telegraphisch nach Rom.

In einer ganz vertraulichen Unterredung mit mir hat sich Lord Salisbury dahin ausgesprochen, daß er die von Euerer Durchlaucht Sir E. Malet gegenüber geltend gemachten Erwägungen über die wünschenswerte Gruppierung der Mächte einschließlich Englands als zutreffend anerkennt. Er wünscht nur zu wissen, ob England dann auch auf unsere fernere Unterstützung bezüglich Ägyptens rechnen könne[2]. Der seit heute hier festgestellte Plan bezüglich Ägyptens geht vorbehaltlich einzelner Modifikationen dahin: Zurückziehung der englischen Truppen in etwa fünf Jahren; Neutralisation Ägyptens unter englischer Überwachung; Recht Englands, im Fall innerer Unruhen oder äußerer Angriffe vorübergehend wieder einzurücken; die höheren Offizierstellen der ägyptischen Truppen in englischen Händen.[3]

Der Minister bat mich, Euerer Durchlaucht Aufmerksamkeit auf Marokko zu lenken. Er fügte ganz vertraulich hinzu, daß ein weiteres und ernstliches Vorgehen Frankreichs dort in seinen Augen für England ein Kriegsfall sein würde[4].

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Erklärlich

[2] ja

[3] für uns ohne Bedenken

[4] resp[ondeatur]: daß Spanien ähnlich denkt, oder doch redet

* Siehe Nr. 887, Anlage II.

Nr. 885

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 43
Geheim

London, den 6. Februar 1887

Die Bedenken, die Lord Salisbury, abgesehen von den inneren Schwierigkeiten und der Rücksicht auf die parlamentarische Situation, zunächst gegen die italienischen Eröffnungen hatte, waren folgende:

1. Die Besorgnis, daß die vor dem österreichischen Botschafter geheim zu haltenden Vorschläge gegen irgendein österreichisches Interesse verstoßen könnten. Hierüber ist der Minister anscheinend jetzt beruhigt.

2. Die Unmöglichkeit, eine Allianz abzuschließen ohne Zustimmung des Parlaments, und, da letztere vorläufig schwerlich zu erlangen wäre, die Notwendigkeit, jede Verständigung in eine Form zu kleiden, die der Regierung im Fall von Interpellationen gestattet, vorläufig jede Allianz in Abrede zu stellen. Dies hat Graf Corti als begründet akzeptiert und in Rom befürwortet, und Graf Robilant hat durch Telegramm vom 4. d. Mts. erklärt, daß er auf die Form der Verständigung keinen Wert lege.

3. Nummer 4 des italienischen Promemoria, welches in dürren Worten die Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung bei jedem Krieg mit Frankreich ausspricht.

Graf Corti hatte von vornherein die ernstesten Bedenken gegen diese Fassung und hätte sie am liebsten unterdrückt oder wesentlich geändert. Lord Salisbury machte auch ihm gegenüber, wie zu erwarten war, geltend, daß er sich nicht im voraus zur Mitwirkung bei jedem Krieg Italiens gegen Frankreich verbindlich machen könne, namentlich, wenn sich dies auch auf einen Angriffskrieg zu irgendeinem noch unbekannten Zweck erstrecken solle. Er könne dies umsoweniger, als der Fall einer Ersetzung des Grafen Robilant durch einen weniger vorsichtigen und zuverlässigen Staatsmann in der Zukunft denkbar sei. Hierzu kam, daß Lord Salisbury, wie er mir vertraulich gesagt hat, nach anderweitigen Nachrichten als nicht ausgeschlossen betrachtete, daß die Erwerbung von Nizza und Savoyen im Spiele sein könne.

Nachdem Lord Salisbury entweder den Wegfall oder die Modifikation dieser Bestimmung als notwendig bezeichnet hat, liegt es meines Erachtens in der Hand des Grafen Robilant, eine allgemeinere, aber doch immer noch brauchbare Redaktion hier zur Annahme zu bringen. Graf Corti hält dies für wünschenswert und beabsichtigt, wenn er zur Diskussion einer ihm übersandten modifizierten Redaktion ermächtigt wird, alles daran zu setzen, um ein befriedigendes Ergebnis herbei-

zuführen. Wenn ich mich nicht täusche, liegt es wesentlich auch in unserem Interesse[1], daß die Bestimmung bezüglich möglicher Verwickelungen mit Frankreich nicht ganz in Wegfall kommt, und ich habe daher den italienischen Botschafter in seiner Auffassung bestärkt.

Graf Corti hat nach seiner gestrigen Unterredung mit dem Minister den Eindruck, den ich vollständig teile, daß derselbe jetzt in bezug auf seine auswärtige Politik einen bestimmten Entschluß gefaßt hat. Er ist ferner der Ansicht, daß die Annäherung, wenn sie auch noch nicht in der Form einer Allianz auftritt und in der Hauptsache auf persönlichem Vertrauen beruht, dennoch von hohem Wert ist, und daß man es Lord Salisbury überlassen kann, den geeigneten Moment zur Geltendmachung seiner Politik zu wählen. Hatzfeldt

---

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Nicht sehr; Hauptsache liegt in östl[icher] Richtung

Nr. 886

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 44
Geheim

London, den 6. Februar 1887

Die Form, in welcher Lord Salisbury gestern die Mitteilung machte, daß er Euerer Durchlaucht Erwägungen über die Gruppierung der Mächte als richtig anerkenne, wenn er unsererseits nur auf weitere Unterstützung bezüglich Ägyptens rechnen könne, berechtigte zu dem Schluß, daß der Minister seine Aufgabe in einer gemeinsamen Politik mit Österreich und Italien erkenne und in diesem Sinne jetzt zu handeln gedenkt, solange er die englische Politik zu leiten hat.

Die Bestimmtheit seiner offenbar vorher überlegten und festgestellten Äußerungen, die er ohne Initiative meinerseits auf Grund der letzten Berichte Sir E. Malets machte, lassen mich vermuten, daß er sich in dem unserer Unterhaltung vorhergehenden Ministerconseil der Zustimmung seiner Kollegen bereits versichert hatte. Aus seinen eigenen Äußerungen weiß ich, daß er mit Mr. Goschen, dessen Ansichten bezüglich Ägyptens noch vor wenigen Tagen schwankten, gestern eigens zu dem Zweck zusammengekommen ist, um den hierauf bezüglichen Plan in den Grundzügen festzustellen und uns mitteilen zu können.

Entscheidend ist für Lord Salisbury nach meinem Eindruck die Erwägung gewesen, daß England durch längeres Zögern angesichts der möglicherweise drohenden europäischen Verwickelungen in eine vollständige, für seine Interessen verderbliche Isolierung gedrängt werden müsse.

Mit lebhaftem Danke erkannte er es bei dieser Gelegenheit wieder

an, daß er in dem befreundeten Deutschland ein schützendes Bollwerk gegen eine französische Aggression erblicken dürfe. Wenn er auch gleichzeitig beklagte, daß er, wie ich ihm dies wiederholt gesagt, auf keine deutsche Unterstützung in Bulgarien hoffen dürfe, so erkannte er doch vollständig an, daß unsere Haltung in dieser Frage durch die Umstände gerechtfertigt sei, und daß die deutsche Politik, indem sie Frankreich zur Untätigkeit zwinge, den anderen im Orient interessierten Mächten schon einen sehr großen Vorteil bringe.

Diese Anerkennung in dem Augenblick, wo Lord Salisbury sich zu einer gemeinsamen Politik mit Österreich und Italien entschließt, scheint mir von hoher Bedeutung. Sie berechtigt zu der Annahme, daß wir in bezug auf Bulgarien hier keine Anforderungen zu erwarten haben, die mit unserer Politik in bezug auf Rußland im Widerspruch stehen würden. Als wahrscheinlich muß ich dagegen nach Andeutungen Lord Salisburys bezeichnen, daß er auf eine freundliche Haltung unsererseits in Konstantinopel, namentlich in der ägyptischen[1] Frage, Wert legen wird.

Ich habe dem Grafen Corti, obwohl er sich auf Weisung aus Rom mit mir in Verbindung hält und mir alles mitteilt, was sich auf seine speziellen Verhandlungen mit England bezieht, von dem allgemeinen Inhalt meiner Unterhaltung mit Lord Salisbury nichts gesagt und warte in dieser Hinsicht Euerer Durchlaucht Instruktionen ab.

Anführen muß ich noch, daß Graf Corti, in dessen Scharfsinn und Urteil ich Vertrauen setze, der Meinung ist, die ich teile, daß hier eine Wendung eingetreten ist, die, wenn sie Früchte tragen soll, ohne Zeitverlust und sorgfältig gepflegt werden muß. Es wird aber, wie ich glaube, nicht von Italien, sondern von Euerer Durchlaucht abhängen, der englischen Politik eine Richtung zu geben[2], die sie zu einer Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens macht.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Gut
[2] wodurch?

Nr. 887

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 109
Geheim

Berlin, den 7. Februar 1887

Ew. übersende ich anbei mit Bezugnahme auf Ihre geheimen Telegramme Nr. 16* und 17 Abschrift der Instruktion des Grafen Robilant an Graf Corti, von welcher in jenen Telegrammen die Rede ist**.

* Siehe Nr. 884.
** Siehe die Anlage I.

Wenn England auf das Memorandum bezüglich einer Entente mit Italien eingeht, so würde der Herr Reichskanzler darüber sehr erfreut sein. Seine Durchlaucht findet es aber erklärlich, daß Lord Salisbury bei Artikel 4 Bedenken hat; denn dieser Artikel geht in seiner Fassung zu weit. Ich hoffe, daß es dem Grafen Corti gelingen wird, die Zustimmung seiner Regierung zur Modifizierung des Artikel 4 in rein defensivem Sinne zu gewinnen; selbst wenn Artikel 4 ganz ausfiele, d. h. wenn Frankreich direkt garnicht genannt würde, so würde ein sich auf die 3 übrigen Artikel beschränkender Abschluß immer schon einen großen Fortschritt gegen jetzt bedeuten; denn Frankreich im Schach zu halten, würden wir doch in der Lage sein.

Es ist zu hoffen, daß die heute in Rom ausgebrochene Ministerkrisis nicht zum Austritt des Grafen Robilant führt: sollte das aber dennoch der Fall sein, und der Fortgang der italienisch-englischen Verhandlungen dadurch ins Stocken geraten, so wäre es doch sehr wünschenswert, daß Lord Salisbury die Befestigung der Entente mit Italien und auch den Abschluß einer Vereinbarung im Auge behält, da anzunehmen ist, daß die italienische Politik bei der jetzigen Zusammensetzung des italienischen Parlaments einstweilen im Sinne des Grafen Robilant weitergeführt werden wird. H. Bismarck

Anlage 1

Der italienische Minister des Äußern Graf de Robilant an den italienischen Botschafter in London Grafen Corti

Abschrift

Rome, ce 26 Janvier 1887

Dans l'entretien que Votre Excellence a eu, le 17 de ce mois, avec Lord Salisbury, Sa Seigneurie, tout en s'empressant de se déclarer prête à entrer avec nous dans un échange de vues, ayant pour but de rendre plus intimes et plus pratiquement utiles les rapports entre les deux pays, exprimait cependant le désir d'être mieux renseignée sur les intérêts particuliers de l'Italie dans la Méditerranée et en Orient, que l'entente projetée devrait sauvegarder.

Je présume que Lord Salisbury, en parlant de nos intérêts en Orient et dans la Méditerranée, n'a pas voulu se référer à des intérêts spéciaux et d'une valeur, pour ainsi dire, locale. Si j'ai bien saisi sa pensée, ce que le Premierministre de la Reine désire connaître, c'est notre manière d'envisager le développement éventuel de la situation dans ces régions, ainsi que notre appréciation au sujet de l'action que les deux puissances pourraient, d'après leurs accords mutuels, déployer dans les phases successives de la question méditerranéenne et dans le cas même où cette question assumerait, par l'enchaînement des faits, les proportions et la portée d'une question européenne.

Me plaçant à ce point de vue et voulant donner à mes idées le cachet d'une précision absolue, j'ai résumé, dans le Mémoire ci-joint, ce qui devrait être, en quelque sorte, entre les deux Cabinets, le programme de leur entente réciproque. Les propositions dont ce programme se compose se passent de tout commentaire. Elles sont fort simples, nettement énoncées, allant directement au but que chacune d'elles devrait, le cas échéant et le moment venu, atteindre au profit commun des deux puissances. Je pense que Lord Salisbury n'hésitera pas à les apprécier comme étant l'expression d'une conception essentiellement positive et pratique.

J'ai voulu ne pas limiter l'action combinée des deux puissances au domaine du présent, ni à celui d'un avenir probable et immédiat. Je sais que les hommes d'Etat, en Angleterre, n'ont pas l'habitude de s'occuper des prévisions lointaines. J'ai cependant préféré mettre, dès aujourd'hui, sous les yeux de Lord Salisbury l'ensemble de nos vues à l'égard du rôle que l'Angleterre et l'Italie pourraient, un jour prochain ou éloigné, être appelées à jouer sur l'échiquier de la politique générale. Je vais, Votre Excellence le voit, jusqu'à l'hypothèse d'une guerre que l'Angleterre et l'Italie seraient obligées de soutenir contre la France. Quand bien même Lord Salisbury hésiterait à accepter des engagements à si longue échéance et d'une application heureusement improbable, il ne saurait ne pas tenir compte, sur le terrain auquel nos ouvertures le convient, de l'avantage réel qu'aurait pour l'Angleterre un accord établissant, entre elle et l'Italie, une confiante solidarité, et la rattachant, grâce à notre intermédiaire, au groupe des puissances centrales. Il ne peut, en effet, échapper à la haute intelligence du Ministre Britannique que le simple soupçon, à Pétersbourg, d'une pareille combinaison politique paralyserait bien des velléités de la part de la Russie.

J'autorise Votre Excellence à remettre à Lord Salisbury copie du Mémoire ci-joint, et à lui donner lecture de la présente dépêche. Je tiens à ce qu'il ait, de nos idées et des considérations qui nous les dictent, une notion rigoureusement exacte et complète.

(signé) Robilant

Anlage II

Memorandum

Abschrift

Propositions pour une entente entre l'Italie et la Grande Bretagne.

1. Maintenir, autant que possible, le statu quo dans la Méditerranée, y compris la Mer Adriatique, la Mer Egée et la Mer Noire. — Conséquemment, prévenir, et au besoin empêcher tout changement qui, sous la forme d'annexion, occupation, protectorat, ou d'une autre

manière quelconque porterait atteinte, au détriment des deux puissances, à la situation actuelle.

2. Si le maintien du statu quo devient impossible, faire en sorte qu'il ne se produise une modification quelconque qu'à la suite d'un accord préalable entre les deux puissances.

3. L'Italie est toute prête à appuyer l'oeuvre de la Grande Bretagne en Egypte. La Grande Bretagne est, à son tour, disposée à appuyer, envers les envahissements éventuels de la France, l'action de l'Italie sur tout autre point quelconque de la côte nordafricaine, et nommément dans la Tripolitaine et Cyrénaïque.

4. L'Italie serait prête à se ranger à côté de l'Angleterre dans la Méditerranée dans toute guerre que cette puissance pourrait avoir avec la France, à charge de réciprocité, de la part de l'Angleterre, dans toute guerre entre l'Italie et la France.

Nr. 888

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 London, den 7. Februar 1887

Geheim

Graf Robilant hat den Grafen Corti telegraphisch ermächtigt, für Nr. 4 eine andere, etwas modifizierte Form vorzuschlagen, wonach beide Teile sich im Mittelländischen Meere, soweit es die Umstände gestatten, gegenseitige Unterstützung (nicht Hülfe) zusagen sollen.

Der italienische Botschafter wird Lord Salisbury morgen sehen. Mein Eindruck ist, daß letzterer eine weitere Modifikation als wünschenswert bezeichnen wird. Hatzfeldt

---

Randverfügung des Fürsten von Bismarck:

Resp[ondeatur]: Die modificirte italienische Fassung ist weit genug um Salisbury jeden Spielraum zu lassen. Wirken Sie für Annahme wenn sich Gelegenheit bietet, schon um Robilant halten zu helfen, der für Frieden im Orient u[nd] mit Oest[er]reich thätig u[nd] ein Gentleman ist. v. B.

Nr. 889

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 124 Berlin, den 10. Februar 1887

Ew. Exzellenz geheime Berichte Nr. 43 und 44* habe ich erhalten und bemerke zunächst mit Bezugnahme auf die ägyptische Frage,

* Siehe Nr. 885 und 886.

daß wir in derselben nach wie vor zu England stehen werden: Sie wollen Lord Salisbury sagen, daß er in dieser Hinsicht auf uns rechnen kann, ohne daß wir unsererseits irgendwelche politische Wünsche wegen Ägyptens hätten.

Das letzte Alinea des Berichts Nr. 43 hat mich mit Befriedigung erfüllt, und ich hoffe danach, daß die Besprechungen zwischen Lord Salisbury und Graf Corti zu einem praktischen Ergebnis führen werden. Daß Sie letzterem von Ihrer Unterhaltung mit Lord Salisbury nichts gesagt haben, billige ich durchaus, und es wird sich empfehlen, daß Ew. Exzellenz auch ferner fortfahren, darüber zu schweigen, wenn und soweit Sie nicht Lord Salisburys ausdrückliche Ermächtigung zur Mitteilung seiner Äußerungen an den italienischen Botschafter erhalten. Zu dem Schlußsatz des Berichts Nr. 44 bemerke ich, daß es allerdings mein Wunsch ist, eine Einwirkung auf die englische Politik im Sinne des Friedens zu üben; es ist mir aus Ihren Worten aber nicht ganz ersichtlich, ob Sie mit denselben den Gedanken verbinden, daß wir über dasjenige, was bereits unsererseits geschehen ist, hinausgehen sollten, und in welcher Richtung. Ich halte es einstweilen nicht für angezeigt, über die Linie hinauszugehen, bis an die ich nach meinen Mitteilungen an Malet und durch meinen Erlaß Nr. 98* an Ew. Exzellenz gegangen bin; ich will damit sagen, daß es mir einstweilen genügend erscheint, über die Art, wie der Friede sich vielleicht erhalten lassen würde, meine Ansicht gutachtlich auszusprechen: die Voraussetzung hierfür ist, daß Frankreich gegenüber wir das Gegengewicht bilden, und daß gegen Rußland das durch Italien und England gestützte Österreich die Wage hält. Von anderer Seite wie von Frankreich oder Rußland ist eine Störung des Friedens überhaupt nicht zu erwarten; das Gleichgewicht würde daher vollständig sein, wenn man sicher wäre, daß Österreich mit seinen eigenen Kräften oder durch Bündnisse Rußland gewachsen wäre.

Daß England sich den Italienern zur Aktion gegen Frankreich verpflichtet, ist nicht das nächstliegende Bedürfnis; wir glauben stark genug zu sein, um Frankreich in Schach halten zu können, würden aber dazu allerdings noch sichrer imstande sein, wenn Englands Macht zur See uns gegen Frankreich indirekt dadurch zugute käme, daß England mit Italien ein, wenn auch nur defensives Abkommen träfe. Daß Lord Salisbury Bedenken hat, auf eine Offensivallianz einzugehen, finde ich natürlich; es liegt das gegenwärtig aber auch nicht im Bedürfnis derjenigen Mächte, deren Hauptziel die Erhaltung des Friedens ist.

Die Indiskretionen, welche Ew. Exzellenz in einem Artikel des „Temps“ zu finden glauben, sind mir auch aufgefallen, und erkläre ich sie mir dadurch, daß Lord Salisbury seinen sämtlichen Kollegen im

* Siehe Nr. 883.

Conseil von den italienischen Verhandlungen Mitteilung gemacht hat; unter 16 Kabinettsmitgliedern werden sich immer einige finden, die die Bedeutung und den Wert des Geheimnisses nicht zu ermessen verstehen; ich glaube nicht, daß etwas über Wien transpiriert hat, sondern möchte annehmen, daß einer oder der andere von Lord Salisburys Kollegen die Sache nicht für sich behalten hat.

v. Bismarck

Nr. 890

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 49
Geheim

London, den 10. Februar 1887

Der Entwurf zur italienischen Note lautet:

Le soussigné, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi d'Italie, a reçu de Son Gouvernement l'ordre de porter à la connaissance de Son Excellence le Marquis de Salisbury. Principal Secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique pour les Affaires Etrangères, ce qui suit:

Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi, animé du désir d'établir avec celui de Sa Majesté la Reine une entente sur diverses questions concernant leurs intérêts, est d'avis que ce but pourrait être atteint par l'adoption des bases suivantes.

1. On maintiendra autant que possible le statu quo dans la Méditerranée, ainsi que dans l'Adriatique, la Mer Egée et la Mer Noire.

On aura par conséquent soin de surveiller et au besoin d'empêcher tout changement, qui sous la forme d'annexion, occupation, protectorat ou d'une toute autre manière quelconque, porterait atteinte à la situation actuelle au détriment des deux Puissances.

2. Si le maintien du statu quo devient impossible, on fera en sorte qu'il ne se produise une modification quelconque, qu'à la suite d'un accord préalable entre les deux Puissances.

3. L'Italie est toute prête à appuyer l'œuvre de la Grande Bretagne en Egypte. La Grande Bretagne, à son tour, est disposée à appuyer, en cas d'envahissement de la part d'une tierce Puissance, l'action de l'Italie sur tout autre point quelconque du littoral nord d'Afrique, et notamment dans la Tripolitaine et la Cyrénaïque.

4. En général et pour autant que les circonstances le comporteront, l'Italie et l'Angleterre se promettent appui mutuel dans la Mé-

diterranée pour tout différend qui surgirait entre l'une d'elles et une tierce Puissance.

En exprimant la confiance que ces bases recevront l'assentiment du Gouvernement de Sa Majesté la Reine, le soussigné saisit etc.

Der Entwurf zur englischen Antwort lautet in deutscher Übersetzung:

„Ihrer Majestät Regierung hat die Darlegung der italienischen Politik, wie sie in Euerer Exzellenz Note vom ..... enthalten ist, mit großer Befriedigung entgegengenommen, da sie dadurch in die Lage gesetzt wird, die freundschaftlichen Gesinnungen des Grafen Robilant aufrichtig zu erwidern und ihren eigenen Wunsch zu erkennen zu geben, im allgemeinen mit der italienischen Regierung in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse für die beiden Länder zu kooperieren. Über den Charakter dieser Kooperation müssen dieselben (englisch: must be decided by them) je nach den Umständen des Falles einen Beschluß fassen, wenn die Veranlassung für die Kooperation eintritt. Im Interesse des Friedens und der Unabhängigkeit der am Mittelländischen Meere gelegenen Länder wünscht Ihrer Majestät Regierung in der vollständigsten Übereinstimmung und im Einvernehmen mit der Regierung Italiens zu handeln.

Beide Mächte wünschen, daß bezüglich der Küsten des Schwarzen Meeres, des Ägäischen Meeres und des Adriatischen Meeres, sowie der Nordküste von Afrika der status quo aufrechterhalten werden soll.

Wenn infolge irgendeines verhängnisvollen Ereignisses die Aufrechterhaltung des absoluten status quo unmöglich wird, so wünschen die beiden Mächte, daß nicht die Herrschaft irgendeiner anderen Großmacht über irgendeinen Teil dieser Küsten ausgedehnt werde. Es wird der ernstliche Wunsch Ihrer Majestät Regierung sein, der italienischen Regierung, wie vorstehend ausgesprochen, bei Aufrechterhaltung dieser Hauptgrundsätze der Politik ihre vollste Kooperation zu gewähren."*

Bezüglich des Charakters der Kooperation bezieht der italienische Botschafter den Ausdruck „by them" auf beide Regierungen. Lord Salisbury deutete mir vertraulich an, daß er damit einverstanden sei, daß aber die Möglichkeit, den Ausdruck auch auf Ihrer Majestät Regierung im vorhergehenden Satz zu beziehen, ihn gegen eventuelle Angriffe im Parlament sicherstellen würde.

Hatzfeldt

* Der englische Text der Note, sowie der Text der italienischen Note sind abgedruckt bei: Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns, Bd. I, S. 36 ff. Italienischerseits war gewünscht worden, daß beide vom 12. Februar datierten Noten dem Schlußprotokoll über den Abschluß des zweiten Dreibundvertrages vom 20. Februar angefügt würden, wodurch eine moralische Bindung Deutschlands für das Mittelmeerabkommen erzielt worden wäre; deutscherseits wurde das aber im Hinblick auf das Verhältnis zu Rußland abgelehnt. Vgl. Nr. 856.

Nr. 891

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 London, den 12. Februar 1887
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 23 vom 9. d. Mts.

Der Notenaustausch zwischen Lord Salisbury und Graf Corti hat eben stattgefunden.

Hatzfeldt

Nr. 892

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 59
Geheim London, den 13. Februar 1887

Infolge des hohen Erlasses Nr. 124 vom 10. d. Mts.* habe ich gestern Lord Salisbury aufgesucht, um ihm die vorgeschriebene Mitteilung bezüglich Ägyptens zu machen. Er bat mich, Euerer Durchlaucht seinen lebhaften Dank dafür auszusprechen.

Im Laufe der sich hieran knüpfenden Unterhaltung hatte ich Gelegenheit, auf die früheren Äußerungen des Ministers, die in meinem Bericht Nr. 44 vom 6. d. Mts.** wiedergegeben sind, zurückzukommen und nochmals festzustellen, daß ich den Sinn derselben genau wiedergegeben habe. Lord Salisbury erkannte ausdrücklich an, daß er sich in diesem Sinne ausgesprochen und namentlich zugegeben habe, daß unsere Rolle sich darauf beschränken müsse, Frankreich in Schach zu halten, ohne ihm, Lord Salisbury, eine Unterstützung in Bulgarien zu gewähren, so wünschenswert ihm dieselbe auch sein würde.

Hiernach darf ich die Schlußfolgerung in meinem Bericht Nr. 44, daß wir in diesem Punkt keine Anforderung zu erwarten haben, die mit unserer Politik in bezug auf Rußland in Widerspruch stehen würde, als begründet betrachten. Ich glaube, daß Lord Salisbury vollständig aufrichtig in diesem Punkt ist, weil er sich davon überzeugt hat, daß es für Deutschland mit Rücksicht auf die von Frankreich drohende Gefahr ein Gebot der eigenen Sicherheit ist, Rußland keinen Vorwand zur Einmischung zu geben. Ob er daran die stille Hoffnung knüpft, daß die russische Politik uns schließlich selbst dahin drängen wird, zur Wahrung des europäischen Friedens und unserer eigenen Sicherheit einen Stützpunkt in der Gruppierung der Mächte zu suchen, welche

* Siehe Nr. 889.
** Siehe Nr. 886.

die Bekämpfung des russischen Vorgehens im Orient als ihre Aufgabe betrachtet, dafür habe ich keine bestimmten Anhaltspunkte, bin aber geneigt, es als wahrscheinlich anzunehmen, weil es dem englischen Interesse sowohl, als auch der Auffassung Lord Salisburys von der russischen Politik entspricht.

Wie die Dinge heute liegen, weiß Lord Salisbury, daß er im Orient keine Unterstützung gegen Rußland zu erwarten hat, und erkennt dies ausdrücklich an. Er hat aber offenbar den Eindruck und ist, wie ich weiß, durch die Argumentation des Grafen Corti darin bestärkt worden, daß England durch die inzwischen abgeschlossene Verständigung mit Italien auch in ein näheres Verhältnis zu Österreich und Deutschland getreten, und daß dadurch eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen zum Ausdruck gelangt ist, welchen die englische Annäherung im Interesse des Friedens zugute kommen soll. Von diesem Gesichtspunkt aus wird Lord Salisbury, wie ich glaube und in meinem Bericht Nr. 44 als wahrscheinlich bezeichnet habe, auf eine freundliche Haltung unsererseits in Konstantinopel Wert legen. Für das Maß dieser Freundlichkeit ist eine Äußerung, die er mir heute machte, bezeichnend. Er warf mit offenbarer Befriedigung die Bemerkung hin, daß nach seinen Nachrichten der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel sich in der letzten Zeit mehr zurückzuhalten scheine. Dies ist, wenn mich nicht alles täuscht, der Punkt, auf den der Minister Wert legt. Er verlangt keine aktive Förderung seiner Politik in Konstantinopel und weiß, daß er sie nicht zu erwarten hat, wenn und wo wir uns dadurch in Gegensatz zu Rußland bringen würden. Was er wünscht, ist eine gewisse unparteiische Reserve unseres Vertreters, welche nicht das ganze Gewicht unseres Einflusses gegen die englischen Interessen in die Wagschale wirft und der Pforte nicht den Eindruck gibt, daß eine antienglische Haltung ihrerseits unter allen Umständen unseren Wünschen entspricht.

Wenn ich meine Auffassung resümieren darf, so sieht Lord Salisbury die Vorteile, die er von uns dafür hofft, daß er sich der von Euerer Durchlaucht als wünschenswert bezeichneten Gruppierung der Mächte anschließt, in folgenden Punkten:

1. Schutz gegen eine etwaige aggressive Politik Frankreichs;

2. Unterstützung der ägyptischen Pläne Englands auch in Konstantinopel;

3. Unparteiische Reserve unseres Vertreters in Konstantinopel in den übrigen Fragen ohne jeden Gegensatz desselben zu Rußland.

In letzterer Hinsicht glaube ich noch hervorheben zu müssen, daß die Politik Lord Salisburys meines Erachtens keineswegs darauf gerichtet ist, Verwickelungen mit Rußland herbeizuführen. Für Bulgarien wünscht er möglichst viel Selbständigkeit zu retten, weil er darin nach wie vor einen gewissen Damm gegen das weitere Vordringen Rußlands erblickt, und weil er sich nicht durch gänzliches

Zurückweichen in offenen Widerspruch mit seiner bisherigen Politik setzen kann. Es kann ihm daher nur recht sein, wenn die Pforte, wie er mir gestern auf Grund seiner Nachrichten sagte, nicht mehr denselben Eifer für die russischen Wünsche in Bulgarien zeigt. Aber ich zweifle dennoch nicht, daß Lord Salisbury, um den Frieden zu erhalten, jeder Lösung der bulgarischen Schwierigkeit, die in Wien annehmbar erscheint, auch seinerseits zustimmen würde.

In bezug auf die in dem hohen Erlaß Nr. 124 aufgeworfene Frage hinsichtlich der von uns gegen England einzuhaltenden Linie darf ich mich nach dem Vorstehenden dahin aussprechen, daß, soweit ich es beurteilen kann, die von mir auf Grund meiner Beobachtungen als englische Wünsche angegebenen drei Punkte mit der von Euerer Durchlaucht als wünschenswert bezeichneten Grenzlinie in keinem Widerspruch stehen, wenn die nach Angabe Lord Salisburys von dem Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel seit kurzem beobachtete größere Zurückhaltung sich mit Rücksicht auf unsere Beziehungen zu Rußland auch ferner aufrechterhalten läßt.

Über diese Linie hinauszugehen, würde sich, wenn ich eine Ansicht aussprechen darf, schon deshalb einstweilen nicht rechtfertigen lassen, weil wir meines Erachtens nicht vergessen dürfen, daß Lord Salisbury zwar unser Vertrauen verdient und vorläufig auch festzustehen scheint, daß die inneren Schwierigkeiten aber hier zu groß sind, um jeden Zweifel an einer längeren Dauer des jetzigen Kabinetts ganz unbedingt als ausgeschlossen zu betrachten.

Aber auch innerhalb dieser Linie wird es nach meiner Überzeugung bei im übrigen sorgsamer Pflege unserer Beziehungen möglich sein, daß Euere Durchlaucht hier im Sinne der Erhaltung des Friedens durch vertraulichen Rat und gutachtliche Äußerung eine erfolgreiche Einwirkung üben. Diese Einwirkung wird sich jetzt, nachdem die Verständigung mit Italien zustande gekommen, indirekt dadurch verstärken lassen, daß Euere Durchlaucht in die Lage kommen, auch durch die italienische Regierung, mit welcher England Fühlung suchen muß, auf die ganze Haltung des englischen Kabinetts Einfluß zu üben.

Hatzfeldt

Nr. 893

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß*

Privatbrief. Abschrift.

Berlin, den 16. Februar 1887

pp. Um Graf Kálnoky anzuregen, können Eure Durchlaucht ihm noch mit der Bitte um strikte Geheimhaltung ganz vertraulich zu ver-

* Der Anfang des Briefes ist bereits in Nr. 852 abgedruckt.

stehen geben, daß es uns gelungen ist, eine schriftliche Abmachung zwischen England und Italien zu Wege zu bringen, durch welche beide Mächte sich zur gemeinschaftlichen Aktion bezüglich der Aufrechterhaltung des status quo im Mittel- und im Schwarzen Meere verpflichten. Wir haben dieses am 12. c. in London vollzogene Abkommen hauptsächlich deshalb so scharf betrieben, um eine Basis für Österreich zu schaffen, auf die es im Fall notgedrungener Verteidigung treten kann. Wir werden jetzt die amtliche Mitteilung dieses Abschlusses nach Wien bei Salisbury und Robilant betreiben und hoffentlich durchsetzen: Bis das gelungen sein wird, muß die Sache in Wien aber streng sekretiert werden. Ich teile sie Ihnen nur mit, um zu beweisen, wieviel Anlaß Kálnoky hat, im Bündnis mit Italien zu sein, und bitte, sie ihm einstweilen nur mit großer Vorsicht mitzuteilen. Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, daß wir England so weit zu engagieren vermocht haben.

(gez.) H. Bismarck

Nr. 894

Memorandum für Königin Victoria von England*

Streng vertraulich [23. Februar 1887]

Durch die erzielte Verständigung mit Italien hat England die weitgehendste Zusicherung gemacht, welche ein parlamentarischer Staat überhaupt erteilen kann, nämlich, daß es im Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland sich aktiv derjenigen Staatengruppe anschließen wird, welche die Friedenspolizei im Orient bildet. Keine englische Regierung kann absolute Bürgschaft übernehmen für militärische oder maritime Mitwirkung in einem zukünftigen Konflikt, einfach weil sie nicht sicher sein kann, ob das Parlament jene Versprechungen erfüllen wird. Aber soweit Lord Salisbury urteilen kann, hat er die feste Überzeugung, daß England in Gemeinschaft mit Österreich und Italien gegen Rußland Front machen wird, sollte die Türkei und besonders Konstantinopel bedroht werden. Lord Salisbury glaubt dasselbe annehmen zu dürfen (aber mit weniger Zuversicht), falls Österreich von Rußland angegriffen wird, ohne türkischen Boden zu berühren. In diesem Fall würde es schwer sein für England, wirksame Unterstützung zu leisten.

* Das Memorandum an die Königin von England, dessen englisches Original nicht vorliegt, und dessen Absender nicht feststellbar ist, wurde vom Hofmarschall des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, Grafen Radolinski, dem späteren Fürsten Radolin, dem Auswärtigen Amt übersandt; es rührt mutmaßlich von Lord Salisbury selbst her.

Kapitel XXVII

Beitritt Österreich-Ungarns zur Entente zwischen Italien und England 1887

Nr. 895

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 London, den 18. Februar 1887
Geheim

Infolge telegraphischer Instruktion hat der italienische Botschafter Lord Salisbury mitgeteilt, daß Graf Robilant, wenn der Premierminister dies wünsche, einverstanden sein würde, das geheime Abkommen in Wien mitzuteilen.

Lord Salisbury hat erwidert, daß er Mitteilung der Substanz, nicht des Textes, wünsche, aber auch mit letzterem einverstanden sein würde, wenn Graf Robilant es für angezeigt halte. Vorläufig und bis zu einer Antwort hierüber werde er den englischen Botschafter in Wien sofort telegraphisch anweisen, die Substanz mitzuteilen.

Hatzfeldt

Nr. 896

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 102 Wien, den 24. Februar 1887
Geheim

Graf Kálnoky hat die Güte gehabt, mir die Depesche vorzulesen, welche er an den Grafen Károlyi über das englisch-italienische Abkommen geschrieben, und welche den Zweck hat, die Sprache des österreichisch-ungarischen Botschafters zu regeln, gleichzeitig aber auch bestimmt ist, denselben zu einem etwas lebendigeren Verkehr mit Lord Salisbury anzuregen.

Graf Kálnoky beauftragt den Botschafter durch dieses Schriftstück, dem englischen Premierminister für die Mitteilung der betreffenden Noten zu danken und zugleich die lebhafteste Befriedigung über die vollzogene Abmachung auszusprechen, einen Akt, welcher die volle Sympathie des Wiener Kabinetts habe. Der Minister bezieht sich auf seine früheren Äußerungen, die er dem hiesigen englischen Botschafter über die gleichartigen Interessen beider Reiche getan habe, und be-

merkt, daß nichts dem entgegenstehen würde, auf derselben Basis ein ganz gleiches Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und England zustande zu bringen, falls es die Umstände erheischen sollten. Zum Schluß betont Graf Kálnoky, daß es der Regierung Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph nach wie vor und in erster Linie um die Erhaltung des Friedens zu tun sei.

Soviel mir bekannt, ist diese Depesche erst gestern nach London abgegangen.

Dem italienischen Botschafter hat Graf Kálnoky in derselben Weise gesprochen.

Das hiesige Kabinett bleibt nach diesen Äußerungen auf seinem früheren Standpunkt stehen, will sich nicht durch andere in den Krieg mit Rußland hineinhetzen lassen, ist aber bereit, für den Fall, daß ihm derselbe durch Rußland aufgedrungen werden sollte, den englisch-italienischen Abmachungen beizutreten.

Graf Kálnoky findet, daß, seitdem Lord Randolph Churchill nicht mehr im Ministerium sich befindet, Lord Salisbury wieder entschlossener auftritt, und hält es für eine bemerkenswerte Leistung, zugleich aber auch für einen großen Gewinn, daß es gelungen ist, den englischen Premier dahin zu bringen, sich für einen so weitgehenden Akt zu binden.

H. VII. P. Reuß

Nr. 897

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 London, den 28. Februar 1887
Geheim

Lord Salisbury sagt mir ganz vertraulich, daß der österreichische Botschafter ihm vorgestern einen Gedankenaustausch auf der Grundlage der geheimen englisch-italienischen Verständigung vorgeschlagen habe. Der Premierminister hat erwidert, er werde sich darüber im nächsten Ministerkonseil künftigen Mittwoch mit seinen Kollegen beraten und dann antworten.

Lord Salisbury neigt persönlich zu der Auffassung, daß es sich, ungeachtet der teilweisen Verschiedenheit der österreichischen Interessen von denjenigen Englands und Italiens, am meisten empfehlen würde, dem Grafen Kálnoky den einfachen Beitritt zur englisch-italienischen Verständigung vorzuschlagen, wenn Graf Robilant seinerseits damit einverstanden sein sollte.

Hatzfeldt

Nr. 898

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 London, den 5. März 1887
Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 31* und Bericht Nr. 77.

Lord Salisbury hat eben dem österreichischen Botschafter mitgeteilt, daß die englische Regierung sehr erfreut sein werde, wenn Österreich dem geheimen englisch-italienischen Abkommen beitreten wolle. Graf Károlyi, welcher diesen Beitritt persönlich als wünschenswert anerkannte, berichtet hierüber nach Wien.

Nach der Unterredung mit dem österreichischen Botschafter hat der Premierminister dem Graf Corti von dem Inhalt derselben ganz vertraulich Kenntnis gegeben. Der Minister hofft, daß Graf Robilant mit seinem Vorschlag an den Graf Károlyi einverstanden sein und denselben in Wien befürworten wird. Im Falle des Einverständnisses in Wien meinte Lord Salisbury, daß ein entsprechender Notenaustausch angezeigt sein wird.

Hatzfeldt

Nr. 899

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Eigenhändiges Konzept

Nr. 133 Berlin, den 6. März 1887
Geheim [abgegangen am 7. März]

pp. Der Herr Reichskanzler ersucht Ew., diese Mitteilung** zu sekretieren, da er hofft, daß das Wiener Kabinett von selbst auf Lord Salisburys Vorschlag eingehen wird, und da es ihm in diesem Falle erwünscht wäre, unsererseits über die Sache zu schweigen. Sollten indessen bei Graf Kálnoky Zweifel über die Nützlichkeit der von Salisbury angeregten Abmachung erstehn, und derselbe Ihnen in diesem Sinne davon sprechen, so wollen Ew. sich ermächtigt halten, dem Grafen zum Abschluß zuzureden. Wenn Österreich dem für seine Zukunft äußerst wichtigen englischen Anerbieten mit Schwierigkeiten begegnen sollte, so würde das beweisen, daß es seine Interessen schlecht versteht und zuviel auf uns rechnet: wir sind nicht imstande, uns in orientalischen Dingen mit Österreich zu identifizieren oder ihm

* Siehe Nr. 897.

** Gemeint ist das Hatzfeldtsche Telegramm vom 5. März (Nr. 898).

bei etwaigen Verwickelungen in Bulgarien und am Schwarzen Meere materielle Hilfe zu gewähren. Da Lord Salisbury sich aber dazu verpflichten will, so sollte Österreich ihn rasch beim Wort nehmen. Ich denke, daß Graf Kálnoky sich dies selbst sagen und danach verfahren wird. Wenn irgend möglich, wünscht der Reichskanzler deshalb nicht die Hand in dieser Sache zu haben; Ew. wollen sich deshalb nur dann damit befassen, wenn Sie sehen sollten, daß das Wiener Kabinett nicht weitsichtig genug ist, um seinen eigenen Vorteil wahrzunehmen.

H. Bismarck

Nr. 900

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 223 Berlin, den 11. März 1887
Geheim [abgegangen am 12. März]

Ew. pp. gefälliges eigenhändiges Schreiben vom 9. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und dem Herrn Reichskanzler vorgelegt. Es war demselben sehr erwünscht, daraus zu ersehen, daß Ihr österreichischer Kollege Sie mit seinen Unterhandlungen mit Lord Salisbury bisher nicht befaßt hat, und er bittet Ew. pp. den bezüglichen Besprechungen auch ferner nicht näher zu treten, als Sie von der andern Seite dazu genötigt werden. Wir müssen suchen, die Hände einstweilen frei zu behalten, damit wir nicht gleich hineingezogen werden, wenn es wegen orientalischer Fragen mit Rußland zum Bruche kommt*, weil wir alle unsere Kräfte gegen Frankreich brauchen werden. Wenn wir bei einem Kriege Österreichs und seiner Verbündeten gegen Rußland unbeteiligt bleiben, so kann der ganze französische Krieg gespart werden, weil Frankreich sich nicht in der Möglichkeit befindet, kriegerisch aufzutreten, solange wir neutral bleiben und nicht in den Kampf hineingezogen werden.

Wenn wir Rußland gegen uns mißtrauisch machen dadurch, daß wir uns an den englisch-italienisch-österreichischen Verhandlungen beteiligen, so ist es kaum zu vermeiden, daß wir in einen russischen Krieg mitverwickelt werden, und dann setzen wir Frankreich in eine vorteilhafte Hinterhand. Es ist keinen Augenblick zu bezweifeln, daß Frankreich uns angreifen wird, sobald wir mit Rußland in Krieg geraten, und es liegt mithin sowohl in unserm eigenen Interesse als in dem Europas, daß wir an orientalischen Verwickelungen unbeteiligt und dadurch in der Lage bleiben, das französische Schwert in der Scheide

* Aus dem gleichen Grunde war Deutschland nicht dem englisch-italienischen Mittelmeerabkommen vom 12. Februar 1887 beigetreten. Vgl. Nr. 856.

zu halten. Wenn wir bei der hier skizzierten politischen Haltung bleiben, so ist es sehr wahrscheinlich, daß sich jeder der beiden Kriege, durch welche Europa bedroht wird, eintretendenfalls separat abspielen kann, denn in einem eventuellen deutsch-französischen würde Rußland voraussichtlich von einem Bruche des Friedens abgehalten werden, wenn wir bei der Liga von England, Österreich und Italien nicht beteiligt sind, während wir uns andernfalls auch auf einen russischen Angriff gefaßt machen müßten.

Ich bitte Ew. pp. das Vorstehende, als nur für Ihre persönliche Information bestimmt, sekretieren zu wollen. Nach den von Ew. pp. früher gemeldeten Äußerungen Lord Salisburys erwartet derselbe auch nicht, daß wir uns an Unternehmungen gegen Rußland beteiligen, sondern nur, daß wir Frankreich in Schach halten, und das werden wir besorgen. pp. H. Bismarck

Nr. 901

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 143 Berlin, den 11. März 1887
Vertraulich [abgegangen am 12. März]

Nach Berichten des Kaiserlichen Botschafters in London hat Lord Salisbury den Eindruck, daß man es in Wien nicht sehr eilig mit dem auf Notenaustausch basierenden geheimen Abschluß habe. Graf Károlyi hat noch vorgestern an Lord Salisbury gesagt: „Es sei ja keine Gefahr im Verzuge".

Ohne auf die Entschließungen des Wiener Kabinetts unmittelbar einwirken zu wollen, möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß die Engländer, wenn sie von Österreich hingehalten werden, oder wenn die Unterhandlungen zwischen Wien und London ein Ergebnis nicht haben sollten, sich bemühen werden, mit den selbständigen Völkern der Balkanhalbinsel und besonders mit Griechenland Fühlung zu suchen: sie werden das um so sicherer tun, wenn die Pforte im russischen Fahrwasser bleibt, sie werden dann suchen, die Pforte zunächst indirekt durch Aufstachelung griechischer Begehrlichkeiten und Herbeiführung bulgarischer Wirren zu beunruhigen. Bei Griechenland würden auf dem Wege Begehrlichkeiten ermutigt werden, welche den Interessen Österreichs zuwiderlaufen, und für die Eventualität des Zusammenbruchs des türkischen Reiches Erbansprüche geschaffen, die Österreich nicht gutheißen könnte. Daß aber England für den Fall, daß es des Beistandes im Orient zu bedürfen glaubt und ihn bei Österreich nicht findet, denselben bei Griechenland, Serbien, Bulgarien und selbst Montenegro suchen werde, ist mit Wahrscheinlichkeit anzu-

nehmen. Diese Eventualitäten würden durch Annahme des von England angeregten Abschlusses beseitigt, welcher voraussichtlich auch auf die Pforte Anziehungskraft ausüben würde.

Die vorstehende Erwägung greift nur nicht Platz, wenn wir annehmen dürfen, daß Österreich entschlossen ist, im Falle russischen Einmarsches in Bulgarien sich nicht zu rühren, sondern denselben ruhig geschehen zu lassen; das wäre, wie Ew. pp. bekannt, nach meiner Meinung die zweckmäßigste und für uns erwünschte Aussicht; dann würde auch Graf Károlyi recht haben, daß keine Eile nötig wäre, sich mit England zu verständigen; zur Zurückhaltung Österreichs bei einem Einschreiten Rußlands in Bulgarien haben wir, wie Graf Kálnoky bekannt, stets geraten; nach der Haltung Ungarns im vorigen Herbst bin ich aber nicht sicher, ob Graf Kálnoky imstande sein wird, eine russische Okkupation Bulgariens ruhig hinzunehmen, und erscheint mir, wenn diese meine Besorgnis begründet ist, eine österreichische Verabredung mit England, welche Italien mitbegreift, eine empfehlenswerte Vorsichtsmaßregel; ich lasse mich dabei nur von dem Wunsche leiten, Österreich gestärkt zu sehen, auch für Kämpfe extra casum nostri foederis, und, im Hinblick auf unsere Gebundenheit Frankreich gegenüber, in casu foederis. Will aber Österreich die Okkupation Bulgariens durch Rußland ruhig zulassen, so ist das uns um so lieber; nur wenn es das nicht will, ist es für Österreich nützlich, Englands Hilfe im Hintergrunde zu haben. Wenn auch diese Hilfe eine sofortige nicht sein würde, nach dem militärischen Zustande Englands, so würde doch das Prestige Englands im Verein mit Italien so stark in Konstantinopel wirken, daß es ein Gegengewicht zu bilden vermag, welches Rußland von einem provozierenden Vorgehen abhalten würde. Wenn dabei Frankreich durch uns in Schach gehalten ist, so wird durch solche Kombination ein Gleichgewicht hergestellt, in welchem wir die beste Bürgschaft des Friedens erblicken. v. Bismarck

Nr. 902

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 136 Wien, den 15. März 1887
Geheim

Den hohen geheimen Erlaß Nr. 133* vom 6. d. Mts. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Graf Kálnoky las mir nach seiner Rückkehr aus Pest einige Berichte aus London vor, in welchen Graf Károlyi über die gute Auf-

* Siehe Nr. 899.

nahme spricht, welche seine Eröffnungen infolge der durch Lord Salisbury hier mitgeteilten, zwischen England und Italien ausgewechselten geheimen Noten* beim britischen Premier gefunden haben.

Letzterer hat dabei hervorgehoben, diese Abmachungen bedeuteten keine Kriegsallianz, sondern nur die Feststellung der Gleichheit in den Prinzipien, nach denen die beiden Regierungen in einem der vorgesehenen Fälle in eine Kriegsallianz eintreten würden. England habe an Italien keine materielle Hülfe versprochen, dies sei ohne Parlament nicht möglich.

In gleicher Weise denke sich Lord Salisbury das von ihm gewünschte Verhältnis zu Österreich als eine Allianz der Prinzipien, und er sei erfreut, beim Grafen Kálnoky einer Übereinstimmung der Ansichten entgegensehen zu können.

Seitdem hat der österreichisch-ungarische Botschafter hierher telegraphiert, daß Lord Salisbury ihm in bestimmterer Weise den Antrag gestellt habe, den englisch-italienischen Abmachungen sich anzuschließen.

Graf Kálnoky erklärte mir, daß er keinen Augenblick sich besinnen werde, mit England einen ähnlichen Notenaustausch vorzunehmen, der sich auf die gleichen Prinzipien basieren werde. Da die beiden benannten Noten nicht redaktionell übereinstimmten, so würde wohl die hiesige Note auch nicht ganz gleichlautend ausfallen. Übrigens gedenke er den Grafen Károlyi, sobald seine Vorschläge vom Kaiser Franz Joseph gebilligt sein würden, zu beauftragen, die Sache mit dem englischen Premierminister zu besprechen und dessen Wünschen entgegenzukommen.

Wie ich bereits telegraphisch zu melden mich beehrt habe, ist am 12. d. Mts. eine Instruktion an Graf Károlyi abgegangen, welche denselben beauftragt, den Text der Note mit Lord Salisbury zu besprechen und festzustellen, durch welche Österreich-Ungarn seinen Beitritt zu dem Inhalt der zwischen England und Italien gewechselten Noten aussprechen will.

Graf Kálnoky hat die Güte gehabt, mir heute diese Instruktion vorzulesen. Dieselbe erklärt die Übereinstimmung mit den in jenen Noten ausgesprochenen Prinzipien, über welche in einem konservativen Interesse und zur Erhaltung des Friedens und des status quo jene Kabinette sich verständigt haben, und bemerkt nur, daß das Interesse Österreichs an den Mittelmeerfragen dabei nur ein geringes sei.

Graf Kálnoky hat hierin sich an den Text des Telegrammes gehalten, durch welches Lord Salisbury dem hiesigen Kabinett die erste Mitteilung von jenem Notenaustausch machen ließ**, und welches die Ansicht aussprach, daß das englische Kabinett nicht daran zweifelte, Österreichs Zustimmung zu jenen Prinzipien zu erhalten, wenn es auch

---

* Vom 12. Februar 1887; vgl. Pibram a. a. O. Bd. I, S. 37 f.

** Siehe Nr. 901.

natürlich (of course) nicht die gleichen Interessen im Mittelmeer habe, als jene Mächte, sondern die seinigen mehr im Orient lägen.

Es erübrigt nur noch, daß der österreichisch-ungarische Botschafter den vereinbarten Text der Note zur Genehmigung hierher einschickt, was er eventuell telegraphisch zu tun beauftragt ist.

Unter diesen Umständen, und da der Beitritt des Grafen Kálnoky mir von demselben schon am 14. d. Mts. als eine beschlossene Sache angezeigt worden war, habe ich geglaubt, von dem am gleichen Tage in meine Hände gelangten hohen Erlasse Nr. 143 vom 11. d. Mts.* keinen Gebrauch mehr machen zu sollen.

Ich habe mich überhaupt bei der Behandlung dieser Sache strengstens an die mir erteilten Instruktionen gehalten, um nicht dem Glauben Raum zu geben, als hätten Euere Durchlaucht bei dieser Angelegenheit die Hand im Spiele gehabt.

Dabei unterlasse ich es indessen nicht, von Zeit zu Zeit immer wieder hervorzuheben, wie nützlich es wäre, wenn sich Österreich bei einem eventuellen Einschreiten Rußlands in Bulgarien zur Zurückhaltung entschließen wollte, glaube aber, daß Graf Kálnoky in diesem Falle leider nicht imstande sein wird, ein solches Ereignis ruhig hinzunehmen. Der Minister glaubt übrigens, daß sich der Kaiser von Rußland nicht zu einer solchen Aktion entschließen dürfte.

H. VII. P. Reuß

Nr. 903

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 17. März 1887

pp. Nach dem gestrigen Diner bei Salisbury fand sich Gelegenheit zu einer vertraulichen Unterhaltung. — Er erzählte mir zunächst, daß er Nachrichten über Bulgarien habe**, diesmal aber nicht von seinem Vertreter in Sofia***, die etwas beunruhigend klängen. Die Regenten schienen angesichts der Gleichgültigkeit Europas geneigt, zu verzweifelten Schritten ihre Zuflucht zu nehmen. Auf meine Frage, was unter verzweifelten Schritten zu verstehen sei, sagte er, man scheine mit dem Gedanken umzugehen, in Mazedonien einen Ausbruch herbeizuführen, was er mit Rücksicht auf die Pforte für einen schweren Fehler halten würde, und außerdem den Prinzen Alexander wiederwählen zu lassen.

---

* Vgl. Nr. 895.
** Vgl. Bd. V.
*** Sir F. Lascelles.

So unwahrscheinlich dies alles nach den neulichen Berichten Thielmanns* klingt, so glaube ich es doch wiedergeben zu müssen, da Salisbury seine Quelle, die er nicht nannte, für ziemlich zuverlässig hält.

Den Beitritt Österreichs zum englisch-italienischen Abkommen betrachtete er gestern abend als eine abgemachte Sache, die heute oder morgen ihre formelle Erledigung finden werde. Er versicherte mir, daß Österreich weder Zusätze noch Erläuterungen bezüglich des Orients verlange. Im heutigen Ministerrat sollte der Text der Note an Károlyi festgestellt und letzterem dann mitgeteilt werden, welcher dann nur noch telegraphisch in Wien die Ermächtigung zur Annahme nachzusuchen hätte.

Bezeichnend war mir dabei eine Äußerung Salisburys, die mir den Eindruck machte, daß er, sobald auch mit Wien abgeschlossen ist, den Gedanken verfolgen wird, schon jetzt eine gemeinschaftliche Haltung und Sprache der drei Mächte in allen vorkommenden Fragen, namentlich in bezug auf den Orient, anzuregen. Dies würde also in jedem einzelnen Fall einen Gedankenaustausch unter den drei Kabinetten voraussetzen. Ich werde selbstverständlich die Sache hier im Auge behalten, und in Wien und Rom wird sich ebenfalls ermitteln lassen, ob Salisbury dort diesen Gedanken zu verwirklichen sucht[1].

Infolge einer Bemerkung, die er machte, daß Rußland jetzt große Anstrengungen mache, den Sultan auf seine Seite zu ziehen, kamen wir auf die Türkei, und er erwähnte dabei wieder die Möglichkeit einer Schließung der Dardanellen. Ich benutzte diese Gelegenheit, um die Bemerkung hinzuwerfen, daß der Sultan meines Wissens vertragsmäßig dazu verpflichtet sei, stieß aber damit zunächst auf lebhaften Widerspruch. Er wiederholte mehrmals, daß diese Verpflichtung aufgehoben sei, und erst, als ich mich nicht bekehren ließ, sprach er die Absicht aus, sofort aktenmäßig feststellen zu lassen, wie es sich damit verhalte, und ob er sich doch vielleicht geirrt haben könnte. — Dabei schien er aber den Gedanken, eventuell mit der englischen Flotte die Dardanellen zu passieren, keineswegs aufzugeben, denn er wiederholte mehrmals, daß es, wenn die Dinge eine ernste Wendung nehmen sollten, vielleicht doch von Malta aus möglich sein würde, de passer par surprise.

Im weitern Verlauf unsrer Unterhaltung zeigte sich aber dann, daß er dabei vor allem eine Verständigung mit dem Sultan im Auge hat, welchen er durch ein Abkommen über Ägypten zu gewinnen hofft. Er sagte mir, daß er sofort heut mit Goschen ernstlich reden und alles versuchen wolle, ihn zu finanziellen Konzessionen zu bewegen (er sprach von „Garantien", und ich vermute, daß dabei wieder die Frage des Tributs für den Sultan in den Vordergrund treten wird). Salisbury verschwieg aber dabei nicht, daß die Sache wegen

---

* Generalkonsul Freiherr von Thielmann, deutscher Vertreter in Sofia.

der innern und parlamentarischen Schwierigkeiten ihre sehr ernste Seite habe: finanzielle Forderungen im Parlament wegen Ägypten könnten der Regierung leicht mehrere Stimmen kosten, die sie grade jetzt, wo sie in der irischen Frage vorgehen müsse und jeden Mann im Parlament brauche, nicht entbehren könne.

Salisbury sprach sich hierüber ganz unaufgefordert und mit großer Offenheit aus, und ich zweifle nicht, daß er mir ebenso demnächst das Resultat seiner Besprechung mit Goschen mitteilen wird.

Ich benutzte diese Gelegenheit, um ihn einmal zu fragen, was er aus Griechenland höre, und wie man sich dort zu möglichen Komplikationen im Orient verhalte. Er erwiderte mir, Tricoupi* lasse ihm immerfort sagen, daß der Sultan einen Bund mit Rußland geschlossen habe, offenbar in der Absicht, ihn gegen die Türkei einzunehmen. Er glaube aber nicht daran und lasse sich dadurch nicht beeinflussen.

Ich möchte hier anführen, daß der türkische Botschafter, den ich persönlich sehr gut von früher kenne, mir mehrmals ganz vertraulich seine Besorgnis ausgesprochen hat, daß in den Abmachungen zwischen Österreich, Italien und uns über türkische Provinzen, namentlich Tripolis, zugunsten Italiens verfügt worden sei. Ich habe natürlich erwidert, daß ich von diesen Verträgen nichts wisse und jene Angaben auch nicht glaubte. Mein Eindruck war aber, daß die Frage nicht von Rustem**, sondern vom Sultan kam, der in ernster Besorgnis zu sein scheint. Es dürfte im Interesse der Mächte liegen, welchen es nicht erwünscht ist, daß der Sultan sich ganz in die Arme Rußlands wirft, also Italiens, Österreichs und Englands, solche Befürchtungen nicht Wurzel fassen zu lassen.

Lord Salisbury erwähnte gestern abend auch noch die Demarchen, welche die russische Regierung kürzlich in der bulgarischen Frage in Paris gemacht haben soll. Er sagte darüber: „Il ne s'agissait pas seulement de savoir ce que le gouvernement français penserait d'une occupation russe, mais de la question si la France voulait agir de son côté dans ce cas." pp. P. Hatzfeldt

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Hoffentlich

Nr. 904

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 London, den 18. März 1887
Geheim

Graf Károlyi sagt mir ganz vertraulich, daß der Entwurf der englischen Note, deren Text er nach Wien telegraphiert hat, bezüglich

* Trikupis, griechischer Ministerpräsident.
** Rustem Pascha, der türkische Botschafter in London.

Orient sehr befriedigend sei, weil noch weitergehend als die an den italienischen Botschafter gerichtete englische Note.

Während letztere nur von den Küsten spreche, beziehe sich die für Österreich bestimmte Note auf die betreffenden „régions", decke also, wenn man auf die Aufrichtigkeit Englands rechnen könne, die ganze orientalische Frage. Hatzfeldt

Nr. 905

Note du Comte Károlyi an Marquis de Salisbury, en date de Londres, le 23 mars 1887

Copie*

J'ai l'honneur, d'ordre de mon Gouvernement, d'adresser à Votre Excellence la communication suivante:

C'est avec une vive satisfaction que le Cabinet de Vienne a pris connaissance de l'entente intervenue entre le Cabinet britannique et celui d'Italie sur les bases d'une politique commune à suivre dans les questions de la Méditerranée et des mers adjacentes.

Je suis chargé d'exprimer à Votre Excellence tous les remercîments du Gouvernement Impérial et Royal d'avoir été initié sans perte de temps dans cet accord important et éminemment conservateur.

Animé, avant tout, du désir de contribuer autant que possible au maintien du droit public européen et de la paix, le Gouvernement austro-hongrois est heureux de pouvoir constater que les principes fondamentaux et les buts politiques qui se trouvent établis par cette entente sont conformes à ceux qui guident la politique de l'Autriche-Hongrie

Mû par la conviction que ces buts seraient mieux assurés par notre concours, le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique est prêt à adhérer aux déclarations d'amitié et d'identité de vues politiques telles qu'elles sont consignées dans les notes échangées entre Votre Excellence et Mr. le Comte Corti sous la date du 12 février a. c.

En prononçant cette adhésion, le Gouvernement austro-hongrois se félicite particulièrement du rapprochement politique entre l'Angleterre et l'Autriche-Hongrie et de la consolidation des rapports réciproques qui en résulte. Ces rapports se trouveront par là distinctement placés sur une base commune visant la poursuite de buts identiques et la défense d'intérêts communs.

Bien que les questions de la Méditerranée en général ne touchent pas en première ligne les intérêts de l'Autriche-Hongrie, mon Gouvernement a la conviction, que l'Angleterre et l'Autriche-Hongrie ont

* Mitgeteilt gleich dem folgenden Schriftstück durch den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi.

les mêmes intérêts en ce qui concerne l'ensemble de la question d'Orient et dès lors le même besoin d'y maintenir autant que possible le „status quo", d'empêcher l'extension d'une puissance au détriment des autres et par conséquent d'agir de concert pour faire valoir ces principes cardinaux de leur politique.

En exprimant la confiance que ces déclarations recevront l'assentiment cordial du Gouvernement de Sa Majesté la Reine, je saisis etc.

Nr. 906

Note du Marquis de Salisbury an Comte Károlyi, en date de Londres, le 23 mars 1887*

Copie

Monsieur l'Ambassadeur,

It is a matter of the liveliest satisfaction to Her Majesty's Government that the exchange of views which has passed between England and Italy, and which has been communicated to the Cabinet of Vienna, has met with their approbation, and has been recognized by them as tending to the preservation of European peace and the maintenance of public right.

Her Majesty's Government received with no less gratification the intimation that the Austro-Hungarian Government are prepared to adhere to those declarations of friendship and of identity in political views which are embodied in the communications between England and Italy; and they concur in the belief that the cordial relations, based on a similarity of interests and policy, which have long subsisted between the two countries, will be strengthened and established by the present proceeding.

They are fully convinced that, in respect to the political future of the territories which are washed by the Mediterranean and the adjacent seas, the interests of Austria-Hungary are closely related to those of Great Britain and Italy. It is rather, however, with the Euxine and the Aegean than with the western portion of the Mediterranean that the policy of Austria is engaged.

But in respect to those shores whose political status more specially affects the interests of the Austro-Hungarian Empire, the objects of English and Austrian policy are the same, and the principles which ought to guide it are clearly indicated in the communications to which Count Kálnoky has expressed his willingness to adhere.

---

* Die beiden Noten Nr. 905 und 906 sind abgedruckt bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns Bd. I, S. 39 u. 41. Beide Noten tragen bei Pribram das Datum: 24 mars 1887.

Without determining beforehand the character which the co-operation of the two Powers ought in any particular contingency to take, the efforts of Her Majesty's Government, in harmony with those of the Austro-Hungarian Government, will be constantly directed to secure in these regions the maintenance, so long as it shall be possible, of the "status quo" and, should that unhappily cease to be possible, the prevention of the growth of any novel domination hostile to the interests of the two countries.

I have etc.

Kapitel XXVIII

Entente à trois zwischen Italien, England und Österreich 1887/88

Der Bismarck – Salisbury'sche Briefwechsel

Nr. 907

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 257 London, den 3. August 1887
Geheim

Im Laufe einer vertraulichen Unterhaltung, die ich gestern mit Lord Salisbury hatte, und die ich benutzte, um die zur Verwertung bestimmten, durch den letzten englischen Kourier hier eingegangenen Erlasse über die bulgarischen Verhältnisse und die ägyptische Konvention* mit ihm zu besprechen, unterbrach mich der Minister und sagte mir ungefähr folgendes:

„Je voudrais vous faire une question tout à fait confidentielle, mais je ne sais pas si vous pourrez me répondre. Pour m'exprimer plus exactement, ce n'est pas une question que je fais, mais je voudrais sonder ce que le Chancelier pense sur un point très important."

Nach dieser Einleitung bemühte sich Lord Salisbury den Gedanken zu entwickeln, daß, wie die Dinge sich gestalteten, der wirkliche und gefährliche Gegner Englands wie Deutschlands nicht Rußland, sondern Frankreich sei. Alle Anzeichen deuteten mit Bestimmtheit darauf hin, daß Rußland fest entschlossen sei, sich jeder Aktion zu enthalten, bis der immer drohende Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich zum Ausbruch komme[1]. Diese Politik der russischen Regierung, auf deren Hülfe in Frankreich mit Recht oder Unrecht für den entscheidenden Moment gerechnet werde, müsse letzteres in seiner feindlichen Haltung gegen uns, wie auch gegen England ermutigen, und darin liege die wirkliche Gefahr für den Frieden viel mehr als in den ehrgeizigen Plänen Rußlands im Orient.

Nachdem der Minister kurz die neulich in Petersburg erreichte Verständigung bezüglich der afghanischen Grenze** berührt hatte, durch welche ein Differenzpunkt zwischen England und Rußland beseitigt worden sei, ging er auf die Türkei über. Ich muß hier anführen, daß

* Vgl. Nr. 817, S. 174, Fußnote.
** Am 22. Juli 1887 hatte die Unterzeichnung des russisch-afghanischen Grenzprotokolls in St. Petersburg stattgefunden. Vgl. Kap. XXII.

Lord Salisbury sich, wohl nicht unabsichtlich, nicht immer ganz klar ausdrückt und in delikaten Fragen allgemeine Redewendungen anwendet, wobei er dem andern überläßt, den Sinn derselben zu erraten. Obwohl er mir gegenüber wohl offener ist als gegen irgendeinen anderen fremden Vertreter, verfährt er doch auch zuweilen nach dieser Methode, und es war, wie ich hinzufügen muß, gestern zunächst nicht ganz leicht, seinem Gedankengang auf allen Umwegen zu folgen. Auch in bezug auf die Türkei erging sich Lord Salisbury in allgemeinen Betrachtungen, aus welchen sich zunächst nur eine Kritik der dortigen Zustände und der Person des Sultans entnehmen ließ. Erst allmählich zeigte sich der genaue Sinn dieser Erwägungen in dem Satze, daß die Zustände in der Türkei voraussichtlich mit der Zeit für Europa unerträglich werden müßten[2].

Im Anschluß an diese Äußerung, welche nur so zu deuten ist[3], daß England unter Umständen den Sultan seinem Schicksal überlassen könnte und würde[4], erinnerte mich der Minister daran, daß Lord Randolph Churchill schon früher den Satz aufgestellt habe, daß England kein Lebensinteresse am Bosporus habe[5], dessen Wahrnehmung einen Krieg rechtfertigen würde[6].

Es folgten nun wieder allgemeine Betrachtungen über die innere Lage in England, welche es vielleicht ratsam erscheinen lasse, in der auswärtigen Politik „un nouveau départ" zu machen, wenn und insoweit sich dies mit anderen kapitalen Interessen und mit Eurer Durchlaucht Auffassung in Einklang bringen lasse. Diese Interessen präzisierte der Minister dahin, daß nach seiner Überzeugung auf keinen Fall eine Schädigung Österreichs mit dieser Wendung der auswärtigen Politik verbunden sein dürfe. Er wiederholte mehrmals mit Nachdruck, daß eine Verringerung der österreichischen Macht unbedingt ausgeschlossen sein müßte, und daß der österreichischen Regierung, deren Ansicht über einen Ausgleich mit Rußland im Orient er nicht kenne, auch keinerlei Verlegenheit in dieser Hinsicht bereitet werden dürfe.

Seine ganze Darlegung schwächte der Minister auch mit der Bemerkung wieder ab, daß vielleicht die ganze Frage[7] noch nicht reif sei, und die weitere Entwicklung der Dinge daher noch abgewartet werden müsse. pp.

Am Schluß unserer Unterhaltung sprach Lord Salisbury die dringende Bitte aus, daß Eure Durchlaucht dieselbe als eine durchaus geheime und nur für Eure Durchlaucht bestimmte behandeln möchten. Er fügte ungefähr folgendes hinzu: „Vous verrez, si vous pouvez ensuite me donner une réponse[8] du Chancelier ou non. J'en serais très heureux, car je ne puis rien faire sans savoir ce qu'il pense. S'il ne croit pas pouvoir répondre, en bien, vous me direz rien. Du reste, je ne suis pas fixé moi-même encore sur la question et il s'agit seulement d'une idée qui peut-être n'est pas encore mûre[9]."

Aus dieser ganzen Unterhaltung habe ich den Eindruck gehabt,

daß Lord Salisbury, obwohl nach seiner Versicherung der Bestand des Kabinetts nicht bedroht und die fernere Unterstützung desselben durch die liberalen Unionisten gesichert ist, bei der von ihm entwickelten Wendung in der auswärtigen Politik, die mit allen seinen sonstigen Ansichten darüber im Widerspruch steht, wesentlich durch Gründe der inneren und parlamentarischen Politik beeinflußt wird. Ich halte es nicht für unwahrscheinlich, daß dabei die Rücksicht auf Lord Hartington und Mr. Chamberlain, vielleicht sogar auf Lord Randolph Churchill eine bedeutende Rolle spielt.

Die an mich gestellte Bitte, unsere Unterhaltung auch hier absolut geheimzuhalten, möchte ich mir zum Teil daraus erklären, daß der Minister bis jetzt nicht einmal Ihre Majestät die Königin auf die Möglichkeit einer solchen Wendung vorbereitet hat und die Besorgnis hegt, daß dieselbe Ihrer Majestät nicht ganz sympathisch sein würde.

Soweit ich mir ein Urteil erlauben darf, würde England allerdings fürs erste einen bedeutenden Vorteil haben, wenn Frankreich durch eine Verständigung zwischen England und Rußland über den Orient zu der Einsicht gebracht würde, daß es auf russische Hülfe gegen dieses Land in keiner Weise mehr zu rechnen hat. Dagegen vermag ich nicht zu erkennen, daß Deutschland in bezug auf Frankreich daraus den gleichen Vorteil ziehen würde. Wir bedürfen, wie mir scheint, Englands nicht, um Frankreich zu isolieren, und können diesen Zweck selbständig in Petersburg erreichen, soweit dies überhaupt mit unseren Beziehungen zu Österreich zu vereinbaren ist. Einen wirklichen Vorteil würde uns die fragliche Wendung in der englischen Politik daher, wenn ich mich nicht täusche, nur dann bieten, wenn England sich gleichzeitig verpflichtete, eventuell mit uns gemeinschaftlich gegen französische Angriffe Front zu machen.

Im englischen Interesse scheint mir auch die Besorgnis nahe zu liegen, daß eine Schwenkung, durch welche dem russischen Vordringen im Orient jedes wirksame Gegengewicht entzogen wäre, sich bald als eine kurzsichtige und in ihren Folgen verderbliche Politik herausstellen würde.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Die französ[ische] u[nd] engl[ische] Politik warten wieder darauf, daß wir mit Rußland Händel bekommen, u[nd] die engl[ische] ebenso wie die russ[ische] darauf daß Fr[an]kreich durch uns engagirt sei.

2 für uns nicht

3 ?

4 ?

5 !

6 wir noch weniger

7 welche?

8 auf welche Frage?! ich kann eine solche aus dem Text nicht ersehn.

9 et pas même idée!

Nr. 908

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 700 Varzin, den 8. August 1887
Geheim [abgegangen am 10. August]

Aus Euerer pp. Bericht Nr. 257 vom 3. d. Mts.* vermag ich eine Frage Lord Salisbury's, auf die ich antworten könnte, nicht zu formulieren, oder doch höchstens nur in der Allgemeinheit, ob eine Annäherung Englands an Rußland mir ratsam erscheine. In dieser Allgemeinheit kann ich sie bejahen; uns kann das Einvernehmen zwischen England und Rußland nur erwünscht sein, da wir von keiner der beiden Mächte erwarten, daß sie ihr Einverständnis mit der andern gegen uns ausbeuten würde. Keine von beiden hat Interessen, welche ihr eine antideutsche Politik gebieten könnten. Wir sind mit beiden befreundet und wünschen es zu bleiben, befürchten auch nicht, daß ihre Liebe zueinander stärker werde als die einer jeden von ihnen zu uns. Ob eine solche Verständigung für England nützlich sein würde, hängt ganz von dem Preise ab, den England für die russische Freundschaft zu zahlen haben wird. Wenn derselbe ein Preisgeben Österreichs involvierte, so würde dadurch die österreichische Politik möglicherweise genötigt sein, sich mit England auf einen Wettbewerb um die Gunst Rußlands einzulassen. Jedenfalls würde für England nicht nur die österreichische Überwachung der Gestaltung der Dinge im Orient, sondern im Verfolg davon auch jede Rechnung auf Entwicklung türkischer Kräfte im Dienste englischer Politik definitiv verloren gehen: die Türkei würde entweder von Rußland allein, oder von einer russisch-österreichischen Kombination abhängig werden und die Fähigkeit zum Anschlusse an England verlieren.

Wir haben im türkischen Orient jedenfalls noch weniger Interessen als England und können für expansive österreichische Pläne nach dieser Richtung hin den Frieden und die Kraft des Deutschen Reichs nicht einsetzen. Wenn aber Österreich auf unsere Unterstützung nur in der Defensive und auf die Englands, wegen dessen Freundschaft mit Rußland, überhaupt nicht zu rechnen hat; wenn ihm infolge der russischen Politik Englands vielleicht auch die Sicherheit seiner jetzigen italienischen Anlehnung verloren geht, so bleibt Österreich kaum etwas anderes übrig, als sich im Sinne seiner Politik im vorigen Jahrhundert direkt mit Rußland zu verständigen und zu akzeptieren, was dabei für Österreich abfällt. Wir würden auch dieser Entwicklung der Dinge, soweit sie sich ohne Gewalt gegen Österreich vollzöge, entgegenzutreten kein

* Siehe Nr. 907.

Interesse haben. Es würde aus ihr wiederum nur ein Drei-Kaiser-Bündnis mit anderer Unterlage hervorgehen, gefestigt durch das Bedürfnis der Solidarität der drei kaiserlichen Monarchien gegenüber den Fortschritten der sozialen und politischen Demokratie und in Abwehr der nach dem Beispiele Frankreichs, und ich darf neuerdings auch wohl sagen, Englands für große Nationen unpraktischen Beherrschung ihrer auswärtigen Politik durch die wechselnden parlamentarischen Majoritäten und die Presse.

Wenn sich eine Möglichkeit böte, zu einer Verständigung nicht nur zwischen England und Rußland, sondern zwischen England, Rußland und Österreich zu gelangen, so würde ich sehr gern die Hand dazu bieten, eine solche anzubahnen und zustandezubringen. An einer Verständigung zwischen England und Rußland auf Kosten und im Widerspruch Österreichs würden wir nicht teilnehmen.

Ich halte ein Abkommen in diesem Sinne nicht für unmöglich, wenn England die Initiative dazu ergreift. Auch die Einbeziehung Italiens halte ich unter dieser Voraussetzung für erreichbar. Der Schlüssel zur Lösung dieser Aufgabe liegt in der bulgarischen Frage*. Uns ist es bisher nicht gelungen, Österreich und Rußland zu einer Einigung über die Abgrenzung ihrer Interessen zu bringen; aber wir halten als Richtschnur für die deutsche Politik die Linie fest, welche wir für die Verständigung Österreichs und Rußlands vorgeschlagen hatten; d. h. wir stimmen in bulgarischen Fragen mit Rußland, in serbischen mit Österreich, ebenso wie in ägyptischen mit England. Über diese drei Punkte hinaus haben wir bisher nicht das Bedürfnis empfunden, uns feste Ansichten zu bilden. In betreff dieser drei bisher praktisch gewordenen Einzelfragen im Orient haben wir weder dem russischen Kabinett bezüglich Serbiens und Ägyptens, noch dem österreichischen bezüglich Bulgariens ein Geheimnis aus unserer Auffassung und aus dem Entschluß, nach derselben zu handeln, gemacht.

Der Weg zum Einverständnis mit dem Kaiser von Rußland würde für England augenblicklich leichter in Bulgarien als in Asien zu finden sein. Für jeden Beistand in der arg verfahrenen bulgarischen Frage würde Rußland gegenwärtig besonders erkenntlich sein. Wenn England auf die russischen Wünsche in betreff Bulgariens einginge, d. h. auf Beseitigung der gegenwärtigen Regentschaft und auf die Einsetzung eines russischen Generals, etwa Ernroth, als Statthalter oder Regent, so glaube ich, daß es englischen und deutschen Vorstellungen in Wien gelingen würde, auch die Zustimmung Österreichs zu dieser im Sinne der ungarischen Politik nicht leichten Konzession zu erlangen, sodaß sich auf diesem Wege vielleicht eine Verständigung zwischen den drei Kaisern und England erreichen ließe, wenn England die russi-

* Durch die am 7. August erfolgte Wahl des Prinzen Ferdinand von Koburg, der Rußland seine Zustimmung versagte, trat die bulgarische Frage eben damals in ein neues schwieriges Stadium. Vgl. Bd. V, Kap. XXXIII.

schen Pläne in Bulgarien konzedierte*. Eine bedenkliche Rückwirkung könnte eine solche Kombination auf die Politik Italiens üben, wenn sie ohne dessen Wissen und Zustimmung zur Ausführung käme: Italien könnte auf diesem Wege durch verletzte Empfindlichkeit unter Verstärkung der republikanischen Kräfte im Lande in die Arme Frankreichs getrieben werden. Ein Mittel, Italien zu desinteressieren und in die Verständigung der Mächte hineinzuziehen, kann vielleicht in der abessinischen Frage liegen, auch unter Umständen in andern Richtungen gefunden werden: ich halte die Aufgabe in dieser Beziehung nicht für aussichtslos.

Wenn es gelänge, zwischen den drei Kaisern, England und Italien mit Ausschluß Frankreichs ein Abkommen einzuleiten, welches die Gefährdung des Friedens zwischen diesen fünf Mächten einstweilen aus der Welt schaffte, so würde damit auch die Kriegsgefahr erledigt sein, die von Seiten Frankreichs, nach der Unberechenbarkeit der Explosionen, welche dort möglich sind, dem europäischen Frieden droht.

Der kriegslustigste Staat in Europa ist Frankreich, und mit einer Isolierung Frankreichs würde der europäische Friede gesichert sein.

Ich glaube mit Euerer pp., daß Lord Salisbury hauptsächlich durch das Bedürfnis seiner inneren Politik zu der Anregung veranlaßt wurde, über welche Sie am 3. d. Mts. berichten; ich habe früher öfters meine Meinung dahin ausgesprochen, daß mein englischer Kollege kein Mittel besitzt, durch welches er zwingender auf die innere Politik seines Landes einzuwirken imstande wäre, als durch die Einleitung einer auswärtigen Aktion, durch welche die innere Politik Englands jedenfalls ins Schlepptau genommen werden würde. Diese Aktion braucht keine kriegerische zu sein; sie kann eine diplomatische bleiben und würde auf die innere englische Politik um so mehr zurückwirken, je mehr bei ihr eine Initiative des englischen Kabinetts in der Politik Europas erkennbar würde. Ich würde bereit sein, einer solchen Aktion, wenn Lord Salisbury auf den Gedanken eingeht, meinerseits ratend und mitwirkend zur Seite zu stehen, und denke sie mir der Form nach so, daß Lord Salisbury aus der Situation der bulgarischen Frage Anlaß nehme, in eigener Initiative eine Mitteilung an die daran interessierten Höfe zu richten, welche so beschaffen wäre, daß sie den russischen Plänen bezüglich Bulgariens Aussicht gewährte. Ich würde es vorziehen, wenn eine solche Eröffnung von England zunächst nur an die geographisch am Orient primo loco interessierten Mächte, d. h. an Rußland, die Pforte, Österreich und Italien gerichtet würde, sodaß wir und Frankreich einstweilen ex nexu blieben; dann könnte Frankreich sich über Isolierung nicht beklagen, und wir würden dabei doch in der

* Um diesem Gedanken Eingang bei der englischen Regierung zu verschaffen, hatte Bismarck schon im Mai 1887 seinen Sohn Herbert nach England geschickt. Vgl. Bd. V, Kap. XXXIII.

Lage sein, der Entwicklung geburtshelfend näherzutreten. Unsere Mitwirkung für Befestigung des europäischen Friedens auf diesem Wege würde aber in gleichem Maße gesichert bleiben, wenn Lord Salisbury es vorzöge, seine Eröffnungen von Hause aus an alle Mächte einschließlich Deutschlands und Frankreichs zu richten. Die Isolierung Frankreichs würde, bei jeder Form des Vorgehens, immer das Ergebnis bleiben, sobald das Einvernehmen zwischen England und Rußland die Basis der Operation bildete. Ich glaube, daß eine solche Initiative Lord Salisburys nicht nur den Frieden fördern und Frankreich beruhigen, sondern auch in der englischen Nation das Gefühl wieder beleben würde, daß sie ihren berechtigten Einfluß auf die europäische Politik hat. Eine Konferenz in London, welche die Sicherung des Friedens erstrebte und erreichte, würde der Regierung in der öffentlichen Meinung Englands mehr nützen als die eine oder die andere Fassung der irischen Gesetze.

Zu dem Texte Ihres Berichtes vom 3. d. Mts. bemerke ich noch, daß auch ich glaube, daß Rußland sich der Aktion enthalten will, bis der deutsch-französische Krieg zum Ausbruch kommt. Vielleicht aber ist Rußland nicht die einzige Macht, welche auf diese Eventualität wartet, um Stellung zu nehmen, und auch der besonnene Teil der Franzosen wartet wieder darauf, daß ein deutsch-russischer Krieg ausbrechen werde, um danach Deutschland anzugreifen.

Zu einem deutsch-russischen Kriege liegt auch heute, wie seit einem Jahrhundert, nicht die mindeste Aussicht und Veranlassung vor: Ich halte unsern Frieden mit Rußland für gesichert; und auch zu einem russischen Kriege gegen Österreich liegt gegenwärtig eine Velleität namentlich bei Kaiser Alexander nicht vor. Der Kaiser ist persönlich friedliebend, und kein russischer Kaiser, der nicht unter dem Drucke einer Revolution oder der Furcht vor einer solchen handelte, würde einen deutschen Krieg vom Zaune brechen, weil ein solcher auch im Siege für Rußland keinen Kampfpreis haben, bei unglücklichem Verlauf aber der Dynastie gefährlich sein würde. Deutschland aber wird ganz sicher Rußland noch weniger wie Frankreich angreifen, und wenn Frankreich uns angreift, so müßten wir vollständig von Gott verlassen sein, wenn wir ihm nicht gewachsen wären.

Daß Frankreich bei solchem Angriffe den Beistand Rußlands haben würde, glaube ich sicher nicht. Ich bin überzeugt, daß Rußland im Fall eines deutsch-französischen Krieges Zusagen über die Art unseres Friedensschlusses im Fall des deutschen Sieges von uns verlangen würde; aber ebenso fest bin ich überzeugt, daß, wenn wir solche Zusagen geben, eine französische Aggression nicht die mindeste Aussicht auf russischen Beistand haben würde. Aber selbst wenn das Gegenteil stattfände, würden wir mit einer Million guter Truppen unter guten Offizieren an jeder unserer beiden Grenzen, ganz abgesehen von dem Beistande Österreichs, immer noch in keiner verzweifelten Lage sein.

Ich wiederhole indessen Euerer pp. den Ausdruck meiner festen Überzeugung, daß eine russisch-französische Allianz gegen uns ganz außerhalb der Berechnung liegt, und daß wir Frankreich nicht angreifen, einen einseitigen französischen Angriff aber, der die Folge politischer Bewegungen und Konvulsionen sein kann, mit ruhiger Sicherheit abwarten werden.

Unter diesen Umständen hat für uns die Kombination, die ich Euerer pp. anheimstelle Lord Salisbury in Anknüpfung an die Lage der bulgarischen Frage zu suppeditieren, kein weiteres Interesse als unsern Wunsch, Europa den Frieden und dessen Wohlfahrt zu erhalten, nicht bloß für Deutschland, sondern auch für die uns befreundeten Mächte, deren Verständigung untereinander eingeleitet zu haben ich Lord Salisbury vertraulich vorschlage sich das Verdienst zu erwerben, vor England sowohl wie vor Europa.

Euere pp. wollen Lord Salisbury, wenn er Interesse daran findet, diese Mitteilung vertraulich vorlesen, respektive übersetzen, wobei ich voraussetze, sein Wort als Edelmann zu haben, daß er darüber schweigt, wenn er es nicht seines Dienstes findet, darauf einzugehen.

v. Bismarck

Nr. 909

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120 London, den 10. August 1887

Zu dem geheimen Bericht Nr. 257*.

Ich hatte heute vertrauliche Unterhaltung mit Lord Salisbury, über deren allgemeinen Inhalt chiffrierter Bericht heute abgegangen ist. Im Laufe der Besprechung ließ der Minister, welcher überhaupt noch schwankt, Besorgnis durchblicken, daß Italien durch die hier in Aussicht genommene Schwenkung[1] seinerseits zu einer auch für England gefährlichen Verständigung mit Frankreich gedrängt werden könnte[2]. Mein Eindruck war, daß diese Besorgnis, welche durch persönliches Mißtrauen gegen die politische Vergangenheit Crispis** noch erhöht wird, eventuell dazu führen kann, Lord Salisbury von der Notwendigkeit des Festhaltens an der bisherigen Verständigung mit Österreich und Italien in bezug auf den Orient zu überzeugen[3]. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Wir haben keinen Beruf dahin zu drängen; nur wenn Lord S[alisbury] selbst dahin gravitirt, muß es so gemacht werden, daß Oest[e]r[reich] u[nd] Italien mitspielen.

[2] schwerlich, wenn die Sache geschickt gemacht wird.

[3] die muß überhaupt, u[nd] auch bei Entgegenkommen für Rußland fest-

* Siehe Nr. 907.

** Seit dem 8. August italienischer Ministerpräsident und Minister des Äußren.

gehalten werden! wir wünschen primo loco das Festhalten des engl[isch-] öst[e]r[reichisch-] ital[ienischen] Einverständnisses. Lord Sal[isbury] hat die Frage der englisch-russ[ischen] Annäherung aufgebracht; hätten wir dagegen deprecirt, so würde der Gedanke zu einem Pressionsmittel gegen uns werden; um das zu verhüten müssen wir keine Besorgniß vor dem Schachzuge verrathen; ist er aber ernstlich gemeint, so muß er so gemacht werden, daß Oest[e]r[reich] u[nd] Italien nicht antienglisch dadurch werden.

Nr. 910

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Nr. 122 Telegramm. Entzifferung

Geheim London, den 12. August 1887

Erlaß Nr. 700* und 706 verwertet.

Lord Salisbury dankt Euerer Durchlaucht lebhaft für eingehende und wohlwollende Beantwortung seiner Anfrage und sichert strengste Diskretion zu. Er will Vorschlag in reifliche Erwägung ziehen und hält für notwendig, zunächst auch noch Ihrer Majestät der Königin über die Situation Vortrag zu halten. Eine beschleunigte Entscheidung hält er nicht für geboten, da Euere Durchlaucht der Ansicht seien, daß die Gefahr eines Krieges zwischen Frankreich und den Zentralmächten vorläufig unwahrscheinlich sei. Diese Möglichkeit hatte ihn, wie er heute angab, besonders beängstigt, weil England dadurch in die Lage kommen könnte, allein für Erhaltung der Türkei eintreten zu sollen.

Lord Salisbury wiederholte mir auch heute, daß er die Gefahr, Italien durch die fragliche Schwenkung[1] in die Arme Frankreichs zu treiben, für eine sehr ernste halte. Auch wisse er nicht, durch welche Abfindung an Italien dem vorgebeugt werden könne, da die Italiener die Überlassung des schwer zu erobernden Abessiniens kaum als genügende Kompensation ansehen würden. Die etwaige Zuweisung von Tripolis oder eines Teiles von Albanien würde aber der Eröffnung[2] der ganzen orientalischen Frage gleichkommen.

Der Minister behielt sich ausdrücklich vor, nach Rücksprache mit Ihrer Majestät der Königin, zu welcher er sich nächste Woche nach Osborne begibt, die Frage weiter mit mir zu besprechen.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Wir bestehn nicht auf den Versuch, widerstreben ihm aber auch nicht. Uns ist Hauptsache, die Erhaltung der Freundschaft zwischen England-Oest[e]r[reich]-Italien. Die Annäherung Englands an Rußland ziehe ich nur auf Lord S[alisburys] Anregung in Betracht, u[nd] sage, daß wir sie nicht hindern oder auch nur mit Mißtraun sehn würden.

[2] diese Eröffnung braucht dadurch noch nicht zu erfolgen; sie ist auf anderen Wegen (cf. letzten Bericht aus London, bei S[eine]r M[ajestät] liegend) wahrscheinlich, u[nd] ihr ungesuchtes Eintreten würde der Verfalltag für Zusagen an Italien bilden

* Siehe Nr. 908.

Nr. 911

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Brauer

Nr. 719 Berlin, den 14. August 1887
Geheim

Aus Ew. pp. Telegramm Nr. 122 vom 12. d. Mts.* hat der Herr Reichskanzler ersehen, daß Lord Salisbury in seinem Entschluß einer englisch-russischen Annäherung, namentlich mit Rücksicht auf Italien, wieder schwankend geworden ist.

Seine Durchlaucht bemerkte hierzu, wir bestünden nicht auf dem von Salisbury (nicht von uns) angeregten Versuche, widerstrebten ihm aber auch nicht. Die Erhaltung der Freundschaft zwischen England, Österreich und Italien sei für uns die Hauptsache.

Der Frage der Annäherung Englands an Rußland ist der Herr Reichskanzler, wie Sie wissen, nur auf Wunsch und Anregung des Lord Salisbury näher getreten, dem Seine Durchlaucht durch Ew. pp. sagen ließ, daß wir eine solche Annäherung nicht hindern oder auch nur mit Mißtrauen sehen würden.

Weshalb eine den Italienern eventuell in Aussicht zu stellende Kompensation in Tripolis oder Albanien die „Eröffnung der ganzen orientalischen Frage", wie Lord Salisbury meint, notwendig zur Folge haben müßte, ist nicht einzusehen. Diese Folge braucht dadurch noch nicht einzutreten; es ist sogar wahrscheinlicher, daß die orientalische Liquidation auf anderem (etwa dem zentral-asiatischen) Wege eröffnet wird, — eine Möglichkeit, die beispielsweise in Ihrem Berichte Nr. 275 vom 10. d. Mts. in Erwägung gezogen ist. Erst das ungesuchte Eintreten der orientalischen Krisis würde, auf welcher Seite auch der Anstoß erfolgen sollte, den Verfalltag für die Zusagen an Italien bilden.

Berchem

Nr. 912

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 London, den 18. August 1887
Geheim

Antwort auf Ziffererlaß Nr. 719**.

Gestern hat Lord Salisbury Ihrer Majestät der Königin Vortrag gehalten und ist, wie er mir eben ganz vertraulich sagt, jetzt ent-

* Siehe Nr. 910.
** Siehe Nr. 911.

schlossen, an seiner bisherigen Politik im Orient festzuhalten, aber ohne Hostilität gegen Rußland.

Ich habe mich in der heutigen Unterredung überzeugen können, daß Lord Salisbury unsere Stellung zu der von ihm angeregten Frage vollkommen richtig verstanden hatte, wie sie in Erlaß Nr. 719 erläutert ist.

Hatzfeldt

Nr. 913

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in London*

Reinschrift, teilweise eigenhändig

London, den 24. August 1887

pp. Ich kam dann mit Lord Salisbury auf den vertraulichen Meinungsaustausch zu sprechen, den er jüngst mit Graf Hatzfeldt über orientalische Dinge gehabt hat. Er sagte, daß er durch die ihm von letzterem im Auftrage des Reichskanzlers gemachten Mitteilungen wesentlich beruhigt sei: er habe gefürchtet, daß der russisch-französische Krieg gegen uns und Österreich unmittelbar bevorstände, daß unsere größte Kraft dann gegen Frankreich absorbiert werden, und daß Rußland mit Österreich leichtes Spiel[1] haben würde. Bei einer solchen Konflagration würden dann ohne Zweifel alle kleinen Balkanstaaten, von Rußland nicht nur ermutigt, sondern mit überschüssigen[2] Truppen unterstützt, über den Sultan herfallen[3], und England würde dann[4] gänzlich isoliert der undankbaren Aufgabe gegenüberstehen, den Sultan zu schützen. Dieser Aufgabe würde es schwerlich gewachsen sein, wenn es von Österreich und uns, als vollkommen engagiert, keine Unterstützung erhalten könnte[5], und diese Besorgnis habe ihn auf den Gedanken gebracht, ob nicht eine politische Schwenkung nach Rußland hin am Platze sei: da die Sache nach unserer Auffassung aber nicht so gefahrdrohend liege, so könne sein Gedanke für die nächste Zeit wohl beiseite gelegt werden „it may remain in abeyance“[6].

Ich versuchte Lord Salisbury in entgegenkommender Form auf die Unklarheiten, um nicht zu sagen logische Konfusionen, seiner Auffassung aufmerksam zu machen. Zuerst sagte ich ihm, er sei über die realen Machtverhältnisse falsch berichtet: Wenn Rußland und Frankreich uns gleichzeitig angriffen, so würden wir letzteres zwischen den reichsländischen und rheinischen Festungen defensiv behandeln, wozu wir kaum die Hälfte unseres gesamten Aufgebots bedürfen würden. Der Rest unserer Armee mit der zu Unrecht unterschätzten österreichischen würde vollkommen genügen, um Rußland nicht nur in Schach zu halten,

* Der Anfang der Aufzeichnung, der sich auf Samoa bezieht, bereits abgedruckt in Nr. 818.

sondern niederzuwerfen. Jedes Mittel würde uns alsdann erlaubt sein, ce sera une guerre à coups de révolutions, mit dem Eintreiben des polnischen Stachels in Rußlands Flanke anzufangen. Rußland würde bei seiner langsamen Mobilisierung und betrügerischen Intendantur 4—6 Wochen brauchen, um auch nur eine manövrierfähige Armee von 250 000 Mann zu vereinigen, und wir würden es zu schnellem Friedensschluß zwingen[7], wenn der Zar sich dann überhaupt halten könne: verschwände der aber dabei, so würde Rußland dann um so schwächer, that whole mountain of mud would then collapse. Daß die Russen noch Truppen für den Balkan in solchem Falle übrig haben sollten, sei also eine Chimäre. Außerdem sei es mir sehr fraglich, ob alle Balkanstaaten rebus sic stantibus den Sultan angreifen würden: die Griechen wahrscheinlich, aber bei deren Feindschaft mit den Bulgaren würden letztere durch eine geschickte Diplomatie vielleicht nicht unschwer zu bewegen sein, sich mit dem Sultan zu verbünden, und ich könne doch nicht denken, daß Lord Salisbury England für zu schwach hielte, um den Sultan, der gute Truppen hätte, gegen Griechenland und Montenegro zu decken. Außerdem vergäße er bei seiner Kombination Italien vollständig. Letzteres sei das unternehmendste Element in der Gruppe der uns befreundeten drei Mittelmeermächte, und durch Versprechungen an Gebietszuwachs würde man es zu den größten Anstrengungen bewegen. Lord Salisbury sagte hier: „I suppose Tripolis would be the thing"; als ich dies Angebot als zu gering bezeichnete, meinte er, „wenn man Italien ein Stück von Albanien gibt, so muß man aber Saloniki an Österreich versprechen, weil letzteres sich nicht vom ägäischen Meere abdrängen lassen kann". Ich erwiderte, so weit seien die Sachen noch nicht, und das Fell des Bären vorher zu teilen, sei immer mißlich, wenn ich auch die erfahrungsmäßige Richtigkeit des von Salisbury ausgesprochenen Satzes „that in the end the Turk always has to pay for everything" nicht bestreiten wolle.

Einstweilen handele es sich aber nicht darum, den Sultan aufzuteilen, sondern ihn zu erhalten und der Dreier-Gruppe anzugliedern. Baron Blanc* habe sich hierüber sehr verständig zu unserem Geschäftsträger in Konstantinopel geäußert, und da England, wie Salisbury selber sage, seinen geschicktesten Botschafter in Konstantinopel habe, so könne man ja White und Blanc abouchieren und ihnen auftragen to devise a plan in which way one might give more backbone to the Sultan**. Lord Salisbury schien diese Idee zu gefallen, er wollte darüber an White schreiben und erging sich nur in Klagen darüber, daß der österreichische Botschafter in Konstantinopel nicht zugezogen werden könne, weil der eine gänzliche Null sei. Lord Salisbury rief mit einiger Verzweiflung aus: „Ich werde nicht klug aus Österreich, ich weiß nie, was es

* Seit April 1887 italienischer Botschafter in Konstantinopel.

** Tatsächlich ist ein solcher Plan dann von den Botschaftern der drei Mittelmächte in Konstantinopel ausgearbeitet worden. Siehe Nr. 918, nebst Anlage.

will, und habe mit ihm leider weniger Fühlung als je. Das liegt hauptsächlich an der beiderseitigen Vertretung. Unser Paget in Wien ist kein Adler und nebenbei faul, Károlyi ist aber vollständig hirnweich und außerdem immer auf Urlaub." Als ich fragte, ob Lord Salisbury nicht irgendeine vertrauliche Mitteilung über diese Kalamität an Graf Kálnoky gelangen lassen wolle, sagte er: „Das könnte ich vielleicht tun, aber wenn ich einmal die Beseitigung eines österreichischen Vertreters anregen soll, so würde ich an erster Stelle die Calices erstreben: the Austrians require their very best man at Constantinople and Calice is a downright nonentity!" Ich sagte hier, Salisbury könne das Ergebnis eventueller Besprechungen von White und Blanc ja an Kálnoky direkt mitteilen: mir schwebe dabei vor, daß zwischen der Dreier-Gruppe und dem Sultan etwa eine ähnliche, zu wenigem verpflichtende Abmachung getroffen werden könne, wie sie zwischen Spanien und Italien, mit Österreich und uns im Hintergrunde, bestände, ein pactum de contrahendo. Man könne auch hierbei Italien vorschieben, welches darin eine Anerkennung seiner Bedeutung erblicken und dadurch seine Eitelkeit geschmeichelt fühlen würde. Dem Sultan läge ohne Zweifel sehr viel daran, irgendeine geschriebene Abmachung zu haben, und wenn es auch die nichtssagendste von der Welt sein sollte. Wenn eine solche zu erreichen wäre, so würde sie durch einen der drei Botschafter, vielleicht also Baron Blanc, direkt mit dem Sultan ohne Zuziehung von türkischen Ministern zu vollziehen sein. Lord Salisbury nickte beistimmend und sagte, es könne dies sogar ohne Hinzuziehung von Dragomans geschehen, da in Munir Pascha eine absolut sichere Persönlichkeit vorhanden sei. Ich fuhr hierauf fort: „Wie Sie wissen, besteht die russische Politik darin, dem Sultan die Überzeugung beizubringen, daß ihm niemand gegen Rußland beistehen würde, und daß er mithin am besten täte, sich möglichst eng an Rußland auf die von diesem zu fixierenden Bedingungen anzuschließen: mit einem Wort, eine Art russischer Vasall zu werden, und zwar womöglich ein durch russische Truppen am Bosporus gegen Aufstände und Palastrevolutionen gesicherter Vasall. Wenn der Sultan jetzt auf gutes Zureden von Rußland nicht höre, so würde er jedesmal durch Drohungen an die harte Wand gedrängt. Diese Wand anfänglich etwas auszupolstern, sodaß sie weniger hart erscheint, und schließlich mit einer kleinen Tür zu durchbrechen, durch welche der Sultan im Notfall zu anderen Mächten entschlüpfen kann, sollte das Bestreben der noch fester als bisher zusammenzuschweißenden Dreier-Gruppe sein."

An letztere Phrase anschließend sagte ich Lord Salisbury ferner: „Auch wenn Sie Ihren Gedanken einer Schwenkung nach Rußland hin wieder aufnehmen wollten, kann es nur nützlich sein, wenn Sie sich vorher so innig wie möglich und jedenfalls fester als bisher mit Italien und Österreich verbinden. Wenn Sie Rußland ein An-

gebot nur im eigenen Namen machen, so liegt die Gefahr vor, daß es, ohne davon Gebrauch zu machen, in Wien und Rom darüber spricht, um die betreffenden beiden Kabinette mit Ihnen zu verhetzen. Dies würde vermieden werden, und Ihr Angebot ein ganz anderes Gewicht haben, wenn Sie es zugleich im Namen der beiden anderen Mächte machen, oder wenn Rußland bei etwaigem Anfühlen von Österreich und Italien merkt, daß Sie mit diesen beiden bereits einig sind. Mit Italien würden Sie sich voraussichtlich am schnellsten verständigen können. Dasselbe hat in Europa keinen anderen Feind zu fürchten als Frankreich, und wenn man ihm nachweist, daß eine Befriedigung Rußlands Frankreichs vollständige Isolierung und daher Machtlosigkeit zur Folge haben würde, so wird es vermutlich gern dazu beitragen, what I should like to call to square Russia. Der Herr Reichskanzler hat mich ermächtigt, mit Ihnen in diesem Sinne zu sprechen, hat aber allerdings bei unserer Unterredung bemerkt, er könne natürlich keine Garantie dafür übernehmen, daß Rußland etwaige Verabredungen mit England auch ehrlich ausführen werde". Lord Salisbury nahm diese Bemerkung mit lautem und bitterem Lachen auf und erklärte, er habe mehr Zweifel in Rußlands Ehrlichkeit als wahrscheinlich irgendein anderer Mensch: er wolle dieselbe jetzt aber auch nicht auf die Probe stellen, da er nach Graf Hatzfeldts letzten und meinen heutigen Darlegungen eine unmittelbare Veranlassung dazu nicht mehr erblicke. Ich bemerkte hierzu, daß wir mit Teilnahme und Besorgnis die großen inneren Schwierigkeiten verfolgten, mit denen Lord Salisbury zu kämpfen hätte, und die er bei der gegenwärtigen ministeriellen und parlamentarischen Konstellation fast ausschließlich auf seine Schultern laden müsse. Es sei dem Reichskanzler nicht unmöglich erschienen, daß dem im englischen Reich sich ankündenden Zerbröckelungsprozeß und der ganzen politischen Zerfahrenheit der Parteien durch eine wenn auch nur diplomatische Aktion nach außen begegnet werden könne. Sollte Lord Salisbury diese Ansicht teilen, so würde sich die Aufmerksamkeit des englischen Publikums vielleicht dadurch von den inneren Zuständen ablenken lassen, daß Lord Salisbury eine Konferenz zur Regelung der bulgarischen Frage nach London beriefe, nachdem er sich unter unseren Auspizien mit Rußland über das Ergebnis derselben im voraus vertraulich geeinigt haben würde.

Lord Salisbury schüttelte betrübt das Haupt und sagte mit einem schweren Seufzer: „Ich bin dem Fürsten Bismarck aufrichtig dankbar für seine Teilnahme und sein Anerbieten, but I am afraid that he is not aware of what our insular democracy really is. Die Ausübung der Souveränität Englands liegt jetzt in den Händen der ungebildeten Masse, welche für auswärtige Politik weder Verständnis noch Interesse hat. Es handelt sich bei unseren Wählern in erster Linie um die Befriedigung aller möglichen Begehrlichkeiten im Innern und bei

der Mehrzahl der Parteiführer lediglich um den rein egoistischen Wunsch, möglichst bald an die Regierung zu kommen und möglichst lange daran zu bleiben. Überzeugungslosigkeit und persönlicher Opportunismus haben in unserem Parlament erschreckliche Dimensionen angenommen. Das englische Reich ist deshalb zu meinem tiefsten Bedauern nicht in der Lage, in dem europäischen Konzert so kräftig mitzusprechen[8], wie es seine Großmachtstellung eigentlich mit sich bringen müßte. Ich vermag hieran jetzt aber nichts zu ändern[9]." pp.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck auf einer Abschrift:
[1] ? [2] ? [3] ? [4] wenn es Oest[er]reich nicht hilft! [5] ? [6] gut [7] ? [8] Richtig [9] ?

Nr. 914

Der interimistische Leiter des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Nr. 472 Berlin, den 4. September 1887

pp. Wenn Graf Kálnoky behauptet, der Sultan verstünde nicht, wie unser Rat der Anlehnung der Türkei an die Gruppe Österreich, England und Italien in Einklang zu bringen sei mit unserer Empfehlung der russischen Vorschläge bezüglich Bulgariens*, so ist dem entgegenzuhalten, daß doch nicht anzunehmen ist, der Sultan könne unseren Rat tunlichster Anlehnung an die Dreier-Gruppe im allgemeinen für inkompatibel halten mit der Befürwortung eines russischen Vorschlages in einem Spezialfalle wie die bulgarische Sache. In dem einen wie in dem andern Falle ist unser Verhalten bedingt durch den Wunsch der Bewahrung des Friedens. Wir wünschen und erstreben, daß der Friede durch das Verhalten des Koburgers nicht gestört werde, eventuell aber — wenn er doch gestört werden sollte —, daß alsdann möglichst viele Mächte auf Seiten Österreichs stehen. Die Gruppe zu Dreien bildet nach der Auffassung des Herrn Reichskanzlers die Reserve für den Fall, daß es wirklich zum Schlagen kommt. Dies zu verhüten, ist aber die nächste Aufgabe unserer Politik. pp.

v. Derenthall

---

* Rußland hatte nach der von ihm nicht anerkannten Wahl des Prinzen Ferdinand von Koburg zum Fürsten von Bulgarien der Pforte den Vorschlag unterbreitet, in der Person des Generals Ernroth einen russischen Verweser des Throns nach Sofia zu senden. Deutscherseits wurde dieser Vorschlag zunächst befürwortet. Näheres s. in Bd. V, Kap. XXXIII.

Nr. 915

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Nr. 386 Wien, den 13. September 1887

Der italienische Botschafter* hat dem Grafen Kálnoky eine Depesche des Herrn Crispi mitgeteilt, worin derselbe mit großer Befriedigung von den Versicherungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Akt nimmt, daß es nicht gelingen würde, Österreich-Ungarn von Italien und England zu trennen.

Der italienische Ministerpräsident knüpft daran die Anregung, ob bei der Ideengemeinschaft dieser drei Kabinette es nicht nützlich sein würde, auch praktisch dieses Zusammengehen mit bezug auf die bulgarischen Angelegenheiten** zum Ausdruck zu bringen.

Graf Kálnoky ist etwas erschreckt worden durch dieses Vorwärtsdrängen und hat den Grafen Nigra gebeten, Herrn Crispi zur Vorsicht zu ermahnen, womit ersterer übrigens sehr einverstanden gewesen ist.

Der Minister hat darauf hingewiesen, daß er immer sehr gern bereit sein würde, mit dem italienischen Kabinett auch die praktischen Seiten der Frage zu diskutieren, daß aber ohne Englands Teilnahme eine aktive Politik der drei Mächte nicht wohl tunlich sein würde; daß es daher nützlich sein würde, sich in erster Linie mit dem großbritannischen Kabinett zu besprechen. Die Illusion, als wenn die Pforte an einer Aktion der drei Mächte teilnehmen würde, wenn diese nur energisch vorgingen, hat Graf Kálnoky dem italienischen Botschafter gegenüber bekämpfen zu sollen geglaubt.

Aus vertraulichen Äußerungen des hiesigen englischen Botschafters glaubt Graf Kálnoky entnehmen zu können, daß Lord Salisbury die lebhafte Gangart, die der italienische Ministerpräsident anschlagen möchte, auch mit einiger Besorgnis betrachtet und ihn daher bereits zur Vorsicht ermahnt hat.

Graf Kálnoky hält die Aufgabe für nicht ganz leicht, den noch etwas unerfahrenen italienischen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten bei guter Laune zu erhalten, ihn aber doch von zu unbedachtem Vorgehen abzuhalten.

H. VII. P. Reuß

---

* Graf Nigra.

** Nach Crispis Memoiren (Die Memoiren Francesco Crispis ed. T. Palamenghi-Crispi, deutsch von W. Wichmann, S. 193 ff.) hätte der italienische Ministerpräsident am liebsten gleich eine Militärkonvention zwischen den Mittelmeermächten abgeschlossen, wovon jedoch Lord Salisbury nichts wissen wollte.

Nr. 916

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Rudolf Lindau

Nr. 502. Berlin, den 24. September 1887
Sekret [abgegangen am 26. September]

pp. Die Annäherung, welche sich zwischen Italien und Österreich bezüglich ihrer beiderseitigen Balkanpolitik in letzter Zeit vollzogen hat, ist für uns ein erfreulicher Umstand. Da wir selbst mit vitalen Interessen am Ausgange der Balkanfrage nicht beteiligt sind, so ist es Sache der uns befreundeten Mächte, sich für den Fall einer Krise über eine gemeinsame Haltung zu verständigen. Es würde ohne Zweifel auch in Englands Interesse liegen, seine Beziehungen mit Österreich und Italien noch enger zu knüpfen und den Anregungen des Herrn Crispi entgegenzukommen. Das italienische Kabinett wird aber außerdem schon jetzt in Betracht ziehen können, daß es Deutschland auf seiner Seite finden würde, wenn Italien etwa von Frankreich angegriffen werden sollte.

Ich stelle Ew. pp. anheim, das Vorstehende bei geeignetem Anlasse ganz vertraulich zu verwerten.

H. Bismarck

Nr. 917

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 195 Rom, den 12. Oktober 1887

Der österreichische Botschafter, Baron Bruck, ist vorgestern von längerem Urlaub zurückgekehrt und hat gestern Herrn Crispi besucht. Er hat ihm zu der glücklichen Idee, die Reise nach Friedrichsruh*

* Crispi war am 1. Oktober zu mehrtägigem Besuch des Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh gekommen. Über die Unterredungen zwischen beiden Staatsmännern geben ein Immediatbericht des Grafen Herbert Bismarck, der bei den Unterredungen in Friedrichsruh zugegen gewesen war, vom 3. Oktober und ein Erlaß an den Prinzen Heinrich VII. Reuß vom gleichen Tage nähere Auskunft. Im wesentlichen bestätigen beide Schriftstücke die ausführliche Aufzeichnung Crispis über seine Gespräche mit Bismarck („Die Memoiren Fr. Crispis" a. a. O. S. 221 ff.) und seine Äußerungen gegen Baron Bruck (s. oben). Bismarck suchte vor allem Crispi in seinen zur Schau getragenen österreichfreundlichen Gesinnungen und in seinem Entschlusse, in der orientalischen Frage fest mit Österreich zusammenzuhalten, zu bestärken. Vgl. auch Nr. 921.

unternommen zu haben, gratuliert und ihm gesagt, er werde sich in seinen Unterredungen mit Euerer Durchlaucht überzeugt haben, wie eng Deutschland und Österreich miteinander verbunden sind; es sei der Beweis geliefert, bis zu welchem Grade das vollkommenste Zusammengehen zweier Großmächte möglich sei, und man freue sich in Österreich, daß Italien sich ebenso fest dem Bunde anschließen wolle.

Herr Crispi hat erwidert, er sei Republikaner gewesen, habe die Monarchie als die für Italien allein mögliche Staatsform erkannt und habe sich überzeugt, daß die einzig richtige Politik Italiens in einem festen Anschluß an Österreich und Deutschland bestehe; nur so könne man den Frieden erhalten, dessen auch Italien bedürfe. Was die orientalischen Angelegenheiten betreffe, so müsse man trachten, dem Sultan Rußland gegenüber besonderes Vertrauen zu Österreich, England und Italien einzuflößen, und dazu sei es notwendig, auf Englands lebhaftere Mitwirkung hinzuarbeiten. Es müßten alle Mittel versucht werden, den Frieden zu erhalten; sollte aber Rußland gegen die Türkei militärisch vorgehen oder in Bulgarien einrücken, so könne das Österreich ebensowenig ruhig mit ansehen wie Italien, und in dem Falle würde Italien bereit sein, Österreich sofort 100- bis 200000 Mann zur Verfügung zu stellen.

Baron Bruck bemerkte dazu, dies sei nicht etwa eine im Eifer einer animierten Konversation hingeworfene Phrase, sondern eine mit voller Überlegung in einer ernsten diplomatischen Unterhaltung gemachte Erklärung gewesen, die ihm einen ebenso überraschenden als erfreulichen Eindruck gemacht habe, sodaß er sie sofort nach Wien telegraphiert hätte. Baron Bruck fügte hinzu, daß Herr Crispi eine durchaus friedliche Politik verfolge und wünsche, daß alle Mittel versucht werden möchten, den Frieden zu erhalten; nur wenn dies nicht möglich, sei er für ein energisches Vorgehen.

Ich glaube nicht unerwähnt lassen zu sollen, daß Baron Bruck in seinem nach Wien gerichteten Telegramm, von dessen Inhalt er mir Kenntnis gab, nicht vom Einrücken der Russen in Bulgarien, sondern nur von einem Angriff Rußlands auf die Türkei oder Österreich gesprochen hat, in welchem Falle Herr Crispi Österreich 100- bis 200000 Mann zur Verfügung stellen würde. Auf meine hierauf bezügliche Bemerkung erwiderte mir der Botschafter, daß Herr Crispi gegen ein Vorgehen der Russen nicht aus Freundschaft für Österreich und die Türkei aufzutreten entschlossen sei, sondern weil er die Interessen Italiens durch Rußland bedroht erachten würde, da Italien unter keinen Umständen zugeben könne, daß Rußland am Mittelländischen Meere Fuß fasse.

Graf Solms

Nr. 918

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 20. Oktober 1887

Der österreichische Geschäftsträger* übergab mir heute mit der Bitte um vertrauliche Behandlung die anliegenden Schriftstücke.

Anlage I ist ein von den Vertretern Österreichs, Italiens und Englands in Konstantinopel** aufgestellter Entwurf einer Vereinbarung der drei Mächte.

Dieser Entwurf, zu welchem Graf Kálnoky die in Anlage II resümierten Bemerkungen gemacht hat, ist bereits nach Rom mitgeteilt worden und von Herrn Crispi gutgeheißen. pp.

Graf Kálnoky wünscht die Meinung des Herrn Reichskanzlers über den — wie es scheint unter der Ägide Calices — in Konstantinopel aufgestellten Entwurf zu kennen, bevor er denselben nach London mitteilt; er hofft auf unsere Billigung, da die hier in Aussicht genommene Vereinbarung die von uns empfohlene Zusammenschließung der drei Mächte nur noch fester gestalten sollte.

Wenn ich auch annehmen möchte, daß Sir W. White bereits Lord Salisbury über die Vorlage informiert hat, so schien Graf Kálnoky doch großes Gewicht auf seine Eröffnung zu legen, „daß er an Lord Salisbury erst gehen würde, wenn ihm die Meinung des Herrn Reichskanzlers bekannt sein würde". Der österreichische Minister ließ ferner bitten, daß wir, falls der Entwurf nicht zu Ausstellungen Anlaß geben sollte, in London doch unseren ganzen Einfluß aufwenden möchten, um Lord Salisbury zum Anschluß an Italien und Österreich zu bewegen: ohne eine starke Pression unsererseits würde Salisbury bei seiner Neigung zum Temporisieren schwerlich zu einem Entschlusse zu bewegen sein[1].

Im Falle ich ermächtigt werde, dieser Bitte zu entsprechen, werde ich mich mit Malet in Beziehung setzen[2]. Hatzfeldt ist seit 15. September auf 2 Monate beurlaubt, und Plessen hat als Geschäftsträger wohl nicht das nötige Gewicht, um erfolgreich auf Salisbury zu drücken: oder soll Hatzfeldts Urlaub abgebrochen[3] werden?

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Auch durch uns nicht, aber man muß es doch versuchen.

[2] ja

[3] noch nicht; erst wenn Sondirung durch Malet einige Hoffnung auf Erfolg giebt, oder sie doch nicht abschneidet

---

* Ritter von Eissenstein.

** Baron von Calice, Baron Blanc, Sir W. White.

Anlage I

Bases d'un accord à trois.

Geheim

1. Maintien de la paix à l'exclusion de toute politique d'aggression. —

2. Maintien du statu quo[1] en Orient fondé sur les traités, à l'exclusion de toute politique de compensations. —

3. Maintien des autonomies locales établies par ces mêmes traités. —

4. Indépendance de la Turquie, gardienne d'intérêts Européens importants (indépendance du Chalifat, liberté des détroits etc.) de toute influence étrangère prépondérante. —

5. Par conséquent la Porte ne peut ni céder ni déléguer ses droits suzerains sur la Bulgarie à une autre Puissance, ni intervenir pour y établir une administration étrangère, ni tolérer[2] des actes de coërcition, entrepris dans ce dernier but, sous forme soit d'occupation militaire, soit d'envoi de volontaires, ce qui constituerait, non seulement une infraction au statu quo légal, mais serait attentatoire aux intérêts des trois Puissances.

6. Désir de ces dernières de s'associer la Turquie pour la défense commune de ces principes[3]. —

7. Dans les cas de résistance de la Porte aux entreprises illégales susindiquées les trois Puissances se concerteront aussitôt sur l'appui à lui donner.

8. Dans le cas, cependant, où la Porte serait en connivence avec une entreprise illégale du genre indiqué, ou bien, dans le cas où elle n'y opposerait pas une résistance sérieuse, les trois Puissances se concerteront dans le but d'occuper provisoirement par leurs forces de terre ou de mer, certains points du territoire ottoman, afin de rétablir l'équilibre politique et militaire nécessaire pour la sauvegarde des principes et des intérêts susmentionnés[4].

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Bulg[arien]?

[2] darüber können die 3 sich einigen, aber den Sultan werden sie nicht dazu bringen

[3] das wag[4] er nicht, trotz 7.

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck auf einer Abschrift:

[4] Wir haben kein Interesse, für das Programm zu fechten, aber auch keins es zu bekämpfen. Wir können nur für deutsche Interessen fechten, die liegen nicht vor.

Anlage II

Bemerkungen zu den „Bases d'un accord trois"*

ad 2. Die Klausel „à l'exclusion de toute politique de compensations" ist eigentlich nur eine selbstverständliche Erläuterung des Hauptsatzes, jedoch nicht überflüssig, da Italien in der Beseitigung der Gefahr einer Politik der Kompensationen, wie sie den Absichten Rußlands und Deutschlands[1] zugeschrieben wird, ein Hauptmotiv für seinen Eintritt in die beabsichtigte Entente erblicken würde.

ad 3. Entspricht wie die vorausgehenden zwei Punkte dem übereinstimmenden Programme der drei Regierungen.

ad 4. Dem Geiste der Verträge entsprechendes Fundamentalprinzip, woran ganz Europa und im spezielleren Maße England interessiert ist. Die heutige offizielle Meinung in England wird sich für die Integrität des türkischen Reiches gewiß nicht erwärmen; allein eine eventuelle russo-türkische Allianz, die Unterjochung des Kalifats oder die Auslieferung der Meerengen sind Gefahren, welchen sie sich nicht verschließen kann, und welche das Kabinett Salisbury jedenfalls besser zu würdigen weiß als das ihm vorausgegangene.

ad 5. Abgesehen davon, daß die neuerliche Etablierung der Russen in Bulgarien** nebst andern üblen Folgen den Fall von Konstantinopel in nicht allzu langer Zeit[2] voraussehen ließe, bedarf es keines Beweises, — und der englische Botschafter legt gerade auf diese Erwägung das größte Gewicht — daß die Festsetzung Rußlands in dem Fürstentume den Druck, den es bereits jetzt auf die Entschlüsse des Sultans auszuüben vermag, ganz enorm steigern und den russischen Einfluß in Konstantinopel zu einem ausschließlich maßgebenden machen würde.

ad 6 und 7. Daß die Pforte gegen gewalttätige Übergriffe Rußlands energisch Widerstand leiste, ist bei der jetzigen Lage der Dinge nicht zu erwarten[3]. Wenn sie es aber tut, so wäre es billig und im gemeinschaftlichen Interesse der drei Mächte gelegen, ihr zu Hilfe zu kommen.

Da es indessen viel wahrscheinlicher ist, daß die Türkei gegenüber einem russischen Gewaltakte sich passiv oder gar konnivent verhalte, und es andererseits schwer halten würde, England zu einer direkten Gegenaktion zu bewegen, wenn die Türkei nicht mittut, es übrigens auch das Interesse aller ist, den Krieg solange als möglich zu vermeiden, so müßte auf ein Expédient gedacht werden, welches, ohne einen direkten Konflikt mit Rußland zu involvieren, doch die Zwecke der drei Mächte zu sichern vermöchte.

---

* Wie aus Nr. 918 ersichtlich, rühren die Bemerkungen vom Grafen Kálnoky her.
** Gemeint ist der russische Plan der Entsendung des Generals Ernroth nach Sofia, in dem ein Vorläufer einer militärischen Okkupation Bulgariens gesehen wurde. Zur Mission Ernroth vgl. Bd. V, Kap. XXXIII.

Die drei Vertreter wären der Ansicht, daß eine Verabredung in dem hier projektierten Sinne, deren praktische Berechtigung in der Tat auch nicht in Abrede gestellt werden kann, genügen würde, um der Türkei eine — wenigstens moralische — Widerstandskraft zu geben, welche ihr derzeit gänzlich zu fehlen scheint, Rußland selbst aber zu ernüchtern und von eventuell geplanten illegalen Unternehmungen abzuhalten. Ist dies nicht der Fall, so würde die Besetzung geeigneter Teile der Balkanhalbinsel durch die drei Mächte, unter gleichzeitigem Erscheinen einer Flotte vor den Dardanellen, ohne Absicht eines Angriffs auf die russischen Truppen, sondern nur zur einstweiligen Herstellung des tatsächlich gestörten politischen und militärischen Gleichgewichtes, nach diesseitiger Auffassung doch die Folge haben, die russische Aktion einzudämmen und abzukürzen, die Türken aber aus ihrer Lethargie aufzurütteln und zum energischen Widerstande gegen die russische Okkupation zu bewegen, somit auch, wenn es noch erforderlich sein sollte, die tatsächliche Kooperation der vier Mächte in einem eventuellen Konflikte mit Rußland vorzubereiten.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ?

[2] es ist nützlich Salisb[ury] zuzugeben, daß das ein Unglück für Oest[er]reich sein würde; man muß ihm andeuten, daß Rußland dann (wenn im Besitz von Const[antinopel]) der öst[er]r[eichischen] Freundschaft mehr wie bisher bedürftig sein würde.

[3] nein

Nr. 919

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 21. Oktober 1887

Der Herr Reichskanzler bittet, dem österreichischen Geschäftsträger zu antworten, Seine Durchlaucht hätte gegen die 8 Punkte keine Bedenken; er halte für das wichtigste die Assoziation der Türkei, aber auch für das am schwersten zu erreichende. Der Sultan werde auf das ni tolérer des actes de coërcition etc. in Nr. 5 schwer zu bringen sein, jedenfalls nur, wenn vorher Englands Mitwirkung gewonnen wäre. Den passiven Widerstand der Türkei gegen russische Zumutungen werde es schon eher gelingen zu ermutigen, wenn ihm nach Nr. 7 der appui, namentlich der englischen Flotte, sichergestellt würde.

Wir würden vorläufig durch Sir E. Malet in London sondieren, und, wenn sich irgendwelche Aussicht des Erfolges böte, Graf Hatz-

feldt vom Urlaub zurückrufen, um die Sache in London zu unterstützen.

Wir würden immer für orientalische Sachen einen russischen Krieg nicht auf uns nehmen, wohl aber Frankreich im Zaume halten.

Vom technischen Standpunkte aus habe Seine Durchlaucht im übrigen gegen die 8 Punkte nichts einzuwenden; schon deshalb nicht, weil jede Einwendung gegen die Form möglicherweise die Beziehungen zu Herrn Crispi abschwächen könnte; es wäre aber einstweilen schon ein großer Gewinn, dieselben zu pflegen und den italienischen Minister in der jetzt eingeschlagenen Richtung eifrig zu machen. Die Verständigung der drei Botschafter in Konstantinopel wäre immer schon ein Schritt, den man nicht erschweren dürfte, und Seine Durchlaucht würde, selbst wenn er technische Bedenken hätte, dieselben nicht für wichtig genug halten, um dadurch die gewonnenen Keime des Einverständnisses zwischen den Höfen von Wien und Rom und zwischen den Botschaftern aller drei Mächte wieder zu gefährden.

Bezüglich der Bemerkungen des Grafen Kálnoky zu Nr. 5 führte Seine Durchlaucht den Gedanken, der auch in dem betreffenden Marginal zum Ausdruck kommt, aus, daß er es nicht für nützlich halte, wenn Österreich England gegenüber ein zu großes Interesse für Konstantinopel als Argument gegen die russische Okkupation von Bulgarien an den Tag legte; es würde mehr Wirkung haben, wenn von Wien aus (nicht von unserer Seite, was schon oft genug geschehen wäre) den Engländern die Möglichkeit vor Augen geführt würde, daß, wenn Rußland einmal im Besitz von Konstantinopel wäre, das russische Bedürfnis nach der österreichischen Freundschaft eine Verständigung zwischen den beiden Kaiserstaaten herbeiführen könnte.

Seine Durchlaucht bittet, dem österreichischen Geschäftsträger auf dessen Eröffnung im vorstehenden Sinne zu antworten und dabei zu betonen, daß es nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers namentlich darauf ankomme, den Eifer Herrn Crispis nicht erkalten zu lassen.

C. Rantzau

Nr. 920

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 213 Rom, den 24. Oktober 1887

Geheim

Mit einer besonderen entente à deux (Italien und Österreich) über den achten Punkt* innerhalb einer entente à trois (beide mit England)

* Siehe Nr. 918, Anlage I.

ist Graf Kálnoky nicht einverstanden. Er will, daß Lord Salisbury sich vor allem entscheide, ob er die acht Punkte annimmt. Ein Vorgehen Österreichs und Italiens ohne England sei unmöglich; bei allen anderen Kombinationen setze man sich der Gefahr aus, mit falschen Faktoren zu rechnen. Der Zusammenbruch der Türkei liege noch in zu weiter Ferne, um daraufhin schon jetzt einen Vertrag zu schließen.

Solms

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopf des Schriftstücks:
Die Verständigung über entente à 2 oder nicht, überlassen wir am Besten den beiden Betheiligten ohne diesseitige Einmischung; die à 3 fahren wir fort in England zu befürworten, mit Hinweisung daß sie nöthig sein wird, wenn die à 2 leistungfähig u[nd] haltbar sein soll. Wir können mit Italien auch ohne England in dauerndem Bunde sein; zwischen Oest[er]r[eich] u[nd] Italien aber ist der englische Kitt nöthig.

Nr. 921

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Geschäftsträger in Wien Grafen Monts

Konzept

Nr. 586 Berlin, den 4. November 1887
Ganz geheim [abgegangen am 5. November]

Der österreichische Geschäftsträger hat mir den abschriftlich beifolgenden Bericht des K. und K. Botschafters in Rom vom 15. v. Mts.*, sowie den hierauf ergangenen geheimen Erlaß des Grafen Kálnoky vom 20. desselben Mts.** im engsten Vertrauen mitgeteilt. Gleichzeitig las mir Herr von Eissenstein einen weiteren sekreten Erlaß des österreichischen Ministers vor, in welchem dieser die italienischerseits angeregten Abmachungen für die Eventualität des Zerfalls der Türkei für inopportun erklärt. Ich kann hierin dem Grafen Kálnoky nicht unrecht geben, denn die absolute Geheimhaltung derartiger Abmachungen, von denen notwendig eine gewisse Anzahl Beamter der kontrahierenden Mächte Kenntnis haben müßten, ist immerhin nicht zu garantieren. Würde aber auch nur ihre Existenz bekannt, so würde das bei dem Sultan ein unüberwindliches Mißtrauen erzeugen. Es dürfte deshalb einstweilen vorzuziehen sein, sich in dieser delikaten Frage auf mündliche Verabredungen unter den leitenden Staatsmännern zu beschränken.

Nach den Mitteilungen des Grafen Kálnoky hat Lord Salisbury die beiliegenden 8 Punkte der geheimen Konstantinopler Botschafterpunktation*** gut aufgenommen und gesagt, für seine Person glaube er

---

* Vgl. Anlage I.
** Vgl. Anlage II.
*** Siehe Nr. 918, Anlage I.

die Zustimmung Englands in Aussicht stellen zu können; er müsse die Sache aber erst dem Ministerrat unterbreiten, welcher demnächst darüber Beschluß fassen werde*.

Ich machte Herrn von Eissenstein darauf aufmerksam, daß ich es für nützlich hielte, wenn man von Wien aus Lord Salisbury bitten würde, den Ministerrat, welcher aus 16 Mitgliedern bestehe, mit dieser geheimen Sache nicht zu befassen; Lord Salisbury sei Prime Minister und Foreign Secretary in einer Person und brauche deshalb nicht die Meinung seiner zum Teil ganz einflußlosen Ministerkollegen, sondern höchstens die Zustimmung Goschens, welcher die zur Majorität unentbehrlichen Unionisten im Kabinett repräsentiere.

Der Herr Reichskanzler, welchem ich die anliegenden Schriftstücke vorgelegt habe, hat meine Bemerkung gebilligt und bittet Ew. pp., dem Grafen Kálnoky für die Mitteilung zu danken.

Ich habe mich in diesem Sinne zu Sir E. Malet geäußert und werde den Grafen Hatzfeldt, der heute auf der Rückreise nach London hier eintrifft, ersuchen, auch seinerseits Lord Salisbury auf die Notwendigkeit ganz sekreter Behandlung der Sache aufmerksam zu machen und bei ihm dahin zu wirken, daß England dem accord à trois nach Maßgabe der 8 Punkte beitrete.

Um letzteres zu erreichen, wird man sich davor hüten müssen, von England zuviel zu verlangen. Lord Salisbury hat für seine Person die Zustimmung Englands bereits in Aussicht gestellt. Er ist aber persönlich schwach und hat nicht, wie Crispi, eine große und sichere Majorität hinter sich. Seine Lage ist daher in bezug auf weitgehende Abmachungen eine schwierige, und man muß vermeiden, den Bogen zu straff zu spannen, indem man mehr von ihm verlangt, als er in seiner Situation leisten kann. Es würde das bloß zu einem non possumus seinerseits führen; das Bemühen der am Bestande des Salisburyschen Kabinetts interessierten Mächte muß aber sein, dasselbe vorsichtig und allmählich zu stärken und seinen Chef durch diplomatische Überredung zu größerer Selbsttätigkeit zu bringen.

Die Äußerungen des Herrn Reichskanzlers in seinen Gesprächen mit Herrn Crispi sind in dem anliegenden Berichte des Baron Bruck im ganzen richtig, wenn auch teilweise vielleicht in einer etwas zu starken Färbung wiedergegeben. Richtig ist, daß Fürst Bismarck dem italienischen Ministerpräsidenten geraten hat „de s'arranger directement avec l'Autriche dans la question d'Orient", und daß er jedem bezüglichen Arrangement zwischen beiden Mächten im Rahmen unserer Verabredungen seine Zustimmung in Aussicht gestellt hat. Seine Durchlaucht hält indessen weder den finanziellen Zusammenbruch der Türkei für unmittelbar bevorstehend, noch glaubt er an einen nahen

* Vgl. dazu Crispis Aufzeichnung vom 31. Oktober „Die Memoiren Francesco Crispis. Herausgegeben von T. Palamenghi-Crispi", S. 265 f.

russisch-türkischen Krieg. Beide Ereignisse können eintreten, aber auch noch lange auf sich warten lassen. Insbesondere liegt ein kriegerischer Angriff Rußlands auf die Türkei nicht im Gebiete des Wahrscheinlichen; die russische Politik ist vielmehr bestrebt, einen Krieg mit der Türkei zu vermeiden und sich mit dem Sultan à l'amiable auseinanderzusetzen. Was Rußland will, ist die Beherrschung der Meerengen. Diese kann es billiger und bequemer als durch Krieg durch einen Schutzvertrag mit dem Sultan gewinnen. Wenn es von dem geängstigten Sultan gegen das Versprechen des Schutzes wider innere und äußere Feinde die Ermächtigung zur militärischen Besetzung und Befestigung der Meerengen vertragsmäßig eingeräumt erhält, so hat es ohne Krieg das erreicht, was es anstrebt, und was für England das denkbar Nachteiligste sein würde. Wenn der Sultan von Abmachungen unter der Gruppe à trois erfahren würde, deren Hauptinhalt auf die Regulierung seiner Erbschaft gerichtet wäre, so würde er sich um so leichter an Rußland verkaufen; und Rußland wird immer stark genug sein, ihn mit offenen Armen aufzunehmen und zu „beschützen", sobald er bei ihm Zuflucht sucht vor den Teilungsplänen anderer. Der Sultan wird sich sagen, daß er immer noch besser fährt, wenn er den Russen die Meerengen preisgibt und sich dafür den Rest seiner Souveränität garantieren läßt, als wenn sein Reich von andern aufgeteilt wird. Deshalb hält der Herr Reichskanzler in Übereinstimmung mit dem Grafen Kálnoky eine über den Punkt 8 hinausgehende, auf den Zerfall der Türkei berechnete Abmachung zwischen Italien und Österreich für verfrüht und — wegen der Möglichkeit des Bekanntwerdens — für gefährlich. Denn wichtiger noch als der „bindende Beistand Englands" ist für die konservativen Mittelmeermächte die Erhaltung des Sultans im antirussischen Fahrwasser und seine Kräftigung. Militärisch betrachtet ist die Stellung der Türkei für oder gegen Rußland von weit größerem Wert für den österreichisch-italienischen Bund wie die Englands. Die strategischen Vorteile einer Kooperation der Türkei gegen Rußland ergeben sich aus der geographischen Lage der ersteren, und die partielle Mobilmachung von 1885 hat gezeigt, daß die Türkei ihr vorzügliches Menschenmaterial viel schneller herbeizuschaffen imstande ist, als man früher annahm. Wenn Österreich und Italien sich die Bundesgenossenschaft des Sultans sichern, so verfügen sie damit nicht nur über einige 100 000 Mann guter Truppen mehr, sondern sie machen jeden militärischen Erfolg Rußlands auf der Balkanhalbinsel von vornherein problematisch. Liegen die Sachen aber umgekehrt, so würde den beiden ersten Mächten die Möglichkeit benommen, Rußland energisch entgegenzutreten: der Sultan stellt in dieser Hinsicht das Schwergewicht dar.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, sich dem Grafen Kálnoky gegenüber im Sinn des Vorstehenden streng vertraulich aussprechen zu wollen.

H. Bismarck

Anlage I

Der österreich-ungarische Botschafter in Rom Freiherr von Bruck an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen Kálnoky

Unsignierte Abschrift

Nr. 59 Rom, den 15. Oktober 1887

Den mir mit hoher Depesche vom 10. d. Mts. zugesandten Entwurf „Bases d'un accord à trois" habe ich streng geheim zur Kenntnis des Herrn Crispi gebracht. Derselbe bemerkte mir allsogleich, ich könne versichert sein, daß dieses, sowie alle darauf bezüglichen Schriftstücke in einem geheimen Fache bei ihm aufgehoben bleiben sollen[1]. — Crispi ist mit allen 8 Punkten vollkommen einverstanden und bemerkte nur bei Nr. 3, es wäre sehr wünschenswert, dabei den § 23 des Berliner Vertrages* speziell im Auge zu haben.

Er erklärte sich bereit, allsogleich in England Schritte zu tun, damit Salisbury so schnell als tunlich bewogen werde, diesem accord à trois seine vollste Zustimmung zu geben. — Graf Corti[2] dürfte morgen in London eintreffen und die hierauf bezügliche Instruktion erhalten. Ob Graf Hatzfeldt wirklich die Absicht habe, Lord Salisbury aufzusuchen[3], um seinerseits hierfür zu wirken, konnte mir Herr Crispi nicht genau sagen, hat aber eine Depesche aus Berlin erhalten, welche diesen Besuch als wahrscheinlich in Aussicht stellte.

Crispi hält es nicht für so schwierig, sobald England sich bereit erklärt haben wird, prinzipiell diesen Basen beizutreten, eine Form zu finden, welche Englands Beitritt als bindend erscheinen ließe. — Crispi ist ebenso wie Euere Exzellenz überzeugt, daß Salisbury einem förmlichen geheimen Vertrage auszuweichen suchen wird, ist aber der Meinung, daß auch ein Notenaustausch den gleichen Wert haben und es sich dabei nur darum handeln wird, eine Form zu finden, die bestimmt und bindend lautet.

Sehr geheim sprach mir dann der italienische Ministerpräsident über die seinem Gefühle nach notwendige weitere Ausdehnung des § 8 der obenerwähnten Bases à trois[4]:

„Dans mon entretien avec Mr. le Prince de Bismarck nous avons envisagé la question d'Orient sous tous[5] les différents points de vue et, tout en constatant que nous suivons tous une politique éminemment pacifique, nous n'avons pas pu faire à moins que de convenir que l'écroulement de l'Empire Ottoman pourrait arriver, soit par suite de la position financière qui devient de plus en plus désastreuse, soit par suite d'une guerre avec la Russie[6]. Or, à mon point de vue il serait pratique de s'occuper aussi de cette éventualité, afin de ne

---

* Artikel 23 des Berliner Vertrags regelte die Einführung autonomer Selbstverwaltungskörper in den türkischen Provinzen.

pas être pris au dépourvu si une telle catastrophe venait à nous surprendre un beau matin. — Le Prince de Bismarck m'a répondu qu'il saisissait parfaitement bien ma pensée[7] et qu'il me conseillait de m'arranger directement avec l'Autriche-Hongrie qui, dans la question d'Orient, avait les mêmes idées que le Gouvernement italien[8]. — Quant à lui, il y donnait d'avance son assentiment[9]. — Je vous prie donc, mon cher Baron, d'écrire au Comte Kálnoky à cet égard et de lui demander s'il consentirait à conclure avec nous un arrangement des plus secrets, qui aurait pour but de donner une suite à l'article 8 des Bases à trois et aurait le grand avantage de prévoir et régler d'avance une éventualité qui ne range certainement pas dans le domaine de l'impossible[10]. On sait à Vienne que je travaille au maintien de la paix et que je suis tout à fait décidé à maintenir l'intégrité de l'Empire Ottoman, mais mieux vaut prévoir toutes les difficultés que de s'exposer à une surprise désagréable."

„Quant à l'Angleterre nous devons tâcher qu'elle signe d'abord les 8 paragraphes contenus dans les Bases à trois; pour le reste, il serait encore inutile de l'initier à tous les détails, mais on peut être sûr d'avance que, le cas échéant, elle se rangera tout à fait de notre côté et fera cause commune avec nous." —

Ich konnte Herrn Crispi nur bemerken, daß ich nicht verfehlen würde, Euerer Exzellenz sogleich Bericht zu erstatten, ich aber vorher wohl nur zugunsten der Bases à trois das Wort reden könne, da es sowohl für Österreich-Ungarn als für Italien vom höchsten Werte sei, in einer so wichtigen Frage sich des bindenden Beistands Englands zu versichern[11]. —

Schließlich muß ich noch ein Ansuchen beifügen, welches mir direkt ausgesprochen wurde, und welches dahin lautet, alle diesbezüglichen Verhandlungen und Mitteilungen nur durch mich gehen lassen zu wollen, da man in Anbetracht der großen Wichtigkeit dieser Angelegenheiten das strengste Geheimnis[12] wahren will und daher großen Wert darein setzt, daß nur wenige hievon Kenntnis haben.

Randbemerkungen des Fürsten Bismarck:

[1] Wirklich!
[2] !
[3] doch
[4] zu eilig!
[5] ?
[6] ? beides kann noch lange dauern; Rußland will nur die Meerengen durch Schutzvertrag mit dem Sultan gewinnen
[7] ? non mi ricordo!
[8] ? vielleicht?
[9] à tout arrangement entre l'Italie et l'Autr[iche]
[10] verfrüht, u[nd] gefährlich wenn es dem Sultan bekannt wird
[11] u[nd] den Sultan antirussisch zu halten!
[12] mit 16 englischen Cabin[etts]-Gliedern!

Anlage II

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Kálnoky an den österreich-ungarischen Botschafter in Rom Freiherrn von Bruck

Telegramm. Abschrift

Wien, den 20. Oktober 1887

Euer Exzellenz Expedition vom 15. Oktober ist mir richtig zugekommen, und ich habe mit vielem Interesse von dem geheimen Berichte Nr. 59* und dem Privatschreiben desselben Datums Kenntnis genommen, mit welchen Sie Ihre Unterredung mit Herrn Crispi über die Basen einer engeren Vereinbarung à trois bezüglich der Orientfragen ausführlich einberichten. Ich habe mich beeilt, nach Erhalt derselben, und nachdem ich mich der prinzipiellen Zustimmung Herrn Crispis zu den acht Punkten versichert hatte, dem Deutschen Kabinette die analoge Mitteilung zu machen, um auch der wertvollen Unterstützung des Fürsten Bismarck sicher zu sein, bevor ich mit Lord Salisbury in Verhandlung trete.

Ich werde nicht verfehlen, Sie telegraphisch hierüber zu informieren, damit auch Herrn Crispi die Gelegenheit geboten sei, seinerseits beim englischen Kabinette zu wirken.

Was nun die weitere Anregung des italienischen Herrn Ministerpräsidenten betrifft, welcher den Punkt 8 der „bases" dazu benützen möchte, um schon heute die gewiß nicht aktuelle Frage des Zerfalles des türkischen Reiches zum Gegenstande bestimmter Abmachungen zwischen uns und Italien zu machen, so beschränke ich mich für heute darauf, Sie zu ersuchen, dem Herrn Ministerpräsidenten meinen verbindlichsten Dank für die vertrauensvollen Eröffnungen auszusprechen, in die er sich Ihnen gegenüber über diesen Gegenstand eingelassen hat. Vorläufig aber schiene es mir vor allem von der größten Wichtigkeit, uns ausschließlich mit dem an und für sich schon schwierigen Zustandekommen eines engeren Einverständnisses mit England, wie es in den bases pour un accord à trois skizziert ist, zu befassen. Sind wir einmal so weit gekommen, daß uns England in irgendeiner Form bindende Zusagen für gewisse Eventualitäten im Oriente auf Grundlage der von uns proponierten Basen gemacht hat, so würde logischerweise allenfalls dann[1] erst der Zeitpunkt gekommen sein, um an einen mehr als theoretischen Gedankenaustausch über die Eventualität eines Zusammenbruchs der türkischen Herrschaft in Europa zu denken. Meiner Ansicht nach hat seit den 70er Jahren die Überzeugung, daß die Aufrechthaltung des türkischen Reiches vorderhand

* Siehe Anlage I, S. 361.

noch eine Notwendigkeit sei, sehr viel an Boden gewonnen. In Bulgarien und in Griechenland fühlt man es jetzt sehr wohl, daß man noch lange nicht genug gekräftigt ist, um den beanspruchten Teil der Erbschaft der Türkei anzutreten, — und selbst in Petersburg fürchtet man sich heute entschieden vor dieser Katastrophe, weil man sich nicht verhehlt, daß Rußland, selbst mit Anwendung aller Kräfte des Reiches, eine den russischen Aspirationen entsprechende Lösung durchzusetzen nicht vermögen würde[2]. Ich glaube also, daß, was diese von Herrn Crispi angeregte Frage betrifft, keine Gefahr im Verzuge liegt.

Zu Ihrer rein persönlichen Direktive möchte ich streng vertraulich bemerken, daß es wohl ein unleugbarer Vorteil für Italien sein würde, wenn wir uns bezüglich der Zukunftsfragen des Orients ihm gegenüber binden würden, daß aber für uns weder eine besondere Veranlassung vorliegt, noch für die Monarchie irgendein besonderer Vorteil daraus erwachsen könnte[3], wenn wir uns mit Italien allein bezüglich des Orients in dergleichen Abmachungen über Ereignisse einer ferneren Zukunft einließen.

Ich kann nur wiederholen, daß für eine ernste Aktion gegen russische Übergriffe die italienische Bundesgenossenschaft für Österreich-Ungarn nur dann großen[4] praktischen Wert hat, wenn England auf gleicher Linie und in gleicher Ausdehnung mit uns und Italien in die Aktion tritt, und daß ich an dem guten Willen des Herrn Crispi zwar nicht zweifle, wenn er die schöne Phrase gebraucht: daß, wo immer wir österreichische Truppen hinschicken „nous y trouverons cent ou deux cent mille Italiens qui leur donneront la main et qu'ensuite nous battrons la Russie avec la Turquie s'il le faut"[5], — daß ich aber diese großsprecherischen Versicherungen mit jener Vorsicht aufnehmen muß, welche durch die schweren Folgen geboten ist, die in dergleichen Dingen durch Selbsttäuschung oder einen Rechnungsfehler entstehen können[6].

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Richtig

[2] ? sobald der Sultan sich von Italien pp. mit Theilungsgedanken bedroht fühlt, wird er sich freiwillig in die Arme Rußlands stürzen, u[nd] das entgegenzunehmen, ist Rußland immer stark genug. Die Russen verlangen vom Sultan nichts als Festung u[nd] Besatzungsrecht in den Meerengen; concedirt er das, so garantiren sie ihm den Rest, u[nd] dabei fährt der Sultan immer noch besser wie bei Zerfall u[nd] Auftheilung

[3] ?? doch immer der, daß Italien fest bleibt

[4] richtig

[5] die Stellung der Turquie für oder gegen Rußland macht militärisch einen größern Unterschied wie die Englands!

[6] richtig

Nr. 922

Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Malet an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, November 7. 1887

Private

I have received a telegramm from Lord Salisbury tonight saying that the Cabinet has postponed the consideration of the Austro-Italian proposals until Friday in consequence of the information that Count Hatzfeldt would come to London immediately after seeing the chancellor* — Lord Salisbury adds that I am not to infer, from this delay, that the proposal has been unfavourably received.

Edward Malet

Nr. 923

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Brauer

Nr. 932 Berlin, den 8. November 1887

Geheim

Ew. pp. sind bei Ihrer hiesigen Anwesenheit über die geheimen Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen England, Österreich und Italien auf der Basis der Erhaltung des Friedens und des status quo im Orient und über unsere Stellung hierzu mündlich unterrichtet worden. Zu Ihrer näheren persönlichen Information und mit der Bitte streng sekreter Behandlung übersende ich Ihnen anbei eine Abschrift der „8 Punkte“**, welche das Ergebnis der Konstantinopler Botschafterbesprechungen bilden, sowie Auszug aus einem geheimen Erlasse an den Kaiserlichen Geschäftsträger in Wien vom 4. d. Mts.*** nebst Anlagen.

Unter Hinweis auf unsere mündliche Besprechung und auf die in Friedrichsruh Ihnen gegebenen Direktiven wiederhole ich mein Ersuchen, Ihren Einfluß bei Lord Salisbury geltend zu machen, um diesen zu einer Abmachung mit Österreich und Italien in irgendeiner Form auf der vorliegenden Basis zu bewegen.

Wenn, wie Ew. annahmen, Lord Salisbury sich unter der Voraussetzung gewisser redaktioneller Änderungen hierzu bereit finden läßt, so werden seine Kollegen von Österreich und Italien in diesem Punkte

---

* Er weilte vom 6. bis 7. November in Friedrichsruh. Vgl. Nr. 921.
** Siehe Nr. 918, Anlage I.
*** Siehe Nr. 921.

ohne Zweifel Entgegenkommen zeigen. Die Konstantinopler Punktation wird von den Botschaftern selbst nur als „bases d'un accord" bezeichnet und ist überhaupt stilistisch noch garnicht in die Form einer Abmachung eingekleidet; sie bedarf also selbstverständlich noch einer endgiltigen Redaktion.

Es wäre von großer Bedeutung, daß nicht bloß zwischen Österreich und Italien eine Entente zustande kommt, sondern daß auch England in irgendeiner bindenden Form sich anschließt. Die Entente zwischen den beiden erstgenannten Mächten wird erst dann leistungsfähig und haltbar, wenn der Beitritt Englands gesichert ist. Wir könnten auch ohne England mit Italien in dauerndem Bunde sein; aber um Österreich und Italien dauernd zusammenzuhalten, bedarf es des englischen Kitts.

Auch der Sultan wird zur Dreier-Gruppe leichter Vertrauen fassen als zu einer bloß österreichisch-italienischen Entente, bei welcher England draußen steht. Das englische Prestige in der Türkei ist größer und einflußreicher als das der übrigen Mächte, und dem Sultan machen die Bewegungen der englischen Flotte mehr Eindruck als die Ziffernstärke der Landheere der andern.

Nach einer Mitteilung Sir Edward Malets hat der englische Ministerrat mit Rücksicht auf Ihre bevorstehende Ankunft die Beratung über die Konstantinopler Punktation auf Freitag vertagt. Ich denke also, daß Ew. pp. noch am Donnerstag Gelegenheit nehmen werden, mit Lord Salisbury zu sprechen. H. Bismarck

Nr. 924

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 162 London, den 10. November 1887
Geheim

Aus meiner heutigen ganz vertraulichen Unterredung mit Lord Salisbury ergibt sich, daß der größte Teil seiner Kollegen, mit welchen er bereits Rücksprache genommen, einer Abmachung auf Grund der acht Punkte im Prinzip und vorbehaltlich anderweitiger Redaktion im allgemeinen günstig gesinnt ist. In bezug auf den materiellen Inhalt der Punkte hat sich im Kabinett die Auffassung geltend gemacht, daß der der Türkei in Aussicht zu stellende Schutz nicht auf Bulgarien beschränkt werden dürfe, und daß, wenn letzteres ausdrücklich in diesem Sinne namhaft gemacht werde, dies auch für das nach hiesiger Auffassung eventuell ebenso bedrohte Kleinasien geschehen sollte.

Im tiefsten Vertrauen sagte mir Lord Salisbury noch, daß einige seiner Kollegen über unsere Stellung zu dem vorgeschlagenen Ab-

kommen, welche bisher nur durch einen Privatbrief Sir E. Malets hier bekannt sei, nähere Auskunft zu haben wünschten. Ich habe ihm dringend geraten, ihnen diesen Wunsch auszureden.

Als feststehend erscheint mir nach unserer Unterredung, daß Lord Salisbury im morgigen Conseil seinen Einfluß dafür einsetzen wird, die hier gemachten Vorschläge als Grundlage weiterer Verhandlungen zu genehmigen.

Für diesen Fall hat er die Absicht, die etwa notwendig erscheinenden Redaktionsveränderungen vertraulich mit mir zu besprechen und dann zunächst Euerer Durchlaucht zu unterbreiten. Nächste Zusammenkunft mit Lord Salisbury morgen nachmittag nach der Kabinettsitzung.

Hatzfeldt

Nr. 925

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 London, den 11. November 1887

Geheim

Der nachstehende von Lord Salisbury als richtig anerkannte Text enthält das Ergebnis unserer heutigen Unterredung:

Le cabinet anglais s'est mis d'accord aujourd'hui pour accepter en principe, sauf rédaction et sauf la question de l'Asie mineure mentionnées dans mon télégramme d'hier, les 8 points qui lui sont proposés comme bases d'un arrangement secret.

Le cabinet anglais, fort impressionné par l'incertitude qui peut résulter pour l'avenir de l'Allemagne par suite de l'état malheureusement si grave du Prince Impérial* désirerait du reste, avant de prendre une résolution définitive, être assuré de l'approbation morale de l'Allemagne pour l'arrangement qui est proposé à l'Angleterre.

Une pareille assurance, pour laquelle le secret le plus absolu serait garanti par Lord Salisbury, pourrait, si le Prince de Bismarck le préfère, se rattacher simplement aux engagements qui existent entre l'Empire et l'Autriche[1].

Mein Eindruck ist, nachdem ich die von den Kollegen Lord Salisburys gewünschte moralische Billigung Deutschlands eingehend und mit allen Argumenten ihm gegenüber bekämpft, daß eine vertrauliche Mitteilung unseres Abkommens mit Österreich, äußerstenfalls eine Art Beteiligung Englands bei demselben, hier alle Bedenken beseitigen würde[2].

Bei seiner Zusicherung absoluter Geheimhaltung der von uns ge-

* Seit dem Frühjahr 1887 war Kronprinz Friedrich Wilhelm an einem Halsleiden erkrankt, über dessen ernste Natur schon im Mai kein Zweifel mehr bestand. Seit Anfang November weilte er in San Remo.

wünschten Äußerung halte ich Lord Salisbury für durchaus ehrlich, und er würde dafür sorgen, daß dieselbe bei etwaigem Ministerwechsel nicht in die Hände seines Nachfolgers fällt.

Bericht folgt morgen durch Feldjäger. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Wäre sehr gut, stimmt aber nicht mit den jüngsten Abkommen.

[2] die Mittheilung kann sofort erfolgen. Die Betheiligung Englands wäre kaum anders als durch Parlaments Acte möglich, da Salisbury Cabinet nicht identisch mit „England" ist. Uebrigens sind Existenzfragen, le cas échéant, zwingender als Verträge, u[nd] wir können weder Oest[er]reich noch England als effective Großmacht missen, um selbst zu existiren. Duplicität Rußlands. _

Nr. 926

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 407 London, den 12. November 1887

Geheim

Aus den beiden eingehenden und ganz vertraulichen Unterredungen, die ich gestern und vorgestern mit dem Premierminister hatte, ist für mich die Überzeugung hervorgegangen, daß seine persönlichen Sympathien für die von Österreich und Italien ausgehenden Vorschläge sprechen, daß er sich aber politisch nicht stark genug fühlt, um weittragende Entschlüsse in der auswärtigen Politik ohne die ausdrückliche Zustimmung aller seiner Kollegen zu fassen. Diese Zustimmung erscheint ihm umso unerläßlicher, als, wie er mir ganz vertraulich zu verstehen gab, im Kabinett selbst zwei Strömungen bestehen, von welchen die eine auf die Gefahren hinweist, die dieses Land von Frankreich zu befürchten habe[1], wenn es auf Allianzen eingehe, die von den Franzosen als auch gegen sie gerichtet angesehen werden würden. Im Anschluß hieran deutete Lord Salisbury an, daß man in Paris zwar von den heutigen Verhandlungen zwischen England und den beiden anderen Mächten nichts wissen könne, aber doch eine unbestimmte Ahnung haben müsse, daß etwas im Werke sei, was für Frankreich unerwünscht sei, und daß von dort bereits dringende Winke fielen, England könne sich auf die Freundschaft Frankreichs in Zukunft verlassen, wenn es auf alle damit im Widerspruch stehenden Projekte verzichte[2].

Lord Salisbury fügte sofort hinzu, daß er für seine Person weder an die angebotene Freundschaft glaube, noch auch wisse, welche Vorteile England davon erwarten könnte. Seine Andeutungen hatten hiernach den Zweck, mir die Schwierigkeiten klar zu machen, mit welchen er bei der Frage, um die es sich heute handelt, bei einem Teil seiner

Kollegen zu kämpfen hat, der sich von dem Wunsche nicht frei machen kann, alles zu vermeiden, was Frankreich ernstlich verstimmen könnte.

Bei der eingehenden Besprechung der in Konstantinopel aufgestellten „Bases d'un accord à trois", deren mangelhafte Redaktion Lord Salisbury, wie ich es erwartet hatte, von vornherein hervorhob, zeigte sich sofort, daß der Minister den Gedanken, die den einzelnen Punkten zugrunde liegen, keineswegs abgeneigt ist, wenn sie in eine andere, seinen parlamentarischen Bedürfnissen entsprechendere Form gebracht werden. Die von mir gemeldete Bemerkung, daß hier auf eine spezielle Erwähnung Kleinasiens Wert gelegt werden müsse, wenn dies für Bulgarien geschehe, dürfte, soweit ich es beurteilen kann, keine ernstliche[3] Schwierigkeit hervorrufen. Dieser Wunsch der englischen Regierung ist durch die Fassung der Artikel 5 und 7 hervorgerufen, aus welchen gefolgert wird, daß nur Angriffe auf Bulgarien zu der in Aussicht genommenen Verständigung unter den Mächten den Anlaß geben sollen. Diese Auffassung wird damit begründet, daß Artikel 5 dem Sultan lediglich auferlege, Angriffe auf Bulgarien zurückzuweisen, und daß es im Eingang des Artikels 7 heiße: dans le cas de résistance de la Porte aux entreprises illégales susmentionnées, wonach das Konzert der Mächte nur infolge von Unternehmungen gegen Bulgarien einzutreten hätte.

Das hieraus hervorgegangene Bedenken der englischen Regierung läßt sich, wenn ich mich nicht täusche, durch eine andere, allgemeinere Fassung überwinden, falls die beiden anderen Mächte Anstand nehmen sollten, die ausdrückliche Erwähnung Kleinasiens zuzugestehen.

Nachdem Lord Salisbury mir schon vorgestern die von mir gemeldete Andeutung gemacht hatte, daß ein Teil des Kabinetts über unsere Stellung zu der von uns befürworteten Verständigung nähere Auskunft für wünschenswert halte, kam er gestern nach der Kabinettssitzung auf diesen Punkt zurück, den ich, wie Eure Durchlaucht wissen, von vornherein bekämpft hatte. Er sagte mir, seine Kollegen hielten an dem mir bereits bekannten Wunsch aus Gründen fest, die er, so trauriger Natur sie wären, berühren und näher ausführen müsse. Das Kabinett stehe unter dem Eindruck der so tief betrübenden Nachrichten über den Gesundheitszustand Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen und könne sich angesichts dieser erschütternden Nachrichten der ernsten Sorge nicht verschließen, daß über kurz oder lang eine den englischen Interessen nachteilige Wendung in unserer Politik eintreten könnte[4]. Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm sei ein sehr junger Herr, mit den vorzüglichsten Eigenschaften ausgestattet, dessen lebhafte russische Sympathien[5] kein Geheimnis wären. Die Besorgnis sei daher nicht ausgeschlossen, daß unter Umständen später eine neue und festere Verständigung mit Rußland zustande komme, aus welcher eine aktive[6] Unterstützung Rußlands im Orient gegen die Mächte hervorgehen könnte[7], deren Verständigung wir heute hier befürworteten.

Der Minister fügte hinzu, sein unwandelbares Vertrauen zu Eurer Durchlaucht sei mir zu bekannt, als daß er nötig habe zu versichern, daß er keinen Augenblick an die erwähnte Möglichkeit glaube, solange die Leitung der deutschen Politik in Eurer Durchlaucht Händen liege. Aber die Gefahr einer unsicheren Zukunft, die niemand im voraus mit Sicherheit berechnen könne[8], sei dadurch nicht ausgeschlossen, und man dürfe es daher seinen Kollegen nicht übelnehmen, wenn sie auch für eine weitere Zukunft eine gewisse Beruhigung zu haben wünschten, um auf eine Abmachung einzugehen, durch welche England weitgehende Verpflichtungen übernehme und, so mächtig die Verbindung der drei Mächte auch erscheine, doch ernstlichen Komplikationen, großen Opfern und kriegerischen Gefahren ausgesetzt werden könne.

Eure Durchlaucht wollen hochgeneigtest überzeugt sein, daß ich diese Auffassung mit allen Argumenten, welche zu meiner Verfügung stehen, eingehend und wiederholt bekämpft habe. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschland in seiner besonders gefährdeten Lage zwischen Rußland und Frankreich, ohne spezielle Interessen im Orient, die ein aktives Auftreten dort rechtfertigen würden, nur die Erhaltung des Friedens im Auge haben könne, und daß wir den drei Mächten, um deren Zusammengehen es sich heute handle, und namentlich England, schon den größten Dienst leisten, den sie von uns erwarten dürfen, indem wir Frankreich, welches ohne unsere Erlaubnis keinen Mann marschieren lassen könne, in Schach hielten. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wie Lord Salisbury wisse, und wie ich ihm mehrfach in Eurer Durchlaucht Namen gesagt, Deutschland ein wesentliches Interesse an der Erhaltung Österreichs in seiner Stellung als Großmacht habe, desselben Österreich, mit welchem England heute wegen der Gleichartigkeit der beiderseitigen Interessen in nähere Verbindung treten wolle. Es sei daher von Seiten seiner Kollegen eine absolute Verkennung der Situation, einen Wechsel der deutschen Politik ins Auge zu fassen[9], die auf so ernste[10] Interessen basiert sei. Eine ebensolche Verkennung der englischen Interessen liege nach meinem bescheidenen Dafürhalten darin, sich der Einsicht verschließen zu wollen, daß das Anerbieten der beiden Mächte ein noch vor kurzem nicht zu hoffender Glücksfall für England sei, und daß das glückliche Zusammentreffen von Umständen, aus welchen jenes Anerbieten hervorgehe vielleicht zum Schaden Englands niemals wiederkehren würde, wenn der gute Wille der anderen Mächte hier jetzt nicht bereitwilliges Eingehen fände[11].

Diese und andere Argumente, die sich aus der Situation ergeben, und die ich, um diesen Bericht nicht noch mehr in die Länge zu ziehen, hier übergehen darf, erkannte Lord Salisbury als richtig an, indem er gleichzeitig geltend machte, daß seine Kollegen nicht alle die gleiche Überzeugung teilten, und daß, wenn meine Argumente auch richtig wären, doch daraus nicht mit Sicherheit geschlossen werden dürfe,

daß sie richtig bleiben würden, wenn das Unglück wolle, daß die obere Leitung der deutschen Politik einmal in andere, dem Zusammengehen mit Rußland geneigte Hände überginge[12].

Hieran knüpfte sich eine Erörterung der Frage, welche Beruhigung das englische Kabinett über unsere Stellung zur Sache wünschen könne, wobei ich von vornherein erklärte, daß ich es für zweifelhaft halten müsse, ob Eure Durchlaucht, auch abgesehen von den bereits angeführten Argumenten, irgendeine schriftliche Äußerung zugestehen könnten und würden, deren möglicher Mißbrauch uns einen Konflikt mit Rußland eintragen könnte, welchen Eure Durchlaucht im Interesse des europäischen Friedens wie in demjenigen Deutschlands vermeiden müßten und wollten[13].

Aus den nicht ganz klaren und schwankenden Äußerungen des Ministers war es nicht leicht mit Sicherheit zu entnehmen, welche Beruhigung unsererseits hier gewünscht wird. Nachdem Lord Salisbury mir angedeutet hatte, daß die Mitteilung unseres Abkommens mit Österreich, welches hier unbekannt sei*, und aus welchem sich ergeben würde, wie weit wir in demselben Sinn gegen Österreich engagiert wären, wie England sich nach dem heutigen Vorschlag engagieren solle, daß eine solche Mitteilung dem Wunsche der meisten Mitglieder des Kabinetts entsprechen würde, kam er nachher wieder auf den Gedanken einer schriftlichen Äußerung zurück, in welcher unsere Billigung der acht Punkte und der Annahme derselben durch England ausgesprochen, also eine gewisse[14] Beruhigung gegeben würde, daß die deutsche Politik sich auch in der Zukunft nicht in direkten Widerspruch mit der durch die Konstantinopeler Aufzeichnung festgesetzten Politik setzen werde[15]. Ausdrücklich und wiederholt erklärte Lord Salisbury dazu, daß dabei keinerlei Verpflichtung zu einer aktiven Unterstützung der drei Mächte von uns erwartet oder beansprucht werde. Mit der gleichen Bestimmtheit erklärte der Minister, daß ihm jeder Gedanke fern liege, uns mit Rußland durch irgendeine Indiskretion zu entzweien oder nur eine Verstimmung herbeizuführen, und daß er deshalb nicht nur die absolute Sekretierung eines solchen Schriftstücks zusichern, sondern auch alle denkbaren Maßregeln ergreifen würde, um dasselbe bei einem etwaigen Ministerwechsel nicht in die Hände seines Nachfolgers fallen zu lassen. Vorbehaltlich weiterer Erwägung dieses Punktes regte er den Gedanken an, ob es Eurer Durchlaucht eventuell genügen würde, wenn das Schriftstück persönlich in die Hände Ihrer Majestät der Königin gelegt und damit den Archiven des Auswärtigen Amtes überhaupt entzogen würde[16].

Im weiteren Verlauf der gestrigen Unterredung kam wieder der Gedanke zur Sprache, daß unser Interesse an der Erhaltung Öster-

* Nach dem Abschluß des Deutsch-Österreich-ungarischen Bündnisses von 1879 war die englische Regierung nur im allgemeinen von dem Inhalt der Abmachungen unterrichtet worden. Siehe Bd. III, Kap. XIII, Nr. 510, 511.

reichs einen Anhaltspunkt für die gewünschte Beruhigung bieten könnte. Lord Salisbury deutete an, daß man ja vielleicht einen kleinen Zusatz[17] zu dem zwischen uns und Österreich bestehenden Abkommen machen könnte, welcher seine Kollegen vollständig beruhigen würde. Er fügte hinzu, daß dies, wie ihm scheine, für uns unbedenklich sein würde, da es sich um bereits bestehende Engagements handeln und Deutschland damit nicht zugemutet würde, andere oder weitergehende Verpflichtungen zu übernehmen.

Ich bin meinerseits dabei stehen geblieben, daß der fragliche Wunsch der englischen Minister überhaupt unbegründet und auch kaum erfüllbar sei, und habe Lord Salisbury nicht verheimlicht, daß Eure Durchlaucht mit Rücksicht auf die von mir geltend gemachten Gründe es vielleicht für angezeigt halten würden, darauf hinzuweisen, daß wir im wohlverstandenen Interesse Englands einen freundschaftlichen Rat erteilt hätten und es der englischen Regierung, wenn sie unerfüllbare Bedingungen daran knüpfen wolle, überlassen müßten, ob sie die günstige Gelegenheit, ihre Interessen im Orient durch Verständigung mit den beiden anderen Mächten sicherzustellen, ungenützt vorübergehen lassen wolle.

Für alle Fälle schien es mir, wie ich hier gehorsamst bemerke, ratsam, auf die englische Begierde nach unserer moralischen Unterstützung kaltes Wasser zu gießen. Wenn Eure Durchlaucht es für möglich und unserem Interesse entsprechend halten sollten, in irgendeiner Form auf die Wünsche der englischen Minister einzugehen, wird meine gestrige Haltung die Wirkung gehabt haben, die Erwartungen herabzustimmen und die englischen Minister für ein Minimum empfänglich zu machen. Als ein solches Minimum erscheint mir, wenn Eure Durchlaucht auf das Zustandekommen der Sache Wert legen, das Anerbieten der mündlichen und vertraulichen Mitteilung unseres Abkommens mit Österreich und äußerstenfalls die Konzession, daß wir, falls Österreich damit einverstanden wäre, einer Beteiligung Englands an jener Verständigung[18] nicht entgegen sein wollten[19].

Eure Durchlaucht werden, wie ich annehmen darf, aus meiner Berichterstattung seit meiner Rückkehr den Eindruck gewonnen haben, der sich mir hier immer mehr aufgedrängt hat, daß das ursprüngliche Zögern des englischen Kabinetts in dieser Angelegenheit nicht durch den Inhalt der acht Punkte, wie während meines letzten Aufenthalts in Berlin angenommen werden konnte, sondern durch den Wunsch hervorgerufen wurde, über unsere Stellung zur Sache und unsere künftige Haltung größere Information und Beruhigung zu gewinnen[20].

Unter diesen Umständen konnte es mich nicht überraschen, daß mir Lord Salisbury gestern beim Abschied sagte, er werde unsere Antwort abwarten, um sich in Wien und Rom über die vorgeschlagenen acht Punkte definitiv auszusprechen. Gleichzeitig übergab mir Lord Salisbury im Vertrauen das in Abschrift anliegende Schriftstück, welches

die im gestrigen Conseil festgesetzten Punkte enthält, die eventuell als Basis für die in Wien und Rom hier zu erteilende Antwort dienen sollen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Fr[an]kreich übernehmen wir in Frieden zu erhalten oder zu beschäftigen falls es England angriffe

2 !

3 zu hoffen

4 nein

5 ?

7 unmöglich; wir können nie eine Politik machen, in Folge deren wir isolirt wären, sobald Rußland es gut finden [wird]. Wir können uns nicht auf Rußlands Liebe allein verlassen, nach allem was seit 78 vorgegangen ist, u[nd] uns nicht mit Oest[er]r[eich] Engl[an]d Ital[ien] mit denen das Bündniß in Deutschl[an]d populär ist, brouilliren. Was sollten wir im Bunde mit Rußland erstreben. um uns von Petersburger Launen abhängig zu machen!

8 doch!

9 [„ins Auge fassen" eingeklammert, dafür:] für möglich zu halten

10 [„ernste" eingeklammert, dafür:] zwingende

11 daraus würde für Oest[er]reich die Versuchung erwachsen, sich um jeden Preis mit Rußland zu verständigen.

12 Zusam[men]gehn mit R[ußland] wäre nur zu drei, mit Oest[er]reich möglich; dazu treibt eventuell Englands Versagung

13 richtig

14 doch ganz unzulängliche

15 die Bindung unsrer Politik die in der Unmöglichkeit uns mit R[u]ßl[an]d zu isoliren u[nd] von ihm abhängig zu werden, liegt, ist viel stärker als jede „Billigung" von Punkten.

16 es müßte doch schon vertragsartiger Bedeutung sein, um so wichtig behandelt zu werden. Wir können Neutralität in Aussicht stellen, oder sagen daß keiner der 8 Punkte für uns die Bedeutung habe, unsre Neutralität in orient[alischen] Fragen zu erschweren.

17 welchen?

18 von uns u[nd] Oest[er]reich??

19 das würde weiter gehn als die Vorschläge Salisbury's, u[nd] uns zur Theilnahme am Kriege verpflichten, sobald England von Rußl[an]d angegriffen wäre!! vielleicht meint Gr[a]f K[álnoky] unser „Einverständniß mit der Betheiligung Englands an der Verständigung" zwischen Oest[er]r[eich] u[nd] Italien. Das wäre etwas Andres u[nd] zu erwägen

20 gut

21 ja

Randbemerkung des Grafen Herbert von Bismarck:

6 Unsinn!

Anlage

Englischer Entwurf einer Antwort an Österreich-Ungarn und Italien

Abschrift

Précis of proposed reply to eight bases.

1. 2. 3. 4. Her Majesty's Government fully concur in these statements of policy.

5. Her Majesty's Government agree that the above principles

forbid the Sultan actively or passively, to delegate to another Power rights which have been secured by Treaties to himself or his subjects. But in their view such a delegation in Asia minor would equally place Constantinople and the Straits at the mercy of such a Power: and therefore Her Majesty's Government are of opinion that any agreement of the proposed character should include not only Bulgaria but Asia minor[1].

6. Great Britain is already associated with Turkey in defence of the integrity and independence of the Ottoman Empire (and therefore of the principles above set forth) by virtue of the Treaty of Paris[22], confirmed by the Treaty of Berlin; and also by the Tripartite Treaty of 15th April 1856.

7. If therefore, Turkey should resist an illegal enterprise at variance with these Treaties, Her Majesty's Government would be prepared to concert with Austria and Italy as to the mode of giving effect to the obligations of those Treaties.

8. If in the judgment of the Three Powers, the conduct of the Porte should amount to complicity with any such illegal enterprise, or to connivance at it, Great Britain will concur with the other two Powers in considering that existing Treaties justify them, or any of them, in occupying such Ottoman territory as they shall agree in thinking necessary for the purpose of securing the objects set forth in the preceding Articles[2].

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Frankreich auch?

[2] enthält nichts was uns veranlassen könnte, aus unsrer Neutralität herauszutreten.

Nr. 927

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 24 Friedrichsruh, den 12. November 1887
Geheim [abgegangen am 13. November]

Vorläufige Verfügung auf Telegramm Nr. 163 aus London*.

Der deutsch-österreichische Vertrag kann, soweit derselbe den Russen mitgeteilt worden ist**, sofort an Sir E. Malet mitgeteilt werden. Den Österreichern ist zu sagen, daß nach dem Meinungsaustausch im Frühjahr wir im Prinzip mit Österreich darin einig waren, dem Vertrag größere Publizität zu geben, und Österreich nur in der Form der Veröffentlichung langsam und allmählich vorzugehen wünschte;

---

* Siehe Nr. 925.

** Vgl. Bd. V, Kap. XXXV, „Veröffentlichung des Deutsch-Österreich-ungarischen Bündnisses 1888".

infolgedessen geschah unsere Mitteilung an Rußland; die gleiche an England zu machen, wäre mehr Sache Österreichs, wir hätten sie unsererseits bewirkt, um nicht England durch unsere Ablehnung oder Verzögerung in diesem kritischen Augenblick argwöhnisch zu machen. Dieser Zweck würde aber nicht vollständig erreicht werden, wenn Österreich nicht die gleiche vertrauliche Mitteilung an England mache. Lord Salisbury würde sich die österreichische Retizenz falsch auslegen, da man in England doch keine richtige Vorstellung von der Bedeutung von Verträgen zwischen wirklichen Monarchien hat.

v. Bismarck

Nr. 928

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 13. November 1887

Ich habe heute Seiner Majestät Einwilligung zu dem befohlenen modus procedendi extrahiert und nachher Malet und Eyssenstein bei mir gesehn. Malet hat die nach Petersburg mitgeteilte Version des geheimen österreichisch-deutschen Vertrages erhalten und versprach mit allem Nachdruck auf Salisbury zu wirken: er war höchst erfreut über meine Eröffnung.

Eyssenstein erklärte es für zweifellos, daß Kálnoky die drei Artikel, die der Zar kenne, auch durch die österreichische Botschaft an Salisbury mitteilen lassen würde: da sie wenig Kuriere nach London gehen ließen, wollte er Kálnoky anheimstellen, einstweilen zu telegraphieren, daß die nämliche Mitteilung des Vertragstextes, die wir machen würden, auch österreicherseits erfolgen würde.

Der Kurier nach London geht morgen abend.

Seine Majestät, der sehr mißtrauisch gegen Rußland und persönlich wunderbar frisch war, ging sofort auf die Sache ein und erklärte sein volles Einverständnis mit Ermutigung der Mittelmeermächte. Seine Majestät sagte, „ich bin noch immer matt mit den körperlichen Kräften, aber gottlob ist mein Kopf ganz klar, und Ihr Vortrag hat mich sehr interessiert.“ pp.

H. Bismarck

Nr. 929

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 167
Geheim

London, den 16. November 1887

Lord Salisbury ist durch Mitteilung des deutsch-österreichischen Abkommens persönlich vollkommen befriedigt und behält sich nur noch vor, sich der Übereinstimmung einiger hervorragender Mitglieder

des Kabinetts, namentlich Mr. Goschens, zu versichern, bezweifelt aber nicht das Einverständnis derselben. Er wird mir in den nächsten Tagen darüber Mitteilung machen und beabsichtigt dann seine definitive Antwort in Übereinstimmung mit der Anlage zu meinem Bericht Nr. 407 vom 12. d. Mts.* nach Wien und Rom zu richten.

Graf Károlyi, durch Unwohlsein für einige Tage verhindert, den Minister aufzusuchen, hat ihn aber wissen lassen, daß er zur Mitteilung des Vertrags angewiesen sei, und daß Graf Kálnoky den Zusatz wegen Kleinasien akzeptiert habe.

Der österreichische Botschafter hat sich in Wien sehr befriedigt über das Entgegenkommen Lord Salisburys ausgesprochen und zweifelt nicht, daß derselbe die Verständigung aufrichtig wünscht und halten wird. Hatzfeldt

Nr. 930

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den englischen Premierminister Lord Salisbury**

Reinkonzept

Berlin, le 22. novembre 1887

Monsieur le Marquis,

Dans les pourparlers qui ont eu lieu entre Votre Excellence et le Comte Hatzfeldt afin de préciser l'appréciation anglaise de l'entente

* Siehe Nr. 926.

** Das Schreiben Bismarcks an Salisbury ist bereits in einer später für die Zwecke des Auswärtigen Amts angefertigten deutschen Übersetzung veröffentlicht worden durch Otto Hammann, „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges" (1918), S. 238 ff.

Die unmittelbare Veranlassung zu diesem „ganz ungewöhnlichen Schritt" Bismarcks, wie ihn später Holstein in einem Telegramm an Freiherrn von Eckardstein genannt hat, (s. dessen „Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 282), bot der vom Grafen Hatzfeldt am 12. November einberichtete Wunsch Lord Salisburys nach einer schriftlichen Äußerung Bismarcks, durch die eine „gewisse Beruhigung" gegeben würde, daß die deutsche Politik sich auch in der Zukunft nicht in direkten Widerspruch mit der durch die Konstantinopeler Aufzeichnung (vgl. Nr. 926) festgesetzten Politik setzen werde. Auf diesen Wunsch hin wies Fürst Bismarck am 18. November Hatzfeldt telegraphisch an: „Ew. wollen Lord Salisbury meine Befriedigung über seine Mitteilung aussprechen und dabei bemerken, ich beabsichtigte, mich in den nächsten Tagen durch einen Privatbrief zu ihm direkt über die Situation auszusprechen." Der Brief wurde dann mit ungewöhnlicher Sorgfalt aufgesetzt: es wurde zunächst ein deutscher Entwurf angefertigt, dieser demnächst ins Französische übersetzt, und schließlich, nachdem Bismarck selbst sowohl den deutschen Entwurf wie die Übersetzung stark durchkorrigiert hatte, ein Reinkonzept hergestellt, das ebenfalls noch zahlreiche Verbesserungen von der Hand Bismarcks enthält. Sicherlich weist diese sorgfältige Abfassung des Briefes auf die hohe Bedeutung hin, die Bismarck ihm beilegte; doch wäre es durchaus falsch, ihn, wie es oft geschehen ist, als ein Bündnisangebot Bismarcks anzusehen. Das Richtige hat bereits Felix Rachfahl in seiner ausführlichen Interpretation des Briefes (Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 16 (1920/21), S. 65 ff.) getroffen.

austro-italienne par rapport aux intérêts communs que ces deux Puissances ont en Orient, j'ai puisé la conviction qu'un échange d'idées direct entre nous pourrait être utile aux intérêts de nos deux pays, et contribuer à écarter de part et d'autre quelques-uns des doutes qui peuvent subsister au sujet des buts politiques que nous poursuivons de part et d'autre.

Nos deux nations ont en effet tant d'intérêts communs, et il y a un si petit nombre de points sur lesquels des divergences de vues peuvent se produire, que nous sommes à même d'admettre dans nos ouvertures mutuelles plus de franchise que les habitudes de notre diplomatie ne comportent. La confiance que nous avons de part et d'autre dans la loyauté personnelle l'un de l'autre nous permet de donner une étendue plus vaste encore à cette franchise. Au sujet de la politique anglaise la publicité de votre régime parlementaire nous offre une source suffisante d'informations, tandisque la manière moins transparente dont les affaires se traitent chez nous peut devenir une cause d'erreurs difficiles à éviter, comme par exemple celle, que commet Votre Excellence en exprimant l'appréhension que le Prince Guillaume pourrait, lorsqu'il tiendrait un jour les rênes du Gouvernement, incliner systématiquement à une politique hostile à l'Angleterre. Pareille chose ne serait pas possible en Allemagne — ni le contraire non plus. De même que Son Altesse Impériale le Prince de la Couronne ne voudrait et ne pourrait un jour, étant Empereur, faire dépendre sa politique d'inspirations anglaises, de même aussi le Prince Guillaume, se trouvant à sa place, ne penserait pas à faire et serait dans l'impossibilité de faire sa politique en suivant les impulsions venant de St. Pétersbourg. Les deux Princes lorsqu'ils seront appelés à régner, l'un et l'autre suivront exactement la même ligne de conduite: en obéissant à leurs sentiments personnels aussi bien qu'à la force de la tradition monarchique; ils ne voudront et ne pourront s'inspirer d'autres intérêts que de ceux de l'Allemagne. Or, la route à suivre pour sauvegarder ces intérêts est tracée d'une manière tellement rigoureuse qu'il est impossible de s'en écarter. Il ne serait pas raisonnable d'admettre, que le Gouvernement d'un pays de 50 millions d'habitants — considérant le degré de civilisation et la puissance de l'opinion publique existant en Allemagne — pourrait infliger à ce pays les souffrances qui accompagnent et suivent toute grande guerre, victorieuse ou non, sans fournir à la nation des raisons assez graves et assez claires pour convaincre l'opinion publique de la nécessité de la guerre. Avec une armée telle que la nôtre, qui se recrute indifféremment dans toutes les classes de la population, qui représente la totalité des forces vives du pays et qui n'est que la nation en armes — avec une telle armée les guerres des siècles passés, résultant de sympathies, d'antipathies ou d'ambitions dynastiques, ne pourraient se faire. Depuis près d'un quart de siècle l'Allemagne forme annuellement 150000 sol-

dats, de manière à pouvoir disposer aujourd'hui de 3 à 4 millions d'hommes, âgés de 20 à 45 ans et rompus au service militaire. Pour toute cette multitude d'hommes nous possédons, non seulement les armes et les objets d'équipement nécessaires, mais même les officiers et sous-officiers pour les conduire au combat. Nos cadres sont complets — avantage dont en fait d'officiers et de sous-officiers aucune autre nation ne pourrait se vanter.

Ces millions d'hommes sans exception accourent au drapeau et se placent sous les armes aussitôt qu'une guerre sérieuse menace l'indépendance nationale et l'intégrité de l'Empire. Mais ce grand appareil de guerre est trop formidable pour que, même dans notre pays, imbu du sentiment monarchique, il puisse être arbitrairement mis en branle par la simple volonté royale; il faudrait au contraire que les Princes et les Peuples de l'Empire soient unis dans la pensée, que la patrie, son indépendance et son unité récemment faite, se trouvent en danger, pour que ces grandes levées d'hommes puissent s'effectuer sans danger. Il s'en suit que notre force militaire est en première ligne un appareil défensif, destiné à n'entrer en action que lorsque la nation aura acquis la conviction, qu'il s'agit de repousser une aggression. L'Allemagne a peu d'aptitude à faire d'autre guerre qu'une guerre défensive. — En appliquant ce qui précède à un cas spécial, il ressort de l'état des choses en Allemagne que le Gouvernement de l'Empire ne pourrait pas assumer devant la nation la responsabilité d'une guerre, dans laquelle d'autres intérêts que ceux de l'Allemagne se trouveraient en litige, comme par exemple ceux de l'Orient. — Le Sultan est notre ami et il a toutes nos sympathies; mais de là jusqu'à nous battre pour lui, il y a une distance que nous ne pourrons proposer au peuple allemand de franchir.

En faisant ces déclarations, je ne veux pas faire supposer, que rien qu'une attaque directe contre nos frontières serait capable de justifier un appel aux armes des forces allemandes. L'Empire allemand a trois grandes puissances pour voisins, et ses frontières sont ouvertes. Il ne doit donc pas perdre de vue la question des coalitions qui pourraient se former contre lui. Si nous supposons l'Autriche vaincue, affaiblie ou devenue ennemie, nous serions isolés sur le continent de l'Europe en présence de la Russie et de la France, et en face de la possibilité d'une coalition de ces deux puissances. Il est de notre intérêt d'empêcher même par les armes que pareil état de choses puisse s'établir. — L'existence de l'Autriche comme Grande Puissance forte et indépendante est une nécessité pour l'Allemagne à laquelle les sympathies personnelles du souverain ne peuvent rien changer. — L'Autriche, de même que l'Allemagne et l'Angleterre d'aujourd'hui, appartient au nombre des nations satisfaites, »saturées« au dire de feu le prince Metternich et partant pacifiques et conservatrices. L'Autriche et l'Angleterre ont loyalement accepté le status

quo de l'Empire allemand et n'ont aucun intérêt de le voir affaibli. La France et la Russie au contraire paraissent nous menacer: la France en restant fidèle aux traditions des siècles passés qui la montrent comme ennemie constante de ses voisins, et par suite du caractère national des Français; la Russie en prenant aujourd'hui vis-à-vis de l'Europe l'attitude inquiétante pour la paix européenne qui caractérisait la France sous les règnes de Louis XIV. et de Napoléon I. C'est d'un côté l'ambition des meneurs slaves à laquelle incombe la responsabilité de cet état de choses; d'un autre côté il faut chercher les causes de l'attitude provocante de la Russie et de ses armées, dans les questions de sa politique intérieure: les révolutionnaires russes espèrent qu'une guerre étrangère les débarrassera de la monarchie; les monarchistes au contraire attendent de cette même guerre la fin de la révolution. Il faut considérer aussi le besoin, d'occuper une armée oisive et nombreuse, de donner satisfaction à l'ambition de ses généraux, et de détourner vers la politique étrangère l'attention des libéraux qui demandent des changements de constitution. Vu cet état de choses nous devons considérer comme permanent le danger de voir notre paix troublée par la France et la Russie. Notre politique par conséquent tendra nécessairement à nous assurer les alliances qui s'offrent en vue de l'éventualité d'avoir à combattre simultanément nos deux puissants voisins: si l'alliance des puissances amies menacées par les mêmes nations belliqueuses nous faisait défaut notre situation dans une guerre sur nos deux frontières ne serait pas désespérée; mais la guerre contre la France et la Russie coalisées, en supposant même que comme exploit militaire elle finirait aussi glorieusement pour nous que la guerre de sept ans, serait toujours une assez grande calamité pour le pays pour que nous tâcherions de l'éviter par un arrangement à l'amiable avec la Russie s'il fallait la faire sans allié. Mais tant que nous n'avons pas la certitude d'être délaissés par les puissances dont les intérêts sont identiques aux nôtres, aucun empereur de l'Allemagne ne pourra suivre une autre ligne politique que celle de défendre l'indépendance des puissances amies, satisfaites comme nous de l'état actuel de l'Europe et prêtes à agir sans hésitations et sans faiblesses quand leur indépendance serait menacée. Nous éviterons donc une guerre russe autant que cela sera compatible avec notre honneur et notre sécurité, et autant que l'indépendance de l'Autriche-Hongrie, dont l'existence comme Grande-Puissance est d'une nécessité de premier ordre pour nous, ne soit pas mise en question. Nous désirons que les puissances amies qui en Orient ont des intérêts à sauvegarder qui ne sont pas les nôtres, se rendent assez fortes par leur union et leurs forces pour retenir l'épée de la Russie au fourreau ou pour y tenir tête en cas que les circonstances amèneraient une rupture. Tant qu'aucun intérêt de l'Allemagne s'y trouverait engagé, nous resterions neutres; mais il est impossible d'admettre que jamais Em-

pereur allemand puisse prêter l'appui de ses armes à la Russie pour l'aider à terrasser ou à affaiblir une des Puissances sur l'appui desquelles nous comptons, soit pour empêcher une guerre russe, soit pour nous assister à y faire face. A ce point de vue la politique allemande sera toujours obligée à entrer en ligne de combat, si l'indépendance de l'Autriche-Hongrie était menacée par une aggression russe, ou si l'Angleterre ou l'Italie risquaient d'être entamées par des armées françaises. La politique allemande procède ainsi sur une route forcément prescrite par la situation politique de l'Europe et dont ni les antipathies, ni les sympathies d'un Monarque ou d'un ministre dirigeant pourraient la faire dévier.

Je me flatte de l'espoir que Votre Excellence voudra reconnaître la justesse des raisonnements de cet exposé que je viens de faire. Quant à moi, je le répète, j'y reconnais d'une manière tellement absolue les principes de la politique que l'Allemagne est et sera forcée de suivre, que les sympathies les plus chaleureuses pour une Puissance étrangère ou pour un parti politique quelconque ne pourraient cependant jamais offrir la possibilité à un Empereur allemand ou à son Gouvernement de s'en écarter.

Je prie Votre Excellence d'agréer l'expression de mes sentiments très-devoués.

v. Bismarck

Nr. 931

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den englischen Premierminister Lord Salisbury*

Abschrift

Private

Berlin, November 22nd 1887
[abgegangen am 23. November]

I did not seal the enclosed letter without ascertaining Prince William's full approbation of it by reading out the whole content to His Royal Highness.

The Prince has just left me and I, to make assurance doubly sure was anxious to add these few lines before starting for the country.

Believe me

yours sincerely

v. Bismarck

---

* Bereits in deutscher Übersetzung auf Veranlassung Otto Hammanns in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Februar 1919 (Nr. 80) veröffentlicht.

Nr. 932

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 171 London, den 24. November 1887
Geheim

Die englische Antwort nach Wien und Rom geht heute abend oder morgen früh telegraphisch an die dortigen englischen Vertreter ab.

Artikel 1, 2, 3 und 4 der acht Punkte werden in Übereinstimmung mit der Anlage zu Bericht Nr. 407* einfach angenommen. Die Redaktion von Artikel 5 jener Anlage ist etwas verändert worden, und es wird darin mit Nachdruck auf die Wichtigkeit der Dardanellen hingewiesen, die auch von Kleinasien bedroht werden könnten. Nummer 6 ist dahin geändert, daß die Verträge nur im allgemeinen erwähnt werden, mit dem Bemerken, daß England, welches durch dieselben bereits verpflichtet sei, die Integrität der Türkei zu verteidigen, die Annahme der gleichen Politik durch die beiden anderen Mächte mit Genugtuung begrüße. In Nummer 7 wird die Schlußfolgerung gezogen, daß England sich eintretendenfalls mit den beiden anderen Mächten über die zu ergreifenden Maßregeln verständigen werde. Nummer 8 ist unverändert. Nummer 9 enthält den Zusatz der absoluten Geheimhaltung des abzuschließenden Abkommens gegen alle Kabinette, die Pforte einbegriffen, vorbehaltlich besonderer Verständigung unter den drei Kabinetten.

Lord Salisbury hat mir Abschrift der veränderten Artikel in Aussicht gestellt.

Hatzfeldt

Nr. 933

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 414 London, den 23. November 1887
Geheim

Aus Äußerungen des Legationsrats von Biegeleben**, der mich im Auftrag des noch nicht ganz hergestellten österreichischen Botschafters aufgesucht hat, habe ich den Eindruck gehabt, daß auf österreichischer Seite Wert darauf gelegt wird, die auf Grund der in Konstantinopel aufgestellten 8 Punkte zwischen Österreich, Italien und England ab-

* Siehe Nr. 926, Anlage.
** Österreich-ungarischer Botschaftsrat in London.

zuschließende Verständigung alsbald zur Kenntnis des Sultans zu bringen, oder doch wenigstens nach dem Abschluß ohne Zeitverlust Schritte zu tun, um den Sultan zum Anschluß an diese Gruppe zu bestimmen.

Wenn mein Eindruck richtig ist, und die Anschauungen des Wiener Kabinetts in diesem Punkte mit den Äußerungen des Freiherrn von Biegeleben übereinstimmen, halte ich es im Interesse der Sache für geboten, gehorsamst darauf hinzuweisen, daß Lord Salisbury gegen eine etwaige Zumutung in diesem Sinn voraussichtlich ernstliche Schwierigkeiten erheben würde.

Der englische Premierminister geht von der Überzeugung aus, die sich durch kein Argument erschüttern läßt, daß auf türkische Diskretion keinen Augenblick zu rechnen ist[1], und daß daher jede derartige Mitteilung in Konstantinopel unmittelbar zur Kenntnis anderer Kabinette gelangen würde[2], eine Eventualität, der er sich vorläufig unter keinen Umständen aussetzen will. Er fürchtet dabei nach meiner Überzeugung viel weniger Komplikationen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, die aus einer vorzeitigen Indiskretion in Konstantinopel hervorgehen könnten, als die Möglichkeit, seinen hiesigen Gegnern Waffen in die Hand zu geben und Angriffen in und außer dem Parlament ausgesetzt zu sein, welche die Stellung der Regierung erschweren und vielleicht erschüttern könnten.

Es darf hierbei meines gehorsamsten Erachtens nicht übersehen werden, daß Lord Salisbury nicht einmal bei allen seinen Kollegen auf Verständnis für seine äußere Politik rechnen kann. Es ist ihm zwar, wie Eure Durchlaucht wissen, gelungen, sich der Zustimmung des Mr. Smith* und Mr. Goschens zu versichern. Aber der letztere hat, wie mir der Minister ganz vertraulich sagt, diese Zustimmung nur zögernd und ungern erteilt. Wenn Eure Durchlaucht sich der Gladstoneschen Antezedentien Mr. Goschens erinnern wollen, namentlich seiner Haltung in Konstantinopel in der montenegrinischen und zuletzt in der griechischen Frage, so wird es nicht auffallend erscheinen, daß derselbe sich von seinen damaligen Anschauungen über die englische Politik im Orient noch nicht hinreichend frei gemacht hat, um ein energisches Auftreten Englands im entgegengesetzten Sinn ohne weiteres mit Freuden zu begrüßen. Lord Salisbury ist aber hierin, wie in allem, auf die Unterstützung der Partei Lord Hartingtons angewiesen, die im Kabinett durch Mr. Goschen repräsentiert wird.

Ich darf hier gehorsamst einfügen, daß ich demnächst in der Lage sein werde, über die Anschauungen Mr. Goschens ausführlicher zu berichten, da derselbe mir brieflich vom Lande, wohin er sich für einige Tage begeben, den Wunsch ausgesprochen hat. sich demnächst mit mir über die Sachlage zu unterhalten.

---

* Erster Lord des Schatzes.

In meiner letzten Unterhaltung mit Lord Salisbury habe ich feststellen können, daß er in der zögernden Zustimmung Mr. Goschens einen Grund mehr sieht, sich gegen türkische Indiskretionen zu decken. In Übereinstimmung hiermit sprach er mir wieder die bestimmte Absicht aus, in das Abkommen mit den beiden anderen Mächten eine besondere Bestimmung in irgendeiner Form einzufügen, durch welche die Geheimhaltung nach allen Seiten gesichert[3] und die Entscheidung darüber, ob und wann irgendein darauf bezüglicher Schritt beim Sultan geschehen soll, einer vorgängigen Verständigung unter den Kabinetten ausdrücklich vorbehalten wird.

Bei dem Wert, den Lord Salisbury aus den angeführten Gründen auf eine solche Klausel legt, halte ich es für zweifellos, daß der Abschluß des Abkommens hier wesentlich erleichtert würde, wenn er die Überzeugung gewänne, daß er bei den beiden anderen Kabinetten auf ein bereitwilliges Entgegenkommen für seinen Wunsch rechnen kann.

Der Minister hat mich zu morgen zu sich gebeten, um seine Antwort nach Wien und Rom, die bis dahin im Entwurf fertiggestellt sein soll, vertraulich mit mir zu besprechen. Er sprach mir neulich die Absicht aus, diese Antwort, sobald der Text feststeht, den betreffenden englischen Vertretern telegraphisch zu übermitteln, um jeden weiteren Zeitverlust zu vermeiden.

P. Hatzfeldt

Nachschrift

Eben, kurz vor Schluß der heutigen Feldjägerexpedition, habe ich eine vertrauliche Unterredung mit Mr. Goschen gehabt.

Es zeigte sich hierbei, daß dieser Staatsmann den höchsten Wert auf die absolute Geheimhaltung der eventuellen Verständigung zwischen England, Österreich und Italien legt, weil nach seiner Überzeugung in der hiesigen öffentlichen Meinung ein Sturm der Entrüstung gegen das Kabinett entstehen würde, wenn ein solches Abkommen bekannt würde. Er verhehlte mir nicht seine Sorge, daß die österreichische und namentlich die italienische Regierung, welche nicht durch dieselben parlamentarischen Gefahren bedroht wären, ihr Interesse eher darin finden könnten, das Geheimnis nicht so unbedingt zu bewahren, in der Hoffnung, daß die russische Regierung, wenn sie sich einer Koalition der drei Mächte gegenüber sehe, dadurch zur Erhaltung des Friedens genötigt sein würde. Mr. Goschen wünscht deshalb jede mögliche Garantie, daß das Geheimnis unbedingt bewahrt werden wird.

In zweiter Linie kam der Minister auf die Stellung Deutschlands und gab mir zu verstehen, daß es für England, welches auf unseren Rat große Verpflichtungen übernehmen solle, wünschenswert wäre, darüber aufgeklärt zu sein, welche Politik wir bei den Eventualitäten,

um die es sich bei dem fraglichen Abkommen handle, zu befolgen beabsichtigten.

Ich habe mich über diesen Punkt Mr. Goschen gegenüber geradeso ausgesprochen, wie ich es in meinen Unterhaltungen mit Lord Salisbury in Übereinstimmung mit Eurer Durchlaucht Instruktionen getan habe, und namentlich darauf hingewiesen, daß wir, wie er wisse, dem Premierminister unseren Vertrag mit Österreich mitgeteilt hätten, aus welchem sich unsere Stellung klar ergebe. Mr. Goschen erwiderte mir, daß er sich darüber kein rechtes Urteil habe bilden können, weil Lord Salisbury, welchem die Abschrift des Vertrages von Eurer Durchlaucht nur zur persönlichen Kenntnisnahme mitgeteilt worden sei, Bedenken getragen habe, ihm den Wortlaut zu zeigen.

Ich würde es, wie ich gehorsamst bemerken darf, für sehr nützlich erachten, wenn Eure Durchlaucht für angängig hielten, durch Sir Edward Malet dem Premierminister telegraphisch sagen zu lassen, daß er sich für ermächtigt halten dürfe, Mr. Goschen vertraulich die in seinen Händen befindliche Abschrift zu zeigen[4].

Lord Salisbury befindet sich, wie er mir selbst vor einigen Tagen sagte, auch der Königin gegenüber in Verlegenheit, da er sich nicht für berechtigt hält, Ihrer Majestät den fraglichen Text vorzulegen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Richtig
[2] gewiß
[3] richtig
[4] ja

Nr. 934

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Graf zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 28 Friedrichsruh, den 26. November 1887
Geheim

Reichskanzler hat soeben Nachstehendes nach London telegraphiert:

„Geheim. Bericht Nr. 414 vom 23. d. Mts.* erhalten. Ich habe kein Bedenken gegen die Mitteilung des österreichischen Vertrages an Herrn Goschen, wie auch an Ihre Majestät die Königin, und ermächtige Euere pp. zu beidem. Die in dem Bericht geschilderten Zweifel an der Diskretion der Pforte und die Befürchtung Lord Salisburys bezüg-

---

* Siehe Nr. 933.

lich der Rückwirkung der Indiskretion auf die innere englische Politik halte ich für begründet und erklärlich und berechtigt, daß Lord Salisbury in Wien und Rom Geheimhaltung verlangt. Ich bin bereit, mich an beiden Orten in diesem Sinne zu äußern, wenn Lord Salisbury den Zeitpunkt für gekommen erachtet." C. Rantzau

Nr. 935

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 419 London, den 29. November 1887
Geheim

Eurer Durchlaucht beehre ich mich beifolgend Abschrift des mir von Lord Salisbury ganz vertraulich zur Verfügung gestellten an die englischen Vertreter in Wien und Rom gesandten Telegramms gehorsamst vorzulegen, welches die englische Antwort auf die 8 Punkte des Entwurfs zu einem österreichisch-englisch-italienischen Abkommen enthält. P. Hatzfeldt

Anlage

A telegram to the following effect has been sent to Her Majesty's Representatives at Vienna and Rome.

Private and most secret

Inform Minister for Foreign Affairs in reply to the 8 Bases that Her Majesty's Government are entirely in accord with the policy set forth in the 1st, 2nd, 3rd, and 4th Articles, and have nothing to add to them.

As regards the 5th Article, they observe that to the Mediterranean Powers the independent guardianship of the Straits is the most important of all the rights secured to the Sultan by the Treaties; that for the Porte to cede or delegate her rights in Bulgaria is chiefly dangerous because it threatens the independence of the Straits from the Western side; but that their independence would be equally threatened from the Eastern side by a cession or delegation of the Porte's rights in Asia Minor. Her Majesty's Government, therefore, think that the proposed understanding should apply equally to Bulgaria and Asia Minor.

In regard to Articles 6 and 7, Her Majesty's Government observe that Great Britain is bound already by Treaties in concert with her Allies to defend the integrity and independence of the Ottoman Empire. It is, therefore, with much satisfaction that Her Majesty's Government

learn that Austria and Italy are anxious to direct their own policy to the same end. In case, therefore, of Turkey resisting the illegal enterprises indicated in the 5th Article in Bulgaria or Asia Minor, Her Majesty's Government would concert with Austria and Italy on the manner in which effect is to be given to that obligation.

As regards the 8th Article the reply of Her Majesty's Government is, that if in the judgment of the three Powers the conduct of the Porte should account to complicity with or connivence at any such illegal enterprise, Her Majesty's Government will concur in considering that the three Powers are justified in undertaking such joint or separate occupation of Turkish territory as they shall agree in thinking necessary in order to secure the objects set forth in the preceding Articles.

Any such understanding should also in the opinion of Her Majesty's Government include a promise not to disclose its existence to Turkey or any Power to whom it is not already known, until the consent of all three Powers has been given to such disclosure.

Nr. 936

Der englische Premierminister Lord Salisbury an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck*

Eigenhändiger Privatbrief

London November 30. 1887

Private and most confidential.

Sir

I have the honour to acknowledge the letter which Your Serene Highness has been good enough to write to me, under date of the 22d of November. I am very thankful for the unreserved confidence by which that letter is inspired — a confidence which I cordially concur with Your Serene Highness in believing it fully justified by the sympathy, and the close coincidence of interest existing between our two nations.

It is right on that account that I should explain briefly the considerations which led me to entertain the apprehensions which I

* Bereits in deutscher Übersetzung auf Veranlassung Otto Hammanns veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Februar 1919. Über die Deutung des Briefes, auf den, nach den Akten zu schließen, Fürst Bismarck nicht zurückgekommen ist, auch nicht durch Vermittelung Hatzfeldts, siehe vor allem Holsteins Telegramm an Freiherrn von Eckardstein vom 20. März 1901 (s. dessen „Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten" Bd. II, S. 282); neuerdings Felix Rachfahl in „Weltwirtschaftliches Archiv" Bd. 16, (1920/21), S. 74.

expressed to Count Hatzfeldt. If the lamentable event of a war between France and Germany should take place, Russia, if she was well-advised, would not take any step hostile to Germany, but would at once, by occupying positions either in the Balkan peninsula, or in Asia Minor, compel the Sultan to assent to proposals which would make her mistress of the Bosphorus and Dardanelles. She would only abstain from this step if threatened by a formidable resistance. Italy and England alone would not be sufficient to deter her: and it is very doubtful whether English public opinion would consent to go to war for Turkey with only Italy for an ally. All would depend, therefore, on the attitude of Austria[1]. Unless she was certain of assistance from Germany[2], she might not feel strong enough to hazard a war with Russia, and a consequent invasion on her North Eastern frontier where Italy and England could hardly help her. In that case she would sit still, and accept compensation in Turkish territory[3]. She has favoured that policy in former years: and even now it is reported, I know not with what truth, that the Emperor of Austria personally inclines to it. She could only take the opposite and bolder line, if she felt sure of the ultimate support of Germany[4].

When, therefore, we were asked to join in an understanding upon the eight bases which were given to Sir Edward Malet, it became on consideration very evident that the one vital question to us was one which was not even alluded to in those eight bases — namely the probable attitude of Germany. If Austria could count on German support in such a struggle, it would be possible for her to carry out fully the policy indicated in the eight bases to which England was asked to adhere. In any other case England by giving this adhesion might be committing herself to a policy foredoomed to failure. We then asked ourselves what ground we had for assuming that Germany, engaged in a severe struggle with France, might not take a neutral[5] line, or even a line favourable[6] to Russia. Just at this time came the news that the succession to the German throne of a Prince who was believed to be more favourable to Russia and more averse to England than the present Heir to that throne, was a contingency which might arrive at an earlier date than was expected.

Your Serene Highness has removed my apprehensions by the great frankness with which you have exposed the true situation to me. You have in the first place allowed me to see the Treaty between Austria and Germany which established that under no circumstances could the existence of Austria be imperilled by a resistance to illegal Russian enterprises. In the second place you have conveyed to Sir Edward Malet, on the part of the Emperor, his moral approbation of any agreement which may be come to by Austria, Italy and England on the three[7] bases submitted to us: and in the third place you have convincingly explained to me that the course of Germany must be dictated

by the considerations of national interest felt by the nation at large, and not by the personal prepossessions of the reigning Sovereign.

I believe that the understanding, into which England and the other two Powers are now prepared to enter, will be in complete accordance with her declared policy and will be loyally observed by her. The grouping of States, which has been the work of the last year will be an effective barrier against any possible aggression of Russia[8]: and the construction of it will not be among the least services which Your Serene Highness has rendered to the Cause of European peace.

I have the honour to be

Your Serene Highness' obedient
humble Servant
Salisbury

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] And Turkey
[2] [Germany eingeklammert, dafür:] England
[3] ? when without England!
[4] [Germany eingeklammert, dafür:] England
[5] yes
[6] no
[7] ?
[8] esp[ecialy] if Turkey joins!

Nr. 937

Der Botschafter in Rom Graf zu Solms-Sonnenwalde an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Nr. 279 Rom, den 1. Dezember 1887
Geheim

Beim heutigen Empfange des diplomatischen Korps sagte mir Herr Crispi, Lord Salisbury wünsche, daß über die entente à trois nicht ein besonderer Vertrag geschlossen werde, weil ihm dies dem Parlament gegenüber Verlegenheiten bereiten könnte, sondern daß man die Sache durch Notenaustausch regle, und zwar unter Bezugnahme auf frühere Verträge, als deren Folge das neuere Abkommen darzustellen wäre.

Herr Crispi, der damit einverstanden ist, wollte vorschlagen, in der Einleitung der Note an den Pariser Vertrag von 1856 anzuknüpfen, in welchem die Mächte die Aufrechterhaltung der Türkei garantierten.

Als ich den Minister verließ, traf ich im Vorzimmer den österreichischen Botschafter, welcher mir mitteilte, Lord Salisbury habe in Wien den Notenaustausch vorgeschlagen, womit Graf Kálnoky ein-

verstanden sei; dagegen verlange er, daß man der Türkei die entente à trois verheimliche, weil man auf deren Verschwiegenheit absolut nicht rechnen könne.

Was die 8 Punkte betreffe, so scheine Lord Salisbury dieselben in einer und derselben Note vereinigen zu wollen, ohne den achten Punkt getrennt zu behandeln.

Bezüglich der Besorgnis vor türkischen Indiskretionen hatte mir Herr Crispi schon vorgestern Bedenken geäußert.

Graf Solms

Nr. 938

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Kálnoky an den österreich-ungarischen Botschafter in London Grafen Károlyi

Telegramm. Abschrift*

Geheim Wien, den 5. Dezember 1887

Nachdem ich mich des Einverständnisses des italienischen Kabinetts mit den von Lord Salisbury gewünschten Zusätzen zu den 8 Punkten versichert hatte, habe ich mich sofort mit der Redaktion der auszuwechselnden Noten befaßt und hierzu den Grafen Nigra beigezogen, um ein rascheres Einvernehmen hierüber mit der italienischen Regierung zu sichern. Ich sende Euer Exzellenz in der Anlage den auf diese Weise zustandegekommenen Entwurf, bei dessen Abfassung ich von dem Gedanken ausging, daß ein gleichlautender Text für alle drei Kabinette zum Austausch kommen könnte, was den ganzen Vorgang vereinfachen und auch die Frage der Initiative beseitigen würde.

Ich war ferner bemüht, unter Anknüpfung an das Übereinkommen vom 29. März** d. Js., die Eingangsformel so knapp als möglich dem Zwecke der neuen Abmachung anzupassen und bei Beibehaltung der 8 Punkte dieselben derart zu fassen, um im vollen Maße den Wünschen gerecht zu werden, welche Lord Salisbury in dem Ihnen mit Erlaß vom 29. v. Mts. in Abschrift zugekommenen Memorandum zum Ausdruck gebracht hat. Die Geheimhaltung gegenüber der Türkei ist in einem 9. Punkte hinzugefügt worden.

Das Vorgehen bei Auswechslung dieser Noten würde sich in der Art empfehlen, daß Ew. und der italienische Geschäftsträger, jeder seinerseits, mit Lord Salisbury die gleichlautenden Noten austauschen, während zwischen uns und dem italienischen Kabinette der Austausch derselben Noten in Rom oder Wien bewerkstelligt werden könnte.

---

* Nr. 938 und die zwei Anlagen sind Abschriften nach den Originalen, die dem Staatssekretär Grafen Herbert von Bismarck vom österreich-ungarischen Botschafter Grafen Széchényi am 8. Dezember 1887 überlassen und letzterem am selben Tage zurückgegeben wurden.

** Gemeint ist das Abkommen vom 23. März. Vgl. Nr. 905, 906.

Indem Ew. beiliegenden Entwurf dem Herrn Staatssekretär vorlegen und ihm den vorstehenden modus procedendi empfehlen, bitte ich es als selbstverständlich auszusprechen, daß wir etwaige redaktionelle Änderungen oder etwaige sonstige Wünsche bezüglich der Form mit größtem Entgegenkommen aufzunehmen bereit sind, da das englische Kabinett bezüglich der Rücksicht auf das Parlament in einer schwierigeren Lage ist als die beiden anderen Kabinette.

Ich habe das italienische Kabinett unter einem telegraphisch informiert, und da ich an der Zustimmung des Herrn Crispi nicht zweifle, so dürfte Ihr italienischer Kollege bereits mit den bezüglichen Instruktionen versehen sein. Sollte auch Lord Salisbury den Entwurf und den modus procedendi annehmen, so könnte unverzüglich der Notenaustausch vorgenommen werden. Über die Aufnahme und etwaige Wünsche Lord Salisburys erbitte ich mir telegraphische Mitteilung.

Anlage I

Projet de note*.

A la suite de l'entente établie entre les Gouvernements de Sa Majesté, l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Leurs Majestés, la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et le Roi d'Italie, par l'échange de notes opéré à Londres le mois de mars 1887, le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique est tombé d'accord avec les Gouvernements de la Grande-Bretagne et d'Italie sur l'adoption des points suivants, destinés à confirmer les principes établis par l'échange de notes précité et à préciser l'attitude commune des trois Puissances en prévision des éventualités qui pourraient se produire en Orient:

1. Maintien de la paix et exclusion de toute politique agressive.

2. Maintien du status quo en Orient fondé sur les traités, à l'exclusion de toute politique de compensations.

3. Maintien des autonomies locales établies par ces mêmes traités.

4. Indépendance de la Turquie, gardienne d'intérêts Européens importants, (indépendance du Chalifat, liberté des Détroits etc.) de toute influence étrangère prépondérante.

5. Par conséquent la Turquie ne peut ni céder ni déléguer ses droits suzerains sur la Bulgarie à une autre puissance, ni intervenir pour y établir une administration étrangère, ni tolérer des actes de coërcition entrepris dans ce dernier but, sous forme soit d'occupation militaire, soit d'envoi de volontaires. De même la Turquie, constituée par les traités gardienne des Détroits, ne pourrait non plus céder

* Der Entwurf stimmt überein mit der endgültigen Fassung der österreichischen Note vom 12. Dezember 1887. Siehe dieselbe bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Bd. I (1920), S. 52 f.

aucune portion de ses droits souverains, ni déléguer ses pouvoirs à une autre puissance en Asie Mineure.

6. Désir des trois Puissances de s'associer la Turquie pour la défense commune de ces principes.

7. En cas de résistance de la Turquie à des entreprises illégales telles qu'elles se trouvent indiquées dans l'article 5, les trois Puissances se mettront aussitôt d'accord sur les mesures à prendre pour faire respecter l'indépendance de l'Empire Ottoman et l'intégrité de son territoire, telles qu'elles sont consacrées par les traités antérieurs.

8. Si cependant la conduite de la Porte, de l'avis des trois Puissances, prenait le caractère de complicité ou de connivence avec une pareille entreprise illégale, les trois Puissances se considéreront comme justifiées par les traités existants à procéder, soit conjointement, soit séparément, à l'occupation provisoire par leurs forces de terre ou de mer de tels points du territoire Ottoman qu'elles reconnaîtront d'accord nécessaire d'occuper à l'effet d'assurer les buts déterminés par les traités antérieurs.

9. L'existence et le contenu du présent accord entre les trois Puissances ne devront être révélés à la Turquie ni à d'autres puissances qui n'en auraient pas déjà été informées, sans le consentement antérieur de toutes et de chacune des trois Puissances susdites.

Le soussigné Ambassadeur d'Autriche-Hongrie a été chargé par son Gouvernement de signer la présente note et de l'échanger contre une note identique du Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

Anlage II

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Kálnoky an den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Széchényi

Abschrift

Laut Telegramm des Grafen Károlyi spricht sich Lord Salisbury, was England betrifft, gegen die Form der identischen Note [aus]. Er wünschte in Übereinstimmung mit dem Präzedenzfalle des Monats März d. Js. seine Antwortnote selbständig und speziell mit englischen Argumenten formulieren zu können, und dies zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf das Parlament. Seine Einwendungen, ohne die Substanz in irgendwelcher Weise zu berühren, beziehen sich nur auf die Form der Einkleidung. Lord Salisbury ist daher der Ansicht, daß Italien und wir die vorgeschlagene identische Note an ihn richten sollten und dadurch die Initiative markieren. Sodann würde das englische Kabinett gleichlautend an beide Vertreter antworten.

Graf Károlyi wurde sofort in Kenntnis gesetzt, daß wir, den Wünschen des englischen Kabinetts Rechnung tragend, diesen Modus

akzeptieren unter der Voraussetzung, daß die englische Antwort in sachlicher Beziehung der unseren vollkommen entspreche. Ich habe gleichzeitig Herrn Crispi hiervon in Kenntnis setzen lassen und seine diesbezügliche Zustimmung nachgesucht.

Nr. 939

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 176 London, den 9. Dezember 1887
Geheim

Der englische Entwurf zur Beantwortung der identischen Noten, welchen Lord Salisbury mir eben ganz vertraulich und vor Besprechung mit Graf Károlyi gezeigt hat, enthält einige auf das Parlament und die öffentliche Meinung berechnete Erwägungen über die vertragsmäßige Politik Englands und die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der christlichen Bevölkerungen im Orient, sowie die Freiheit der Dardanellen aufrechtzuerhalten. Zum Schluß erklärt der Minister im Auftrag der englischen Regierung die volle Zustimmung derselben zu den identischen Noten der beiden Mächte.

Infolge unserer Unterhaltung hat Lord Salisbury den Schluß noch vervollständigt, indem er die neun Punkte, auf welche sich die englische Zustimmung bezieht, wörtlich nach dem Text der identischen Noten anführt.

Nach meinem Eindruck ist die englische Erklärung befriedigend.

Sollte diese Auffassung in Wien nicht geteilt werden, so würde Lord Salisbury, wie ich glaube, allenfalls zu einer besonderen note explicative zu bewegen sein, in welcher der Sinn des Wortes „adhesion" im Hinblick auf einen Kabinettswechsel in England etwas genauer präzisiert würde.

Den Text der englischen Note hoffe ich morgen durch Feldjäger zu übersenden.

Hatzfeldt

Nr. 940

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 427 London, den 10. Dezember 1887
Geheim

Eurer Durchlaucht beehre ich mich beifolgend die zwischen Lord Salisbury und Graf Károlyi verabredete englische Note in Abschrift gehorsamst einzureichen.

Auf Wunsch des österreichischen Botschafters hat der Premierminister im dritten Absatz, wo es sich um Artikel V handelt, statt der „independency" der christlichen Bevölkerungen „the independent liberties of the christian communities" gesetzt, damit dies auch auf Bulgarien Anwendung finden kann. Im folgenden Satz ist statt „independency" das Wort „the liberties of these communities" aus dem gleichen Grund angewendet worden.

P. Hatzfeldt

Anlage

Copy

Most secre

Proposed Reply*.

Her Majesty's Government have considered the points commended to their acceptance by the identic note of the Austro-Hungarian and Italian Governments.

The three Powers have already cummunicated to each other their conviction that it is their common interest to uphold the existing state of things upon the shores of the Mediterranean and the adjoining seas. The four first points recited in the note are in strict conformity with this understanding, as well as with the policy which has always been pursued by the Government of Great Britain.

The fifth, sixth, and seventh points refer to certain special dangers by which the state of things established by Treaties, and the interests of the three Powers in the East, may be menaced; and to the course which should be pursued if those dangers should arise. The illegal enterprises anticipated by the fifth Article would affect, especially, the preservation of the Straits from the domination of any other Power but Turkey, and the independent liberties of the Christian communities on the northern border of the Turkish Empire, established by the Treaty of Berlin. Her Majesty's Government recognize, that the protection of the Straits and the liberties of these communities are objects of supreme importance, and are to Europe among the most valuable results of the Treaty; and they cordially concur with the Austro-Hungarian and Italian Governments in taking special precautions to secure them.

The eighth point provides against a contingency which, without technical illegality, may frustrate the object of the Treaties altogether. It is necessary, however, to avoid a premature publicity which might precipitate the lapse of Turkey into that state of vassalage from which it is the aim of the three Powers to protect her.

---

* Der Entwurf stimmt überein mit der endgültigen Fassung der englischen Note vom 12. Dezember 1887. Siehe dieselbe bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Bd. I (1920), S. 53 ff.

In view of these considerations the Undersigned etc., is charged by Her Majesty's Government to communicate to the Austro-Hungarian Government their entire adhesion to the nine points recited in the identic note of the two Powers, that is to say: —

1. The maintenance of peace to the exclusion of all policy of agression.

2. The maintenance of the status quo in the East based on the Treaties, to the exclusion of all policy of compensation.

3. The maintenance of the local autonomies established by these same Treaties.

4. The independence of Turkey, as guardian of important European interests; the Caliphate, the freedom of the Straits etc., to be independent of all foreign preponderating influence.

5. Consequently, Turkey can neither cede nor delegate her rights over Bulgaria to any other Power, nor intervene in order to establish a foreign Administration there, nor tolerate acts of coercion undertaken with this latter object, under te form either of a military occupation, or of the dispatch of volunteers. Neither will Turkey, who has by the Treaties been constituted guardian of the Straits, be able to cede any portion of her sovereign rights, nor delegate her authority to any other Power in Asia Minor.

6. The desire of the three Powers to be associated with Turkey for the common defence of these principles.

7. In case of Turkey, resisting any illegal enterprises such as are indicated in Article V, the three Powers will immediately come to an agreement as to the measures to be taken for causing to be respected the independence of the Ottoman Empire and the integrity of its territory as secured by previous Treaties.

8. Should the conduct of the Porte, however, in the opinion of the three Powers, assume the character of complicity with or connivance at any such illegal enterprise, the three Powers will consider themselves justified by existing Treaties in proceeding either jointly or separately to the provisional occupation by their forces, military or naval, of such points of Ottoman territory as they may agree to consider it necessary to occupy in order to secure the objects determined by previous Treaties.

9. The existence and the contents of the present Agreement between the three Powers shall not be revealed either to Turkey or to any other Powers who have not yet been informed of it without the previous consent of all and each of the three Powers aforesaid.

Nr. 941

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 44 London, den 11. Februar 1888

Labouchère* fragte gestern im Unterhause an, ob die englische Regierung ein Abkommen (engagement) für einen eventuellen Fall oder im allgemeinen mit Italien oder mit irgendeiner anderen fremden Macht im vergangenen Jahre eingegangen sei, und, wenn dies der Fall, ob der Unterstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten dem Hause auf ein solches oder solche Abkommen bezügliche Depeschen vorlegen wolle.

Sir James Fergusson** antwortete hierauf, es sei von der englischen Regierung kein Übereinkommen (agreement), welches das Land zu einer materiellen Aktion verpflichtet, eingegangen worden, welches dem Hause nicht bekannt wäre.

Auf die Anfrage Labouchères, ob ein Unterschied zwischen Aktion und materieller Aktion gemacht werde, antwortete der Unterstaatssekretär, materielle Aktion bedeute militärische Verpflichtung.

Die heutige „St. James' Gazette" bringt einen bemerkenswerten Leitartikel, in welchem sie ihr Bedauern darüber ausspricht, daß, wie nach der gestrigen Erklärung der Regierung angenommen werden müsse, kein Abkommen mit Italien abgeschlossen sei, da ein solches den Interessen des Landes wie auch den Wünschen der Nation entsprechen würde.

P. Hatzfeldt

---

* Führer der radikalen Linken im Unterhause.

** Parlaments-Unterstaatssekretär im Departement des Äußern.

Kapitel XXIX

Bismarcks Allianzangebot an England. Verhandlungen über Helgoland. 1889

Nr. 942

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 676 Berlin, den 21. August 1888
Vertraulich [abgegangen am 25. August]

Der Herr Reichskanzler hat die durch Ihre Hände gegangenen ausführlichen Berichte des Herrn Kapitäns zur See Schröder, die ein wenig erfreuliches Bild von der militärischen Bereitschaft Englands im Kriegsfalle geben, mit Interesse gelesen und ist dadurch in der Überzeugung bestärkt worden, daß Englands Sicherheit gegen französische Überfälle ausschließlich in seinem guten Verhältnis zu Deutschland besteht.

Frankreich kann nichts gegen England unternehmen, wenn wir es nicht dulden; es müßte auf jeden militärischen Angriff, selbst auf jede militärische Demonstration gegen England alsbald verzichten, wenn wir es gleichzeitig im Osten angreifen.

Tun wir letzteres, so würde Frankreich wahrscheinlich Beistand bei Rußland finden. Die daraus erwachsende Situation hat für uns nichts Verzweifeltes, wird aber doch ernst genug sein, um sie nicht ohne Not dem Deutschen Reiche zuzumuten. Wäre dagegen England ein sicherer Bundesgenosse und gleichzeitig so stark, wie seine Kräfte es ihm erlauben zu sein, wenn es die Anstrengung auf sich nehmen wollte, ohne die eine große Macht auf die Dauer als solche nicht bestehen kann, dann könnte auch mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Seite der Mächte, welche den Frieden wollen: Deutschland, Österreich, Italien und England, stark genug wäre, um jeden Versuch der kriegslustigen Mächte, Rußland und Frankreich, aussichtslos zu machen. Will England selbst keine Anstrengungen und Leistungen machen, so kann es auf Gegenseitigkeit im Falle der Not natürlich auch nicht rechnen.

Wenn England nicht bloß friedliebend, sondern auch stark wäre, so würde es ihm an Freunden in Europa nicht fehlen; solange es aber bloß friedliebend ist und darauf rechnet, fremde Kräfte auszunutzen, die eigenen aber finanziell zu schonen, wird es auf Bundesgenossen nur nach deren Konvenienz rechnen können.

Euer pp. beehre ich mich, diese Bemerkungen des Herrn Reichskanzlers zunächst zu Ihrer vertraulichen Information mitzuteilen. Ein

Auftrag ist damit nicht verbunden; der Herr Reichskanzler stellt Ihnen jedoch anheim, den englischen Staatsmännern gegenüber, bei denen Sie ein Verständnis hierfür zu finden glauben, und mit denen Sie befreundet genug sind, um in einen derartigen Gedankenaustausch einzutreten, sich gelegentlich in vorstehendem Sinne vertraulich zu äußern.

Berchem

Nr. 943

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 31 Berlin, den 11. Januar 1889
[abgegangen am 12. Januar]

Ew. pp. habe ich bei Ihrer Anwesenheit in Friedrichsruh* ersucht, die nächste Gelegenheit vertraulicher Besprechung mit Lord Salisbury zu benutzen, um demselben meine Überzeugung auszusprechen, daß der Friede, der England und Deutschland gleichmäßig erwünscht ist, oder auch nur die Frist, in welcher sie ihre Bewaffnung der Größe der Gefahren der nächsten Kriege entsprechend herzustellen vermögen, nicht sicherer erreicht werden könne als durch den Abschluß eines Vertrages zwischen Deutschland und England, durch welchen beide Mächte sich für einen begrenzten Zeitraum zu gemeinschaftlicher Abwehr eines französischen Angriffes auf eine von beiden verpflichten**. Ein geheimer Vertrag der Art, wenn er möglich wäre, würde beiden Mächten erhebliche Sicherheit für den Ausgang eines solchen Krieges gewähren, die Verhinderung desselben aber würde nur von dem öffentlichen Abschluß erwartet werden können.

England und Deutschland sind von einem anderen als einem französischen Angriffe nicht bedroht. Nur durch österreichisch-russische Verwickelungen würde Deutschland in einen russischen Krieg hineingezogen werden können, und da letztrer für Deutschland auch im günstigsten Falle keinen annehmbaren Kampfpreis hat, so werden wir bestrebt sein müssen, den österreichischen Krieg nach Möglichkeit zu verhüten.

Ein bedrohliches Element für beide befreundete Mächte, Deutschland und England, ist nur der einzige beiderseitige Nachbar, Frankreich; einen andern gemeinsamen Nachbar bedrohlicher Natur haben beide nicht. England hat, außer mit Frankreich, divergierende Inter-

---

* Graf von Hatzfeldt hatte vom 5.—7. Januar als Gast des Fürsten von Bismarck in Friedrichsruh geweilt.

** Vgl. hierzu den bekannten Briefwechsel zwischen Bismarck und Lord Salisbury aus dem November 1887 in Kap. XXVIII, Nr. 930, 936.

essen mit Nordamerika und mit Rußland. Aber ein Krieg mit einer dieser Mächte, selbst ein gleichzeitiger mit beiden, kann für England lebensgefährlich nur werden, wenn Frankreich der Bundesgenosse der Feinde Englands ist. Auch die Haltung Amerikas würde England gegenüber vorsichtiger sein, als sie in der Kanada- und der Sackvillefrage gewesen ist, wenn man in Amerika darauf rechnen müßte, einen Bruch mit England isoliert und ohne materielle oder moralische Hilfe Frankreichs durchführen zu müssen. Zu hindern, daß Amerika im Streit mit England auf Frankreich rechne, gibt es kein wirksameres Mittel als die Gewißheit, daß Frankreich einen Angriff auf England nicht würde unternehmen können, ohne seinerseits durch ein deutsches Heer von mehr als 1 Million angegriffen zu werden. Amerika wird nicht geneigt sein, die chauvinistischen Neigungen seiner künftigen Regierung und seine bisherigen Unfreundlichkeiten gegen England in kriegerische Praxis zu übertragen, wenn es nicht der eventuellen französischen Unterstützung versichert ist. Die auswärtige englische Politik würde nach allen Seiten freie Bewegung haben, wenn sie nur gegen die französische Kriegsgefahr durch ausreichende Bündnisse gedeckt wäre. Auch dann, wenn solche Bündnisse nur auf die kurze Zeit abgeschlossen würden, deren England bedarf, um die Schäden seiner maritimen Wehrfähigkeit auszubessern, sollte ich meinen, daß die in ihnen liegende absolute Friedenssicherheit auf ein Jahr oder mehrere für alle friedliebenden Mächte von großem Nutzen sein könnte. Es handelt sich dabei nicht um das Stärkersein im Falle des Krieges, sondern um das Verhindern des Krieges. Weder Frankreich noch Rußland werden den Frieden brechen, wenn sie amtlich wissen, daß sie, wenn sie es tun, auch England sicher und sofort zum Gegner haben. Sie werden ihn nur brechen, wenn sie hoffen dürfen, die friedliebenden Mächte in Europa eine nach der andern angreifen zu können. Wenn nur festgestellt wird, daß England gegen einen französischen Anfall durch ein deutsches und Deutschland gegen einen französischen Anfall durch ein englisches Bündnis gedeckt sein würde, so halte ich den europäischen Frieden für gesichert auf die Zeit der Dauer eines solchen öffentlich verlautbarten Bündnisses.

Es fragt sich, ob die Überzeugung, den europäischen Frieden zeitweis als gesichert betrachten zu können, zu teuer verkauft werden würde für den Preis einer offenen und parlamentarischen Stellungnahme zugunsten eines Defensivbündnisses im Interesse der Erhaltung des Friedens.

Mein Gedanke ist der, daß, wenn Seine Majestät es genehmigt, zwischen der englischen und der deutschen Regierung ein Vertrag geschlossen werden sollte, durch welchen beide sich zu gegenseitigem Beistande verpflichten, wenn Frankreich im Laufe der nächsten 1, 2 oder 3 Jahre, je nach Befinden, einen der beiden angreifen sollte, und daß dieser Vertrag, der für das Deutsche Reich auch ohne Parlaments-

beschluß bindend sein würde, dem englischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt und dem Deutschen Reichstage öffentlich mitgeteilt würde.

Ich glaube, daß die Wirkung eines offnen und männlichen Schrittes in dieser Richtung nicht nur in England und Deutschland, sondern in ganz Europa eine erleichternde und beruhigende sein würde, und daß derselbe dem englischen Ministerium die Stellung als Hort des Friedens der Welt gewähren würde.

England bedarf nach seiner vorwiegend maritimen Leistungsfähigkeit jetzt sowohl wie immer im letzten Jahrhundert eines kontinentalen Bündnisses, und dieses Bedürfnis ist durch die Ungeheuerlichkeit des Anwachsens der militärischen Rüstungen auf dem Festlande noch stärker geworden, als es früher war. Ohne ein solches ist bei den heutigen Verbindungsmitteln die Möglichkeit einer französischen Invasion nach England eine Frage, die von Zufälligkeiten der Witterung, der Erregung und der augenblicklichen Stärke der Streitkräfte im Kanal abhängt. Mit einem englisch-deutschen Bündnis ist Frankreich garnicht imstande, ein wirksames Unternehmen gegen England gleichzeitig mit der Abwehr einer deutschen Invasion an der Ostgrenze zu planen.

Es ist meines Erachtens nicht nützlich für England, die Politik der Enthaltung so weit zu treiben, daß alle kontinentalen Mächte, namentlich Deutschland, sich darauf einrichten müssen, ihre Zukunft ohne Rechnung auf England sicherzustellen. Wäre die Überzeugung, daß dies dauernd der Fall sein muß, einmal zur definitiven Annahme gelangt, so würde Deutschland eben in der Notwendigkeit sein, sein eigenes Heil in solchen internationalen Beziehungen zu suchen, die es ohne England erreichen kann. Solche Wege, einmal eingeschlagen, sind in der Politik nicht leicht zu verlassen.

Ich ersuche aus diesem Grunde Ew. pp., Lord Salisbury, einstweilen in meinem Namen, die Frage zu stellen, ob er es nach den Interessen Englands und nach denen seiner eigenen Regierung, auf deren Dauer ich den höchsten Wert lege, für möglich hält, dem oben angeregten Gedanken näherzutreten, indem er die Maßgebenden unter seinen Freunden über dessen Ausführbarkeit vorsichtig sondiert.

Es ist dies in keiner Weise eine mise en demeure, und würde ich, wenn Lord Salisbury die Gangbarkeit des von mir vorgeschlagenen Weges auf englischem Terrain verneint, deshalb in meinem Vertrauen auf seine Politik und in meiner Freundschaft für seine Person in keiner Weise erschüttert werden. Ich beabsichtige nichts, als mit ihm in Gemeinschaft die Frage zu prüfen, ob wir auf dem vorgeschlagenen Wege durch öffentliche und dreiste Anerkennung des Friedensbedürfnisses Europas und durch parlamentarische Vertretung desselben den Krieg hintenanhalten können, wenigstens pro tempore, vielleicht für lange Zeit.

Glaubt Lord Salisbury diese Frage verneinen zu sollen, so werde

ich seinem Urteil über das, was ihm als englischen Minister möglich erscheint volles Vertrauen schenken, und unsere Beziehungen bleiben die alten. Ich glaube aber, in der von mir angegebenen Politik würde der Schlag liegen nicht nur zur Sicherung des Friedens, sondern auch zur Festigung und Stärkung seiner eigenen Stellung, wenn er sich entschließen wollte, im Parlament in dem angeregten Sinne offen und amtlich vorzugehen. Lord Salisbury kann mir seine Meinung hierüber um so unbefangener aussprechen, als ich bisher nicht in der Lage bin, in der von mir angeregten Frage im Namen des Kaisers, meines Herrn, zu sprechen. Bevor ich Seine Majestät um die Ermächtigung dazu bitte, möchte ich erst wissen, was Lord Salisbury darüber denkt, da ich einer ablehnenden Antwort wohl mich selber, aber nicht den Kaiser aussetzen kann.

Ich erwarte keine unmittelbare Antwort hierauf, sondern jede Frist, deren Lord Salisbury bedarf, um seine und seiner politischen Bundesgenossen Meinung festzustellen, werde ich abwarten, bevor ich dem Kaiser, meinem Herrn, über das Ergebnis Vortrag halte.

v. Bismarck

Nr. 944

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 23 London, den 16. Januar 1889
Geheim

Ich habe gestern in der ersten Unterredung mit Lord Salisbury nach meiner Rückkehr Gelegenheit gefunden, den hohen Erlaß Nr. 31 vom 11. d. Mts.* zur Sprache zu bringen und den mir von Eurer Durchlaucht erteilten Auftrag auszuführen.

Der Premierminister erkannte sofort die hohe Bedeutung des politischen Gedankens, den ich ihm gegenüber geltend zu machen hatte, und erblickte darin einen neuen und wertvollen Beweis, daß Eure Durchlaucht ein enges Zusammenhalten der beiden Mächte im Interesse des europäischen Friedens erstreben und für wünschenswert halten.

Eine eingehende Erörterung über den Vorschlag, wie ich ihn namens Eurer Durchlaucht formuliert habe, glaubte Lord Salisbury sich noch etwas vorbehalten zu dürfen, bis er Zeit zur reiflichen Überlegung gehabt habe, die ihm durch eine so weittragende und für England so wichtige Angelegenheit zur Pflicht gemacht werde. Als ein wertvolles Symptom, mit welchem Ernst der Minister die Sache auffaßt, glaube ich dabei hervorheben zu müssen, daß er bereitwillig auf die Anregung

* Siehe Nr. 943.

einging, die hervorragenden unter seinen politischen Freunden ganz vertraulich zu sondieren, um darüber Gewißheit zu gewinnen, inwieweit die englische Regierung eventuell auf ihre Zustimmung und namentlich auf ihre parlamentarische Unterstützung rechnen könnte. Von dem Ergebnis dieser Besprechungen wird, wie die Dinge hier liegen, die Haltung abhängen, die Lord Salisbury der Frage gegenüber einzunehmen hat. Es wäre, soweit ich bis jetzt die Sache zu übersehen vermag, nicht unmöglich, daß aus diesen Besprechungen ein Gegenvorschlag hervorginge, welcher, ohne den Gedanken im Prinzip abzulehnen, einige Modifikationen desselben in Anregung brächte.

Eure Durchlaucht wollen hochgeneigtest überzeugt sein, daß ich die Angelegenheit sorgfältig im Auge behalten und, ohne den Anschein des Drängens oder der Ungeduld auf unserer Seite zu erregen, doch nichts unterlassen werde, um die möglichst befriedigende Entwicklung derselben nach Kräften zu fördern.

Ich darf nicht unterlassen, gehorsamst hinzuzufügen, daß Lord Salisbury die ganze Angelegenheit als eine streng vertrauliche zu behandeln wünscht[1], und daß er deshalb weder die Büros des Foreign Office damit bekannt zu machen noch selbst Ihrer Majestät der Königin darüber vorläufig eine Mitteilung zu machen beabsichtigt.*

P. Hatzfeldt

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Gut

Nr. 945

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck**

Eigenhändiger Privatbrief

Geheim London, den 22. März 1889

pp. Mit Salisbury habe ich $^5/_4$ Stunden gesprochen in dem hergebrachten vertraulichen Tone: er war tief gerührt über die Grüße

* In den Zusammenhang des Bismarckschen Allianzangebots reihen sich auch Bismarcks sympathische Äußerungen über England in der Reichstagssitzung vom 26. Januar ein: „Ich betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben — wenn ich sage ‚Bundesgenossen', so ist das nicht in diplomatischem Sinne zu fassen; wir haben keine Verträge mit England; — aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit nun doch mindestens hunderfünfzig Jahren mit England gehabt haben, festzuhalten, auch in den kolonialen Fragen. Und wenn mir nachgewiesen würde, daß wir die verlieren, so würde ich vorsichtig werden und den Verlust zu verhüten suchen." „Die politischen Reden des Fürsten Bismarck", ed. H. Kohl Bd. XII, S. 575.

** Der Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck hatte sich am 21. März in besonderer Mission nach London begeben, um hinsichtlich verschiedener schwebender Angelegenheiten, vor allem der seit den Unruhen in Samoa im Dezember 1888 wieder akut gewordenen Samoafrage mit der englischen Regierung ins Reine zu kommen.

Seiner Majestät und freut sich sehr auf den Besuch in Osborne für Ende Juli: er meinte, die allerletzten Tage jenes Monates würden für das Eintreffen Seiner Majestät nach jeder Richtung am besten passen, auch damit sich die Cowes-week möglichst bald an die allerhöchste Ankunft schlösse. Seine Majestät würde mit allem Pomp empfangen werden, ein Ball würde aber nicht stattfinden.

Von der joint naval demonstration* kamen wir auf deren Rückwirkung auf Amerika und Frankreich, auf unsere gegenseitigen Beziehungen zu letzterem und schließlich auf die Möglichkeit einer geheimen oder öffentlichen deutsch-englischen Allianz zu sprechen. Lord Salisbury stimmte mit mir durchaus überein, daß eine solche das Heilsamste für beide Länder und für den europäischen Frieden sein würde. Er habe mit Lord Hartington und seinen Kollegen darüber gesprochen, welche sämtlich seine Ansicht geteilt hätten, die Ausführung der Idee aber für inopportun erklärten, weil die parlamentarische Majorität darüber in die Brüche gehen, mithin das Ministerium gestürzt werden würde.

Der Lord setzte hinzu: „Leider leben wir nicht mehr in den Zeiten Pitts, damals regierte hier die Aristokratie, und wir konnten eine aktive Politik treiben, welche England nach dem Wiener Kongreß zur reichsten und angesehensten europäischen Macht gemacht hatte. Jetzt herrscht die Demokratie, und mit ihr ist persönliches und Parteiregiment eingezogen, welches jede englische Regierung in unbedingte Abhängigkeit von der aura popularis gebracht hat. This generation can only be taught by events.“ Ich mußte dem Lord leider recht geben und erwiderte: „Wir waren darauf gefaßt, daß Sie uns keine definitive Antwort würden geben können, und Sie wissen, daß das unsere guten Beziehungen nicht im geringsten beeinflußt.

Da ein englisch-deutsches Bündnis an sich aber vernünftig wäre, und da Sie hier niemals initiativ ein solches anbieten können, so sehr Sie es auch wünschen mögen, so hat der Reichskanzler es für seine Pflicht gehalten, die allerhöchste Genehmigung zu erbitten, um die Sache wenigstens anzuregen.“ Lord Salisbury erklärte hierzu, er sei sehr dankbar für diese Anregung und er hoffe, daß er noch Zeitumstände erleben würde, welche ihm gestatteten, darauf praktisch einzugehen. „Meanwhile we leave it on the table, without saying yes or no: that is unfortunately all I can do at present.“

Ich bemerkte noch, wir hätten England diesen Anknüpfungspunkt geben wollen, um unsere Verantwortlichkeit in der großen Politik zu decken.

Es könnte nach Jahr und Tag sich eine Konstellation ergeben,

---

* Für den Besuch des Kaisers in England war die Begleitung durch ein deutsches Geschwader und eine gemeinsame Flottenschau geplant, die dann am 5. August stattfand.

in der Frankreich unsere Neutralität nachsuchte, um sich mit England zu messen, und wobei gleichzeitig letzteres ein Kompensationsobjekt nach Rußland hin abgeben könnte. Müßte man bei uns dann die Überzeugung gewinnen, daß wir auf England doch niemals rechnen könnten, so würde England möglicherweise allein bleiben und die pots cassés zu bezahlen haben.

Lord Salisbury meinte, dies habe er sich schon längst gesagt, und er sei deshalb um so mehr betrübt, daß der Parlamentarismus seine Regierung zu solcher Impotenz verdamme. Einstweilen könne er nichts tun, als möglichst demonstrativ mit uns Hand in Hand zu gehen, und er sei sehr froh zu hören, daß wir seine Situation verständen und von ihm gegenwärtig weiter nichts verlangten.

H. Bismarck

Nr. 946

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 27. März 1889

Infolge Deines vorgestrigen Telegramms habe ich Lord Salisbury Dein Einverständnis mit unserer Abrede bezüglich Samoas* mitgeteilt und mit ihm weiter abgemacht, daß nach meiner Rückkehr Hatzfeldt eine zum Vorlesen bestimmte vertrauliche Instruktion nach Maßgabe meiner Registratur vom 22. cr. erhalten würde. Schriftlich möchte Salisbury nichts darüber erhalten, weil er die Sache nicht in die Akten zu bringen wünscht.

Mit Goschen habe ich auf Lord Salisburys Wunsch im gleichen Sinne gesprochen: er billigte unseren Plan und wird mit mir morgen noch eine Unterredung haben.

Berchem schreibt mir, Du hättest in Abänderung Deiner früheren Bestimmung ihn statt Holstein zum stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz designiert. Dann wird Holstein wohl besser ganz herausbleiben; er war ja nur in Aussicht genommen, weil er so gut englisch spricht und die Yankees aus eigener Erfahrung zu behandeln weiß. Sach-

* In Verfolg der Unruhen in Samoa im Dezember 1888 hatte Fürst Bismarck im Februar 1889 den Zusammentritt einer von Deutschland, England und Amerika zu beschickenden Konferenz in Berlin angeregt, die dann am 29. April in Berlin unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Grafen von Bismarck ihren Anfang nahm. Vorher hatte Graf Herbert Bismarck gelegentlich seiner Mission nach England im März 1889 ein Einverständnis mit Lord Salisbury über die Frage erzielt. Aus der Samoakonferenz erwuchs die bekannte Samoa-Akte vom 14. Juni 1889

lich kann er sonst kaum etwas nutzen, da ihm die Kolonialsachen sehr fremd sind, und 4 deutsche Bevollmächtigte scheinen mir zuviel angesichts des geringen Konferenzobjektes.

Den Vorsitz wird Berchem allerdings kaum übernehmen können, da er zu wenig englisch spricht, und wir nicht zweisprachige Protokolle werden aufstellen wollen. Da wir vor Ostern doch nicht zusammentreten, so kann ich die Sache mit Dir wohl noch besprechen, bevor Seiner Majestät die Vollmachten vorgelegt werden[1].

Aus den Besprechungen, die ich bisher mit Ministern und einflußreichen Leuten hatte, geht übereinstimmend noch mehr als früher der aufrichtige Wunsch hervor, mit uns nicht nur die besten Beziehungen zu unterhalten, sondern unsere gemeinsamen Interessen überall so stark als möglich zu akzentuieren. Ebenso übereinstimmend trat mir aber auch die Sorge entgegen, daß die ostafrikanischen Sachen eine Wendung nehmen könnten, welche erregend auf die hiesige öffentliche Meinung und bedrohlich für den Bestand des Ministeriums wirken könnte. Die anderen, zum Teil viel größeren Fragen wurden mehr spielend behandelt, über Sansibar habe ich aber mit Chamberlain, Goschen, Rosebery und Lord Salisburys beiden Unterstaatssekretären je eine Stunde eingehend sprechen müssen. Es gelang mir, die Leute momentan zu beruhigen, indem ich stets wiederholte, wir würden in Sansibar nur im Einverständnis mit England handeln. Als Hauptpunkte für die hiesige uneasiness wurden mir die Missionarfrage dargestellt und die Tatsache, daß seit der deutschen Besitzergreifung Handel und Verkehr (wegen der Kämpfe) wesentlich gelitten, daß englische Untertanen vor Ankunft der Deutschen gute Geschäfte in Ruhe gemacht hätten[2], und daß jetzt viele von ihnen ruiniert seien[3] ohne unmittelbare Aussicht auf Besserung. Daran knüpfte sich dann der Wunsch, daß die Bombardements von Hafenplätzen aufhören möchten. Meine eingehenden Erwiderungen will ich hier unerwähnt lassen: sie fußten ausschließlich auf der Sachlage und wurden ebenso freundlich aufgenommen, wie die ganzen Unterhaltungen geführt wurden.

Nach diesen Wahrnehmungen ist es Lord Salisbury um so höher anzurechnen, daß er so stramm mit uns gegangen ist: seine ganze Foreign-Office-Umgebung sowie seine Kollegen haben dringend davon abgeraten, weil sie den Rückschlag auf die Parlamentsmajorität fürchteten, und Salisbury hat viel Mühe gehabt, um bei der Stange zu bleiben.

Chamberlain, dessen Einfluß auf die Wähler wieder im Wachsen sein soll, empfing mich gestern und hat mich auf morgen eingeladen. Seine Deutschfreundlichkeit ist nie so scharf hervorgetreten als bei unserer gestrigen Entrevue: er sagte geradezu, sine Germania nulla salus, und betonte, wir müßten beiderseitig unser ganzes Augenmerk darauf richten, to remove all points from which difficulties might arise between the two countries in the future. Nach Sansibar ging er auf

Südwestafrika über, machte einen scharfen Ausfall gegen Granvilles Politik von 1884* und fuhr fort: „You have troubles there now and I know the whole Namaqua and Damara territories are not worth a rap for Germany, so that you would do best to give up that socalled German colony whose sole harbour — Walfishbay — belongs to England.

For us that part of South Western Africa would be of great value to keep the Cape in order, which is one of our most important Colonies. The Capepeople are very troublesome of late, they think of levying taxes and of making difficult for us the access of Betschuanaland. Now if we could build a railway from Walfish bay right through the territory which is at present under the German sway, we would have a direct road to Betschuanaland[4] and could bring a very strong pressure to bear upon the Cape-people. So you see that we have an interest of stepping in your shoes there which I am sure will prove too tight for you."

Ich erwiderte, wir erwarteten keine großen Einkünfte von Angra Pequena, die jetzigen Streitigkeiten wären unbequem und auch auf den troublesome Cape-man Lewis zurückzuführen, wir würden die Sache liegen lassen, 20, 30 Jahre lang, — aufgeben könnten wir sie nicht, allein des Prestige wegen, weil Angra Pequena der starting point of our Colonial enterprises gewesen wäre.

Darauf sagte Chamberlain: „Natürlich können wir Ihnen nicht zumuten, jene Kolonie, so wertlos sie immer sein mag, an England zu schenken. „There must be compensation: what do you think if we gave you Heligoland instead, which is useless for England and perhaps worth having for you, were it but for the prestige."

Ich hatte ganz denselben Gedanken gehabt, mir aber meinen Unterredner kommen lassen wollen. Ich ließ mir nicht merken, welche Genugtuung ich über seine Worte empfand, und sagte nur, es sei schade, daß er — Chamberlain — gegenwärtig nicht Minister sei, damit wir diese Anregung ad referendum nehmen und auf den Geschäftsweg leiten könnten. Chamberlain replizierte: „Jener Austausch würde in England populär sein und im Parlament eine sichere Majorität erlangen. „I shall defend it myself through thick and thin in the House. Grade von dem Gesichtspunkt, daß wir alle Quellen für denkbare Schwierigkeiten zwischen uns trockenlegen müssen, ist die Sache so empfehlenswert. Bei einem neuen deutsch-französischen Kriege kann es bei Ihnen große Erbitterung hervorrufen, wenn die französische Panzerflotte off Heligoland liegt und dort Kohlen nimmt, und Lewis or a similar beggar kann uns auch in Afrika Ärger bereiten."

Ich riet Chamberlain, die Sache seinem Parteichef, Lord Hartington, zur Mitteilung an Salisbury zu unterbreiten. Er wollte dies tun und

---

* Vgl. Kap. XXI.

fügte hinzu: „Sprechen Sie doch auch direkt mit Hartington und Salisbury und sagen Sie beiden, ich hätte Sie gebeten, dies zu tun.“ —

Ich bin der Meinung, daß das Geschäft für uns sehr vorteilhaft ist und in Deutschland enorm populär sein würde. Unsere südwestafrikanische Gesellschaft ist faul, bankerott und unlustig. Wir sitzen mit unserem Kommissar, der nach dem englischen Walfishbay hat fliehn müssen, in wirklicher Verlegenheit, haben faktisch keine Seele in jenem ganzen Kolonialbezirk, die reichsangehörig wäre. Viele Leute möchten Angra Pequena blank aufgeben. Helgoland ist aber nach Seiner Majestät und unserer Marine Ansicht unbezahlbar für uns in der Nordsee für kriegerische Eventualitäten.

Mein erster Gedanke war, Chamberlains Anregung zu folgen und mit Lord Salisbury, den ich übermorgen, Freitag um 3 Uhr p. m. sehe, zu sprechen, um der Sache gleich Gestalt zu geben.

Nach längerer Überlegung will ich einstweilen aber nur mit Hartington sprechen, der, obwohl gegenwärtig der einflußreichste Mann in England, doch nicht Minister ist. Rede ich gleich mit Salisbury, so zeigt das vielleicht zuviel empressement[5].

Wenn Hartington die Sache aufnimmt und an Salisbury bringt, so kann dieselbe ja in gemächlichem Tempo verhandelt werden, so zwar, daß sie bei der Kaiservisite zum Abschluß kommt.

Seine Majestät würde sehr erfreut über die Sache sein, und ich fände es einen hübschen Erfolg.

Bist Du der Ansicht, daß ich doch schon jetzt mit Salisbury sprechen soll, so telegraphiere mir bitte am Freitag möglichst zeitig „yes, go on“. Eventuell könnte ich auch Sonnabend noch Salisbury sehn. Sonnabend nachmittag wollte ich zurückreisen.

Mir will scheinen, man läßt die Sache noch etwas reifen. Auf der anderen Seite würde angesichts der Konferenz gegenüber den Yankees ein solch freundschaftliches arrangement mit England seinen Nutzen haben. Daß Salisbury „verprellt“ würde, wenn ich zuerst von der Sache spreche, glaube ich nicht. Ob man sie urgiert oder nicht, ist Sache des politischen Gefühls, und da ordne ich mich ganz dem Deinigen unter.

H. Bismarck

Mr. Gorst, konservativer Abgeordneter und Mitglied der Regierung, hat vor $1\frac{1}{2}$ Jahren die unentgeltliche Abtretung von Helgoland im Parlament befürwortet, seine Partei wird auch jetzt dafür sein.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Ja [2] deutsche auch [3] wie am Nil [4] ist da eine Bahn werth? [5] ja

Nr. 947

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in London, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 London, den 28. März 1889

Mit Bezug auf meinen morgen früh eintreffenden Brief*.

Graf Hatzfeldt ist der Meinung, daß es am empfehlenswertesten wäre, wenn er Chamberlains Anregung nächste Woche gesprächsweise bei Lord Salisbury erwähnt bei Gelegenheit einer sich von selbst ergebenden Besprechung über meinen Besuch. Graf Bismarck

Nr. 948

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in London

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 3 Berlin, den 29. März 1889

Ich möchte nicht empfehlen, einem der Minister oder Hartington gegenüber eine Initiative in der Sache zu nehmen; wenn Du aber Chamberlain noch siehst, so würde ich dem gegenüber mich entgegenkommender äußern wie bisher, ohne Bestimmtes zuzusagen. Reif werden wird die Sache doch erst im Sommer.

Tel[egramm] 41** erhalten u[nd] einverstanden.

v. Bismarck

Nr. 949

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 184 London, den 13. April 1889

Geheim

In wiederholten vertraulichen Unterhaltungen mit Lord Salisbury habe ich Gelegenheit gehabt, auf den letzten Besuch des Herrn Staatssekretärs Grafen von Bismarck gesprächsweise zurückzukommen und dabei konstatieren zu können, daß die Besprechungen desselben mit dem englischen Premierminister auf letzteren einen durchaus be-

* Siehe Nr. 946.
** Siehe Nr. 947.

friedigenden Eindruck hinterlassen haben. Wiederholte Andeutungen meinerseits über die Unterredungen, die Graf Bismarck hier auch mit anderen Staatsmännern gehabt hat, fanden bei Lord Salisbury eine entgegenkommende Aufnahme, ohne daß sich jedoch erkennen ließ, ob der Minister über eine spezielle Anregung durch Mr. Chamberlain orientiert sei. Es erschien mir deshalb nicht ratsam, eine Erörterung über diesen Punkt gewaltsam und verfrüht herbeizuführen, und ich glaubte, im Interesse der Sache eine geeignete und möglichst unauffällige Gelegenheit abwarten zu sollen.

In meiner letzten vertraulichen Unterhaltung mit dem Minister kam die Rede auf Mr. Chamberlain, seine Stellung zur Regierung und die politischen und persönlichen Interessen, die er verfolgt, und ich konnte in unauffälliger Weise hieran anknüpfen, um auf die Unterredung, die er mit dem Herrn Staatssekretär gehabt hat, wieder zurückzukommen.

Auf meine Frage, ob er über die Sprache Mr. Chamberlains bei jener Gelegenheit orientiert sei, erwiderte mir Lord Salisbury mit offenbarer Aufrichtigkeit, daß er im allgemeinen davon gehört habe, aber sich nicht erinnere erfahren zu haben, daß besonders interessante Dinge besprochen worden seien.

Als ich hierauf die Bemerkung fallen ließ, daß Mr. Chamberlain ein besonderes Interesse am Süden von Afrika zu nehmen scheine, über dessen Beweggründe ich näheres nicht wisse, erwiderte Lord Salisbury sofort, das könne wohl sein, und dann habe Mr. Chamberlain wohl auch Wünsche der Kapkolonie an den Tag gelegt, deren Erfüllung in unserer Hand liege, und vielleicht eine Kompensation dafür ins Auge gefaßt. Als ich dies nicht in Abrede stellte, stellte Lord Salisbury die Frage, ob Mr. Chamberlain etwa Helgoland zur Sprache gebracht habe.

Ich erwiderte nunmehr, daß er sich in seiner Vorraussetzung nicht täusche, daß Graf Bismarck aber, wie ihm wohl nicht entgangen sei, diese Anregung Mr. Chamberlains ihm gegenüber mit keinem Wort erwähnt habe. Einmal sei die Sache nicht ganz so einfach, wie Mr. Chamberlain es vielleicht annehme, da manche deutsche Privatinteressen in den fraglichen südafrikanischen Territorien engagiert seien, in welchen Goldminen usw. sich befinden sollten, über deren Wert sich allerdings noch wenig sagen lasse. Andererseits habe Graf Bismarck es aber auch vermeiden wollen, ihn, den Minister, durch Erwähnung der Anregung in die Lage zu bringen, über eine ihm vielleicht unerwünschte Frage eine Meinung aussprechen zu müssen.

Meine Lage sei insofern eine andere, als ich jetzt, nachdem schon einige Zeit darüber vergangen sei, ihm vertraulich den Vorgang erzählen könne, ohne daß er dabei einen Auftrag vermute, der in keiner Weise vorhanden sei. Es interessiere mich aber selbstverständlich, nachträglich zu ermitteln, wie Mr. Chamberlain zu seinen überraschenden

Anträgen gekommen sei. Die Frage wegen Helgolands sei ja an sich nichts Neues*, wie er, Lord Salisbury, wisse, und er wisse ebensogut, daß sie von unserer Seite seit Jahren mit keinem Worte berührt worden sei. Meinerseits könne ich ihm mit der Offenheit, die ich ihm gegenüber stets bewiesen, sagen, daß ich mir noch nicht einmal eine definitive persönliche Meinung darüber gebildet hätte, ob der Besitz von Helgoland ein großer und positiver Vorteil für Deutschland sein würde. Nur über einen negativen, wenn auch nicht zu unterschätzenden politischen Vorteil sei ich mit mir einig geworden. Wie er, der Minister, am besten wisse, sei mein ganzes Streben darauf gerichtet gewesen, die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England immer intimer zu gestalten und alles aus dem Weg zu räumen, was unsere Beziehungen trüben könnte. Den Fall könne ich mir aber wohl denken, daß im Fall eines deutsch-französischen Krieges, an welchem England nicht beteiligt wäre, französische Kriegsschiffe in Helgoland eine Zuflucht fänden, und ich könne keine Zweifel darüber haben, daß eine solche Eventualität auf unsere Beziehungen zu England eine unberechenbare und kaum wiedergutzumachende Rückwirkung ausüben würde.

Der Minister unterbrach mich hier, indem er mit Nachdruck sagte: „Das wird jedenfalls nicht eintreten.“ Hieran anknüpfend entwickelte er die Auffassung, daß eine Abtretung unserer südafrikanischen Gebiete zwar nominell England, tatsächlich aber nur der Kapkolonie zugute kommen werde. Er fügte lächelnd und vertraulich hinzu, daß er an sich keinen großen Enthusiasmus mehr für den Gedanken empfinde, mehr oder weniger unbotmäßigen Kolonien territoriale Vorteile zuzuwenden, für welche England wenig Dank haben werde. Auf der anderen Seite könne er sich allerdings auch nicht recht vorstellen, welchen wesentlichen Vorteil Helgoland uns bieten würde. Deutschland würde große Summen anwenden müssen, um aus der Insel etwas zu machen, und, soviel er wisse, erscheine der Bestand derselben nicht für ewige Zeiten gesichert, da sie vielfach unterwühlt sei.

Am Schlusse unserer langen und vertraulichen Unterhaltung, die durch Lord Salisbury abgebrochen werden mußte, weil er anderweitig erwartet wurde, warf derselbe die Bemerkung hin: „Si vous voulez nous en reparlerons une autre fois.“

Mein Eindruck ist, daß die Haltung des Ministers nicht als eine definitive Ablehnung des von Mr. Chamberlain angeregten Gedankens zu betrachten ist, wenn er ihn auch nicht mit Enthusiasmus begrüßt, und daß es in unserem Interesse liegt, ihm jetzt volle Zeit zur Prüfung und eventuell zur Besprechung der Frage mit seinen nächsten politischen Freunden zu lassen. Dies wird sich, wie mir scheint, schon deshalb empfehlen, um nicht den Eindruck hervorzubringen, als legten wir übermäßigen Wert auf den Besitz der Insel. Ich würde daher, wenn

* Vgl. Kap. XXI.

Eure Durchlaucht mir keine andere Weisung zugehen lassen, eventuell erst in einigen Wochen und auch dann nur bei sich bietender geeigneter Gelegenheit dem Minister gegenüber auf die Frage zurückkommen[1].

P. Hatzfeldt

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Schluß des Schriftstücks:
[1] Abwarten

Nr. 950

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Königstein, an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem

Telegramm. Konzept

Königstein im Taunus, den 21. Juni 1889

Wegen Helgoland ist bei unsern geheimen Akten ein mehrere Wochen alter Bericht des Grafen Hatzfeldt (aus April*), nach welchem Lord Salisbury die Austauschfrage freundlich, aber evasiv aufgenommen, sich vorbehaltend, eventuell selbst darauf zurückzukommen. Nach meiner Kenntnis englischer Verhältnisse würde ich es unserm Zweck nachteilig halten, unsererseits jetzt neu anzuregen, und jedenfalls nicht dazu raten, ohne Graf Hatzfeldt vorher zu fragen. Zeigen wir zu große Lust, so steigern wir Preis und stören Sache vielleicht ganz.

In Osborne unterzeichnen** würde doch unmöglich sein, da Zustimmung beider Parlamentshäuser mit voraussichtlich mehreren Lesungen notwendig.

Bitte, sich meinen Anfang April zu geheimen Akten versiegelten Brief*** aus London über Helgoland vom Zentralbüro geben zu lassen und unter Mitteilung des kaiserlichen Wunsches nach Varzin Ermächtigung Seiner Durchlaucht zu erbitten, Graf Hatzfeldt zum vertraulichen Bericht über Opportunität bzw. die beste Art der Wiederanregung aufzufordern.

Strikte Sekretierung auch ferner notwendig.

H. Bismarck

Nr. 951

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Eigenhändiger Privatbrief

Geheim Berlin, den 21. Juni 1889

Seine Majestät hat mich beauftragt, an Eure Durchlaucht zu berichten in der Angelegenheit des Austausches von Deutsch-Südwestafrika

---

* Siehe Nr. 949.
** D. h. gelegentlich des geplanten Kaiserbesuchs in England.
*** Siehe Nr. 946.

gegen Helgoland, welche Mr. Chamberlain im Monat März d. Js. dem Herrn Staatssekretär gegenüber angeregt hat. Seine Majestät der Kaiser glaubt Chamberlains sicher zu sein, nimmt an, daß derselbe inzwischen andere Parlamentsmitglieder für seinen Gedanken gewonnen habe, und zweifelt nicht daran, daß Lord Salisbury durch Chamberlain günstig beeinflußt worden sei; die Wiederanregung der Sache empfehle sich vielleicht, da die Königin Viktoria sich unserem allergnädigsten Herrn gegenüber jetzt sehr freundlich zeige, Seine Majestät zum Admiral ernennen wolle, und da die beabsichtigte Beteiligung der beiden Häuser des Parlaments an der englischen Flottenrevue am 3. August Lord Salisburys deutschfreundlichen Einfluß und seine Macht erkennen lasse. Militärisch aber sei Helgoland für uns von der größten Bedeutung; die Franzosen würden sich daselbst im Kriegsfalle festsetzen und verproviantieren; Elbe und Jadebusen seien, wenn Deutschland diese Insel besetze, leicht zu schützen.

Seine Majestät meinten nun, es solle die derzeitig für uns günstige Strömung in England benützt werden, um auf die Sache zurückzukommen und sie zum Abschluß zu bringen, damit allenfalls das Abkommen in Osborne unterzeichnet werden könne. Der Kaiser hat mich beauftragt, Eurer Durchlaucht in diesem Sinne Vortrag zu halten und anzufragen, ob die Verhandlung Fortschritte gemacht habe, und ob sie in ein rascheres Tempo gebracht werden könne.

Seine Majestät der Kaiser fügte bei, er würde an Hochdieselben selbst geschrieben haben, wenn er nicht befürchtet hätte, Euer Durchlaucht hierdurch zu einem eigenhändigen Brief zu veranlassen und hiermit einer Ermüdung auszusetzen.

Wie aus dem gehorsamst beigefügten Berichte des Grafen Hatzfeldt vom 13. April d. Js.* hervorgeht, hat Lord Salisbury die Frage des in Rede stehenden Gebietsaustausches freundlich entgegengenommen, sich aber doch etwas ausweichend verhalten. Euer Durchlaucht haben demnach eine abwartende Haltung in der Sache anbefohlen.

Soll zunächst Graf Hatzfeldt zum vertraulichen Bericht über die Opportunität der Wiederanregung der Angelegenheit und die hierbei zu verfolgende Taktik aufgefordert werden?

Für den Fall, daß Euer Durchlaucht Verständigung Seiner Majestät über Hochdero Auffassungen noch vor der Abreise des Kaisers nach Süddeutschland am 24. d. Mts. wünschen, darf ich telegraphische Weisung ganz gehorsamst erbitten.

Graf Berchem

---

* Siehe Nr. 949.

Nr. 952

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck, z. Z. in Königstein, an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem

Ausfertigung

Geheim Königstein im Taunus, den 21. Juni 1889

Im Anschluß an mein heutiges Telegramm* und mit Bezugnahme auf meinen darin erwähnten Privatbrief** von Ende März cr., welcher die ganze Genesis der Helgoländer Austauschfrage enthält, bemerke ich, daß Seine Majestät nach Eingang des einzigen Berichtes des Grafen Hatzfeldt, welcher darüber im April eingegangen und bei den geheimen Akten ist, diesseitiges Abwarten bestimmt haben. Da Lord Salisbury an Graf Hatzfeldt, ohne viel Neigung zu zeigen, gesagt hatte, daß man nach einigen Wochen vielleicht auf die Sache zurückkommen könnte, so war auch der Reichskanzler dafür, sie nicht zu urgieren, um nicht durch Zeigen von zuviel Eifer die Erfüllung des allerhöchsten Wunsches zu erschweren.

Mr. Chamberlain, bei dem ich nur einmal die Angelegenheit besprochen, hat noch während meines letzten Londoner Aufenthalts seine Idee an Lord Hartington mitgeteilt, wie mir dieser beiläufig erzählte, ohne indessen seinerseits eine Meinung dazu zu äußern. Ich zweifle nicht, daß infolge von Graf Hatzfeldts Anregung Lord Salisbury mit Hartington und Chamberlain, sowie auch vielleicht mit einigen seiner Kollegen über die Sache gesprochen hat, und ich fürchte, daß das Resultat dieser Besprechungen den kaiserlichen Wünschen nicht besonders günstig gewesen sein wird, da Lord Salisbury sonst das Thema mit dem Grafen Hatzfeldt wieder aufgenommen haben würde[1].

Der einzig mögliche Weg scheint mir jetzt der zu sein, Graf Hatzfeldt zu fragen, ob er nach eigenem Ermessen es für nützlich hält, die Sache jetzt unsererseits schon wieder anzuregen. Eine Schwierigkeit liegt darin, daß Graf Hatzfeldt Herrn Chamberlain so gut wie garnicht kennt und mit Hartington meines Wissens noch niemals über Politik gesprochen hat, weil dieser an sich gegen Fremde zurückhaltend ist und außerdem ungern und schlecht französisch spricht. Die Beziehungen zwischen Graf Hatzfeldt und Lord Salisbury sind ausgezeichnet und sehr intim, aber immerhin basiert auf die offiziellen Eigenschaften beider, und eine Privatunterhaltung zwischen Botschafter und Premierminister gibt es in Geschäften nicht[2]. Unter diesem Gesichtspunkt wird sich Lord Salisbury durch eine erneute Anzapfung

---

* Siehe Nr. 950.
** Siehe Nr. 946.

des Botschafters vielleicht an die Wand gedrückt fühlen und in die Notwendigkeit versetzt sehen, eine negative Antwort zu erteilen[3].

Es ist nicht zu vergessen, daß die Kapkolonie wegen wiederholter Unbotmäßigkeit und Unabhängigkeitsallüren sich bei der Zentralregierung nicht nur, sondern auch bei einem Teil des englischen Publikums in den letzten Jahren ziemlich unbeliebt gemacht hat, und daß keine große Neigung bestehen wird, die Kapkolonie zu vergrößern und dafür Helgoland preiszugeben. Ob es der englischen Regierung möglich sein würde, unser Südwestafrika als Kronkolonie zu übernehmen, entzieht sich meiner Beurteilung.

Eine konservative englische Regierung wird überhaupt bei Durchführung derartiger Transaktionen mehr Schwierigkeiten haben als eine liberale, weil die liberale unter Gladstones gewissenlose[r] Führung aus allem Parteisache machen wird, um Lord Salisbury zu schädigen. Chamberlain sah auch einen Kampf im Parlament[4] voraus, meinte aber, er würde selbst für seine Idee redend eintreten und die Majorität schließlich erlangen. Wenn aber Lord Salisbury aus Gründen der innern Politik einen Parteikampf über Helgoland jetzt nicht wünschen sollte, so kann uns auch Chamberlains beste Absicht nichts nutzen. Letzterer hat wahrscheinlich merkantile Interessenten hinter sich, sowie solche an den in Südwestafrika entdeckten Metallagern. Ob die aber stark genug sind, um auf Lord Salisbury bestimmend einzuwirken, will mir nach dessen langem Schweigen fraglich erscheinen.

Sollte Graf Hatzfeldt für die Wiederanregung jetzt günstigen Boden finden, so würde es denkbar sein, daß die gehobene Stimmung, in welche das bei der großen Flottenrevue anwesende Parlament durch den allerhöchsten Besuch versetzt werden wird, den Moment geeignet erscheinen lassen könnte[5], um dann[6] mit der Sache vorzugehen[7]; immerhin werden die englische öffentliche Meinung und besonders die Opposition leicht den Eindruck gewinnen oder heucheln, daß England uns eine zu große Konzession aus Anlaß des kaiserlichen Besuchs gemacht hätte, wenn dieser zum Anlaß des Abschlusses des Handels genommen wird.

Auf Südwestafrika lege ich bei dem Mangel an deutschem Unternehmungsgeist für transozeanische Kapitalanlagen kein großes Gewicht. Unsere Landsleute kaufen lieber unsichere fremde Staatspapiere, als daß sie dem Beispiel der Engländer folgten, welche ihre gewaltigen Vermögen größtenteils in fernen Unternehmungen gemacht haben und sich durch anfängliche kostspielige Auslage nicht abschrecken lassen, hierin fortzufahren. Behalten wir Südwestafrika, so werden wir auch genötigt sein, für Polizei, Schutz und Verwaltung größere Auslagen zu machen als bisher, und einstweilen ist nicht zu erwarten, daß Handel und Kapital unserer Flagge folgen werden. Erst wenn bei etwaigem Abschluß des Tausches Engländer und Kapkolonisten dort Metallager und Viehweiden etc. ausnutzen und gute Geschäfte machen, wird es

bei uns heißen, daß wir unrecht getan hätten, jene Kolonie preiszugeben. Immerhin glaube ich, daß, abgesehen von militärischen Erwägungen, der Erwerb Helgolands doch so populär bei uns sein würde, daß ich angesichts unserer erwähnten nationalen Mängel für eigene Kolonialpolitik den Tausch für annehmbar halten würde.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Richtig

[2] richtig

[3] richtig; ich glaube nicht daß nach Lage der Sache irgend welche Initiative unsrerseits rathsam ist. Sie würde dieses Geschäft gefährden u[nd] andre Eindrücke abschwächen, auch die jetzt guten Beziehungen zur queen; wir würden begehrlich scheinen

[4] natürlich!

[5] ?

[6] ? auch nicht

[7] man muß die englische Initiative abwarten, u[nd] dafür den Moment wo England uns braucht. Bisher brauchen wir England, wenn der Frieden noch etwas erhalten werden soll

Nr. 953

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11
Geheim

Varzin, den 23. Juni 1889

Bericht vom 21. d. Mts.* erhalten.

Ich halte die Motivierungen des Staatssekretärs vom 21. d. Mts. für durchweg zutreffend, deshalb aber jede deutsche Initiative der Sache für schädlich, auch die der Anfrage an Graf Hatzfeldt, die diesen doch zum Sprechen mit Lord Salisbury veranlassen würde. Diesseitige Initiative würde nicht nur das Helgolander Geschäft erschweren, sondern auch der englischen Opposition Vorwände geben, die ganze Besuchsreise als interessierten Schachzug zum Schaden Englands zu bezeichnen. Nach dem, was geschehen, müssen wir meines Erachtens englische Initiative abwarten. Mißlingen einer jetzigen deutschen Initiative ist nach dem Schweigen von Lord Salisbury, Lord Hartington und Chamberlain wahrscheinlich, beinahe sicher. Dies Mißlingen, der Verdacht der deutschen Begehrlichkeit und die englische Ablehnung, würde den sonst, wie ich hoffe, großen politischen Effekt des Kaiserbesuchs fast neutralisieren. Ich rate dringend ab aus Interesse für späteres Gelingen.

v. Bismarck

---

* Siehe Nr. 951.

Nr. 954

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 Berlin, den 24. Juni 1889

Antwort auf geheimes Telegramm Nr. 11 vom 23. d. Mts.*.

Seine Majestät treten Euerer Durchlaucht Auffassung bei und sind damit einverstanden, daß Angelegenheit vorläufig auf sich beruht.

Berchem

Nr. 955

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Konzept

Nr. 113 Berlin, den 18. August 1889

Ganz vertraulich [abgegangen am 19. August]

Zu Euerer pp. vertraulichen und ausschließlich persönlichen Orientierung über die letzten politischen Vorgänge bemerke ich, daß das Ergebnis der Begegnungen Seiner Majestät des Kaisers mit der Königin von England und mit dem Kaiser Franz Joseph** in jeder Beziehung befriedigend gewesen ist. Unsere amtlichen Beziehungen zur englischen Regierung waren, wie Ew. bekannt, auch vor dem kaiserlichen Besuch in Osborne die denkbar besten. Der große Eindruck, welchen die Anwesenheit und Persönlichkeit Seiner Majestät dort auf die Königin sowie auf die gesamte beteiligte Bevölkerung gemacht, hat aber wesentlich dazu beigetragen, die Innigkeit unserer Beziehungen zu England vor ganz Europa, sowie besonders durch die englische Presse vor der öffentlichen Meinung Englands zur allgemeinen Anschauung zu bringen. Wesentlich mitgewirkt hat dabei die Tatsache, daß Seine Majestät in direkte Berührung nicht nur mit den Spitzen, sondern auch mit allen Elementen der englischen Marine und Armee treten konnte.

Bei meinen eingehenden Unterredungen mit Lord Salisbury war es dank der wiederholten persönlichen Aussprachen, welche ich mit dem englischen Ministerpräsidenten in den letzten Jahren gehabt habe, nicht gegeben, daß neue und unerwartete Themata zwischen uns zur

---

* Siehe Nr. 953.

** Der Besuch Kaiser Wilhelms II. in England, bei dem er zum Ehrenadmiral der englischen Flotte ernannt wurde, fand vom 1.—7. August statt; nach der Rückkehr des Kaisers erfolgte dann vom 12.—15. August ein Besuch des Kaisers Franz Joseph in Berlin.

Sprache kamen. Ich habe aber aus meinem letzten Meinungsaustausch mit Lord Salisbury sowie mit anderen englischen Staatsmännern die verstärkte Überzeugung gewonnen, daß die gegenwärtige englische Regierung auf festeren Füßen steht als seit Jahr und Tag und daraus die Kraft schöpft, die Stellung Englands als europäische Großmacht mehr zur Geltung zu bringen, als das zum Nachteil unserer politischen Konstellationen seit Jahren geschehen ist. pp.

H. Bismarck

BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22061 8604

UTAH
BOOKBINDING CO.
S. L. C., UTAH